

Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur
der böhmischen Länder
A Journal of History and Civilisation
in East Central Europe

Herausgegeben
im Auftrag des Collegium Carolinum
von Martin Schulze Wessel,
Michaela Marek, Frank Hadler,
Sheilagh Ogilvie und Martin Nodl

Redaktionsbeirat:

Christoph Boyer (Salzburg), Peter Bugge (Aarhus),
Gary B. Cohen (Minneapolis, MN), Mark Cornwall (Southampton),
Horst Förster (Tübingen), Miloš Havelka (Prag), Steffen Höhne (Weimar),
Miroslav Hroch (Prag), Hans Lemberg † (Marburg),
Elena Mannová (Bratislava), und Jiří Pešek (Prag)

Band 49

R. Oldenbourg Verlag München 2009

INHALT

Editorial	1, 309
---------------------	--------

AUFSÄTZE

<i>Jaworski</i> , Rudolf: „Hinweg mit der Sprachenverordnung!“ Die deutschen Obstruktionskarten während der Badeni-Krise 1897/98	3
<i>Brandes</i> , Detlef: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in westlichen Medien	19
<i>Wihoda</i> , Martin: Vorbemerkungen zu Jaroslav Mezníks „Mutmaßungen über Hieronymus Šrol“	37
<i>Mezník</i> , Jaroslav: Hieronymus Šrol: Mutmaßungen über das Schicksal eines Hussiten	39
<i>Nodl</i> , Martin: Auf dem Weg zum Kuttenberger Dekret: Von der Versöhnung der Nationen zum unversöhnlichen Nationalismus	52
<i>Tinková</i> , Daniela: Tschechisch als Karrierevorteil? Die Professionalisierung der Geburtshilfe und das Problem des sprachlichen „Utraquismus“ an der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert	76
<i>Havelka</i> , Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus?	311
<i>Loewenstein</i> , Bedřich: Vom Nutzen und Nachteil des Totalitarismusbegriffs im Rückblick auf ältere Denkansätze	331
<i>Dobeš</i> , Jan: Unerwartete Parallelen – Oder: Unter der Oberfläche machtpolitischer Veränderungen verborgene Strömungen	344
<i>Zavacká</i> , Martina: Die vergessenen Kontinuitäten der Musterdemokratie	356
<i>Holzer</i> , Jan: Totalitäre Traditionen in der tschechischen Politik	359
<i>Znoj</i> , Milan/ <i>Koubek</i> , Jiří: Totalitarismus und Posttotalitarismus in Tschechien	371
<i>Vollnhals</i> , Clemens: Der Totalitarismusbegriff im Wandel des 20. Jahrhunderts	385
<i>Pithart</i> , Petr: 1969-1989: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen?	399
<i>Segert</i> , Dieter: Der Staatssozialismus war mehr als nur ein politisches Herrschaftsverhältnis	412
<i>Pauer</i> , Jan: Totalitarismus als Theorie und als tschechischer „totáč“	421

DOKUMENTE UND DISKUSSIONEN

<i>Hruza</i> , Karel: „Einige Deutsche habe ich auch wirklich gern empfangen“. Ein Bericht des tschechischen Historikers Václav Vojtíšek aus dem Jahr 1966 über deutsche Fachkollegen in Prag	96
I. Einführung	96
II. Dokument	104
III. Übersetzung	131
<i>Kučera</i> , Jaroslav/ <i>Zimmermann</i> , Volker: Zum tschechischen Forschungsstand über die NS-Besatzungsherrschaft in Böhmen und Mähren. Überlegungen anlässlich des Erscheinens eines Standardwerkes	164
<i>Hoening</i> , Bianca: Chancen und Grenzen eines Paradigmas. Die Totalitarismustheorie in Anwendung auf den ostmitteleuropäischen Staatssozialismus	431
<i>Arend</i> , Jan: Wider das „halbierte Bewusstsein“? Neuere Beiträge zu einer blockübergreifenden Perspektive auf das Jahr 1968	445

IV

MISZELLEN

Der Erste Weltkrieg in Ostmitteleuropa. Eine Zäsur in Transnationalisierungsprozessen? (Mária Hidvégi)	184
3. Österreichisch-Tschechische Historikertage: „Die 8er Jahre in der österreichischen und tschechischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ (Niklas Perzi)	187
Symbiose als Schicksal: Der Fall Paul/Pavel Eisner (Vera Schneider)	190
Körper und Körperlichkeit in der Kultur der böhmischen Länder des 19. Jahrhunderts (Václav Petrbok)	195
Das Bohemisten-Treffen des Collegium Carolinum (Manina Ott)	199
Agrarismus in Ostmitteleuropa – Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne (Katja Bruisch)	202
Sport und Gesellschaft in den böhmischen Ländern/in der Tschechoslowakei, Teil 1: Sport in einer multiethnischen Gesellschaft (19. Jahrhundert bis 1938/39) (Stefan Wiederkehr)	207
Medien zwischen Fiction-Making und Realitätsanspruch – Konstruktionen historischer Erinnerung (Felix Westrup)	454
Kommunistische Eliten in der Tschechoslowakei 1945/48-1989 (Petr Koura)	459
Der Majestätsbrief Rudolfs II. von 1609 – ein Meilenstein in der Geschichte Europas? (Christian Preuße)	461
Individuum und Gemeinde. Juden in Böhmen und Mähren 1520 bis 1848 (Martina Niedhammer)	466
1989 im deutsch-tschechisch-slowakischen Kontext (Bianca Hoenig)	469
Gegengeschichte. Dissidente Diskurse über Zweiten Weltkrieg und Holocaust im Ostmitteleuropa der 1980er Jahre (Blanka Koffer)	473
Sozialistische Staatlichkeit (Ulrike Lunow)	475
August Sauer – ein Intellektueller in Prag im Spannungsfeld von Kultur- und Wissenschaftspolitik (Karoline Riener)	480
Die tschechisch-bayerische Grenze im Kalten Krieg in vergleichender Perspektive. Politische, ökonomische und soziokulturelle Dimensionen (Markus Alexander Meinke)	484
Musik im Spannungsfeld nationaler Bewusstseinsbildung – Prag in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Steffen Höhne)	488
Kunst und das kommunistische Europa (Eva Pluhařová-Grigienė)	491

NEUE LITERATUR

<i>Riepertinger, Rainhard / Brockhoff, Eva-Maria / Eiber, Ludwig / Lippold, Stephan / Wolf, Peter</i> (Hgg.): Bayern – Böhmen, Bavorsko – Čechy. 1500 Jahre Nachbarschaft, 1500 let sousedství. Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2007 (Hubertus Seibert)	210
<i>Berning, Benita</i> : „Nach allem löblichen Gebrauch“. Die böhmischen Königskronungen der Frühen Neuzeit (Tomáš Knoz)	212
<i>Kreuz, Petr / Martinovský, Ivan</i> (Hgg.): Vladislavské zřízení zemské a navazující prameny (Karel Malý)	214
<i>Urbánek, Vladimír</i> : Eschatologie, vědění a politika. Příspěvek k dějinám myšlení pobělohorského exilu (Svatava Raková)	219
<i>Hecht, Louise</i> : Ein jüdischer Aufklärer in Böhmen. Der Pädagoge und Reformier Peter Beer (Martina Niedhammer)	224
<i>Galandauer, Jan</i> : František kníže Thun. Mistodržící českého království (Stefan Lehr)	226
Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867 (Bernhard Mann)	228

EDITORIAL

Am 3. Dezember 2009 ist, für uns völlig unerwartet, Prof. Dr. Hans Lemberg gestorben. Er war über 20 Jahre Herausgeber der „Bohemia“. Seit 1985, als Ferdinand Seibt und er die Zeitschrift von Karl Bosl übernahmen, hat er diese entscheidend geprägt und gefördert. Programmatische Statements waren dabei nicht sein Stil, vielmehr hat er auf die ihm eigene freundliche und zurückhaltende Art für eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Geschichte geworben. Schon lange vor 1989 war ihm die Überwindung der Grenzen zwischen Ost und West, zwischen tschechischer und deutscher Historiografie, eine Selbstverständlichkeit. Von seiner Offenheit für neue Perspektiven, seiner wissenschaftlichen Neugierde und seinem großen persönlichem Engagement hat vor allem auch der wissenschaftliche Nachwuchs profitiert.

Viele seiner Arbeiten zur ostmitteleuropäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts – namentlich zu Böhmen und der Tschechoslowakei sowie den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen – sind längst Klassiker geworden. Doch Hans Lemberg hat nicht nur in unserem Geschichtsbild, sondern in unserem Verständnis von Geschichte tiefe Spuren hinterlassen.

Es ist nicht viel länger als ein Jahr her, dass Hans Lemberg sich als Herausgeber der „Bohemia“ zurückgezogen hat. Wir hatten sehr darauf gehofft, ihn weiterhin als Ratgeber an unserer Seite zu wissen. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke.

Die Herausgeber

REDAKTIONSNOTIZ

Diese Nummer der „Bohemia“ ist in Kooperation mit der Zeitschrift „Soudobé Dějiny“ entstanden. Wir veröffentlichen die Diskussion über das Konzept des Totalitarismus in der tschechischen Geschichte, die von Miloš Havelkas Aufsatz „Vergleich des Unvergleichbaren“ ausgeht, parallel. Davon erhoffen wir uns Impulse für die Auseinandersetzung mit Ansätzen zur Analyse und Interpretation der Diktaturen in der Tschechoslowakei seit 1938. Den Autorinnen und Autoren möchten wir für ihre Geduld und für die Mehrarbeit danken, die die Korrekturen in zwei Sprachen mit sich gebracht haben.

Die Redaktionen

Miloš Havelka

VERGLEICH DES UNVERGLEICHBAREN ODER: GAB ES IN DER NEUESTEN TSCHECHISCHEN GESCHICHTE EINE EPOCHE DES TOTALITARISMUS?¹

Wie radikal auch die [Französische] Revolution gewesen sein mag, so hat sie doch weit weniger Neuerungen gebracht, als man gewöhnlich annimmt, [...] doch war sie nur die Vollendung der langwierigsten Arbeit, der plötzliche und gewaltsame Abschluß eines Werkes, an dem zehn Menschenalter gearbeitet haben. Wäre sie nicht eingetreten, so würde das alte Gebäude trotzdem, hier früher, dort später, überall zusammengestürzt sein [...].

Alexis de Tocqueville²

Totalitäre Bewegungen sind Massenbewegungen, und sie sind bis heute die einzige Organisationsform, welche die modernen Massen gefunden haben [...]. Schon dadurch unterscheiden sie sich von allen Parteien, die entweder als Interessen- oder Weltanschauungsparteien die Klassen des Nationalstaates politisch vertreten oder in dem Zweiparteiensystem der angelsächsischen Länder diejenigen Bürger zusammenfassen, welche jeweils bestimmte Ansichten und gemeinsame Interessen an der Handhabung öffentlicher Angelegenheiten haben. Im Gegensatz zu den Parteien, deren Macht von ihrer relativen zahlenmäßigen Stärke in einem gegebenen Lande abhängt, [...] kann eine Bewegung nur existieren, wenn sie Millionen von Menschen erfäßt [...].

Hannah Arendt³

Nach den epochalen Veränderungen des Jahres 1989 ist das Konzept des Totalitarismus wie selbstverständlich in den historischen und politologischen Diskurs zurückgekehrt. Entstanden war es in der deutschen Emigration Ende der 1930er Jahre, und zwar in direkter Reaktion auf den Nationalsozialismus; im Zusammenhang mit Diskussionen über die deutschen intellektuellen Traditionen und deren totalitär-autoritäre Motive wurde es jedoch auch indirekt formuliert. Der Totalitarismus wurde als eigentümliche neue Form politischer Herrschaft betrachtet – neben der „charismatischen“, der „traditionalen“, der „hierokratischen“ und der „bürokratischen“⁴ –, zugleich aber auch als eigentümliche Art und Weise, die „Massengesell-

¹ Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um einen leicht überarbeiteten Text, der zuerst in einem Sammelband zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Jan Sokol erschienen ist: *Krvčák, Josef* (Hg.): *Vita activa, vita contemplativa. Janu Sokolovi k sedmdesátým narozeninám* [Vita activa, vita contemplativa. Jan Sokol zum siebzigsten Geburtstag]. Praha 2006, 347-361.

² *Tocqueville, Alexis de*: *Der alte Staat und die Revolution*. München 1978, 36.

³ *Arendt, Hannah*: *The Origins of Totalitarianism*. New York 1951; zweite, erw. Aufl. 1958; deutsche Ausgabe: *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*. Frankfurt/Main 1955, München 1986, 633.

⁴ Siehe dazu insbesondere Max Webers Typologie „Die Typen der Herrschaft“ in *Weber, Max*: *Grundriß der Sozialökonomik*. III. Abteilung: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1922, 122-176.

schaft“ zu organisieren. Die ersten, die diese Problematik formulierten, waren damals mehr oder weniger bekannte Autoren wie Franz Borkenau, Waldemar Gurian und vor allem Sigmund Neumann, dessen wichtige, heute fast vergessene, historisch-genetische Analyse des Totalitarismus unter dem Titel „Permanent Revolution. The Total State in a World at War“ 1942 in den USA erschien.⁵ Hier wie auch in Ernst Cassirers ebenfalls posthum veröffentlichtem Werk „The Myth of the State“⁶ aus dem Jahr 1946 wurde eine erste Welle von Diskussionen vorgezeichnet, in deren Verlauf die Analyse des Totalitarismus allmählich auch auf den Kommunismus respektive Stalinismus ausgeweitet wurde. Nur am Rande sei in diesem Zusammenhang angemerkt, dass die gegen Kriegsende entstandenen anregenden Arbeiten von Karl R. Popper, „Das Elend des Historizismus“ (1944)⁷ und „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1946),⁸ ihre Wirkung erst viel später zu entfalten begannen, wengleich

⁵ Neumann, Sigmund: Permanent Revolution. The Total State in a World of War. New York, London 1942.

⁶ Cassirer, Ernst: The Myth of the State. New Haven 1946; deutsche Ausgabe: Vom Mythos des Staates. Zürich 1949. Cassirer beschränkte sich hier auf die Darlegung der Voraussetzungen für die Genese von Hitlers nationalsozialistischem Staat. Er knüpfte damit an seine älteren Überlegungen zum mythischen Denken als etwas tief im Menschen Verankertes an, das die irrationalen Kräfte des Menschen formt und kultiviert und der empfundenen Einheit des Lebens Gestalt verleiht, sich dabei aber sowohl historisch als auch individuell in einem unüberwindlichen Spannungsverhältnis zum rationalen Denken befindet, dem wir Cassirer zufolge den zivilisatorischen Fortschritt, die in kultureller, sozialer und politischer Hinsicht produktive Entwicklung von Wissenschaft und Technik, aber auch die Aufklärung im weitesten Sinne verdanken. Voraussetzung dafür ist Cassirers Begriff der „symbolischen Prägnanz“, das heißt der Möglichkeit, jedem Sinnesindruck durch einen Sinn Bedeutung zu verleihen, also das Sinnliche mit dem Geistigen zu verbinden. Kern des Problems schienen für Cassirer die Weisen und Verfahren der „modernen Mythenbildung“ zu sein (in der Propaganda, der Massenkommunikation und der Reklame), die sich vollständig von ihren ursprünglichen, die Irrationalität bändigenden Funktionen gelöst und begonnen habe, neue mythische Vorstellungen, Stereotypen, Utopien, Idole, Moden, oberflächliche moralische Schemata, abgeleitete intellektuelle Vorbilder, falsche Abbilder der Wirklichkeit und oberflächliche kulturelle Gewohnheiten hervorzubringen. Dies alles zerstöre auf gefährliche Weise die grundlegenden Bindungen der bestehenden Gesellschaften, ihre Werte und Institutionen, und greife in das politische und soziale Leben der Neuzeit ein. Die Irrationalisierung der Politik, die mit diesen Einflüssen arbeiten will, könne dann leicht in die Politisierung des Irrationalen selbst umschlagen: in die Politisierung der „Rasse“, der „Vorsehung“, von „Blut und Boden“ usw. Am gefährlichsten ist für Cassirer die Entstehung eines neuen politischen Mythos, der sich gegen die ursprünglichen Lebenszwecke des Einzelnen wie der Gesellschaft wende und, gestützt auf eine Aktualisierung der romantischen Kritik an der Aufklärung, für sich das Recht auf eine neue und definitive Organisation des öffentlichen Sinns beanspruche. All diese Tendenzen verdichten sich nach Cassirer schließlich in der Überzeugung von der Bedeutung des Staates sowie der Notwendigkeit, seine Formen und sein Recht auf Eingriff in die individuellen Leben auszuweiten.

⁷ Popper, Karl R.: The Poverty of Historicism. London 1960; deutsche Ausgabe: Das Elend des Historizismus. Tübingen 1965, 2003.

⁸ Ders.: The Open Society and Its Enemies. Bd. 1: The Spell of Plato. Bd. 2: The High Tide of Prophecy. London 1945; deutsche Ausgabe: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1: Der Zauber Platons. Tübingen 1957; Bd. 2: Hegel, Marx und die Folgen. München 1958/1975.

sie den Totalitarismus als Phänomen im Blick hatten, als vielmehr – in einer Form der Holismuskritik – die Analyse seiner möglichen und tatsächlichen intellektuellen Voraussetzungen.

Als klassische Bearbeitung des Problems gelten bis heute die „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“⁹ von Hannah Arendt und Carl J. Friedrichs „Totalitäre Diktatur“.¹⁰ Viel weniger wird gegenwärtig auf die empirischen Forschungen aus den 1940er Jahren zurückgegriffen, die unter der Leitung von Theodor W. Adorno von einem amerikanischen Autorenkollektiv (Else Frenkel-Brunschwik, Daniel J. Levinson, R. Nevitt Sanford) durchgeführt und 1950 unter dem gemeinsamen Titel „Studien zum autoritären Charakter“ veröffentlicht wurden.¹¹ Die theoretische Diskussion über das Konzept kann in etwa mit der Totalitarismusanalyse in Karl Jaspers’ „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ aus dem Jahr 1958 als beendet gelten.¹²

⁹ *Arendt*: The Origins of Totalitarianism (vgl. Anm. 2). Im letzten, mit „Totale Herrschaft“ überschriebenen Teil weist Arendt auf das große Problem der sozialen, kulturellen und politischen „Vermassung“ der europäischen Gesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg hin. Erstmals stellt sie den „Hitlerismus“ und den Stalinismus einander als parallele systematische Versuche gegenüber, diese Situation in Gestalt einer neuen Organisation der Massen machtpolitisch zu missbrauchen (663 ff.), zwei Versuche, die sich im manipulativen Missbrauch der Ideologie als homogenisierendes Mittel, in den Formen der Propaganda und vor allem in den Arten des Terrors als Machtmittel ähneln. – Bei Arendt ist in einem noch stärkerem Maße als bei Friedrich Ortega y Gasset’s „Der Aufstand der Massen“ als Hintergrundfolie erkennbar. Vgl. *Ortega y Gasset*, José: Der Aufstand der Massen. Hamburg 1956 (Rowohlts deutsche Enzyklopädie 10). Nur am Rande sei darauf hingewiesen, dass dessen Perspektive der Vermassung der Gesellschaft bereits den Hintergrund für die Erklärung von Hitlers Aufstieg durch seinen ersten Biografen Konrad Heiden bildete. Siehe *Heiden*, Konrad: Adolf Hitler. Eine Biographie. Bd. 1: Das Leben eines Diktators. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Zürich 1936. Bd. 2. Ein Mann gegen Europa. Zürich 1937; tschechische Ausgabe: Adolf Hitler. Bd. 1: Věk nezodpovědnosti. Praha 1936; Bd. 2: Jeden muž proti Evropě. Praha 1937. – Erwähnt sei nebenbei zudem, dass totalitarisierende oder „holistische“ Tendenzen auch als allgemeinere Kennzeichen der Entwicklungsprozesse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dienen können, wie Wolfgang Schivelbusch in einer vergleichenden Studie zeigt: *Schivelbusch*, Wolfgang: Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939. München, Wien 2005.

¹⁰ *Friedrich*, Carl J./*Brzezinski*, Zbigniew K.: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957. – Ende der 1960er Jahre kehrte Carl J. Friedrich noch einmal zur Problematik des Totalitarismus zurück, und zwar in der Monografie *Friedrich*, Carl J./*Curtis*, Michael/*Barber*, Benjamin R.: Totalitarianism in Perspective: Three Views. New York 1969.

¹¹ *Adorno*, Theodor W. u.a.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main 1995. – Zwar orientierten sich die Autoren der einzelnen Studien hier an Analysen der sozialen Grundlagen, biografischen Voraussetzungen und sozialpsychologischen Eigenschaften potenzieller Anhänger faschistischer und rechtsextremistischer Bewegungen und Organisationen, die sie im Begriff des „autoritären Charakters“ respektive der „autoritären Persönlichkeit“ zusammenfassen, doch können die von ihnen herausgearbeiteten Merkmale und Schlussfolgerungen in gewissem Maße auch zur Erklärung der Herausbildung der totalitären Mentalität dienen.

¹² *Jaspers*, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. München 1961. – „Totalitäre Herrschaft“ charakterisiert als Herrschaft eines Einzelnen, der keine anderen zulasse, sowie meist auch einer Minderheitspartei elitären Typs, die dazu neige, sich unablässig selbst zu kontrollieren und zu „säubern“. Diese Partei erkläre sich als identisch mit der

Die meisten dieser Arbeiten waren unter tschechischen Intellektuellen bekannt, wurden jedoch nie zum Ausgangspunkt eines Vergleichs oder einer Kritik, geschweige denn irgendeiner faktografisch angelegten Forschung. Die tschechische Ausgabe von Rio Preisners Essays über den Totalitarismus¹³ fand nur wenig Beachtung, dasselbe gilt im Grunde genommen auch für die Versuche Václav Havels aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre, für die Husáksche Normalisierung den Ausdruck „Posttotalitarismus“ einzuführen.¹⁴

Mehrheit des Volkes und dessen Gemeininteresse und diffamiere jeden Widerstand als Trotz gegen den Volkswillen oder als gegen das Volk gerichtete Aktion, wohingegen die Identifizierung von Führer und Volk laut Jaspers zu einem wichtigen Moment der Manipulation und der sozialen Integration werde. Dieser Herrschaftstyp kenne keine legale Opposition, sondern nur Gegner und Widersacher, die es auszurotten gelte. Daher entwickle sich der Terror zur Hauptform der Herrschaft selbst und werde durch die Fiktion der Existenz gefährlicher Gegner aufrechterhalten, die unter verschiedenen Bezeichnungen identifiziert werden (Konterrevolutionäre, Faschisten, Plutokraten, Imperialisten, Freimaurer, Nationalisten, Juden usw.). Ein interessanter neuer Zug des Totalitarismus ist Jaspers weiteren Darlegungen zufolge die „Einheit von Staat und Gesellschaft“ (ein offenbar von Hannah Arendt inspiriertes Motiv), die Aufhebung jeglicher Gewaltenteilung zugunsten einer einzigen Zentralmacht. In ihr verschwinde sowohl der Bürger mit seinen individuellen Interessen und Bedürfnissen als auch die Gesellschaft als Sphäre ihrer Regulierung und ihres Ausgleichs. Klassenunterschiede können dann durch Rangunterschiede der Funktionäre ersetzt werden und an die Stelle des Privateigentums trete die Verfügungsgewalt des Staates über die Arbeit und die Produktionsmittel; all dies zugunsten einer kleinen Führungsschicht, was letztlich bewirke, dass die Unterschiede an Einkommen, Lebensstandard und Luxus unverhältnismäßig größer sind als in den „kapitalistischen“ Systemen, die von der Propaganda als abschreckendes Beispiel diffamiert werden. Die „Herrschaft einer neuen Klasse“ ist für Jaspers nur ein Aspekt des Totalitarismus. Ein weiterer ist die Schaffung einer Situation, in der der Terror „normal“ wird, wenn Verhaftungen, Deportationen und Hinrichtungen ohne öffentliche Gerichtsverfahren und ohne Angabe von Gründen möglich sind. „Das gesamte Leben wird funktionalisiert“ und „jeder ist ersetzbar“, was Jaspers zufolge im Zirkel auch die Führung selbst ergreifen kann. Die totalitäre Herrschaftsform erfordere neben dem Terror (die sich wiederholenden Säuberungen gegen die unterschiedlichsten und unterschiedlich abgegrenzten Gruppen) vor allem einen „Machtwillen“, sei es ausgehend von Einzelnen, sei es von Gruppen. Dieser Machtwille könne verschiedenerlei Gestalt annehmen (die Parteilinie, die jeweils wahre Lehre, die Säuberung der Menschheit oder ihre letztliche Befreiung usw.), aber stets bilde sich eine Gruppe seiner „offiziellen Interpreten“ (gegen die „Revisionisten“, die „Dogmatiker“, die verschiedensten „Abweichler“ usw.), die die Gegenwart in einen „unaufhörlichen Kampf“, die Gesellschaft und die Kultur in ein „Misstrauen aller gegen alle“ sowie „die Lüge im Prinzip“ verwandeln. Es ist ein Charakteristikum der Jasperschen Kritik am Totalitarismus, dass er diesen als ein notwendiges Korrelat der durch die Technik modernisierten Welt auszuweisen versucht, wenn nicht sogar direkt als Technik sui generis. Dies bedeutet, dass der Totalitarismus für ihn keine spezifische Weise der Organisation der Massen darstellt – wie bei Hannah Arendt –, sondern eher ein abhängiges Begleitphänomen der Veränderungen des modernen Lebens und der modernen Welt. Vgl. *ebenda* 158 f.

¹³ Preisner, Rio: *Kritika totalitarismu. Fragmenty* [Kritik des Totalitarismus. Fragmente]. London 1984.

¹⁴ Vgl. Havel, Václav: *Moc bezmocných* [Die Macht der Ohnmächtigen] (1978). In: *Ders.: Spisy* [Schriften]. Bd. 4. Praha 2000, 230; deutsche Ausgabe: *Versuch, in der Wahrheit zu leben*. Reinbek bei Hamburg 1980/1989, 13, wo Havel die Husáksche Normalisierung in Abgrenzung vom Diktatur-Begriff als „posttotalitäres System“ bezeichnet.

Die Wiederkehr der aus dem Totalitarismus-Konzept hervorgegangenen Analysen¹⁵ wurde freilich keineswegs einhellig aufgenommen, in Tschechien ebenso wenig wie anderswo:

Wer die Totalitarismustheorie als Denkgrundlage akzeptierte, wurde (in der Regel von links) eines antikommunistischen Vorurteils verdächtigt; umgekehrt wurde (in der Regel von rechts) selber totalitärer Neigungen beschuldigt, wer die Totalitarismustheorie ablehnte,¹⁶

schrieb Alfons Söllner in seiner Arbeit zur Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts über die Diskussionen und die Vergleiche der „roten“ mit der „braunen“ Diktatur Anfang der 1990er Jahre. Neben der im Begriff des Totalitarismus und seinen politischen Implikationen angelegten Gefahr einer Wertung, auf die Söllner hinwies, lag das jedoch zweifellos auch an seiner Unbestimmtheit – so wurde zum Beispiel nicht zwischen einem autoritären und einem totalitären Regime unterschieden –,¹⁷ zudem störte die Herkunft des Konzepts aus einer historisch doch etwas fernerer Vergangenheit. Der Begriff Totalitarismus schien die Entwicklung und die historischen Veränderungen der politischen Systeme für viele in undifferenzierter Weise zu vereinfachen. Problematisch schien auch zu sein, dass das Totalitarismuskonzept theoretisch gleichsam zu zerfallen begann: Zum einen wurde es auf einer mittleren Ebene eher zur Analyse einer bestimmten Art von politischer Herrschaft, staatlichem Handeln und Erscheinungen der Parteimacht verwendet, zum anderen diente es in einem typologischen Sinne zur Bezeichnung eines bestimmten Gesellschaftstyps, der auf der Verschmelzung von Staat und Partei gründet. Die pragmatische Frage, was sich mit Hilfe dieses Begriffs eigentlich thematisieren und erkennen lässt, trat in den Hintergrund und man begann – mehr oder weniger außerhalb der Vergleichsfolie des Totalitarismus – immer häufiger, einzelne Züge des Kommunismus und des Faschismus direkt miteinander zu vergleichen. Diese Vorgehensweise kam vor allem aus Frankreich und hing mit den dortigen Diskussionen um die Arbeit von François Furet und Ernst Nolte zusammen.¹⁸ Indessen blieb die stärker an Hannah Arendt anknüpfende Tradition bei ihrer ursprünglichen Tendenz zum Vergleich von Gesamtheiten, wenn sich auch der Schwerpunkt vom Vergleich des „Hitlerismus“ mit dem „Stalinismus“, von intellektueller, ideologischer und politischer Komparatistik zum unmittelbareren Vergleich von Mentalitäten, Veranlagungen usw. totalitärer „Führer“ hin verlagerte.¹⁹

¹⁵ Vgl. dazu Siegel, Achim (Hg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln, Weimar 1998 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 7).

¹⁶ Söllner, Alfons: Das Totalitarismuskonzept in der Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Ders./Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin (Hgg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Berlin 1997, 10–22, hier 11.

¹⁷ Vgl. Adorno u. a.: Studien zum autoritären Charakter (vgl. Anm. 11).

¹⁸ Eine repräsentative Auswahl dieser Texte in tschechischer Sprache bei: Novák, Miroslav: Komunismus a fašismus. François Furet, Alain Besançon a další [Kommunismus und Faschismus. François Furet, Alain Besançon und andere]. Praha 2002.

¹⁹ Vgl. dazu insbesondere: Overy, Richard: The Dictators. Hitler's Germany and Stalin's Russia. London 2004. – Siehe auch die ältere vergleichende Biografie von Bullock, Allan: Hitler and Stalin. Parallel Lives. New York 1992; deutsche Ausgabe: Hitler und Stalin. Parallele Leben. Berlin 1992; tschechische Ausgabe: Hitler a Stalin. Paralelní životopisy. Plzeň 1994.

Im Unterschied insbesondere zu der politologisch-strukturellen Totalitarismus-Typologie bei Carl J. Friedrich mit ihren sechs Grundmerkmalen,²⁰ die in mehrerlei Hinsicht abstrakt und statisch sind und eher den Charakter eines Fragenkatalogs haben, ist mein Versuch, in der tschechischen Entwicklung der Jahre 1938 bis 1956 eine innere Einheit auszumachen, ja diese als totalitäre Periode der modernen tschechischen Geschichte zu charakterisieren, vor allem von den bereits erwähnten älteren Arbeiten der späten 1930er Jahre inspiriert. Diese sind aus den sozialen und geistigen Eigenheiten konkreter historischer Konstellationen hervorgegangen und verwiesen auf die Überschneidung individueller Ketten historischer Kausalitäten,²¹ die zur Entstehung spezifischer Formen totalitärer Herrschaft führten. Als deren entscheidendes Merkmal kann nicht allein der Terror staatlicher oder mit der Partei verbundener Elemente sowie die permanente ideologische Mobilisierung der Massen gelten, sondern auch die Manipulation der Öffentlichkeit in kultureller, sozialer und nationaler Hinsicht, der Missbrauch von Regierung und Verwaltung zugunsten bestimmter einheimischer oder auch ausländischer Machtgruppen, die Verschmelzung von Staat und Parteimacht beziehungsweise die Privatisierung des Staates durch eine einzige Partei, die es erst gestattete, die verschiedensten Formen der Gewalt gegen politische Widersacher zur vollen Entfaltung zu bringen.

²⁰ Es handelt sich um folgende Merkmale: a) die Existenz einer Ideologie mit absolutem Geltungsanspruch b) die Existenz einer einzigen Massenpartei, die in ihrer Politik mit dem Staat verschmilzt, das heißt die Existenz einer „Staatspartei“ c) eine terroristische Politik der Geheimpolizei d) das Monopol auf Verbreitung und Interpretation von Informationen e) Waffenmonopol f) zentral gelenkte Wirtschaft. Vgl. *Friedrich, Carl Joachim/Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur. In: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. 2. Aufl. Baden-Baden 1999, 225-236, hier v. a. 230 f.*

²¹ Der Ausdruck „Konstellation“ wurde zur notwendigen Distanzierung vom narrativ verstandenen Ausdruck des „historischen Orts“ entwickelt. Er kann zwar auch im Sinne von „Struktur“ verwendet werden, meistens ist jedoch eine spezifische Form der prinzipiellen Geschichtlichkeit aller materiellen oder geistigen Schöpfungen der Menschen gemeint (in der sich der systemische mit dem historischen Gesichtspunkt verbinden), um die komplexe Mannigfaltigkeit und die historische Einzigartigkeit jeder Kultur, allen Wissens (des wissenschaftlichen wie des „außerwissenschaftlichen“), allen Lebens sowie jeglicher praktisch-konkreten Gegebenheit erklären zu können. Analysen konkreter „historischer Konstellationen“ werden vor allem in der Geschichte des Denkens, der Wissenschafts- und der Ideengeschichte, insbesondere in Theorien des historisch-politischen oder kulturellen Wandels verwendet, um die Entstehung und die Einzigartigkeit bestimmter Umstände zu erklären, wie zum Beispiel das Verhältnis zwischen der protestantischen Ethik und dem Geist des Kapitalismus, die Entstehung der Philosophie in Griechenland, die Entwicklung der klassischen deutschen Philosophie, die Entstehung und Entwicklung der holländischen Malerei im 17. Jahrhundert oder die Russische Revolution des Jahres 1917. Als eine solche kann man zum Beispiel die Entwicklung der tschechischen Gesellschaft in den Jahren 1938 bis 1948 sehen, die zum kommunistischen Umsturz führte. Während aber der Ausdruck „historische Konstellation“ in erster Linie dem Verständnis dafür dienen soll, warum irgendetwas entstanden oder geschehen ist, ist es bei dem häufig verwendeten, aber rein deskriptiven Ausdruck „historische Gesamtheit“ das Ziel, bestimmte historische „Lebensumstände“ zu thematisieren, und zwar in zeitlicher (die Zwischenkriegszeit), räumlicher (Römische Geschichte), kultureller (die Musik Bachs), religiöser (der Calvinismus) oder sozialer (die Čapek-Generation) Hinsicht.

Die Datierung dieser Epoche erscheint mir offenkundig, wenngleich ihr Hintergrund symbolisch ist. Es geht vor allem um die Zeit zwischen dem „Münchener Abkommen“ von 1938 und Chruščëvs „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, in deren Folge die politischen Prozesse als Problem thematisiert und der Stalinismus beziehungsweise der „Personenkult“ in verschiedenster Form diskutiert werden konnten. Ungefähr in diese Zeit lässt sich auch die beginnende Öffnung der in neue Schichten aufgeteilten nachrevolutionären (sozialistischen) Gesellschaft datieren, die sich bereits nicht mehr ausschließlich durch die manipulierende Mobilisierung des „Volkes“ auszeichnete, sondern auch dadurch, dass sich in ihr verschiedene soziale Interessen entwickelten und zunehmend Berücksichtigung fanden.

Daher fallen meiner Ansicht nach die Unterschiede in der politischen Ausgestaltung der totalitären Herrschaft und des totalitären Terrors, die während der Okkupation sozusagen von außen durchgesetzt wurden – wenn auch mit einheimischer Hilfe –, und sich nach dem Krieg zunächst gegen eine bestimmte Ethnie und nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 gegen alle politischen Gegner (die angeblichen wie die tatsächlichen) richteten, hier nicht so stark ins Gewicht. Unter soziologischen Gesichtspunkten scheint eher der fließende Übergang von der autoritären Zweiten Republik (1938/39) zur Okkupation und dann zu einer andersartigen und auf andere Argumente gestützten Politikauffassung in den Jahren 1945–1948 mit ihren undemokratischen und autoritären Elementen interessant. Zu diesen gehörten die „Volksdemokratie“ mit der Regierung der „Nationalen Front“, das Verbot der Agrarpartei, die Einschränkung der politischen Rechte bestimmter ethnischer und sozialer Gruppen, der Missbrauch des Rechts und die Akzeptanz des Kollektivschuldprinzips, die Organisation der Gesellschaft in sozialen und kulturellen Massenverbänden, die Senkung der Altersgrenze beim Wahlrecht und nicht zuletzt die Stilisierung Präsident Beneš zum „Führer“. Mit der Zweiten Republik und der Okkupation teilte diese Zeit vor allem die antidemokratische „Beschwörungsformel“ von der Notwendigkeit und der Bedeutung der nationalen und politischen „Einheit“, ein Postulat, das nach 1948 weiterhin starke Wirkung entfaltete. Das Manipulationspotenzial dieser Parole konnte ebenso gut zur politischen Mobilisierung der Massen beim „Aufbau der Republik“ nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt werden wie zur Exklusion all derer, die aus irgendwelchen Gründen als Feinde der Nation oder Störer der Einheit bezeichnet wurden. Nach dem Jahr 1945 ermöglichte sie es, „die ersten Warnsignale“ zu übersehen, „die sowjetische Intervention gegen den Tschechischen Nationalrat, die Aneignung des tschechischen Urans, die abstoßenden Praktiken in der Karpato-Ukraine [...]“²² und andere deutliche Anzeichen dafür, dass die Sowjetunion die Souveränität der Tschechoslowakei nicht respektieren würde.

²² Vgl. dazu Křen, Jan: Rok 1945 – mezník a jaký? [Das Jahr 1945 – ein Wendepunkt und inwiefern?]. In: Kokošková, Zdeňka/Kocian, Jiří/Kokoška, Stanislav (Hgg.): Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody. Sborník z konference k 60. výročí konce druhé světové válce [Die Tschechoslowakei an der Schwelle zweier Epochen der Unfreiheit. Sammelband der Konferenz zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs]. Praha 2005, 309–319, hier 315.

Daher muss man sich die Frage stellen, inwiefern die Befreiung vom Mai 1945 wirklich ein „lichter Moment“ war, wie die Mehrheit des Volkes damals wohl ehrlich glaubte, ob sie wirklich den Weg zur Erneuerung eines politischen und sozialen Systems ebnete, das mit dem der Ersten Republik vergleichbar gewesen wäre, oder ob es sich bereits um die Herausbildung eines anderen, von der Ersten Republik unabhängigen Modells handelte, in dem von Anfang an verborgene totalitäre Tendenzen wirksam waren. Auf die Rolle der Staatsorgane bei der Organisation der so genannten „wilden Vertreibungen“ haben zum Beispiel vor einiger Zeit Tomáš Staněk und Adrian von Arburg hingewiesen.²³

Man kann auch fragen, wie es um die Entwicklungsmöglichkeiten dieses neuen Staatsmodells bestellt war: Hatte es tatsächlich das Potenzial, sich zu einer Demokratie im strengen Sinne des Wortes zu entwickeln, was wohl nur eine Minderheit wünschte, oder sollte es sich als zwar beschränkte und unvollkommene, aber doch authentische Demokratieform stabilisieren, wie die Mehrheit, Präsident Beneš eingeschlossen, offenbar glaubte? Oder musste es notwendigerweise in die totalitäre „Diktatur des Proletariats“ münden, was letzten Endes geschah, und zwar nicht allein aufgrund externer Faktoren? So zu fragen, heißt auch – im Sinne des Eingangszitates von Tocqueville –, zu diskutieren, in welchen Bereichen das nach dem „Februar 1948“ installierte System im Grunde genommen nur das bestätigte, vertiefte und weiterentwickelte, was sich nach 1945 von sich aus durchzusetzen begonnen hatte,²⁴

²³ Vgl. Staněk, Tomáš/Arburg, Adrian von: Organisoované divoké odsuny? Úloha ústředních orgánů při provádění „evakuace“ německého obyvatelstva (květen až září 1945) [Organisierte wilde Abschiebungen? Die Rolle der Zentralorgane bei der Durchführung der „Evakuierung“ der deutschen Bevölkerung (Mai bis September 1945)]. In: Soudobé dějiny 12 (2005) H. 3-4, 465-533.

²⁴ Im Hinblick auf die weitere Entwicklung muss hier daran erinnert werden, dass bereits während des Krieges damit begonnen wurde, Forderungen nach Veränderungen des künftigen wirtschaftlichen und politischen Systems der Republik zu formulieren. Argumentativ konnte man hierbei an Masaryks älteres Konzept der konsequenten bzw. wirtschaftlichen und sozialen Demokratie anknüpfen. Doch im Unterschied zu T. G. Masaryk und seinem „modernen Konservativismus“ (Otto Urban), der vom Bemühen um eine Rückkehr zum vorrevolutionären Denken getragen war, betrachtete Edvard Beneš die Situation der Zeit vor allem als Frage nach einer Bestätigung des „revolutionären Denkens: die Ideen der Revolution von 1789, die vervollkommenet, revidiert und der weiteren Entwicklung angepasst wurden [...]“. Beneš, Edvard: Francie a nová Evropa. Essay o duchovní krizi poválečného evropského člověka [Frankreich und das neue Europa. Essay über die geistige Krise des europäischen Menschen der Nachkriegszeit]. Praha 1939, 10. – Ein völlig neues Phänomen war indessen die Kritik am politischen und am Wirtschaftssystem der Ersten Republik und ihrem demokratischen Charakter. Diese sei angeblich vom permanenten Parteienkampf und durch Kompromisse geschwächt gewesen, die eine auf Prinzipien gegründete Politik, die Bildung von Koalitionen, die gerechte Aufteilung von Vorteilen und das Zugeben von Fehlern unmöglich gemacht und so der öffentlichen Moral und dem Staatsleben geschadet habe. Hierbei spielte sicherlich auch die Überzeugung vom Verrat der westlichen Demokratien in „München“ eine Rolle. Das alte politische Parteiensystem sollte daher durch eines ersetzt werden, das eine starke Regierung und eine auf Prinzipien gegründete Politik ermöglichen würde. Vgl. dazu die schon zu Beginn des Krieges formulierten Überlegungen in: Ders.: Demokratie heute und morgen. Zürich, New York 1944. In tschechischer Sprache und leichter Überarbeitung erschien das Werk unter dem Titel „Demokracie dnes a zítra“ 1946 in Prag. Zu den Parteien konstatiert Beneš: „Je größer die Zahl der Parteien im demo-

was unreflektiert an die vorhergehende Zeit angeknüpft hatte,²⁵ und in ideell-politischer wie moralischer Hinsicht von Benešs Überzeugung gedeckt worden war: Also das Postulat, dass die Nationalisierung und die Aussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg die Vollendung der nationalen und demokratischen Revolution bedeuteten,²⁶ und dass sich – seiner häufig wiederholten These zufolge –, der Kapitalismus notwendigerweise sozialisieren und der Sozialismus demokratisieren werde.²⁷

An dieser Stelle erscheint es mir geboten, daran zu erinnern, dass ich mir der Differenzen zwischen den Begriffen „autoritäres“ und „totalitäres“ Regime durchaus bewusst bin. Im Sinne von Juan Linz²⁸ versuche ich, sie als zwei Formen ein und desselben Diktaturbegriffs zu sehen – eines schwächer und eines stärker ausgeprägten. Diese Zugangsweise ermöglichte es Linz, die Diskussion gleichsam nebenbei um weitere Realtypen von (süd- und mittelamerikanischen, aber auch ostasiatischen) Diktaturen zu ergänzen.

In welchen Punkten das System der Nachkriegs-tschechoslowakei undemokratisch war, habe ich weiter oben angedeutet. Das Wort „totalitär“ zur Bezeichnung ähnlicher Merkmale und gemeinsamer Prozesse während des gesamten Zeitraums von

kratischen System ist, desto mehr verstärken sich alle üblen Eigenschaften des politischen Parteienwesens und vervielfachen sich ihre Folgen [...] Wenn also in der künftigen Nachkriegsdemokratie die üblen Folgen des Parteienwesens eingeschränkt werden sollen, besteht der erste Weg dahin in der Beschränkung der Zahl der politischen Parteien“ *Ebenda* 309. Und weiter: „Dadurch verschwindet ein großes Übel der kontinentalen Demokratien – das Koalitionswesen. Die schweren Erschütterungen unserer demokratischen Institutionen wurden nicht nur durch den Parteienkampf hervorgerufen, sondern auch durch die Absprachen der Parteien, die gegenseitigen Kompromisse und Konzessionen, die wechselseitige Teilung der Macht, die Aufteilung der Vorteile des Regierens, das gegenseitige Verzeihen von Schuld und von Fehlern – dies alles geschah auf Kosten des Staates und der öffentlichen Moral“. *Ebenda* 317. – Darüber hinaus werde „die künftige Demokratie, so wie sie die Freiheit des Eigentums und der Wirtschaft begrenzen oder regulieren wird, auch einige Weisen und Erscheinungen des früheren freiheitlich demokratischen politischen Lebens stärker regulieren müssen [...]“. *Ebenda* 311. – Zu den Plänen des Widerstands für das politische System nach dem Krieg auch *ders.*: *Za svobodu do nové Československé republiky. Ideový program dobojového hnutí, vypracovaný v letech 1939–41* [Für die Freiheit auf zur neuen Tschechoslowakische Republik. Das Ideenprogramm der Kampfbewegung, ausgearbeitet in den Jahren 1939–41]. Praha 1945.

²⁵ Das Fehlen der Frage nach den Ursachen, Kontinuitäten und Grenzen des Ausdrucks „Totalitarismus“ insbesondere in der Entwicklung nach dem Jahr 1948 ist charakteristisch für den einzigen und ansonsten verdienstvollen Versuch des Autorenkollektivs unter der Leitung von *Budil*, Ivo T.: *Totalitarismus*. Plzeň 2005.

²⁶ Lev Sychrava sprach z. B. in diesem Zusammenhang von einer „zweiten Revolution“. *Sychrava*, Lev: *Nové Československo* [Die neue Tschechoslowakei]. Praha 1947, 40.

²⁷ Solche und ähnliche Formulierungen waren damals sehr häufig anzutreffen, z. B. bei *Stránský*, Jan: *Hovory k domovu* [Reden an die Heimat]. Praha 1945. – *Táborský*, Eduard: *O novou demokracii* [Über die neue Demokratie]. Praha 1945. *Táborský* begründete z. B. „die Notwendigkeit, vor den September 1938 zurückzugehen“ *Ebenda* 11. – Vgl. dazu auch *Schmidt-Hartmann*, Eva (Hg.): *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. München 1994 (VCC 76).

²⁸ *Linz*, Juan J.: *Totalitäre und autoritäre Regime*. 2. überarb. und erg. Aufl. Berlin 2003.

1938 bis 1989 beruht hier vor allem auf einer Konvention; ich benutze die Termini „autoritär“, „totalitär“ und „diktatorisch“ in gewisser Weise synonym. Der Hinweis auf die historisch-genetischen Komponenten des Totalitarismus und ihre Entwicklung scheint mir nicht nur deshalb wichtig zu sein, da man mit ihm der Kritik an der Zuordnung sowohl der Okkupation, bei der es sich schließlich um eine spezifische Kombination aus einheimischer und von außen kommender autoritärer Herrschaft handelte, als auch vor allem der Klassifizierung der Jahre 1945-1948 mit ihrer spezifischen „Volksdemokratie“ als totalitär begegnen kann. Gleichwohl ermöglicht es gerade diese Perspektive, auf eine weitere, meiner Ansicht nach bisher wenig thematisierte Dimension totalitärer Herrschaft beziehungsweise ihrer spezifischen Wandlungen hinzuweisen, und zwar auf die mentale, das heißt historische und anthropologische Dimension,²⁹ die mit der noch wichtigeren soziologischen Dimension einhergeht.³⁰

Mit der soziologischen Dimension des Totalitarismus habe ich vor allem die gezielte Manipulation und den planmäßigen Eingriff in die Sozialstruktur der tschechischen (bzw. tschechoslowakischen) Nationalgesellschaft im Sinn, mochten sie zu verschiedenen Zeiten auch unterschiedlich – zunächst rassistisch, dann national und schließlich mit dem Klassenkampf – legitimiert worden sein.³¹ Ihre Folge war nicht

²⁹ So wird zum Beispiel von einer „Generationsmentalität“ gesprochen, die sich vor dem Horizont bestimmter gemeinsamer historischer Erlebnisse, politischer und kultureller Ereignisse herausbilde. Ein solcher „Horizont der Generationserfahrung“ war zum Beispiel in der Nachkriegsgeneration derer, die zur Zwangsarbeit im „Totaleinsatz“ gezwungen wurden, sehr ausgeprägt, ebenso auch in der Generation der „Jungkommunisten“ eines Pavel Kohout oder Milan Kundera. Hinter dementsprechenden Überlegungen steht die wichtige Erkenntnis, dass unser individuelles und kollektives Handeln nicht so sehr von der Wirklichkeit selbst und häufig nicht einmal von einer realen Identifikation der Probleme bestimmt wird, sondern sich auf eine kulturell vermittelte Wirklichkeit stützt: durch Erziehung, Traditionen, soziale und politische Interessen, nationale Konflikte, die Medien usw. sowie vor allem durch die Situation während der Zeit des Erwachsenwerdens und die in der Gruppe ausgetauschten Erklärungen und Vorstellungen. Vor dem einzigartigen Horizont der Generationserfahrung entsteht also nicht nur eine eigentümliche Art von kollektiven „Bildern“, in denen statt der Wirklichkeit selbst eher die zeitgemäßen Weisen ihrer Wahrnehmung wirksam sind – die Vorstellungen, Illusionen und Vorurteile, die sich eine bestimmte Generation über sie gebildet, die Erwartungen, die sie an die Realität gerichtet, sowie die Überzeugungen, mit denen sie über diese geurteilt hat –, sondern auch eine spezifische Hierarchie von Werten, Interessen und Forderungen, die weit über ihren Entstehungskontext hinaus reichen können.

³⁰ Diese Dimension hat insbesondere Raymond Aron in seinen Arbeiten betont: „Weder in der Sowjetunion noch im Hitlerdeutschland führte die Art der Wirtschaftsführung zur Tyrannei. Genau im Gegenteil: Zur Tyrannei führte die Allmacht einer Sekte oder Bewegung, die nach der Machtergreifung die Ökonomie in den Dienst eines vagen grandiosen Projekts stellte, das an einen fernen geschichtlichen Horizont verlegt wurde. Ein solches Projekt erforderte die Mobilisierung der Mittel zum Krieg, oder – im Falle der Bolschewiken – die radikale Umkehrung der sozialen Beziehungen“. Aron, Raymond: *Plaidoyer pour l'Europe décadente*. Paris 1977, 92.

³¹ Dem auf Macht gegründeten Eingriff in die soziale und nationale Struktur der gesamten Region bekamen sowohl die Deutschen und Österreicher als auch die Tschechen und die übrigen Bewohner des mitteleuropäischen Raumes – Polen, Ungarn, Slowaken und Roma – zu spüren, wobei sie meistens sowohl Subjekt als auch Objekt waren. So ist zum Beispiel

nur eine Einebnung gesellschaftlicher Differenz und eine Umgruppierung der sozialen und politischen Akteure, sondern auch ein abstrakterer Charakter der Politik, eine Zentralisierung der Macht und der Verwaltung, was eine Anonymisierung des Handelns, eine Undurchschaubarkeit der Entscheidungsprozesse und Unklarheiten bei der Übernahme von Verantwortung zur Folge hatte. Mit dieser Zentralisierung gingen unter anderem auch die Schaffung anderer Mittel zur Lösung politischer Konflikte sowie die Einschränkung der Meinungsvielfalt und kultureller Verschiedenheiten einher. Vereinfacht gesprochen war die Idee der „Einheit“ von da an kein politischer Appell mehr, sondern wurde gewissermaßen im Sozialkörper „materialisiert“. Es geht also nicht allein um die Beurteilung der politischen Ereignisse, darum, ob der Sozialismus nach dem Krieg demokratisch „gewählt“ wurde usw., sondern darum, auf einen wichtigen und bislang übersehenen sozialen Prozess hinzuweisen, der die Funktionslogik einer ganzen Reihe vor allem innenpolitischer Vorgänge der damaligen Zeit in gewissem Maße bestimmte.

Die tschechische Gesellschaft wurde zum ersten Mal mit den Folgen der Migration großer Gruppen nach 1933 konfrontiert, als etwa 3000 bis 5000 deutsche Antifaschisten und Bürger jüdischer Herkunft in die Tschechoslowakei emigrierten. Hier kündigten sich bereits die Probleme an, die die späteren zielgerichteten Eingriffe in die Sozialstruktur in großem Maßstab bringen sollten – von sozialen Nöten bis zu den Vorurteilen und Ängsten der Mehrheitsgesellschaft.³² Unmittelbar nach dem „Münchener Abkommen“ folgte dann die Flucht von Tschechen und Juden aus den abgetrennten Gebieten (160-170 000 Personen,³³ darunter mehr als 15 000 Deut-

auch im Zusammenhang mit dem Transfer von 1,5 Millionen polnischer Flüchtlinge und Aussiedler aus den östlichen, nach dem Krieg von Stalin besetzten Gebieten Polens von Vertreibung zu sprechen. Auch die starke Binnenmigration, die nicht weniger erzwungen war, ist hier nicht zu vergessen, etwa die der ostslowakischen Roma oder der süd- und ostslowakischen Ungarn. Die meisten Zahlen, die in diesem Zusammenhang im Text angeführt werden, sind – soweit nicht anders angegeben – Schätzungen auf der Grundlage von Hochrechnungen der zur Verfügung stehenden Daten.

³² Diese Zahl kann im Hinblick auf die Gesamtzahl von ungefähr 10 Millionen Einwohnern der damaligen Tschechoslowakei nur auf den ersten Blick unerheblich erscheinen, und zwar nicht nur deshalb, weil das Ziel in der überwiegenden Mehrheit die historischen Länder waren, sondern auch deshalb, weil für diese Menschen ein Heimatrecht geschaffen werden musste. Diese Immigration wurde möglicherweise stärker wahrgenommen als ihre reine numerische Stärke vermuten lässt. Wie Bedřich Loewenstein erwähnt, war zum Beispiel das von der Agrarpartei geführte Innenministerium angeblich besorgt wegen der ins Land kommenden „kommunistischen Agitatoren“. *Böhm, Fritz [Loewenstein, Bedřich]:* Sechsmal Prag. München 1988. 2. aktual. Aufl. 1990, 222. – Zu den Zahlen vgl. Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert/Konfliktní společenství, katastrofa, uvolnění. Náčrt výkladu německo-českých dějin od 19. století. Hg. von der gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission. München 1996, 37.

³³ Vgl. *Beneš, Zdeněk (Hg.):* Rozumět dějinám. Vývoj česko-německých vztahů na našem území v letech 1848-1948 [Geschichte verstehen. Die Entwicklung der tschechisch-deutschen Beziehungen auf unserem Gebiet in den Jahren 1848-1948]. Praha 2002, 111. – Andere Autoren behaupten, dass von insgesamt 855 000 in den Sudetengebieten lebenden Tschechen nach dem „Münchener Abkommen“ mehr als die Hälfte die Grenzgebiete verlassen mussten. *Kučera, Milan:* Obyvatelstvo českých zemí ve 20. století [Die Bevölkerung der böhmischen Länder im 20. Jahrhundert]. In: *Fialová, Ludmila/Horská, Pavla/Kučera,*

sche, in der Mehrzahl Sozialdemokraten und Kommunisten). In dieser Zeit erreichte auch die Emigration jüdischer Mitbürger und tschechischer wie deutscher Antifaschisten ihren Höhepunkt, die zumeist nach England gingen (hier sind die Zahlen völlig unklar; allein im Zusammenhang mit den tschechischen Eliten aus den Bereichen Kultur und Politik ist von mehr als 3000 Personen die Rede³⁴). Zehntausende Tschechen (insgesamt mehr als 130000 Personen³⁵) mussten dann nach Entstehung des selbstständigen slowakischen Staates die Slowakei und die Karpato-Ukraine verlassen. Das führte zu einer Reihe praktischer Probleme angefangen von der Verpflegung der Flüchtlinge über ihre Unterbringung bis hin zur Schaffung von Arbeitsplätzen für sie. Vor allem die Wohnungs- und Sozialpolitik der Gemeinden waren überfordert, was bereits direkt nach dem „Münchener Abkommen“ einen ersten mentalen Radikalisierungsschub auslöste – und zwar sowohl bei den Widerstandskämpfern als auch bei den Kollaborateuren, bei den Alteingesessenen wie bei den Entwurzelten – und so die Voraussetzungen für die Entstehung der neuen Nachkriegsmentalitäten schuf.

Während der Okkupation folgte die Vernichtung der im Lande verbliebenen jüdischen Minderheit und auch die Liquidierung von Vertretern diverser tschechischer Verbände und Organisationen. Ums Leben kamen dabei insgesamt 360000 Menschen, davon waren ungefähr 240000 Opfer rassistischer Verfolgung, unter ihnen wiederum an die 6000 Roma.³⁶

Bereits einige Monate vor Kriegsende begannen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei große Migrationsbewegungen: In die damals noch zu Deutschland gehörenden ursprünglich tschechoslowakischen Grenzgebiete wurden einige tausend Flüchtlinge aus den durch die Bombenangriffe zerstörten deutschen Städten, aber auch Karpatendeutsche aus der Zips umgesiedelt. Etwas später kamen als so genannte „Volksgäste“ deutsche Flüchtlinge aus den Ostgebieten hinzu; zu Beginn des Prager Aufstands im Mai 1945 hielten sich allein in Prag ungefähr 200000 Deutsche auf.³⁷ In umgekehrter Richtung kehrten zugleich einige tausend zur Zwangsarbeit im

Milan/Maur, Eduard/Mušil, Jiří/Stloukal, Milan (Hgg.): Dějiny obyvatelstva českých zemí [Die Bevölkerung der böhmischen Länder]. Praha 1996, 311-379, hier 330.

³⁴ *Ebenda* 327.

³⁵ *Ebenda* 330. – Macek, Jaroslav: K problematice dějin odtrženého pohraničí (zvláště tzv. Sudet) v letech 1948-1945. In: Kural, Václav/Brandes, Detlef (Hgg.): Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938-1945. Referáty z třetí konference česko-německé historické komise. Praha 1992, 43-57; deutsche Ausgabe: Zur Problematik der Geschichte der abgetrennten Grenzgebiete, besonders des so genannten Sudetenlandes in den Jahren 1938-1945. In: Kural/Brandes (Hgg.): Der Weg in die Katastrophe: deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1945. Essen 1994 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 3).

³⁶ Kučera: Obyvatelstvo českých zemí ve 20. století 330 (vgl. Anm. 33). – Vgl. auch: Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung 30 (vgl. Anm. 32). – Eine verlässliche, nachvollziehbare Zahl bezüglich Emigration und Immigration der Bevölkerung auf tschechoslowakischem Gebiet fehlt für die 1930er und 1940er Jahre. Es gibt auch keine zuverlässigen Gesamtdaten über die Verluste verschiedener ethnischer, sozialer und religiöser Gruppen. Auch das oben erwähnte Abschlussdokument der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission schließt diese Lücke nur teilweise.

³⁷ Siehe dazu *Böhm [Loewenstein]: Sechsmal Prag* 227 (vgl. Anm. 32).

„Totaleinsatz“ gezwungene Tschechen aus den deutschen Gebieten zurück und es begannen die Transporte von Gefangenen aus den aufgelösten Konzentrationslagern in Polen, was alles zusammen zur Radikalisierung der Atmosphäre in der Bevölkerung und zur Verschärfung der Lage beitrug.

Eine genauere komplexe Quantifizierung dieser Migrationsströme ist heute nicht mehr möglich. Nach Kriegsende gingen die Bevölkerungsbewegungen weiter. Es kehrten etwa 80-100000 Remigranten in die Tschechoslowakei zurück, vor allem tschechische und slowakische Angehörige der Auslandsarmee, aber auch Häftlinge aus den Konzentrationslagern. Bald begann zudem die so genannte Säuberung, die sich zu einem weiteren Eingriff in den gesellschaftlichen Organismus entwickelte. Anfangs hatte sie noch spontanen Charakter, wobei was den Nachweis von Schuld betraf, oft wenig differenziert und gezielt Missbrauch getrieben wurde. Allein im Zeitraum bis Dezember 1945 wurden etwa 38000 Tschechen wegen – wie es in der Diktion der Zeit hieß – „Vergehen gegen die nationale Ehre“ bestraft.³⁸ Spätere Urteile gegen Mitglieder der Protektoratsregierung und weitere Funktionäre wurden für öffentliche Kampagnen missbraucht, das „kleine Retributionsdekret“ ermöglichte es etwa, Menschen ohne Gerichtsverfahren zu verfolgen und zu belangen. Man fing damit an, alte Rechnungen zu begleichen, Wohnungen zu besetzen, Eigentum zu beschlagnahmen.

Unmittelbar nach Kriegsende begann dann der größte Eingriff in die ethnische und soziale Struktur des Vorkriegsstaates. Nur am Rande erwähnt sei die Verschleppung eines beträchtlichen Teils der antisowjetisch eingestellten russischen Emigranten unmittelbar nach der Befreiung, die zumeist in Lager in Sibirien verbracht wurden. In drei Wellen wurden die tschechischen und slowakischen Deutschen ausgesiedelt oder verließen das Land (2256000 Personen, darunter 156000 aus der Slowakei).³⁹ Die Gebiete, die sie bewohnt hatten, wurden neu besiedelt, dieser Prozess gelangte eigentlich erst Anfang der 1960er Jahre zum Abschluss. Bis 1947 kehrten ungefähr 1,1 Millionen Einwohner in die Grenzgebiete zurück oder siedelten sich dort neu an – unter ihnen einige tausend aus der Süd- und der Ostslowakei ausgesiedelte Ungarn, später auch ostslowakische Roma, ungefähr 15000 Slowaken aus rumänischen Dörfern und 37000 aus Russland,⁴⁰ sowie Flüchtlinge aus Griechenland (insgesamt an die 30000 Menschen, die vor allem in Nordmähren sesshaft wurden). Darüber hinaus nahm die Republik einige hundert kommunistische Immigranten aus Italien auf. Nicht unterschätzen darf man die Wirkung der Tatsache, dass

³⁸ Vgl. *Mencl, Vojtěch/Hájek, Miloš/Otáhal, Milan/Kadlecová, Erika: Křižovatky dvacátého století. Světlo na bílá místa v nejnovějších dějinách [Kreuzungspunkte des 20. Jahrhunderts. Licht auf die weißen Flecken in der jüngsten Geschichte].* Praha 1990, 216.

³⁹ Im Land blieben ungefähr 200000 Menschen, die als für die Industrie unentbehrlich eingestuft wurden; ein großer Teil von ihnen verließ die Tschechoslowakei zu Beginn der 1960er Jahre. *Srb, Václav/Anderle, Antonín: Populační, ekonomický a národnostní vývoj pohraničních okresů ČSR od roku 1930 do roku 2010 [Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Nationalitätenentwicklung in den Grenzkreisen der ČSR vom Jahr 1930 zum Jahr 2010].* Praha 1989, 4.

⁴⁰ *Kaplan, Karel: Proměny české společnosti 1948-1960 [Wandlungen der tschechischen Gesellschaft 1948-1960].* Praha 2007, 13.

der Großteil der ungefähr 160000 Menschen, die als erste in der Hoffnung auf Grund und Boden in die Grenzgebiete kamen, den unteren Schichten der Landbevölkerung entstammte, die zumindest am Anfang zur deutlichen nationalen wie sozialen Radikalisierung der Bevölkerung beitrug.⁴¹

Im Lauf der Okkupation und in der Nachkriegszeit kam es also nicht nur zum definitiven Zerfall der Sozialstruktur der Republik aus der Zeit vor dem „Münchener Abkommen“, sondern auch zu einer deutlichen nationalen und sozialen und in gewissem Maße auch ideologischen Homogenisierung der tschechischen Bevölkerung. Damit verbunden waren die soziale und kulturelle Entwurzelung von Gruppen und Individuen, der Zerfall der lokalen gesellschaftlichen Strukturen und vor allem die Vermassung der tschechischen Gesellschaft, in der man im Sinne Hannah Arendts⁴² – und bereits vor ihr bei dem ersten Hitlerbiografen Konrad Heiden⁴³ – eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Entstehung totalitärer Herrschaft im ursprünglichen Sinne des Wortes sehen kann.

Die Folge all dessen war die Veränderung der bestehenden und das Auftauchen neuer Handlungsmuster beziehungsweise ein Wandel der Mentalitäten, die anschließend leicht zu Katalysatoren des politischen Systemwandels werden konnten. Um ihre Bedeutung für ein konkretes System einschätzen zu können, gilt ganz allgemein, was Max Weber bereits vor dem Ersten Weltkrieg schrieb:

Ausnahmslos jede wie immer geartete Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen [d.h. jede Partei, jede Bewegung, jede Bürgerinitiative, jede soziale Gruppierung usw., M. H.] ist, wenn man sie bewerten will, letztlich auch daraufhin zu prüfen, welchem menschlichen Typus sie, im Wege äußerer oder innerer (Motiv-)Auslese, die optimalen Chancen gibt, zum herrschenden zu werden.⁴⁴

Die Entstehung und Wirkung von Mentalitäten stellt ein komplexes und bislang kaum erschlossenes Problemfeld dar. Was Fragen des Mentalitätswandels betrifft, beschränken sich die meisten tschechischen Autoren auf Andeutungen; einzelne Historiker, wie etwa Jan Tesař, haben sich mit der Zeit nach „München“ beziehungsweise den „Protektoratsjahren“ befasst.⁴⁵ Für die nachfolgende Entwicklung

⁴¹ Václav Černý zum Beispiel spricht in seinen Memoiren von einer „augenscheinlichen Demoralisierung der Tschechen als Bürger, die sich aus dem Misslingen der ‚nationalen Säuberung‘ und der Besiedlung der Grenzgebiete ergab“, als „das Eigentum der ausgesiedelten Deutschen, der so genannte Nationale Erneuerungsfonds [...], der anfangs auf 80 Milliarden geschätzt wurde, [...] vergeudet, verschleudert und ausgeplündert“ wurde, so dass „von diesen Milliarden nicht einmal die Hälfte [d.h. 34 Milliarden, M. H.] übrig blieb“. Černý, Václav: Paměti 1945-1972 [Erinnerungen 1945-1972]. Brno 1992, 131 und 128.

⁴² Vgl. Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft 663 ff. (vgl. Anm. 3).

⁴³ Vgl. Heiden: Adolf Hitler. Eine Biographie. Bd. 1, 43 f., 254-256; Bd. 2, 60-70; tschechische Ausgabe: Bd. 1, z. B. 39 f., 237-239; Bd. 2, 59-69 (vgl. Anm. 9).

⁴⁴ Weber, Max: Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften (1917). In: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1988, 517.

⁴⁵ Vgl. z. B. Tesař, Jan: Mnichovský komplex [Der München-Komplex]. Praha 1999. – Darüber hinaus vor allem Tesařs Studien vom Ende der 1960er Jahre, die erst vor wenigen Jahren gesammelt publiziert wurden. Ders.: Traktát o záchraně národa. Texty z let 1967-1969 o začátku německé okupace [Traktat über die Rettung des Volkes. Texte aus den Jahren 1967-1969 über den Beginn der deutschen Okkupation]. Praha 2006.

wurde der Faktor Mentalität meist übersehen oder unterschätzt, unter anderem weil in der Nachkriegszeit neue Schichten und Gruppen gesellschaftlich aufstiegen und sich miteinander vermengten. Bei der Analyse mentaler Charakteristika und ihrer historischen Veränderungen bewegt sich die Forschung freilich nicht auf festem Terrain und greift eher auf Hochrechnungen denn auf primäre, gesicherte Daten zurück. Sie setzt die kulturelle, politische und soziale Vermassung der Gesellschaft und deren Egalisierung ebenso voraus⁴⁶ wie den Zerfall der tradierten Wertehierarchie und vor allem den Bruch mit der vorangehenden Epoche, in diesem Fall namentlich mit der Ersten Republik. Hier lässt sich nur andeuten, dass die so oft wiederholte Parole „Nie wieder München, nie wieder eine Wirtschaftskrise ...!“ eine gleichermaßen mobilisierende wie homogenisierende Rolle bei der Neuorientierung der tschechischen Außen- und Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg spielte, was unbestreitbare Folgen für die breite Akzeptanz einer undemokratischen (der Verrat der westlichen Verbündeten) oder klassenbezogenen (minimal sozial egalitären) Perspektive bei der Erklärung der sozialen oder politischen Wirklichkeit hatte. In diesen Kontext gehört auch die Stilisierung Edvard Beneš zum „Erbauer-Präsident“, die eher einem autoritären Führer als einem demokratischen Staatsmann angemessen gewesen wäre, sowie die übersteigerten Erwartungen, die mit seiner Person verbunden wurden. Das alles führte zu Modifikationen des historischen Gedächtnisses und zu einer Entleerung zahlreicher grundlegender Ligaturen⁴⁷ des neuzeitlichen Tschechentums ganz allgemein. Für diese Zeit kann man sicher auch weitere Betrachtungen anstellen über den Kollaps der Geschichtskonzeptionen František Palackýs (Berührung und Auseinandersetzung), Tomáš G. Masaryks (Humanität und Demokratie) oder Josef Pekařs (Durchdrungensein vom Westen),⁴⁸ über die Abkehr von der in der in der Mittelschicht vorherrschenden Ablehnung der östlichen, pro-russischen Orientierung der tschechischen Wiedergeburt, wie sie von Karel Havlíček Borovský und später T. G. Masaryk oder Emanuel Chalupný argumentativ untermauert und zudem von den Gebrüdern Mrštík, Ferdinand Peroutka und anderen

⁴⁶ Die „egalisierenden Neigungen“ der tschechischen Gesellschaft kann man mit den Eigenheiten der tschechischen Nationswerdung im 19. Jahrhundert und den dabei dominierenden Akteuren aus der Mittelschicht in Verbindung bringen. Der Egalitarismus wurde damals vor allem in seiner negativen Komponente verstanden, also nicht als Forderung nach Gleichheit der Möglichkeiten, Leistungen und Verdienste, sondern als Nivellierung der Leistungen, des Eigentums und der Bildung; in diesem Sinne bildete er eine eigentümliche geistige Dimension der sich in sozialer Hinsicht homogenisierenden Nachkriegsgesellschaft.

⁴⁷ Ralf Dahrendorf zum Beispiel versteht Ligaturen als „tiefe Bindungen, deren Vorhandensein den Wahlchancen Sinn gibt. Sie sind gleichsam der Kitt, der Gesellschaften zusammenhält. Man kann sie auch als die subjektive Innenseite der Normen beschreiben, die soziale Strukturen garantieren.“ *Dahrendorf, Ralf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert.* München 2003, 45.

⁴⁸ *Pekař, Josef: Smysl českých dějin.* Praha 1928; deutsche Ausgabe: *Der Sinn der tschechischen Geschichte.* In: *Ders.: Tschechoslowakische Geschichte.* Benediktbeuern 1988, 34-53. – *Masaryk, Tomáš G.: Světová revoluce;* deutsche Ausgabe: *Die Weltrevolution,* 10. Kapitel „Demokratie und Humanität“. – *Palacký, František: Geschichte von Böhmen.* 5 Bde. Prag 1844-1867. – Vgl. auch Anm. 27.

mit starkem emotionalen Engagement illustriert wurde. Zdeněk Nejedlýs romantisch-volkstümliche Um- und Neudeutung der historischen nationalen Werte, als deren rechtmäßige Erben er die Kommunisten beschrieb, konnte anschließend vielen als ausreichender Ersatz für den verlorenen Sinn der Nationalgeschichte erscheinen. Sein Konzept der „Volkstümlichkeit“ (*lidovost*) entsprach gleichsam der neuen in nationaler, sozialer und kultureller Hinsicht homogenisierten Situation. Mit den Ideen der „Einheit“ und der „Volkstümlichkeit“ kam er zudem auch den Forderungen nach einer „Nationalisierung“ entgegen, bei der neben dem Gedanken der „Sozialisierung“ beziehungsweise „Verstaatlichung“ auch angebliche Forderungen nach nationaler Ganzheit („Tschechisierung“) mitschwingen konnten.

Die kommunistische Machtübernahme stellte für einen bestimmten Teil der Bevölkerung nur eine natürliche Radikalisierung des Bestehenden, dessen Fortführung oder Vollendung dar, etwas, das in seiner Ausrichtung weder überraschend noch qualitativ verschieden war. Vor diesem Hintergrund kann man das rasche Verschwinden der demokratischen Mentalitäten der Aufbaugeneration eines Karel Čapek oder Ferdinand Peroutka in der Nachkriegstschecoslowakei als bezeichnend verstehen.⁴⁹

Neueste soziologisch-politologische Arbeiten zeigen,⁵⁰ dass die Analyse von mentalen Charakteristika bzw. Geisteshaltungen und geistigen Orientierungen für die Analyse autoritärer oder totalitärer Macht ebenso wichtig ist wie etwa der Ausdruck „öffentliche Meinung“, oder wie es der Ausdruck „Klassenbewusstsein“ für die Marxisten war, wenngleich ihr mobilisierend-manipulierendes Potenzial auf ganz andere Weise nutzbar ist.

Damals waren sie sowohl im Zusammenhang mit dem politischen Aktivismus als auch und vor allem mit der Legitimierung der nachfolgenden Macht von Bedeutung,

⁴⁹ Der sich im Laufe des Krieges und an seinem Ende vollziehende Mentalitätswandel hinsichtlich der Möglichkeit, die Verhältnisse der Ersten Republik zu erneuern, fand klaren Ausdruck bei Josef L. Hromádka, und zwar in einem seiner aus der Nachkriegszeit stammenden Zusätze zu seinem Buch: *Hromádka, Josef L.: Don Quijote české filosofie. Emanuel Rádl 1873-1942* [Der Don Quijote der tschechischen Philosophie. Emanuel Rádl 1873-1942]. Praha 1947, dessen erste Auflage 1943 in den USA erschienen war: „Während des Krieges habe ich mich oft gefragt, wie Peroutka und Leute mit seiner Geisteshaltung diese zweite Weltkatastrophe im Grunde verstehen. [...] Der Krieg und die aus ihm hervorgehende Revolution erschütterte den [von ihm verkörperten, M. H.] Typus des Liberalismus zutiefst, [...] und es erfasste mich eine gewisse Nostalgie, wann immer ich an Karel Čapek, Ferd. Peroutka und ihre Gefährten dachte, an jenen Typus, den sie repräsentierten. Mir schien, dass mit der Epoche, die 1938 zu Ende gegangen war, auch ein Stück ihrer Wesensgründe verloren ging. Der Gedanken- und Gefühlswelt ihres Typus werden in der neuen nachrevolutionären Zeit gleichsam die Grundlagen entzogen sein. Ihre Lebensphilosophie wird sich im Glauben der Nachkriegswelt, inmitten der neuen kollektiven Kräfte, die sich durch unsere Lande wälzen, nicht zu Hause fühlen – es sei denn, sie ändert sich in ihren Grundlagen. Und sie werden sich selbst als Fremde fühlen, wenn sie auch mit ihrem Verstand begreifen, dass wir uns in kühler Klugheit irgendwie unter dem Dach des sozialistischen Staates einrichten müssen. Sie werden edle und weise Ratgeber darin sein, wie man sich vor moralischen Beschädigungen schützt, wie man Menschlichkeit bewahrt [...], die Lebensfreude aber wird ihnen fehlen.“ *Ebenda* 79 f.

⁵⁰ Vgl. *Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformation.* Opladen 1998, 28 (dort v. a. die Tabelle mit den Merkmalen).

mit der Stilisierung eines Führers oder einer Machtgruppe und deren Ansprüchen. Es geht also nicht nur um die mobilisierende Funktion von Ideologie mit absolutem Anspruch nach Carl J. Friedrich,⁵¹ sondern auch um deren sozialpsychologische Ausweitung, um hier David Riesmans „Einsame Masse“ weiterzudenken: Gemeint ist eine spezifische Art von „Verinnerlichung äußerlicher Unfreiheit“: Politischer und sozialer Druck verwandelt sich auf nachgerade natürliche Weise in einen inneren Zwang, die Menschen wollen gewissermaßen von sich aus tun, was sie eigentlich gezwungen sind, zu tun. Von außen kommender Druck verbindet sich mit dessen innerer Akzeptanz, die auf verschiedene Weise kompensiert wird, in den meisten Fällen mit Möglichkeiten zum Konsum.⁵² In der Nachkriegs-tschechoslowakei spielte nicht nur die bereits erwähnte Forderung nach (nationaler) Einheit eine bedeutende Rolle, sondern auch die Vorstellung von Zukunft, die Auffassung der Gegenwart als bloße – möglicherweise unvollkommene – Etappe auf dem Weg zum richtigen Ziel. Die Analyse von Mentalitäten kann also als Mittel dienen, die verschiedenen Stufen der ideologischen Regulierung der Gesellschaft und der politischen Steuerung der Massenmobilisierung zu ergründen, ganz zu schweigen von der Möglichkeit, die so genannten guten Absichten der Kollaboration zu „verstehen“.

Gerade mit dem Verweis auf Mentalitäten kann man zeigen, wie schnell die Mehrheit nach „München“, während der Okkupation und danach mit den Traditionen der Vorkriegs-Tschechoslowakei brach, wie sich aus der nicht allzu kultivierten politischen Kultur der Ersten Republik tendenziell die Verfallsformen weiterentwickelten, wie schnell das Volk auf Nejedlýs Um- oder Neuerzählung der historischen Werte des Tschechentums einging, wie sich die tschechische Gesellschaft dem radikalen Nationalismus und dem Sozialismus öffnete und das Prinzip der Kollektivschuld übernahm, an die man anschließend die „Schuld des Eigentums“ anknüpfen konnte. Die demokratischen Institutionen wurden nur halbherzig erneuert – und das von Beginn an mit autoritären Einschränkungen auf ihren „fortschrittlichen“ Teil – während demokratische oder auch konservative Kritik an diesem Zustand eher schwach ausfiel,⁵³ früh zum Schweigen gebracht und – etwas später – gegebenenfalls „liquidiert“ wurde.

Die Demontage der kulturellen und politischen Eliten und der bis dahin staatstragenden Mittelschicht ging nach dem Jahr 1948 mittels des „Klassenkampfes“ und mit Hilfe inzwischen neu entstandener oder radikalierter Mentalitäten weiter und wurde durch die vollständige Nationalisierung der Produktion und des Handwerks beschleunigt. Es folgte eine weitere Emigrationswelle, dieses Mal aus demokratisch-national, liberal und teilweise auch sozialdemokratisch gesinnten Kreisen (circa 60 000 Personen).⁵⁴ Noch größer war die Zahl derer, die als „Klassenfeinde“ oder

⁵¹ Friedrich/Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur 230 f. (Vgl. Anm. 20).

⁵² Vgl. Riesman, David (mit Denney, Reuel und Glazer, Nathan): Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters. Reinbek bei Hamburg 1958, 21-26 (Rowohlts deutsche Enzyklopädie. Sachgebiet Soziologie 72/73).

⁵³ Siehe dazu Drápala, Milan: Na ztracené vartě Západu [Auf verlorenem Posten des Westens]. Praha 2000.

⁵⁴ Kučera: Obyvatelstvo českých zemí ve 20. století 338 (vgl. Anm. 33).

„unzuverlässige“ Personen einen Abstieg aus zumeist hochqualifizierten Berufen auf das niedrigste Niveau von Hilfsarbeiten in der Industrie oder der Landwirtschaft hinnehmen mussten,⁵⁵ was auch mit einer horizontalen Mobilität ihrerseits verbunden war. Auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 231 aus dem Jahr 1948 über die Untergrabung der Republik (beziehungsweise seiner Novelle von 1950) wurden aus politischen Gründen verschiedenster Art 83 000 Menschen verurteilt. Was die Folgen für die Sozialstruktur angeht, ist diese Zahl noch viel höher anzusetzen, weil auch die Familienangehörigen in Mitleidenschaft gezogen wurden (nach 1989 erhoben ungefähr 230 000 Menschen Anspruch auf Rehabilitation); etwa 2 000 Menschen wurden hingerichtet, während Verhören zu Tode gefoltert oder auf der Flucht erschossen.⁵⁶

Dies alles wurde von 1949 an von weiteren Eingriffen in die Sozialstruktur unterstützt, die wiederum von einer „antiimperialistisch“ ausgerichteten Industrialisierungsideologie begleitet wurden: Damals wurden ungefähr 380 000 in der Landwirtschaft arbeitende Dorfbewohner in die Industrie „überführt“; an die 250 000 Fabrikarbeiter wurden etwa zur selben Zeit in administrative und politische Führungsfunktionen befördert, während wiederum 77 000 Beamte in die Produktion geschickt wurden,⁵⁷ was faktisch nicht nur eine deutliche Dequalifizierung der Verwaltung auf allen Ebenen von der Zentralmacht bis hin zu den Gemeinden bedeutete, sondern auch eine nachhaltige Politisierung der Bürokratie.

Beträchtliche Folgen für die soziale Schichtung der Gesellschaft und ihre horizontale Mobilität hatte auch die Ende der 1940er Jahre beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft; das Gesetz über die JZD, die landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften, wurde 1949 angenommen. Die gewaltsame Umsiedlung ganzer Familien⁵⁸ bildete dann den Schlusspunkt der völligen Demontage der tragenden

⁵⁵ Viele solcher Schicksale hat Bohumil Hrabal auf seine typische humorvolle, gleichzeitig aber auch weise und scharfzüngige Art in seinen Romanen und Erzählungen festgehalten. Vgl. den Film „Skřiváci na niti“ (Lerchen am Faden), 1969, Uraufführung 1990 nach Motiven aus dem Roman: *Hrabal, Bohumil: „Inzerát na dům, ve kterém už nechci bydlet“* 1965; deutsche Ausgabe: *Verkaufe Haus, in dem ich nicht mehr wohnen will*. Frankfurt/Main 1997.

⁵⁶ All diese Zahlen sind etwas unsicher; darauf sowie auf die Gründe für die unsichere Datelage verweist *Blaive, Muriel: Promarněná příležitost. Československo a rok 1956*. Praha 2001; französische Ausgabe: *Une déstalinisation manquée. Tchécoslovaquie 1956*. Brüssel 2005.

⁵⁷ Vgl. dazu *Klofač, Jaroslav: Sociální struktura ČSSR a její změny v letech 1945–1980* [Die Sozialstruktur der ČSSR und ihre Wandlungen 1945–1980]. Köln o.J., insbes. 52–66, worauf auch die meisten übrigen Zahlen beruhen (soweit nicht anders angegeben). – Vgl. auch die Zahlen bei *Böhm [Loewenstein]: Sechsmal Prag* 220–240 (vgl. Anm. 32).

⁵⁸ Völlig beiseite gelassen werden müssen hier die Zahlen zu den in der Nachkriegszeit vollzogenen, sich jedoch bis in die heutige Zeit fortsetzenden gewaltsamen oder freiwilligen Migrationen der Roma-Bevölkerung, die hier nur illustrativen Wert besitzen. Ab der Mitte der 1950er Jahre ist in der Tschechoslowakei für gewöhnlich nur eine Binnenmigration feststellbar, und zwar die der Roma. Nur etwa 500 tschechische Roma hatten den Holocaust überlebt. Doch bereits bis 1947 wanderten etwa 17 000 Roma aus der Ostslowakei, Nordungarn und teilweise auch aus Nordrumänien nach Böhmen und Mähren ein, wobei die Ostslowakei und Nordungarn das Zentrum der Roma-Besiedlung blieben. 1970, als die Roma offiziell als eigenständige Nationalität anerkannt wurden, lebten ungefähr 70 000, im

Strukturen des alten Regimes und ermöglichte die Schaffung einer „neuen nach-revolutionären tschechischen Gesellschaft“, deren innere Stabilität und deren Identifikation mit dem Regime größer waren als etwa in den Nachbarländern Polen oder Ungarn.⁵⁹

Einen weiteren Einschnitt in diese neu entstandene sozialistische Gesellschaft stellten die Säuberungen in Partei und Bevölkerung nach dem Jahr 1969 dar. Damals wurden circa 660000 Mitglieder aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen oder von den Listen gestrichen, 60000 davon in der Slowakei. Die Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Bürger lässt nicht genauer angeben. Der Untergang des Reformsozialismus, die russische Okkupation und die Säuberungen bedeuteten den faktischen Zusammenbruch der innerlich noch nicht vollständig stabilisierten „sozialistischen“ Gesellschaft. Die darauffolgende nomenklatorische Aufteilung des politischen und sozialen Lebens, die Herausbildung einer „Gesellschaft politischer Schlupfwinkel“, verschiedene Arten und Möglichkeiten innerer Emigration oder äußerer Anpassung waren Reaktionen auf die Normalisierung, die von der okkupierenden Großmacht verlangt und von heimischen Kräften durchgeführt wurde. Auf diese Weise sind neue Mentalitäten entstanden. „Auf dem Boden der historischen Begegnung der Diktatur mit der Konsumgesellschaft“⁶⁰ erblühte die Normalisierungs-Mentalität, die der „Mentalität der Anpassung und des Überlebens um jeden Preis“⁶¹ während der Okkupation nicht unähnlich war. Mit ihr hing auch die Wochenendhäuschen-Mentalität (*mentalita chalupářská*) zusammen: Diese hatte kompensatorischen Charakter und war vor allem an ihrer zwischen „Wochenend-“ und Alltags-Leben „versöhnenden“ Lebensweise erkennbar, zugleich aber auch an typischen, auf einer eigenständigen Werthierarchie aufbauenden Handlungsweisen, darunter die legitimierende Polarisierung der Lebenswelt in „wir“ und „sie“, in deren Folge Trägheit, Rüpelhaftigkeit, Unprofessionalität und Diebereien fast schon als Widerstand gegen das Regime ausgegeben werden konnten. Ein spezifischer Zug der Wochenendhäuschen-Mentalität, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der Biedermeier-Mentalität aufweist, war die Schaffung von symbolischem Prestige, das in der Sammelleidenschaft der Normalisierungszeit sowie in der Betonung des Privaten und des Interieurs zum Ausdruck kam.

Die Wochenendhäuschen-Mentalität ermöglichte die Herausbildung immer ausgefeilterer Systeme gegenseitiger Gefälligkeiten und Bekanntschaften, die der Normalisierungsgesellschaft und ihrer Nomenklatura entgegenkamen; es handelte sich

Jahre 1980 an die 100000 Personen mit Roma-Herkunft im Land. Nach dem Mikrozensus von 1991, als sich nur 33000 Personen zur Roma-Nationalität bekannten (eine wichtige Rolle spielte dabei die so genannte „vorgetäuschte“ – im Sinne von Erwin Goffmann – tschechische Identität), wird die Gesamtzahl der in den böhmischen Ländern lebenden Roma auf ca. 160000 geschätzt. Der gegenwärtige Zuwachs hängt vor allem mit der seit dem Zerfall des Gesamtstaats andauernden Migration aus der Slowakei zusammen.

⁵⁹ Vgl. dazu die interessante Analyse der Situation Mitte der 1950er Jahre bei *Blaive: Promarněná příležitost* (vgl. Anm. 56). Diese Behauptung kann meiner Ansicht nach trotz nachweislicher Äußerungen von Widerstand – wie etwa der Brüner Streik Anfang der 1950er Jahre oder die Pilsener Ereignisse nach der Währungsreform – akzeptiert werden.

⁶⁰ *Havel: Moc bezmocných* 71 (Vgl. Anm. 14).

⁶¹ *Böhm [Loewenstein]:* Sechsmal Prag 224 (vgl. Anm. 32).

um die Entstehung und die Aufrechterhaltung diverser Netzwerke aus sozialem Kapital,⁶² die in vielen Fällen das Jahr 1989 überdauerten.

Gleichwohl kann man, wie die Versuche Václav Havels, Jiří Němec' und anderer andeuten,⁶³ die „Normalisierung“ trotz der Säuberungen bereits nicht mehr als eine im ursprünglichen Sinne des Wortes totalitäre Form der Beherrschung der Massengesellschaft betrachten, sondern eher als eine autoritäre Form, etwa jener Art, wie Ralf Dahrendorf sie kontrastierend kennzeichnete:

Totalitäre Regime beruhen auf der ständigen Mobilisierung aller zum Zweck der Stärkung eines Gewaltregimes. Autoritäre Regierung hingegen lebt von der Apathie der Bürger, die ihren eigenen, ‚privaten‘ Interessen nachgehen, während eine Nomenklatura das öffentliche Interesse in eines zur eigenen Machterhaltung verwandelt hat.⁶⁴

Aus dem Tschechischen von Markus Sedlaczek

⁶² Pierre Bourdieu definiert das „soziale Kapital“ als eigentümliche Form ökonomisch-politischer Quellen. Es entsteht aus der Nutzung „eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens“, in das die Akteure verwoben sind und auf das sie sich berufen können, wenn sie aus irgendeinem Grund der Unterstützung anderer Akteure oder der ganzen (gemeinsamen) Gruppe bedürfen. Beim sozialen Kapital handelt es sich also um „Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“. *Bourdieu, Pierre: Die verborgenen Mechanismen der Macht* enthüllen. In: *Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg 1991, 63 (Schriften zu Politik und Kultur 1). – In unserem Fall sind wenig oder informell institutionalisierte Netzwerke gegenseitiger Bekanntschaften, Kameradschaften, Verwandtschaften, Nachbarschaften usw. von Bedeutung, mit deren Hilfe es möglich war, in verschiedene soziale, vor allem Macht-„Felder“ vorzudringen.

⁶³ Němec, Jiří: Nové šance svobody [Eine neue Chance für die Freiheit]. In: *Svědectví* 19 (1980) Nr. 62, 221-230.

⁶⁴ *Dahrendorf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung* 127 (vgl. Anm. 47).

Bedřich Loewenstein

VOM NUTZEN UND NACHTEIL DES TOTALITARISMUS- BEGRIFFS IM RÜCKBLICK AUF ÄLTERE DENKANSÄTZE

Die Verwendung historisch-politischer Begriffe ist in der Regel von subjektiven Stellungnahmen und Werturteilen nicht zu trennen; viele sind ursprünglich Kampfbegriffe, wie schon Carl Schmitt feststellte, und sind erst nachträglich im historischen Diskurs „objektiviert“ worden. Hier geht es nicht darum, platonisch-substantialistisch festzustellen, was in diesem oder jenem Begriff enthalten ist, sondern inwiefern ein vom Verfasser auf bestimmte Weise definierter Terminus sich empirisch bewährt hat, gegebenenfalls in welcher Bedeutung er von einzelnen Autoren benutzt wurde.

Dabei ist die Behauptung nicht falsch, die Sprache des Historikers weise immer auf diesen zurück, weshalb von der Verwendung eines Vokabulars auf dessen Intentionen und Erkenntnisinteressen geschlossen werden könne – bis hin zum Sarkasmus Mephistos („was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist doch nur der Herren eigener Geist“). Nun will ich hier nicht Miloš Havelkas Geist, gar seine außerwissenschaftlichen Intentionen hinterfragen, und setze voraus, dass er in erster Linie theorieresistenten Historikern die Früchte seiner Gelehrsamkeit als Instrumentarium besserer Erkenntnis zur Verfügung stellen möchte: Wir verstehen oft nicht, was wir glauben zu wissen, und das noch so fleißige Archivstudium bleibt unfruchtbar ohne kritische Fragestellungen an das „Material“, ohne eine darüber hinausgehende Begrifflichkeit. Aus individuellem Vorwissen und persönlichen Idiosynkrasien ergeben sich Erkenntnischancen – ebenso wie Sackgassen, so dass auch die Skepsis des Historikers gegenüber politisch instrumentalisierten, spekulativen oder moralisierenden Begriffen nicht illegitim sein muss, nota bene wenn diese am Ende einer kenntnisreichen begriffsgeschichtlichen Übersicht geäußert wird.¹

Ich gehe im Folgenden nur auf einige Punkte von Havelkas Ausführungen ein.

1) Die These, wonach die Hauptwerke und Thesen des Totalitarismuskurses in der Tschechoslowakei vielfach bekannt waren, aber bis in die 1970er Jahre keinen Niederschlag in eigenen Überlegungen fanden, trifft zwar zu, bedarf aber eines Kommentars. In der Zeit zwischen 1945 und 1948, vor der Installierung des ideologischen Deutungsmonopols der kommunistischen Partei, war die Verwendung des Terminus Totalitarismus, meist als Adjektiv „totalitní“, andeutungsweise auch der System-

¹ *Svátek*, František: Koncept totalitarismu a historikova skepse. Poznámky o politické a historiografické diskusi [Das Totalitarismuskonzept und die Skepsis des Historikers. Anmerkungen zu der politischen und der historiografischen Diskussion]. In: *Stránkami soudobých dějin. Sborník k 65. narozeninám Karla Kaplana* [Blättern in der Zeitgeschichte. Sammelband zum 65. Geburtstag von Karel Kaplan]. Praha 1993, 29-60. Hier ist von „anti-ideologischer Ideologie“ nach Pierre Hassner die Rede.

vergleich im Prinzip möglich, wurde jedoch aus Rücksicht auf die Siegermacht Sowjetunion (und ohne einen elaborierten Totalitarismusbegriff) öffentlich kaum praktiziert. Benešs richtungweisendes Buch „Demokracie dnes a zítra“ (Demokratie heute und morgen) z.B. unterscheidet den Autoritarismus- und den Totalitarismusbegriff, neigt jedoch dazu, den letzteren auf die faschistischen Regime zu beschränken, während ihm die zugegeben autoritäre Sowjetunion als im (demokratischen) Wandel begriffen gilt.²

Benešs Wunschdenken, seinen Mangel an begrifflicher Präzision und Offenheit, teilten im übrigen zahlreiche zeitgenössische Autoren, die als Übersetzungen ins Tschechische vorlagen: Ich nenne wahlweise das vieldiskutierte Buch von Emery Reves, „Die Anatomie des Friedens“,³ das sich damit begnügte, perspektivisch, also aus der jeweiligen Sicht einer der drei großen Alternativen der Zeit, auf die Ähnlichkeit der beiden anderen hinzuweisen; aus westlicher Sicht also auf die Analogie von Faschismus und Kommunismus, aus kommunistischer auf die Verwandtschaft von Faschismus und bürgerlichem Liberalismus. Es kommt Reves weniger auf Realitäten an, als darauf, die ideologische Sicht zu überwinden. Ein anderes, ebenfalls relativierendes Werk, das Kriegsbuch des amerikanischen Theologen Reinhold Niebuhr,⁴ zählt den westlichen Liberalismus und den marxistischen Kommunismus – im Unterschied zu den nationalsozialistischen „Kindern der Finsternis“ – zu den wohlmeinenden, aber gleichermaßen irrenden „Kindern des Lichts“. Was Niebuhr den Marxisten vorzuwerfen hat, ist, die Quelle des Übels zu einseitig mit individuellem Eigentum zu verbinden: „Die Entwicklung der Managerklasse in Russland, die wirtschaftliche mit politischer Macht verbindet, bedeutet eine Widerlegung der marxistischen Theorie.“⁵

Unter katholischen Intellektuellen mag das 1948 im Vyšehrad-Verlag erschienene „personalistische Manifest“ von Emmanuel Mounier diskutiert worden sein.⁶ Es enthält kritische Kapitel über bürgerlichen Individualismus, Faschismus und den neuen marxistischen Menschen – mit der Botschaft, dass der Niedergang liberaler Verdinglichung weder vom faschistischen Voluntarismus noch vom marxistischen Kollektivismus überwunden werde. Deren Hintergrund bildet bei Mounier die Leugnung der unabhängigen Persönlichkeit, die Masse entwurzelter Menschen, die auf ihr Gewissen und ihre Eigenverantwortung verzichtet haben.⁷ Die Masse gilt

² Beneš, Edvard: *Demokracie dnes a zítra* [Demokratie heute und morgen]. Praha 1948, 81, 231 f.

³ Reves, Emery: *The Anatomy of Peace*. New York 1945. Hier zitiert nach der tschechischen Übersetzung: *Reves, Emery: Anatomie míru*. Praha 1947.

⁴ Niebuhr, Reinhold: *The Children of Light and the Children of Darkness. A Vindication of Democracy and a Critique of its Traditional Defence*. New York 1944.

⁵ Hier zitiert nach der tschechischen Übersetzung: *Niebuhr, Reinhold: Synové světla a synové tmy. Ospravedlnění demokracie a kritika její tradiční obrany*. Praha 1947, 132 (mit einem Nachwort von Josef L. Hromádka).

⁶ Mounier, Emmanuel: *Manifeste au service du personalisme*. Paris 1936.

⁷ Hier zitiert nach der tschechischen Übersetzung: *Mounier, Emmanuel: Místo pro člověka. Manifest personalismu* [Ein Ort für den Menschen. Ein Manifest des Personalismus]. Praha 1948, 43.

beiden Bewegungen als Objekt der Dressur; auch die marxistische Diktatur bleibt für den linken Katholiken letztlich im Rahmen bürgerlicher Werte.⁸

Auch die stärker politischen, im Krieg geschriebenen Betrachtungen des Labour-Theoretikers Harold Laski widmen der Russischen Revolution und dem Nationalsozialismus je ein Kapitel.⁹ Laskis Bild der Russischen Revolution ist nicht unkritisch. So schreibt er: „Die Verehrung Stalins ist zu einer wahren Religion geworden [...], mit der Geheimpolizei als Inquisitor des bolschewistischen Papstes“.¹⁰ Er ist aber überaus verständnisvoll, auch deshalb, weil der Verfasser von der Fortsetzung (und der Aussicht auf segensreichen Einfluss) des Bündnisses mit der Sowjetunion ausgeht; die Vergleichsebene führt von den Bolschewiki zum Idealismus der selbstgerechten, intoleranten Puritaner des 17. Jahrhunderts, nicht zum Faschismus. Laski entgeht der Hitler-Kult nicht,¹¹ aber sein Verständnis des nationalsozialistischen Regimes ist vorwiegend das eines erobernden Militarismus, ohne positives Prinzip, so dass sich der Systemvergleich, gar ein gemeinsamer Totalitarismusbegriff, nicht anbietet.

Diesen Terminus gab es zwar spätestens seit 1926, doch erst ein Jahrzehnt später, meist aus einem wachsenden Strom an „Renegatenliteratur“ von der Art Boris Souvarines, Arthur Koestlers oder Ignazio Silones, nahm die Identifikation von „braunem“ und „rotem Faschismus“ festere Gestalt an. Diese Schriften waren Prager „trotzkistischen“ Intellektuellen, dem Kreis um Karel Teige, Josef Guttmann, Závist Kalandra, Stanislav Budín und Milena Jesenská gewiss nicht entgangen, aber sie fügten sich meist der fatalen Logik des Entweder – Oder, d. h. Stalin oder Hitler.¹² Zum Eindruck mangelnder Seriosität der Zeugnisse ehemaliger Protagonisten kam hinzu, dass einige der von Stalin an Hitler ausgelieferten Flüchtlinge – als Deal mit der Gestapo – Berichte über die sibirischen Straflager und GPU-Gefängnisse schrieben, die von der deutschen Propaganda im Zweiten Weltkrieg missbraucht wurden.¹³

Ansätze einer Totalitarismustheorie kamen aus der katholischen Tradition, etwa von Waldemar Gurian, der außer einem Buch über den Bolschewismus (1931) eine Reihe weiterer Studien, nicht zuletzt über die deutsche Rechte (1932), verfasst hatte.¹⁴ Der russisch-jüdische Konvertit geht in seinem Verständnis des – noch nicht

⁸ *Ebenda* 58 f.

⁹ Laski, Harold: *Reflections on the Revolution of our Time*. London 1942.

¹⁰ Hier zitiert nach der tschechischen Übersetzung: Laski, Harold: *Úvahy o revoluci naší doby*. Praha 1948, 111.

¹¹ *Ebenda* 176.

¹² Rohrwasser, Michael: Totalitarismustheorie und Renegatenliteratur. In: Söllner, Alfons/Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin (Hgg.): *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*. Berlin 1997, 105-116, hier 109. – Wieland, Karin: Totalitarismus als Rache (Ruth Fischer). In: *Ebenda* 117-138. – Furet, François: *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*. München 1996, 166 f., 209 ff.

¹³ Der bekannteste Bericht dieser Art erschien erst 1949: Buber, Margarete: *Als Gefangene bei Stalin und Hitler*. München 1949.

¹⁴ Gurian, Waldemar: *Der Bolschewismus*. Freiburg i. Br. 1931. – *Ders.* [unter dem Pseudonym W. Gerhart]: *Um des Reiches Zukunft*. Freiburg i. Br. 1932. – Dazu *Hürten*, Heinz: *Modernitätskritik und Totalitarismustheorie im Frühwerk W. Gurians*. In: Söllner/Walkenhaus/Wieland (Hgg.): *Totalitarismus* 25-34 (vgl. Anm. 12).

so genannten – Totalitarismus von der radikalen Kritik der Moderne als säkularisierter Massengesellschaft und der Tendenz zur Selbstvergottung des Menschen aus; der einstige Freund Carl Schmitts kennt aber auch den Ausnahmezustand als Norm der neuen Diktaturen und den Verlust der Autonomie des Einzelnen. Gurians Wirkung dürfte sich allerdings auf ein liberalismuskritisches katholisches Milieu beschränkt haben, das in der Nachkriegs-Tschechoslowakei kaum mehr zum Zuge kam.

Ein brauchbarer analytischer Totalitarismusbegriff war inzwischen in Kreisen deutscher Emigranten in den USA entstanden, auch als systematisierender und vergleichender Ansatz: Ich nenne hier nur Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“ von 1942, die in der Tschechoslowakei mit großer Wahrscheinlichkeit unbekannt geblieben, aber durch das Bündnis mit Moskau auch im Westen politisch unkorrekt geworden war. Der deutsche Emigrant und Schüler Hans Freyers charakterisiert die drei Diktaturtypen als charismatisch aufgeladene „polemische Regime“, „crisis governments“ auf der Basis von amorphen Massen und einem Führer, mit aggressivem Kollektivgeist, der sich zu einem quasi „religious missionarism“ steigert und sich, vom Weltkrieg geprägt, auf einen neuen totalen Krieg hin bewegt.¹⁵

In tschechischen antikommunistischen Polemiken der Nachkriegszeit kam allenfalls ein rein rhetorischer Totalitarismusbegriff zur Geltung, indem einzelne Journalisten kommunistische Praktiken in die Nähe wohlbekannter Phänomene der Protektoratszeit setzten, wie Konzentrationslager, Gleichschaltung, Massenaufmärsche, „Gestapismus“, Unterdrückung unliebsamer Kritik etc.¹⁶ Der diffamierende Totalitarismus- bzw. Faschismusvorwurf sollte natürlich den kommunistischen An-

¹⁵ Neumann, Sigmund: *Permanent Revolution. The Total State in a World at War*. New York 1942. – Dazu jetzt: Söllner, Alfons: Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“. Ein vergessener Klassiker. In: *Ders./Walkenhaus/Wieland* (Hgg.): *Totalitarismus* 53-73 (vgl. Anm. 12).

¹⁶ So die temperamentvolle, schon 1946 kaltgestellte Publizistin Helena Koželuhová: Die freie Presse sei „fast der einzige Beweis, dass wir uns in keinem totalitären Staat befinden“, in: *Lidová demokracie* vom 11. Oktober 1945: Der „Einfluss Deutschlands“ sei an bestimmten Schichten zu bemerken, die „entsprechend der nationalsozialistischen Anschauung behaupten, es sei richtig, nur zu loben und in Begeisterung zu zergehen. [...] Die wenigen totalistischen Terroristen können niemanden einschüchtern.“ Zitiert nach: *Drápala*, Milan: *Na ztracené vartě Západu*. Antologie české publicistiky 1945-1948 [Auf dem verlorenen Posten des Westens. Anthologie tschechischer Publizistik 1945-1948]. Praha 2000, 137 f., 120, 121 f. – Den Begriff „Gestapismus“ verwendete Pavel Tigrid mehrfach, z. B. in: *Lidová demokracie* vom 22. Mai 1946, auch *ebenda* vom 16. März 1947. Von „fortgeschrittener Gleichschaltung“ schrieb Tigrid in: *Obzory* vom 31. August 1946. Zit. nach *Drápala*: *Na ztracené vartě Západu* 209, 221 f. – Analog *Kolař*, Jan [Pseud. *Marius*] in: *Obzory* vom 13. Juli 1946: „Es ist fast unbegreiflich, wie gründlich die siebenjährige Besatzungszeit unserem Volk den Respekt vor der Macht und die Furcht vor deren Instrumenten eingeflößt hat.“ – *Ders.*: *Co jest nacismus [Was der Nationalsozialismus ist]*. In: *Lidová demokracie* vom 5. 3. 1947, zit. nach *Drápala*: *Na ztracené vartě Západu* 305. – Ferner Luděk Forman, der „Götzendienner und Byzantiner“ am Werk sieht, hinter deren Fettschen der „Teufelshuf der Gleichschaltung“ hervorkommt, in: *Nové Průdy* vom 11. Mai 1947, zit. nach *Drápala*: *Na ztracené vartě Západu* 373. – Der katholische Publizist Ladislav Jehlička sprach ein weiteres Thema an, nämlich das „durch Fremdherrschaft entstandene geistige Vakuum“, das die Kommunisten mit ihren Revolutionsparolen aufzufüllen suchten, in: *Vývoj* vom 7. Mai 1947, zit. nach *Drápala*: *Na ztracené vartě Západu* 488.

spruch in Zweifel ziehen, die eigentliche Alternative zum Nationalsozialismus zu sein; analog geizte die kommunistische Publizistik nicht mit dem Vorwurf an die Adresse ihrer Kritiker, sie wollten mit ihrem Ruf nach bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit nur Nationalsozialisten und Kollaborateure schützen, oder sie steuerten geradewegs ein „neues München“ an.¹⁷

2) Außer der Verwendung „faschistischer“ Methoden klang in den publizistischen Wortgefechten der Nachkriegsjahre auch ein weiteres von Havelka aufgegriffenes Thema an: die Demoralisierung der tschechischen Gesellschaft durch die Zerschlagung der Republik, ihrer Strukturen, Sicherheiten und Wertvorstellungen. Es ist aber vor allem von Mentalitäten und Moral die Rede, von Vergleichgültigung, Zynismus, politischer Apathie, nach dem Februar 1948 von „Kapitulantenentum“, das sich beinahe masochistisch zum basso continuo Beneš-feindlicher Kritik der Emigrations- und Dissidentenliteratur entwickelt habe. Eine von jungen tschechischen und slowakischen Flüchtlingen 1949-1953 ursprünglich in Genf herausgegebene intellektuelle Revue „Skutečnost“ (Die Wirklichkeit) begnügte sich nicht mit Kritik an Beneš nationalen und panslawistischen Illusionen, an der Nachkriegs-„Demokratie auf Widerruf“ und an den sozialen und moralischen Folgen der Zwangsaussiedlung der Deutschen – einer Falle, die die Tschechoslowakei auf unabsehbare Zeit an Stalins Russland fesseln musste. Vielmehr hieß es hier, schon der nationalsozialistische Terror und der Krieg hätten das Volk verroht und das Verlangen nach Vergeltung geweckt: „Wir haben der Versuchung nicht widerstanden, Kerkermeister zu werden“, und Nach-Februar-Methoden eingeübt (Zdeněk Dittrich). Der Februar 1948 war ein bloßes „Glied in der Kette des geistigen und moralischen Niedergangs unserer Nation“, folgerte Zdeněk Suda. Ja der Nationalstaat erschien im Licht der Erfahrungen seit 1938 („von München nach Jalta“) geradezu als Irrweg. So konstatierte Karol Belák: „Es gibt keinen demokratischen Nationalismus“. Wir sind nicht aus dem Stoff gemacht, aus dem Helden entstehen, heißt es bei Antonín Hrubý, aber seit München scheint auch alles Vertrauen in das Recht, jeder Respekt vor der Menschenwürde verschwunden zu sein und die Überzeugung überhand genommen zu haben, dass „sich Idealismus nicht auszahlt“. Es fehlt in den Aufsätzen weder die Kritik am überkommenen tschechischen Parteiwesen als Pfründenverteilung (Dittrich) noch an den Defiziten der zeitgenössischen, auch von innen gefährdeten Demokratie im Westen (Belák). Der Totalitarismusbegriff wird ständig gebraucht.¹⁸

¹⁷ Brenner, Christiane: Zwischen Ost und West: Tschechische politische Diskurse 1945-1948. München 2009, 5, 20 f. (VCC 118).

¹⁸ Vor einiger Zeit ist eine Anthologie mit den sonst schwer zugänglichen Aufsätzen der „Skutečnost“ erschienen, aus der ich hier zitiere: Prečan, Vilém (Hg.): Hluboká stopa. Nezávislá revue Skutečnost 1948-1953 [Eine tiefe Spur. Die unabhängige Revue Skutečnost 1948-1953]. Praha 2008. – Es gibt zwei totalitäre Systeme, äußert Belák, aber gegen eins von ihnen gewesen zu sein, legitimiert nicht das andere. Belák, Karol: Tým, čo sa nemylili [An die, die sich nicht geirrt haben]. In: Prečan (Hg.): Hluboká stopa 538-540, hier 538. – Zum Thema „Fachidiotie“ und Missbrauch der Wissenschaft in beiden Regimes: Matějka, Ladislav: Je nemravná věda vědou nevědeckou? [Ist eine unmoralische Wissenschaft eine Unwissenschaft?]. In: *Ebenda* 529-532, hier 531 f. – Als gleichermaßen fortschrittsfeindlich werden beide Systeme charakterisiert von Suda, Zdeněk: O demokracii obsahovou [Über

Christian Willars' spätere „Böhmische Zitadelle“ geht in ihrem stellenweise maßlosen Angriff über München und Beneš hinaus und nimmt die fehlende Substanz der tschechischen Eliten, ihr geschichtlich bedingtes unzulängliches Niveau und die katastrophalen Folgen ihrer Kapitulation aufs Korn. Willars leitet deren wenig entwickeltes politisches Freiheitsbewusstsein von einem primär ethnischen Politikverständnis und von der Tatsache ab, dass die Republik nicht aus eigener Kraft erkämpft wurde; er hätte aber auch auf die „binnenpolitische“, österreichische Prägung der tschechischen Politik hinweisen können, die zwar Theaterdonner, aber keinen letzten Ernst existenzieller Grenzsituationen kannte. Taktierend hatte man die Zitadelle 1943/1945 von außen unterminiert und den Volkskörper zwar gerettet, aber „auf Kosten seiner Seele“: Die wieder nur geschenkte Freiheit wurde ein andermal unwürdig verspielt.¹⁹

Die emotionale Kritik und ihre impressionistischen Etiketten bedürften natürlich der empirischen Aufschlüsselung und Illustration, vor allem der mikrosoziologischen ergänzenden Analyse. Antiintellektualismus, Autoritarismus, Antiparlamentarismus und xenophober Nationalismus, der Ruf nach Säuberungen und einer starken Hand waren keine Angelegenheit einiger Tausend tschechischer Faschisten, sondern beherrschten die Nach-Münchener Szene;²⁰ andere Haltungen, wie der Rückzug aus dem öffentlichen Raum, die Gewöhnung an pseudopolitische Fassaden des „Als-ob“, wurden unter deutscher Besatzung eingeübt. Inwiefern die von Havelka erwähnten Bevölkerungs- und Eigentumsverschiebungen seit 1938 schon für Mentalitätswandel verantwortlich gemacht werden können, müsste noch geprüft werden; eine erheblichere Rolle spielte wohl die tägliche Rechtsunsicherheit und politische Desillusionierung.²¹ In breiten Schichten hat sich auch die ältere tschechische Staats-

eine inhaltliche Demokratie]. In: *Ebenda* 476 f., hier 476. – Der Sozialismus sei vereinbar mit unterschiedlichen politischen Regimen, auch mit dem totalitären, heißt es bei: Čerých, Ladislav: Pravolevý mýthus [Rechtslinker Mythos]. In: *Ebenda* 503-506, hier 504.

¹⁹ Willars, Christian [Kostrba-Skalický, Oswald]: Die böhmische Zitadelle. Schicksal einer Staatsidee. Wien, München 1965, 288 f., 292, 304 f., 328, 335 u. a. – Tigríd, Pavel: Jací jsme, když je zle [Wie wir sind, wenn es uns schlecht geht]. In: *Svědectví* 12 (1973) H. 46, 303-320, hier 304 ff., 311, 317. – Mastný, Vojtěch: Tradition, Continuity and Discontinuity in Recent Czechoslovak History. In: *Lobkowicz, Nikolaus/Prinz, Friedrich* (Hgg.): Die Tschechoslowakei 1945-1970. München 1978, 81 ff. – Sládeček, J. [Pithart, Petr]: Osmašedesátý [Achtundsechzig]. Köln 1980, 137 ff.

²⁰ Rataj, Jan: O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky 1938-1939 [Über den autoritären Nationalstaat. Ideologische Wandlungen der tschechischen Politik 1938-1939]. Praha 1997, 93 f., 119 ff. – Sládek, Zdeněk: Vliv nacistické nadvlády na politický vývoj v Čechách a na Moravě [Der Einfluss der nationalsozialistischen Fremdherrschaft auf die politische Entwicklung in Böhmen und Mähren]. In: *Soudobé dějiny* 4-5 (1994) H. 1, 532-535, hier insb. 534 f. – Karel Čapek hatte von einer „schrecklichen Mischung aus Blödsinn (troubovství) und Gewalttätigkeit“ gesprochen, die Europa gefährde; für die erste sei der Intellekt verantwortlich, der sein Erstgeburtsrecht gegen ein Linsengericht verkauft, in: *Přítomnost* vom 17.1.1934, zit. nach Čapek, Karel: O demokracii, novinách a českých poměrech. Výbor z publicistických prací [Über die Demokratie, die Presse und tschechische Zustände. Eine Auswahl aus den publizistischen Arbeiten]. Praha 2003, 175.

²¹ Zu den erzwungenen sozialen und politischen Nivellierungsprozessen, der industriellen Konzentration während der deutschen Besatzungszeit, an die die Transformationen von 1945 anknüpfen, sowie der Konvergenz rechter und linker Liberalismuskritik vgl. *Brenner*,

ferne (als Angelegenheit „der da oben“) radikalisiert, die fließende Übergänge zu autoritären Formen der Herrschaft auch ohne echte Autorität ermöglichte. Es handelte sich aber wohl eher um den Rückfall in älteres Untertanenverhalten als um totalitäre Mobilisierung im eigentlichen Sinn, die – im Unterschied zum Absolutismus – immer ein aktives Element fanatischer „politischer Religiosität“ erfordert.²²

Bei den insbesondere von Carl J. Friedrich vorgeschlagenen Hauptmerkmalen des Totalitarismus – eine Ideologie, eine Massenpartei, eine terroristische Geheimpolizei, ein Nachrichten- und Waffenmonopol, eine zentral gelenkte Wirtschaft – so zutreffend sie typologisch sein mögen – bleiben nach meiner Meinung mindestens zwei Punkte unterbelichtet: erstens der historisch-genetische Aspekt, d. h. die kontingente Entstehung des Regimes und seine weiteren Wandlungen, und zweitens die subjektive Vermittlung charismatischer Herrschaft, nämlich die Enthusiasmierung der Bevölkerung durch Führer- und Heldenkult, Selbstberauschung am scheinbaren Besitz der einzigen Wahrheit, einer Art Sakralsprache, und weitere ersatzreligiöse Elemente. „Totalitäre Systeme sind in der Innerlichkeit ihrer Subjekte befestigt [...]. Bloße Mitläuferschaften sind nicht genug.“²³

Die Funktion dieser Bausteine des Totalitarismus besteht – außer in der Ausschaltung anderer Sinngebungsinstanzen – in der Festigung der Gemeinschaft, der Gewinnung von Loyalität und Hingabebereitschaft; und es scheint mir funktional unwichtig, ob das Regime „vagierende“ politische Religionselemente benutzt oder tatsächlich ersetzt (Hockerts), bzw. authentische religionstypische Züge entwickelt, die auch jenseits politischer Macht Unbedingtes und Letztes vermitteln.²⁴

Man hat bekanntlich schon früher, nach dem Vorbild der religiös legitimierten traditionellen Monarchie, primär säkulare Anliegen – die Französische Revolution, nationale Unabhängigkeits- und Arbeiterbewegungen – mit religiösen Ritualen und Symbolen umgeben. Eine Galerie von Helden und Märtyrern, geheiligte Erzäh-

Christiane: Cesta k únoru 1948. Teze k výzkumu soudobých dějin [Der Weg zum Februar 1948. Thesen zur Zeitgeschichtsforschung]. In: dějiny – teorie – kritika 2 (2006) 215-230. – Analog über Polen: *Milosz*, Czesław: Verführtes Denken. Stuttgart 1959, 161.

²² *Hildebrand*, Klaus (Hg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus. München 2003, hier die Einführung (Schriften des Historischen Kollegs 59).

²³ C. J. Friedrich betont zwar, dass die totalitären Systeme im Verlauf der Bewältigung von unterschiedlichen Krisensituationen entstanden sind und „magische Beschwörung“ statt der Vernunft benutzen, jedoch: „In der totalitären Ideologie wird das Normative im Faktischen aufgelöst.“ *Friedrich*, Carl J.: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957, 15 ff. – *Lübbe*, Hermann: Die Historizität des Totalitarismus. George Orwell's Evidenz. In: *Maier*, Hans (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs. Bd. 1. Paderborn u. a. 1996, 285-290, hier 288. – *Svátek* weist auf nicht-ideologische Züge bei konkreten Terrormaßnahmen in den frühen 1950er Jahren hin. *Svátek*: Koncept totalitarismu a historikova skepse 42 (Vgl. Anm. 1).

²⁴ *Hockerts*, Hans Günter: War der Nationalsozialismus eine politische Religion? Über Chancen und Grenzen eines Erklärungsmodells. In: *Hildebrand* (Hg.): Zwischen Politik und Religion 45-72, hier 51 f., 54 (vgl. Anm. 22). Hockerts spricht von dem Bezug auf etwas Höheres und Absolutes, das „die Grundordnung der Dinge durch alle Zufälle und Irritationen des Lebens hindurch jederzeit sichtbar macht“ *ebenda* 54. – *Linz*, Juan J.: Der religiöse Gebrauch der Politik und/oder der politische Gebrauch der Religion. In: *Maier* (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen. Bd. 1. 129-154 (vgl. Anm. 23).

lungen über kollektives Leiden, diabolisierte Feinde und Verräter, die Erwartung einer kommenden Erlösung, gemeinsame Riten, Mythen, heilige Orte etc. schmieden die Angesprochenen zusammen, geben der gemeinsamen Sache die höhere Weihe, schließen andere Loyalitäten aus: Man kann nicht dem einen Gott dienen und zugleich dem Mammon. Die säkularisierte Gesellschaft bedarf des ersatzreligiösen Kitts, und ein Placebo (Czesław Miłosz' „Murti-Bing“) füllt das Sinnvakuum oft eine Zeitlang erfolgreich aus, so dass sich zumindest das Wir-Gefühl stärkt. Die politische Religion übernimmt gerade in Konkurrenz mit den kirchlichen Gemeinschaften Elemente des „fascinosum et tremendum“.²⁵

Es ist hier nicht der Ort, Stalins spezifische Mischung aus Terror, administrativer Gewalt, ideologischer und pseudoreligiöser Halluzinierung zu analysieren. Zu den letzteren zählte unzweifelhaft der heilsgeschichtlich aufgeladene Glaube an die historische Mission der „Avantgarde“, eine obsessive, „manichäische“ Feindvorstellung sowie ein „kugelsicheres“ System von Erkenntnissen, das es gestattete, die Partei als über alle Kontingenzen herausgehobene, kirchenähnliche Instanz aufzufassen.²⁶ Die Abschließung in einen verschworenen Eliteverband („Menschen besonderer Prägung“), mit dem Anspruch auf ein unfehlbares Sonderwissen, wird bestärkt durch Zeremonien, Symbole und Denkmäler, Toten- und Führerkult, nicht zuletzt die kulturrevolutionäre Apotheose des „Neuen Menschen“, die eifernde Verfolgung von „Ketzer“, Abtrünnigen von der wahren Lehre, aber auch der traditionellen Religionen – als Konkurrenten.²⁷

3) Um zur tschechischen Gesellschaft zurückzukehren: Sie sah sich ab 1938 der totalitären Herausforderung seitens zweier expansiver Großmächte ausgesetzt und hat sich dabei keineswegs als immun erwiesen. Die Ursachen waren, wie wir wissen, komplex, aber einer der Faktoren mag gerade in der fortgeschrittenen Säkularisierung zu suchen sein, die vor allem die städtische und industrialisierte Bevölkerung aus den traditionellen kirchlichen Bindungen weitgehend gelöst hatte. Nüchternrationale Lebensplanung, die auch zur Mentalität der zahlreichen „Metallbauern“ gehört, ist, allgemein gesagt, Extremen, Risiken, Märtyrertum abgeneigt, und auch die nationale Ersatzreligion formt in der Regel nur die Oberfläche der meist klein-

²⁵ Loewenstein, Bedřich: Animal symbolicum? Historisch-anthropologische Überlegungen. In: *Ders.: Wir und die anderen. Historische und kulturosoziologische Betrachtungen*. Dresden 2003, 87-115. – Miłosz: *Verführtes Denken* 16 ff. (vgl. Anm. 21).

²⁶ Beyrau, Dietrich: Das bolschewistische Projekt als Entwurf und als soziale Praxis. In: *Hardtwig, Wolfgang* (Hg.): *Utopie und politische Herrschaft in Europa*. München 2003, 13-39, hier 14 f. (Partei und Proletariat als unio mystica, ständiger Bekenntniszwang und Erweckung zum Neuen Menschen 22-24; Moskau als „Hierozentrum“ und „rotes Mekka“, Sakralisierung der Binnen- und Diabolisierung der Außenwelt, „habituelle Schizophrenie“ 28).

²⁷ Riegel, Klaus-Georg: Der Marxismus-Leninismus als politische Religion. In: *Maier, Hans/Schäfer, Michael* (Hgg.): *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*. Bd. 2 Paderborn u. a. 1997, 75-128. – Dagegen *Hildermeier, Manfred*: Kommunismus und Stalinismus – „Säkularisierte Religion“ oder totalitäre Ideologie? In: *Hildebrandt: Zwischen Politik und Religion* 91-112, hier 91 ff., 108 ff. (vgl. Anm. 24). Der Verfasser hält den von Eric Voegelin (1938) stammenden Begriff „politische Religion“, trotz zahlreicher religionsähnlicher Züge, für zu unscharf und unspezifisch, um den Stalinismus oder gar den Kommunismus zu charakterisieren.

bürgerlich geprägten Lebensnormen. Die hussitisch-masarykische Staatsideologie der Ersten Republik war meist außerstande, die Bevölkerung mehr als nur äußerlich und rhetorisch zu beeinflussen: Katholische und nicht-tschechische Gruppen sahen sich von ihr nicht angesprochen, während sie 1945 paradoxerweise einem national-plebejisch agierenden „Sozialismus“ viele Anhaltspunkte bot.²⁸

Die bald darauf einsetzende terroristische Zerschlagung und Einebnung aller Bereiche und sozialen Strukturen war in der Tat von „Verinnerlichung äußerer Unfreiheit“, ja von massenhaften Ergebnisritualen der Fanatisierten, Eingeschücherterten und Verwirrten, von Führerkult und einer Atmosphäre des Wirklichkeitsverlusts umgeben;²⁹ das Regime der frühen 1950er Jahre hatte sich aber zunehmend von seinen nationalen und historischen Voraussetzungen abgekoppelt, von nationalem Eigeninteresse, sogar vom authentischen Marxismus als Legitimationsbasis. Die herrschende Partei ahmte, zur Statthalterei degradiert, das verbindliche sowjetische Vorbild mitsamt seiner Praxis entgrenzter Gewalt und subjektiver Willkür nach. Die Bereitschaft, von gesundem Menschenverstand und von jedem Rechtsbewusstsein abzusehen, nahm stellenweise orwellsche Züge an: Die Realitäten, einschließlich der Vergangenheit, standen zur Disposition, ja die Opfer sollten mit ihrer Degradierung und Liquidierung möglichst noch einverstanden sein.³⁰

²⁸ Šebek, Jaroslav: Nationalisierende Tendenzen im konfessionellen Bereich. In: Zückert, Martin/Höhlzwimmer, Laura (Hgg.): Religion in den böhmischen Ländern 1938-1948. Diktatur, Krieg und Gesellschaftswandel als Herausforderungen für religiöses Leben und kirchliche Organisation. München 2007, 31-47 (VCC 115). – Schulze Wessel, Martin: Vom Kulturkampf zum Konsensprinzip. Kulturpolitische Voraussetzungen des kommunistischen „Coup d'état“. In: *Ebenda* 19-30. – Ders.: Katholik und Staatsbürger? In: Ders. (Hg.): Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik 1918-1938. Politische, nationale und kulturelle Zugehörigkeiten. München 2004, 179-191 (VCC 101). – Loewenstein, Bedřich: Revoluce a utopie – na dvou příkladech [Revolution und Utopie – an zwei Beispielen]. In: Tůma, Oldřich/Vilímek, Tomáš (Hgg.): Historik v soudobých dějinách. Milanovi Otáhalovi k osmdesátým narozeninám. [Der Historiker in der zeitgenössischen Geschichte. Milán Otáhal zum achtzigsten Geburtstag]. Praha 2008, 154-164.

²⁹ Macura, Vladimír: Šťastný věk. Symboly, emblémy a myty [Das glückliche Zeitalter. Symbole, Embleme und Mythen]. Praha 1992. – 27 Millionen Bücher wurden in diesen Jahren vernichtet vgl. Holý, Jiří: Česká literatura od roku 1945 do současnosti [Die tschechische Literatur vom Jahr 1945 bis zur Gegenwart]. Praha 1996, 34 ff. – Zur Militarisierung und dem Aufbau einer 240 000-Mann-Armee Kocián, Jiří: Komunistické Československo po roce 1948 [Die kommunistische Tschechoslowakei nach dem Jahr 1948]. In: Česko-slovenská ročenka 2005, 146. – „Eine Gesellschaft aus Staatsbediensteten [...] war ein historisch einzigartiges Gebilde [...] und brachte auf eine Weise eine Untertanenstruktur mit entsprechender Mentalität hervor.“ Křen, Jan: Dvě století střední Evropy [Zwei Jahrhunderte Mitteleuropa]. Praha 2005, 636, 645.

³⁰ „Mit nachtwandlerischer Ruhe zerstören sie mit einem Schlag das jahrhundertlang errichtete und niemals vollendete Werk der politischen Kultur – die Mechanismen der Machtbegrenzung, des Kräftegleichgewichts und der rechtlichen Garantien.“ Aron, Raymond: Opium pro intelektuály [Opium für Intellektuelle]. Praha 2001, 170, 133. – „Der Sieg hatte nichts verändert. Die Flucht nach vorne ging weiter, von einer Kalamität in die nächste. Das Machtzentrum ‚steuerte‘ eine Gesellschaft, zu der es die Fühlung größtenteils verloren hatte.“ Koenen, Gerd: Utopie der Säuberung. Berlin 1998, 376. – „Die radikale Unterbindung historisch bedingter Gedankenverbindungen [...] kam zum Ausdruck als Unfähigkeit, zusammenhängend zu denken.“ Preisner, Rio: Až na konec Česka [Bis zum Ende Böhmens]. Purley 1987, 35, 163 ff.

Naturgemäß ließ sich der „holistische Staatskonstruktivismus“ mit seiner „Mischung aus Brutalität und Enthusiasmus“ (Boyer) nur kurzfristig, unter Kriegsdrohung und auf Kosten menschlicher wie materieller Ressourcen aufrechterhalten. Nach dem Tod des Despoten werden zögerlich dessen „Fehler“ eingeräumt und unter der verharmlosenden Ägide einer „Kritik am Personenkult“ versucht, den Kern des „leninistischen“ Projekts zu retten. Hinter den rosa Nebelschwaden der illusorischen Allmachtsphantasien tauchen wieder die Umriss der eigentlichen Wirklichkeit auf und eine Gesellschaft, die „mehr ist als Knetmasse der Macht“.³¹

4) Die Eule der Minerva setzt bekanntlich zu ihrem Flug in der Dämmerung an, und auch die Selbsterkenntnis des Regimes beginnt erst, nachdem die extremsten Schrecken vergangen und offiziell zugegeben, für viele Kommunisten, nicht nur Intellektuelle, zum Ärgernis und das Gefühl der Scham zu einem erkennbaren Motiv ihres Handelns geworden waren. Es wäre wirklichkeitsfremd, ihren Bemühungen vorzuwerfen, dass sie „einen Laden mit enttäuschem Glauben“ aufmachten (Pit-hart), ohne auf den Glauben selbst zu verzichten; dass ihr Kampf auf die Beseitigung vermeintlicher „Verfremdungen“ des nach wie vor bejahten Sozialismus gerichtet war, auf bloße Kritik an der „Degeneration der Macht“, auf „Wiederherstellung sozialistischer Gesetzlichkeit“ etc. Unter den Bedingungen einer nur halbherzigen sowjetischen Entstalinisierung und der Herrschaft eines in Verbrechen verstrickten eigenen Machtapparats waren realistischere nur einzelne Lockerungen im System, aber keine volle Demokratie zu erwarten. Die Bestürzung über die stalinistische Paranoia wurde gewiss subjektiv gezügelt vom Willen, das sozialistische Projekt selbst nicht zu gefährden, sondern zu seinem vermeintlich authentischen humanen Wesen zurückzukehren. Aber Geschichte zu machen braucht, wie gerade Havelka weiß, immer Menschen, die von ihren Generationsprägungen und Schockerlebnissen ausgehen.

Für die eigentlichen Machthaber verständlich war zumindest der Ruf nach funktionaler Rationalität der stotternden Maschinerie, also nach Vermeidung von Willkür und kontraproduktiver Gewalt, mit einigem Misstrauen auch einer Wiederherstellung autonomer, vor sachfremden Eingriffen geschützter sozialer Bereiche: in erster Linie der Wirtschaft, aber damit zusammenhängend auch der Wissenschaft, der Rechtsprechung und Kultur im engeren Sinne. Dies, ebenso wie die Wahrnehmung nationaler Eigeninteressen innerhalb des Satellitensystems, gelang bekanntlich nur in Grenzen und keineswegs überall. Doch mit dem Übergang von allgegenwärtigem Terror, irrationaler Machtausübung und pseudoreligiöser Selbstberauschung zu einer relativ nüchternen Politik polizeibürokratischer Systemerhaltung, Berechen-

³¹ Boyer, Christoph: Der Beitrag der Sozialgeschichte zur Erforschung kommunistischer Systeme. In: Bremer, Christiane/Heumos, Peter (Hgg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1948-1968. München 2005, 13-32, hier 17, 24 (BWT 27). – „Im Namen dieser ideologischen Einheit [...] wurden große historische Werte unserer Nationen, die sich als natürliche Grundlage für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft anboten, mit Füßen getreten.“ Pelikán, Jiří (Hg.): Das unterdrückte Dossier: Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und „Rehabilitierungen“ in der Tschechoslowakei 1949-1968. Wien 1970, 299 f.

barkeit und Teilliberalisierung war der Totalitarismusbegriff als Charakteristikum der poststalinistischen Regime nicht mehr angemessen.³²

Auch angesichts einer sich zunehmend differenzierenden Industriegesellschaft und eines hohen Prozentsatzes relativ gut ausgebildeter Techniker und Facharbeiter wurde es zunehmend fragwürdig, die nach wie vor vorhandenen totalitären Instrumente auch de facto anzuwenden. Es war darüber hinaus unbestreitbar, dass in den erst nach 1945 sowjetisierten Ländern Ostmitteleuropas trotz des Verfalls der politischen Kultur nicht ganz ausgelöschte Erfahrungen mit bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit (sowie engere Kontakte zum ökonomisch überlegenen Westen) bestanden, so dass „Normalität“ im zivilgesellschaftlichen Sinn für erhebliche Teile der Bevölkerung vorstellbar geblieben war. Ein durch Enthüllungen verunsicherter stalinistisch geprägter Machtapparat wagte somit kaum mehr, mit offen terroristischen Mitteln zu herrschen, zumal die wirtschaftlichen Misserfolge nicht mehr zu bestreiten waren, die Arbeiterschaft zu ihrer nüchternen Denkweise zurückgefunden hatte und die einstige illusorische Zukunftsgewissheit auf allgemeine Skepsis stieß. Die Sowjetunion war seit 1956 entmythologisiert und auch die Vergangenheit teilweise enttabuisiert; schon der straffe Zentralismus eines aufgebauchten, wenig qualifizierten Apparats wurde nur mehr mit Unwillen ertragen. Seit etwa 1962 konnte sich in der herrschenden Partei gegenüber dem „dogmatischen“ Apparat ein neues Bewusstsein durchsetzen, das in Teilerfolgen, wie zögernden Wirtschaftsreformen, Rehabilitierungen, einer Lockerung der ideologischen Zensur wissenschaftlicher und literarischer Werke, sowie der kulturellen Isolierung zur Geltung kam.³³

Zum Abschluss eine kleine Randbemerkung „in eigener Sache“: Zu den aktuellen Bemühungen um eine Bewältigung der einen totalitären Vergangenheit könnten die parallelen, weniger spektakulären Faschismus-Studien jener Jahre hinzugezogen werden, die – ebenfalls ohne den Totalitarismusbegriff zu verwenden – mit der internationalen Tagung über „Faschismus und Europa“ (1969) sowohl gipfelten als auch abbrachen.³⁴ Das Regime hatte diese von Anfang an zu politischen Zwecken geför-

³² Raymond Aron, der auch für die Brežnev-Jahre zur Beibehaltung des Totalitarismusbegriffs neigte, schlug daneben den Terminus „idéocratie militariste“ vor. Für die Mehrzahl der Satelliten könne jedoch von Totalitarismus nicht mehr die Rede sein: Aron, Raymond: Plädoyer für das dekadente Europa. Berlin 1978, 191, 383 ff. – Dazu auch Seubert, Harald: Erinnerung an den „Engagierten Beobachter“ in veränderter Zeit. Über Raymond Aron als Theoretiker des Totalitarismus und der nuklearen Weltlage. In: Maier/Schäfer (Hgg.): Totalitarismus und Politische Religionen. Bd. 2., 311-361, hier insbesondere 328 f. (vgl. Anm. 27). – Svátek: Konzept totalitarismu a historikova skepse 41 (Vgl. Anm. 1).

³³ Hejzlar, Zdeněk: Reformkommunismus. Köln 1976, 72 f., 92 f., 113 f., 117 ff. – Pelikán (Hg.): Das unterdrückte Dossier 36 f., 159 ff. (vgl. Anm. 31). – Mit Václav Havel und der totalen Ernüchterung gegenüber sozialistischen Perspektiven setzt ein unbefangener – und oft unkritischer – Gebrauch des Totalitarismusbegriffs in den 1970er und 1980er Jahren ein.

³⁴ Fašismus a Evropa. Mezinárodní symposium v Praze, 28.-29. srpna 1969 [Faschismus und Europa. Internationales Symposium in Prag, 28.-29. August 1969]. Bd. 1. Praha 1969, Bd. 2. Praha 1970 (Maschinenschr.). – Das Tagungsprotokoll, von der neuen Institutsleitung unterdrückt, wurde in der Folge von der Forschung kaum rezipiert. Mein damaliger Tagungsbericht wurde erst Jahrzehnte später publiziert. Loewenstein, Bedřich: Fašismus a Evropa. Glosy k mezinárodnímu symposiu [Faschismus und Europa. Eine Glosse zu dem internationalen Symposium]. In: Prečan, Vilém (Hg.): Grenzüberschreitungen oder

dert und propagandistisch missbraucht; in einer freieren Atmosphäre bot sich die Chance ihrer Verwissenschaftlichung, ja einer Umkehrung der Stoßrichtung mit „revisionistischer“ Zielsetzung. (Es sei mir verziehen, dass ich von anderen Untersuchungen, etwa den Arbeiten Jan Tesařs, durch die das Thema Projektoratszeit neue Aktualität gewann, absehe und nur meine eigenen frühen Arbeiten erwähne.) In einer programmatischen Studie über den deutschen Antidemokratismus von 1965,³⁵ die sich als Prolegomena zu einer größeren Arbeit über die Voraussetzungen des Hitlerismus verstand, wird die gängige Auffassung vom deutschen Sonderweg, ebenso wie die offizielle kommunistische Faschismusformel, einer kritischen Durchsicht unterzogen; als Hintergrund der Interpretation wird nicht einfach „Deutschland“ und nicht „der Kapitalismus“, sondern vielmehr die brüchige, jedoch erhaltenswerte moderne Zivilisation vorgeschlagen. Über die Referierung einer wohl allzu weiten Skala historischer, kultursoziologischer und philosophischer Literatur hinaus wird eine Konzeption der Moderne angepeilt, von der aus die zivilisatorischen Zusammenbrüche und „irrationalen Sackgassen“ des 20. Jahrhunderts interpretiert werden sollten. Von dieser gedrängten Bestandsaufnahme, bei der Stalin als stiller Gast immer deutlich präsent war, gingen weitere Untersuchungen über „Irrationalismus und Zivilisation“, „Das deutsche Weltkriegserlebnis und die irrationale Zivilisationskritik“, „Die Zivilisation und ihre Sackgassen“³⁶ sowie eine Reihe weiterer Studien hervor, die, zusammengefasst unter dem berdjaevschen Titel „Das Mittelalter des zwanzigsten Jahrhunderts“, 1970 unterdrückt wurden.³⁷ Die doppelte Ausrichtung dieser Aufsätze, ihre implizite Aktualität in den intellektuellen Reformbestrebungen der 1960er Jahre, lag auf der Hand.

Die Erwähnung dieser vergessenen frühen Arbeiten sollte nicht als Tribut an auktoriale Eitelkeit aufgefasst werden, sondern als Ergänzung des Gesamtbildes der Atmosphäre der 1960er Jahre. Der Terminus „Totalitarismus“ wurde natürlich nicht benutzt, solange die Aussicht auf eine erträgliche Reform des „posttotalitären Autoritarismus“ (in Analogie zu der Liberalisierung der frankistischen Diktatur) bestand; aber auch im Westen war man von diesem als „entspannungsfeindlich“ abgekommen.

der Vermittler/Překračování hranic aneb zprostředkovatel. Festschrift zum 70. Geburtstag eines europäischen Historikers/Jubilejní spis k 70. narozeninám evropského historika. Praha, Brno 1999, 342-351. – Mein ebenfalls unterdrücktes, zu einer selbstständigen Studie ausgeweitetes Tagungsreferat ist auch erst 2003 gedruckt worden: Loewenstein, Bedřich: Civilizace a fašismus. Studie z let 1969-1971 [Zivilisation und Faschismus. Eine Studie aus den Jahren 1969-1971]. Praha 2003 (Sešity ústavu pro soudobé dějiny 37).

³⁵ Ders.: Zur Problematik des deutschen Antidemokratismus. In: *Historica* 11 (1965) 121-176.

³⁶ Ders.: Irrationalismus und Zivilisation. Braunschweig 1965. – Eine erweiterte tschechische Fassung dieses Textes findet sich in: *Filosofický časopis* 14 (1966) H. 1, 45-60. – Ders.: Německý válečný zážitek a iracionální kritika civilizace [Das deutsche Kriegserlebnis und die irrationale Zivilisationskritik]. In: *Československý časopis historický* 14 (1966) H. 4, 521-547. – Ders.: Die Zivilisation und ihre Sackgassen. In: *Futurum. Zeitschrift für Zukunftsforschung* 1 (1968) H. 2, 205-224. Abdruck eines Vortrags (Civilizace a její slepé uličky), gehalten auf der Marienbader Konferenz über die sozialen und menschlichen Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution, 1.-6. April 1968. – Beide Artikel auch in: Ders.: *Plädoyer für die Zivilisation*. Hamburg 1973.

³⁷ Ders.: *Středověk dvacátého století* [Das Mittelalter des zwanzigsten Jahrhunderts]. Praha 1970 (Der größte Teil der Auflage wurde eingestampft).

Obwohl die Prager Ansätze von der Faschismusforschung nicht aufgenommen wurden, war es vom heutigen Diskurs her durchaus aktuell, bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus das Irrationale,³⁸ Pseudoreligiöse und Antizivilisatorische hervorzuheben. Auch der Hinweis auf den Krieg als Vater und Muster der totalitären Sackgassen des 20. Jahrhunderts hat sich als fruchtbar erwiesen; außerdem machte er die Parallelität der beiden „Sekundärkulte“ deutlich.

³⁸ Hans Joas bezeichnet den Sammelbegriff „irrational“ als analytisch wertlos. Joas, Hans: *Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Weilerswist 2000, 20. – Ich habe diesen Begriff seinerzeit als Gegensatz zu rationalem und interessegeleitetem Handeln benutzt, aber auch als Aufkündigung der Werte einer friedlichen bürgerlichen Arbeitswelt. Mit Joas' Warnung vor einer „falschen Beruhigung hinsichtlich der Folgen von Modernisierungsprozessen“ wäre ich einverstanden, nicht aber mit der Formel, Barbarei sei nicht das Gegenprinzip, sondern „das Grundprinzip der modernen Gesellschaft,“ *ebenda* 32 f.

Jan Dobeš

UNERWARTETE PARALLELEN – ODER:
UNTER DER OBERFLÄCHE MACHPOLITISCHER
VERÄNDERUNGEN VERBORGENE STRÖMUNGEN

In dem Artikel, der dieser Diskussion als Grundlage dient, wirft Miloš Havelka die Frage auf, ob die neueste tschechische Geschichte eine Epoche des Totalitarismus durchlaufen habe. Wenn wir tschechische Zeitungen und Zeitschriften durchsehen, in denen der Totalitarismusbegriff völlig beliebig verwendet wird, dann erscheint es nahe liegend und geradezu selbstverständlich, diese Frage zu bejahen. Obgleich die Auseinandersetzung über das „Institut für das Studium totalitärer Regime“ (Ústav pro studium totalitních režimů), die das Brünner Verfassungsgericht unlängst aufgrund der Klage einiger Abgeordneter geführt hat, stark unter den Vorzeichen politischer Interessen verlief, brachte sie wenigstens einen Anlass, über diese Frage zu reflektieren. Dabei wurde deutlich, dass das politische Monopol einer Partei noch nicht zwingend ein totalitäres System im Sinne des zwischen den 1930er und 1950er Jahren von den Gesellschaftswissenschaften (der Politologie, der politischen Soziologie, der Historiografie) erarbeiteten Terminus bedeuten muss.

Suchen wir die Antwort auf Havelkas Frage unter Bezugnahme auf eben diese klassischen Werke – vor allem auf die verdienstvolle Beschreibung der charakteristischen Merkmale des Totalitarismus durch Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski – finden wir sicher konkrete Punkte, in denen die tschechische Entwicklung zur fraglichen Zeit der Definition nicht entspricht und müssen die eingangs gestellte Frage verneinen. Richten wir unsere Aufmerksamkeit indessen darauf, „in der tschechischen Entwicklung der Jahre 1938 bis 1956 eine innere Einheit auszumachen“,¹ und bleibt unser Blick dabei nicht an den äußeren, durch den Systemwechsel gegebenen Anzeichen hängen, dann stellen wir fest, dass es sich um einen ertragreichen Versuch handelt, der den bislang vorherrschenden Interpretationsrahmen für die tschechische Geschichte des 20. Jahrhunderts beträchtlich verändern und neues Licht auf die Entwicklung der tschechischen Politik, Wirtschaft, Kultur und das tschechische Denken werfen kann. Dabei spielt es eigentlich kaum eine Rolle, ob wir von einer totalitären Epoche in der tschechischen Geschichte sprechen. Genau in diese Richtung zielt der folgende Beitrag. Da wir aber noch am Anfang des Weges stehen, können vorerst nur Hypothesen formuliert werden. Erst eine viel genauere und umfassendere Forschung, die viele verschiedene Gebiete einbezieht, wird offen legen können, ob sich tatsächlich Prozesse abspielten, die – unabhängig vom jeweiligen Machthaber – auf verschiedenen Ebenen innerlich miteinan-

¹ *Havelka*, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus. In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 316.

der verbunden waren, oder ob es sich lediglich um äußere und eher zufällige Ähnlichkeiten handelt.

Etwa ab Mitte der 1930er Jahre wurden im tschechischen politischen und wirtschaftlichen Leben, in der Kultur sowie im weitesten Wortsinn im gesamten gesellschaftlichen Diskurs allmählich Anzeichen einer grundlegenden Veränderung sichtbar. Die moderne tschechische Gesellschaft war seit Beginn des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage einer demokratischen Gesellschaftsordnung, des Parlamentarismus, weitreichender Selbstverwaltung, einem hoch entwickelten Netz von Vereinen und freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten, Meinungs- und organisatorischem Pluralismus, dem Respekt vor dem Individuum und dem Bemühen um einen gesamtgesellschaftlichen Konsens aufgebaut worden.² Diese Basis begann in den 1930er Jahren brüchig zu werden, in den folgenden Jahrzehnten stürzte sie ein. Dabei betrafen die Veränderungen nicht nur die institutionellen Säulen der Gesellschaft, sondern auch die gesellschaftliche Mentalität. Im Laufe von etwa 20 Jahren veränderte sich die tschechische Gesellschaft radikal – und zwar sowohl äußerlich, hinsichtlich ihrer Institutionen und Strukturen, als auch innerlich, also in Bezug auf die Werte, die sie anerkannte, und im Verhalten, zu dem sie tendierte.

Die Ursachen einer solch grundlegenden Transformation sind nicht einfach zu bestimmen und lassen sich zweifelsohne nicht auf einen Hauptfaktor reduzieren. Es handelte sich vielmehr um ein ganzes Bündel an Gründen, von denen einige in der Entwicklung der tschechischen Gesellschaft selbst wurzelten, andere in den konkreten Bedingungen, aus denen der tschechoslowakische Staat entstanden war und unter denen er bis zuletzt existiert hatte, wieder andere resultierten aus der allgemeinen internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Besonderes Gewicht kam dabei der Krise von Demokratie und Wirtschaft zu.

Obleich der Liberalismus zu dieser Zeit seine besten Jahre schon längst hinter sich hatte, blieb sein Einfluss auf die politische wie die wirtschaftliche Ordnung doch unübersehbar. Gerade in dieser Zeit geriet er aber in die Kritik. Er wurde zunehmend als System abgetan, das der Gegenwart nicht mehr gerecht werde und nicht in der Lage sei, die aktuellen Probleme zu lösen. Bereits die Methoden, die der Staat der Wirtschaftskrise entgegensetzte, bewegten sich völlig außerhalb der Logik des Liberalismus. Mit einer Reihe von Gesetzen griff dieser viel deutlicher in die wirtschaftlichen Verhältnisse ein als zuvor.³

In den 1930er Jahren wuchs aber auch die Skepsis gegenüber dem bestehenden Parteien- und Repräsentationssystem. Diese speiste sich aus der Überzeugung, dass sich der klassische Parlamentarismus, der im Großbritannien des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden war, von der modernen Massenpolitik entfernt habe und drin-

² Diese Aufzählung positiver Charakterzüge soll keinesfalls den Eindruck vermitteln, dass die tschechische Gesellschaft nicht unter Defiziten gelitten und es nicht auch viele negative Seiten gegeben hätte, und zwar sowohl in ihrem inneren Gefüge (zum Beispiel das Fehlen einiger wichtiger gesellschaftlicher Schichten) als auch hinsichtlich der äußeren Umstände.

³ Als Beispiele können die Einführung des Getreidemonopols oder die Regierungsverordnung Nr. 162 vom 16. Juli 1935 über die vorübergehende Beschränkung in einigen Unternehmensbranchen angeführt werden.

gend einer Reform bedürfe.⁴ Die Diskrepanz zwischen den verfassungsrechtlichen Bestimmungen und der politischen Realität war offensichtlich,⁵ was auf lange Sicht die Legitimität der parlamentarischen Demokratie in der tschechischen und slowakischen Öffentlichkeit beschädigte. Der schwächelnde und „kranke“ Parlamentarismus sollte durch die Einführung neuer Elemente, in denen die gesellschaftlichen Veränderungen zur Geltung kommen sollten, gestärkt und neu belebt werden. Im Einklang mit Konzepten, die in dieser Zeit in vielen europäischen Ländern populär waren, wurde zum Beispiel vorgeschlagen, eine zweite Kammer im Parlament – ein so genanntes Wirtschaftsparlament – einzuführen, das nicht aus Wahlen hervorgehen, sondern von Vertretern der verschiedenen Berufsorganisationen besetzt werden sollte.⁶ Auch wenn dieser Vorschlag zum Zeitpunkt seiner Entstehung nicht verwirklicht wurde und auch kaum eine reale Chance auf Umsetzung hatte, ähnelte ihm die vorläufige verfassungsgebende Versammlung der Tschechoslowakei im Herbst 1945 doch verblüffend.

Ein gemeinsames Kennzeichen all dieser Phänomene war das zunehmende Misstrauen gegenüber dem Individuum als bewusstem, reflektierendem, entscheidungsfähigem und handelndem Subjekt in Wirtschaft und Politik und eine Hinwendung zu Konzepten, in denen (unterschiedlich stark und verschieden formuliert) der Kollektivismus eine Rolle spielte. Dieser Trend verstärkte sich in der Konsequenz von „München“, der Entstehung des „Protektorats“ und dann nach der Befreiung und selbstverständlich auch nach 1948 kontinuierlich. Es blieb nicht lange bei zaghaften Andeutungen und halbherzigen Versuchen; der Kollektivismus entwickelte sich zu einer zielorientierten Strategie, um der Bedrohung von außen die Stirn zu bieten. Seine Verfechter in der politischen und kulturellen Elite verliehen ihm zudem einen symbolischen Rahmen: So war im Herbst 1938 von einer „nationalen Revolution“ die Rede oder von einem „zweiten nationalen Erwachen“,⁷ nach dem Mai 1945 sprach man dann von einer „sozialisierenden Demokratie“ und nach dem Februar 1948 schließlich von der „sozialistischen Revolution“.

Ziel war die Einheit der Nation, wobei die Politik auf ein Mittel reduziert wurde, um diese zu erreichen und zu erhalten. Die Integration in diese Einheit war allerdings keine Frage der individuellen Entscheidung, sondern der moralischen Reife und des Verantwortungsgefühls gegenüber dem Ganzen. Wer die Zugehörigkeit verweigerte, musste mit moralischer Verurteilung rechnen. In der Zweiten Republik galt die politische Vereinigung der Nation als Antwort auf die Bedrohung, der sie

⁴ Ausgehend von dieser allgemeinen Überzeugung konnte man selbstverständlich sowohl die Forderung nach einer bloßen Reparatur der parlamentarischen Demokratie als auch den radikalen Schluss, dass deren historische Mission beendet sei, ableiten. Vgl. z.B. *Schmitt, Carl*: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 8. Aufl. Berlin 1996.

⁵ *Mertl, Jan*: Ideologie parlamentarismu a naše doba [Die Ideologie des Parlamentarismus und unsere Zeit]. In: *Moderní stát. Revue pro politiku, parlamentarismus a vědy státní* (1933) 341 f.

⁶ *Havelka, Jiří*: Hospodářský parlament jako orgán stavovského zastoupení [Das Wirtschaftsparlament als Organ ständischer Vertretung]. In: *Ebenda* 81-90.

⁷ *Rataj, Jan*: O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky v druhé republice 1938-1939 [Vom autoritären Nationalstaat. Die ideologischen Wandlungen der tschechischen Politik in der Zweiten Republik 1938-1939]. Praha 1997, 15.

sich ausgesetzt sah, und zugleich als Mittel zu ihrer Rettung. Dies traf in noch stärkerem Maße für das „Protektorat“ zu. Nach Kriegsende sollte die Einheit der Nation einerseits als Garant dafür dienen, dass sich die durchlittenen Qualen nicht wiederholten, andererseits sah man in ihr den einzig möglichen Rahmen für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, über deren konkrete Ausgestaltung zu Beginn jedoch keineswegs Klarheit herrschte. Zu beiden Zeitpunkten – vor dem Krieg ebenso wie danach – sollte die Nation allerdings auch nichts weiter als den Rahmen bilden. Daher war es wichtig, welchen Inhalt diese Form erhalten würde, auf der Basis welcher neuen Ideen die tschechoslowakische Staatlichkeit aufgebaut werden sollte. Die liberale Demokratie kam nicht mehr in Frage, da sie sich in den Augen der Akteure dieser „Revolutionen“ als mechanisches, fremdes und unorganisches Konzept erwiesen hatte, das im Namen leerer, abstrakter Prinzipien die vitalen Interessen der Nation vernachlässigt hätte. Ersetzt werden sollte die liberale Demokratie gerade durch die nationale Idee, die allerdings in beiden Fällen jeweils eine andere Färbung besaß.⁸ Während ihr Ende der 1930er Jahre rechts-konservative und ausgeprägt katholische Inhalte eingeschrieben wurden, ergriff ein Jahrzehnt später die Linke die Gelegenheit und versuchte eine neue Verbindung ihres politischen mit dem nationalen Programm.

An dieser Stelle könnte natürlich die lange Reihe offensichtlicher Beschränkungen der Demokratie angeführt werden, zu denen es in der Tschechoslowakei vor und nach dem Krieg kam. Es erscheint aber wichtiger, das Augenmerk auf die grundsätzliche Revision gesellschaftlicher Normen und Werte zu richten, die durch die erwähnten Revolutionen verursacht wurde und die die Maßnahmen zur Untergrabung demokratischer Regeln zugleich ermöglichte und rechtfertigte. Diese Revision bestand in einer Verschiebung weg von individuellen Freiheiten und individueller Verantwortung, von Respekt gegenüber dem Einzelnen als dem höchsten Wert und der offenen gesellschaftlichen Diskussion als grundlegender Voraussetzung für die Entwicklung der Nation sowie der Stabilität des Staates, hin zu kollektivistischen Anschauungen. In diesem Denksystem wird dem Einzelnen nur als Teil des gesellschaftlichen Ganzen Bedeutung zugestanden, ihm wird die Pflicht auferlegt, sich diesem unterzuordnen, während die Repräsentanten des Kollektivs über das Recht verfügen, diese Unterordnung einzufordern und Verweigerung zu sanktionieren. Jedwedes gesellschaftliche Leben auf der Ebene der politischen Parteien wie auch der Interessenverbände soll zentral organisiert werden.⁹ Politische Kämpfe

⁸ Znoj, Milan: Politický systém třetí republiky a ideová úskali jeho interpretace [Das politische System der Dritten Republik und die ideologischen Klippen seiner Interpretation]. In: Kokošková, Zdeňka/Kocian, Jiří/Kokoška, Stanislav (Hgg.): Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody. Sborník z konference k 60. výročí konce druhé světové války [Die Tschechoslowakei an der Schwelle zweier Epochen der Unfreiheit. Sammelband der Konferenz zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs]. Praha 2005, 174-185.

⁹ In einer am 13. Dezember 1938 veröffentlichten Verlautbarung der Regierung lesen wir folgende Worte: „Die Nation wäre nicht geeint worden, wenn wir nur das politische Parteienwesen vereinfacht hätten. Sie wäre nicht geeint, wenn die nationale Energie durch eine große Zahl verschiedener und einander gegenseitig bekämpfender Organisationen und Vereine umsonst verschwendet würde.“ Zit. nach Gebhart, Jan/Kuklík, Jan: 1938-1945. Praha 2006, 77. (Velké dějiny Zemí koruny české XVa).

sollen durch eine Einheit ersetzt werden, die auf der freiwilligen Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit wie auf moralischem Druck aufbauen sollte. In diesem Kontext ist es gar nicht so wichtig, dass sich dieses Ziel nicht vollständig verwirklichen ließ. Allein schon die Tatsache, dass solche Ziele verkündet wurden und sich kein größerer Widerstand dagegen erhob, bezeugt, wie stark sich die gesellschaftliche Atmosphäre verändert hatte. Dem nationalen Kollektiv wurde das Recht zugesprochen, von ihren Mitgliedern den Verzicht auf partikuläre Ambitionen, Wünsche oder Vorstellungen einzufordern und zu verlangen, dass diese alle ihre Kräfte zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.

Auf sprechende Art und Weise lässt sich diese Veränderung am Begriff der Arbeit illustrieren: Die Arbeit galt nicht länger als Angelegenheit, über die jeder einzelne selbst entscheidet und die aus seinem Streben, den Lebensunterhalt und möglicherweise auch Wohlstand für sich und seine Familie zu sichern, motiviert ist. Sie ist vielmehr für die Nation zu leisten; sie wird zur moralischen Pflicht erklärt, da sie als das Mittel gilt, um die zukünftige nationale Existenz zu fundieren und zu stärken.

In Variationen bekamen alle nachfolgenden Generationen von Tschechen und Slowaken von den späten 1930er Jahren an bis zum Jahr 1989 Gedanken dieser Art zu hören.¹⁰ Bedenkt man, dass zunächst die nationalsozialistische und dann die kommunistische Diktatur errichtet wurden und wie die Bevölkerung diese annahm, kommt der These, dass die tschechische Gesellschaft sich nicht mehr zum allgemeinen Ideal „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit“ bekannte, weitreichende Bedeutung zu. Den Menschen schien es dringend angeraten, an Stelle solcher liberalen „Phantastereien“ „gesunden Menschenverstand“ und die Sichtweise „realistischer Politik“ anzunehmen.¹¹ Dieses Denken, das vor allem darauf abzielte, „das Schlimmste“ – also die Vernichtung der Nation – zu verhindern, sowie das Festhalten an Posten – den höchsten, mittleren, kleinsten politischen wie wirtschaftlichen Positionen – aus Sorge um die nachfolgenden Generationen, erwiesen sich dabei als zuverlässige Mittel zur Stabilisierung der diktatorischen Regime. Hinzu kam der Komplex der tschechischen Politik im 20. Jahrhundert, der sich darin ausdrückte, dass man sich dem mächtigen Nachbarn anpasste.¹² Bereits im Herbst 1938 und dann noch intensiver nach dem März 1939 entstand die paradoxe Situation, dass zur Verteidigung gegen die totalitäre Bedrohung ähnlich totalitäre Methoden eingesetzt wurden. Jan Tesař spricht in diesem Zusammenhang von der „eigentümlichen Partnerschaft ein-

¹⁰ Damit hängt die Frage zusammen, ob unserer gegenwärtigen Gesellschaft, die sich nach 1989 natürlich von diesem Modell radikal abwandte, nicht ein höheres Maß an Verantwortung und Respekt gegenüber dem Ganzen zugute kommen würde. Wie in anderen Bereichen kommt es sicher auch in dieser Angelegenheit auf ein ausgewogenes Verhältnis an. Das sind allerdings Überlegungen, die nicht auf die Seiten einer wissenschaftlichen historischen Zeitschrift gehören.

¹¹ *Rataj*: O autoritativní národní stát 62 (vgl. Anm. 7).

¹² *Tesař*, Jan: Nacistická okupační politika v Protektorátě v létě 1939 [Die nationalsozialistische Okkupationspolitik im Protektorat im Jahr 1939]. In: *Ders.*: Traktát o „záchraně národa“. Texty z let 1967-1969 o začátku německé okupace [Traktat über die „Rettung der Nation“]. Texte aus den Jahren 1967-1969 über den Beginn der deutschen Okkupation]. Praha 2006, 7-67, hier 35.

ander wechselseitig ergänzender nationaler Gegner“.¹³ Die dominante nationale Verteidigungsstrategie stellte den Einzelnen hinten und konzentrierte sich – was durchaus nachvollziehbar erscheint – auf die Nation. Doch an den Methoden, die man in der Situation akuter nationaler Bedrohung als adäquat angesehen hatte, hielt man auch nach dem Krieg fest. Zu diesem Zeitpunkt bestand keine dringende Notwendigkeit mehr, sich zu verteidigen, indessen wurde allerorts Wachsamkeit gegen tatsächliche wie angebliche Gefahren beschworen. Dazu kam, dass der Sozialismus, der in dieser Zeit ohne exaktere Definition als allgemeingültige Zukunftsidee akzeptiert wurde, als Aufforderung zu einer weiteren ideellen Nivellierung der Gesellschaft interpretiert werden konnte.

Die antiliberalen Tendenzen, die in der tschechischen Politik allmählich die Oberhand gewannen, äußerten sich auf ganz ähnliche Weise auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Auch hier verstärkten sich Entwicklungstrends, die bereits in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sichtbar gewesen waren und sich nach dem „Münchener Abkommen“ und dem Verlust der Grenzgebiete, der die tschechoslowakische Wirtschaft empfindlich getroffen hatte, zugenommen hatten. Es entstand eine gelenkte und zentralisierte Ökonomie, in der der Staat die Entscheidungsfreiheit der wirtschaftlichen Subjekte wie auch der einzelnen Bürger durch zahlreiche Maßnahmen empfindlich einschränkte. Während es in der so genannten Zweiten Republik um einen Versuch ging, gewisse regulierende Elemente in einen sich relativ frei entwickelnden Wirtschaftsorganismus einzufügen – so etwa durch die Einsetzung von Kommissaren in den Geldinstituten, eine begrenzte Auszahlung von Geldeinlagen, Devisenkontrolle, ein Verzeichnis von Kapital- und Vermögensbeteiligungen und die Begrenzung ihrer freien Verfügbarkeit –, entstand während des Protektorats eine völlig den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Deutschen Reichs unterworfenen Wirtschaftsordnung. Zu ihren Hauptzügen gehörten vom Staat festgesetzte Preise und Löhne, die staatliche Verfügung über den Einsatz und die Unterbringung von Arbeitskräften, die autoritäre Regulierung der industriellen Entwicklung, welche über ein System von Rohstoff- und Warenzuteilungen sowie über administrative Eingriffe eindeutig die für die Kriegsführung wichtigen Industriezweige (also insbesondere einige Bereiche der Schwerindustrie) begünstigte, die Konzentration des Kapitals und der Produktion, die Gründung von Pflichtorganisationen für die Unternehmer, ein allgemeines Zuteilungssystem und die systematische Germanisierung.¹⁴ Mit Ausnahme des letzten Punktes waren all diese Züge auch für die Nachkriegstschechoslowakei charakteristisch – einige in unveränderter Form, andere mit kosmetischen Korrekturen, die der neuen politi-

¹³ *Ebenda* 43. Tesař dachte dabei vor allem an die Vision der größtmöglichen Autonomie des Protektorats, die ihren Anhängern zufolge nur unter der Bedingung einer festen nationalen Einheit, der Konzentration auf ihren Führer und des Verzichts auf jedwede eigene, unkoordinierte Aktivitäten, die das Okkupationsregime als feindlich interpretieren könnte, möglich wäre.

¹⁴ Ähnlich bei *Průcha, Václav u.a.: Hospodářské a sociální dějiny Československa 1918-1992* [Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1992]. Bd. 1. Brno 2004, 417-578.

schen Situation entsprachen.¹⁵ So lief die Versorgung mit Rohstoffen, Heizmaterial und Energie auch weiterhin über das im Krieg eingeführte Zuteilungssystem.¹⁶ Zudem prägten die weitreichenden strukturellen Veränderungen, die die Wirtschaft der böhmischen Länder während der Kriegsjahre durchlaufen hatte, auch die Nachkriegswirtschaft. Sie begünstigten die Umsetzung der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1945-1948 und standen darüber hinaus sichtbar im Einklang mit den ökonomischen Zielen der späteren kommunistischen Diktatur, und zwar sowohl im Bereich der Organisation als auch bei der vorherrschenden Ausrichtung der Produktion. Zum Beispiel schaffte die markante Zunahme der metallverarbeitenden wie der Hüttenindustrie während der Protektoratsjahre um mehr als 70 Prozent¹⁷ ganz sicher gute Voraussetzungen für ihre weitere Begünstigung nach dem Jahr 1948. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien 1945 wurde zweifellos durch die Tatsache erleichtert, dass sich ein großer Teil der Industrieunternehmen auf dem Gebiet des Protektorats zu Ende des Krieges im Besitz von Konzernen befand, von denen die sechs größten über 57 Prozent des gesamten in den Händen von Konzernen liegenden Kapitals verfügten.¹⁸ Zu den Veränderungen, die in der Nachkriegszeit durchgeführt wurden, gehörte nicht zuletzt auch die Liquidation eines beträchtlichen Teils der Kleinerzeuger, die einer Aktion unter dem Motto „pročesávání živnosti“ – zu übersetzen etwa mit „Auskämmen des Gewerbes“ –, unterzogen wurden.

In den Jahren nach dem Krieg veränderte sich die soziale Struktur der tschechischen Gesellschaft deutlich. Vor allem die Mittelschicht und qualifizierte Arbeiter waren vom sozialen Abstieg bedroht, während die Industriearbeiterschaft als soziale Schicht eine massive Zunahme um 53 Prozent erfuhr, die vor allem auf die Entwicklung im Bereich der Metall- aber auch der Montan- und Chemieindustrie zurückzuführen war. Parallel dazu kam es zu einer Konzentration der Arbeiterschaft – die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit einer Belegschaft über 500 Mann nahm zu, während die absolute Zahl solcher Großbetriebe zugleich zurückging.¹⁹ In der Landwirtschaft wurden Großbetriebe gefördert, die sich besser auf die Bedingungen einer gelenkten Wirtschaft einstellen konnten. Ihre Erfordernisse begünstigten zudem die Vergrößerung der Beamtenschaft, verlangte der Betrieb dieses Organismus doch viele Arbeitskräfte. Dahingegen war während des Krieges die Zahl der in Handel und Gewerbe Beschäftigten begrenzt und auch die Intelligenz – vor allem der Teil, der nicht in der Verwaltung arbeitete – war spürbar geschwächt worden. Dabei

¹⁵ Allerdings hatte die Germanisierung, die selbstredend nach der Befreiung mittels eigener Dekrete des Präsidenten der Republik unterbunden wurde, auch auf die Wirtschaft der Nachkriegstschechoslowakei Einfluss. Sie bildete nämlich günstige organisatorische und im Grunde genommen auch politische Voraussetzungen für die umfangreichen Verstaatlichungen nach dem Krieg. So kontrollierten die reichsdeutschen Konzerne zum Beispiel bereits im Jahr 1941 etwa 90-100 Prozent der Steinkohlebetriebe, der Zement- sowie der Papiererzeugung. Vgl. *Ebenda* 470.

¹⁶ Šulc, Zdislav: *Stručné dějiny ekonomických reforem v Československu (České republice) 1945-1995* [Kurze Geschichte der ökonomischen Reformen in der Tschechoslowakei (Tschechischen Republik) 1945-1995]. Brno 1998, 15.

¹⁷ *Průcha* u. a.: *Hospodářské a sociální dějiny Československa* 476 (vgl. Anm. 14).

¹⁸ *Ebenda* 481.

¹⁹ *Ebenda* 551 f.

ging es nicht nur darum, diese Gruppen zahlenmäßig zu reduzieren, sondern auch um die schrittweise Absenkung ihres sozialen Status, an dem dann fortlaufend „gearbeitet“ worden war – schon vom Jahr 1938 an, im Protektorat wie nach der Befreiung.

Von der Protektoratszeit bis in die Nachkriegsjahre – bis 1948 und auch nach der kommunistischen Machtübernahme – gab es also eine bemerkenswerte Kontinuität. Diese bestand darin, dass der Aufstieg der Branchen und gesellschaftlichen Schichten, an denen sich das Regime nach dem Krieg primär orientierte (Schwerindustrie, landwirtschaftliche Großbetriebe, Beamte in verschiedenen Verbänden, Verteilungs- und Erfassungs- sowie Kontrollinstitutionen), bereits unter den spezifischen Bedingungen des Protektorats seinen Anfang genommen hatte. Ebenso hatten sich auch die Branchen und Schichten, die nach 1945 zurückgesetzt und abgewertet wurden, schon während des Krieges in dieser minderprivilegierten Position befunden. Und sofern sie nach der Befreiung auf eine Besserung ihrer Situation gehofft hatten, wurden sie enttäuscht.²⁰ Denn genau die Maßnahmen, die während des Krieges angewendet worden waren, wurden nach dem Mai 1945 wieder aufgenommen. Davon zeugt zum Beispiel das Dekret des Präsidenten Nr. 88/1945 Sb., das an die Praxis der Zwangsunterbringung von Arbeitskräften während der Kriegsjahre anknüpfte.²¹

Am Beispiel der Arbeiterschaft wird aber auch sehr deutlich, wie der autoritäre Staat und später das diktatorische Regime einerseits versuchten, diese mithilfe der verschiedensten materiellen und symbolischen Vergünstigungen für sich zu gewinnen,²² andererseits jedoch aus systemimmanenten Gründen gegen die Interessen dieser Schicht handeln mussten. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die Maßnahmen, die von den Protektoratsinstitutionen eingeführt wurden und vor allem mit dem Machtantritt Reinhard Heydrichs verbunden waren: Sie brachten eine Verbesserung der Versorgungslage und der Zulagen für Arbeiter, Steuererleichterungen und die Erhöhung einiger Renten, zudem wurden Erholungsmaßnahmen angeboten. Zugleich jedoch betrafen die Repression und der Terror, die das Regime entfachte, direkt oder indirekt auch die Arbeiter. Überdies veränderten die gewaltigen Arbeitskräfteverschiebungen die Zusammensetzung der Belegschaften, zerstörten deren tradi-

²⁰ Die Gewerbetreibenden etwa, die während des Krieges durch eine Reihe von Vorschriften in Bezug auf ihre Produktion, Zuteilungen, Arbeitskräfte und Ausbildung von Nachwuchs schwer beeinträchtigt waren, erwartete nach dem Mai 1945 statt der Wiederherstellung des relativ liberalen Zustandes der Vorkriegszeit die Fortsetzung der von der Protektoratsregierung erlassenen Vorschriften. Vgl. Marek, Pavel: Živnostníci a obchodníci na prahu svobody [Gewerbetreibende und Geschäftsleute an der Schwelle zur Freiheit]. In: *Kokošková/Kocian/Kokoška* (Hgg.): *Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody* 321 (vgl. Anm. 8).

²¹ Kalinová, Lenka: *Východiska, očekávání a realita poválečné doby. K dějinám české společnosti v letech 1945-1948* [Ausgangspunkte, Erwartungen und Realität der Nachkriegszeit. Zur Geschichte der tschechischen Gesellschaft in den Jahren 1945-1948]. Praha 2004, 68.

²² Die Aufwertung des Arbeiters in der öffentlichen Wertschätzung, seiner Bedeutung für die Nation, die an sich keineswegs unberechtigt ist, doch in der kommunistischen Zeit zur Karikatur wurde, hatte bereits in der Zweiten Republik begonnen. Damals sollten die Arbeiter „wieder für die Nation gewonnen werden“, um im Interesse der Konzentration aller Kräfte soziale Konflikte einzudämmen. Dieselben Motive wirkten sich dann auch im Protektorat aus.

tionelle Gestalt und Organisationsstrukturen. Damit wurde die Fähigkeit der Arbeiterschaft, sich gegen die Manipulationen zur Wehr zu setzen, denen sie nach dem Krieg von Seiten des Regimes ausgesetzt waren, nachhaltig geschwächt. Die Mischung aus Druck und sozialpolitischen Vergünstigungen wirkte weiter. Mit ihrer Hilfe gelang es, die authentischen Formen von Arbeiterselbstverwaltung in Form der Betriebsräte in den Hintergrund zu drängen und durch die neuen Gewerkschaften zu ersetzen, die sich von Anfang an als Transmissionsriemen der staatlichen und immer stärker der Parteimacht profilierten.²³ Die Entwicklungslinie, die sich in den folgenden Jahrzehnten fortsetzte, nahm ihren Anfang also in der Zweiten Republik: Damals wurde damit begonnen, fehlende politische und bürgerliche Rechte durch das Versprechen und die Aussicht auf eine verheißungsvolle wirtschaftliche und soziale Entwicklung, auf die Modernisierung der Infrastruktur und des Lebensstils nach dem zeitgenössischen deutschen und italienischen Muster und auf künftigen Wohlstand zu kompensieren.²⁴

Veränderungen vollzogen sich zu Beginn der 1930er Jahre auch im kulturellen Bereich. Weder die Kultur noch die Kunst entgingen den Ambitionen des Staates, in das öffentliche Leben einzugreifen und es nach seinen jeweiligen Bedürfnissen zu formen. Dem Staat lag daran, die Kontrolle über möglichst jedwede Masseneinwirkung auf die Öffentlichkeit zu erlangen. Aus diesem Grund überwachte er von dieser Zeit an nicht nur das kulturelle Schaffen im engeren Wortsinn – also die einzelnen Kunstsparten – sondern auch die periodische und nichtperiodische Presse sowie den Rundfunk. Den Ausgangspunkt dafür bildete eine markante Modifikation im Verständnis der Rolle von Presse und Kunst, welche in die öffentliche Hand überführt wurden. Ihre Aufgabe sollte es fortan sein, die Nation zu formieren, zu informieren, zu belehren und ihr kulturelles Niveau anzuheben. Für den Staat ergab sich daraus nicht nur das Recht, sondern nachgerade die Pflicht, zu überwachen, ob diese Aufgaben richtig und in seinem Sinne erfüllt wurden. Bei der Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern und bei der Vorführung von Kunst sollte – so die Tätigkeitsbeschreibung der neuen Führung des Informationsministeriums – der kommerzielle Aspekt vollkommen eliminiert werden, indessen sollten sie nach 1945 erneut der Regulierung und Planung unterstellt werden.²⁵ Mit diesem Vorhaben bewegte sie sich aber in eben die Richtung, die bereits die Regierung der so genannten

²³ Heumos, Peter: Die große Camouflage? Überlegungen zu Interpretationsmustern der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948. In: Schmidt-Hartmann, Eva (Hg.): Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel. München 1994, 221-242, hier 234 (VCC 76).

²⁴ Rataj: O autoritativní národní stát 141 f. (vgl. Anm. 7). – Die Regierung Rudolf Berans versprach den Bürgern die Entdeckung neuer Rohstoffvorkommen, die Elektrifizierung der Eisenbahn und die Modernisierung ihrer Waggons, die Einrichtung einer halbunterirdischen Schnellbahn in Prag, die Produktion von bezahlbaren „Volks“-Autos, den massenhaften Bau von Wohnsiedlungen mit preisgünstigen Wohnungen und von Bauten, die der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Viele dieser Projekte wurden später vom kommunistischen Regime realisiert – und zwar wiederum als Kompensation für die unterdrückten Bürgerrechte.

²⁵ Národní archiv [Nationalarchiv, NA], f. Ministerstvo informací [Fonds Informationsministerium], Inv.-Nr. 4, K. 2.

Zweiten Republik eingeschlagen hatte. Diese hatte zwar ihre Bereitschaft ausgedrückt, Wissenschaft und Kunst zu unterstützen, diese Förderung jedoch von der „Verwurzelung in der nationalen Tradition“ und der Bereitschaft, verantwortungsbewusst zur nationalen Entwicklung beizutragen, abhängig gemacht. Presse, Rundfunk und Film waren als die wichtigsten Massenmedien der Zeit die Hauptobjekte der staatlichen Überwachung, sie sollten sich einer „streng moralischen, politischen und kulturellen Verantwortung“ unterordnen.²⁶ Die Kultur in ihrer Gesamtheit war auf zwei Ebenen von den Veränderungen betroffen: Im Rahmen der umfassenden Konzentration sämtlicher Aktivitäten der Nation war sie einerseits in viel stärkerem Maße „außerkulturellen“, also gesellschaftspolitischen Bedürfnissen und Kriterien unterworfen als zuvor. Sie sollte nicht der persönlichen Befriedigung ihrer Schöpfer dienen und es sollte keine Kunst gefördert werden, die sich an ein begrenztes Publikum richtete. Kunst und Kultur galten nicht länger als von einer intellektuellen Minderheit geschaffene und getragene Errungenschaften, sondern sollten von breiten Schichten der Nation ausgehen. Diese von oben ausgehenden Tendenzen trafen andererseits mit einem veränderten Geschmack und veränderten Normen zusammen, was sich auch in der Nachfrage niederschlug: In Momenten schwerer Prüfungen verlangte die Öffentlichkeit eher nach einer Kunst, die sie beruhigte und erheiterte, als nach aufwühlenden und verstörenden Kulturerlebnissen. Aus diesem Grund wuchs das Interesse an klassischen Werken und den klassischen Autoren der tschechischen Kultur, die mit der Vergangenheit der Nation, mit der tschechischen Landschaft und der Heimat verbunden waren, deutlich. Die Politiker schlossen sich diesem Ruf gerne an und verstärkten ihn weiter. Die Worte Rudolf Berans in der Zeitung „Venkov“ (Das Land) vom Februar 1939, mit der „Pseudokunst, die unser Volk niemals begreifen wird“,²⁷ endlich Schluss zu machen, hätten auch 10 Jahre später nicht fremd geklungen.

In dieser Äußerung schwingt aber noch ein zweites, ebenfalls wichtiges und dauerhaft wirksames Element mit – und zwar die Distanz zum Westen und der westlichen Kultur.²⁸ Der Historismus begann das Kulturleben nachhaltig zu beeinflussen – Verweise auf die Geschichte und auf ruhmreiche, positive historische Vorbilder häuften sich in neuen Werken und waren ausschlaggebend dafür, ob ältere Werke neu aufgelegt wurden. Bezeichnend dabei ist, dass einige der Editionsprojekte, die Ende der 1930er Jahre geplant worden waren, erst nach dem Krieg oder sogar erst nach

²⁶ Gebhart/Kuklik: 1938-1945, 79 (vgl. Anm. 9).

²⁷ Zit. nach Rataj: O autoritativní národní stát 121 (vgl. Anm. 7). – Für solche „Pseudokunst“ hielt der damalige Vorsitzende der tschechoslowakischen Regierung „Negergejaule, Kneipengassenhauer und buntes Geschmier“ (černošské skřeky, barové odrhovačky a barevné mazaniny), die so sehr im Widerspruch zu den fröhlichen Bildern der tschechischen Landschaft stünden. Selbstverständlich hingen solche Worte in beträchtlichem Maße auch vom individuellem Geschmack und von dem ohne Zweifel beschränkten Überblick ab, über den Beran als Privatperson verfügte. Andererseits jedoch passten sie gut zur Atmosphäre der Zeit – sie gingen aus dieser hervor und trugen zugleich zu ihrer Entstehung bei.

²⁸ Ebenda 123 f. In diesem Sinne handelte es sich hauptsächlich um Distanz gegenüber der westlichen Kunst, die für Beran in dieser Zeit durch den Jazz und die abstrakte Malerei verkörpert wurde.

1948 verwirklicht wurden.²⁹ Der öffentlichen Nachfrage entsprachen sie zu beiden Zeiten. Im Verbund mit dem Historismus setzte sich die konservative Norm einer in erster Linie national wirkenden Kunst durch. Die Ideen und geistigen Ansätze der „nationalen Wiedergeburt“ des 19. Jahrhunderts erlebten in den 1930er und 1940er Jahren eine bemerkenswerte Renaissance, welche sich darin äußerte, dass die Namen verschiedener Autoren der Zeit der „nationalen Wiedergeburt“ dem Vergessen entrissen wurden, sowie in der bereits erwähnten Rückführung der Kunst in eine dienende Rolle: Diese sollte im Sinne der Nation wirken, und darum hatten deren Repräsentanten über ihren Inhalt zu wachen; ihre Aufgabe war es, die Kultur zu „pflegen“, deren „guten Früchte“ zu fördern, andere als schädlich zu erkennen und daran zu arbeiten, diese wie „Unkraut“ auszurotten. Die Freiheit der Kunst sollte durch a priori bestimmte, unantastbare Werte begrenzt sein.

Als Beispiel für diese Parallele eignet sich die Praxis staatlicher Ämter im Protektorat und nach der Befreiung in besonderer Weise. Nach 1939 wie nach 1945 kam zu dem Motiv des Dienstes an der Nation die Forderung hinzu, die Kunst müsse über moralische und ästhetische Qualität verfügen, um so zur völligen geistigen Entfaltung des Menschen beitragen zu können. Neben „politisch schädlicher“ Kunst wurde also auch „moralisch schädliche“ Kunst identifiziert, gegen beide sollte der Staat in den Kampf ziehen. Der Unterschied liegt allein darin, wann welches der beiden Kriterien jeweils überwog: Bis zum Jahr 1945 war das eher der politische Aspekt, wenngleich auch der moralische nicht vergessen wurde. Während der ersten Jahre nach der Befreiung ging dann das Informationsministerium bei der Regulierung von Kunst und Kultur in erster Linie nach ästhetisch-moralischen Kriterien vor, hinter denen jedoch sicher immer auch politische Interessen standen. Es wurde eine verbindliche ästhetische Norm durchgesetzt, die allerdings auch eine moralische, ideologische und politische Dimension hatte³⁰ – und nicht zuletzt sogar eine rechtliche. Nach dieser Norm wurden Bibliotheken überprüft, die Produktion von Verlagshäusern ausgerichtet (Titel, Höhe der Auflagen), die Spielpläne von Theatern zusammengestellt, wurde über Themen, Szenarien und die Helden von Filmen entschieden.³¹ Selbstverständlich waren die Grundsätze und die Regeln, nach denen dieses System funktionierte, unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Okkupation andere als im neuen Staat. Die Kriterien unterschieden sich indessen lediglich teilweise, die Herangehensweise qualitativ überhaupt nicht und auch der Ausgangspunkt blieb der gleiche: Der Staat beanspruchte in Sachen Geschmack und Ästhetik die Rolle des Schiedsrichters. Eine so bedeutende Sphäre des öffentlichen

²⁹ *Tesař, Jan*: Vlast, národ a dějiny v českém myšlení na počátku okupace [Heimat, Nation und Geschichte im tschechischen Denken zu Beginn der Okkupation]. In: *Ders.*: Traktát o „záchrane národa“ 69-287, hier 240 f. (vgl. Anm. 12).

³⁰ *Bauer, Michal*: Ideologie a paměť. Literatura a instituce na přelomu 40. a 50. let 20. století [Ideologie und Gedächtnis. Die Literatur und die Institutionen an der Wende von den 40er zu den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts]. Jinočany 2003, 11-13.

³¹ Vgl. z. B. *Doležal, Jiří*: Česká kultura za Protektorátu. Školství, písemnictví, kinematografie [Die tschechische Kultur im Protektorat. Schulwesen, Schrifttum und Kino]. Praha 1996, 101, 112 f. – *Klimeš, Ivan*: Stát a filmová kultura [Der Staat und die Filmkultur]. In: *Illuminace* 11 (1999) H. 2, 125-136.

Lebens wie die Kultur außerhalb seines Einflusses und seiner Kontrolle existieren zu lassen, erschien ihm nicht akzeptabel.

Darin liegt der gemeinsame Zug der Transformationen, die in der Tschechoslowakei seit Ende der 1930er Jahre durchgeführt wurden. Die Macht des Staates und des Kollektivs, das durch den Staat repräsentiert wurde, wuchs, während der autonome Spielraum nicht nur des Einzelnen, sondern auch verschiedener als Minderheiten definierter Gruppen spürbar abnahm. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen einseitigen Prozess, in dessen Verlauf sich die Macht eines bestimmten Zentrums stetig vergrößert hätte, vielmehr kam es zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen Machtblöcken und verschiedenen Institutionen. In der Folge verkomplizierte und „verknüpfte“ sich die Entwicklung, so dass es nicht einfach ist, ihre Gesamttendenz auf der Machtebene zu erfassen. Mein Beitrag hat sich aber auf die ideelle und formale Ebene konzentriert, auf der sich die Entwicklungsrichtung der tschechischen Politik und Gesellschaft viel deutlicher zeigt. Auf die Frage von Miloš Havelka, ob die Jahre zwischen 1938 und 1956 in der tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus darstellen, können sie aber keine eindeutige Antwort geben. Wenn wir den Begriff „Totalitarismus“ für die Bezeichnung dieser Phase verwenden sollten, müssten wir ihn neu konstituieren. Ohne Zweifel allerdings vollzogen sich in diesen Jahren grundlegende qualitative Veränderungen in allen Sphären des öffentlichen Lebens. Die Behauptung, dass sich die tschechische Gesellschaft nie zuvor in ihrer Geschichte in so kurzer Zeit so stark verändert hatte, ist sicher keine Übertreibung im Sinne der Thesen Havelkas.

Aus dem Tschechischen von Christiane Brenner

Marína Zavacká

DIE VERGESSENEN KONTINUITÄTEN DER MUSTERDEMOKRATIE

Miloš Havelkas Aufsatz „Vergleich des Unvergleichbaren“¹ zieht mich in der Tat in die Debatte hinein, obgleich mir zu seinen Darlegungen mehr Fragen als ausformulierte Gegenargumente einfallen – vor allem Fragen nach den historischen Kontinuitäten. Mir ist bewusst, dass sich Havelka bei seinen Überlegungen auf einen konkreten Zeitraum beschränken musste. Doch bei seiner Interpretation fehlt mir zumindest ein Hinweis auf die Bezüge zur Situation vor 1918. So lässt sich beispielsweise fragen, wie es möglich war, dass nach dem Ersten Weltkrieg, der in ganz Europa zu einem hohen Grad an gesellschaftlicher Radikalisierung, zur Suche nach inneren Feinden und zum Ruf nach Geschlossenheit geführt hatte, mit der Tschechoslowakei ein neuer Staat und eine Ordnung installiert und stabilisiert werden konnten, die diesen Stimmungen vollkommen entgegenstanden. Eine andere Frage wäre, ob das Jahr 1938 hinsichtlich der vorherrschenden gesellschaftlichen Stimmungen ein „Bruch mit den Traditionen“ der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit oder lediglich die Rückkehr zum traditionellen Ruf nach Einheit darstellte, also zum nationalistischen, gegebenenfalls antisemitischen Diskurs (man denke nur an die „Hilfsniade“ mit ihrer Pogromstimmung), und damit zu länger wirkenden Traditionen. Und ebenso frappierend ist, wie schnell die Bevölkerung nach 1945 auf Zdeněk Nejedlýs Version der Geschichte einschwenkte. Oder ist mit Blick auf die Intensität und Heftigkeit des Handschriftenstreits im 19. Jahrhundert nicht eher die Tatsache erstaunlich, dass während der Ersten Republik ein Teil der Eliten und auch ein Teil der Gesellschaft es zumindest für kurze Zeit (wenn auch teilweise nur oberflächlich) schafften, auf derartige, das „Selbstbewusstsein aufbauende“ Versionen der eigenen Geschichte zu verzichten? Wobei das Bedürfnis der tschechischen Gesellschaft nach Exklusivität, ihr Verlangen, „anders und besser“ zu sein als andere, für einige Jahre in erheblichem Maße durch das frische Bewusstsein der Stärke des Siegers einerseits, durch die Position als einzige „Musterdemokratie“ in der Region andererseits befriedigt wurde.

Hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Verankerung und des tatsächlichen Funktionierens demokratischer Strukturen war die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit in der Tat „anders und besser“ als ihre Nachbarstaaten. Doch dieses Anderssein kann man auch als Anpassung an einen existenziellen Druck aus dem Ausland interpretieren. Der Bestand der ČSR war außenpolitisch von Anfang an davon abhängig, dass ein demokratisches Regime errichtet und erhalten wurde, was auch die Garantie von Minderheitenrechten, der Religionsfreiheit, des allgemeinen

¹ *Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: Bohemia 49 (2009) H. 2, 311-330.*

Wahlrechts usw. einschloss. Wenn wir dieses System auch aus unserer heutigen Sicht positiv bewerten, bedeutet das doch nicht, dass viele Zeitgenossen es nicht als von außen oktroyiert empfunden haben können. Die Werte zu akzeptieren, mit denen dieser Staat verbunden war, könnten sie als vorübergehendes Erfordernis angesehen haben, ohne sich jedoch mit diesen Werten zu identifizieren. Gerade das, was wir heute als „Tradition“ der Ersten Republik sehen, nahmen große Gruppen der Bevölkerung vielleicht als eine dem internationalen Druck geschuldete Abweichung vom normalen und wünschenswerten Zustand wahr. Wer als zwanzigjähriger Student um die Jahrhundertwende Tomáš G. Masaryk von der Universität jagen wollte, konnte sich als Vierzigjähriger im Staatsapparat am Aufbau seiner – also Masaryks – Republik beteiligen, um dann als Sechzigjähriger wieder auf die Juden oder die Liberalen zu schimpfen; nach dem klassischen Muster: „Ich habe ja gesagt, wohin das führt.“

Die Aktivitäten und die gesellschaftliche Popularität solcher Gruppen wurden zum Teil durch das Bewusstsein eingeschränkt, dass die Großmächte bereits die Existenz des Staates – von dessen Grenzen ganz zu schweigen – nur unter den gegebenen Umständen zu garantieren bereit waren. Daher kann man die Schwächung der tschechoslowakischen Demokratie Ende der 1930er Jahre nicht nur als Ergebnis des zunehmenden Drucks ansehen, der vom nationalsozialistischen Deutschland ausging, sondern auch als Resultat des Eindrucks, dass den Siegermächten des Ersten Weltkriegs an der Aufrechterhaltung der Demokratie in der ČSR nicht mehr sonderlich viel lag. Somit wurde es möglich, andere Lösungen zu verfolgen, ohne der Schädigung der Republik und direkten Gefährdung ihrer internationalen Garantien beschuldigt zu werden. Als diese Garantien mit „München“ erloschen, konnten die bislang marginalisierten Gruppen ihre keineswegs neuen, sondern alten Ambitionen voll entwickeln.

Wenn es der Rahmen von Havelkas Studie gestattet hätte, die Ereignisse in einen breiteren europäischen Kontext zu stellen, wäre es auch möglich gewesen, die „spontane“ Neigung zu nationalen und demokratischen Revolutionen, zur Sozialisierung usw. so zu beleuchten, dass sie sich im Meer der vergleichbaren Erscheinungen in anderen Ländern fast verloren hätte. Die „spontane“ Bildung aller möglichen „Nationalausschüsse“ (wobei ich mit der Verwendung des Wortes „spontan“ angesichts der Aktivitäten der Komintern vorsichtig wäre), das starke gesellschaftliche Pochen auf nationale Einheit und territoriale Exklusivität wie auch auf die Verstaatlichung der Wirtschaft finden wir doch nach dem Krieg überall im ehemals besetzten Europa, zum Teil sogar in Großbritannien. Ein populäres Klischee besagt, dass die Tschechen im Gegensatz zu Ungarn oder Polen die Kommunisten „freiwillig“ an die Macht gewählt hätten; doch wird die ČSR nie mit Italien, Frankreich oder Griechenland verglichen, wo sich die Kommunisten schließlich nicht zuletzt dank massiver amerikanischer Intervention (militärisch, finanziell, logistisch, personell) nicht durchsetzen konnten, während in der ČSR die Intervention bekanntlich aus einer anderen Himmelsrichtung kam. Die Aufrechterhaltung der Demokratie (einschließlich eines relativ freien Marktes) war nach dem verheerenden Krieg auch im Westen Europas bei weitem nicht so „spontan“ und selbstverständlich, wie es im Rückblick zuweilen scheint. Und die Frage, welche Typen von Politikern und poli-

tischen Programmen in vollkommen und nicht nur oberflächlich freien Parlamentswahlen kurz nach dem Krieg bei den traumatisierten Deutschen, Österreichern, Polen oder Ungarn Anklang gefunden hätten, gehört zwar in den Bereich der Spekulation, wäre aber eine Überlegung wert.

Als letzten Punkt möchte ich eine Beobachtung am Rande anführen: Die Neusiedler, die nach dem Krieg ins Grenzgebiet kamen, hatten nicht nur einen anderen ethnischen Hintergrund als die Mehrheitsgesellschaft und einen schwächeren ökonomischen und sozialen Status, sondern brachten auch völlig entgegengesetzte historische Erfahrungen mit der Staatsmacht mit. Es wäre aus soziologischer Sicht sehr interessant zu untersuchen, wie sie diese Erfahrungen verarbeitet haben. Nach 1945 konnten Tausende der neuen Bewohner der böhmischen Länder nicht nur nicht auf den gemeinsamen Erlebnisschatz aus der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei und dem Protektorat zurückgreifen; vielmehr hatten sie, wenn sie aus Wolhynien kamen, noch nie freie Wahlen erlebt, und wenn sie aus Ungarn kamen, zumindest keine Erfahrungen mit Parlamentswahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts (denn in Ungarn war vor 1945 auch das Männerwahlrecht durch einen Zensus eingeschränkt gewesen). Nebenbei bemerkt hatten auch die Slowaken im Süden der Slowakei nicht das frische Erlebnis von Tisos Slowakischem Staat im Gepäck, sondern kamen aus Horthy-Ungarn.

Berücksichtigen wir also die unbeachteten Elemente der tschechischen politischen Tradition sowie die Heterogenität der historischen Erfahrungen der Nachkriegsbevölkerung, erscheint die Bereitschaft der tschechischen Gesellschaft, Wertesysteme zu akzeptieren, die deutlich von dem der Ersten Republik abwichen, nicht unbedingt als ein vollkommener und auch nicht als ein unbegreiflicher Bruch.

Aus dem Slowakischen von Stephan Niedermeier

Jan Holzer

TOTALITÄRE TRADITIONEN IN DER TSCHECHISCHEN POLITIK

Wie soll man den Aufruf von Miloš Havelka verstehen? Formal betrachtet sicherlich vor allem als Verpflichtung, eine klare Antwort auf die von ihm aufgeworfene Frage zu suchen, ob es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus gegeben hat. Der einzige Weg, um dabei zu einem konkreten Ergebnis zu gelangen, bestünde darin, die historischen Fakten mit der entsprechenden politikwissenschaftlichen Theorie bzw. mit ihrer Terminologie zu konfrontieren. Die gestellte Aufgabe wäre also per se interdisziplinär, wobei es voraussichtlich zu Kontroversen zwischen der Geschichts- und der modernen Sozialwissenschaft käme. Eine Möglichkeit wäre, auf der Grundlage der Auseinandersetzung mit den historischen Tatsachen eine neue Theorie zu konstruieren, eine andere, die vorhandenen Theorien und Termini an den konkreten geschichtlichen Fakten zu erproben.

Welcher Weg auch gewählt wird, Voraussetzung ist, dass mit der Fragestellung ein echtes Forschungsproblem vorliegt, dessen Bearbeitung neue Erkenntnisse verspricht. Aber ist es überhaupt angebracht, heute noch den Eindruck zu erwecken, dass die einzelnen Aspekte des Funktionierens totalitärer – also kommunistischer, faschistischer oder nationalsozialistischer – Regime immer noch unzureichend bekannt seien? Ist ihre Vielfalt neu,¹ ihre dynamische Wandelbarkeit in den verschiedenen Stadien ihres Bestehens? Sind die Diskrepanzen zwischen postulierten Inhalten und der Realität oder im Gegenteil die bemerkenswerten Übereinstimmungen von Teilen der ursprünglichen Rhetorik und der nachfolgenden Praxis überraschend? Sind solche Fragen nach wie vor angemessen, kann man sie heute überhaupt noch stellen?

Ich muss gestehen, dass ich beim ersten Überfliegen des Textes von Miloš Havelka dachte,² es handle sich um den Ausdruck eines politologischen Spleens – wie ich bei genauerem Lesen feststellte, zu Unrecht, eine Entschuldigung ist deshalb angebracht. Schon der Titel „Vergleich des Unvergleichbaren“ deutet nämlich auf eine gewisse Unsicherheit, wenn nicht bezüglich des Begriffes selbst, so doch zumindest hinsichtlich seiner Anwendungsmöglichkeiten. Sicherlich kann man Respekt vor der Energie haben, die manche Autoren aufwenden, um den wissenschaftlichen Wert des Begriffes Totalitarismus in Abrede zu stellen. Dennoch wäre es in meinen Augen

¹ Vgl. unter anderem Graham Gills Ausführungen zu den beträchtlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Regimen, die unter dem Begriff „kommunistisch“ subsumiert werden: *Gill, Graham: The Dynamics of Democratization: Elites, Civil Society and the Transition Process.* Basingstoke 2000, 213.

² Vgl. *Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren.* Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330.

wirklich kein Problem, die hinreichend bekannten Argumente noch einmal zusammenzustellen, die für die Verwendung dieses Begriffes unter konkreten, in diesem Falle also tschechischen/tschechoslowakischen³ Bedingungen sprechen und sich sowohl unter Anhängern des Primordialismus und des Modernismus als auch in der normativen oder der Systemtheorie finden lassen.⁴ Eben diesen Argumenten ist es zu verdanken, dass man sich in der Herrschaftstypologie, die immerhin ein zentrales Sujet der Politikwissenschaft darstellt, so elegant orientieren kann – ob sich die Autoren ihre Verankerung in den entsprechenden disziplinären oder paradigmatischen Rahmen und Grenzen oder in ihren privaten Anschauungen, Präferenzen und Erfahrungen nun eingestehen oder nicht.

Zum Glück haben sich die anfänglichen Zweifel bei der erneuten und intensiveren Lektüre zerstreut. Denn Havelka verzichtet erfreulicherweise nicht darauf, die sozialwissenschaftliche Terminologie auf konkrete Ereignisse anzuwenden. Beide theoretischen Grundlagen, die für das Verständnis der vielfältigen Formen undemokratischer Systeme substantiell sind – Sartoris Analyse der methodologischen Grenzen, die der Anwendung der Begriffe „Demokratie“ und „Nichtdemokratie“ inhärent sind, sowie Linz' Forschungsachsen, die die Kategorisierung der einzelnen Regime ermöglichen⁵ werden ausdrücklich gewürdigt.

Doch wenn auf die gestellte Frage kurz und bündig die klare Antwort gegeben wird: Aber ja, natürlich hat es in der neuesten tschechischen Geschichte eine totalitäre Epoche gegeben, worin sollte dann der Sinn der nachfolgenden Betrachtungen bestehen? Woran sollte man sich dann noch reiben, worin ein Problem sehen? Sollte vielleicht die einzige Absicht des ganzen Projektes darin bestehen, auch die letzten Zweifler endlich zu überzeugen? Nein, das vorgeschlagene Sujet hat durchaus subtilere Ebenen, die mich reizen und ich halte es in der Tat für sinnvoll, zur Klärung einiger Aspekte beizutragen.

Im Folgenden werden zunächst einige Ergänzungen zu den Wandlungen der Totalitarismustheorie im Allgemeinen, wie speziell in der tschechischen Debatte vorgelegt.⁶ Darauf folgt eine Auseinandersetzung mit den Gründen, die dafür sprechen,

³ Mit der Schreibung „tschechisch/tschechoslowakisch“ möchte ich auf die reale Reichweite der tschechischen politischen Praxis im 20. Jahrhundert aufmerksam machen. Sie bezieht sich nicht auf einen konkreten Zeitabschnitt.

⁴ Vgl. *Bankowicz, Marek/Kozub-Ciembroniewicz, Wiesław*: Diktatury i tyranie. Szkice o niedemokratycznej władzy [Diktaturen und Gewaltherrschaft. Studien über die undemokratische Herrschaft]. Kraków 2007. – *Jesse, Eckhard* (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert: Eine Bilanz der internationalen Forschung. Baden-Baden 1999. – *Kuniński, Miłowit* (Hg.): Totalitaryzm i zachodnia tradycja [Der Totalitarismus und die westliche Tradition]. Kraków 2006 (Studia i analizy. Ośrodek Myśli Politycznej 10).

⁵ Vgl. *Sartori, Giovanni*: Teória demokracie [Theorie der Demokratie]. Bratislava 1993. – *Linz, Juan J.*: Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: *Greenstein, Fred I./Polsby, Nelson W.* (Hgg.): Handbook of Political Science. Bd. 3: Macropolitical Theory. Reading/Mass. u. a. 1975. – *Linz, Juan J.*: Totalitarian and Authoritarian Regimes. Boulder u. a. 2000.

⁶ Näher dazu *Balík, Stanislav/Holzer, Jan*: Moderní teorie totalitarismu a její česká reflexe [Die moderne Totalitarismustheorie und ihre tschechische Reflexion]. In: *Budíl, Ivo T.* (Hg.): Totalitarismus. Díl I. Interdisciplinární pohled [Totalitarismus. Bd. I: Der interdisziplinäre Blick]. Plzeň 2005, 10-23.

zwischen verschiedenen Formen undemokratischer Herrschaft zu unterscheiden;⁷ gerade auch für die tschechische politische Geschichte des 20. Jahrhunderts erscheint diese Differenzierung relevant. Im abschließenden Kommentar wird es um die Frage gehen, inwieweit es sich lohnt (und ich setze voraus, dass es sich lohnt), in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit solchen Themen die methodologischen Spannungen zwischen den einzelnen Fachgebieten zu überwinden.

Dieser Text soll jedoch vor allem als Anstoß begriffen werden, über das grundlegende Problem nachzudenken, wie und warum sich das totalitäre Regime in den böhmischen Ländern so erfolgreich installieren konnte. Erst diese Frage stellt meiner Ansicht nach eine echte Herausforderung für die Forschung dar. Im Mittelpunkt soll dabei nicht die kritische Anwendung des Terminus Totalitarismus auf die tschechoslowakische Politik nach dem März 1939 stehen,⁸ also das vielfach kommentierte Paradoxon,⁹ dass die sechs Jahre deutscher Okkupation im tschechischen historischen Gedächtnis eindeutig mit der Vorstellung von Finsternis und Unrecht verbunden sind, während die 41 Jahre kommunistischer Herrschaft gänzlich anders beurteilt werden, was tatsächlich als tschechische Besonderheit bezeichnet werden muss. Vielmehr soll die tschechoslowakische Politik bzw. der tschechoslowakische Nationalstaat vor dem Jahr 1938 in den Blick genommen werden. Damit weicht der Ausgangspunkt also von Havelkas Ansatz ab.¹⁰ Konkret geht es mir darum, auf einige Konstanten – um es mit Havelka und Dahrendorf auszudrücken, Ligaturen – in der modernen Entwicklung der tschechischen Politik und der tschechischen Gesellschaft aufmerksam zu machen. Ich bezeichne diese Konstanten als Traditionen und sehe in ihnen gewissermaßen den Hintergrund, der die grundlegenden Dispositionen

⁷ Vgl. aktuell vor allem die dynamische Debatte über die so genannten hybriden Regime. In der tschechischen Forschung dazu *Hloušek, Vít/Kopeček, Lubomír* (Hgg.): *Hybridní demokracie* [Die hybride Demokratie]. In: *Dies.: Demokracie. Teorie, modely, osobnosti, podmínky, nepřátelé a perspektivy demokracie* [Die Demokratie. Theorien, Modelle, Persönlichkeiten, Voraussetzungen, Feinde und Perspektiven der Demokratie]. Brno 2003, 285-296. – *Balík, Stanislav/Holzer, Jan*: *Postkomunistické nedemokratické režimy. Studie k proměnám politické teorie v posttranzitivním čase* [Postkommunistische nichtdemokratische Regime. Studien über den Wandel der politischen Theorie in der Nachtransitionszeit]. Brno 2007 (Politologická řada 25).

⁸ Dass der Begriff Totalitarismus nicht auf die Zweite Republik angewendet werden kann, ist bereits hinreichend begründet worden. Vgl. *Balík, Stanislav/Hloušek, Vít/Holzer, Jan/Šedo, Jakub*: *Politický systém českých zemí 1848-1989* [Das politische System in den böhmischen Ländern 1848-1989]. Brno 2003.

⁹ Von den tschechischen Intellektuellen, die sich schon früh mit diesem Problem befasst haben, möchte ich hier nur Milan Kundera nennen, für die Zeit nach 1989 Jiří Suk. Vgl. *Ders.: Labyrintem revoluce. Akteři, zápletky a křížovatky jedné politické krize (od listopadu 1989 do června 1990)* [Durch das Labyrinth der Revolution. Akteure, Verwicklungen und Kreuzwege einer politischen Krise (vom November 1989 bis zum Juni 1990)]. Praha 2003. – Aus einer kritischen Position zur Wertekrise des Westens vgl. *Preisner, Rio*: *Kritika totalitarismu* [Kritik des Totalitarismus]. Roma 1973.

¹⁰ An der Traditionslinie, die vom autoritären Regime der Zweiten Republik über das totalitäre der Protektorszeit und das prätotalitäre der Dritten Republik hin zum totalitären kommunistischen Regime nach dem Februar 1948 führt und nach 1956 in einer langen wechselhaft posttotalitären Phase ausklingt, möchte ich damit jedoch nichts ändern. Sie ist in der tschechischen Politikwissenschaft allgemein akzeptiert. Vgl. *Balík/Hloušek/Holzer/Šedo*: *Politický systém českých zemí* (vgl. Anm. 8).

wie auch die Defizite des politischen Lebens der tschechischen Gesellschaft vorgibt. Bei einem Vergleich würde sich das Spezifische der tschechischen Politik im ostmitteleuropäischen Kontext eben in diesen Dispositionen verorten lassen.

Eines der Kennzeichen einer offenen Gesellschaft im Popperschen Sinne ist es, dass ein Gemisch entsprechender Traditionen in der Gesellschaft und ihrer politischen Sphäre ständig „präsent“ ist, dabei jedoch permanent hinterfragt und neu definiert wird. Diese Traditionen finden sich jedoch auch in Epochen der Unfreiheit, sogar des Totalitarismus. Sie zu erforschen, kann Aufschluss darüber geben, inwieweit das Aufkommen bzw. die Durchsetzung totalitärer Tendenzen die Konsequenz dieser Traditionen (oder einzelner Traditionsstränge) und inwieweit sie als ein den gewachsenen Spezifika fremdes, von außen kommendes Element aufzufassen sind.

Zu diesen Traditionen habe ich in einem früheren Aufsatz zwei zentrale und zudem problematische Charakterzüge der tschechischen Politik hervorgehoben: Erstens die Tatsache, dass sich in ihr

[...] die Linke und die Rechte auf der Basis des natürlichen Wettbewerbs der einzelnen sozialen und politischen Ideologien, die die absolute Mehrheit der relevanten gesellschaftlichen Gruppen repräsentierten, nicht frei formierten, sondern als einander entfremdete und unversöhnlich gegenüberstehende soziale Kategorien entwickelten, die nur nach einer Gelegenheit „dürsteten“, zum großen Schlag auszuholen und den Gegner (die Opposition) „auszuschalten“.¹¹

Zweitens die Tatsache, dass

[...] Regimewechsel unter tschechischen Verhältnissen nicht als einfacher Austausch der bisherigen politischen Elite vonstatten gingen, sondern als im Grunde möglichst weit reichende und vollständige Negation alles Vergangenen, als totale Ablehnung der bisherigen Entwicklung und aller ihrer Charakterzüge, und das nicht nur in personeller oder generationeller Beziehung, sondern auch auf der programmatischen und doktrinär-ideologischen Ebene bis hin zur Staatsform. Die verbreitete Vorstellung, dass der Konstruktion eines neuen Gebildes das Niederreißen des bestehenden Gebäudes vorausgehen müsse, begründet auch die Neigung und Bereitschaft, in die natürlichen gesellschaftlichen Prozesse einzugreifen, angetrieben vom Glauben an die Fähigkeit des Verstandes, die ideale sozial-strukturelle Ordnung zu erkennen, ihr Form, Inhalt und Zukunft zu geben.¹²

Als weitere traditionelle Elemente der tschechischen Politik hatte ich an derselben Stelle die Betonung der Moral in der Politik und die Forderung nach der Übereinstimmung von Politik und Ethik, zudem das Misstrauen gegenüber der politischen Macht und allgemein gegenüber politischen Autoritäten, die Skepsis gegenüber dem Parteienwesen, die Betonung des Nationalen, ein nachgerade unkritisches Herangehen an das Phänomen der Demokratie und nicht zuletzt die spezifisch tschechische Auffassung von Politik als Reflexion über den Streit über die „tschechische Frage“ herausgestellt.¹³

¹¹ Holzer, Jan: Dilemata, možnosti a meze české pravicové politiky [Dilemmata, Möglichkeiten und Grenzen der tschechischen rechten Politik]. In: Fiala, Petr/Mikš, František (Hgg.): Česká konzervativní a liberální politika. Sborník k desátému výročí založení revue Proglas [Die tschechische konservative und liberale Politik. Sammelband zum zehnten Gründungsjubiläum der Zeitschrift Proglas]. Brno 2000, 106-115, hier 112 f.

¹² *Ebenda.*

¹³ *Ebenda.*

Doch welche Verbindung besteht zwischen diesen Thesen und der tschechischen Totalitarismuserfahrung? Zunächst sei das methodologische Problem ins Gedächtnis gerufen, dass die Gesellschaftswissenschaften nicht die Möglichkeit haben, die Präsenz – um nicht zu sagen das Gewicht – konkreter sozialer Erscheinungen zu quantifizieren; ebenso wenig können sie deren Einfluss in Gegenwart und Zukunft bestimmen. Deshalb ist es so schwierig, sich prägnant zu dem oben angedeuteten Problem zu äußern, also zu bestimmen, inwieweit der Totalitarismus der tschechischen politischen Praxis fremd oder eigen war oder ist bzw. in welchem Maße die oben genannten Eigenheiten des tschechischen Politikverständnisses den Keim des Totalitarismus in sich tragen. Dessen ungeachtet kann man jedoch davon ausgehen, dass der Erfolg des Totalitarismus in der tschechischen Politik von einheimischen Traditionen begünstigt wurde,¹⁴ und es lassen sich die dafür verantwortlichen Faktoren benennen.

Es kann nicht schaden, sich zunächst noch einmal die Konstellation vor Augen zu führen, in der sich die tschechische Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um einen zunehmend an Dynamik gewinnenden Modernisierungsprozess, der schließlich dazu führte, dass es ein Teil der gesellschaftlichen Akteure für nötig hielt, eine politisch verwendbare Geschichte für das tschechische Volk zu konstruieren. Die Schlüsselattribute dieses historischen Narrativs sollten die bis dahin nicht selbstverständliche Existenz einer tschechischen Nation plausibel machen, ihren Platz im zeitgenössischen historischen wie territorialen Kontext erklären und attraktive Zukunftsperspektiven entwerfen. Diese Entwicklung war eine Reaktion auf gesamteuropäische Tendenzen und Stimmungen und zugleich auf die innerösterreichische Situation nach den Ereignissen der Jahre 1848 bis 1851.

Ohne diese hier bewerten oder kommentieren zu wollen, sollen die wichtigsten Charakteristika dieses Geschichtsentwurfs benannt werden: das Gefühl, unter dem an Legitimation verlierenden Haus Habsburg-Lothringen nicht länger existieren zu können, die Herdersche Auffassung des Volkes als Abstammungsgemeinschaft sowie die Ablehnung des als politisch zynisch und in Werte- und Systemfragen rückständig empfundenen Katholizismus. Diesem letzten Punkt entsprach die Betonung der reformatorischen hussitischen Identität, die als moralisch höherstehend und vor allem den Herausforderungen der modernen Zeit besser gewachsen deklariert wurde. Solcherart „gut ausgestattet“ wurde das Projekt begonnen, das Tschechentum zu einer politischen Einheit zu machen.¹⁵ Die Träger dieses Vorhabens bemüht-

¹⁴ Zu behaupten, dass es sich um einen reinen Import aus dem Ausland, also um die Folge ausschließlich äußerer Prozesse gehandelt habe, wäre natürlich viel bequemer. Das Problem zu externalisieren, ist entlastend und beruhigend, doch letztlich wenig überzeugend. Gerade die grob vereinfachte These, alles Leid, das das tschechische Volk im 20. Jahrhundert durchlitten habe, sei von außen gekommen, befördert eine Atmosphäre des Nichtwissens und Desinteresses, die einer angemessenen Reflexion über den tschechischen Totalitarismus im Wege steht.

¹⁵ Zu alternativen Projekten vgl. *Kořalka, Jiří: Češi v habsburské říši a v Evropě 1815-1914. Sociálněhistorické souvislosti vytváření novodobého národa a národnostní otázky v českých zemích*. Praha 1996, 90-137; deutsche Ausgabe: *Tschechen im Habsburgerreich und in*

ten sich zunächst um einen staatsrechtlichen Platz im Rahmen der österreichischen bzw. österreichisch-ungarischen Monarchie. Mit der Zeit und infolge eigener und fremder Entscheidungen änderten sie jedoch ihren Kurs. Sie begannen, sich der österreichischen Politik zu verweigern, die ihnen zu langsam und – obgleich sie reformorientiert war – nicht in die gewünschte Richtung zu gehen schien. Ab Anfang des 20. Jahrhunderts avancierte schließlich die staatliche Unabhängigkeit zu ihrem Ziel.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die berühmte These, die Staaten stünden oder fielen mit ihrer Gründungsidee, um die Anmerkung zu ergänzen, dass es ebenfalls nicht unwichtig ist, in welchem dramatischem Widerspruch diese Gründungsidee zum vorhergehenden Staat oder Regime steht, der oder das aufgegeben bzw. ersetzt wird, und über welche Berechtigung die Abwendung von der bisherigen politischen Ordnung verfügt. Die Grundmotive, die dem Projekt des tschechischen/tschechoslowakischen Nationalstaats in die Wiege gelegt worden waren, traten tatsächlich offen zutage – zum einen in verschiedenen Systemparametern, zum anderen in den Wertmaßstäben der tschechischen/tschechoslowakischen Gesellschaft, die als Ausdruck des eigentlichen „Sinns“ des ganzen Projektes gelten sollten. Wesentlich ist aber, dass die Notwendigkeit, diese Traditionen unablässig gegen ihre „historischen Feinde“ zu verteidigen, ein politisches Modell hervorbrachte, dem einige entscheidende Parameter für das Funktionieren einer Demokratie fehlten. Vor allem entwickelte sich in der ČSR kein Modell demokratischen Herrschaftswechsels auf der Grundlage einer allgemein akzeptierten pluralistischen politischen Kultur. Vereinfacht gesagt: In der Ersten Republik blieb der für Demokratien typische Wettbewerb zwischen einer politischen Linken und Rechten aus. Das bedeutete nicht etwa, dass die politische Sphäre zwischen den beiden Weltkriegen die soziale Zusammensetzung der tschechischen/tschechoslowakischen Gesellschaft nicht in angemessener Weise repräsentiert hätte. Das für ostmitteleuropäische Verhältnisse mehr oder weniger standardmäßige ideologische Spektrum war durchaus vorhanden.¹⁶ Doch konnte es sich nicht voll entfalten, da der politische Wettbewerb als kulturloses Feilschen technokratischer Parteisekretäre abgelehnt wurde und der pro-tschechoslowakische Konsens als höchstes Gut galt. Dieser Konsens wurde zum Hauptkriterium für die Beurteilung der Loyalität der einzelnen Akteure, das sie gegebenenfalls gnadenlos disqualifizierte.

Europa 1815-1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern. Wien 1991, 85-125. – Malík, Jiří: Od spolků k moderním politickým stranám. Vývoj politických stran na Moravě v letech 1848-1914 [Von den Vereinen zu den modernen politischen Parteien. Die Entwicklung der politischen Parteien in Mähren von 1848 bis 1914]. Brno 1996. – Řepa, Milan: Moravané nebo Češi? Vývoj českého národního vědomí na Moravě v 19. století [Mährer oder Tschechen? Die Entwicklung des tschechischen Nationalbewusstseins in Mähren im 19. Jahrhundert]. Brno 2001.

¹⁶ Die ostmitteleuropäischen Länder sollen nicht nur in diesem Zusammenhang als natürliche Vergleichsgröße betrachtet werden. Dabei lässt sich sagen, dass die Fähigkeit, äußere ideologische Strömungen – insbesondere solche durch deutsche Vermittlung – zu absorbieren, in der tschechischen Politik besonders hoch ist.

Anders gesagt: Zur Zeit der Ersten Republik konnte sich in den böhmischen Ländern kein ziviles Verständnis von Politik als einer pragmatischen Organisationsform durchsetzen, über die sich Kompromisse zwischen verschiedenen frei geäußerten Anschauungen und Interessen finden und durchsetzen lassen. Statt dessen dominierte ein Verständnis, das in totalitären Zeiten vermehrt anzutreffen ist: die Wahrnehmung der Politik als Schlachtfeld, auf dem sich ein Kampf zwischen Gut und Böse abspielt, in dem ethische Maßstäbe, ja gegebenenfalls die Wahrheit selbst die entscheidenden Kriterien sind. Die tschechische Gesellschaft erwartete (und erwartet möglicherweise bis heute) von der Politik vor allem die Durchsetzung des Gemeinwohls, und diese Erwartung verband sie vor allem mit dem Staat, der neu war und zudem ihrer – nämlich ihr Nationalstaat. Dass diese Situation spezifische Argumente und Instrumente erforderte, die die Suche nach Konsens und Ausgleich über den politischen Konkurrenzkampf stellten, liegt nahe. Das war eine Folge der Entscheidung für das Modell der Nation als einer auf der Sprache beruhenden Abstammungsgemeinschaft, deren Überleben eher in den Händen der kulturellen als der politischen (militärischen, wirtschaftlichen, kirchlichen) Eliten lag. Man wäre geneigt zu schreiben, dass Masaryk über Švehla gesiegt hatte, doch trafen eher – wie so oft – lediglich ihre Apologeten aufeinander, und in diesem Fall siegten diejenigen Masaryks.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht bleibt zentral, dass das Modell der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1920 zwar noch dem Versuch einer Bolschewisierung widerstand, das Experiment einer nur mehr Teile der „tschechoslowakischen Nation“ repräsentierenden „Herrenkoalition“ jedoch schon nicht mehr aushielt. Der Angriff des Totalitarismus, der bei der Präsidentenwahl von 1935 erfolgte, schwächte die Republik dann fatal. Denn der strategisch motivierte Schritt der KPTsch, sich dem Beneš-Lager anzuschließen, legte die Positionen der einzelnen politischen Akteure auf lange Sicht hin fest – mit einer kommunistischen Partei, die nicht weiter disqualifiziert war, sondern fortan als progressiver und aussichtsreicher Mitspieler im politischen Leben galt. In diesem Zusammenhang war der Versuch einer konservativ-autoritären Gegenreaktion in der Zweiten Republik nicht mehr als eine Episode, deren Scheitern die tschechische Politik zudem endgültig dem ostmitteleuropäischen Kontext (einschließlich der Slowakei) entfremdete. Während der gesamten Zeit von 1938 bis 1948 tat man in Prag etwas anderes als in Warschau, Budapest oder Bratislava. Und mit einer gewissen Vereinfachung hinsichtlich der slowakischen Frage lässt sich das von der kompletten totalitären Periode von 1948 bis 1989 behaupten.

Rio Preisner hat einmal geschrieben, Stärke und Glanz des Totalitarismus wurzeln darin, dass er sein wahres Gesicht in einem freien Staat erst in dem Moment zeige, in dem alle Macht, die ihn vernichten könnte, gebrochen sei.¹⁷ Es bleibt hinzuzufügen, dass das auf verschiedene Weise geschehen kann, von der Nutzung einer momentanen Konstellation bis zur langfristigen, zielstrebigem, stillen Unterwanderung und Zerstörung. Sucht man nach den Gründen für den Erfolg der kommunistischen Partei in der tschechischen/tschechoslowakischen Politik, sollte der Frage

¹⁷ Vgl. Preisner: *Kritika totalitarismu* (Vgl. Anm. 9).

nachgegangen werden, welche Rolle die oben beschriebenen Traditionen tschechischen Politikverständnisses dabei spielten. Demokratie und Totalitarismus müssen also gemeinsam in den Blick genommen werden;¹⁸ nicht nur nach Jacob L. Talmon¹⁹ verbindet sich das Interesse für das Demokratieverständnis eng mit dem Studium des Totalitarismus.

Vor dem Hintergrund dieser Bemerkungen erscheint die These, der Totalitarismus sei in der tschechischen/tschechoslowakischen Politik völlig überraschend angekommen – gewissermaßen vom Himmel gefallen –, unhaltbar. Es gilt im Gegenteil, dass das totalitäre Modell hier nicht allein als Ergebnis äußerer Aggression entstehen konnte, also durch den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die nach dem „Münchener Abkommen“ verbliebenen tschechischen Gebiete im März 1939, sondern auch als Folge gesellschaftlicher und politischer Prozesse im Inneren. Der Februarumsturz 1948 wurde von der außenpolitischen Konstellation zwar begünstigt, nicht aber verursacht. War die nationalsozialistische Herrschaft fremd gewesen, so wurde sie in den vortotalitären Jahren zwischen 1945 und bis 1948 durch die „tschechische national-sozialistische Ära“ ersetzt. In dieser Zeit besann sich die tschechische Gesellschaft auf ihre eigene Fähigkeit, mit einer bestimmten sozialen Gruppe abzurechnen, deren historische Rolle für beendet erklärt wurde.²⁰ Bemerkenswert an diesem Prozess, der von der tschechischen Historiografie in den letzten Jahre zunehmend besser erforscht und treffender beschrieben wurde, ist vor allem die Tatsache, dass die undemokratische Politik und die Strategie, die zum Februar 1948 führten, die Unterstützung eines bedeutenden Teils der tschechischen Gesellschaft genossen. Worauf ist dieser deutliche Gegensatz zwischen den tschechischen und den Verhältnissen in anderen ostmitteleuropäischen Ländern zurückzuführen?

Aus Sicht der Politikwissenschaft wäre in diesem Zusammenhang insbesondere auf die bemerkenswerte These von der Bedeutung der autoritären Regime der Zwischenkriegszeit hinzuweisen: Paradoxe Weise habe gerade die ursprüngliche Ablehnung von Liberalismus und Demokratie in Ostmitteleuropa zur Konsolidierung der Kräfte beigetragen, die nach dem Zweiten Weltkrieg willens waren, sich dem Kommunismus entgegenzustellen. Die Tschechoslowakei war in den 1930er Jahren bekanntlich die berühmte letzte Bastion der Demokratie. Diese Bastion konnte sich nach dem Krieg jedoch nicht gegen den Angriff des Kommunismus wehren. Selbstverständlich kann man diese These als gefährliche Vereinfachung bezeichnen oder gar in das Reich der Spekulationen verweisen. Es würde sich aber auf jeden Fall lohnen, den Zusammenhang zwischen dem Erfolg autoritärer Modelle in den 1930er

¹⁸ Ich greife hier eine Anregung von Vladimír Čermák auf, der sich in seinem fünfbandigen Werk über die Demokratie jedoch nicht mit ausschließlich tschechischen Fragen beschäftigt. Čermák, Vladimír: *Otázka demokracie* [Die Frage der Demokratie]. 5 Bde. Praha 1992, 1993, Olomouc 1997, 1998, 1999.

¹⁹ Vgl. Talmon, Jacob L.: *O původu totalitní demokracie* [Über den Ursprung der totalitären Demokratie]. Praha 1998.

²⁰ Vgl. Holzer, Jan: *Česká metoda reflexe totalitarismu* [Die tschechische Methode der Reflexion über den Totalitarismus]. In: Rybář, Radovan/Valach, Milan (Hgg.): *Totalitarismus ve 20. století. Československé zkušenosti* [Der Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Die tschechoslowakischen Erfahrungen]. Brno 2001, 93-103, hier 95 f.

Jahren und dem Widerstand der Gesellschaft gegen die Etablierung der kommunistischen Herrschaft Ende der 1940er Jahre zu untersuchen.

Es gibt freilich noch mehr Hypothesen zu den Ursachen für das unterschiedliche Schicksal der ostmitteleuropäischen Gesellschaften. Bedeutung kommt vor allem soziologischen Studien zu, die auf die unterschiedliche Dynamik der Modernisierungsprozesse in den einzelnen Ländern und auf die damit zusammenhängenden Unterschiede in der soziale Schichtung der Gesellschaften sowie in den Verbindungen zwischen den Eliten und den Massen hinweisen. Allerdings: Intellektuelle, die sich für das sowjetische Modell begeisterten, das Bedürfnis hatten, die Gesellschaft zu führen und sie auf den Weg zu einem gelenkten und innerlich geschlossenen System zu bringen, gab es in all diesen Ländern in ausreichender Zahl. Erwähnenswert sind auch die historiografischen Reflexionen über die Modelle der Staatenbildung oder die psychosozialen Thesen über die unterschiedlichen Mentalitäten der ostmitteleuropäischen Völker.

Betrachtet man jedoch die tschechischen/tschechoslowakischen Tatsachen nach dem Zweiten Weltkrieg, ist schlicht anzuerkennen, dass das totalitäre kommunistische System die mentalen wie diejenigen Erwartungen, die an den Staat gerichtet wurden, erfüllte. Unter anderem bewältigte es die Grundvoraussetzung, eine klare Definition von Vergangenheit und Zukunft anzubieten, mit Bravour. Hervorzuheben ist, dass diese Definition komplementär zu den vorherrschenden Anschauungen und auch zum Werthintergrund der tschechischen Gesellschaft war. Nach 1918 war es gelungen, die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass eine Abwendung vom österreichischen Modell, das als unfähig und nicht legitimiert dargestellt wurde, unabdingbar wäre.²¹ Darum ist es eigentlich nicht erstaunlich, dass die tschechische Gesellschaft 1948 eine weitere grundlegende politische Wende akzeptierte.

Die folgende Epoche trug die typischen Zeichen des Totalitarismus: angefangen von der Verwirrung der Begriffe und der Durchsetzung einer neuen Sprache, über die Unterdrückung „feindlicher“ Gesellschaftsschichten und die politischen Schauprozesse bis hin zu dem Phänomen der „großen Überraschung“ angesichts der späteren Enthüllungen von Personenkult und Rechtsverletzungen sowie den nachfolgenden Rehabilitierungswellen. Der klassische Katalog der grundlegenden Züge totalitärer Regime von Brzezinski und Friedrich²² ist oft zu Recht kritisiert worden. Dennoch bietet er immer noch eine zuverlässige Orientierungshilfe dabei, welche Ziele die jeweiligen Eliten in ihrer totalitären Praxis verfolgen und welche Instrumente sie dafür einsetzen. Eine genauere Analyse könnte folglich auf die einzelnen Aspekte des tschechischen totalitären Regimes und auf seinen allmählichen Wandel ausgerichtet werden.

Auf der bereits angedeuteten vergleichenden Ebene erscheint es jedoch nicht minder interessant, die Unterschiede zwischen der Entwicklung in der Tschechoslowakei und den Wegen, die Polen und Ungarn gingen, deutlich zu machen. Man denke

²¹ Ich denke dabei nicht an die technische Seite des gegenwärtigen Wandels, sondern an die äußere Wahrnehmung dieses Prozesses.

²² Vgl. Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. Cambridge/Mass. 1956.

nur an die Unterschiede in der Wahrnehmung der Ereignisse von 1956 in den Nachbarländern. Der wohl größte Unterschied zeigte sich indessen im tschechoslowakischen Reformprozess der zweiten Hälfte der 1960er Jahre mit seinem Höhepunkt im „Prager Frühling“, der letztlich auf der nur unter ganz spezifischen Voraussetzungen glaubhaften Vorstellung beruhte, das kommunistische Modell sei reformierbar. Zwar besteht kein Grund dafür, die damalige Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in Zweifel zu ziehen. Doch beruhte diese weniger darauf, dass die Interessen verschiedener sozialer Gruppen zunehmend repräsentiert worden wären, sondern war (und blieb es merkwürdigerweise auch später noch) eher Ausdruck der Genügsamkeit eines nicht geringen Teils der damaligen tschechischen (vor allem) kulturellen Eliten. Diese gaben sich einerseits mit dem Raum zufrieden, der ihnen zugestanden wurde, andererseits glaubten sie an die These von der „natürlichen Progressivität“ des tschechischen Volkes.²³ Hinsichtlich der Funktionsfähigkeit des politischen Systems stellte die Doktrin des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ eine Vision dar, die, gemessen an den Interessen und Strategien der damaligen Akteure einschließlich des Reformflügels in der KPTsch, keine realistische Perspektive hatte.

Die nachfolgende Normalisierungsphase hielt sich in den Grenzen dessen, was Linz als „Posttotalitarismus“ bezeichnet. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Entwicklung in der Tschechoslowakei mit den zeitgleichen Prozessen in den Nachbarländern deckungsgleich gewesen wäre. Die offene Abkehr der kommunistischen Eliten von der permanenten staatlichen Einmischung in alle relevanten sozialen Strukturen und der Übergang zur Förderung von Gleichgültigkeit und Passivität bei den Bürgern führten in der Tschechoslowakei weder dazu, dass sich ein nennenswerter gesamtgesellschaftlicher Widerstand entwickelt hätte wie in Polen, noch zu einer bewussten Rückzugsstrategie der Machthaber wie in Ungarn. Die Lage in der ČSSR war zudem infolge des Wechsels einiger Reformkommunisten von 1968 in die Opposition gegen das Normalisierungsregime hinsichtlich der Zuschreibung von Täter- und Opferrollen vergleichsweise unübersichtlich. Einige der Reformen, die nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zu Dissidenten wurden, waren zwei Jahrzehnte zuvor noch überzeugte Stalinisten gewesen. Der Sturz des kommunistischen Regimes im November 1989 trug daher – und nicht zum ersten Mal in der neueren tschechischen/tschechoslowakischen Geschichte – den Nimbus eines plötzlichen Umbruchs, dem von außen betrachtet die Systemlogik und die innere Notwendigkeit fehlte. Es war vollkommen angebracht (und hat im Nachhinein auch etwas Beunruhigendes) zu fragen: Warum nur ging es so leicht?²⁴

Mein Anliegen ist kein hypothetisches „Was-wäre-wenn“. Den Aufruf von Miloš Havelka habe ich als Gelegenheit aufgefasst, ein Problem zu analysieren, das zwar

²³ Diese Fortschrittlichkeit wird angeblich immer wieder von geheimen Kräften blockiert, die dem tschechischen Volk die ungestörte Entwicklung verwehren. Die böhmischen Länder erscheinen als Verkörperung der historischen Hoffnung, als natürliche Arche der Demokratie, die in schwerer See zwischen der deutschen Scylla und der russischen/sowjetischen Charybdis ihren Weg sucht.

²⁴ Vgl. *Možný, Ivo: Proč tak snadno* [Warum so leicht]. Praha 1991.

mit Emotionen und individuellen Prädispositionen aufgeladen ist, aber durchaus nüchtern und unvoreingenommen erörtert werden kann und sollte. Dieses Problem besteht meines Erachtens nicht in der Frage, ob es in der tschechischen Politik eine Epoche des Totalitarismus gegeben hat, sondern darin, warum diese so erfolgreich war, welche System- und Wertvoraussetzungen sie hatte und weshalb die Erinnerungen der Gesellschaft an diese Epoche nicht durch und durch schlecht sind.

Sicherlich könnte man sich eine ganze Reihe an alternativen Varianten der politischen Entwicklung in den böhmischen Ländern vorstellen. Jede hätte ihre Vorzüge und natürlich auch ihre Schattenseiten. Als Sozialwissenschaftler verfüge ich jedoch nicht über die Mittel, die es erlauben würden, eine Präferenz für eine dieser Varianten und eine Hierarchisierung der möglichen Entwicklungswege empirisch zu begründen. Zudem bin ich davon überzeugt, dass es der Sache schaden würde, eine der Varianten vorzuziehen und dadurch Zweifel an der Richtigkeit der in diesem Text formulierten Thesen zu wecken. Deshalb unterlasse ich dies, auch wenn es durchaus verführerisch wäre. Der Grundfrage will ich jedoch nicht ausweichen: Wie lässt sich die Erfahrung, die die tschechische Gesellschaft mit dem Totalitarismus gemacht hat, beschreiben und verständlich machen?

Die moderne tschechische Politik hat ihre Traditionen – und sie braucht diese auch. Gerade deren partielle Überwindung und Neubestätigung macht das Wesen der Politik aus, verleiht ihr die notwendige Dynamik. Eine Traditionslinie und ein integraler Bestandteil der tschechischen Politik ist zweifellos ihre Erfahrung mit dem Totalitarismus. Natürlich kann man behaupten, dass manche Traditionen schädlich sind und auf unsere Fähigkeit vertrauen, diese negativen Traditionen zu überwinden, ihnen zu entkommen.²⁵ Andere Entwicklungsvarianten hätten jedoch unausweichlich nur zu anderen Problemen geführt.

Anknüpfend an das Gesagte lässt sich wie folgt schließen: In der tschechischen sozialwissenschaftlichen Debatte ist es bislang nicht selbstverständlich, den Totalitarismus – bezogen vor allem auf den Kommunismus – als relevanten Teil der tschechischen Geschichte wahrzunehmen, der seine historischen Ursachen und Voraussetzungen hatte und sich verständlicherweise auch auf die Gegenwart auswirkt. Häufiger begegnen wir der beruhigenden These, es habe sich hierbei um eine „historischen Anomalie“ gehandelt.

Auch eine Diskussion darüber, ob in Tschechien eine Neuauflage totalitärer Verhältnisse möglich ist, wird bislang nicht geführt. Dabei steht diese Perspektive in engem Zusammenhang mit der Frage, warum sich der Totalitarismus in den böhmischen Ländern so erfolgreich behaupten konnte. Auf die heutige Situation bezogen, müsste die Frage lauten: Könnte sich der Totalitarismus in der tschechischen Politik in der Zukunft erneut durchsetzen, und wenn ja, in welcher neuen, „verbesserten“, moderneren Gestalt? Der Verzicht auf eine Definition mag überraschend erscheinen, aber das Problem besteht einfach nicht darin, ob es sich um eine bereits bekannte Variante des Totalitarismus handeln wird. Neue Formen der Unfreiheit müssen nicht notwendigerweise bereits bestehenden und mehr oder weniger anerkannten Analyse-

²⁵ Vgl. die heute verbreitete Hoffnung, dem Konzept der Nation und des Nationalstaats durch eine Flucht nach „Europa“ zu entkommen.

konzepten entsprechen. Es fällt nämlich nicht schwer, den Historikern darin zuzustimmen, dass es keine feste Form des Totalitarismus gibt, und dass es sich in der Realität immer um einmalige, sich später nicht wiederholende Modelle handelt, die unter spezifischen Konstellationen entstehen und wieder untergehen, jedes Mal mit anderen Akteuren und anderen Strategien. Die Politikwissenschaft sollte ihre Aufgabe darin sehen, die politischen Modelle zu identifizieren, in denen die Träger der totalitären Traditionen die geringsten Chancen haben, sich durchzusetzen.

An der Bearbeitung dieses Forschungsproblems sollten sich nicht nur Historiker und Politologen beteiligen. Die aktuelle und drängende Forderung, sich die Stereotypen und Mythen bewusst zu machen, die im Verlauf der modernen tschechischen Geschichte vor längerer oder auch erst in jüngster Zeit entstanden, sich etablierten, ihr Eigenleben führten und nicht selten selbst von Sozialwissenschaftlern gestützt wurden und werden, korrespondiert mit dem zeitlosen Imperativ aller Wissenschaft, nach der Wahrheit zu suchen.

Aus dem Tschechischen von Stephan Niedermeier

Milan Znoj/Jiří Koubek

TOTALITARISMUS UND POSTTOTALITARISMUS IN TSCHECHIEN

Die Frage, ob es in der Tschechoslowakei eine Epoche des Totalitarismus gegeben habe, muss mit ja beantwortet werden. Doch dies ist nur ein genereller Ausgangspunkt, in dem sich die Antwort auf Miloš Havelkas Frage nicht erschöpfen soll. In diesem Aufsatz versuchen wir dagegen, seine Überlegungen zur tschechischen Gesellschaft unter Anwendung des Posttotalitarismus-Konzepts weiterzuführen. Ist von Totalitarismus die Rede, so handelt es sich im tschechischen Fall auf paradoxe Art um einen „Vergleich des Unvergleichbaren“, in dieser Hinsicht ist der Titel des Aufsatzes von Miloš Havelka treffend.¹ Die Totalitarismustheorie geht davon aus, dass Kommunismus und Faschismus in „etwas Grundlegendem“ übereinstimmen. Demgegenüber wird im Folgenden die Auffassung vertreten, dass bei eingehender Betrachtung der tschechischen Zeitgeschichte nur zwei kurze, nicht miteinander verbundene Zeitabschnitte die Bezeichnung „totalitär“ verdienen: das deutsche Protektorat 1939-1945 einerseits und die kommunistische Diktatur zwischen 1948 und 1953 andererseits. Zwar handelt es sich dabei in der Tat um Phasen, die zu den düstersten der tschechischen Geschichte gehören, und beide verdienen zweifellos eine eingehende Untersuchung. Gleichwohl sind sie in einem so hohen Maße spezifisch, dass kaum zu erwarten ist, bei diesem „Vergleich des Unvergleichbaren“ etwas Wesentliches über die tschechische Gesellschaft zu erfahren. Die These dieses Beitrags lautet daher, dass die gängigen Totalitarismustheorien für die Erforschung der kommunistischen Epoche wenig produktiv sind, wohingegen sich die Posttotalitarismus-Theorie als sehr fruchtbar für die Analyse der tschechischen Gesellschaft nach dem Februar 1948 erweist.

Miloš Havelka schlägt zur Lösung des Paradoxons, Unvergleichbares zu vergleichen, eine erweiterte Theorie des Totalitarismus vor, die über die bekannten Modelle der Politikwissenschaft hinausgeht und sich auf eine soziologische Interpretation der generationellen Mentalitäten stützt. Dieser Ansatz liefert in der Tat eine Reihe neuer Erkenntnisse. Einiges spricht auch für seinen zentralen Gedanken, demzufolge die permanenten Eingriffe wechselnder Machthaber in die soziale Struktur der tschechischen Gesellschaft eine gewisse generationelle (einheitliche und irgendwie wandelbare?) totalitäre Mentalität hervorgebracht hätten, in die existenzielle historische Erfahrungen – wie das „Münchener Abkommen“, die zweite Republik, die Schrecken der „Heydrich-Herrschaft“, die Abrechnung mit Kollaborateuren und den Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die politische Mobilisierung usw. – gewissermaßen „eingebrennt“ wurden. An Miloš Havelkas Behauptung, dass sich diese

¹ Vgl. *Havelka*, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330.

Mentalitäten als „Katalysatoren für politische Systemwechsel“ auffassen lassen, haben wir indessen ernste Zweifel, und damit auch an dem Versuch, diese als Erklärungsansatz in der politischen Theorie zu verwenden. Die Konstruktion einer spezifisch tschechischen Theorie des Totalitarismus, zu der die Auffassung einer besonderen tschechischen totalitären Mentalität unserer Ansicht nach führt, erscheint uns nicht überzeugend.

Anders als bei Havelka wird hier der Begriff „totalitär“ nicht als „Konvention“ verstanden und die Termini „autoritär“, „totalitär“ und „diktatorisch“ nicht „in gewisser Weise synonym“² verwendet. Die Lösung der paradoxen Aufgabe, das Unvergleichbare zu vergleichen, wird im Folgenden nicht über die Aufweichung der Begriffe, sondern im Gegenteil über deren Präzisierung gesucht. Dies erfordert jedoch zunächst eine Rückkehr zu den Theorien und eine kritische Würdigung ihrer Tragfähigkeit, die dann an der tschechischen Erfahrung überprüft werden soll.

Die Bezeichnung „Totalitarismus“ hat einen polemischen Gehalt, wie übrigens alle Begriffe der Politikwissenschaft. Damit evoziert sie eine fassbare, gewissermaßen feindliche politische Praxis und rechtfertigt bzw. verteidigt die eigene. Solche polemischen Zuschreibungen lassen sich in allen Totalitarismustheorien finden, den philosophischen, historischen und auch den politologischen.³ Die Polemik bezieht sich nie ausschließlich auf die Termini, sondern immer auch auf das politische System und seine Praxis. In Tschechien allerdings avancierte die Grundannahme der Totalitarismustheorie, die Kommunismus und Faschismus eine Ähnlichkeit in ihren wesentlichen Zügen attestiert,⁴ nach 1989 zum antikommunistischen Credo und zur

² *Ebenda* 320.

³ Die Totalitarismustheorien ermöglichen es, Kommunismus und Faschismus in einem Atemzug zu nennen, denn es handelt es sich um eine Polemik, die vom Standpunkt der liberalen Demokratie aus geführt wurde, für die Kommunismus und Faschismus ein gemeinsamer Feind waren und sind. Doch sind die einzelnen Argumentationen so unterschiedlich, dass es nicht sinnvoll wäre, in ihnen eine gemeinsame Verteidigung der „westlichen Demokratie“ zu suchen. Sie repräsentieren die verschiedensten Strömungen des westlichen politischen Denkens. Ernst Noltes Interpretationen lassen sich z. B. nicht als Plädoyer für den Liberalismus auffassen, vielmehr handelt es sich bei ihnen um eine Verteidigung der deutsch-nationalen Tradition, die immer mit einer gewissen Verachtung auf Liberalismus und Demokratie herabsah. Das wurde z. B. im „Historikerstreit“ Ende der 1980er Jahre deutlich, der sich an Noltes Aufsatz „Eine Rede, die geschrieben, aber nicht mehr gehalten werden konnte“ entzündete, der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6.6.1986 erschienen war.

⁴ Der Terminus „Faschismus“ wird hier als Gattungsbegriff verwendet, wobei die Gattung eine Vielzahl von Arten umfasst – wenigstens den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus. Zur Begrifflichkeit vgl. *Nolte*, Ernst: *Der Faschismus in seiner Epoche*. München 1963. Nolte's dialektische Trias, derzufolge der „Faschismus“ der Action française die These, der italienische Faschismus die Antithese und der deutsche Nationalsozialismus die Synthese in der Entwicklung der Gattung Faschismus gewesen sei, lehnen wir jedoch ab. Der Faschismus der Action française lässt sich nicht auf eine Stufe mit den beiden anderen Bewegungen stellen. Sollte das verbindende Moment zwischen diesen Regimen der „Totalitarismus“ sein, ließe sich dagegen mit guten Gründen einwenden, dass der italienische Faschismus nicht totalitär war, sondern nur totalitäre Tendenzen und Ziele hatte. Gleichwohl existiert eine Reihe faschistischer Bewegungen, die „etwas“ gemeinsam haben, und soweit dieses „etwas“ nicht der Totalitarismus ist, kann man nicht nur die Action française hinzurechnen, sondern auf gewisse Weise auch das Franco-Regime in

Waffe im Kampf gegen den Kommunismus. Dass dieser längst zusammengebrochen ist, erscheint dabei belanglos. Heute wird der Kampf gegen die Residuen des Kommunismus und dessen verstecktes Weiterleben geführt, die sich freilich überall vermuten lassen. Und so tritt in der tschechischen Diskussion die ideologische Dimension der Totalitarismustheorie in den Vordergrund: Der tschechische Antikommunismus führt seine Kampagnen für gewöhnlich gerade über den Begriff des Totalitarismus. Um diese Polemiken wird es hier aber nicht gehen, vielmehr wird eine Betrachtung des Totalitarismus aus der Perspektive der Politikwissenschaften vorgenommen.

Die Totalitarismustheorien und ihre begrenzte Anwendbarkeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg schossen Totalitarismustheorien wie Pilze aus dem Boden. Als das militärische Bündnis zwischen den westlichen Demokratien und der Sowjetunion zerfiel und der Kalte Krieg begann, erkannte der Westen im Kommunismus den altneuen Feind, dem es nicht nur praktisch-politisch die Stirn zu bieten, sondern auch theoretisch in angemessener Weise mit einer Definition beizukommen galt. Die Sowjetunion diente dabei als Folie für ein doppeltes Feindbild: Zum einen enthüllte man im Kommunismus einen Widersacher gleicher Art, wie es der Faschismus gewesen war – einen existenzbedrohenden Widersacher, der Europa in einen Weltkrieg führen könnte. Zugleich aber war der totalitäre Kommunismus ein bekannter Feind. Schon seit langem war er der Gegner des Liberalismus gewesen, doch hatte sich dieser Gegensatz nicht aus dem Totalitären gespeist. Es ließe sich sagen, dass die Auseinandersetzungen vor dem Zweiten Weltkrieg in einer anderen, „klassischeren“ Sprache geführt worden waren. In diesem Sinne hatte der Kommunismus vielleicht schon seit dem 19. Jahrhundert ein Feindbild dargestellt, aber nur als eine „interne“ politische Bewegung, die eine radikale Alternative zum liberalen Kapitalismus anbot. Gewiss aber wurde dieses doppelte Feindbild seit dem Ende des Ersten Weltkriegs wirksam, als die liberalen Demokratien mit kommunistischen Parteien konfrontiert waren, die anstelle der Demokratie ein politisches System sowjetischen Typs durchsetzen wollten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch trat dieser Feind in Gestalt einer etablierten politischen Macht auf, die von der Sowjetunion bis nach Mitteleuropa reichte. Und erst damit konnte dieser Gegner zu einem dem Faschismus ebenbürtigen Feind werden.

Die Charakterisierung der Sowjetunion als totalitäre Macht beruhte auf zwei interpretatorischen Verschiebungen bzw. Wenden im Verständnis des Totalitarismus.

Spanien oder das Regime Salazars in Portugal. Das Gemeinsame zwischen diesen Regimen wird man daher an anderer Stelle suchen müssen, insbesondere in ihrer „konservativen“ Ablehnung der modernen kapitalistischen industriellen Welt. Nolte geht nicht fehl in seiner Auffassung des Faschismus als großer negativer Bewegung, die antiliberal, antikapitalistisch und antikommunistisch ist. Doch er irrt, wenn er hierin einen Bestandteil der Theorie des Totalitarismus sieht. Totalitär sind nur die Extreme innerhalb der Gattung und generell erscheint es ratsam, diese Bewegung freier zu begreifen, als Nolte es vorschlägt. Anstelle des gemeinsamen Ursprungs ließe sich ebenso von der gemeinsamen Familie dieser Bewegungen sprechen. Wir sind der Auffassung, dass man den Totalitarismus der kommunistischen Bewegungen in gleicher Weise betrachten muss.

Zunächst war der totalitäre Staat ein faschistisches Konzept gewesen, das als Alternative zu den angeblich gescheiterten liberalen Demokratien gedacht war. Mussolini sprach vom starken Staat, der alle Kräfte der Gesellschaft auf eine Aufgabe ausrichten und verschiedene Schichten der Gesellschaft zu einem stabilen und dynamischen Ganzen verbinden sollte. Die Bezeichnung „Korporatismus“ ist treffend, auch wenn sie das politische Regime, das Mussolini zu verwirklichen suchte, nicht umfassend beschreibt. Angemessener wäre es hier, von einem „totalen Staat“ zu sprechen, obgleich man zu diesem Zeitpunkt von der liberalen Begriffsverschiebung noch nichts ahnte.

Aus dieser Perspektive hat sich Carl Schmitt mit dem totalen Staat beschäftigt, den er als unvermeidliche Konsequenz der Entwicklung der Massendemokratie unter den Bedingungen der monopolkapitalistischen Wirtschaft sah. In dieser Situation sei die klassische liberale Trennung von Staat und Gesellschaft, wobei dem Staat das politische Monopol obliege, nicht aufrechtzuerhalten. Entweder entstünde daher ein schwacher totaler Staat, der nur Instrument in der Hand der Wirtschaft (unterschiedlichste unternehmerische Interessen) und der Gesellschaft (unterschiedlichste soziale Interessen) zur Verwirklichung ihrer Partikularinteressen sei. Oder aber es entwickle sich ein starker totaler Staat, dem es gelänge, Wirtschaft und Gesellschaft seine Definition des Politischen aufzuzwingen.⁵ Schmitt kritisierte in diesem Sinne zunächst die Weimarer Republik, zollte allerdings zugleich dem italienischen Faschismus Respekt und entwickelte seinen Gedanken zu einer Verteidigung des nationalsozialistischen Regimes weiter. Vom liberalen Standpunkt aus war das eine tödliche Gefahr. Die erste interpretatorische Wende stützte sich daher auf die Annahme, dass der Liberalismus beginnt, jene als „totaler Staat“ bezeichnete faschistische Erfindung ernst zu nehmen und bereit ist, den so identifizierten Feind bei einer direkten Konfrontation zu zerstören. Die erste Verschiebung in der Bezeichnung der Träger des Totalitarismus war gelungen, weil die Gründe nachvollziehbar sind, aus denen sich der Liberalismus gegen jeden ausufernden Staat – den faschistischen eingeschlossen – stellt und im Namen der pluralistischen Wirtschaft und Gesellschaft handelt, die er mithilfe eines Systems bürgerlicher und sozialer Rechte gegen die staatliche Definition des Politischen zu verteidigen sucht.

Die zweite Begriffsverschiebung setzt freilich voraus, eben dieses liberale Argument gegen den Kommunismus geltend machen zu können, obwohl dieser nicht den totalen Staat, sondern ganz im Gegenteil die Abschaffung des Staates im Allgemeinen ausrief. Dennoch ist diese Verschiebung glaubwürdig, wurde doch die Aufhebung des Staates in die Zukunft projiziert bzw. mit der Vernichtung des alten bourgeois Staates gleichgesetzt, an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats treten sollte. Die Diktatur des Proletariats konnte nicht anders, als die Gestalt eines Staates anzunehmen, weil sie das politische Monopol für sich beanspruchte (das de facto allerdings eher die kommunistische Partei besaß) und sich aller staatlichen

⁵ Die grundlegende Argumentation bei Schmitt, Carl: *Der Begriff des Politischen*. München 1932; hier nach der tschechischen Übersetzung: *Pojem politična*. Brno, Praha 2007, 23–24 (Knihovna novověké tradice a současnosti 51). – Eingehender vgl. McCormick, John P.: *Carl Schmitt's Critique of Liberalism: Against Politics as Technology*. Cambridge 1997.

Institutionen bediente, um bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele effektiv auf die Mitglieder der Gesellschaft einwirken zu können. In diesem Fall wurde der kommunistische Staat jedoch nicht danach beurteilt, was er über sich selbst mitteilte, sondern danach, wie er seine politische Macht in die Realität umsetzte. Die Totalitarismustheorien stehen und fallen mit dieser Perspektivenverschiebung, denn sie besitzen ein starkes realistisches Moment, das sie zwingt, den Kommunismus mit der zum faschistischen Konzept des totalen Staates analogen Begrifflichkeit zu beschreiben. Ebenso fordert die im liberalen Verständnis grundlegende Bedeutung der Unterscheidung zwischen staatlicher und öffentlicher Sphäre, die mit Hilfe des Konzepts der subjektiven Rechte definiert wurde, eine neue Auslegung.⁶

Es gibt nicht eine Theorie des Totalitarismus, vielmehr könnte man von drei Gruppen sprechen. An erster Stelle sind die philosophischen Totalitarismustheorien von Karl Popper, Hannah Arendt und anderen zu nennen, die sich auf die geschichtsphilosophische Tradition des Westens beziehen: Den Totalitarismus ihrer Zeit begriffen Popper und Arendt als tödliche Bedrohung für das Erbe des abendländischen Europa, das sie auf das antike Griechenland zurückführten, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung. Während für Popper die Entdeckung der Wissenschaften und des kritischen Verstands das entscheidende Moment darstellte, war es bei Arendt die Entdeckung der Polis und der bürgerlichen Tugenden.

Einen zweiten Strang bilden historische Totalitarismustheorien, zum Beispiel von Ernst Nolte oder François Furet, die den Totalitarismus als Nachhall der Ideen inter-

⁶ Es genügt freilich nicht, den Totalitarismus dadurch von anderen Herrschaftsformen abzugrenzen, dass er bürgerliche Rechte und Menschenrechte verletzt, wie es der tschechische Gesetzgeber zaghaft getan hat. Diese Definition des Totalitarismus ist zu vage und wurde allzu häufig missbraucht. Wer die bürgerlichen Rechte oder die Menschenrechte missachtet, ist gewiss ein Gegner des Liberalismus, aber offenkundig ist nicht jeder Antiliberaler ein Verfechter des Totalitarismus. Ein ähnlicher Vorbehalt auf theoretischer Ebene lässt sich gegen Poppers Auffassung des Totalitarismus formulieren: Zwar gelang es ihm auf überzeugende Weise, Demokratie mit dem zu verbinden, was er „Offenheit“ nennt, worunter er eine individualistisch angelegene kritische Rationalität versteht. Nur denkt nicht jeder Gegner einer so verstandenen „Offenheit“ totalitär. Darüber hinaus baut die Wissenschaft zwar auf einem individualistischen Fundament auf, doch ist sie durchaus in der Lage, einer totalitären Macht zu dienen, die ohne moderne Wissenschaft und Technik schließlich gar nicht vorstellbar ist. Die Negation der liberalen Eigenständigkeit (Pluralität) der bürgerrechtlichen Sphäre, die der Totalitarismus ausübt, bleibt unverstanden, solange die weiteren Prozesse, welche die Massendemokratie mit sich bringt, nicht in Betracht gezogen werden. Im Totalitarismus 1) erlangt die politische Einheit des Volkes „positive“ Bedeutung durch die „eschatologische“ Ideologie, die in Gestalt der gelenkten Propaganda eine Mobilisierung der Massen für eine Realisierung der „letzten Zwecke“ der Geschichte ermöglicht; diese Ideologie definiert dabei, wer das eigene Volk ist und wer als fremd und als Feind gilt; 2) „negativ“ ist die politische Einheit, die mithilfe der Militarisierung der Gesellschaft unter Einsatz von Polizeiterror, politischen Prozessen u. ä. erreicht wird; 3) die Zuteilung von Land wird in entscheidendem Maße von der administrativen Maschinerie kontrolliert, ebenso stehen die Tauschbeziehungen unter politischer Kontrolle, und auch die Wirtschaft wird mobilisiert, um jenen „Endzweck“ zu erreichen; 4) all diese Machtmittel hat die politische Elite in ihren Händen, die in der „eschatologischen“ Ideologie über eine Rechtfertigung für ihre exklusive Regierungsgewalt verfügt. Totalitarismus ist so gesehen eine ideologisch, militaristisch, ökonomisch-administrativ und politisch vermittelte substanzielle „Einheit“ von herrschender Elite und Volk.

pretieren, die hinter den großen Ereignissen der neuzeitlichen Geschichte des Westens standen. Diese Ereignisse – für François Furet die Französische Revolution, für Ernst Nolte die Industrielle Revolution – hätten die traditionelle Gesellschaft grundlegend erschüttert und damit die Entstehung jener so genannten „annihilatorischen Therapien“ revolutionärer und konterrevolutionärer Herkunft gefördert, die in rasanter Beschleunigung im „Europäischen Bürgerkrieg“ der Jahre 1917 bis 1945 gemündet hätten.

Für das Anliegen dieses Aufsatzes ist die dritte Gruppe von Theorien besonders wichtig und zwar vor allem jene, die in der Politikwissenschaft Anwendung finden und für die Carl J. Friedrichs Interpretation in „Totalitarianism“ (1954) und der zusammenfassende Überblick „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“, den Friedrich 1956 gemeinsam Zbigniew Brzezinski vorgelegt hat, die Grundlage bilden. Eine ausführliche Analyse ist an dieser Stelle nicht möglich, vielmehr sollen im Folgenden diese grundlegenden politikwissenschaftlichen Totalitarismustheorien im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es einerseits darum, ihre begrenzte Gültigkeit nachzuweisen, andererseits die Motive für die „Verfeinerung“ und Neuformulierung herauszuarbeiten, die Juan Linz mit seiner Theorie des Posttotalitarismus auf überzeugende Weise vorgenommen hat.

Carl J. Friedrich führte bekanntlich fünf grundlegende Merkmale für die Charakterisierung des Totalitarismus ein: 1. eine offizielle Ideologie, 2. eine Massenpartei, geführt von einer Oligarchie, 3. das Staatsmonopol der militärischen Kräfte, 4. das Staatsmonopol der Massenmedien; später fügte Friedrich noch 5. die zentral gelenkte Wirtschaft hinzu. Er setzte selbstverständlich voraus, dass es sich um miteinander verbundene Merkmale handelt, gab aber für diese Verbindung keine schlüssige Erklärung. Zudem ist jedes einzelne dieser Kennzeichen für sich genommen vage und durchaus diskussionswürdig. So ließe sich etwa fragen, ob nicht auch der liberalen Demokratie eine Ideologie zugrunde liegt, die offiziell gültig ist, soweit die Grundrechte und Freiheiten als Bestandteil der geltenden Rechtsordnung öffentlich verkündet werden. In der Tat gibt es in der liberalen Demokratie wohl kaum ein System mit einer einzigen politischen Partei, doch lässt sich mit dem System der Einparteienherrschaft kaum der Totalitarismus fassen, finden sich doch eine Reihe solcher Beispiele auch in anderen Regimen. Noch größere Zweifel ruft das Kriterium des Staatsmonopols auf die militärische Gewalt hervor, denn dieses ist per Definition bezeichnend für das militärische Kommando jedes Staates. Überdies ist es unerlässlich, Totalitarismus von Militärdiktaturen abzugrenzen. Das Staatsmonopol der Massenmedien ist zweifellos ein Merkmal des Antiliberalismus, aber auch dieses stellt kein exklusives Charakteristikum des Totalitarismus dar.

Theorien, die sich bei der Begriffsdefinition auf dieses Set von Kennzeichen stützen, haben folglich keine andere Möglichkeit, als die Interpretation einzelner Kennzeichen „zuzuspitzen“, um „mildere“ Versionen auszuschließen. Damit entsteht zwar ein theoretisch begründetes Modell, dieses bildet aber kein reales Regime ab, sondern beschreibt eher ein abstraktes Monstrum. So ist es nicht verwunderlich, dass den Theorien, in denen der Totalitarismus einen „Idealtypus“ darstellt, geeignete analytische Werkzeuge fehlen, die sich bei der Erforschung der tatsächlichen Funktionsweisen faschistischer und kommunistischer Regime einsetzen ließen.

Die ursprünglichen Theorien des Totalitarismus waren generell arm an konkreten Erkenntnissen. Die tragende intuitive Ansicht, dass faschistische und kommunistische Regime „etwas“ gemeinsam haben, reduzierte sich letztlich auf eine Wiederholung der ideologischen Klischees, die diese Diktaturen über sich selbst verbreiteten, und auf die empirische Untersuchung der Repressionsmittel, auf die sich diese Regime stützten. Es gibt jedoch keinen Grund, warum man den jeweiligen Ideologen und ihren Reden über die „Einheit von Partei und Volk“, die „Planerfüllung“, über „geschlossene Reihen“ usw. Glauben schenken sollte. Gesellschaft und Politik bleiben in diesem Bild vollkommen blass. Man erfährt nicht viel darüber, wie politische Entscheidungen getroffen wurden, welche Interessengruppen dabei beteiligt waren, wie der staatliche Wirtschaftsplan faktisch zustande kam, welche Interessen sich bei seiner Entstehung durchgesetzt hatten und welche nicht, ganz zu schweigen von Kultur, zivilgesellschaftlichen Vereinigungen oder den verschiedenen Vereinen.

Gerade solche Fragen gaben den Anstoß dazu, dass die Politikwissenschaft in der Totalitarismusforschung neue Wege einschlug. Es war offensichtlich, dass sich das ursprüngliche Konzept lediglich in begrenztem Umfang und gewissermaßen extremer Gestalt umsetzen ließ. Zugleich zeigten die kommunistischen Regime nach und nach ein zerbröckelndes totalitäres Äußeres in Politik und Ökonomie, aber auch in der Kultur und dem gesellschaftlichen Leben tauchten allmählich Phänomene auf, die mit dem totalitären Modell nicht zu vereinbaren waren. Was die tschechische Gesellschaft betrifft, so wurde hier spätestens bei der Weltausstellung „Expo 58“ deutlich, dass aus der Durchdringung von Ökonomie und Kultur ein eigenständiger Stil entstanden war, der sich den gängigen ideologischen Klischees entzog.

Doch diese Entwicklung betraf nicht allein die Tschechoslowakei. In unterschiedlichem Umfang und Tempo ergriff dieser Prozess alle kommunistischen Länder. Ausgangspunkt dafür war Stalins Tod, auf den der XX. Parteitag der KPdSU folgte, der mit der Kritik des „Personenkults“ eine tiefe Zäsur und einen Wendepunkt markierte. Im Konzept der so genannten kollektiven Führung, das nun zur Anwendung kam, wurde die Vorstellung einer gewissen, wenn auch begrenzten Pluralität der politischen Elite zugelassen. Gleichwohl ging es bei weitem nicht nur um Politik. Nicht minder wichtig waren die ideologischen Veränderungen, insbesondere die Abkehr von der Stalinschen These über die Verschärfung des Klassenkampfes, an deren Stelle ein konsensuelles Konzept des „sowjetischen Volkes“ trat, welches der Pluralität in verschiedensten Erscheinungsformen weitaus größeren Raum gab. Auch in der Kultur machten sich Veränderungen bemerkbar. Nicht allein, dass hier Möglichkeiten für Kritik am „Personenkult“ entstanden, auch die Kultur selbst suchte nun nach einer gewissen „Autonomie“. Zwar blieb sie in „Abhängigkeit“ von der Ideologie – die führende Rolle der Kommunistischen Partei blieb unangetastet –, doch um sich durchzusetzen, musste die Partei zunehmend verhandeln und Kompromisse eingehen. Dabei übte sie von Zeit zu Zeit massiven politischen Druck aus. Eines der bedeutendsten Symptome waren wohl die Versuche ökonomischer Reformen, die unter dem Schlagwort „Entwicklung der Warenproduktion unter den Bedingungen der sozialistischen Planung“ firmierten, was wie die Quadratur des Kreises klang, aber zweifellos dazu führte, dass ein begrenzter wirtschaftlicher Pluralismus und ökonomische Machtzentren entstehen konnten. Die Wirtschaft bot

„politischen Eliten“ eines bestimmten Typs ein Umfeld, in dem sie um den Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung wetteifern konnten. Summa summarum: Der ursprüngliche Totalitarismus war passé und das Regime nahm Züge an, die sich vielleicht besser unter dem Begriff des Posttotalitarismus zusammenfassen ließen.

Posttotalitarismus nach Juan Linz

Das Konzept des Posttotalitarismus stellt eine interessante Anleitung dafür dar, wie man bei Überlegungen über nichtdemokratische Regime zwischen Charybdis – dem Missbrauch des Totalitarismusbegriffs – und Scylla – der analytischen Unschärfe bei der Unterscheidung zwischen „normalen“ autoritären Regimen und spezifischen Diktaturen mit einer bereits verblassenden, aber immer noch gültigen offiziellen Staatsideologie – hindurchsteuern kann. Die Einführung einer neuen, selbstständigen Kategorie in die Totalitarismustheorie erscheint auf den ersten Blick als elegante und zugleich einfache Lösung. Doch galt es zunächst, sich einem Dilemma zu stellen: Wo auf einer gedachten Karte nichtdemokratischer Regime ist der Posttotalitarismus zu positionieren? Ist er als Unterkategorie autoritärer Regime zu verstehen, oder handelt es sich um einen spezifischen Typ, der seinen eigenen, konkret abgegrenzten Standort verdient?

Bereits 1975, als Linz mit seinem Werk „Totalitarian and Authoritarian Regimes“⁷ erstmals einen geschlossenen theoretischen Rahmen für den Vergleich nichtdemokratischer Regime vorlegte, prägte er die Bezeichnung „posttotalitäres autoritäres System“. In seinem gemeinsam mit Alfred Stepan verfassten Werk von 1996, „Problems of Democratic Transition and Consolidation“,⁸ wandte er sich von diesem „Teilmengen“-Begriff allerdings ab und konzipierte den Posttotalitarismus als selbstständigen Typus nichtdemokratischer Regime. Daneben lösten die Autoren nun als völlig eigenständiges Phänomen auch den so genannten Sultanismus heraus, ein Regime, das allein auf der persönlichen Macht des Herrschers begründet ist.

Linz' Beiträge zur Erforschung und Klassifizierung nichtdemokratischer Regime weisen eine deutliche Entwicklung auf: Sie führen von der dreigliedrigen Abgrenzung „Demokratie – Autoritäres Regime – Totalitarismus“ über die modifizierte Klassifizierung (mit dem Posttotalitarismus als eingeschlossener Subtypus des autoritären Regimes) hin zur vollständigen konzeptuellen Verselbstständigung des Posttotalitarismus (und der allgemeinen Erweiterung der Klassifikation auf – den Sultanismus eingeschlossen – fünf Typen).

Als treibende Kraft für die schrittweise Verfeinerung der Klassifizierung ist wohl Linz' Streben nach deren empirischer Relevanz anzusehen. Im Jahr 1964 schrieb er in seinem berühmt gewordenen Artikel „An Authoritarian Regime: The Case of Spain“, in dem er das Konzept der autoritären Regime vorstellte, dass die große Mehrheit der zeitgenössischen politischen Ordnungen keinem der zu dieser Zeit anerkannten Idealtypen entspreche – weder der Demokratie noch dem Totalitaris-

⁷ Linz, Juan J.: *Totalitarian and Authoritarian Regimes*. Boulder 2000.

⁸ *Ders./Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Baltimore 1996. 39 f.

mus.⁹ Ungefähr 30 Jahre später stellte er fest, dass der Anteil der unter seine inzwischen erfolgreich etablierte Kategorie subsumierten Staaten sich bereits gewaltig erhöht hätte. Konkret führte er an, dass der Anteil des autoritären Regime allein zwischen 1978 und 1987 um 90 Prozent zugenommen hätte.¹⁰ Demzufolge existiert ein explizites und offen deklariertes pragmatisches Motiv, weshalb die Posttotalitarismen aus der Gruppe der autoritären Regime herausgetrennt werden sollten – eine derart weite Kategorie wäre zu heterogen und hätte zu wenig Aussagekraft.

Neben diesem „negativen“ Grund gibt es jedoch auch einen „positiven“ Aspekt: Die Regime, die historisch aus dem Totalitarismus hervorgehen und gezwungenermaßen dessen Erbe in sich tragen (wie verwässert dieses auch sein mag), haben etwas gemeinsam, was sie von anderen nichtdemokratischen Regimen – totalitären wie autoritären – unterscheidet.

Um keinen Irrtum entstehen zu lassen, soll jedoch daran erinnert werden, dass sich Linz bei seinen Forschungen zu nichtdemokratischen Regimen niemals in prinzipielle Opposition zum etablierten Konzept des Totalitarismus begeben hat, dessen Nützlichkeit und Validität als Idealtypus er respektierte. Seine Klassifizierung ist eine Ergänzung, was aber nichts daran ändert, dass Betrachtungen über den Totalitarismus als solchen vor allem kritisches Durchdenken und Reflexionen verdienen.¹¹

Die Aufgabe, die sich Linz gestellt hat, erscheint jedoch nur auf den ersten Blick weniger ambitioniert. Sein Anliegen ist es, Klarheit in das undurchsichtige Gewirr nichtdemokratischer Regime zu bringen, bei deren Einschätzung sich Diskurse von Sozialwissenschaftlern, Historikern, Politikern und Journalisten miteinander vermischen. Ohne Zweifel werden beide Aufgaben – die kritische Revision des Totalitarismus und die sorgfältige Entschlackung der Terminologie unter Berücksichtigung der sich weiter entwickelnden Realität, einschließlich der virtuellen – mit fortschreitender Zeit noch an Dringlichkeit gewinnen.

Obwohl die von Linz vorgenommene Gliederung insgesamt nützlich erscheint, kann auch sie Zweifel hervorrufen: Ist es zum Beispiel nicht ein großer Mangel, dass der Begriff des Posttotalitarismus zeitlich und räumlich auf ein so relativ schmales und begrenztes Gebiet, wie es der sowjetische Block (bzw. ein Teil davon) der 1950er bis 1980er Jahre war, anwendbar zu sein scheint? So lässt sich zu Recht fragen, ob es überhaupt Anlass gibt, davon auszugehen, dass Linz' Konzept auch zukünftig sinnvolle Verwendung finden wird. Schließlich liegt ihm eine historische Situation zugrunde, die sich nicht wiederholen wird – ein stagnierender geopolitischer Block, der um eine heute nicht mehr existierende Supermacht und eine allmählich absterbende ambitionierte Ideologie herum gruppiert war. Skepsis kann man mit gleicher Berechtigung auch am Konzept des Totalitarismus bzw. den anderen nichtdemokra-

⁹ Linz, Juan J.: An Authoritarian Regime: Spain. In: *Allardt, Erik/Littunen, Yrjö* (Hgg.): *Cleavages, Ideologies and Party Systems. Contributions to Comparative Political Sociology*. Turku, Helsinki 1964, 291-341 (Transactions of the Westermarck Society).

¹⁰ *Ders./Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation* 39 f. (vgl. Anm. 8).

¹¹ Für ausführliche Überlegungen zu den zeitgenössischen Kritiken siehe *Linz: Totalitarian and Authoritarian Regimes* 129-136 (vgl. Anm. 7).

tischen Kategorien anmelden. Sofern nur zwei dieser Kategorien – Sultanismus und autoritäres Regime – einen solchen Test, den neue Verhältnisse darstellen, bestehen würden, stellte sich erneut Linz' ursprüngliche Aufgabe: Wie ließe sich die überkommene Klassifikation an die Anforderungen der Realität anpassen? Ohne eine Antwort auf diese weit reichende Frage suchen zu wollen, wird es nun darum gehen, den Gewinn aufzuzeigen, den Linz' Modell für das Verständnis der jüngeren tschechischen Vergangenheit bringt.

Posttotalitarismus unter tschechischen Bedingungen

Zunächst noch einmal einige Worte zu Linz' Methode. In dem gemeinsam mit Stepan verfassten Werk von 1996 beschäftigt er sich mit dem Posttotalitarismus unter Verwendung eben derselben vier Kriterien, die er bereits in seinen früheren Arbeiten zur Unterscheidung autoritärer Regime von Totalitarismus und Demokratie herangezogen hatte. Als wesentliche Punkte hatten hier die Reichweite des Pluralismus, das Wesen der Führerschaft (leadership), die Präsenz der Ideologie und der Umfang sowie die Intensität der Mobilisierung gegolten. Es trifft zu, dass Linz eine analoge Methode anwendet – obgleich er das Objekt seiner Definition nun nach zwei Seiten, das heißt gegen den Autoritarismus wie den Totalitarismus abgrenzt. Diese analoge Methode sollte jedoch nicht zu der Vorstellung verleiten, dass die Beziehung zwischen posttotalitärem und autoritärem Regime nach Linz ein Kontinuum ist. Posttotalitarismus entsteht aus dem Totalitarismus und kann sich graduell – wenn auch nicht notwendigerweise linear und ohne Brüche – in Richtung einer pluralistischen und weniger intensiven Form verschieben. Diese Bewegung kann bis hin zu einem Regimewechsel führen, wobei als Resultat nicht nur eine demokratische oder eine autoritäre Form der Herrschaft vorstellbar ist, sondern auch ein anderer Regimetypus, wie z. B. im Fall der sultanistischen Elemente in Zentralasien. Ein Kontinuum lässt sich also nur zwischen Totalitarismus und seiner abgeschwächten Nachfolgeform finden – mit der konkreten Ergänzung, dass auch der Posttotalitarismus selbst eigentlich ein Kontinuum ist.

Vor der eingehenden Darstellung von Linz' Modell wird zunächst eine gewisse Vereinfachung vorgenommen. In seinem zweiten und vierten Kriterium – der Führerschaft und der Mobilisierung – ähnelt der posttotalitäre Staat eher dem autoritären als dem totalitären Typus. Bei dem dritten Kriterium, dem der Ideologie, verhält es sich genau umgekehrt. Gerade die Existenz einer offiziellen und ambitionierten Staatsideologie, selbst wenn diese nicht mehr aggressiv alles zu durchdringen sucht, ist eines der Elemente, das ein posttotalitäres Regime mit der totalitären Epoche verbindet, aus der es hervorging. Es muss jedoch ergänzt werden, dass die Ideologie hier immer mehr zur Fassade wird – zum leeren Ritual, an das nahezu niemand mehr glaubt.

Hinsichtlich des Pluralismus bleibt der Posttotalitarismus irgendwo auf halbem Weg stehen. Was den gesellschaftlichen und ökonomischen Pluralismus betrifft, kann er sich dem autoritären Typus, für den ein „eingeschränkter Pluralismus“ charakteristisch ist, zwar ein beträchtliches Stück annähern. Doch im Bereich der Politik verharrt das posttotalitäre Regime bestenfalls im „institutionalisierten Pluralis-

mus“, also entwickelt eine gewisse innere Heterogenität im Rahmen der staatlichen Bürokratie und der Staatspartei. Dieser beschränkte Pluralismus darf Linz zufolge nicht als politischer Pluralismus im eigentlichen Sinne des Wortes missverstanden werden. Die posttotalitäre Partei besitzt weiterhin das gesetzlich verankerte Machtmonopol, rückt also nicht von ihrer „führenden Rolle“ ab. Anders als ein Regime vom Typ der Franco-Herrschaft in Spanien bemüht sie sich aber nicht sonderlich darum, Kader von außen, namentlich Technokraten und Experten, zu kooptieren. Zu einer solchen Kooptation und zu einer partiellen Beeinträchtigung des politischen Monopols kommt es höchstens im so genannten reifen oder fortgeschrittenen (mature) Posttotalitarismus, der die letzte von drei Entwicklungsphasen ist, die Linz unterscheidet – neben dem frühen (early) und dem eingefrorenen (frozen) Posttotalitarismus.

Diese innere Aufgliederung ermöglicht es, eine präzisierte partielle „Bilanz“ der oben angeführten vier Kriterien zu ziehen, vor allem aber erleichtert sie die Differenzierung zwischen einzelnen empirischen Fällen. Nicht zuletzt unterstreicht sie den Charakter des Posttotalitarismus als Kontinuum. Zunächst zu den Kriterien: Hinsichtlich der Rolle der Ideologie unterscheidet sich der frühe Posttotalitarismus zum Beispiel nicht allzu stark vom Totalitarismus – erst die eingefrorene Phase bringt Ritualisierung, Automatisierung und Aushöhlung der offiziellen ideologischen Manifestationen und Formeln mit sich. Die reife Phase zeichnet sich schließlich durch eine faktische und sichtbare Erosion aus. Natürlich setzt das Modell nicht voraus, dass im konkreten Einzelfall alle Phasen durchlaufen werden müssen.

Was die Dimension der Führerschaft betrifft, so kann es bereits in der Etappe des frühen Posttotalitarismus zu einem entscheidenden Bruch kommen. Meistens handelt es sich bei solch einer Zäsur um den Tod eines großen Führers, vor dessen undurchschaubarem Willen die gesamte Umgebung einschließlich seines engsten Umfeldes erzitterte. Für die Zukunft möchte die Elite sicherstellen, dass sich eine vergleichbare Situation der Willkür nicht wiederholt, und löst damit selbst den Prozess der Enttotalisierung aus.

Die posttotalitäre Wende im Bereich der Mobilisierung lässt sich am besten durch den Vergleich der beiden folgenden Formeln erfassen: Im klassischen Totalitarismus galt der Grundsatz „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“. Indessen formulierte der ungarische Staats- und Parteichef János Kádár in einer Rede von 1962, die Linz als Meilenstein interpretiert und der er entscheidende Relevanz für die Klassifizierung des ungarischen Falles zuspricht, das Motto „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“. Damit ist eigentlich alles gesagt: Das posttotalitäre Regime fordert keine Begeisterung mehr, es gibt sich mit passivem Gehorsam zufrieden. Vor allem sinkt die Intensität der Mobilisierung. Die Extensität bleibt zumindest äußerlich erhalten – in der Form massenhafter ritualisierter und quasi-obligatorischer Manifestationen. Unter ihrer Oberfläche verbirgt sich jedoch eine allgemeine Flucht in die Privatsphäre.

Linz war selbstverständlich nicht der Erste, der diese Phänomene beschrieb. Ein analoges Motiv, die Wandlung einer ehemaligen Gewaltdiktatur zu einer Macht, die auf entleerten Ritualen und Konsumismus unter den Bedingungen des realen Sozialismus basiert, hat auch Václav Havel entworfen. Und auch er hat in seinem Buch

„Die Macht der Ohnmächtigen“¹² für dieses – um es mit seinen Worten zu sagen – auf einem „Leben in der Lüge“ gegründete Regime die Bezeichnung „Posttotalitarismus“ verwendet. Übrigens verweist Linz in seinen jüngsten Arbeiten einige Male auf Havel.¹³

Bereits diese relativ schematische Beschreibung lässt viele reale Züge des Lebens in der Tschechoslowakei von den 1960er bis zu den 1980er Jahren erkennen. Im Folgenden soll das Konzept auf die Analyse der KPTsch-Herrschaft in der Tschechoslowakei übertragen werden, anschließend geht es noch einmal zu der Interpretation von Linz und Stepan zurück.

Linz bewertet in seinem späteren Werk von 1996 die Tschechoslowakei der „Normalisierungszeit“ (1969-1989) als „eingefrorenen Posttotalitarismus“. Er streicht die Verknöcherung und Unbeweglichkeit des Systems sowie die gerontokratischen Tendenzen in der Entwicklung der herrschenden Eliten hervor. Ergebnis seiner Analyse ex post ist, dass die stagnierende Ordnung, die Faktoren selbst „heranzüchtete“, die auf die spätere abrupte Wende zuliefen. Dies verdeutlicht er durch die vergleichende Perspektive: Im Unterschied zum „reifen“ posttotalitären Ungarn sei das tschechoslowakische Normalisierungsregime lange Zeit zu einer Anpassung unfähig gewesen, aber auch die intensive quasi-totalitäre Kontrolle des öffentlichen Raumes, wie sie etwa für das frühe post-totalitäre Bulgarien charakteristisch war, habe es nicht fortgesetzt. Der Systemwechsel wurde in Ungarn mit einem Pakt eingeleitet, in Bulgarien fand ein gelenkter Übergang statt, in der Tschechoslowakei kam es indessen zum Systemzusammenbruch.

Linz' Einordnung der tschechoslowakischen „Normalisierung“ in den von ihm entworfenen theoretischen Rahmen erweist sich als überzeugend. Gleiches gilt auch für seine Interpretation der Bedingungen und Umstände der Transition zur Demokratie. Aus der Konzentration auf die allgemeine Problematik des Übergangs und der Konsolidierung, die in einem umfangreichen Vergleich außer der Tschechoslowakei und einigen weiteren postkommunistischen Staaten auch südeuropäische und lateinamerikanische Fälle zusammenbringt, ergibt sich jedoch notwendigerweise die Auslassung von Einzelheiten – für die Tschechoslowakei konkret die Ausblendung der 1950er und 1960er Jahre. Zu Recht konstatieren Linz und Stepan, dass Stalins Tod und Chruščëvs Rede für die ČSSR keinen entscheidenden Impuls

¹² Havel, Václav: *Moc bezmocných* [Die Macht der Machtlosen]. London, Brno 1979; deutsche Übersetzung: *Versuch in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen*. Reinbek bei Hamburg 1980.

¹³ Dies soll nicht bedeuten, dass die Auffassungen des Posttotalitarismus von Havel und Linz übereinstimmen – sie gehen vielmehr auseinander. Jedoch konvergierten sie in der These, dass die kommunistische totalitäre Ideologie allmählich immer inhaltsleerer und zu einem bloßen Ritual wurde. Aber während Linz dies als einen möglichen Schritt zur liberalen Demokratie bewertet, erblickt Havel in diesem Konsumismus eine noch raffiniertere und womöglich gefährlichere Macht, da sie das Leben der Bürger manipulieren könne. Seiner Meinung nach ist die kommunistische Macht dadurch, dass der Konsumismus zu einer Triebfeder des Gehorsams gemacht wurde, sogar gestärkt worden. Das posttotalitäre „Leben in der Lüge“ sei demnach ein schlechterer Zustand, als „aufrichtig“ den falschen kommunistischen „Göttern“ zu dienen.

für einen Kurswechsel darstellten.¹⁴ Anschließend gehen sie direkt zum „Prager Frühling“ über.¹⁵ Ihre Interpretation beschränkt sich – was nachvollziehbar ist, schließlich gilt das Interesse primär dem demokratischen Übergang – weitgehend auf die 1970er und 1980er Jahre.

Für die Analyse früherer Zeitabschnitte kann die eher theoretische Arbeit von Linz aus dem Jahr 1975 herangezogen werden, in der allerdings keine ausführlichen Darstellungen der konkreten Einzelfälle vorgelegt werden. Linz wendet hier die Typologie Gordon H. Skillings auf die Tschechoslowakei an, in der gesellschaftliche Gruppen und ihre Autonomie die Schlüsselkategorie bilden.¹⁶ Diesem Modell zufolge stellte die Tschechoslowakei zwischen Januar und August 1968 ein „sich demokratisierendes und pluralistisches autoritäres Regime“ dar. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Linz den Posttotalitarismus in dieser Arbeit noch als Subtyp des autoritären Regimes verstand – seit Mitte der 1960er Jahre sei sie ein „quasi-pluralistisches autoritäres Regime“ und davor ein „konsultatives autoritäres Regime“ gewesen.¹⁷ Linz weist auch darauf hin, dass Skilling die totalitäre Entwicklungsphase zwischen 1948 und 1953 für die Tschechoslowakei mit dem Begriff „Quasi-Totalitarismus“ belegt.

Der Übergang von der totalitären zur posttotalitären Phase in der Tschechoslowakei bildet ohne Zweifel einen ebenso spezifischen wie widersprüchlichen Fall. Mehr noch als der abrupte Wechsel von der „Normalisierung“ zur Demokratie, der bereits relativ gut erforscht ist, verdient die allmähliche und unauffällige Transition, die sich davor vollzog, eine gründliche Analyse unter Verwendung des theoretischen Apparats von Linz. Ohne den Anspruch erheben zu wollen, den einen Wendepunkt in der Geschichte auszumachen, der den Anfang des Posttotalitarismus bedeuten könnte, vertreten wir die Ansicht, dass das bürokratisierte Regime unter Antonín Novotný den strengen Kriterien der Totalitarismusdefinition zu weiten Teilen nicht entspricht. Linz äußert sich hierzu allerdings nicht explizit, auch lässt sich aus seiner Auslegung Skillings folgern, dass die Tschechoslowakei ihren Platz im posttotalitären Spektrum keinesfalls vor Mitte der 1960er Jahre fände (siehe oben die Ausführungen zum Übergang vom konsultativen, also eher totalitären, zum quasi-pluralistischen autoritären Typus).

Es ist bedauerlich, dass Linz keinen Versuch unternommen hat, diese ältere, von Skilling übernommene Aufgliederung zu seiner Periodisierung des Posttotalitarismus von 1996 in Bezug zu setzen. Dabei böte es sich geradezu an, die „konsultative“ tschechoslowakische Phase, die nach Skilling bis ungefähr Mitte der 1960er Jahre dauerte und von der unerschütterten Dominanz einer schmalen politischen Führungsgruppe einerseits, einer zugleich wachsenden Autonomie von Gruppen der Bürokratie andererseits charakterisiert war, mit Linz und Stepans „frühem Posttotalitarismus“ zu identifizieren. Schließlich wies dieser eine verhältnismäßig große Dynamik der direkten Ausrichtung auf den „reifen Posttotalitarismus“ hin auf –

¹⁴ *Linz/Stepan*: Problems of Democratic Transition and Consolidation 317 (vgl. Anm. 8).

¹⁵ *Ebenda* 318.

¹⁶ *Linz*: Totalitarian and Authoritarian Regimes 253-257 (vgl. Anm. 7).

¹⁷ *Ebenda* 255.

selbstverständlich gehörte hierzu auch der Höhepunkt der Reformbewegung nach dem Januar 1968. Die folgende „eingefrorene Epoche“ der Normalisierung stellte gegenüber diesen Entwicklungstendenzen eigentlich ein Diskontinuum dar, das seinen treffenden Ausdruck in der nächtlichen Ankunft der Invasionstruppen fand.

Die spezifischen Züge des Endes des Kommunismus in Tschechien begannen unmittelbar darauf sichtbar zu werden: Es handelte sich zum einen um eine präzedenzlose innerparteiliche Säuberung, die die KP'Tsch ihre personelle Substanz kostete, zum anderen die für diese Zeit eigentlich untypische politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Trends wie die Aushöhlung der Ideologie, die Routinisierung und „Potemkinisierung“ der Mobilisierungsrituale, die Verknöcherung der Partieliten und die Entstehung des Dissens sowie der Parallelkultur. Zudem entwickelten sich Ansätze eines politischen Pluralismus, der von „periodischen Fluchten der Bevölkerung auf die Datscha“ begleitet war. All das zeichnete den Weg zum November 1989 deutlich vor.

Aus dem Tschechischen von Nicolai Kuhl

DER TOTALITARISMUSBEGRIFF IM WANDEL
DES 20. JAHRHUNDERTS*

Zur Entstehung des Begriffs

Es war der Liberale Giovanni Amendola, der in einem Zeitungsartikel im Mai 1923 erstmals den Faschismus als ein „sistema totalitario“, als ein totalitäres System bezeichnete, das mit der gewaltsamen Gleichschaltung der Kommunen die „absolute und unkontrollierte Herrschaft“ anstrebe.¹ Die Kritik am „totalitären Geist“ des Faschismus setzte sich als Sprachgebrauch bei der Opposition schnell durch. Nach der endgültigen Machteroberung Mussolinis im Januar 1925 erklärte Amendola (kurz vor seinem gewaltsamen Tod), es gebe nunmehr zwei politische Konzeptionen, die „die mehr als hundertjährigen Grundlagen des modernen politischen Lebens umzustürzen drohen, Kommunismus und Faschismus, beide eine ‚totalitäre Reaktion auf Liberalismus und Demokratie‘“.² Ganz ähnlich urteilte 1926 der vertriebene liberale Ex-Ministerpräsident Francesco Nitti:

Fascismus und Bolschewismus beruhen nicht auf entgegengesetzten Grundsätzen, sie bedeuten die Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung, der Grundsätze von 1789 [...]. Sie sind also die Verleugnung aller Grundlagen der modernen Zivilisation, die Rückkehr zur Moral der absoluten Monarchen und der Auffassung des Krieges als die selbstverständlichste Hantierung einer Nation.³

Die Substantivierung des Adjektivs „totalitario“ nahm, soweit bekannt, erstmals der Sozialist Lelio Basso vor, als er 1925 den Faschismus als einen Antistaat charakterisierte, in dem zum Machterhalt alles erlaubt sei: „Alle Staatsorgane [...] werden Instrumente einer einzigen Partei, die sich zum Interpreten des Volkswillens, des unterschiedslosen Totalitarismus“ mache.⁴

Einen wesentlichen Beitrag zur konzeptionellen Weiterentwicklung leistete im Londoner Exil der katholische Pfarrer und Gründer des Partito Popolare Italiano (PPI) Luigi Sturzo. Er beschrieb in seiner 1926 publizierten Schrift „Italy and

* Eine kürzere Fassung dieses Beitrages erschien in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2006) H. 39, 21-27.

¹ Amendola, Giovanni: *Maggioranza e minoranza* [Mehrheit und Minderheit]. In: *Il mondo vom 12.5.1923*. Zitiert nach Petersen, Jens: *Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien*. In: Maier, Hans (Hg.): *Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte eines Diktaturvergleichs*. Paderborn 1996, 15-35, hier 20.

² Amendola, Giovanni: *La nuova democrazia* [Die neue Demokratie]. Neapel 1951, 240. Zitiert nach Petersen: *Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien* 22 (vgl. Anm. 1).

³ Nitti, Francesco: *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie*. München 1926, 53.

⁴ Filodemo, Prometeo [Basso, Lelio]: *L'antistato* [Der Antistaat]. In: *La Rivoluzione Liberale vom 2.1.1925*. Zitiert nach Petersen: *Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien* 21 (vgl. Anm. 1).

Fascism“, die auch in französischer, deutscher und spanischer Übersetzung erschien, den Faschismus als

eine Strömung der Intransigenz und Intoleranz, das, was man heute das „Totalitätssystem“ nennt (totalitarismo), das durch die Steigerung der Zentralisation des politischen Lebens, durch die Unterdrückung jeder freien Kundgebung und durch die Umwandlung der Staatsgewalten in eine einzige Macht, die zugleich Exekutive und Regierungsgewalt ist, jede Art öffentlicher Betätigung der oligarchischen und persönlichen Diktatur unterwirft.⁵

In dem abschließenden Kapitel zog Sturzo einen Vergleich und bezeichnete die kommunistische Diktatur als „Linksfaschismus“, während der Faschismus eine „konservative Diktatur oder ein Rechtsbolschewismus“ sei.⁶

Es waren gewiss polemische Kampfbegriffe, jedoch erfasste die politische Publizistik konservativer und liberaler Mussolini-Gegner sehr früh, dass Faschismus und Bolschewismus etwas Neuartiges darstellten, das mit den herkömmlichen Kategorien der Herrschaftstypologie nicht mehr zu fassen war und dessen gemeinsamer Nenner in der zentralen Frontstellung zu liberaler Demokratie und bürgerlichem Rechtsstaat bestand. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Totalitarismusbegriff von der Opposition geprägt und erst später von Mussolini als Selbstbezeichnung seines Regimes übernommen wurde.

1935 publizierte Sturzo auf spanisch die Schrift „El Estado Totalitario“, die den faschistischen, nationalsozialistischen und bolschewistischen Totalitarismus als eine spezifische Erscheinungsform der modernen Massengesellschaft deutete. Sie enthielt, so das Resümee Petersens, fast alle Elemente späterer Konzeptionsbildungen:

das Einparteiensystem, die diktoriale personale Spitze, die Unterdrückung aller bürgerlichen Freiheitsrechte, die Verwaltungszentralisierung und Ausschaltung aller autonomen, regionalen oder lokalen Freiräume und föderalistischer Elemente, die Ausschaltung und Inhaftierung in Lagern aller politischen und geistigen Oppositionellen, die terroristische Einschüchterung der Bevölkerung durch Geheimpolizeien, die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens, die Monopolisierung der Jugenderziehung, die Propagierung von jeweils nationalspezifischen pseudoreligiösen Ideologien, die permanente Mobilisierung und Indoktrinierung der Massen durch die als Monopol verwalteten Massenmedien.⁷

Ein anderer Traditionszweig zur Konzeptualisierung des Totalitarismusbegriffs resultiert aus der Auseinandersetzung der europäischen Sozialdemokratie mit der bolschewistischen Diktatur Lenins. Bereits im Sommer 1918 zog Karl Kautsky, der führende marxistische Theoretiker der Zweiten Internationale, in seiner Kampfschrift „Die Diktatur des Proletariats“ einen klaren Trennungsstrich: Für die Sozialisten sei die Demokratie keineswegs nur ein Mittel zum Zweck, vielmehr bedingten sich Demokratie und Sozialismus gegenseitig; eine „kommunistische Wirtschaft“ ohne Demokratie hingegen müsse zwangsläufig in der Despotie münden.⁸ Ein Jahr

⁵ Sturzo, Luigi: Italien und der Fascismus. Köln 1926, 201 f.

⁶ Ebenda 225.

⁷ So Petersen: Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs in Italien 24 (vgl. Anm. 1). – Vgl. auch Schäfer, Michael: Luigi Sturzo als Totalitarismustheoretiker. In: Maier (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen 37-47 (vgl. Anm. 1).

⁸ Kautsky, Karl: Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918, 4 f. – Hierauf antwortete Lenin mitten im russischen Bürgerkrieg mit der Schrift: Lenin, Vladimir Il'ič: Die proletarische

später publizierte Kautsky das Buch „Terrorismus und Kommunismus“, 1921 erschien „Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei“; hier schrieb Kautsky:

Jede Niedertracht verwandelt sich in eine herrliche Großtat, wenn ein Kommunist sie verübt. Jede Bestialität ist erlaubt, wenn man sie im Namen des Proletariats vollbringt. So vollzogen auch die spanischen Conquistadoren ihre Bluttaten in Südamerika im Namen Gottes.⁹

Der Bolschewismus sei in Theorie und Praxis reaktionär, er verkörpere die Konterrevolution und werde nichts als „Ruinen und Flüche“ hinterlassen. Anlässlich des 1. Mai 1923 nahm Kautsky erstmals eine Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus vor, als er schrieb: „Noch sind in Italien, Ungarn, Russland die arbeitenden Menschen geknebelt durch eine unerhört brutale und willkürliche Diktatur einer Partei, durch weißen oder roten Fascismus.“¹⁰ Zwei Jahre später urteilte er, die kommunistische Diktatur sei

schlimmer sogar als das infame Regime Horthys in Ungarn oder Mussolinis in Italien, die doch nicht jede oppositionelle Regung des Proletariats so gänzlich unmöglich machen wie das Sowjetregime. Dieses Regime ist heute [...] zum gefährlichsten Feind des Proletariats selbst geworden.¹¹

Die unbedingte Verteidigung der Demokratie als notwendige Voraussetzung des Sozialismus führte Kautsky 1930 zu dem Diktum: „Der Faschismus ist aber nichts als das Gegenstück des Bolschewismus, Mussolini nur der Affe Lenins.“¹² Da der Bolschewismus nicht reformfähig sei, müsse das russische Exil dem unausweichlichen Aufstand eine breite soziale Basis mit demokratischer Stoßrichtung geben. Wenngleich Kautsky den Begriff „totalitär“ nicht explizit verwendete, so kann man seine Ausführungen inhaltlich doch der frühen Konzeptbildung zurechnen.

Für demokratische Sozialisten, die wie Kautsky, Otto Bauer, Rudolf Hilferding oder Alexander Schiffrin am Marxismus geschult waren,¹³ stellte der Bolschewismus von Anfang an eine terroristische Diktatur dar, die ihre Wurzeln in der sozio-ökonomischen Rückständigkeit Russlands wie im diktatorischen Parteimodell Lenins hatte. Aus ihrer Sicht benutzten Faschismus und Bolschewismus dieselben politischen Techniken zur Errichtung einer neuartigen Parteidiktatur, die einen konterrevolutionären Angriff auf den demokratischen Verfassungsstaat wie auf die Interes-

Revolution und der Renegat Kautsky (1918). In: *Ders.: Werke*. Bd. 28. Berlin 1959, 225–337. – Die Diktatur des Proletariats bestimmte Lenin als eine „sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist“. *Ebenda* 234.

⁹ Kautsky, Karl: Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei. Berlin 1921, 125.

¹⁰ *Ders.*: Matfeier und Internationale. In: Vorwärts vom 1. 5. 1923.

¹¹ *Ders.*: Die Internationale und Sowjetrussland. Berlin 1925, 175.

¹² *Ders.*: Der Bolschewismus in der Sackgasse. Berlin 1930, 102.

¹³ Vgl. Schöler, Uli: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929). 2 Bde. Münster 1990 (Politikwissenschaft 7; Arbeiterkultur und Arbeiterbewegung 24). – Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992 (Studien zur Zeitgeschichte 39). – Zur weiteren Entwicklung vgl. Schmeitzner, Mike (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert. Göttingen 2007 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 34).

sen des Proletariats darstelle. Aus der theoretischen Kritik folgte in der politischen Praxis für die deutsche und österreichische Sozialdemokratie die konsequente Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat gegen nationalsozialistische wie kommunistische Angriffe.

Unter den deutschen Staatsrechtlern unterschied als erster der Sozialdemokrat Hermann Heller 1929 zwischen autoritärer und totalitärer Diktatur, die mit ihrer Gewaltideologie eine gänzlich neue Form darstelle. Denn sie vernichte, wie er am Beispiel des italienischen Faschismus ausführte, nicht nur den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung und die Grundrechte, sondern unterwerfe jede Lebensregung dem Staat. Deshalb seien „abgesehen von manchen nationalen und sozialen Unterschieden Faschismus und Bolschewismus Zwillingbrüder des gleichen politischen Geistes“.¹⁴ Im Unterschied zu Carl Schmitt, Ernst Forsthoff und Ernst Rudolf Huber, den Apologeten des „totalen Staates“, sprach sich Heller, der 1933 im Exil verstarb, gegen Ende der Weimarer Republik für einen „autoritären Staat“ aus, um die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen zu können.

Den Begriff „Totalitarismus“ als gemeinsame Kennzeichnung von Bolschewismus und Faschismus benutzte im deutschsprachigen Raum wohl erstmals 1931 Waldemar Gurian, ein engagierter katholischer Publizist jüdischer Herkunft. Er differenzierte allerdings, der faschistische Staat in Italien sei „lange nicht so total wie der bolschewistische“, denn mit der Anerkennung des Konkordats (1929) räume er der Kirche einen autonomen Freiraum ein, der dem Ganzheitsanspruch totalitärer Systeme widerspreche.¹⁵ Gurian, der letztlich die moderne Massengesellschaft und den Prozess der Säkularisierung für das Aufkommen totalitärer Systeme verantwortlich machte, deutete diese auch als säkularisierte Heilserwartung, als politische Religion. Insofern steht er mit Sturzo und Erich (Eric) Voegelin in der Traditionslinie eines katholisch geprägten Antitotalitarismus, der seinerseits deutliche Vorbehalte gegenüber dem gesellschaftlichen Pluralismus der liberalen Demokratie aufwies.

Stammten die bisherigen Analysen von Intellektuellen, Politikern und Publizisten, die sich im politischen Tageskampf engagierten, so fand die erste wissenschaftlich-systematische Beschäftigung 1935 in Minneapolis, fern ab des europäischen Kampfgetümmels, statt. In seinem Einleitungsreferat unterschied Max Lerner, ein amerikanischer Publizist, drei Typen der Diktatur: die konstitutionelle, die konterrevolutionäre und das neue Grundmuster, das durch die kommunistische und faschistische Diktatur repräsentiert werde. Beide Regime wiesen deutliche Gemeinsamkeiten auf: So in der Phase der Machtergreifung durch eine Bewegung, deren Ideologie von einem „Führer“ bestimmt werde. Anschließend erfolge die Beseitigung der parla-

¹⁴ Heller, Hermann: Europa und der Faschismus. Berlin 1929; Neudruck in: Gesammelte Schriften. Bd. 2. Leiden 1971, 463-609, hier 515.

¹⁵ Gurian, Waldemar: Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre. Freiburg/Br. 1931, VI f. – Vgl. Hürten, Heinz: Waldemar Gurian und die Entfaltung des Totalitarismusbegriffs. In: Maier (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen 59-70 (vgl. Anm. 1). – Zum Konzept der politischen Religion vgl. auch Maier, Hans/Schäfer, Michael (Hgg.): Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs Bd. 2. Paderborn 1997. – Ebenso Maier, Hans (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen. Bd. 3. Paderborn 2003.

mentarischen Demokratie durch eine Terrorherrschaft, die durch die Verschmelzung von Partei und Staat sowie der totalen Kontrolle aller Kommunikationsmittel und des Erziehungswesens gekennzeichnet sei. Die neue Herrschaftsform basiere auf dem Führerprinzip und setze neben systematischem Terror auch alle Formen moderner Massenpropaganda erfolgreich ein. Und Lerner prophezeite: „Nur ein wirtschaftlicher Zusammenbruch oder ein katastrophaler Krieg könnten den Glauben rechtfertigen, diese Diktaturen würden die absehbare Zukunft nicht überdauern.“¹⁶

Nicht minder aufschlussreich für die zeitgenössische Analyse war der Beitrag des jüdischen Historikers Hans Kohn, der einen differenzierten Vergleich zwischen Faschismus und Kommunismus vorlegte.

Diese zwei Typen von Diktatur sind in Zielen und Lebensanschauung ganz entgegengesetzt. Sie sind sich ähnlich (und darin unterschieden von allen anderen Diktaturformen) im Absolutheitsanspruch für ihre Weltanschauung und im Bestreben, der Masse und Jugend die neue Lebensart aufzuprägen.¹⁷

Die modernen Diktaturen, die eine wesentlich schrankenlosere Macht als frühere Despoten ausübten, bezeichnete Kohn auch als „Massenbewegungs-Diktaturen“, weil sie sich neben Terror auch auf die Zustimmung der Massen stützen könnten.

Überblickt man den Stand der internationalen Diskussion, so waren bis Mitte der 1930er Jahre alle wesentlichen Merkmale des neuartigen Phänomens totalitärer Diktaturen benannt, die später in den bekannten Kriterienkatalog Carl J. Friedrichs Eingang finden sollten. Im Mittelpunkt der beobachtenden Analyse, die sich aus der politischen Entwicklung in Russland, Italien und seit 1933 in Deutschland ergab, standen der totale Herrschaftsanspruch und die angewandten Herrschaftstechniken, während den ideologischen Differenzen weniger Bedeutung zugemessen wurde. Dies mag auch erklären, weshalb in den zeitgenössischen Analysen der Antisemitismus und Rassismus der NS-Ideologie kaum thematisiert wurden. Andererseits muss man den Autoren zugute halten, dass der eliminatorische Antisemitismus des NS-Regimes erst während des Zweiten Weltkrieges zur Geltung kam, so dass die ersten antijüdischen Maßnahmen des Regimes noch im Rahmen eines konventionellen Antisemitismus gedeutet werden konnten und deshalb auch nicht als fundamentale Differenz zum italienischen Faschismus erkannt wurden.

Der Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes 1939 schien die Wesensverwandtschaft von NS-Diktatur und Stalinismus zu bestätigen und inspirierte beispielsweise den früheren Komintern-Mitarbeiter Franz Borkenau zu der Kampfschrift „The Totalitarian Enemy“, die zur entschlossenen Verteidigung der Freiheit gegen diese beiden totalitären Mächten aufrief.¹⁸ Diese Deutung verlor allerdings rasch an publizisti-

¹⁶ Lerner, Max: The Pattern of Dictatorship. In: Ford, Guy Stanton (Hg.): Dictatorship in the Modern World. Minneapolis 1935, 3-25; deutsche Ausgabe: Das Grundmuster der Diktatur. In: Seidel, Bruno/Jenkner, Siegfried (Hgg.): Wege der Totalitarismus-Forschung. Darmstadt 1968, 30-48, hier 47.

¹⁷ Kohn, Hans: Communist and Fascist Dictatorship. A Comparative Study. In: Ford (Hg.): Dictatorship in the Modern World 141-160 (vgl. Anm. 16); deutsche Ausgabe: Die kommunistische und faschistische Diktatur. In: Seidel/Jenkner (Hgg.): Wege der Totalitarismus-Forschung 49-63, hier 56 (vgl. Anm. 16).

¹⁸ Borkenau, Franz: The Totalitarian Enemy. London 1940.

scher Überzeugungskraft, schließlich zählte die Sowjetunion nun zu den Verbündeten im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition. Die wissenschaftlich wegweisenden Analysen, die Ernst Fraenkel und Franz Neumann im amerikanischen Exil zum Nationalsozialismus verfassten, stellten keinen Bezug zum Bolschewismus/Stalinismus her, sondern konzentrierten sich ganz auf ihren Untersuchungsgegenstand.¹⁹ Lediglich Sigmund Neumann, dessen Werk „Permanent Revolution“ bis heute nicht ins Deutsche übersetzt ist, unternahm zu dieser Zeit einen empirisch fundierten Diktaturvergleich. Er benannte fünf Grundmerkmale totalitärer Diktaturen: das Versprechen wirtschaftlich-sozialer Sicherheit, der Vorrang von Aktion vor Programm, quasidemokratische Begründungen, eine Kriegspsychologie und das Führerprinzip.²⁰

Die klassischen Konzepte: Carl J. Friedrich und Hannah Arendt

Die klassische Formulierung des Totalitarismuskonzepts stammt von Carl J. Friedrich, der zu dieser Zeit in Harvard lehrte und als Vorsitzender der American Political Science Association zu den einflussreichsten Politologen zählte.

Die wesentlichen Merkmale des Totalitarismus benannte Friedrich bereits 1953 auf einer Konferenz in Boston:

1. eine offizielle Ideologie, bestehend aus einem offiziellen, alle Hauptaspekte des menschlichen Lebens umfassenden Lehrsystem, woran sich jedes Mitglied dieser Gesellschaft mindestens passiv zu halten hat; im Mittelpunkt dieser Ideologie stehen bezeichnenderweise chiliastische Forderungen für eine „vollkommene“ Endgesellschaft der Menschheit.
2. eine einzige Massenpartei [...]; dabei ist die Partei gewöhnlich unter einem einzigen Führer streng hierarchisch und oligarchisch organisiert und – dies ist typisch – der staatlichen Bürokratie entweder übergeordnet oder völlig mit ihr verflochten.
3. ein technisch bedingtes, fast vollkommenes Monopol der Kontrolle (in den Händen der Partei und der ihr untergeordneten Kader der Bürokratie und der Streitkräfte) über alle entscheidenden Kampfmittel.
4. ein ähnlich technisch bedingtes, fast vollkommenes Monopol der Kontrolle (in denselben Händen) über alle entscheidenden Massenkommunikationsmittel wie Presse, Rundfunk, Film usw.
5. ein System terroristischer, in seiner Wirkung auf den Punkt 3 und 4 beruhender Polizeikontrolle, die sich bezeichnenderweise nicht nur gegen erwiesene „Feinde“ des Regimes, sondern gegen willkürlich herausgegriffene Gruppen der Bevölkerung richtet; bei solchen eigenmächtigen Selektionen handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung der Fortdauer des Regimes sowie um ideologische „Folgerungen“, wobei von psychologischen Erkenntnissen systematisch Gebrauch gemacht wird.²¹

¹⁹ Fraenkel, Ernst: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*. New York u. a. 1941; deutsche Ausgabe: *Der Doppelstaat*. Frankfurt/Main 1974. – Neumann, Franz L.: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944*. New York u. a. 1944; deutsche Ausgabe: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Köln, Frankfurt/Main 1977.

²⁰ Neumann, Sigmund: *Permanent Revolution. The Total State in a World at War*. New York u. a. 1942. – Vgl. Söllner, Alfons: Sigmund Neumanns „Permanent Revolution“. Ein vergessener Klassiker der vergleichenden Diktaturforschung. In: *Ders./Walkenhaus, Ralf/Wieland, Karin* (Hgg.): *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*. Berlin 1997, 53-73.

²¹ Friedrich, Carl J.: Der einzigartige Charakter der totalitären Gesellschaft. In: *Seidel/Jenker*

War sich Friedrich 1953 noch unsicher, ob diesem idealtypischen Kriterienkatalog die Geheimpolizei hinzuzufügen sei, so wurde ihre Rolle in dem 1956 gemeinsam mit Zbigniew K. Brzezinski publizierten Standardwerk „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“²² stärker akzentuiert und als sechstes Kriterium die zentrale Lenkung der Wirtschaft aufgenommen. Dieses strukturelle Klassifikationsschema erlangte geradezu kanonische Geltung, da es klare Kriterien benannte und dem empirisch-positivistischen Charakter der amerikanischen Politikwissenschaft entgegenkam. Dabei betonte Friedrich ausdrücklich, dass zwischen den totalitären Systemen „in bezug auf Zeit und Ort bedeutende Variationen“²³ bestehen; sie seien lediglich „basically alike“, so dass der Vorwurf einer direkten Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus/Faschismus nicht gerechtfertigt ist.

Waren alle sechs genannten Kriterien gleichzeitig erfüllt, so handelte es sich nach Friedrich um eine totalitäre Diktatur. Dieses Schema, dem im politischen Vorverständnis unverkennbar der Maßstab einer liberal-demokratischen Gesellschaft zugrunde liegt, erlaubte die formale Subsumierung von Sowjetkommunismus, italienischem Faschismus und Nationalsozialismus unter den Totalitarismusbegriff. Gleichwohl fällt es schwer, den italienischen Faschismus mit dem Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus auf eine Stufe zu stellen. Der Faschismus entwickelte bei aller erschreckenden Gewaltsamkeit der Machteroberung keinen vergleichbaren Terror, auch blieb die Gleichschaltung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen auf halben Wege stecken, so dass man allenfalls von einem unvollkommenen Totalitarismus sprechen könnte. Auch bewegten sich die imperialen Ambitionen Mussolinis im traditionellen Rahmen europäischer Großmachtpolitik und waren mit den visionären Endzielen Hitlers und Stalins nicht vergleichbar. Selbst die in letzter Zeit kritischere Sicht auf gewisse rassistische Komponenten und die barbarische Kriegsführung in Abessinien lassen diesen Schluss wohl kaum zu. Und nicht zuletzt gab es im Faschismus keine zentral gelenkte Wirtschaft.

Dieses Kriterium trifft auch nicht auf den Nationalsozialismus zu, der ebenfalls die privarwirtschaftliche Organisation auf kapitalistischer Eigentumsgrundlage unangetastet ließ. Auch die Organisation der NS-Kriegswirtschaft setzte diese Prinzipien nicht außer Kraft und unterschied sich grundlegend von einer zentralistischen Planwirtschaft auf verstaatlichter Wirtschaftsbasis. Insofern dürfte man bei strikter Anwendung des Kriterienkatalogs auch den Nationalsozialismus nicht den totalitären Diktaturen zurechnen, womit dann nur noch der Bolschewismus übrig bliebe.

(Hgg.): Wege der Totalitarismus-Forschung 179-196, hier 185 f. (vgl. Anm. 16); englische Originalausgabe: *The Unique Character of Totalitarian Society*. In: *Ders.* (Hg.): *Totalitarianism. Proceedings of Conference held at the American Academy of Arts and Sciences* (March 1953). Cambridge/Mass. 1945, 47-60.

²² Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew K.: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. Cambridge/Mass. 1956; deutsche Ausgabe: *Totalitäre Diktatur*. Unter Mitarbeit von Professor Zbigniew K. Brzezinski. Stuttgart 1957. – Zu Friedrichs Konzeption und den Differenzen mit Brzezinski vgl. Lietzmann, Hans J.: *Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“*. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl J. Friedrichs. Opladen 1999.

²³ Friedrich: *Der einzigartige Charakter der totalitären Gesellschaft* 187 (vgl. Anm. 21).

Diese knappen Stichpunkte, die hier nicht weiter ausgeführt werden können, verweisen auf die Problematik formaler Klassifikationsschemata. Erst recht lässt sich aus der Gemeinsamkeit des Herrschaftsinstrumentariums keine übergreifende Identität der ideologischen Zwecke folgern. Der Nationalsozialismus beruhte ideologisch auf Rassismus und dem unbedingten Willen zum Krieg, sein Ziel war die rassistisch fundierte Herrschaft über Europa, was die Vernichtung des europäischen Judentums als der feindlichen Gegenrasse mit tödlicher Konsequenz einschloss. Insofern war der Holocaust zwar nur im Krieg zu verwirklichen, aber allen militärischen Kriegszielen gleichrangig. Gleiches lässt sich von der sozialistischen Utopie nicht sagen. Sie war in ihrem Kern humanistisch und universal angelegt und konnte politisch verschiedene Ausprägungen annehmen, wie die Spaltung und spätere Praxis der sozialdemokratischen und der kommunistischen Bewegung zeigt. Der Terror Lenins und Stalins zur Verwirklichung der großen Utopie ist gewiss eng mit dem Marxismus, insbesondere dem Glauben an die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, verbunden, doch er war keine notwendige Konsequenz, sondern stellte nur einen möglichen Entwicklungspfad dar. Hitlers sozialdarwinistische Weltanschauung hingegen ist ohne antisemitischen Rassismus, Gewalt und Krieg als dem ewigen Lebensgesetz des Rassenkampfes nicht vorstellbar. Diese vielfach formulierten Einwände sind ernst zu nehmen, doch sie heben die Berechtigung eines übergreifenden Totalitarismusbegriffs nicht auf, sofern man den Sonderfall des italienischen Faschismus außen vor lässt.

In späteren Publikationen trug Friedrich der politischen Entwicklung innerhalb der Sowjetunion insofern Rechnung, als er die Bedeutung des Terrors zugunsten der geheimpolizeilichen Kontrolle reduzierte. Ende der 1960er Jahre urteilte er gar, die terroristischen Diktaturen Hitlers und Stalins stellten nicht den Normalfall totalitärer Diktatur dar, sondern „rather extreme aberrations“.²⁴ Damit war freilich die klassische Konzeption gesprengt, die den Massenterror als ein zentrales Merkmal definiert hatte.

Insofern war die klare Festlegung Hannah Arendts wesentlich konsequenter. Sie schrieb 1966 in ihrem neuen Vorwort zum Abschnitt „totale Herrschaft“ explizit, dass man die Sowjetunion seit dem Tod Stalins „im strengen Sinne des Wortes“ nicht mehr totalitär nennen könne. „Auf dem sowjetischen Volk lastet heute nicht mehr der Alptraum eines totalitären Regimes, es leidet nur noch unter den vielfältigen Unterdrückungen, Gefahren und Ungerechtigkeiten, die eine Einparteiendiktatur mit sich bringt.“ Es sei eine moderne Form der Tyrannei, eine illegitime Macht, die zwar potenziell wieder auf die Stufe der totalen Herrschaft zurückfallen könne,

und doch kann man mit gleichem Recht feststellen, dass die totale Herrschaft, die furchtbarste aller modernen Regierungsformen, deren Elemente und geschichtlichen Ursprünge ich mir zu analysieren vorgenommen habe, mit dem Tod Stalins in Russland nicht weniger ihr Ende gefunden hat als in Deutschland mit dem Tod Hitlers.²⁵

²⁴ Ders.: Totalitarianism: Recent Trends. In *Problems of Communism* 17 (1968) 32-43, hier 34.

²⁵ Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. 5. Auflage. München 1986, 491.

Da für Arendt der Terror das zentrale Wesen totaler Herrschaft darstellte, war es nur konsequent, dass sie diese Periode auf die NS-Diktatur und für die Sowjetunion auf die Zeit des Stalinismus (mit Unterbrechung der Kriegsjahre) begrenzt wissen wollte. Der italienische Faschismus war in ihrem Verständnis ohnehin nicht totalitär gewesen. Ganz im Sinne ihrer Interpretation plädierte sie nachdrücklich dafür, „mit dem Wort ‚totalitär‘ sparsam und vorsichtig umzugehen“.²⁶

Das große Werk Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, das die junge, 1933 aus Deutschland emigrierte jüdische Philosophin und Publizistin mit einem Schlag bekannt machte, weist eine komplizierte Entstehungsgeschichte auf. Ursprünglich wollte Arendt eine weit gefasste ideengeschichtliche Analyse des Nationalsozialismus verfassen, wovon die ersten beiden zwischen 1944 und 1948 verfassten Teile ihres Werkes zeugen, die mit „Antisemitismus“ und „Imperialismus“ überschrieben sind. Sie sollten folgerichtig in einem dritten Teil „Rassen-Imperialismus“ münden, womit der aggressive außenpolitische Expansionsdrang ebenso wie der genuin rassenideologische Charakter des Nationalsozialismus prägnant benannt gewesen wäre. Stattdessen entschied sie sich 1948/49 unter dem erschütternden Eindruck der ersten Augenzeugenberichte über die NS-Konzentrations- und Vernichtungslager sowie von Emigranten über den sowjetischen Gulag, den dritten Teil der „totalen Herrschaft“ als einer völlig neuen Staats- und Herrschaftsform zu widmen. Hieraus resultiert der konzeptionelle Bruch des Werkes, dessen letzter Teil in keiner inhaltlich und logisch überzeugenden Beziehung zu den ersten beiden Teilen steht. Hinzu kommt, dass das Werk bei genauerer Betrachtung größtenteils eine Kompilation bereits andernorts publizierter Essays darstellt, die jeweils in sich geschlossen sind, jedoch als lose verbundene Unterkapitel keine stringente Argumentationslinie und theoretische Kohärenz entfalten.²⁷ Die aus der Entstehungsgeschichte resultierende innere Kompositionsschwäche mag auch erklären, weshalb das dickleibige Werk weder einen thematisch einführenden Überblick noch einen methodologischen Aufriss, noch ein wirkliches Resümee besitzt.

Als das Werk 1951 in einer amerikanischen („The Origins of Totalitarianism“) und einer englischen Ausgabe („The Burden of Our Time“) erschien, eskalierten mit dem Korea-Krieg die Spannungen des Kalten Krieges, was die Rezeption dieses sperrigen Werkes gewiss beförderte. Doch es waren nicht allein die Zeitumstände. Hannah Arendt, eine Schülerin Martin Heideggers und Karl Jaspers', war eine glänzende Essayistin, deren existenzialphilosophischer Ansatz mit leidenschaftlichem Pathos die Freiheit und Würde des Individuums verteidigte. Besondere Wirkung erzielte

²⁶ *Ebenda* 479.

²⁷ Zur Werkgeschichte vgl. *Young-Bruehl*, Elisabeth: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit. Frankfurt/Main 1996, 285-301. – *Ludz*, Ursula: Hannah Arendt und ihr Totalitarismusbuch. Ein kurzer Bericht über eine schwierige Autor-Werk-Geschichte. In: *Grunenberg*, Antonia (Hg.): Totalitäre Herrschaft und republikanische Demokratie. Fünfzig Jahre „The Origins of Totalitarianism“ von Hannah Arendt. Frankfurt/Main u. a. 2003, 81-92 (Hannah-Arendt-Studien 1). Dort auch eine Aufstellung der verschiedenen Ausgaben mit ihren mehrfachen Veränderungen. – Vgl. auch *Tsao*, Roy T.: The Three Phases of Arendt's Theory of Totalitarianism. In: *Ebenda* 57-79.

vor allem der 1955 erstmals der deutschen Ausgabe beigelegte Essay „Ideologie und Terror: Eine neue Staatsform“, der als Kapitel 13 die bisherigen „Concluding Remarks“ ersetzte und in alle späteren Ausgaben übernommen wurde.²⁸ Es ist dieser theoretische Essay, der zumeist zitiert wird, während die historisch beschreibenden Ausführungen zu Antisemitismus und Imperialismus kaum Eingang in die wissenschaftliche bzw. publizistische Rezeption gefunden haben.

Etwas verkürzt dargestellt, sieht Hannah Arendt die Voraussetzung für die Entstehung der totalitären Diktaturen im Untergang der festgefühten Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts und der daraus folgenden Atomisierung der orientierungslos gewordenen „Massen“, was zu dem schon für den Imperialismus typischen Bündnis zwischen „Mob“ und „Elite“ geführt habe. Diese Darstellung der entwurzelten modernen Massengesellschaft als dem Entstehungsboden totalitärer Bewegungen steht somit ganz in der Tradition der konservativen Zivilisationskritik, ein Aspekt, der vielfach übersehen wird. Kennzeichen der historisch neuartigen totalitären Staatsform sind Ideologie und Terror.

Die totalitäre Ideologie behauptet, den Ablauf der Geschichte zu kennen, weshalb die große Vision alles rechtfertigt. Der sozialdarwinistischen Berufung der Nationalsozialisten auf die „Gesetze der Natur“ zur Rechtfertigung der Vernichtung „minderwertiger Rassen“ entspreche, so Arendt, der Glaube der Bolschewisten an die „objektiven Gesetze der Geschichte“, der die Vernichtung absterbender Klassen legitimiert. Hinzu komme in beiden Fällen die Ersetzung von Realität durch ideologische Fiktion, was sich in der Maßlosigkeit des Terrors und der Erfindung „objektiver“ Feinde, unabhängig vom konkreten Handeln der Betroffenen, niederschlägt.

Dient die totalitäre Ideologie der geistigen Beherrschung der Massen, so sorgt der Terror für deren ständige Mobilisierung:

Totalitäre Herrschaft wird wahrhaft total in dem Augenblick [...], wenn sie das privat-gesellschaftliche Leben der ihr Unterworfenen in das eiserne Band des Terrors spannt. Dadurch zerstört sie einerseits alle nach Fortfall der politisch-öffentlichen Sphäre noch verbleibenden Beziehungen zwischen Menschen und erzwingt andererseits, dass die also völlig Isolierten und voneinander Verlassenen zu politischen Aktionen (wiewohl natürlich nicht zu echten politischen Handeln) wieder eingesetzt werden können.²⁹

Ziel des Terrors sei es,

Menschen so zu organisieren, als gäbe es sie gar nicht im Plural, sondern nur im Singular, als gäbe es nur einen gigantischen Menschen auf der Erde, dessen Bewegungen in den Marsch eines automatisch notwendigen Natur- oder Geschichtsprozesses mit absoluter Sicherheit und Berechenbarkeit einfallen.³⁰

²⁸ Arendt, Hannah: Ideologie und Terror. In: Piper, Klaus (Hg.): Offener Horizont. Festschrift für Karl Jaspers zum 70. Geburtstag. München 1953, 229-254; deutsche Übersetzung des ursprünglichen Vorworts und der „Concluding Remarks“ der ersten englischen Ausgabe in: Henke, Klaus Dietmar (Hg.): Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann. Dresden 1998, 11-31 (Berichte und Studien/Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung 17). Dort auch die Kontroverse mit Eric Voegelin.

²⁹ Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft 727 (vgl. Anm. 25).

³⁰ Ebenda 714.

Der Terror sei kein zeitlich befristetes Mittel zur Herrschaftssicherung, vielmehr stelle er das eigentliche Wesen totaler Herrschaft dar.

Die Konzentrations- und Vernichtungslager dienen dem totalen Herrschaftsapparat als Labordienstätten, in denen experimentiert wird, ob der fundamentale Anspruch totalitärer Systeme, dass Menschen total beherrschbar sind, zutreffend ist. [...] Die Lager dienen nicht nur der Ausrottung und Erniedrigung der Individuen, sondern auch dem ungeheuerlichen Experiment, unter wissenschaftlichen Bedingungen Spontaneität als menschliche Verhaltensweise abzuschaffen und Menschen in ein Ding zu verwandeln, das unter gleichen Bedingungen sich immer gleich verhalten wird.³¹

Die Lager seien somit das „richtungsgebende Gesellschaftsideal“ der totalitären Diktatur, deren Ziel die Veränderung der menschlichen Natur selbst sei.

In diesen kraftvollen Passagen kommt gewiss das Erschrecken über den Zivilisationsbruch zum Ausdruck, doch liegt hier auch eine metaphysische Sinndeutung vor, die als überschießende Spekulation nicht untypisch für das Werk Hannah Arendts ist. Denn der industrielle Massenmord in den NS-Vernichtungslagern diene keinem anderen Zweck als der Verwirklichung eines klar definierten Ziels: der Vernichtung des europäischen Judentums im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Der Holocaust lässt sich deshalb auch nicht mit dem Lagersystem des Gulag gleichsetzen, das mit brutalster Zwangsarbeit und rücksichtsloser Ausbeutung die Industrialisierung der Sowjetunion forcieren sollte. Die Umerziehung im Sinne einer Veränderung der menschlichen Natur stand in diesen Lagern jedoch nicht auf dem Programm. Entsprechend ihrem anthropologischen Ansatz interpretierte Arendt den Totalitarismus als den Versuch zur Vernichtung des genuin Politischen, nämlich der Pluralität und Spontaneität des Menschen. Darauf gründete sich auch ihre Hoffnung, dass die totalitären Diktaturen einen „Keim des Verderbens“ in sich trügen.

Dass die empirische Forschung mit der anthropologisch-existenzialphilosophischen Deutung wenig anzufangen wusste, verwundert kaum. Hannah Arendt galt (und gilt) als anregende Denkerin, doch übte ihr Werk keinen prägenden Einfluss auf die weitere historische, politologische oder soziologische Forschung aus.³² Weder in der anglo-amerikanischen noch in der westdeutschen Kommunismus- bzw. NS-Forschung wurde die Totalitarismustheorie Arendts zum Ausgangspunkt innovativer Forschungsprojekte. Auch das große Verdienst, den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch frühzeitig und eindringlich in den Mittelpunkt der Reflexion gestellt

³¹ *Ebenda* 676 f.

³² Vgl. hierzu *Seidel/Jenkner* (Hgg.): *Wege der Totalitarismusforschung* (vgl. Anm. 16). – Ebenso *Söllner/Walkenhaus/Wieland* (Hgg.): *Totalitarismus* (vgl. Anm. 20). – Vgl. darüber hinaus auch die Sammelbände von *Jesse, Eckhard* (Hg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*. Baden-Baden 1996. – *Siegel, Achim* (Hg.): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*. Köln, Weimar 1998 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 7). – Ebenso die Darstellungen *Möll, Marc-Pierre*: *Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus*. Baden-Baden 1998 (Nomos-Universitätschriften, Politik 88). – *Wippermann, Wolfgang*: *Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*. Darmstadt 1997. – *Schlangen, Walter*: *Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme*. Stuttgart u. a. 1976.

zu haben, blieb wissenschaftsgeschichtlich ambivalent. Denn die Erforschung des Holocausts wurde nicht durch Arendt inspiriert, sondern durch die Arbeiten Raul Hilbergs, die sich an der Strukturtheorie Franz Neumanns orientierten.³³

Die normativen Wurzeln und Implikationen der klassischen Totalitarismuskonzepte stießen in der Ära des Kalten Krieges neben Zustimmung auch auf scharfe Kritik. Diese war teils politisch motiviert, so bei Autoren, die mit dem Kommunismus sympathisierten und schon deshalb jede Wesensverwandtschaft mit dem Faschismus bzw. Nationalsozialismus entschieden zurückwiesen. Kritik kam jedoch auch von Seiten der wissenschaftlichen Kommunismusforschung, die den Kriterienkatalog Friedrichs als allzu schematisch und statisch befand, um die politischen Veränderungen in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins 1953 noch fassen zu können. Dass Friedrich seinen Begriff inhaltlich erweiterte, indem er das frühere Wesensmerkmal „terroristische Geheimpolizei“ durch das schwächere Merkmal „voll entwickelte Geheimpolizei“ ersetzte und die Verfolgung willkürlich ausgewählter Bevölkerungsgruppen nicht mehr als Wesenszug totalitärer Diktatur beschrieb, verstärkte nur die Zweifel.

Die Kritik brachte Frederic Fleron auf der Jahrestagung der American Political Science Association 1967 auf den Punkt:

Es gibt Forscher, die das Totalitarismuskonzept in der Kommunismusforschung wegen seiner negativen Konnotationen beibehalten wollen. Dies mag auch einer der Gründe sein, warum die Definition des Begriffs ständig verändert wird, so daß das Konzept trotz der Veränderungen in der Sowjetunion (z.B. der allmählichen Abkehr von der unverhüllten Anwendung von Terror) weiterhin auf diese anwendbar ist. Man wendet verschiedene terminologische Kunstbegriffe an (indem man beispielsweise den Begriff des „reifen Totalitarismus“ bildet), so daß man weiterhin ein „Buh“-Etikett auf ein „Buh“-Regierungssystem anwenden kann.³⁴

Der Verdacht ideologischer Blindheit gegenüber den realen Veränderungen im Sowjetkommunismus war ein Argument, das in den folgenden Jahrzehnten von vielen empirisch orientierten Kommunismusforschern gegen die klassischen Totalitarismuskonzepte geltend gemacht wurde.³⁵ Im Bereich der NS-Forschung spielten sie ohnehin keine Rolle, hier übten die Arbeiten Fraenkels und Neumanns einen wesentlich stärkeren Einfluss aus.³⁶

³³ Hilberg, Raul: *The Destruction of the European Jews*. London 1961; dieses monumentale Werk erschien erst 1990 in einer deutschen Ausgabe: *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Frankfurt/M. 1990.

³⁴ Zitiert nach Siegel, Achim: Carl J. Friedrichs Konzeption der totalitären Diktatur – eine Neuinterpretation. In: *Ders.* (Hg.): *Totalitarismustheorien* 273–307, hier 280 (vgl. Anm. 32). Dort auch interessante Überlegungen hinsichtlich einer Neuformulierung.

³⁵ Vgl. Gleason, Abbot: *Totalitarianism. The Inner History of Cold War*. New York 1995. – Siegel, Achim: Die Konjunkturen des Totalitarismuskonzepts in der Kommunismusforschung. Eine wissenschaftssoziologische Skizze. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1998) H. 20, 19–46.

³⁶ Vgl. Kershaw, Ian: *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*. 3. erw. Neuauflage. Reinbek bei Hamburg 2002.

Totalitarismus ohne Terror?

Einen anderen Ansatz verfolgen Totalitarismuskonzepte, die vor allem das unbedingte Primat einer ideologisch definierten Politik über alle Lebensbereiche hervorheben. So unterschied beispielsweise Martin Drath bereits 1958 zwischen dem Primärphänomen des Totalitarismus – nämlich dem „Ziel, ein neues gesellschaftliches Wertungssystem durchzusetzen, das bis in die ‚Metaphysik‘ hinein fundiert wird“³⁷ –, während die herrschaftstechnische Umsetzung dieses totalitären Anspruchs in ihrer Struktur sekundär sei. In diesem dynamischen Entwicklungskonzept besitzt der Massenterror keine konstitutive Bedeutung für die Begriffsbildung, da er lediglich als ein abgeleitetes Sekundärphänomen für die Phase der Herrschaftsdurchsetzung und -konsolidierung verstanden wird. Ähnlich argumentierten in der Folgezeit Richard Löwenthal und andere Autoren in Hinblick auf die post-stalinistische Sowjetunion.³⁸

Diese Konzepte, wobei besonders auf das Standardwerk von Juan Linz³⁹ verwiesen werden soll, stellen einen anderen Typus der Totalitarismustheorie dar, da sie nicht mehr die extreme Gewalt und Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen, seien sie nun ethnisch oder sozial definiert, in den Mittelpunkt stellen. Die einprägsamste Formulierung des Konzepts der totalen Kontrolle stammt wohl von Peter Graf Kielmansegg. Er benennt drei Kriterien: 1. Die Monopolisierung von Entscheidungsmacht in einem Führungszentrum, das keiner Form institutionalisierter Kontrolle unterliegt und prinzipiell jede Entscheidung an sich ziehen kann bzw. jede außerhalb des Führungszentrums gefällte Entscheidung revidieren kann. 2. Die prinzipiell unbegrenzte Reichweite der Entscheidungen des politischen Systems. Und 3. Die prinzipiell unbegrenzte Intensität der Sanktionen. Das schließt, wie Kielmansegg weiterhin ausführt, die Möglichkeit des Terrors ein. „Aber viel wichtiger ist im Grunde die unbegrenzte Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen diesseits des blanken Terrors [...]“⁴⁰

³⁷ Drath, Martin: Totalitarismus in der Volksdemokratie. In: *Richert*, Ernst: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln u.a. 1958, IX-XXXIV (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 11); Neudruck in: *Seidel/Jenkner* (Hgg.): Wege der Totalitarismus-Forschung 310-358, hier 340 (vgl. Anm. 16). – Vgl. auch *Patzelt*, Werner J.: Wirklichkeitskonstruktionen im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath. In: *Siegel* (Hg.): Totalitarismustheorien 235-271 (vgl. Anm. 32).

³⁸ *Löwenthal*, Richard: Totalitäre und demokratische Revolution. In: *Der Monat* 13 (1960) H. 146, 29-40; Neudruck in: *Seidel/Jenkner* (Hgg.): Wege der Totalitarismus-Forschung 359-381 (vgl. Anm. 16).

³⁹ *Linz*, Juan J.: Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: *Greenstein*, Fred I./*Polsby*, Nelson W. (Hgg.): Handbook of Political Science. Bd. 3: Macropolitical Theory. Reading/Mass. u.a. 1975, 175-411; deutsche Übersetzung mit neuem Vorwort: Totalitäre und autoritäre Regime. Berlin 2000 (Potsdamer Textbücher 4). – Vgl. auch *Meuschel*, Sigrid: Totalitarismustheorie und moderne Diktaturen. Versuch einer Annäherung. In: *Henke*, Klaus-Dietmar (Hg.): Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Dresden 1999, 61-77 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Berichte und Studien 18).

⁴⁰ *Kielmansegg*, Peter Graf: Krise der Totalitarismustheorie? In: Zeitschrift für Politik 21 (1974) 311-326; Neudruck in: *Jesse* (Hg.): Totalitarismus 286-304, hier 298 f. (vgl. Anm. 32).

Legt man diese Definition zugrunde, so lassen sich die poststalinistische Sowjetunion wie die realsozialistischen Systeme in den Ostblockstaaten und das SED-Regime in der DDR durchaus als totalitär bezeichnen. Denn an der parteistaatlichen Kontrolle und geheimpolizeilichen Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche kann kein Zweifel bestehen, ebenso wenig an der Monopolisierung der Entscheidungsmacht und der prinzipiell unbegrenzten Intensität der Sanktionen. Allerdings steht das Totalitarismuskonzept der totalen Kontrolle in einem starken, kaum auflösbaren Spannungsverhältnis zu den klassischen Konzeptionen, die sich explizit auf den Nationalsozialismus und den Stalinismus beziehen. Letztlich handelt es sich um zwei völlig unterschiedliche Ansätze, so dass, wer den Begriff „totalitär“ für das SED-Regime benutzt, gut daran tut, ihn auch zu definieren. Aus Sicht der klassischen Konzeptionen Friedrichs und Hannah Arendts lassen sich die kommunistischen Regime poststalinistischer Prägung sinnvollerweise nur als posttotalitär bezeichnen, da sie keinen vergleichbaren ideologischen Furor und Terror mehr aufwiesen. Andererseits weist auch das Konzept der totalen Kontrolle klar definierte Kriterien auf, um poststalinistische (bzw. posttotalitäre) Regime herrschaftstypologisch von autoritären Diktaturen zu unterscheiden.

Abschließende Bemerkungen

Als Resümee muss man derzeit wohl festhalten, dass eine theoretisch befriedigende, die gravierenden historischen Unterschiede gleichwohl nicht verwischende Totalitarismustheorie bislang noch nicht gefunden ist. Die vielfach bemängelte begriffliche Unschärfe teilt das Totalitarismuskonzept jedoch mit anderen Begriffen wie Demokratie, Modernisierung oder Imperialismus, ohne dass diese deshalb überflüssig wären. Unverzichtbar erscheint mir der Totalitarismusbegriff auf hoher Abstraktionsebene für die seit Aristoteles klassische Lehre der Herrschaftsformen. Er bezeichnet einen bestimmten Typus moderner Diktatur, die man auch als Weltanschauungsdiktaturen mit totalem Herrschaftsanspruch beschreiben kann. Insofern unterscheidet sich dieser Typus grundlegend von autoritären Diktaturen, etwa von Militärdiktaturen, die keine umfassende Kontrolle über alle Lebensbereiche anstreben und einen begrenzten gesellschaftlichen Pluralismus zulassen. Vom Standpunkt der liberalen Demokratie können die totalitären Regime auf eine gleiche Distanz gebracht werden, jedoch besagt die herrschaftstypologische Einordnung nichts über den jeweiligen politisch-ideologischen Herrschaftszweck, weshalb aus dem totalen Herrschaftsanspruch und durchaus gleichartigen Herrschaftsmethoden keine inhaltliche Identität der totalitären Regime abgeleitet werden kann. Die Wertgebundenheit des Totalitarismusbegriffs stellt jedoch keine analytische Schwäche dar, sondern markiert vielmehr den fundamentalen Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur.

Petr Pithart

1969-1989: FEHLT EIN BEGRIFF ODER EHER DER WILLE, ZU VERSTEHEN?

Die Periodisierung und Bezeichnung der Regime, die in den böhmischen Ländern bzw. der Tschechoslowakei nach 1939 geherrscht haben, ist kein Problem spitzfindiger Politologen oder Historiker, die davon besessen wären, alles in Schubladen einzuordnen oder Begriffe zu systematisieren. Vielmehr hat seine Lösung – oder auch Nichtlösung – großen Einfluss auf die praktische Politik. Die bisherigen Charakterisierungen des „beseitigten Regimes“, das vor dem November 1989 in der Tschechoslowakei herrschte, sind meiner Ansicht nach irreführend. Das ist umso bedenklicher, als eine von ihnen kürzlich sogar gesetzlich verankert wurde (!), nämlich im Gesetz über die Schaffung des „Ústav pro studium totalitních režimů“ (Institut für das Studium totalitärer Regime), mit dem zugleich eine problematische Datierung verbunden wurde: Ex lege existierte bei uns bis November 1989 ein totalitäres Regime. Auch was das neu gegründete Institut erforschen soll, wurde per Gesetz beschlossen. Vor diesem Hintergrund ist Miloš Havelkas „Versuch, in der tschechischen Entwicklung der Jahre 1938 bis 1956 eine innere Einheit auszumachen, ja diese als totalitäre Periode der modernen tschechischen Geschichte zu charakterisieren,“¹ bahnbrechend, kühn, zweifellos fruchtbar und erscheint mir akzeptabel. Wie ich in vorliegendem Aufsatz zu zeigen versuche, ist er nicht allein in theoretischer Hinsicht – um Ordnung in die Begrifflichkeit zu bringen – lohnend.

Insbesondere halte ich die – meines Wissens in dieser Vollständigkeit erste – Zusammenschau konkreter Zahlen über die mehr oder weniger erzwungenen Migrationsbewegungen von Teilen der Bevölkerung für wichtig: Sie zeigt, in welcher grundlegenden Weise die tschechoslowakische Gesellschaft durch die massenhafte Verschlebung einzelner Bevölkerungsgruppen beschädigt wurde – und zwar sowohl im geografischen als auch im sozialen Raum –, wie sehr sie ihrer gewachsenen Strukturen beraubt und umgeschichtet und in letzter Konsequenz homogenisiert wurde. Zugleich verhinderte das Regime natürliche geografische und soziale Wanderungsbewegungen. All diese Daten illustrieren, wie in den böhmischen Ländern die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, dass die Gesellschaft schließlich mit totalitären Methoden beherrscht werden konnte.

Havelka beurteilt die Zeit zwischen dem deutschen Einmarsch in die nach dem „Münchener Abkommen“ verbliebenen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik am 15. März 1939 und dem Jahr 1956 als totalitär. Um die Gültigkeit der aus seinem „Versuch“ gezogenen Schlussfolgerungen zu überprüfen, müssen aber zunächst die

¹ *Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: Bohemia 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 316.*

Herrschaftsformen kenntlich gemacht und benannt werden, die der „totalitären Periode“ vorausgingen und die auf diese folgten. Denn um die Verwendung des vorgeschlagenen Adjektivs für eine bestimmte Zeitspanne zu begründen, muss eine möglichst klare Abgrenzung von den Adjektiven vorgenommen werden, mit denen die Regime vor, aber auch nach den totalitären Jahrzehnten charakterisiert werden. Zweifellos handelte es sich in beiden Fällen um repressive Regime, jedoch sind wir bislang nicht in der Lage, das Wesen und das Ausmaß ihrer Repressivität treffend und allgemein akzeptiert zu benennen und so vom totalitären Regime abzusetzen. Kurzum: Das Adjektiv „totalitär“ wird sich nur dann als unstrittige Bezeichnung für eine bestimmte Periode der tschechischen Geschichte durchsetzen, wenn es gelingt, diese überzeugend von anderen undemokratischen, aber noch nicht oder nicht mehr totalitären Regimen zu unterscheiden.

Havelka bezeichnet die Zweite Republik (von „München“ 1938 bis zum 15. März 1939) als autoritär. Über die Zeit nach 1956 schreibt er, dass man diese „wohl nicht mehr“ als im ursprünglichen Sinne des Wortes totalitäre Form der Beherrschung der Massengesellschaft betrachten könne. Nach einigem Zögern charakterisiert er sie jedoch ebenfalls als autoritär, wobei er sich auf einzelne und insgesamt gesehen isolierte Aussagen, unter anderem von Václav Havel und Jiří Němec bezieht. Diese lehnen es ebenfalls ab, jene Jahre mit dem Totalitarismusbegriff zu belegen, im Unterschied zu Havelka geben sie sich jedoch mit der rein auf den zeitlichen Ablauf bezogenen Bezeichnung „post-totalitär“ zufrieden. Im Schlussteil seines Aufsatzes beruft sich der Autor dann auf den Definitionsversuch Ralf Dahrendorfs: „Autoritäre Regierungen hingegen leben von der Apathie der Bürger, die ihren eigenen, ‚privaten‘ Interessen nachgehen, während eine Nomenklatura das öffentliche Interesse in eines zur eigenen Machterhaltung verwandelt hat“.²

Ausgehend von Havelkas Überlegungen möchte ich folgende Hypothese zur Diskussion stellen: Die Herrschaftsform, der die Massengesellschaft zwischen 1969 und 1989 unterworfen war, war nicht totalitär (wie man das bei uns verstand), aber auch nicht autoritär (wie man das in der demokratischen Welt überwiegend annahm und bis heute annimmt). Dass es sich nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ um kein totalitäres System handelte, bedeutete aber keineswegs einen leichteren Übergang zur Demokratie nach 1989. Das lag vor allem an der unreflektierten Charakterisierung des „beseitigten Regimes“ mit dem irreführenden Adjektiv „totalitär“ und an dementsprechenden machtpolitischen Entscheidungen in der Politik der Transformationsphase.

Das repressive und ökonomisch erfolglose Regime der so genannten Normalisierungs-Zeit war nicht nur außerstande, die tschechoslowakische Gesellschaft zu mobilisieren – was als allgemein anerkanntes Merkmal totalitärer Regime gilt –, sondern verlor auch die Fähigkeit, das Alltagsleben der Gesellschaft zu kontrollieren, und damit die eigenen totalitären Ambitionen. Andererseits lähmte es auch weiterhin weitestgehend jene Sphären des öffentlichen Lebens, die autoritäre Regime in der Regel gleichgültig „leben lassen“ und mehr oder weniger tolerieren, was später den

² Vgl. *Dahrendorf, Ralf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert. München 2003, 127.*

Übergang zur Demokratie begünstigt. Die zunehmend größere „Durchlässigkeit“ des Normalisierungsregimes – schließlich fand das authentische Leben hier und da seine Nischen – ist ausschließlich dem Kräfteschwund des Regimes zuzuschreiben, keineswegs der Einsicht oder gar dem Willen zur Toleranz.

Die Tatsache, dass es letztlich nicht gelingt, das „beseitigte Regime“ mit einer adäquaten Bezeichnung zu versehen (oder dass wir uns aus bestimmten Gründen nicht einmal darum bemühen), und dass wir also seine Funktionsweisen und insbesondere sein Beharrungsvermögen nicht verstehen, hatte und hat bis heute ernsthafte Konsequenzen für die Transformation der tschechoslowakischen, später tschechischen Gesellschaft seit 1989. Vor allem die fehlende „Inventur“ der Ausgangslage, ein mangelndes Verständnis für die Funktionsweisen des „beseitigten Regimes“ oder geradezu irreführende Vorstellungen von seinem Wesen führten beim Übergang von einem nichtdemokratischen Regime zu einer demokratischen Verfassung, zum Rechtsstaat und zur Marktwirtschaft in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Reihe vermeidbarer Fehlentscheidungen bzw. dazu, dass richtige Entscheidungen unterblieben. Insbesondere resultierten diese Faktoren in einer unangemessenen Abfolge der Transformationsschritte, die insgesamt mit allzu großer Eile unternommen wurden. Die Konflikte in Bezug auf das Tempo und die Abfolge der einzelnen Schritte des wirtschaftlichen Umbaus gipfelten in einem künstlichen Dilemma. Es schien nur zwei Möglichkeiten zu geben: Entweder radikal und schnellstmöglich die von den Neoliberalen geforderten Marktbedingungen herzustellen oder mit einem sorgfältigen und geduldigen Aufbau von Marktinstitutionen bzw. der Formulierung von Regeln für den Markt zu beginnen. Eine vernünftige Kombination beider Akzentsetzungen wäre zweifellos möglich gewesen. Tatsächlich waren aber die „Institutionalisten“ den Neoliberalen lange unterlegen und haben schließlich auf ganzer Linie verloren.

Zwei Deutungsmuster standen einander gegenüber: Dem einen zufolge war das „beseitigte Regime“ totalitär, dem anderen zufolge „autoritär“ gewesen. Ob explizit formuliert oder implizit vorausgesetzt, in beiden Fällen handelte es sich um unreflektierte Zuschreibungen, aus denen eher intuitiv als gründlich durchdacht weitreichende Entscheidungen abgeleitet wurden. So wurde gefolgert, dass der Transformationsprozess besonders im Bereich der Wirtschaft nur geringer Regulierungen bedürfen werde und der rechtliche Rahmen dieses Prozesses erst „während die Sache im Gange ist“, oder sogar *ex post* geschaffen werden könnte. Man vertraute darauf, dass die Spontaneität der neu entstehenden Ordnung, vor allem der „Markt selbst“ bzw. dessen „unsichtbare Hand“ für rechtzeitige Korrekturen beim Umbau des Wirtschafts- wie des Sozialsystems sorgen werde, und dass der erfolgreiche Übergang in kürzester Zeit durchgeführt werden könne – oder sogar müsse.

Der Begriff „Regulierung“ geriet zu einem Schreckbild, wobei seine Bedeutung demagogisch verengt wurde: Die Protagonisten des siegreichen Transformationskonzepts verstanden darunter nicht etwa die Einführung verbindlicher Regeln für den Markt, sondern verpflichtender Kennziffern („wie viel wovon“). In den Jahren zwischen 1992 und 1995 wurden die Slogans „Möglichst wenig Regulierung“ und „Marktwirtschaft ohne Attribut“ wie Mantras unablässig beschworen.

Diese Behauptungen, gegen die Einwände nichts ausrichten konnten, führten mit der Zeit in breiten Bevölkerungsschichten zu einem Gefühl der Enttäuschung. Man

beteuerte, die Revolution sei nicht vollendet oder letzten Endes verraten worden, oder beklagte sogar, dass der vorherige Zustand letztlich fortgesetzt worden sei, kurzum: Dass aufgrund des schwachen Staates die „alten Strukturen“ mit ihrem sozialen Kapital erneut an die Macht, zu Einfluss und auf dem freien Markt gewiss auch zu einigem Reichtum gelangt seien. Viele Menschen verloren daraufhin das Vertrauen in die Gerechtigkeit, das politische System, die parlamentarische Demokratie, die Marktwirtschaft. Eine dauerhafte Folge der Ungeduld der Ökonomen, die sich im Zuge der Reform programmatisch von den Juristen absetzten, war das stetig schwindende Vertrauen in die Durchsetzbarkeit des Rechts, allgemeiner gesprochen in die Gerechtigkeit. Das „Vertrauen“ als wichtigster Posten sozialen Kapitals ist in der tschechischen Gesellschaft geringer ausgeprägt als in vergleichbaren postkommunistischen Ländern. Zumindest der subjektiven Wahrnehmung nach sind korrupte Praktiken in Tschechien ziemlich verbreitet. Die Gesellschaft ist politisch gespalten, das parlamentarische Leben von „null Toleranz“ sowie von einer Linken und einer Rechten, die sich unversöhnlich gegenüberstehen, gekennzeichnet. Insgesamt gesehen waren die Kosten des tschechoslowakischen Transformationsprozesses hoch, wenn nicht sogar viel höher als erwartet.

Die Gründe für all diese unerfreulichen Entwicklungen hängen mit unserer terminologischen Debatte zusammen: Die Vorstellungen darüber, ob das „beseitigte Regime“ ein autoritäres oder ein totalitäres gewesen sei, führten und führen in Bezug auf die Erwartung, wie einfach oder schwierig sich der Übergang gestalten würde, in die Irre. Das liegt vor allem daran, dass die Wirkung informeller Normen, über lange Zeit eingeübter Verhaltensmuster nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Im weiteren Sinne handelt es sich um eine Unterschätzung dessen, wofür sich die Bezeichnung „Pfadabhängigkeit“ eingebürgert hat, also um die Abhängigkeit von jenem Weg, der in der Vergangenheit eingeschlagen worden war. Nach 1989 rechnete man einfach nicht damit, dass sich alte informelle Regeln als dauerhafter erweisen würden als neue formalisierte Normen. Vor allem erwartete man nicht, dass die Praktiken des „sozialistischen Marktes“ (Schwarzmarkt, Schattenwirtschaft bzw. „graue Ökonomie“) wirksam bleiben würden und somit auch der faktische Einfluss derer, die ihre Existenz erfolgreich mit einem dieser „Märkte“ verbunden hatten, d.h. der de jure wie vor allem de facto Privilegierten fort dauern würde. Die gewohnheitsmäßige illegale Bereicherung durch skrupellose Einzelne setzte sich am entstehenden Markt als parasitäre Praktik fort. So wurden die neu eingeführten allgemeinen Regeln von Anfang an gebeugt und untergraben, während der Staat sich programmatisch von der Bühne zurückzog.

Dieser „sozialistische“, d. h. deformierte Markt hat nach 1969 einerseits die Lebenszeit des Normalisierungsregimes verlängert, weil es ihm gelang, einige Versorgungsengpässe zu überbrücken und darüber hinaus einen Teil der Gesellschaft zu saturieren und zu befrieden. Nach 1989 bremste er andererseits, weil er nicht genug beachtet und somit unterschätzt wurde, den Übergang zur Demokratie und zu einem allgemein akzeptierten politischen und sozialen System. Er infizierte gewissermaßen die neu entstehenden Verhältnisse mit unmoralischen Praktiken, die (in der Sprache der Neoliberalen) gleichsam untrennbar mit ihm verbunden zu sein scheinen, wie eine Art „Tribut“, den es für die gewonnene Freiheit angeblich zu entrichten galt.

Der Übergang von einem autoritären Regime zu einer anderen Regierungsform pflegt in der Tat einfacher zu sein als der Übergang von einem totalitären Regime: Denn im ersten Fall kann man tatsächlich mit der Eigenschaft autoritärer Regime rechnen, den unpolitischen Formen des öffentlichen Lebens mehr oder weniger indifferent gegenüber zu stehen, vor allem aber kann man auf die Existenz eines rechtlich regulierten Marktes sowie auf lebendige Überreste einer Bürgergesellschaft bauen. Die These allerdings, es habe sich in der Tschechoslowakei um einen Übergang aus einem totalitären Regime gehandelt, täuscht in Bezug auf die Möglichkeiten der Transformation: Sie veranschlagt die machtpolitischen Möglichkeiten des Staates zu hoch und rechnet eben darum nicht mit dem Beharrungsvermögen „störender“ Erscheinungen wie der informellen Normen. Paradoxerweise führten beide Sichtweisen aufgrund ihres mangelnden Reflexionsgrades dazu, dass diejenigen, die die Transformation durchführten, diesen Vorgang für einfacher hielten, als er tatsächlich war.

Eine terminologische Anmerkung: Ich ziehe das Adjektiv „autoritářský“, eventuell „autoritární“, dem Adjektiv „autoritativní“ vor;³ letzteres verweist auf das Phänomen der Autorität als natürlicher Fähigkeit zur Führung. Autorität muss jedoch nicht zwangsläufig im Widerspruch zur menschlichen Freiheit stehen, sondern kann frei akzeptiert und angenommen werden. Zugleich gebe ich dem Adjektiv „totalitární“ bzw. „totalitářský“ den Vorzug vor dem Begriff „totalitní“,⁴ da letzterer auf eine bereits erfüllte oder noch zu erfüllende Zielvorstellung verweist, während es de facto immer nur um eine Tendenz geht. Dabei bin ich mir bewusst, dass die Medien und auch die Öffentlichkeit weiterhin eher die gewohnten Begriffe verwenden werden, insbesondere das beliebte „totáč“.⁵ Der letztgenannte Ausdruck ist als summarische Charakterisierung der Verhältnisse unter dem „früheren Regime“ wohl deswegen so verbreitet, weil er eher ein höheres als ein geringeres Maß an Repressivität anzeigt, also suggeriert, dass es unmöglich gewesen sei, sich nicht unterzuordnen, sich nicht zu ergeben, und noch weniger, sich dem Regime aktiv entgegenzustellen. Diese von einem impliziten Alibismus motivierte Wortwahl, über die zu moralisieren sinnlos wäre, die man aber konstatieren sollte, besitzt weit größere Überzeugungskraft als die feinsinnigste Argumentation der Politologen: Dem totalitären Regime mussten wir uns, kurz gesagt, alle beugen ...

Meiner Ansicht nach lassen sich totalitäre Regime durch eine reine Aufzählung von Merkmalen nicht vollständig erfassen: So zeichnete sich zum Beispiel das totalitäre Regime der Nationalsozialisten nicht dadurch als repressives Regime aus, dass es dort eine zentral gelenkte Wirtschaft und ein Staatseigentum an den Produktionsmitteln gegeben hätte (das letzte der sechs „Grundmerkmale“ eines totalitären

³ Eine analoge Unterscheidung ließe sich im Deutschen zwischen „autoritär“ und „autoritativ“ treffen.

⁴ Diese Unterscheidung kann im Deutschen nicht nachgebildet werden, alle aufgeführten Adjektive wären mit „totalitär“ zu übersetzen.

⁵ Bei dem Substantiv „totáč“, das sich nicht ins Deutsche übersetzen lässt, handelt es sich um eine umgangssprachliche Abkürzung. Sie wird meist in der umgangssprachlichen Wendung „za totáče“ benutzt, die „zur Zeit des Totalitarismus“ bedeutet.

Systems, wie es von Carl J. Friedrich gleichsam kodifiziert wurde⁶). Vielmehr liegt, wie ich meine, ein wesentlicher und zugleich hinreichender Charakterzug totalitärer Regime in ihrer Grundintention: Sie trachten danach, alle ständig zu mobilisieren und durch diese Mobilisierung nicht nur das alltägliche Verhalten der Menschen zu beherrschen, sondern auch ihre „Seelen“ einzunehmen – sie also dazu zu bringen, dass sie wirklich glauben, was sie tun und sagen. In dieser Hinsicht hat Jiří Suk die Verhältnisse, die in der Tschechoslowakei während der 1950er Jahre herrschten, treffend als „proselytisch-inquisitorische Totalität“ beschrieben.⁷ Der Schutz der eigenen Rechte ist dort nur sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht möglich. Dasselbe gilt für die (Nicht-)Erzwingbarkeit der Einhaltung von Verträgen.

Mit der Charakteristik „totalitär“ verbindet sich geradezu automatisch die Vorstellung von einem starken, alles beherrschenden Staat. Indessen war der tschechoslowakische Staat in den zwei Jahrzehnten der Normalisierung eher „umfanglich“ als stark. Denn es ging ihm primär darum, in so viele Sphären des gesellschaftlichen Lebens wie möglich einzugreifen, die Reichweite staatlicher Macht war vom Begriff her unbegrenzt. Demgegenüber war sein Vermögen, die gesetzten Ziele zu erreichen, einschließlich der Fähigkeit, die Einhaltung der selbst aufgestellten Regeln durchzusetzen, eher gering. Diese Schwäche der staatlichen Macht war aber nicht erkennbar, und zwar nicht aufgrund der übermäßig eingesetzten Repression, sondern vor allem deshalb, weil die (Bürger-)Gesellschaft ebenfalls schwach war. Die Stärke oder Schwäche eines Staates darf nicht mit dem Maß an staatlicher Interventionen verwechselt werden, sie zeigt sich am ehesten im tagtäglichen Kräftemessen mit der Bürgergesellschaft.

Autoritäre Regime sind zwar ebenfalls repressiv, ihre Ambitionen haben aber eine ganz andere Qualität als diejenigen totalitärer Regime. In diesem Unterschied zeigen sich die Charakteristika autoritärer Regime besonders deutlich: Außerhalb des politischen Raumes, den sie nicht anders als totalitäre Regime mit aller nur denkbaren Brutalität hüten (sogar gegen den zartesten Keim einer Opposition im Land wie außerhalb), haben autoritäre Regime keine Ambitionen, das Handeln oder Denken der Menschen zu beeinflussen oder zu kontrollieren. Sie mobilisieren nicht, kontrollieren nicht und haben es nicht nötig, sämtliche Formen öffentlichen Lebens zu synchronisieren. Sie erhalten lediglich den Status quo aufrecht. In autoritären Regimen ist es auch möglich, die eigenen Rechte zu wahren und die Einhaltung von Verträgen einzufordern.

Wie bereits gesagt, dienten beide irrigen Vorstellungen vom Wesen des Regimes, das vor 1989 herrschte, zur Rechtfertigung der Tendenz, keine allzu hohen Anforderungen an die Schaffung eines rechtlichen Rahmens insbesondere für die ökonomische Transformation zu stellen. Mit anderen Worten: Es wurde insgesamt wenig Re-

⁶ Vgl. Friedrich, Carl Joachim / Brzezinski, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur. In: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. 2. Aufl. Baden-Baden 1999, 225-236, hier 230 f.

⁷ Suk, Jiří: Od nemožnosti politiky k politice jako umění možného [Von der Unmöglichkeit der Politik zur Politik als Kunst des Möglichen]. In: Gjuríčová, Adéla / Kopeček, Michal (Hgg.): Kapitoly z dějin české demokracie [Kapitel aus der Geschichte der tschechischen Demokratie]. Praha 2008, 16-51.

gulierung eingefordert, was das Tempo der Transformation entscheidend beeinflusste. Die „Schocktherapie“ oder zumindest der große Druck auf die Geschwindigkeit der Transformation erschwerte die Schaffung angemessener rechtlicher Rahmenbedingungen oder schloss diese geradezu aus. Insbesondere die hohe Geschwindigkeit des Privatisierungsprozesses wurde explizit damit gerechtfertigt, dass es notwendig sei, die Phase des Übergangs so kurz wie möglich zu halten, um eine „Vor-Privatisierungs-Agonie“ zu verhindern. Ich bin nicht sicher, ob sich diese Agonie hätte verhindern lassen, dagegen bin ich sicher, dass es anstatt dessen zu einer „Nach-Privatisierungs-Desillusionierung“ kam, die in gewisser Weise bis heute andauert. Der Umbau der Ökonomie mag vielleicht beschleunigt worden sein, allerdings um den Preis einer entscheidenden Verlangsamung bzw. Aufschiebung der rechtlichen Neuordnung und der damit zusammenhängenden Veränderungen im Rechtsbewusstsein der Gesellschaft. Die Herrschaft des Gesetzes und der Rechtsordnung muss wichtiger sein als eine schnelle Privatisierung – sagte Milton Friedman im Nachhinein. Später konstatierte auch Francis Fukuyama, dass es zur Beschränkung staatlicher Intervention geeigneter Maßnahmen bedarf, um die verbleibenden Institutionen zu stärken. Beiden Empfehlungen wurde kein Gehör geschenkt, und ich hoffe, dass dem nichts Schlimmeres als die Tatsache zugrunde lag, dass der Einfluss informeller Verhaltensmuster aus den Jahrzehnten des „Sozialismus“ bzw. die allzu lang anhaltende Nichtübereinstimmung von formellen und informellen Regeln unterschätzt wurde. Gehen wir noch tiefer, stoßen wir auf eine ungenügende Berücksichtigung der kulturhistorischen Verschiedenheiten in den jeweiligen Ländern, die diese Transformation durchmachen – Näheres dazu weiter unten im Zusammenhang mit dem so genannten Washington Consensus.

Wenn sich die Reformer insbesondere bei der Privatisierung von Staatseigentum nicht tatkräftig darum bemühen, die unkontrolliert wuchernde Sphäre der grauen Ökonomie einzuzugrenzen, dann lassen sie zu, dass das „soziale Kapital“ genau derer seinen Einfluss behält, die bereits an dieser Ökonomie partizipiert haben und weiterhin in Netzwerken aus Bekanntschaften und Schuldigkeiten, die sich gegen die Machtstrukturen herausgebildet hatten, partizipieren. Die Folgen der Reformanstrengungen werden dann andere sein als erwartet und diese werden zu einer wachsenden Enttäuschung und Delegitimierung einiger Elemente der Transformation führen.

Im Sinne von Dahrendorfs Unterscheidung zwischen totalitären und autoritären Regimen lässt sich das Normalisierungsregime (1969-1989) insgesamt gesehen nicht als totalitär charakterisieren. Einstweilen bietet sich allerdings keine andere Bezeichnung an als „post-totalitär“. Dieses Adjektiv ist aber nicht nur ein Eingeständnis terminologischer Ratlosigkeit (tatsächlich erklärt die Vorsilbe „post“ nichts); es stellt auch eine Kapitulation vor der wichtigsten Frage überhaupt dar: Warum und wie konnte sich dieses offensichtlich ineffektive, nicht überzeugende und ungerechte Regime so lange halten und weshalb ruft es noch immer so viel Nostalgie hervor? Wäre es totalitär gewesen, gäbe es keinen Grund zur Diskussion, denn so einem Regime vermögen nur Helden zu widerstehen. War es aber nicht totalitär, bleibt wohl nichts anderes übrig, als diese unangenehmen Fragen zu verdrängen ...

Um ein totalitäres Regime handelte es sich während jener zwei Jahrzehnte aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht. Das Regime der Normalisierungsjahre von 1969 bis 1989 gab nur vor, die Bevölkerung weiterhin unablässig zu mobilisieren – das heißt, es gab seine absoluten, „totalen“ ideologischen Ansprüche nicht auf. Diese Vorspiegelung war aber bereits wirkungslos und konnte niemanden mehr täuschen, letztlich nicht einmal jene, die so taten, als würden sie die Menschen mobilisieren. Wie in einem paradoxen Geheimabkommen erhielten sowohl diejenigen, die diese Illusion erzeugten, als auch diejenigen, auf die diese wirken sollte, die symbolischen Kulissen und die sinnentleerten Rituale des totalitären Betriebs resigniert aufrecht. Dabei war aber bereits keine andere wesentliche Bewegung mehr erkennbar als das Bewahren und Konservieren des Status quo.

Von einem totalitären Regime unterschied sich das Normalisierungssystem aber auch dadurch, dass die Dämme, die es gegen die spontane Bewegung der Gesellschaft errichtet hatte, bereits nicht mehr undurchlässig waren: Informationen, kulturelle Gewohnheiten, Elemente eines anderen Lebensstils wie die Konsumorientierung drangen von außen ein, auch das System der „Zuweisungen“, das die soziale Mobilität gesteuert hatte, fand ein Ende. Weitere Beispiele ließen sich unschwer nennen.

Brežněvs treffender Ausdruck „real existierender Sozialismus“, der die sozialistische bzw. kommunistische Idee endgültig und überraschend zynisch der mobilisierenden, d. h. utopischen Elemente dieser Ideologie entledigte, taugte nicht zur Mobilisierung. Ich übersetze ihn vielmehr als resignierten Warnruf: Lasst alle Hoffnung fahren, besser wird es nie werden, einen anderen als unseren real existierenden (arm-seligen) Sozialismus gibt es nicht. Er lässt sich höchstens als schäbiges Deckmäntelchen aufrechterhalten, das den machtpolitischen Status quo legitimiert.

Dass die Unterschiede zwischen diesen Regime-Typen nicht respektiert wurden bzw. das „beseitigte Regime“ falsch charakterisiert wurde, hatte meiner Ansicht nach sehr ernsthafte Konsequenzen für die gesellschaftliche Transformation, und zwar insbesondere beim Übergang von der Plan-(Befehls-) zur Marktwirtschaft. Zu den genannten Fehleinschätzungen kam es aber nicht nur hierzulande, sondern auch im globalen Maßstab. So ging zum Beispiel der „Washington Consensus“ von 1990, eine Auflistung inoffizieller, aber nichtsdestoweniger autoritativer Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für den Übergang zur Marktwirtschaft, primär von den Erfahrungen aus, die bei der Konsolidierung der südamerikanischen Ökonomien gemacht worden waren, als diese von autoritären – mitnichten totalitären – Regimen zu marktwirtschaftlichen Demokratien wurden. Diesem Paradigma fehlte zunächst einmal jedes Gespür für die kulturhistorischen und institutionellen Unterschiede zwischen Südamerika einer- und Mittel- und Osteuropa andererseits. Erst später wurde damit begonnen, mit dieser Formel die gesamte neoliberale Agenda abzudecken. In der Folge wurde das Potenzial der postkommunistischen Regime, sich in Richtung einer normalen Marktwirtschaft zu entwickeln, stark überschätzt. Autoritäre Regime zerstören die Grundlagen für diesen Wandlungsprozess in der Regel nicht. Unterschätzt wurde hingegen der institutionelle Rahmen, dessen die Wirtschaft bedarf. In erster Linie wurde nicht gesehen, dass ein geregelter Kapitalmarkt fehlte. Offensichtlich setzte man stillschweigend voraus, die Privatisierung werde „von sich aus“ zu einem Bedürfnis nach der Entwicklung einer

Marktinfrastuktur einschließlich der entsprechenden „Spielregeln“ führen. Kurz gesagt: Die westlichen Theoretiker neigten dazu, die Institutionen des Kapitalismus in den postkommunistischen Ländern vorauszusetzen und die tief verwurzelten informellen Verhaltensmuster und Normen, die in den Praktiken der grauen Ökonomie zum Tragen kommen, zu bagatellisieren. Man müsste genauer untersuchen, ob das Problem des „Washington Consensus“ möglicherweise weniger in den Empfehlungen selbst, als vielmehr in der tschechoslowakischen Umsetzung bestanden haben könnte. Ob nicht etwa seine hiesigen Interpreten ihr „soziales Kapital“ zu ihrem eigenen Vorteil einsetzten, zum Beispiel in den Positionen, in denen sie der Umbruch vom November 1989 überraschte.

Wie bereits gesagt, fehlte es dem „posttotalitären“ Regime zwar an Energie, um die Massen zu mobilisieren, es hatte aber immer noch genug Kraft, die Gesellschaft in einem gelähmten Zustand der Zersplitterung und Atomisierung zu halten, der sich durch das Fehlen einer lebendigen Bürgergesellschaft auszeichnete. In diesem Zustand hielt das Regime die Gesellschaft unter anderem durch seine scheinheilige Haltung zu Marktbeziehungen gefangen, welche keine gesetzliche Basis hatte, sondern in ihrem Wesen selbst pervertiert war: De facto tolerierte es den Schwarzmarkt und die graue Ökonomie und schuf so ein pervertiertes soziales Kapital – Seilschaften, die letztlich auch entgegen ideologischer Loyalitäten entstanden – und schließlich in die entstehende Marktwirtschaft eingingen (z.B. beim Insiderhandel). So führte der „Washington Consensus“, der eine rasche Transformation empfahl, das Land beim Umbruch zu Demokratie und Marktwirtschaft auf ungeeigneten Wegen zu unerwünschten Ergebnissen. Später wurde diese Empfehlung auch aus den eigenen Reihen vernichtender Kritik, ja sogar Selbstkritik unterzogen – so etwa von Seiten des ehemaligen Chefökonomens der Weltbank, Joseph Stiglitz. Für eine Korrektur war es da längst zu spät.

Aufgrund der irrigen Vorstellung, es habe sich in der Tschechoslowakei um die Transformation eines totalitären Regimes gehandelt, wurde unweigerlich auch das Ausmaß unterschätzt, in dem die staatliche Befehlswirtschaft bereits mit der grauen Ökonomie verwachsen war, die nach 1989 allgemein als „Korruption“ bezeichnet wurde. Völlig überschätzt wurde hingegen die Möglichkeit, selbstständig nach angemessenen rechtlichen Regulierungen zu suchen und diese auch zu finden. Diese Annahme basierte nämlich implizit auf der naiv legalistischen Voraussetzung, dass das Eigentum an Produktionsmitteln ungebrochen – dem gültigen sozialistischen Recht entsprechend – tatsächlich in der Hand des Staates gelegen habe. Stillschweigend wurde von der Illusion ausgegangen, das im Grundbuch verzeichnete Eigentum sei das wirkliche Eigentum und die Privatisierung könnte daher so durchgeführt werden, als ginge es um Staatseigentum (wie zum Beispiel im Großbritannien Margaret Thatchers). Tatsächlich handelte es sich oft nur noch dem Namen nach um staatliches Eigentum: Das „positionsbedingte Eigentum“ der Manager sozialistischer Unternehmen machte das Staatseigentum häufig zur Fiktion, zu einem Begriff, einer übriggebliebenen ideologischen Kulisse für die tatsächlichen Beziehungen zwischen „Lieferant und Abnehmer“. Diese funktionierten – auch zwischen sozialistischen Unternehmen, angefangen bei kleinen Geschäften, wenn es etwa einmal an Obst oder Gemüse mangelte, bis zur höchsten Ebene – auf der Grundlage wechsel-

seitig geleisteter Dienste jeder Art, selbstverständlich ohne allgemeingültige formalisierte Regeln, ohne Steuerpflicht und auch ohne jedwede Finanzkontrollen. Während der Privatisierung verschaffte die Fiktion vom „Staatseigentum“ nicht nur den sozialistischen Managern, sondern überhaupt den Leuten aus der Unterwelt der grauen Ökonomie einen beträchtlichen Vorsprung vor allen anderen. So waren sie und nicht etwa der Staat bereits einige Zeit vor dem November 1989 die faktischen Eigentümer des „Staatseigentums“.

Um die Transformationsprozesse gegen die Folgen dieser metastasierenden grauen Ökonomie abzusichern, hätte es eines effektiven rechtlichen Rahmens bedurft. Vor allem wäre die rechtzeitige Schaffung und Regulierung eines Kapitalmarkts angezeigt gewesen, die Einführung wirksamer Regeln für Konkurs und Vergleich, die unsichtige Definierung der Möglichkeiten für Gründer von Investment- oder Privatisierungsfonds, über die schließlich die massivste Form der Privatisierung abgewickelt wurde. Die Gründer-Verwalter dieser Fonds hätten nie die Möglichkeit erhalten dürfen, frei über das Eigentum zu verfügen, das ihnen die Aktionäre – ehemalige private Kuponinhaber aus der ersten Runde der Kuponprivatisierung – anvertraut hatten. Staatliche oder halbstaatliche Banken hätten nicht unter derart anspruchslosen Bedingungen entstehen dürfen, man hätte sie unter Aufsicht stellen müssen, vor allem aber hätten sie nicht als letzte privatisiert werden dürfen, sondern eher als erste Geldinstitute, und so weiter und so fort. So aber konnte es geschehen, dass „alten Bekannten“, oder Leuten, die Fürsprecher aus der Politik hatten, riesige Kredite gegeben wurden. Einige Jahre lang war das Staatseigentum vollkommen ungeschützt – vor allem deshalb, weil es zuvor auf privilegierte Weise geschützt worden war. In diesem absurden Zustand spiegelte sich unter anderem die Vorstellung wider, der Staat sei vor dem Umbruch zu stark – weil angeblich „totalitär“ – gewesen, was dahingehend korrigiert werden müsse, dass er in Zukunft ein schwacher Staat sein werde. De facto verließ der Staat die Bühne, auf der sich die Privatisierung abspielte, nahezu vollständig.

Einer der Wege, um Auswüchse dieser Art zu verhindern, wäre die solide Privatisierung von Schlüsselunternehmen mit Mehrheitsbeteiligung ausländischer Firmen gewesen. Die Regierung, die in der Tschechischen Republik bis 1992 an der Macht war, verfolgte diese Strategie und erhoffte sich von ihr für die jeweilige Branche eine positive „Ansteckungswirkung“. Anfang der 1990er Jahre erwies sich dieses Vorgehen aber als politisch kaum durchführbar, was ich aufgrund eigener Erfahrungen mit der Privatisierung des Škoda-Automobilwerks in Mladá Boleslav bezeugen kann. Denn den ausschlaggebenden Akteuren der Transformation diente neben neoliberalen Schemata der ökonomische Nationalismus als Richtschnur.

Viele dieser Entwicklungen blieben der Öffentlichkeit lange Zeit verborgen. Die expliziten Aufforderungen an die Ökonomen, „die Flucht vor den Juristen zu ergreifen“, bedeuteten zumindest so, wie sie unglücklicherweise verstanden wurden, eine klare Resignation vor der faktischen Kraft informeller Verhaltensmuster und machten es möglich, dass Praktiken der grauen Ökonomie des real existierenden Sozialismus auf verschiedenste Art in die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse „hinübertransformiert“ wurden, wo sie niemals hingehört hätten. Der ursprüngliche Aufruf „zur Flucht“ spiegelte nur den realen Unterschied zwischen dem Stand der

Ökonomen und dem der Juristen wider, von denen erstere auf die Reformen theoretisch vorbereitet waren, während letztere es eben nicht waren. Verstanden wurde er jedoch als Aufforderung, so weit wie möglich ohne hemmende, den Lauf der Dinge verkomplizierende rechtliche Regulierungen auszukommen.

Hätte es sich bei dem „beseitigten Regime“ tatsächlich um ein totalitäres gehandelt, wären Praktiken, wie diejenigen, die (wenn auch unter fremdem Namen) während der „Normalisierung“ die Wirtschaft in Gang gehalten und dafür gesorgt hatten, dass Versorgungsengpässe nicht zu größerer Instabilität führten, nicht möglich gewesen. „Schwarzhändler“ und „Spekulanten“ wären auf schnellstem Wege liquidiert worden.

Diese Form der Beherrschung der Gesellschaft, für die wir nach wie vor keinen Namen haben, zeichnet sich meiner Ansicht nach durch folgende Merkmale aus:

1) Die Gesellschaft ist durch die totalitären Praktiken der Vergangenheit dauerhaft zerschlagen und atomisiert, so dass es eine Bürgergesellschaft im eigentlichen Sinne, nämlich in ihrer Spontaneität, nicht gibt.

2) Der repressive Charakter des Regimes dauert fort: Die Opposition wird bekämpft, zugleich werden aber auch Versuche zur Legalisierung der Marktbeziehungen wie auch Bestrebungen, die Rechtsordnung, namentlich das Vereinigungs- und Versammlungsrecht zu reformieren, abgeschmettert.

3) Scheinheiligkeit als Massenphänomen, das heißt die parallele Existenz zweier scheinbar unvereinbarer Realitäten, nimmt zu: Auf der einen Seite steht das „wirkliche“ Leben, auf der anderen Seite das offizielle „Als-ob“-Leben.

4) Vereinbar sind diese Realitäten letztlich deswegen, weil sie beide bereits ermüdet und verbraucht sind und auf jedwede ernsthaft gemeinten Veränderungen verzichten. Sie haben keinerlei Ambition mehr, einander zu bekämpfen, zu verändern oder zu beherrschen, obgleich sie prinzipiell unverträglich sind; in Formeln wie „real existierender Sozialismus“, „das Leben ist anderswo“ oder „wir und die“ kommt dies zum Ausdruck.

5) Der einzige Antriebs- (und gegebenenfalls Bestrafungs-)Mechanismus ist der Konsum, bzw. die Beschränkung oder das Vorenthalten von Konsummöglichkeiten. Konsumgüter sind auch durch Aktivitäten in der grauen Ökonomie immer leichter verfügbar – natürlich um den Preis der Gefahr, sich zu kompromittieren.

6) Die grundlegende „bewegende“ Kraft ist paradoxerweise die Bewegungslosigkeit, das auf allem lastende Beharrungsvermögen; das kulissenhafte öffentliche Leben spielt sich in einer desorientierenden Zeitlosigkeit ab.

Einstweilen sieht es nicht so aus, als tauchte am Horizont ein einzelnes Beiwort zu „Regime“ auf, das die spezifische – weder „totalitär“ noch „autoritär“ zu nennende – Art und Weise erfassen würde, in der die tschechoslowakische Gesellschaft der Normalisierungszeit beherrscht oder vielmehr passiv gehalten wurde. Vladimíra Dvořáková und Jiří Kunc, die Autoren der ersten tschechischen Monografie zum Thema „Übergang zur Demokratie“, haben gewitzt Zuflucht zu einer „Kompromiss“-Lösung genommen: Sie bezeichneten dieses Regime als „posttotalitär autori-

tär (posttotalitně autoritářský)⁸. Doch auch Miloš Havelka entzieht sich dem Problem, wenn er bei seiner Weigerung bleibt, das Regime nach 1956 als im eingeführten, „strengen Sinne“ des Wortes totalitär zu nennen.⁹ Im „schwachen Sinne“ des Wortes scheint es also totalitär zu sein. Was das genau bedeutet, erschließt sich dem Leser aber leider nicht.

Ich denke nicht, dass solche salomonischen Lösungen wenn schon nicht die wundersame Vitalität, so doch zumindest das überraschende Beharrungsvermögen dieser „Post“-Regime hinreichend erfassen können. Genauso wenig erfassen sie die unterschätzten Schwierigkeiten bzw. Risiken auf dem Weg des Übergangs von den jeweiligen Regimen zur verfassungsmäßigen Demokratie, zum Rechtsstaat und zur Marktwirtschaft. Sollte ich dennoch das für mich treffendste dieser Konzepte auswählen müssen, würde ich für den Typus des tschechoslowakischen Normalisierungsregimes das Attribut „posttotalitär“ wählen. Diesem würde ich allerdings ein anderes als das Adjektiv „autoritär“ zur Seite stellen, das nüchterner und zugleich auch skeptischer und weniger dämonisierend wäre: „sich haltend (udržovací)“ oder „im Niedergang begriffen (upadající)“. Ich denke jedoch nicht, dass das Problem damit gelöst wäre. Wir sind weiterhin aufgerufen, eine adäquate Charakterisierung zu finden. Ich bezweifle, dass sie beides zugleich, das heißt aus nur einem Wort bestehen und treffend sein kann. Auch die Charakterisierung als „posttotalitär repressiv“ kommt der uns bekannten Realität vielleicht nahe.

Es geht darum, den Kern des Problems bzw. Rätsels knapp auszudrücken: Nämlich, dass die Gesellschaft der Normalisierungszeit infolge gezielter totalitärer Praktiken stillgelegt war, welche zwar bereits abklängen, sie aber noch nicht durch die Elemente gesellschaftlichen Lebens aktiviert wurde, die ein autoritäres System toleriert bzw. beibehält. Ich wage es, die Tschechoslowakei zur Zeit der Normalisierung zwischen 1969 und 1989 daher wie folgt zu beschreiben – wenn auch leider nicht knapp und treffend in einen Begriff zu fassen: als ein Regime, das mit erlahmenden repressiven Mitteln den machtmäßigen Status quo aufrechterhält, in einer Gesellschaft, die durch das ursprünglich totalitäre System auf Dauer zerstört bleibt.

Diese Art von Gesellschaft habe ich ohne die geringsten theoretischen Ambitionen in der umfangreichen Studie „Sociální a ekonomický vývoj Československa v 80. letech“ beschrieben,¹⁰ um die mich die aus dem tschechoslowakischen Exil stammenden Organisatoren der Tagung „Tschechoslowakei 1989“ im September 1989 gebeten hatten. Diese Konferenz fand damals im bayerischen Franken statt und wurde von der Gesellschaft „Opus bonum“ bzw. dem Abt Jan Anastás Opasek ausgerichtet. In dieser ziemlich gründlichen Beschreibung funkelte nicht der geringste

⁸ *Dvořáková, Vladimíra/Kunc, Jirí*: O přechodech k demokracii [Von den Übergängen zur Demokratie]. Praha 1994.

⁹ *Havelka*: Vergleich des Unvergleichbaren 318 (vgl. Anm. 1).

¹⁰ *Pitbart, Petr*: Sociální a ekonomický vývoj Československa v 80. letech [Soziale und ökonomische Entwicklung der Tschechoslowakei in den 80er Jahren]. Der Text, der in englischer Übersetzung 1990 in der Zeitschrift „East European Reporter“ 4 (1990) H. 1 u. 2 publiziert wurde, erschien in tschechischer Sprache unter dem Titel: Československo '89 [Tschechoslowakei '89]. In: *Ders.*: Dějiny a politika. Eseje a úvahy z let 1977-1989 [Geschichte und Politik. Essays und Betrachtungen aus den Jahren 1977-1989]. Praha 1990, 345-361.

Hoffnungsschimmer, nicht die leiseste Vorahnung des euphorischen Aufbruchs, der sich unmittelbar darauf, im November und Dezember 1989 vollziehen sollte. So einfach hatte ich den Fall, die Implosion des Regimes in der Tat nicht vorhergesehen. Was wie ein zufälliger Mangel an Voraussicht erscheinen könnte, lässt sich jedoch einigermaßen zufriedenstellend auch als „berechtigte Skepsis gegenüber den Möglichkeiten rascher und zugleich grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen“ übersetzen. Oder aber als späte Anleitung für die Leser der 1990er Jahre: Lesen Sie alle „Der alte Staat und die Revolution“ von Alexis de Tocqueville.¹¹ „... Da steht alles drinnen ...“, wie Voskovec und Werich über das biblische Buch Samuel singen. Übrigens: Miloš Havelka hat seinem Aufsatz gerade Worte dieses genialen französischen Beobachters politischer Prozesse als treffliches Motto vorangestellt. Als Zeichen des Einverständnisses mit den Intentionen seiner Studie möchte ich wie er Tocqueville paraphrasieren: Wie radikal die Revolution auch gewesen sein mag, so hat sie doch weit weniger Neues gebracht, als man gewöhnlich annimmt.

Aus dem Tschechischen von Markus Sedlaczek

¹¹ *Tocqueville*, Alexis de: Der alte Staat und die Revolution. Übersetzt von Theodor Oelckers. München 1978. Das französische Original „L'ancien régime et la révolution“ wie auch der tschechische Titel „Starý režim a revoluce“ enthalten den hier verhandelten Begriff „Regime“.

Dieter Segert

DER STAATSSOZIALISMUS WAR MEHR ALS NUR EIN POLITISCHES HERRSCHAFTSVERHÄLTNIS

Anmerkungen zu einem theoretischen Defizit des Totalitarismuskonzepts

Die Totalitarismustheorie hat in den letzten zwei Jahrzehnten, ausgehend von den Erfahrungen oppositioneller Intellektueller in den Ländern Osteuropas und ihren zeitgenössischen Deutungen, eine Konjunktur erlebt. In diese Strömung lässt sich Miloš Havelkas Versuch einordnen, eine Kontinuität in der Geschichte der Tschechoslowakei zwischen 1938 und 1956, in gewissem Sinne bis 1989 herzustellen.¹ Meine Ausführungen sollen nicht als eine umfassende Würdigung seines interessanten Textes verstanden werden. Die von Havelka entwickelte differenzierte Bezugnahme auf die Ideengeschichte des Begriffs soll in meinen Bemerkungen ebenso wenig berücksichtigt werden wie seine bedenkenswerten Ausführungen zu den Wirkungen von Mentalitäten und Generationenerfahrungen, oder aber die Gedanken zu der massenhaften sozialen Entwurzelung in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft. Mich wird im Folgenden einzig die Frage beschäftigen, welche Erkenntnisgrenzen die ausschließliche Beschäftigung mit der Herrschaftsform mit sich bringt. Die Konzentration auf die Ausgestaltung des politischen Herrschaftsverhältnisses ist für sich allein genommen nicht geeignet, die Geschichte des Staatssozialismus in der Tschechoslowakei mit ihren bewegenden Kräften, ihrem Wandel und Ende zu begreifen. Ich plädiere dafür, die politische und die Sozialgeschichte in ihrer Verschränkung zu analysieren, statt alles aus einer reinen Geschichte der politischen Herrschaftsform erklären und verstehen zu wollen.

In diesem Sinne beziehe ich mich in dem nachfolgenden Text auch auf einen Teilaspekt der sehr anregenden Ausführungen von Petr Pithart zur sozialen Kontinuität von der „Normalisierungsperiode“ bis zu der 1989 einsetzenden Transformation der Gesellschaft.² Pithart kennzeichnet die Gesellschaft der Normalisierungszeit mit dem Begriff „post-totalitär“, da dieser geeigneter sei als die beiden anderen geläufigen Termini „autoritär“ und „totalitär“. Seine Erklärung für das Phänomen der Anziehungskraft, die der Totalitarismusbegriff auf diejenigen ausübt, die vom Normalisierungsregime profitiert haben, halte ich für überzeugend.³ Pithart macht auch plausibel, weshalb er sich trotz gewisser Bedenken für die Verwendung des Begriffs „post-totalitär“ entscheidet. Viele seiner Argumente sind schlüssig, ebenso wie seine Kritik an Havelkas Unterscheidung zwischen einer schwachen und einer

¹ Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 319 f.

² Pithart, Petr: 1969-1989: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen? In: *Ebenda* 399-411.

³ *Ebenda* 405.

starken Diktatur. Aber auch bei ihm fehlt die theoretische Einsicht in die Eigenständigkeit sozialer Prozesse; auch Pithart leitet seine Begrifflichkeit ausschließlich aus den politischen Formen ab.

Meine These, die ich unten weiter ausführen werde, lautet: Die Untersuchung des Staatssozialismus als einer spezifischen Diktatur lässt sich nicht getrennt von seiner Analyse als Gesellschaft durchführen. Dass der Staatssozialismus eine Diktatur war, ist bekannt, aber wie diese über lange Zeit funktioniert hat und stabil blieb, bedarf weiterer Untersuchung und Erklärung. Die Herrschaftsgeschichte des Staatssozialismus muss zu diesem Zweck durch seine Sozialgeschichte ergänzt werden. Der Staatssozialismus war bekanntlich aber mehr als eine spezifische Form der Diktatur, also eine undemokratische Form von Herrschaft, er war auch eine wirksame Sozialordnung. Seine „Doppelexistenz“ zeigte sich noch nach seinem Ende in der konkreten Gestalt seiner Hinterlassenschaften: Obwohl seine formellen politischen Institutionen verschwunden sind, bleiben Verhaltensmuster konstant und bestimmte soziale Beziehungen, die sich im späten Staatssozialismus herausgebildet haben, erweisen sich als entscheidend für die Funktionsweise des postsozialistischen Institutionensystems. Pithart spricht in diesem Sinne von Pfadabhängigkeit.⁴

Wenn also mentale und soziale Prägungen die politischen Formen des „Ancien Régime“ überdauert haben, müssen wir über eine reine Beschäftigung mit diesen politischen Formen hinausgehen und ihre soziale Einbettung erforschen. Zudem gilt es zu fragen, welche Grundeinsichten durch die Konzentration auf die Herrschaftsformen – unabhängig davon, ob wir diese als „autoritär“, „totalitär“ oder „post-totalitär“ begreifen⁵ – verstellt werden.

Die hier entwickelte Forderung nach einer Einbettung der Herrschafts- in die Sozialgeschichte des Staatssozialismus lässt sich in die folgenden drei Thesen aufspalten:

1) Die Stabilität einer Herrschaftsordnung kann nicht begriffen werden, ohne deren Unterstützung durch mehr oder weniger große Teile der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Damit wird sie, gestützt auf Max Webers Typen der legitimen Herrschaft,⁶ als eine Art moderner Herrschaft definiert.

⁴ *Ebenda* 402.

⁵ Bei Juan Linz finden sich alle drei Begriffe, wobei ihm das Verdienst gebührt, den grundsätzlichen Unterschied zwischen „autoritärer“ und „totalitärer“ Macht herausgearbeitet zu haben. Sie sind demnach keineswegs nur als schwache oder starke Diktatur zu begreifen. Linz unterstellt etwa, dass aus einer autoritären Herrschaft ein endogener Weg zur Demokratie möglich sei, vom Ausgangspunkt einer totalitären Diktatur dagegen kaum. Für den letzteren Fall bedürfe es zusätzlich exogener Impulse. Vgl. Linz, Juan J.: Totalitäre und autoritäre Regime. Berlin 2000 (Potsdamer Textbücher 4). – Vgl. auch die Typologisierung verschiedener staatssozialistischer Regime, die jeweils unterschiedliche Legacies für die spätere Demokratisierung hervorbringen: Ders./Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-communist Europe. Baltimore u. a. 1996. – Bei Linz: Totalitäre und autoritäre Regime 227 ff. findet der Begriff „post-totalitär“ im Sinne Pitharts Verwendung, also als Machtverhältnis, das Spuren der vorangegangenen totalitären Phase aufweist. *Ebenda* 228.

⁶ Vgl. dazu Würtenberger, Thomas: Legitimität, Legalität. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhart (Hgg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Studienausgabe. Bd. 3. Stuttgart 2004, 677–740, hier 679.

2) Unser theoretisches Modell des Staatssozialismus muss den beobachtbaren substantziellen Wandel dieser Gesellschaften erklären können. Es ist kein Zufall, dass die Vertreter einer reinen Herrschaftsgeschichte bei der Deutung der tschechoslowakischen Geschichte gerade die Entwicklung in der tschechoslowakischen Reformperiode der ersten Hälfte der 1960er Jahre – einschließlich des „Prager Frühlings“ – ausklammern. Auch Havelka springt in seinem Text von „1956“ unter Umgehung von „1968“ direkt zur „Normalisierungszeit“ nach der militärischen Niederschlagung der Reformpolitik.

3) Schließlich kann das Erbe des Staatssozialismus in der Transformation nur dann abgebildet werden, wenn auch die sozialen Unterströmungen der vorangegangenen Epoche berücksichtigt werden, also informelle soziale Akteursgruppen sowie ihre Beziehungen zueinander. Pithart hat diese soziale Kontinuität hervorgehoben, obwohl auch in seinem Text die Frage nach der richtigen Definition der politischen Herrschaftsform jener Zeit im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Für die Lösung dieser theoretischen Aufgabe lassen sich bereits in den Debatten der Jahrzehnte vor 1989 stichhaltige Argumente finden, vor allem bei Vertretern einer modernisierungstheoretischen Interpretation des Staatssozialismus.⁷ Gerade angesichts der großen Kontinuität der formellen Institutionenstruktur im Staatssozialismus ist es unerlässlich, die informellen Strukturen und Akteure zu analysieren, die sich „unter der Oberfläche“ gebildet haben und die reale Funktionsweise der postsozialistischen Gesellschaft bestimmten.

Diese drei theoretischen Prämissen, die der sozialgeschichtlichen Analyse von Herrschaft im Staatssozialismus vorangestellt werden, werden später ausführlich erörtert. Vorab noch eine begriffliche Präzisierung zur ersten Fragestellung: Mit dem dort verwendeten Begriff der „Unterstützung“ soll eine partielle Übereinstimmung zwischen der kleinen Führungsgruppe der kommunistischen Partei und (mehr oder weniger großen) Teilen der Bevölkerung bezeichnet werden, wobei diese Übereinstimmung in zweierlei Hinsicht bestehen konnte: in konkreten Interessen einerseits, der Ideologie andererseits. Das staatssozialistische Machtverhältnis wurde sowohl über die von Elite und Bevölkerung geteilten Ideen und Werte als auch über die Befriedigung von Interessen großer sozialer Gruppen und zahlreicher Einzelpersonen legitimiert. Diese Interessenbefriedigung konnte über zwei verschiedene Wege erfolgen: Sie konnte das Ergebnis zielgerichteter Politik sein oder spontan und illegal erfolgen, wenn einzelne Gruppen oder Individuen Möglichkeiten, die sich zur Realisierung privater Interessen boten, nutzten und dies von der politischen Füh-

⁷ Es gibt in der klassischen Literatur zum sozialen Wandel im Staatssozialismus in dieser Richtung viele weitere Ansätze, die aufzugreifen wären, so die Forschungen zu Interessengruppen im sowjetischen Politikprozess innerhalb des Konzepts der „sozialistischen Industriegesellschaft“. Vgl. *Skilling, Gordon H./Griffiths, Franklyn* (Hgg.): *Interest Groups in Soviet Politics*. Princeton 1971. – Für die deutsche Debatte vgl. *Glaefner, Gert-Joachim*: *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung*. Opladen 1982 (Studienbücher zur Sozialwissenschaft 44). – An diese Theorietradition knüpfen *Szelényi und Konrád* in ihrer Arbeit von 1978 über den Weg der Intelligenz zur Klassenmacht an. Vgl. *Szelényi, Iván/Konrád, György*: *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*. Frankfurt/Main 1978.

rung – obwohl so nicht intendiert – geduldet wurde. Dieses wichtige Phänomen wird unter Punkt 3 ausführlich behandelt werden.

1. Der Staatssozialismus als partiell ideologisch und sozial legitimierte Ordnung

Die Legitimation des Staatssozialismus durch eine Ideologie, deren Versprechen in der Überwindung des kapitalistischen Systems und der Durchsetzung einer gerechten Ordnung lag, hat zumindest in einigen Ländern Osteuropas anfänglich funktioniert, darunter auch in der Tschechoslowakei nach 1945.⁸ Diese Begründung des Herrschaftsverhältnisses mit dem Ziel, eine gerechte Zukunft zu schaffen, war bei Vertretern der Intelligenz wie Schriftstellern, Gesellschaftswissenschaftlern oder Lehrern besonders wirksam. Will man der Bedeutung dieser Gruppen für die in der Gesellschaft herrschenden Sinndeutungen gerecht werden, muss das politische Herrschaftsverhältnis als zumindest dreigliedrig dargestellt werden: Zwischen die kleine politische Führungsgruppe – die „politische Elite“ in funktionaler Hinsicht – und die Masse der Bevölkerung schiebt sich vermittelnd eine Subelite oder „Dienstklasse“.⁹ Diese stützt einerseits die Herrschaftsansprüche der „Elite“ und vermittelt diese an die übrige Bevölkerung, andererseits gibt sie auch gewisse Rückmeldungen über die Wünsche und Ziele „von unten nach oben“ weiter.

Die sozialistische Ideologie verlor allerdings mit der Zeit an Anziehungskraft. In dem Maße, in dem die Heilserwartungen verblassten und die Glaubwürdigkeit des Programms eines radikalen gesellschaftlichen Wandels schwand – anders gesagt: im Prozess der De-Ideologisierung der staatssozialistischen Gesellschaften –, verminderte sich die Wirksamkeit dieser Form der Herrschaftslegitimierung. Der Erosionsprozess der kommunistischen Ideologie wurde in allen Staaten der sozialistischen Welt durch die Enthüllungen des Geheimreferats von Nikita Chrusčëv auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 deutlich befördert und gelangte mit dem Übergang zum Konzept des „Konsumsozialismus“ in den 1970er Jahren in sein Endstadium. Für diesen Niedergang war die gewaltsame Beendigung des „Prager Frühlings“ von erheblicher Bedeutung. Es gab aber auch gegenläufige Prozesse, also Phasen der Belebung der ideologischen Bindekraft der sozialistischen Zielsetzung, so etwa in einer Reihe von Ländern während der Anfangszeit der sowjetischen Perestrojka. In welchem Umfang dies geschah, gilt es empirisch zu untersuchen. In der DDR jedenfalls konnte man einen solchen Prozess der Belebung vor allem in Kreisen der Intelligenz ab Mitte der 1980er Jahre deutlich beobachten.¹⁰

Die Stabilität der Herrschaft im Staatssozialismus erwuchs zweitens auch daraus, dass die Politik der kommunistischen Parteien bestimmten Teilen der Bevölkerung

⁸ Vgl. für die SBZ/DDR meinen Text auf einer Konferenz im September 2008 in Prag: Segert, Dieter: Loyalitäten im späten Staatssozialismus. Die DDR-Intellektuellen im Vergleich. Beitrag auf der Konferenz „Loyalitäten im Staatssozialismus. DDR, Tschechoslowakei, Polen“, Prag, 25. und 26. September 2008. Im Druck.

⁹ Brie, Michael: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/Main, New York 1996, 39-104, hier 42.

¹⁰ Segert, Dieter: Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien u.a. 2008, 34 ff.

den sozialen Aufstieg ermöglichte. Ich habe das mit dem Begriff „Nützlichkeit der Diktatur für die Beherrschten“ bereits zu beschreiben versucht.¹¹ Die Politik der kommunistischen Parteien zielte auf eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Industriearbeiter. Darüber hinaus gab es auch für andere Schichten der Bevölkerung nach dem Krieg Interessengewinne: so in Polen und der Tschechoslowakei in den Gebieten, die infolge der Aussiedlung der Deutschen frei wurden.¹² Hingewiesen werden muss in diesem Zusammenhang auch auf die Umverteilungsaktionen im Zuge der Land- und Bodenreform, die in vielen der Staaten in den ersten Jahren nach dem Krieg zugunsten von Landarbeitern und Kleinbauern ausfielen. Analoge soziale Aufstiegsprozesse waren mit der Verstaatlichung der Unternehmen verbunden, bei denen zahlreiche leitende Positionen mit Arbeitern besetzt wurden. In der DDR (bzw. anfangs der SBZ) war es vor allem die junge Generation, die weniger als die älteren und mittleren Alterskohorten durch ihr Engagement für den Nationalsozialismus diskreditiert war, welche von diesen Aufstiegschancen profitierte. In der historischen Forschung wird in diesem Zusammenhang von der „Aufbaugeneration der DDR“ gesprochen. Im Kontext der Förderung der Berufstätigkeit von Frauen kam es ferner zu einer Modernisierung der Sozialstruktur.¹³ Schließlich führte in vielen sozialistisch gewordenen Ländern die Öffnung der Universitäten für Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien zu ungekannten Aufstiegs-erfahrungen.

Im kollektiven Gedächtnis der Generationen, die im Staatssozialismus aufgewachsen sind, gibt es sehr unterschiedliche Erinnerungen an diese Aufstiegsmöglichkeiten, wie auch an den damit zusammenhängenden Abstieg anderer Gruppen und Personen. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass Menschen in jener Sozial- und Herrschaftsordnung individuell unterschiedliche Chancen hatten, sondern auch mit deren Wandel über die Jahrzehnte. Ein anderes Bild ergibt sich für den „Konsumsozialismus“ der 1970er und 1980er Jahre.¹⁴ Zwar wurden auch hier Interessen entweder bedient oder verletzt, doch anders als in der Anfangszeit. Um nur auf das Beispiel der Bildungsgerechtigkeit hinzuweisen: Während dieser Periode waren die

¹¹ *Ders.*: Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen. Frankfurt/Main 2002, 139 ff.

¹² Diese Neubesiedelung nur im Hinblick auf Entwurzelung oder verringerte Ausdifferenzierung der Gesellschaft, ihre „Vermassung“ zu deuten (wie bei *Havelka*: Vergleich des Unvergleichbaren 323 f. [vgl. Anm. 1]), greift m. E. zu kurz. Die Interessenpolitik und ihre Wirkungen auf die Loyalität der davon profitierenden Menschen ist eine eigenständige historische Tatsache, die auch empirisch nachweisbar ist.

¹³ Vgl. für die DDR: *Geißler*, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur sozialstrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen 1992, 259 ff.

¹⁴ Zur loyalitätsstiftenden Wirkung der Sozialpolitik (einer konkreten Schnittstelle von Sozial- und Herrschaftsgeschichte) vgl. die umfangreichen Analysen zur DDR, Tschechoslowakei und Polen: *Boyer*, Christoph (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 10: 1971–1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Baden-Baden 2008. – *Hübner*, Peter / *Hübner*, Christa (Hgg.): Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei. Köln, Weimar, Wien (Zeithistorische Studien 45).

Wege des sozialen Aufstiegs über höhere Bildung erneut blockiert, weil nunmehr die Kinder der alten wie auch der neu entstandenen Intelligenz in die höheren Bildungseinrichtungen drängten bzw. die Kinder der körperlich arbeitenden Schichten andere Lebensentwürfe verfolgten.

Die hier beschriebene stärkere Berücksichtigung der Interessen der körperlich arbeitenden sozialen Gruppen („Arbeiter und Bauern“) in der Politik der kommunistischen Parteien kann selbstverständlich auch als Herrschaftsmittel gedeutet werden, erschöpft sich aber nicht in dieser Funktion. Der Staatssozialismus muss eben auch als Versuch angesehen werden, durch Umverteilung sozialer Chancen eine neue Sozialordnung zugunsten der bis dahin Unterprivilegierten zu schaffen.¹⁵ Diese Politik griff radikal in die Lebenswirklichkeit sozialer Gruppen ein und bedingte in der Gesamtschau den Auf- oder Abstieg eines sehr großen Teils der Bevölkerung.

Ich hatte bereits am Beispiel der Bildungspolitik erwähnt, dass die sozialen Bilanzen von Individuen und Gruppen zu unterschiedlichen Zeiten verschieden ausfielen. Wie genau sich diese veränderten, kann und muss empirisch erforscht werden. Der entscheidende soziale Aufstieg ganzer Bevölkerungsgruppen, in dessen Folge die Zahl derer rapide zunahm, die die neue Ordnung unterstützten, fand in der „revolutionär-transitorischen Phase“¹⁶ statt, also – in den osteuropäischen Staaten außerhalb der Sowjetunion – im ersten Jahrzehnt nach 1945. Ich hebe das deshalb besonders hervor, weil es unzweifelhaft auch die Zeit war, in der sich am deutlichsten „totalitäre Züge“ der Machtausübung beobachten ließen. Die Frage nach der sozialen Einbettung dieser Form von Herrschaft ist bisher von wissenschaftlichen Interpretationen aber in der Regel nicht gestellt worden. Bei Havelka beispielsweise werden die sozialen Transformationen der späten 1940er und frühen 1950er Jahre nur als die totalitäre Herrschaft stützende Veränderungen der Mentalität der tschechoslowakischen Bevölkerung angesehen, während die damit verbundene Befriedigung von Interessen und Erweiterung der Aufstiegschancen bestimmter Teile der Bevölkerung ausgeblendet bleiben.¹⁷

2. Wandel und Reformen in der Geschichte des Staatssozialismus

Der Begriff „totalitäre Herrschaft“ lässt wenig Raum für eine Erklärung des von inneren Kräften vorangetriebenen Wandels. Carl Joachim Friedrich ging sogar so weit, dass er sich das Ende des totalitären Regimetyps nur durch eine militärische Intervention vorstellen konnte.¹⁸ In der Realität vollzog sich der gesellschaftliche

¹⁵ Diese Orientierung wurde in der Legitimationsideologie durch die These von der „Arbeiterklasse“ als dem eigentlichen Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums in der modernen Gesellschaft untermauert.

¹⁶ Kornai, János: *The Socialist System. The Political Economy of Communism*. Oxford 1992.

¹⁷ Vgl. Havelka: *Vergleich des Unvergleichbaren* 327-329 (vgl. Anm. 1).

¹⁸ Einer Macht, die per definitionem übermächtig ist, kann eben kein wirklicher Widerstand, weder von Einzelnen noch von Gruppen, entgegengesetzt werden. Dieses Argument wurde Friedrich bereits in den 1950er Jahren entgegengebracht. Er reagierte darauf, indem er in seinem bekannten Buch die verschiedenen Möglichkeiten eines solchen Wandels diskutierte und gleich wieder verwarf: Dass die Sowjetherrschaft wie der Nationalsozialismus oder der italienische Faschismus militärisch beendet werden würde, hielt Friedrich aber für sehr

Wandel – auch der Wandel der politischen Herrschaftsformen – bekanntlich anders: Er bezog seine Impulse aus einer Mischung von in Teilen der Elite wahrgenommenen Effizienzproblemen und dem offenem Unmut in der Bevölkerung, also aus verschiedenen Formen von Kritik (1); aus Machtkämpfen in der Führungsspitze der Kommunistischen Partei selbst (2); oder aber wurde von einer politischen Allianz aus Reformern an der Spitze mit Teilen der Subelite zustande gebracht (3).

Die Mechanismen des Wandels differierten je nach Zeit und Land: In der Krise der Sowjetmacht im Frühjahr 1921 wirkte vor allem der erstgenannte Faktor, nach Stalins Tod vor allem die Faktoren eins und zwei. In der Tschechoslowakei der 1960er Jahre, als es zwischen 1963 und 1968 zu einer deutlichen Öffnung der Gesellschaft kam, waren hingegen alle drei Faktoren von Bedeutung. Auf Ungarn 1956 und die polnische Krise 1980/81 trafen ebenfalls alle drei Punkte zu. Für die DDR galt die Besonderheit, dass es nur selten Reformern an der Parteispitze gab, eher waren hier der Unmut in der Bevölkerung oder der politische Wille von Teilen der intellektuellen Dienstklasse ausschlaggebend.

Es waren also überaus komplexe Veränderungsmechanismen, die letztlich zur friedlichen Abkehr der Herrschenden vom Modell der staatssozialistischen Diktatur während der Krise des Systems ab Ende der 1980er Jahre führten: Einerseits kamen die Impulse für den Wandel von Reformern, die die Möglichkeit einer Erneuerung des sozialistischen Modells falsch einschätzten, andererseits waren Teile der Elite auf der Suche nach einer neuen Basis für ihre Macht. Diese neue Basis sollte im Übergang zu einem anderen Modell von Wirtschaft und Gesellschaft entstehen. Ferner war der Niedergang der bestehenden Herrschaftsordnung dadurch bestimmt, dass große Teile der Subelite der Führung ihre Unterstützung entzogen, was sich in einer tiefen Legitimationskrise der Macht der kommunistischen Parteien widerspiegelte. Die Selbstauflösung und Neugründung der beiden stärksten Reformparteien – in Ungarn im Oktober 1989 und in Polen im Januar 1990 – waren ebenso ein beredter Ausdruck dieses Zerfallsprozesses wie die Bewegung kritischer Parteimitglieder in der SED im Herbst 1989.

3. Informelle Netzwerke im Staatssozialismus und die Quellen der anhaltenden Macht der „alten Eliten“ nach 1989

Die Prozesse der Aufrechterhaltung sozialer Strukturen und der Transferierung von Machtpositionen im Systemwechsel können als gut erforscht gelten. Umfangreiche Forschungen zum Elitenwandel, in denen Positionen alter und neuer Führungsgruppen nachgegangen wurde, haben zumindest mit einer gewissen Plausibilität die Kontinuität von Teilen der Eliten nachgewiesen.¹⁹ Iván Szelényi hat in den 1990er

unwahrscheinlich – dazu sei die Erinnerung an den Sieg von 1945, der aus einer zuvor nahezu hoffnungslosen Lage heraus errungen worden war, viel zu lebendig. Friedrich, Carl Joachim/Byzeczinski, Zbigniew: Totalitäre Diktatur. Stuttgart 1957, 258. – Ein revolutionärer Aufstand von innen heraus wird angesichts der Omnipotenz der Herrschaft als unwahrscheinlich bezeichnet. *Ebenda* 263 f.

¹⁹ Die Literatur dazu ist sehr umfangreich, hier soll nur auf einige der wichtigen Analysen zu Osteuropa verwiesen werden, so auf die Sammelbände von Best, Heinrich/Becker, Ulrike

Jahren seine These von 1978 über den Aufstieg der Intelligenz während des Staatssozialismus bestätigt gesehen.²⁰ Auch Michael Ehrkes These von der „comparator intelligentsia“ als einer Gruppe, die ihre Macht sichert, indem sie ein Bündnis mit ausländischem Kapital unter Ausnutzung der Positionen eingeht, die sie bisher in der Leitungshierarchie der staatssozialistischen Wirtschaft hatte, gehört zu dieser Art theoretischer Modellierung der post-sozialistischen Realität.²¹

Welche gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen eine solche soziale Kontinuität von Teilen der alten Eliten bzw. Subeliten hat, ist allerdings bisher nur für den Sonderfall der post-sowjetischen Gesellschaften, also für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, im größeren Stil untersucht worden. Für diese Analyse wurde auf das theoretische Modell der neopatrimonialen Verhältnisse als Interpretationsraster zurückgegriffen. Die informellen Machtverhältnisse, die es einem Teil der Subelite schon im Spätsozialismus ermöglichten, trotz der formell unveränderten Herrschaft der kommunistischen Parteiführung einen bedeutenden Anteil der realen Macht an sich zu binden, haben sich nach 1989 in auch formell verankerte Formen politischer und sozialer Macht umgewandelt. Die Präsidialsysteme, die sich in der Mehrzahl dieser Gesellschaften herausgebildet und stabilisiert haben, werden durch Patron-Klient-Beziehungen gestützt, in denen politische und wirtschaftliche Macht verschmelzen. Der politische Wettbewerb findet dann vor allem zwischen verschiedenen Patronagenetzwerken, aber nicht unter wirksamer Partizipation der Bevölkerung statt.²²

Die Kontinuität bzw. der Transfer informeller Beziehungen, von Regeln und Machtpotenzialen der „grauen Ökonomie“ in anderen Subregionen Osteuropas, vor allem aber in den neuen EU-Mitgliedstaaten Ostmitteleuropas, sind dagegen bisher wenig thematisiert und untersucht worden. In seinem Beitrag weist Pithart mit Nachdruck auf diese Kontinuitäten hin und beklagt insbesondere die mangelnde Sorgfalt der Transformationseliten, die diese spontan agierenden aber mächtigen Akteure nur schwachen rechtlichen Kontrollen unterworfen hätten. Dies erklärt er damit, dass die spezifische Dynamik des postsozialistischen Marktes unterschätzt worden sei. Indessen bezeichnet Pithart die Vorstellung, der Staat sei in den Jahren vor dem Umbruch Eigentümer der großen Wirtschaftsunternehmen gewesen, als Illusion. Im späten Staatssozialismus habe nur noch eine ideologische Kulisse staat-

(Hgg.): *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*. Opladen 1997. – Steiner, Helmut/Tamás, Pál (Hgg.): *The Business Elites of East-Central Europe*. Berlin 2005 (*Social studies on Eastern Europe* 3).

²⁰ King, Lawrence Peter/Szelényi, Iván: *Theories of the New Class. Intellectuals and Power*. Minneapolis u. a. 2004 (*Contradictions* 20). – Dies.: *Post-communist Economic Systems*. In: Smelser, Neil J./Swedberg, Richard (Hgg.): *The Handbook of Economic Sociology*. 2. Aufl. Princeton, Oxford 2005, 205-229, hier 213.

²¹ Ehrke, Michael: *Das neue Europa: Ökonomie, Politik und Gesellschaft des postkommunistischen Kapitalismus*. Bonn 2004 (*Europäische Politik. Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung*).

²² Siehe u. a. Fisman, Aleksandr: *Demokratija, neopatrimonialism i globalnye transformacii [Demokratie, Neopatrimonialismus und globale Transformation]*. Charkiv 2006. – Meyer, Gerd: *Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe*. Hungary, Poland, Russia and Ukraine. 2. Aufl. Opladen, Farmington Hills 2008.

lich kontrollierten Eigentums existiert; *de facto* seien die großen Unternehmen längst „positionsbedingtes Eigentum“ der Manager gewesen.²³ Eben jene hätten dann den Prozess der Privatisierung in großem Maße im Sinne ihrer eigenen Interessen beeinflussen können – und zwar auf informellen Wegen. Gerade eine solche Interpretation ist nun meines Erachtens ein starkes Argument dafür, sich von einer bloßen Debatte über die Qualität der politischen Herrschaftsformen zu verabschieden und den Verflechtungen von sozialen und politischen Verhältnissen sowohl im späten Sozialismus als auch nach 1989 nachzugehen.

Im Spätsozialismus hatte sich eine Form von Gesellschaft herausgebildet, in der die formellen politischen Institutionen, die den Anspruch auf absolute Herrschaft aufrechterhielten, nur als ausgehöhlte Fassade vor den ihnen widerstrebenden informellen sozialen Verhältnissen standen. Diese mächtige informelle Realität trat durch die Revolution – also in der Folge der grundlegenden Veränderung der existierenden formellen politischen und Rechtsverhältnisse – von 1989/90 offen zutage. Der Parteistaat brach zusammen, an seine Stelle traten als neue politische Institutionen Wahldemokratie, Rechtsstaat und Öffentlichkeit. Da die Fähigkeit zur politischen Partizipation aber bei einer Mehrheit der BürgerInnen nur wenig ausgebildet war – auf diese Schwäche der Bürgergesellschaft hat Petr Pithart eindrucksvoll hingewiesen – entwickelte sich nach 1989 im Prozess der Systemtransformation eine eigenständige Verbindung von „Marktwirtschaft und Demokratie“, gewissermaßen ein „postsozialistischer Kapitalismus“. Die ererbten informellen Machtpositionen aus der Zeit des Spätsozialismus konnten von einem Teil dieser Akteursgruppe erfolgreich legalisiert werden. Andere Gewinner der wirtschaftlichen Privatisierung kamen hinzu. Auch die Angehörigen der politischen Klasse gehörten zu den Gewinnern der Systemtransformation. Über die in diesem Transformationsprozess auftretenden Allianzen von politischer und wirtschaftlicher Macht ist heute noch zu wenig bekannt. Die entstehende Gesellschaft unterscheidet sich auf jeden Fall deutlich von den uns bekannten Formen von Kapitalismus und Demokratie.

Soweit meine theoretische Argumentation. Abschließend noch eine kleine politische Anmerkung: Wenn die im dritten Teil meiner Überlegungen formulierten Thesen zutreffen, dann ist die in der Politik wirksame Vorstellung, der Prozess der Demokratisierung in der Tschechischen Republik sei vor allem durch die starrsinnige und der Vergangenheit verhaftete konservative Kommunistische Partei bedroht, kaum haltbar. Die Verantwortung für die von Pithart beschriebenen Prozesse liegt meines Erachtens nicht so sehr bei Personen, die nach wie vor Mitglieder dieser Partei sind; sie muss eher bei jenen gesucht werden, die die informelle Machtposition, die sie vor dem November 1989 innehatten, erfolgreich in einen nunmehr rechtlich legitimierten Gewinn an Einfluss und Eigentum überführen konnten. Es ist zu vermuten, dass sich die betreffenden wirtschaftlichen Netzwerke in ihrem Bemühen um die Transformation von alten in neue Machtpositionen eher auf politische Verbündete in den Parteien gestützt haben, die nach 1990 Regierungsverantwortung besaßen, als auf die angeschlagenen Kommunisten.

²³ *Pithart*: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen? 407 (vgl. Anm. 2).

Jan Pauer

TOTALITARISMUS ALS THEORIE UND ALS TSCHECHISCHER „TOTÁČ“

In seinem Aufsatz „Vergleich des Unvergleichbaren“ versucht Miloš Havelka, mit Hilfe eines normativ-typologischen Totalitarismuskonzeptes eine einheitliche totalitäre Periode in der tschechischen Geschichte auszumachen, die er auf die Jahre zwischen 1938 und 1956 datiert.¹ Dafür kombiniert er einige divergierende Ansätze älterer Totalitarismustheorien mit Elementen der neueren Transitionstheorie, die sich auf politologische Analysen aus Lateinamerika und Südeuropa stützen, und ordnet unterschiedliche historische Phänomene wie Massenmord, kollektive Gewalterfahrung, Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung, Massenemigration sowie extensive politische Repression einem bestimmten Zeitraum zu. Er gelangt zu dem Schluss, dass das System in der Tschechoslowakei nach 1956 nicht mehr als totalitär, sondern als autoritär zu bezeichnen sei. Da er erklärtermaßen „totalitär“ und „autoritär“ synonym verwendet, stellt sich jedoch die Frage, welchen heuristischen Gehalt sein Begriff „totalitäre Periode“ überhaupt hat. Havelka erläutert kein konkretes Herrschaftsmodell, konstruiert keinen Idealtypus, sondern charakterisiert einen bestimmten Zeitabschnitt der modernen tschechischen Geschichte als „totalitär“. Bringt diese Verwendung des Totalitarismusbegriffs neue Einsichten gegenüber älteren, weniger theoriegeleiteten Konzepten für die Geschichte dieses Zeitraums, etwa „Nationalsozialismus“, „Faschismus“, „Stalinismus“, „Kollaboration“ und „Protectorat“, „Kalter Krieg“, „Sowjetisierung“, „Entstalinisierung“? Die vielen Kontinuitätsbrüche in der Politik, den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie den dominanten Ordnungsvorstellungen, die mehrfachen Herrschafts- und Elitenwechsel in dem von Havelka als totalitär beschriebenen Zeitraum lassen Zweifel daran aufkommen, ob es in dieser Zeit tatsächlich eine bestimmte „innere Einheit“ jenseits der Evidenz der Opferzahlen gibt. Denn Gewalt, Unfreiheit, Abwesenheit von Demokratie, institutionelle und mentale Schäden infolge traumatischer kollektiver Erfahrungen durch Stigmatisierungen, Mord, Gewalt und Unterdrückung gingen in diesem Zeitraum von verschiedenen Regimen aus und wurden mit unterschiedlichen Ideologien begründet, während der Grad von Terror und Repression schwankte, Täter- und Opfergruppen mehrfach wechselten.

Was den umgangssprachlichen Gebrauch des Wortes „totalitär“ betrifft, würde in Tschechien heute kaum jemand gegen die Charakterisierung dieser Periode mit diesem Adjektiv widersprechen. Unter dem weiten Dach des Totalitarismusbegriffs lassen sich extreme Gewaltphänomene allerdings unterschiedlich konzeptualisieren: So hat beispielsweise Norman M. Naimark Vertreibungen, Flucht und Zwangsmigra-

¹ Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 316.

tionen unter dem Paradigma „ethnische Säuberungen“ analysiert.² Er spricht vom „flammenden Hass“, mit dem von staatlicher Seite angeführte Gewaltakte bzw. Genozide kollektiv verübt werden, und sieht hierin ein herausragendes Spezifikum des 20. Jahrhunderts, des „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm). Hannah Arendt, die sich dem gleichen Phänomen zugewendet hat, gelangte indessen zu dem Befund, die durch „objektive“ Merkmale markierten Klassen- und Rassenfeinde seien kalt und emotionslos ermordet worden. Diese unterschiedlichen Sichtweisen zeigen deutlich, dass sich selbst extreme Formen des Terrors oder der Gewaltanwendung gegen Gruppen ganz verschieden interpretieren lassen. Auf jeden Fall aber bedarf die Wahl eines bestimmten Interpretationsmodells für die historische Analyse einer konkreten Begründung.

Lassen sich die Opfer des größten Weltkriegs in der Geschichte der Menschheit mit 55 Millionen Toten und der Mobilisierung nahezu aller militärischen, finanziellen, ökonomischen und menschlichen Ressourcen dieser Erde mit den Mitteln einer typologisierenden Herrschaftslehre adäquat beschreiben? Wohl kaum. Lässt sich der Holocaust, das heißt die systematische industrielle Ermordung von jüdischen Zivilisten selbst auf dem Gebiet der Bündnisstaaten Hitlers, unter dem Totalitarismuskonzept subsumieren oder ist dafür eher der Begriff des Zivilisationsbruchs angebracht? Hannah Arendt, die eine Parallele zwischen der Vernichtung der „minderwertigen Rassen“ durch die Nationalsozialisten, die sich dabei auf die Gesetze der Natur beriefen, und der Vernichtung von Klassen durch die Bolschewiki unter Berufung auf die Gesetze der Geschichte gezogen hat, wollte die NS-Vernichtungslager nicht mit den Arbeitslagern der forcierten Industrialisierung im Gulag-System gleichsetzen.³ Dass rund zwei Drittel aller tschechoslowakischen Todesopfer zwischen 1938 und 1945 aus rassistischen Gründen umgebracht worden sind, zeigt, in welch unterschiedlichen Kontexten die Zahlen für die Gewaltopfer dieser Jahre stehen. Wie groß ist die Reichweite des Totalitarismuskonzeptes für die historische Analyse, wenn so viele unterschiedliche Phänomene unter diesem Oberbegriff versammelt sind, dass sich innerhalb dessen eigenständige historische Forschungszweige ausdifferenziert haben? Die Leistungen und Defizite zentraler Theoreme der Totalitarismustheorien müssten konkretisiert und in einen klaren Bezug zur Empirie gesetzt werden. Wenn beispielsweise Massenflucht ein legitim gewähltes empirisches Indiz für das Vorhandensein totalitärer Herrschaft sein soll, wie ist dann die Flucht der etwa 4 Millionen DDR-Bürger in den 40 Jahren der kommunistischen Diktatur einzuordnen? Die letzte Exit-Welle brachte das SED-Regime Ende der 1980er Jahre schließlich zum Einsturz.

Die Totalitarismustheorien unterscheiden sich in Bezug auf die einbezogenen Merkmale, deren hierarchische Anordnung und systematische Verknüpfung. Während Carl J. Friedrich bezweifelte, dass sich totalitäre Herrschaft von innen überwinden ließe, hielt Karl W. Deutsch die Erosion der totalitären Herrschaft für möglich und Hannah Arendt ihr endogenes Ende sogar für zwingend. Wie gehen die

² Naimark, Norman M.: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.

³ Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München, Zürich 1991, 683.

unterschiedlichen Ansätze der Totalitarismustheorien mit diachronen historischen Prozessen um? Die „kurze“ NS-Diktatur war totalitär von Anfang bis zum Ende und wurde von außen durch den Sieg der Alliierten gestürzt. Größere Probleme ergeben sich indessen, will man den Wandel in den „langen“ kommunistischen Diktaturen mit Hilfe der Totalitarismustheorie erklären.

Da der Zeitraum 1939-1989 auch die tschechoslowakische Periode der tschechischen Geschichte betrifft, wäre zu fragen, welche Einsichten ein Vergleich der slowakischen „totalitären“ Periode in der Gestalt des Slowakischen Staates 1939-1945 mit dem Protektorat zu Tage fördern würde. Wie hängt das erste „totalitäre“ Regime mit dem zweiten zusammen? Wird eine einheitliche, als „totalitär“ charakterisierte historische Periode postuliert, stellt sich nicht nur die Frage nach den Opfern, sondern auch nach den Trägern der totalitären Herrschaft.

Im deutschen Streit über die „zweite deutsche Diktatur“, die DDR, wird auf den großen Unterschied hingewiesen, der zwischen einer „Zustimmungsdiktatur“, also einer von innen gestützten, und einer von außen herbeigeführten Diktatur, welche ohne eine fremde Macht zusammenbräche, besteht. Während die NS-Diktatur in der deutschen Debatte als weltgeschichtlich relevant, die „zweite Diktatur“ dagegen als „Fußnote der deutschen Geschichte“ klein geschrieben wird, schien es sich in Tschechien seit 1989 geradezu umgekehrt zu verhalten: Im tschechischen antikommunistischen Diskurs dominiert die „kommunistische Totalität“ fast so, als hätte sie keine Vorgeschichte gehabt. Insofern leistet Havelkas Ausdehnung des Begriffs „totalitäre Herrschaft“ auf die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung einen Beitrag zur Historisierung der sozialistischen Periode. Sie korrespondiert mit der Agenda des 2007 errichteten „Instituts zur Erforschung totalitärer Regime“ (*Ústav pro studium totalitních režimů, ÚSTR*). Die ursprüngliche Version des Gesetzes zu seiner Errichtung unter dem antiquierten Konzept eines Instituts des „nationalen Gedächtnisses“ hatte nur die kommunistische Totalität im Sinn. Die NS-Diktatur zu erforschen, war zunächst nicht vorgesehen, sondern diese Erweiterung wurde erst in der letzten Lesung des Gesetzesvorschlages im Parlament hinzugefügt. Im Gesetz Nr. 181/2007 Sb. werden die Jahre der deutschen Okkupation (1938-1945) im Sinne der damaligen offiziellen Sprachregelung als „Zeit der Unfreiheit“ bezeichnet, die Kennzeichnung „totalitär“ bleibt allein der kommunistischen Diktatur 1948-1989 vorbehalten („kommunistische totalitäre Macht“ § 2, a, b). Autoritäre und totalitäre Herrschaft werden in der Präambel nebeneinander gestellt, ohne erläutert zu werden.

Autoritäre Staaten hatte es vor dem Aufkommen neuer, aus damaliger Sicht revolutionärer Massenbewegungen und Diktaturen, wie es Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus waren, bereits zur Genüge gegeben. Die diesen Systemen eigene neue Qualität diktatorischer Herrschaft war der Grund für die Entstehung der Totalitarismustheorie. Es erscheint unverständlich, diese historisch begründete Unterscheidung fallen zu lassen und die Begriffe synonym zu verwenden, während die Periodisierung beibehalten wird.

Gewiss stellt das Jahr 1956 mit der Kritik am Führerkult, der Beendigung des unberechenbaren Massenterrors als einer Mobilisierungs- und Ordnungsressource in der UdSSR und der Gulag-Auflösung, die schon seit 1953 im Gang war, eine historische Zäsur in der Geschichte des Sowjetkommunismus dar. In einer quasi reli-

giösen Ideokratie löste die Selbstkritik des Macht- und Glaubenszentrums unter den kommunistischen Gläubigen einen Säkularisierungsschub von großer Tragweite aus. Auch für den polnischen Fall könnte die Festlegung der totalitären Ära auf die Jahre zwischen 1939 und 1956 eine gewisse Plausibilität beanspruchen: Das Land war in diesen Jahren durchgehend von fremden Okkupationstruppen besetzt und politisch „totalitär“ fremdbestimmt. In der Entwicklung, die 1956 zum Machtwechsel zu Władysław Gomułka führte, lässt sich durchaus ein tiefer Bruch der polnischen Geschichte sehen. In Ungarn wiederum hat die „antitotalitäre Revolution“ 1956 (Hannah Arendt) für eine unauslöschliche historische Zäsur gesorgt. Indessen war zu diesem Zeitpunkt in der Tschechoslowakei eher Herrschaftskontinuität als -wandel zu verzeichnen, auch ist die innenpolitische Zäsur von 1956 als deutlich schwächer zu veranschlagen als die von 1948, um bei der Landesperiodisierung zu bleiben.

Was die tschechische Geschichte angeht, stellt sich die Frage, ob die „defekte Demokratie“ zwischen 1945 und 1947 „totalitärer“ war als das Regime nach der zweiten militärischen Okkupation des Landes während der frühen 1970er Jahre, als politische Prozesse, eine Gesinnungsüberprüfung der gesamten erwachsenen Bevölkerung und die Massensäuberungen der Bibliotheken durchgeführt wurden. Zweifellos fehlte die „manipulierende Mobilisierung des Volkes“, aber auch das Protektorat war ohne nennenswerte Mobilisierung der Massen ausgekommen (von den tschechisch-jüdischen und deutsch-antifaschistischen Bevölkerungsteilen einmal ganz abgesehen). Andererseits zeigt das hohe Maß an Repression nach dem Februar 1948, wie viele politische, institutionelle, rechtliche und weltanschauliche Elemente einer pluralistischen Gesellschaft in den ersten Jahren nach dem Krieg noch vorhanden gewesen waren. Selbst wenn die erneuerte Tschechoslowakei, deren Entstehung von der Bevölkerungsmehrheit als Befreiung erlebt wurde, mehr Elemente eines „Maßnahmenstaates“ (Ernst Fraenkel) als eines durch Recht, Verfassung und zivilgesellschaftliche Institutionen gestützten demokratischen Staates heutigen Zuschnitts aufwies, würde ich diese Zeit nicht als „totalitär“ klassifizieren. Werden solch hybride Formen politischer Ordnung auch noch unter den Totalitarismusbegriff subsumiert, frast dieser immer weiter aus.

Auch die Klassifizierung der Herrschaftsform der Periode zwischen 1956 und 1989 als „autoritär“ kann eher auf theoretischer Ebene, im Koordinatensystem des Totalitarismuskonzepts Plausibilität beanspruchen, als dass sie zur Differenzierung und zum Verständnis der konkreten Vorgänge im Land beitragen würde. Gesellschaft und Herrschaft befanden sich in den 1960er Jahren in einem völlig anderen Zustand als während der 1970er und 1980er Jahre. Was können Klassifizierungen wie „autoritär“ beitragen, um beispielsweise die Entstehung informeller Interessengruppen in den 1960er Jahren, die schließlich den „Prager Frühling“ 1968 ermöglicht haben, zu erklären? War dieser Freiheitsausbruch auch „autoritär“?

Im Gesetz über die „Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes und den Widerstand gegen dasselbe“ (Nr. 198/1993 Sb.) wird der „Prager Frühling“ 1968 als Teil eines als „verbrecherisch, illegitim und verabscheuungswürdig“ qualifizierten Regimes kurzerhand der „totalitären Periode“ zugeschlagen. Das Brünner Verfassungsgericht hat dieses ideologische Zerrbild der historischen Vorgänge mit seinem Urteil vom 31. März 2008 noch bestätigt. Als Beweisführung für die Qualifizie-

rung der Periode zwischen dem Februar 1948 und dem Dezember 1989 als Zeit der „kommunistischen totalitären Macht“ im Gesetz Nr. 181/2007 Sb. genügte den Richtern, dass sich die Kommunistische Partei während dieser gesamten Zeit nicht von der Ideologie des Marxismus-Leninismus losgesagt, auf ihre führende Rolle verzichtet oder sich vom „Kommunistischen Manifest“ (sic!) sowie Lenins „Staat und Revolution“ distanziert hätte.⁴

Havelka bietet fundierte Reflexionen über die Vorzüge und Mängel der Totalitarismustheorien. Insgesamt wirft sein Beitrag aber mehr Fragen auf als sein Periodisierungsvorschlag Antworten anbietet. Angesichts der geradezu selbstverständlichen Verwendung des Totalitarismusbegriffs in der Umgangssprache, der Politik und in Gesetzestexten bei gleichzeitig recht bescheidener Auseinandersetzung mit dieser Theorie- und Denktradition in Tschechien sind diese Fragen jedoch sein produktivster Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion. Besonders der Zusammenhang zwischen der ersten und zweiten Diktatur wird wenig reflektiert. Generell gilt, dass sich die Totalitarismustheorien besser für Diktaturvergleiche als für die historische Periodisierung eignen.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war die Vokabel „totalitär“ in aller Munde, allen ging sie leicht von den Lippen: von Gorbacëv über Dubček bis hin zu bekannten Gegnern des Kommunismus. Auch in Deutschland sprachen linksorientierte Intellektuelle wie Jürgen Habermas nach 1989 vom „antitotalitären Konsens“⁵ und der Historiker Hans-Ulrich Wehler, einer der bekanntesten Vertreter der sozialwissenschaftlichen Gesellschaftsgeschichte, fand es nach 1989 einleuchtend, den Herrschaftskern des SED-Regimes in der früheren DDR als „totalitär“ zu bezeichnen.⁶ Aus dem früheren politischen Kampfbegriff, der im Kalten Krieg vornehmlich gegen den Kommunismus in Stellung gebracht worden war, wurde nach 1989 das Synonym für die modernen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Politisch hat der Begriff „Totalitarismus“ also an Legitimität gewonnen, aber hat er daraus auch analytische Kraft geschöpft?

In der theoretischen Reflexion über den Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989 wurde von den Anhängern der Totalitarismustheorie argumentiert, dass das Regime seine totalitäre Natur bis zum Ende nicht aufgeben konnte, die Reichweite seiner Herrschaftsmittel jedoch beständig abgenommen habe. In den Diskursen der tschechischen Dissidenten hatte sich der Totalitarismusbegriff als zentraler Referenzrahmen für die Analyse der allgemeinen Misere etabliert. So bemerkte Klaus von Beyme, dass die Fackelträger der „Samtenen Revolution“ den Totalitarismusbegriff als Feindbezeichnung verwendeten.⁷ In der Tat ist der Paradig-

⁴ <http://www.concourt.cz/scripts/detail.php?id=581> (letzter Zugriff 6.12.2009).

⁵ Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland. Bd. IX. Baden-Baden, Frankfurt/Main 1995, 690.

⁶ Wehler, Hans-Ulrich: Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und die DDR-Geschichte. In: *Bauerkämper, Arndt/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd* (Hgg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*. Christoph Kleßmann zum 60. Geburtstag. Bonn 1998, 346-352, hier 347.

⁷ Beyme, Klaus von: Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffs nach dem Ende der kom-

menwechsel in der Systemkritik nach der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ evident: Während der 1960er und des reformsozialistischen Experiments wurde vor allem der Stalinismus kritisiert. Darüber hinaus legten Ökonomen, Soziologen und politisierende Juristen durch empirische Kritik die strukturellen und Funktionsschwächen des Systems offen. In den Augen einer breiten Öffentlichkeit wurde der reale Sozialismus entzaubert, wenngleich die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus in der Gestalt des Eurokommunismus bis 1989 fortlebte. Die Erfahrung, dass sich die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei durch eine Reform „von oben“ nicht wiederbeleben, öffnen oder gar überwinden ließ und die Schlussfolgerung, die daraus in den 1970er Jahren gezogen wurde, dass nämlich der Kommunismus unreformierbar sei, korrespondierten mit grundlegenden Thesen des Totalitarismuskonzepts. In den Analysen der Dissidenten bildete der Begriff „totalitäre Herrschaft“ während der Normalisierungszeit folglich den Ausgangspunkt. Sie ahnten vermutlich gar nicht, wie stark ihr Vokabular und ihre Interpretation der spätkommunistischen Diktatur die westliche Totalitarismusforschung inspirierten. Einige prominente Vertreter in Deutschland wunderten sich über die plötzliche Renaissance der Totalitarismustheorie, die durch die Implosion der kommunistischen Diktaturen 1989 aus dem Osten einen kräftigen Schub erhielt.⁸

Milan Šimečka, Václav Havel oder Jan Tesař – um nur drei Namen zu nennen – haben sich in ihren Analysen der kommunistischen Herrschaftsmechanismen während der 1970er und 1980er Jahre darauf konzentriert, das Verhalten der Menschen unter den Zwängen des Systems zu beobachten und die Gesellschaft unter den Bedingungen einer bereits reduzierten Reichweite kommunistischer Herrschaft beschrieben. In den Mittelpunkt der Systembetrachtung rückten sie die persönliche Verantwortung der Menschen für das Funktionieren und den Fortbestand der Diktatur. Havels Befund, dass die Gesellschaft sich nicht primär in Herrscher und Beherrschte aufteile, sondern die Konfliktlinie im posttotalitären System durch jeden einzelnen Menschen verlaufe, da jeder auf seine Art Opfer und Stütze des Regimes sei, bot ein anderes Bild der „Totalität“. Seine Diagnose der „posttotalitären Herrschaft“⁹ als einer ideologisch „erschöpften Diktatur“ wurde von einigen

munistischen Regime. In: Siegel, Achim (Hg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Köln u.a. 1998, 23-36, hier 36 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 7).

⁸ Ballestrem, Karl Graf: Der Totalitarismus in Osteuropa und seine Folgen – eine theoretische Betrachtung. In: Siegel (Hg.): Totalitarismustheorien 117-125 (vgl. Anm. 7). – Jesse, Eckhard: Überlegungen zur weiteren Totalitarismusforschung. In: Maier, Hans (Hg.): „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs. Bd. 1. Paderborn u.a. 1996, 275-284, hier 279.

⁹ Havel, Václav: Moc bezmocných [Die Macht der Ohnmächtigen]. In: Ders.: Spisy. Bd. 4. Eseje a jiné texty z let 1970-1989. Dálkový výslech. Praha 1999, 224-330; deutsche Übersetzung: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek bei Hamburg 1990, 13. – Šimečka, Milan: Obnovení pořádku. Příspěvek k typologii reálného socialismu [Die Erneuerung der Ordnung. Ein Beitrag zur Typologie des realen Sozialismus]. Köln 1979 (Doba 5). – Ders.: Kruhová obrana. Záznamy z roku 1984 [Rundumverteidigung. Aufzeichnungen aus dem Jahr 1984]. Köln 1985. – Tesař, Jan: Totalitní diktatury jako fenomén 20. století a možnosti jejich překonání [Die totalitären Diktaturen als Phänomen des 20. Jahrhunderts und die Möglichkeiten zu Ihrer Überwindung]. In: Dialogy 3 (1984) 101-111.

Vertretern der westlichen Totalitarismusforschung aufgenommen. Anders als in Petr Pitharts Beitrag zu der hier geführten Debatte¹⁰ wurde der Begriff der „posttotalitären“ Herrschaft hierbei nicht als bloße zeitliche Verlängerung der „totalitären Epoche“, sondern als ein Ensemble von Merkmalen konzeptualisiert, die eine eigenständige Herrschaftstypologie erlauben.

Pitharts Unbehagen angesichts der begrifflichen Konfusion und der verbreiteten Unfähigkeit, eine klare Bezeichnung für das kommunistische Regime zu finden, ist nachvollziehbar. Er verwirft sowohl den Ausdruck „totalitär“ als auch das Etikett „autoritär“, letzteres mit dem Argument, dass autoritäre Regime mit Privateigentum, dem Markt und bestimmten Elementen der Bürgergesellschaft kompatibel seien. Nach der Überwindung der Diktatur wird dieser Unterschied in den Prozessen deutlich, die den beiden Herrschaftsformen folgen: Transformation des Systems und Transition zur Demokratie.

Die von Pithart thematisierte Begriffsunklarheit verweist auf Probleme, die der Totalitarismusforschung inhärent sind: So wird einmal „posttotalitär“ für die Beschreibung der postkommunistischen Länder, das andere Mal zur Charakterisierung der Spätphase der kommunistischen Diktatur verwendet und sowohl gegen den Begriff „totalitär“ als auch gegen „autoritär“ abgegrenzt. Als Merkmale, in denen sich posttotalitäre Herrschaftsordnungen von autoritären unterscheiden ließen, werden die Rolle einer umfassenden Ideologie, der geringere Grad an Pluralismus in der Elitenrekrutierung und der Gesellschaft sowie die Erstarrung der Massenmobilisierung zu einem bloßen Ritual angeführt.¹¹ Eine andere Auslegung der Totalitarismustheorie spricht von totalitärer Herrschaft bis 1989 und begründet dies damit, dass der Staat solange totalitär geblieben sei, wie es die Staatspartei, die totalitäre Ideologie und den dazugehörigen Staatsapparat gegeben habe, selbst wenn sich die Gesellschaft diesen Institutionen und ihren Ansprüchen in manchen Bereichen entziehen konnte. Der Verfall eines dieser Elemente habe jedoch eine existenzielle Bedrohung für die gesamte totalitäre Ordnung dargestellt.¹²

Da eine modernisierte Version der Totalitarismustheorie den begrenzten Zugriff der totalitären Herrschaft auf die Gesellschaft reflektiert und die Implosionsprozesse der kommunistischen Regime als Beweis dafür interpretiert, dass totalitäre Herrschaft unfähig zu Öffnung und Reform gewesen sei, gewinnt im Kontext der vergleichenden Herrschaftstypologie auch diese Lesart an Plausibilität. Autoritär war das Deutsche Reich unter Bismarck ebenso wie es das kompetitiv-autoritäre Russland unter Putin/Medvedev ist. Der Erkenntnisgewinn, den die Bezeichnung

¹⁰ Pithart, Petr: 1969-1989: Fehlt ein Begriff oder eher der Wille, zu verstehen? In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 399-411.

¹¹ Thompson, Mark R.: Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa. In: Siegel (Hg.): *Totalitarismustheorien* 309-339 (vgl. Anm. 7). – Linz und Stepan, die das Regime in der Tschechoslowakei ebenfalls als „posttotalitär“ bezeichnen, meinen gar, dass totalitären Regimen in der Regel keine autoritären folgen. Stepan, Alfred/Linz, Juan J.: *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore, London 1996, 294.

¹² Macków, Jerzy: Der Totalitarismus-Ansatz und der Zusammenbruch des Sowjetsozialismus. In: *Osteuropa* 44 (1994) H. 4, 320-329.

„autoritär“ für das Verständnis der Regimebeschaffenheit und der Gesellschaft bietet, ist also vergleichsweise gering.

In den letzten Jahrzehnten hat die historische Forschung über den Nationalsozialismus und den Stalinismus ihre Inspiration nicht primär aus den Totalitarismustheorien bezogen. Vielmehr haben sich für viele Phänomene – wie z. B. Massenverbrechen/Genozid, die Herrschaftsmechanismen, das Verhalten verschiedener Gruppen und Schichten der Gesellschaft – eigenständige Forschungszweige entwickelt und ausdifferenziert. Ihre Ergebnisse sind zwar mit einigen Theoremen der Totalitarismustheorien kompatibel, werden von diesen aber weder erklärt noch differenziert genug beschrieben.

Der Totalitarismusbegriff ist im Italien der 1920er Jahre aus der politischen Publizistik hervorgegangen und besaß immer eine doppelte Kodierung: eine politisch-normative und eine theoretisch-begriffliche. Ihn nicht zu verwenden, hat bis heute etwas Bekenntnishafte an sich. Ganze Forschungsinstitute und Denkschulen rümpfen je nach methodologischer „Glaubensrichtung“ übereinander die Nase. Dabei geht es in der wissenschaftlichen Debatte doch nicht darum, ob ein Begriff „wahr“ oder „falsch“, sondern nur darum, ob er zweckmäßig ist.¹³

Will man bei der Erklärung von illegitimer Gwalt Herrschaft und Massenverbrechen nicht schwarz-weiße Geschichtsbilder produzieren, müssen kulturelle und historische Kontexte in die Überlegungen einbezogen werden. Dies gelingt mit einer Vielfalt an Perspektiven, Methoden und Begriffen besser als mit einer begrifflichen Generalisierung. Auch für die normativ-ethische Kennzeichnung der kommunistischen Diktatur steht ein eingeführtes Begriffensensemble bereit.

Wenn Petr Pithart in seinem Beitrag aufzeigen möchte, dass die verklärende Sicht auf eine angeblich alles umfassende totalitäre Herrschaft vor 1989 eher die moralische Entlastung als eine angemessene Reflexion über die Diktaturfolgen befördert hat, kann ihm nur zugestimmt werden. Auch seine Diagnose der Defizite bei der Implementierung des Rechtssystems in der postkommunistischen Transformation ist treffend. Seinem Schluss, dass diese negativen Phänomene des Übergangs eine direkte Folge aus dem falschen Verständnis des ehemaligen Systems seien, kann ich allerdings nicht folgen. Die Bezeichnung des Systems als „totalitär“ spielte für die ökonomische Transformation nach 1989 keineswegs die entscheidende Rolle, die Pithart ihr zuschreibt. Václav Klaus hat die Planwirtschaft wiederholt als ein System beschrieben, in dem nicht vertikale, sondern horizontale Beziehungen dominiert hätten und in dem die Planungskompetenz bei den Betrieben und nicht dem Wirtschaftszentrum gelegen habe¹⁴ – was nun wirklich nicht als „totalitär“ gelten kann. Seine Weigerung, die Privatisierung und Transformation der Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse durch das vermeintlich „konstruktivistische“ Recht zu reglementieren, wurzelte in Klaus' doktrinärem Verständnis von Hayeks „Verfassung der

¹³ Lübbe, Hermann: Die Historizität des Totalitarismus. George Orwells Evidenz. In: Maier (Hg.): „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“ 285-290 (vgl. Anm. 8).

¹⁴ Klaus, Václav: Cesta z pastí. Projevy z let 1997-1999 [Der Weg aus der Falle. Reden aus den Jahren 1997-1999]. Praha 1999, 101, 103.

Freiheit“ und kam ohne das – von ihm in politischen Reden durchaus verwendete Adjektiv – „totalitär“ aus.

Die Vision schneller „Prosperität“ und das Streben der Privatisierungsakteure, binnen kurzer Zeit reich zu werden, bildeten eine Schubkraft, die kaum Zeit für „falsche“ oder „richtige“ Blicke in den „historischen Rückspiegel“ ließ. In der Beurteilung der Folgen dieser Einstellung für die Rechtskultur des Landes stimme ich Pithart zu. Die Antwort auf die Frage, warum das Recht und die Juristen eine so schwache Komponente der tschechischen und slowakischen Transformation bildeten, ist meiner Meinung nach aber eher in der Hinterlassenschaft der kommunistischen Diktatur als im verklärenden Blick auf die Natur des implodierten Regimes zu suchen. Dass die Interpretation der Vergangenheit politische Richtungsentscheidungen nicht zwingend präformiert, zeigt auch der Blick auf die einstigen tschechischen Dissidenten: Fast alle haben sie das kommunistische Regime als totalitär bezeichnet und nach 1989 dennoch ganz unterschiedliche Vorstellungen über Politik, Demokratie, Systemtransformation sowie die Auseinandersetzung mit den Folgen der Diktatur entwickelt.

Wie sah der Rückblick auf die kommunistische Vergangenheit aus? In der öffentlichen Debatte über den Kommunismus nach 1989 lassen sich für Tschechien mehrere Typen der Auseinandersetzung feststellen. Der fundamentalistische Antikommunismus stellt den Kommunismus als totalitäres Verbrechen dar, das sein Wesen und Ziel nie verändert hätte. In dieser Sicht wird der Reformkommunismus von 1968 zum bloßen Fraktionskampf innerhalb der Kommunistischen Partei oder bestenfalls zur Illusion, die von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Die Klassenherrschaft der Kommunisten wird der Rassenherrschaft der Nationalsozialisten gleichgestellt. Der Ruf nach konsequenter „Debolschewisierung“ der Gesellschaft bezieht die Exkommunisten ein, deren Parteimitgliedschaft auch dann noch Sünde bleibe, wenn ihr 20 Jahre in der Opposition folgten. In einem der dümmsten Slogans nach 1989 – „Ein ehemaliger Kommunist ist wie ein ehemaliger Schwarzer“ – wurde die politische Überzeugung primordialisiert.

In der tschechischen Vergangenheitspolitik wird der Akzent auf den verbrecherischen Charakter des Kommunismus gesetzt, im Vordergrund steht der Ruf nach Bestrafung der Schuldigen und nach dem Verbot der nicht reformierten Kommunistischen Partei sowie der öffentlichen Verdammung aller Erscheinungsformen des Kommunismus. Dieser Fundamental-Antikommunismus gibt sich mit einer simplen Geschichtsdidaktik zufrieden: Wer die eigene Geschichte nicht kenne, heißt es, sei dazu verurteilt, sie zu wiederholen. Ergänzt werden die schwarz-weißen Bilder der kommunistischen Vergangenheit um die Heldenverehrung des bewaffneten Widerstands der Mašin-Gruppe in den 1950er Jahren.

Eine andere, spezifisch tschechische Variante der Auseinandersetzung mit dem Erbe der kommunistischen Diktatur stellt der „Systemantikommunismus“ der tschechischen Liberalkonservativen von Václav Klaus dar. Hier wird der Kommunismus als ein gigantisches und anmaßendes Experiment betrachtet, das die „natürliche Ordnung“, die durch funktionierende und akzeptierte Institutionen wie den Markt, das Recht, das Privateigentum, die Gemeinde, die Familie und den Nationalstaat repräsentiert werde, zerstört habe. Seine Aufgabe sieht dieser

Systemantikommunismus in der endgültigen Überwindung der kommunistischen Diktatur durch die Wiederherstellung eines funktionierenden liberal-demokratischen Gegenmodells. Die Etablierung und Verteidigung der Hayekschen „Verfassung der Freiheit“ gegen alle Formen des Sozialkonstruktivismus sei die einzige Garantie dafür, Rückfälle in dritte Wege und sozialistische Experimente verhindern zu können.

Der Systemantikommunismus, der stärker den Systemgegensatz Kapitalismus-Kommunismus/Sozialismus als den von Diktatur-offener Gesellschaft dichotomisiert, vertritt eher eine minimalistische Konzeption der Vergangenheitspolitik und setzt sich vom Fundamentalantikommunismus ab. Zugleich bringt er der passiven Haltung der Bevölkerungsmehrheit während des Kommunismus Nachsicht und Verständnis entgegen und setzt die Rolle der aktiven Opposition und die Bedeutung von Zivilcourage herab. In der volkstümlichen Version dieser Denkart ist die „Zeit der Totalität“, das heißt ein System, an dem alle irgendwie beteiligt waren, zum familiär verniedlichten „totáč“ mutiert und erscheint als eine Art schlechtes Wetter, das kommt und geht, zwar Spuren hinterlässt, aber kaum Verbindung zum individuellen Verhalten der Menschen unter den Bedingungen einer kommunistischen Diktatur aufweist. Der tschechische „totáč“ ist ein Symbol des Nicht-Nachdenkens über die kommunistische Vergangenheit.

Neben diesen beiden dominanten Varianten des antikommunistischen Diskurses gibt es auch einen reflektierten Antikommunismus. Er steht in der Tradition des demokratischen Antikommunismus, den Karel Čapek, Ferdinand Peroutka und andere während der Ersten Republik repräsentierten, sowie der Reflexionen im Dissens der 1970er und 1980er Jahre. Seine Vertreter setzen auf öffentliche Aufklärung, Differenzierung und Thematisierung der individuellen Verantwortung des Einzelnen. Die aus Angst oder Opportunismus millionenfach vollzogene Anpassung an die gegebenen Umstände, das Leben mit erniedrigenden Lügen, die Flucht ins Private und die sozialen Pathologien in der Gesellschaft waren für die Aufrechterhaltung der kommunistischen Diktatur genauso wichtig wie der Stacheldraht an ihren Grenzen. Sie lassen sich aber nicht in einfachen Täter-Opfer-Relationen beschreiben und nicht in Begriffen von Schuld und Bestrafung fassen. Obwohl diese Phänomene eine zentrale Dimension der kommunistischen Diktatur darstellten, werden sie bis heute in der großen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nur am Rande thematisiert.

CHANCEN UND GRENZEN EINES PARADIGMAS
DIE TOTALITARISMUSTHEORIE IN ANWENDUNG AUF
DEN OSTMITTELEUROPAISCHEN STAATSSOZIALISMUS

Totgesagte leben länger – so ließe sich aus westlicher Perspektive die Konjunktur umschreiben, die die Totalitarismustheorie seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ in Ost wie West erfahren hat.¹ „Totalitarismus“ war dort einst der zentrale Kampfbegriff des Kalten Krieges gewesen, seit den 1960er Jahren unter den Vorzeichen der Entspannungspolitik aber immer mehr aus der Mode gekommen.² Ganz anders jedoch im Osten, besonders in Ostmitteleuropa, wo sich zu eben diesem Zeitpunkt die Dissidenten den Totalitarismusbegriff aneigneten, um ihn gegen die kommunistischen Regime in Stellung zu bringen.³ Die vielfältige Auseinandersetzung mit dem Totalitarismuskonzept, die nach 1989 einsetzte, war in den ehemals staatssozialistischen Ländern die Fortsetzung dieses zuvor in oppositionellen Kreisen geführten Diskurses, der sich nun öffentlich entfalten konnte.⁴ Bis heute ist der Ansatz dort eine wichtige Kategorie zur Analyse der vergangenen sozialistischen Ära und zugleich ein Politikum.⁵

Dieser Doppelcharakter ist der Grund, weshalb die Totalitarismustheorie von ihrer Entstehung bis zum heutigen Tag ebenso einflussreich wie umstritten gewesen ist. Das im Italien der 1920er Jahre zur Beschreibung von Mussolinis Faschismus entstandene Konzept etablierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen als das führende Deutungsschema für Nationalsozialismus und Kommunismus. Der Neuartigkeit dieser Diktaturen, die sich im Ausmaß ihres Fanatismus und ihrer Brutalität

¹ Vgl. dazu nur zwei in dieser Konjunktur entstandene Sammelwerke, die einen Überblick über die Forschungslage geben: *Jesse, Eckhard* (Hg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*. Baden-Baden 1996. – *Maier, Hans u.a.* (Hg.): *„Totalitarismus“ und „Politische Religionen“*. 3 Bde. Paderborn u.a. 1996, 1997, 2003.

² Vgl. *Siegel, Achim*: Einführung. In: *Ders.* (Hg.): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*. Köln, Weimar 1998, 7-19, hier 7 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 7). – Für eine ausführliche und informative Begriffsgeschichte vgl. *Gleason, Abbott*: *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War*. New York, Oxford 1995.

³ Vgl. den zeitgenössischen Beitrag von 1984: *Rupnik, Jacques*: *Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens*. In: *Jesse* (Hg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert* 389-415, hier 389-391 (vgl. Anm. 1). – Vgl. auch *Gleason*: *Totalitarianism* 167-189 (vgl. Anm. 2).

⁴ Vgl. *Beyme, Klaus von*: *Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffes nach dem Ende der kommunistischen Regime*. In: *Siegel* (Hg.): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus* 23-36, hier 26-28 (vgl. Anm. 2).

⁵ Vgl. *Hofmann, Andreas R.*: *Realsozialismus und Totalitarismus. Polnische Variationen über ein europäisches Thema*. In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 9-26. – *Brenner, Christiane*: *Das „totalitäre Zeitalter“? In: Osteuropa* 58 (2008) H. 6, 103-116, Themenheft „Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas“.

von allem bisher Dagewesenen unterschieden, konnte in den Augen der Zeitgenossen mit dem herkömmlichen Instrumentarium der Staatsformenlehre nicht mehr entsprochen werden. Der neu geprägte Begriff „Totalitarismus“ bezeichnete deshalb ein diktatorisches Regime, das die Zerschlagung und rücksichtslose Neukonstruktion von Staat und Gesellschaft im Namen einer Ideologie zu realisieren suche. Durch Propaganda und Terror solle das Individuum diesem Zweck völlig untergeordnet, jegliche Sphäre menschlichen Lebens durchdrungen werden. Während darin die Wesensgleichheit von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus erblickt wurde, diente als positives Gegenstück stets, ob ausgesprochen oder nicht, die Demokratie westlichen Typs. Damit avancierte „Totalitarismus“ zum Schlüsselbegriff in der Blockkonfrontation und zur Trennlinie zwischen einem diese Bezeichnung befürwortenden rechten und einem sie ablehnenden linken politischen Lager.⁶

Diese politische Wirkmacht fand ihre Entsprechung in der Wissenschaft in einer stark polarisierten Debatte um das Für und Wider des Ansatzes, die den Fall des „Eisernen Vorhangs“ überdauerte und bis heute anhält: Den Verfechtern der Totalitarismustheorie, die sie als die adäquate Beschreibung für die Großdiktaturen des 20. Jahrhunderts ansehen,⁷ stehen Kritiker gegenüber, die ihren Erkenntniswert oftmals kategorisch in Frage stellen. Das jüngste prominente Beispiel aus einer langen Reihe an Fundamentalkritiken ist der von den beiden Chicagoer Professoren Michael Geyer und Sheila Fitzpatrick, die schon in den 1980er Jahren gegen den Totalitarismusansatz in der amerikanischen Sowjetologie zu Felde gezogen waren,⁸ herausgegebene Sammelband „Beyond Totalitarianism“.⁹ Der Titel ist Programm, möchten die Herausgeber doch nichts Geringeres, als eine neue Runde im Vergleich von Nationalsozialismus und Stalinismus einläuten, die sich auf eine „new methodology“ jenseits der Totalitarismustheorie gründen soll.¹⁰ 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sei es an der Zeit, der Erforschung der beiden großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts eine dezidiert historische Perspektive hinzuzufügen. Die Totalitarismustheorie sei dazu nicht geeignet, da sie aus dem Blickwinkel der westlichen Demokratie urteile, so dass die vielfältigen Unterschiede und Verwer-

⁶ Für einen Abriss der Entwicklung des Totalitarismuskonzeptes vgl. den Beitrag von Clemens Vollnhals in diesem Heft: *Vollnhals, Clemens: Der Totalitarismusbegriff im Wandel des 20. Jahrhunderts.* In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 385-398. – Vgl. z. B. auch *Henke, Klaus-Dietmar: Achsen des Augenmerkes in der historischen Totalitarismusforschung.* In: *Ders. (Hg.): Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung.* Dresden 1999, 9-18, hier 10 (HAIT Berichte und Studien 18).

⁷ So argumentiert etwa Miloš Havelka in seinem Beitrag in diesem Heft. *Havelka, Miloš: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus?* In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330.

⁸ Vgl. *Fitzpatrick, Sheila: New Perspectives on Stalinism.* In: *Slavic Review* 45 (1986) 357-374.

⁹ *Geyer, Michael/Fitzpatrick, Sheila (Hgg.): Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared.* Cambridge u. a. 2009.

¹⁰ So die Zusammenfassung des Verlags. Siehe auch *Geyer, Michael: Introduction: After Totalitarianism – Stalinism and Nazism Compared.* In: *Ders./Fitzpatrick (Hgg.): Beyond Totalitarianism* 1-37, hier 1 f., 19 (vgl. Anm. 9).

fungen zwischen den beiden Diktaturen nicht berücksichtigt würden. Der Fokus liege damit auf dem staatlichen Handeln und der ideologischen Selbstdarstellung der Regime. Diese würden als statische Monolithen wahrgenommen, die eine passive, atomisierte Gesellschaft von oben steuern.¹¹

Die hier vorgebrachten Kritikpunkte sind nicht neu; in den Aufsätzen, die fundierte Studien zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in Nationalsozialismus und Stalinismus bieten, fehlt aber eine darüber hinausgehende Auseinandersetzung mit dem Ansatz, von dem man sich distanzieren möchte. „Totalitarismus“ dient meist lediglich als reflexhaft zurückgewiesene Negativfolie,¹² was im Mainstream der westlichen Historiografie nicht selten anzutreffen ist. Im Folgenden soll deshalb nach dem Erkenntniswert der Totalitarismustheorie für die Geschichtswissenschaft gefragt werden. Dies soll am Beispiel der Erforschung der staatssozialistischen Regime Ostmitteleuropas erfolgen, bei der dieses Konzept ja eine zentrale Rolle einnimmt. Dazu wird ein Querschnitt der dem deutschsprachigen Leser zugänglichen Literatur vorgestellt, die den ostmitteleuropäischen Staatssozialismus mit Hilfe des Totalitarismuskonzeptes analysiert, wobei sowohl wichtige Positionen in den Debatten der 1990er Jahre berücksichtigt, als auch Arbeiten der letzten Jahre vorgestellt werden. Im Mittelpunkt wird dabei Polen stehen, wo es eine besonders erhitzte und bis heute anhaltende wissenschaftliche Debatte über die staatssozialistische Periode gibt. Weiterhin werden Beiträge zur DDR und zur Tschechoslowakei berücksichtigt, wobei der Totalitarismusansatz im Kontext der DDR-Forschung heute eine untergeordnete Rolle spielt, während sich in Tschechien die Diskussion vor allem in der politischen Arena abzuspielen scheint.¹³

An die vorgestellten Arbeiten sollen folgende Fragen gestellt werden: Trifft die Kritik, die die Autoren von „Beyond Totalitarianism“ für den Vergleich von Nationalsozialismus und Stalinismus üben, auch auf die Arbeiten zu Ostmitteleuropa zu? Oder gelingt es diesen sehr wohl, „Totalitarismus“ für die historische Forschung fruchtbar zu machen? Und zunächst: Welches Verständnis von Totalitarismus liegt ihnen eigentlich zugrunde? So wenig, wie sich von der einen Totalitarismustheorie sprechen lässt,¹⁴ so sehr unterscheiden sich auch die Herangehensweisen in der vorliegenden Literatur. In diesem Beitrag wird daher vorgeschlagen, sie unter zwei Kategorien zu subsumieren: Die erste geht von „Totalitarismus“ als Bezeichnung des ideologischen Anspruchs eines Regimes aus, bezieht ihn also quasi auf den „Soll-

¹¹ Vgl. *ebenda* 4, 29, passim.

¹² Siehe nur Hoffmann, David L./Timm, Annette: Utopian Biopolitics. Reproductive Policies, Gender Roles, and Sexuality in Nazi Germany and the Soviet Union. In: Geyer/Fitzpatrick (Hgg.): *Beyond Totalitarianism* 87-129 (vgl. Anm. 9). – Gerlach, Christian/Werth, Nicolas: State Violence – Violent Societies. In: *Ebenda* 133-179, hier 137. Andere Beiträge erwähnen „Totalitarismus“ gar nicht.

¹³ Vgl. Kolář, Pavel: Langsamer Abschied vom Totalitarismus-Paradigma? Neue tschechische Forschungen zur Geschichte der KPTsch-Diktatur. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 55 (2006) 253-275.

¹⁴ Vgl. Fritze, Lothar: Essentialismus in der Totalitarismusforschung. Über Erscheinungsformen und Wege der Vermeidung. In: Siegel (Hg.): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus* 143-166, hier 162 (vgl. Anm. 2).

Zustand“; die zweite versteht ihn als Konzept der Herrschaftstypologie, das sozusagen den „Ist-Zustand“ eines politischen Systems beschreibt. Da sich in den Texten die beiden Ebenen häufig vermischen, handelt es sich bei dieser Unterteilung um ein analytisches Raster, anhand dessen Tendenzen verdeutlicht und Möglichkeiten des Totalitarismusansatzes erörtert werden sollen.

Totalitarismus als Herrschaftsanspruch

Wenn sich das Attribut „totalitär“ auf die ideologischen Grundsätze eines Staates bezieht, entsteht eine relativ offene Kategorie, die einen großen Bereich umfasst. Bewusst wird damit auf das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung eines Regimes rekurriert, während die Frage ausgeblendet wird, inwiefern diese Vorstellungen zur Umsetzung kamen und von der Bevölkerung angenommen wurden. Bei diesem Ansatz stehen häufig die zerstörerischen Auswirkungen totalitärer Herrschaft auf den Menschen und die Gesellschaft im Mittelpunkt. Der Soziologe und ehemalige Abgeordnete des polnischen Parlaments Paweł Śpiewak, Herausgeber der Anthologie „Anti-Totalitarismus“,¹⁵ die die seit 1989 kontrovers geführte polnische Debatte über die retrospektive Bewertung der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa, PRL) dokumentiert, schreibt etwa in seiner Einleitung über die Utopie des Neuen Menschen, die eine systematische Umformung des Individuums zum Ziel gehabt und das ganze Leben vergiftet habe.¹⁶ Es wird deutlich, dass es ihm hierbei um das Wesen totalitärer Herrschaft geht, das auch durch Dynamiken der Herrschaftspraxis keine grundlegende Änderung durchlaufe; nur die Distanzierung vom oder die Aufgabe des ideologischen Anspruchs auf eine alles durchdringende Kontrolle führe demnach zum Ende des Totalitarismus.

Diese Sichtweise spiegelt sich auch in den Beiträgen derjenigen Historiker wider, die die kommunistische Ideologie in das Zentrum ihrer Betrachtungen rücken. Krystyna Kersten zufolge sei die PRL zwar in der Realität niemals totalitär gewesen, da es sich um einen unsouveränen, von der Sowjetunion gesteuerten Staat gehandelt habe; stets sei aber am Plan, einen Totalitarismus zu errichten, festgehalten worden: Die Liberalisierungsschritte „waren zwar von Bedeutung, berührten aber nicht die Grundlagen des Systems und das Abhängigkeitsverhältnis zur UdSSR, sie hatten

¹⁵ Śpiewak, Paweł (Hg.): *Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte*. Frankfurt/Main 2003 (Denken und Wissen. Eine polnische Bibliothek). Die Anthologie versammelt Texte von Philosophen, Politologen, Theologen, Historikern und Journalisten, die die Problematik aus unterschiedlichen Gesichtspunkten beleuchten. Im Folgenden wird v. a. die zwischen Historikern geführte Debatte wiedergegeben. Die Beiträge stammen zumeist aus der Mitte der 1990er Jahre. – Eine Zusammenfassung dieser Debatte liefert auch Friszke, Andrzej: *Jakim państwem była Polska po 1956 r.? [Was für ein Staat war Polen nach 1956?]*. In: *Więź* (1996) H. 2, 131-146.

¹⁶ Vgl. Śpiewak, Paweł: *Polnische Erfahrungen mit dem Totalitarismus*. In: *Ders. (Hg.): Anti-Totalitarismus* 15-67, hier 63-67 (vgl. Anm. 15). – Verwiesen wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf Czesław Miłosz' „Verführtes Denken“, das die Vergiftung des menschlichen Wesens durch die totalitäre Ideologie beschreibt. *Miłosz, Czesław: Zniewolony umysł [Der gefesselte Geist]*. Kraków 1990 (zuerst 1953); deutsche Ausgabe: *Verführtes Denken*. 3. Aufl. Frankfurt/Main 1986.

einen quantitativen und keinen qualitativen Charakter.¹⁷ Mit ihrem Hinweis auf die begrenzte Handlungsfähigkeit der polnischen Führung möchte Kersten zur Versachlichung der Debatte beitragen. Dass sie Beifall aus dem postkommunistischen Lager bekam, dem sie selbst politisch nicht zuzuordnen ist, während sie von konservativen Kräften angefeindet wurde, lässt erkennen, wie viel politischer Sprengstoff in der Debatte um die Beurteilung der Volksrepublik steckt.¹⁸ Unter Historikern findet sich Kerstens Argumentationsmuster auch eher in der umgekehrten Logik wieder: Andrzej Paczkowski geht zwar ebenfalls lediglich von einer Abstufung des totalitären Charakters des Regimes im Laufe der Zeit aus, sieht aber gerade darin den Beleg, dass es sich dabei immer um einen totalitären Staat gehandelt habe. Änderungen seien nur möglich gewesen, solange das allumfassende Machtmonopol der Partei unangetastet blieb, und nur auf Druck „von unten“ oder „von außerhalb des Imperiums“ zustande gekommen.¹⁹

Die Auffassung von Totalitarismus als ideologischem Anspruch findet sich auch in einer neueren Fortsetzung der polnischen Debatte, die 2006 von der Zeitschrift „Przegląd Polityczny“ (Politische Rundschau) angestoßen wurde. Sie hatte die Frage aufgeworfen, ob die PRL am 13. Dezember 1981, bei der Ausrufung des Kriegsrechtes ein totalitärer Staat war, womit der Fokus der Debatte also auf der Spätzeit des sozialistischen Regimes liegt. Das Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte „Inter Finitimos“ druckte 2007 einige der Stimmen zu dieser Frage ab,²⁰ die sich allesamt nicht bloß mit dem zur Debatte gestellten Zeitpunkt beschäftigen, sondern eine generelle Einordnung der PRL vornehmen. So spricht Aleksander Smolar von einer Erstarrung des totalitären Systems im Laufe der Jahrzehnte, die zu einem Stillstand geführt habe, wie er von Václav Havel beschrieben worden sei. Dieser hatte die Tschechoslowakei der „Normalisierung“ nach 1968 als Gesellschaft charakterisiert, in der die permanente Mobilisierung der Bevölkerung durch das Regime der Forderung nach der passiven Akzeptanz der Machtverhältnisse gewichen sei und das System durch die Befolgung sinnentleerer Verhaltensregeln aufrechterhalten werde.²¹ Smolar zufolge sei gerade die Verkrustung der Strukturen ein Merkmal des Totalitarismus gewesen, wenn auch „die Ideologie immer mehr an eine Hutfeder erinnerte, also an ein bloßes Ornament und Ritual.“²² Der Moment, in dem diese abgelegt wurde, habe auch das Ende des Totalitarismus markiert.²³

¹⁷ Kersten, Krystyna: Schlußbilanz. In: *Śpiewak, Paweł* (Hg.): *Anti-Totalitarismus* 375–387, hier 378–384, zitiert von 378 (vgl. Anm. 15).

¹⁸ Vgl. *Hofmann*: *Realsozialismus und Totalitarismus* 16 f. (vgl. Anm. 5).

¹⁹ Vgl. *Paczkowski, Andrzej*: Krieg um die PRL. In: *Śpiewak, Paweł* (Hg.): *Anti-Totalitarismus* 398–406, hier 400 f. (vgl. Anm. 15).

²⁰ „Im Brennpunkt: War die Volksrepublik Polen ein totalitärer Staat?“ In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 9–70.

²¹ Vgl. *Smolar, Aleksander*: War die Volksrepublik Polen ein totalitärer Staat? – Stimmen einer Debatte. In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 26–38, hier 34 f. (vgl. Anm. 20) – *Havel, Václav*: *Moc bezmocných* [Die Macht der Ohnmächtigen]. Praha 1990 (Edice Archa 2); deutsche Ausgabe: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek bei Hamburg 2000.

²² *Smolar*: War die Volksrepublik Polen ein totalitärer Staat? 36 (vgl. Anm. 21).

²³ Vgl. *ebenda* 37.

Dieser Aussage folgt Jerzy Maćków in seiner Monografie „Totalitarismus und danach“.²⁴ Was auch bei den oben zitierten Autoren anklingt, steht für ihn im Mittelpunkt: die lang anhaltende Deformierung von Staat und Gesellschaft, die er als dauerhafte Belastung für die posttotalitären Länder beschreibt.²⁵ Sein Anliegen ist es einerseits, diese Altlasten aufzuzeigen, andererseits aber auch, die Erklärungskraft des Totalitarismusansatzes zu verdeutlichen. Maćków zufolge sei dieser siegreich aus dem Kalten Krieg hervorgegangen, da die Alternativkonzepte (er nennt den Marxismus und die Modernisierungstheorie) gescheitert seien. Die Einwände gegen das Totalitarismuskonzept seien demgegenüber „widerlegt“, nun gelte es noch, dies allen anderen klar zu machen, denn „diejenigen, die ihn in den vorangegangenen Jahrzehnten heftig bekämpften, wollen sich einfach nicht zu ihren Irrtümern bekennen.“²⁶ Eine solch apodiktische Herangehensweise ist nicht dazu angetan, Kritiker zu überzeugen, zumal Maćkóws Begriffsdefinition nicht durch Systematik besticht: Eingangs wird der Totalitarismus „als gesellschaftliches und politisches System begriffen, das einer Ideologie entspringt“,²⁷ darüber hinaus sei die Verschmelzung von Staat und Partei ein notwendiges Kennzeichen. Anders als die meisten anderen Totalitarismustheoretiker bezeichnet er allein die kommunistischen Länder als totalitär; der Nationalsozialismus sei dahingegen autoritär gewesen. Einen stichhaltigen Grund nennt er für diese Abgrenzung jedoch nicht.²⁸ Der zweite Teil des Buches, der sich der postkommunistischen Transformation widmet, ist sowohl konventioneller als auch überzeugender. Maćków betont darin die Hürden, die die Deformierung der politischen Kultur und die Entstehung des „homo sovieticus“ im Kommunismus für die Demokratisierung darstellen und verweist auf das stabilisierende Potenzial demokratischer Nationaltraditionen.²⁹ Die Hervorhebung solcher mentalen Elemente resultiert aus dem gewählten Totalitarismuszugang und lässt sich auch bei den zuvor besprochenen Autoren finden. Gerade bei der Betonung der zerstörerischen Ideologie liegt es nahe, die „totalitäre“ Periode als „Loch in der Geschichte“³⁰ zu bezeichnen, das alles menschliche Zusammenleben verschluckt hätte und das es nun zu schließen gelte, indem an die Vorzeit angeknüpft wird. Dynamiken des Herr-

²⁴ Maćków, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation. Baden-Baden 2005 (Extremismus und Demokratie 13).

²⁵ Vgl. ebenda 9.

²⁶ Ebenda 23–32, zitiert von 30, 32.

²⁷ Ebenda 11.

²⁸ Vgl. ebenda 39 f., 54.

²⁹ Vgl. ebenda 57–60, 146.

³⁰ Vgl. ebenda 42, 143 f. – Schmidt, Mária: Ungarn zwölf Jahre nach 1918, nach 1945 und nach 1989. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Nach der Diktatur. Demokratische Umbrüche in Europa – zwölf Jahre später. Köln, Weimer, Wien 2003, 85–99, hier 86 f. – Ballestrem, Karl Graf: Aporien der Totalitarismus-Theorie. In: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert 237–251, hier 246 (vgl. Anm. 1). – Kritisch dazu Szacki, Jerzy: Die zwei Geschichten. In: Spiewak, Pawel (Hg.): Anti-Totalitarismus 407–414, hier 407 (vgl. Anm. 15). – Ein anderer Topos in diesem Zusammenhang ist der von der „Rückkehr der Geschichte“. Vgl. etwa Luks, Leonid/O’Sullivan, Donal (Hgg.): Die Rückkehr der Geschichte. Osteuropa auf der Suche nach Kontinuität. Köln u. a. 1999 (Schriften des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropa 2). – Brenner: Das „totalitäre Zeitalter“? 103 (vgl. Anm. 5).

schaftssystems spielten sich aus dieser Sicht innerhalb des Loches ab – nur in verschiedenen Tiefen.

Geradezu zwangsläufig kommt Leonid Luks in dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts“,³¹ der vergleichend die Kirchen in Italien, NS-Deutschland, der Sowjetunion und Polen unter den Bedingungen der Diktatur untersucht, zu einem weiteren, auf die Ideologie abzielenden Totalitarismusbegriff. Immerhin war der Untersuchungsgegenstand, die Kirche, ein potenzieller Gegenpol zur totalen Kontrolle durch den Staat. Von „Totalitarismus“ zu sprechen ergibt hier nur Sinn, wenn vom Anspruch des Regimes die Rede ist; die Existenz einer, zumindest in Polen reellen, Oppositionskraft schließt die Herleitung dieses Begriffs aus der Realität quasi aus. Den verschieden stark ausgeprägten Ideologien der Vergleichsfälle trägt Luks durch die Unterscheidung von „extremen Formen“ (Nationalsozialismus, die Sowjetunion unter Stalin) und „unvollendeten totalitären Regimen“ (Italien, Polen) Rechnung.³² In den Beiträgen zum polnischen Fall wird dementsprechend einerseits der relativ liberale Charakter des Regimes seit 1956 hervorgehoben, andererseits aber immer wieder darauf verwiesen, dass an dessen Ziel, die Kirche endgültig zu unterjochen, trotz alledem festgehalten worden sei.³³

Die Diskussion um den Totalitarismus im heutigen ostmitteleuropäischen Kontext hat, wie schon erwähnt, neben der wissenschaftlichen immer auch eine praktische politische Komponente. Denn wie schon zu Zeiten seiner Rezeption in den Dissidentenkreisen des östlichen Europa ab den 1970er Jahren ist diese Bezeichnung auch ein Signalwort, das den zu bekämpfenden Feind markiert, indem es ihn der Demokratie und der Zivilgesellschaft gegenüberstellt.³⁴ Dass die Debatte um die „Aufarbeitung“ der kommunistischen Vergangenheit immer auch eine Standortbestimmung der Gegenwart ist, verdeutlicht Christiane Brenner in ihrer Analyse der tschechischen Geschichtspolitik im 2008 erschienenen Themenheft der Zeitschrift „Osteuropa“. ³⁵ Gerade in Tschechien ist in diesem Kontext der Terminus „totalitär“

³¹ Luks, Leonid (Hg.): Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Russland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich. Köln u.a. 2002 (Schriften des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropa 5).

³² Vgl. Luks, Leonid: Einführung. In: *Ebenda* 9-12, hier 11. – Diese Unterteilung zur Differenzierung der verschiedenen Ideologien findet sich auch bei anderen Autoren. Vgl. z.B. Borejsza, Jerzy W.: War die Volksrepublik Polen ein totalitärer Staat? Stimmen einer Debatte. In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 39-46, hier 39-44 (vgl. Anm. 20).

³³ Vgl. Luks: Einführung 9-11 (vgl. Anm. 32). – Zielinski, Zygmunt: Der Katholizismus in Polen vor und nach 1989. In: Luks (Hg.): Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts 227-236, hier 227-230 (vgl. Anm. 31). – Karp, Hans-Jürgen: Die Kirchenführung im Dritten Reich und im stalinistischen Polen angesichts der totalitären Herausforderung. In: *Ebenda* 237-250, hier 243-250. – Luks, Leonid: Der Kirchenkampf in der UdSSR und im kommunistischen Polen – ein Vergleich. In: *Ebenda* 251-267, hier 256-264.

³⁴ Vgl. Rupnik: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens 389-403 (vgl. Anm. 3). – Gleason: Totalitarianism 167-189 (vgl. Anm. 2). – Beyne: Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffes nach dem Ende der kommunistischen Regime 26 f. (vgl. Anm. 4). – Hofmann: Realsozialismus und Totalitarismus 11-13 (vgl. Anm. 5).

³⁵ Vgl. Brenner: Das „totalitäre Zeitalter“? (vgl. Anm. 5).

virulent:³⁶ 2007 wurde das „Institut für das Studium totalitärer Regime“ (Ústav pro studium totalitních režimů, ÚSTR) geschaffen, dessen Untersuchungszeitraum per Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts auf die Perioden von 1938 bis 1945 und 1948 bis 1989 festgelegt wurde. Damit bestehe die Gefahr, dass durch die Wahl des Namens eine eindeutige Sicht auf die Periode der beiden Diktaturen bereits vorgegeben sei, der zufolge Staat und Gesellschaft einander dichotom gegenübergestellt und dieser Zeitraum als per se negativ und verbrecherisch konnotiert würden. Die Tendenz, Gewalt und Terror zu betonen sowie die Gesellschaft primär in einer Opferrolle darzustellen, trete aus den Veröffentlichungen des Instituts jedenfalls deutlich hervor. Eine solche Auffassung von der jüngsten Geschichte lasse sich allerdings keiner bestimmten politischen Richtung zuordnen und sei auch nicht typisch tschechisch.³⁷ Vielmehr ist sie Ausdruck einer sich neukonstituierenden Gesellschaft, die nach Anknüpfungspunkten und Selbstvergewisserung in einer noch nicht allzu weit entfernten Vergangenheit sucht, welche sich der affirmativen Aneignung entzieht.

Nicht als Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses, sondern als begriffliches Setting fungiert der „ideologiebasierte“ Totalitarismusansatz in einigen sozial- und kulturhistorischen Studien. In dem Band „Rausch und Diktatur“, der „totalitär“ im Untertitel trägt, wird nach dem irrationalen Moment, den Anlässen „begrenzter Entgrenzung“³⁸ in Diktaturen gefragt, nach Situationen also, die einerseits Teil der von oben gesteuerten Massenagitation waren, andererseits aber durchaus zum unkontrollierbaren oder gar subversiven Element werden konnten. Die Herausgeber Árpád von Klimó und Malte Rolf fordern in der Einleitung eine Historisierung der Gefühle ein, die als Korrektiv für die bisher zu starke Fokussierung auf rationales Handeln dienen soll. Das Konzept des Rausches sei dazu geeignet, die bei der Betrachtung der totalitären Diktaturen (Italien, Deutschland und die kommunistischen Länder) fehlende subjektive Dimension zu thematisieren.³⁹ Ein spannendes Unterfangen – nur scheint die Bezeichnung „totalitär“ hier eher konzeptuelle Probleme als einen Mehrwert mit sich zu bringen: Erst durch diesen Terminus, der die ideologische Selbstdarstellung des Regimes in den Vordergrund rückt, ergibt sich überhaupt die Problematik, eine subjektive Seite in die Analyse einführen zu müssen. Dies hebt auch Gudrun Brockhaus in ihrem Beitrag kritisch hervor.⁴⁰ So entsteht der Ein-

³⁶ Zum Totalitarismusbegriff in der tschechischen Geschichtswissenschaft vgl. Kolář: Langsamer Abschied vom Totalitarismus-Paradigma? 253 f. (vgl. Anm. 13). – Vgl. auch die Beiträge von Miloš Havelka, Jan Pauer und Dieter Segert in diesem Heft.

³⁷ Vgl. Brenner: Das „totalitäre Zeitalter“? 114–116 (vgl. Anm. 5). – Dass es sich dabei nicht um ein tschechisches Phänomen handelt, belegen die anderen Beiträge in „Osteuropa“ sowie die polnische Debatte zu „Vergangenheitsbewältigung, oder: Durchleuchtung und Entkommunisierung“. In: *Śpiwak* (Hg.): Anti-Totalitarismus 467–567 (vgl. Anm. 15).

³⁸ Klimó, Árpád von/Rolf, Malte: Rausch und Diktatur: Emotionen, Erfahrungen und Inszenierungen totalitärer Herrschaft. In: *Dies.* (Hgg.): Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen. Frankfurt/Main 2006, 11–43, hier 12. – Siehe auch den Aufsatz zu dem Projekt, aus dem der Sammelband entstanden ist: *Dies.*: Rausch und Diktatur. In: *ZfG* 51 (2003) H. 10, 877–895, hier 888.

³⁹ Klimó/Rolf (Hgg.): Rausch und Diktatur: Emotionen, Erfahrungen und Inszenierungen totalitärer Herrschaft 18 f. (vgl. Anm. 38). – *Dies.*: Rausch und Diktatur 880 (vgl. Anm. 38).

⁴⁰ Vgl. hierzu die Kritik aus sozialpsychologischer Sicht im Beitrag von Gudrun Brockhaus:

druck, dass die Untersuchung staatlicher Repräsentation aus kulturhistorischer Perspektive und der Totalitarismusansatz einander gegenseitig ausschließen – bezeichnenderweise kommen die Autoren des Sammelbandes in ihren lesenswerten Studien ohne den Totalitarismusbegriff aus.

Totalitarismus als Herrschaftsform

Anstatt den totalitären Gehalt eines Regimes an seinem ideologischen Anspruch zu prüfen, nehmen die folgenden Beiträge die Realität staatlicher Herrschaft als Messlatte. Mit dieser Verlagerung des Fokus wird der Begriff automatisch enger, denn es kommt nicht allein darauf an, dass eine Ideologie der allumfassenden Beherrschung vertreten wird, sondern auch darauf, inwieweit sie in die Tat umgesetzt ist. Ins Blickfeld rückt die Herrschaftsausübung und damit die Frage, wie sich der Wandel des Systems erklären lässt. Die ideologiebasierte Begriffsverwendung tut sich damit leichter, da ihr zufolge das Ende des Totalitarismus dann eintrete, wenn das Regime seinen ideologischen Anspruch aufgibt. Wie aber lässt sich die Dynamik fassen, der die Länder der sowjetischen Machtsphäre nach dem Tode Stalins in Bezug auf ihre Herrschaftsausübung unzufrieden unterlagen und die in ihrer plötzlichen Implosion kulminierte? Es herrscht Einigkeit darüber, dass der klassische Merkmalskatalog Carl J. Friedrichs dazu keine Lösung bietet, da er statisch angelegt ist. Eine Veränderung totalitärer Regime von innen heraus war darin nicht vorgesehen. Friedrich selbst hatte darauf beharrt, dass es sich bei den Regimen sowjetischen Typs nach wie vor um totalitäre Diktaturen handelte und sein Schema dahingehend ausgeweitet.⁴¹ Die Autoren, die die staatssozialistischen Regime Ostmitteleuropas auf ihren totalitären Gehalt abklopfen, nehmen seinen Sechs-Punkte-Katalog meist als Ausgangspunkt, um ihn zu ergänzen, modifizieren oder zuzuspitzen.

Friedrich am treuesten bleibt der Politologe Kimmo Elo, der sich den Ereignissen rund um den 17. Juni 1953 zuwendet. Diese „Systemkrise eines totalitären Herrschaftssystems und ihre Folgen“,⁴² so der Titel seiner Dissertation, dienen ihm als Folie für das ehrgeizige Vorhaben, ein neues Forschungsprogramm auf der Grundlage der Totalitarismusforschung zu entwickeln. Friedrichs Merkmalskatalog möchte er durch Elemente des Wandels anreichern und in die gesellschaftlichen Makrostrukturen einbetten.⁴³ Der Aufstand in der DDR dient lediglich als paradigmatis-

Dies.: Sozialpsychologie der Akzeptanz des Nationalsozialismus: Kritische Anmerkungen zu „Rausch und Diktatur“. In: *Klimó/Rolf* (Hgg.): Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen 153–176, v. a. 153–159 (vgl. Anm. 38).

⁴¹ Vgl. *Friedrich*, Carl J.: *The Evolving Theory and Practice of Totalitarian Regimes*. In: *Ders./Curtis*, Michael/*Barber*, Benjamin R.: *Totalitarianism in Perspective. Three Views*. New York, Washington, London 1969, 123–164. – *Beyme*: Totalitarismus – zur Renaissance eines Begriffes 24 f. (vgl. Anm. 4). – *Thompson*, Mark R.: Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa. In: *Siegel*: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus 309–339, hier 313–315 (vgl. Anm. 2).

⁴² *Elo*, Kimmo: *Die Systemkrise eines totalitären Herrschaftssystems und ihre Folgen. Eine aktualisierte Totalitarismustheorie am Beispiel der Systemkrise in der DDR 1953*. Münster 2005 (Diktatur und Widerstand 10).

⁴³ Vgl. *ebenda* 14 f., 33.

scher Fall, an dem die Theorie abgeprüft wird. Anhand dieses deduktiven Vorgehens kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Mechanismen, mit denen die Krise überwunden werden sollte, eben dieselben gewesen seien, die die Krise zuvor ausgelöst hätten: Handlungsleitend sei in jedem Fall die Ambition gewesen, die Wirklichkeit den ideologischen Vorgaben anzupassen. Da dies nie gelungen und die Führung weiterhin auf die Loyalität der ausführenden Nomenklatura und der Bevölkerung angewiesen gewesen sei, sei die allmähliche Erosion der totalitären Strukturen unabwendbar gewesen.⁴⁴ Der groß geführte Beweis für die Tauglichkeit des Totalitarismusparadigmas geht tatsächlich wesentlich über die Friedrichsche Typologie hinaus, verliert aber auch dessen Prägnanz und wird geradezu undurchsichtig. Was letztendlich übrig bleibt, ist die Bezeichnung „totalitär“; ihr Inhalt wird nicht klar.

Anderen geht es nicht so sehr darum, den Geltungsbereich von „Totalitarismus“ auszuweiten, als vielmehr darum, den Übergang von einem Systemtyp zum anderen zu beschreiben. In der polnischen Debatte ist dafür Andrzej Walicki hervorzuheben, der exponierteste Vertreter der These einer „schrittweisen Demontage des Totalitarismus“.⁴⁵ In der stalinistischen Phase sei die Ideologie wirkungsvoll umgesetzt worden; mit dem „polnischen Herbst“ 1956, der eine „zweite Geburt“ der PRL auf nationaler Grundlage dargestellt habe, sei die Befolgung ideologischer Grundsätze in der Politik zugunsten der Bewahrung des Status quo aufgegeben worden. Dies habe die Entpolitisierung des Lebens und die Enttotalisierung des Staates hin zu einer autoritären Diktatur bewirkt.⁴⁶ Walickis Interpretation ist nicht frei von einem teleologischen Moment, das den Verlauf der PRL rückblickend als Verfallsgeschichte erzählt, die linear auf den runden Tisch zugesteuert habe. Dafür erfuhr er auch einige Kritik, etwa von Paweł Machcewicz, der die totalitären Kontinuitäten über 1956 hinaus hervorhebt. Machcewicz betont die Diskontinuitäten, die immer wieder zu Verschärfungen der Machtausübung geführt hätten. Statt einer Etappe der „Detotalisierung“ sei die Verhängung des Kriegszustands also der Versuch gewesen, die Fundamente des Staates zu retten. Diese „letzte große Mobilisierung“ scheiterte, zu einer weiteren am Ende der 1980er Jahre sei der Apparat nicht mehr fähig gewesen.⁴⁷ Der Wandel weg vom Totalitarismus sei in dieser Sichtweise wesentlich von den Eliten gesteuert worden, die ihre Herrschaftsausübung modifizierten. Diese Annahme wird von Teilen der polnischen Bevölkerung und Politik abgelehnt, da dadurch das Verdienst der demokratischen Opposition geschmälert und der grundsätzlich verbrecherische Charakter des Staates verwischt werde.⁴⁸ Wohl mit aus diesem Grund ist die Akzeptanz für den ideologiebasierten Totalitarismusbegriff in der

⁴⁴ Vgl. *ebenda* 201-207.

⁴⁵ Walicki, Andrzej: War die PRL ein totalitärer Staat? In: *Spiewak*, Paweł (Hg.): *Anti-Totalitarismus* 456-466, hier 461 (vgl. Anm. 15).

⁴⁶ Vgl. *ebenda* 456-466. – Siehe auch *Hofmann*: *Realsozialismus und Totalitarismus* 17 f. (vgl. Anm. 5).

⁴⁷ Vgl. *Machcewicz*, Paweł: War die Volksrepublik Polen ein totalitärer Staat? Stimmen einer Debatte. In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 46-53, hier 49-53 (vgl. Anm. 20).

⁴⁸ Vgl. *Spiewak*: *Polnische Erfahrungen mit dem Totalitarismus* 29 f. (vgl. Anm. 15). – *Hofmann*: *Realsozialismus und Totalitarismus* 18-20 (vgl. Anm. 5).

polnischen Wissenschaft (und darüber hinaus) recht hoch und kommt häufiger als der herrschaftsbasierte zur Anwendung.⁴⁹

Diejenigen, die sich jedoch auf die Herrschaftsausübung beziehen, arbeiten meist mit dem Modell von Juan J. Linz, der neben Demokratie und Totalitarismus die Autokratie als dritten Systemtyp aufführt.⁵⁰ Dieses Konzept scheint den Umständen des späteren Staatssozialismus am besten zu entsprechen, wie Burkhard Olschowsky und Hans-Joachim Veen übereinstimmend urteilen.⁵¹ Sie kommen zu dem Schluss, dass sich die Länder Ostmitteleuropas auf einem Kontinuum zwischen Totalitarismus und Autoritarismus befanden, auf dem sie sich von verschiedenen Ausgangspositionen aus und in unterschiedlicher Geschwindigkeit zusehends vom totalitären Idealtyp wegbewegten. Anders als beim Aufbau des Sozialismus, als es darum ging, die Realität der Ideologie anzupassen, wie Elo es beschreibt, sei ab dem „Tauwetter“ die Ideologie langsam immer mehr ausgehöhlt worden und schließlich zur puren Hülle verkommen. Aus diesem Grunde habe sie jegliche Mobilisierungskraft verloren, den inzwischen unübersehbaren wirtschaftlichen und sozialen Problemen habe das System hilflos gegenübergestanden.⁵² Während die Verfallserscheinungen blockweit die gleichen waren, hätten sich die sozialistischen Regime in ihren Lösungsstrategien markant voneinander unterschieden: So sei die polnische Führung unter innerem und äußerem Druck zu einem Kompromiss gezwungen worden, die DDR-Parteispitze hingegen habe bis zuletzt an ihrem Machtmonopol festgehalten.⁵³

Hans-Joachim Veen stellt seine dementsprechenden Überlegungen dem Sammelband „Nach der Diktatur“⁵⁴ voran, der auf ein Symposium der „Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung“ zurückgeht. Die darin versammelten Aufsätze werfen einen syn- wie diachron vergleichenden Blick auf die Länder Ostmitteleuropas und Deutschland nach den Zäsuren von 1918, 1945 und 1989, jeweils aus einem Abstand von zwölf Jahren. Sie skizzieren so ein aus vielfältig gebrochenen Nationalgeschichten bestehendes europäisches Panorama. „Totalitarismus“ wird darin selten, und wenn überhaupt eher als

⁴⁹ Vgl. Olschowsky, Burkhard: War Polen nach Einführung des Kriegsrechts totalitär? In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 60–70, hier 62 (vgl. Anm. 20). – Hofmann: Realsozialismus und Totalitarismus 23 f. (vgl. Anm. 5).

⁵⁰ Vgl. Linz, Juan J.: Totalitarian and Authoritarian Regimes. In: Greenstein, Fred I./Polby, Nelson W. (Hgg.): *Handbook of Political Science*. Bd. 3: Macropolitical Theory. Reading u. a. 1975, 175–411.

⁵¹ Olschowsky: War Polen nach Einführung des Kriegsrechts totalitär? 62 f. (vgl. Anm. 49) – Veen, Hans-Joachim: Einführung: Formen diktatorischer Herrschaft im Europa des 20. Jahrhunderts. In: Ders. (Hg.): *Nach der Diktatur* 3–21, hier 14–21 (vgl. Anm. 30).

⁵² Vgl. Olschowsky: War Polen nach Einführung des Kriegsrechts totalitär? 64–66 (vgl. Anm. 49). – Ziemer, Klaus: Totalitarian and Authoritarian Systems: Factors in Their Decline and Hurdles in the Development of Democratic Orders. In: Borejsza, Jerzy W./Ziemer, Klaus (Hgg.): *Totalitarian and Authoritarian Regimes. Legacies and Lessons from the Twentieth Century*. New York u. a. 2006, 158–173, hier 163. – Veen: Einführung 14–21 (vgl. Anm. 49). – Siehe auch Besier, Gerhard: *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*. München 2006, 699, 701.

⁵³ Vgl. Olschowsky: War Polen nach Einführung des Kriegsrechts totalitär? 67–70 (vgl. Anm. 49).

⁵⁴ Veen (Hg.): *Nach der Diktatur* (vgl. Anm. 30).

Epochenbegriff denn zur gezielten Beschreibung eines Herrschaftstypus gebraucht, womit Veens „Plädoyer für die restriktive Verwendung“⁵⁵ des Totalitarismuskonzepts als analytische Kategorie nicht beherzigt wird. Wie etwa bei „Rausch und Diktatur“ entsteht hier also der Eindruck eines Bruches zwischen einer Einleitung, die bewusst das Totalitarismuskonzept aufgreift, und Beiträgen, die ohne dieses arbeiten und dennoch zu aussagekräftigen Ergebnissen kommen.

Ebenfalls changierend zwischen Epochenkategorie und Systemtypologie taucht „Totalitarismus“ in der am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden entstandenen Monografie „Das Europa der Diktaturen“⁵⁶ auf, deren Autor Gerhard Besier sich die ambitionierte Aufgabe gestellt hat, eine durch das Prisma diktatorischer Herrschaft beobachtete „neue Geschichte des 20. Jahrhunderts“ zu schreiben. Konzeptuelle Überlegungen sind, entsprechend dem Appell, Herrschaftstypologien aus dem empirischen Vergleich zu gewinnen,⁵⁷ dem Schlusskapitel vorbehalten, das einen Überblick über die Begriffe „Politische Religionen“, „Totalitarismus“ und „Moderne Diktatur“ bietet. Der Autor gibt schließlich einer Typologie Wolfgang Merkels den Vorzug, die durch feine Abstufungen auf einem Kontinuum zwischen den Idealtypen Demokratie und Totalitarismus eine recht differenzierte Klassifizierung ermöglicht. In der historischen Darstellung schlagen sich diese konzeptuellen Überlegungen jedoch nicht nieder. Anstatt sie zur Strukturierung des Materials zu nutzen, bleibt Besier einer vorwiegend politikgeschichtlichen Überblicksdarstellung verhaftet. Als Ergebnis von fast 700 Seiten Empirie steht dann eine Tabelle der sich wandelnden Realtypen der europäischen Staaten. Ob diese geeignet ist, zum Verständnis des 20. Jahrhunderts beizutragen, zieht nicht zuletzt Besier selbst in Zweifel.⁵⁸

Fazit

„Totalitarismus“ polarisiert. Immer scheint er ein kleines Ausrufezeichen mit sich zu führen, findet sich oft als Eyecatcher auf Buchumschlägen und in Überschriften. Das Potenzial, auch heutzutage noch zum Reizwort zu taugen, verdankt er wohl seinem Gegenstand, den Diktaturen „sui generis“ des 20. Jahrhunderts, ebenso wie seinem Status als Großtheorie, die eine umfassende Erklärung dieses Phänomens anbietet. Es handelt sich also in zweifacher Beziehung um eine „Theorie der Superlative“. Wie ist nun aber, jenseits von Öffentlichkeitswirksamkeit, ihr analytischer Mehrwert für die historische Erforschung des ostmitteleuropäischen Staatssozialismus zu beurteilen?

Die bereits erwähnten Einwände können auch gegen die untersuchte Literatur vorgebracht werden: Wie immer wieder heftig kritisiert,⁵⁹ resultiert aus der Prämisse von der das gesamte Gemeinwesen durchdringenden staatlichen Ideologie die Dichotomisierung von Staat und Gesellschaft. Soziales Handeln wird dadurch wesentlich im Gegensatzpaar von Kollaboration und Widerstand verortet. Dieses Problem fin-

⁵⁵ Vgl. Veens: Einführung. In: *Ebenda* 12.

⁵⁶ Besier: *Das Europa der Diktaturen* (vgl. Anm. 52).

⁵⁷ Vgl. *ebenda* 691-693.

⁵⁸ Vgl. *ebenda* 699.

⁵⁹ Vgl. nur: Kolár: *Langsamer Abschied vom Totalitarismus-Paradigma?* (vgl. Anm. 13).

det sich hier wieder, etwa bei der Betrachtung der Kirche. Auch die „Aporien der Totalitarismustheorie“,⁶⁰ also die Erklärung des Wandels der staatssozialistischen Regime und des Zusammenbruchs des Kommunismus, bleiben unaufgelöst. In fast allen oben besprochenen Werken kommt der Frage nach der Dynamik, denen diese Länder unterlagen, zentraler Stellenwert zu. Ihr Motor wird generell in der Diskrepanz von ideologischem Anspruch und Wirklichkeit gesehen, wodurch die unvollkommene Totalisierung also zur notwendigen Voraussetzung für die Enttotalisierung wird. Zeitpunkt oder Art des Wandels werden so nicht erklärt. Und kommt, in dem speziellen Falle der hier interessierenden Länder, überdies nicht der Frage Berechtigung zu, ob ein Konzept, das durch ein äußerstes Maß an staatlicher Aggression und Menschenverachtung gekennzeichnete Regime beschreiben soll, für den ostmitteleuropäischen Staatssozialismus überhaupt passend ist? Bedeutet dies nicht eine Überstrapazierung des Begriffs sowie eine Dämonisierung dieser Systeme?⁶¹

Demgegenüber lassen sich die Vorteile dieses theoretischen Zugangs weniger griffig formulieren. Dies liegt wohl vor allem an dem so breiten Spektrum von Reichweite und Erkenntnisinteresse. Auch innerhalb einzelner Texte wird häufig nicht transparent, ob nun Anspruch oder Realform betrachtet wird und auf welche „Zeitschicht“ der Totalitarismusbegriff angewendet wird: Dient er dem diachronen Vergleich politischer Systeme und ist damit überzeitlich, beschreibt er das historische Phänomen einer Diktatur oder die Erinnerung an sie? Eine klarere Trennung dieser Ebenen dürfte auch eine bessere Beurteilung der Leistungsfähigkeit des theoretischen Ansatzes ermöglichen. Dann träte deutlicher hervor, dass dieser für Forschungen, die am eher politologisch ausgerichteten Systemvergleich oder der Untersuchung von ideologischem Denken interessiert sind, hilfreich sein kann, wohingegen sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze nicht von ihm profitieren. Der Grund dafür liegt in seinem normativen Gehalt als negativer Gegenentwurf zur Demokratie: Während er im Falle des Systemvergleichs gerade daraus seine Aussagekraft bezieht, da erst so das Neuartige dieser Art von Herrschaft beschreibbar wird,⁶² erschwert das in dieser Setzung enthaltene Werturteil ein unvoreingenommenes Herangehen an die einer Gesellschaft spezifischen Wertmaßstäbe und Normalitäten.

Aber auch wenn der Analysefähigkeit des Totalitarismusansatzes für die historische Erforschung des Staatssozialismus enge Grenzen gesetzt sind, lässt er sich nicht aus der Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts wegdenken. Für die Geschichtswissenschaft sollte dies Anlass sein, ihn in seiner Zeitspezifität ernst zu nehmen und seine bis heute anhaltende diskursive Macht zum Gegenstand der Untersuchung zu machen. Hier lässt sich der Bogen zum Ausgangspunkt der Überlegungen spannen: Zwar ist der Titel Programm, doch auch „Beyond Totalitarianism“ befindet sich längst nicht jenseits des umstrittenen Paradigmas. Dass die Autoren ihre eigenen

⁶⁰ Vgl. *Ballestrem*: Aporien der Totalitarismus-Theorie 237-249, v. a. 237 (vgl. Anm. 30).

⁶¹ In diesem Sinne argumentiert etwa *Grinberg*, Daniel: War die Volksrepublik Polen ein totalitärer Staat? – Stimmen einer Debatte. In: *Inter Finitimos* 5 (2007) 53-60, hier 57-60 (vgl. Anm. 20).

⁶² Vgl. *Vollnhals*: Der Totalitarismusbegriff im Wandel des 20. Jahrhunderts 385-398 (vgl. Anm. 6).

Überlegungen als alternative Methodologie zum Totalitarismus begreifen und ihn gar in großen Lettern aufs Cover heben, zeigt, dass er noch immer ein unumgekehrter Referenzpunkt ist – selbst wer seine Prämissen ablehnt, kommt bei der Auseinandersetzung mit den großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts doch nicht umhin, sich zu ihm zu positionieren.

Jan Arend

WIDER DAS „HALBIERTE BEWUSSTSEIN“?
NEUERE BEITRÄGE ZU EINER BLOCKÜBER-
GREIFENDEN PERSPEKTIVE AUF DAS JAHR 1968

Der tschechische Philosoph und Publizist Zdeněk Pinc blickte unlängst in einem Essay zurück auf die Zeit der 1960er Jahre, in der er in der Prager Studentenbewegung engagiert war und die nationalen und internationalen politischen Entwicklungen aufmerksam verfolgte. Seine Sätze evozieren das Bild eines Aufbruchs, der nicht vor politischen Grenzen halt machte, sondern die ganze Welt erfasste:

Zu Beginn der sechziger Jahre wandte sich die Welt, wenn auch in mehreren Anläufen, mehr oder weniger in die richtige Richtung, und sie konnte – nicht ohne unser Zutun – unsere Heimat werden, bewohnbare Welt, Ökumene in der einen, uralten, antiken Definition. Besser gesagt: Die Welt begann damals, erneut eins zu werden – die sechziger Jahre stellten in diesem Sinne für die junge Generation die Suche nach verlorenen Zusammenhängen dar.¹

In diesen Worten scheinen sich retrospektive Einschätzungen mit dem jugendlichen Optimismus von damals zu vermischen. Die enthusiastische Imagination einer Weltgemeinschaft verweist auf eine globale Dimension der 1960er Jahre, die für Pinc als Zeitzeugen offenbar zum Kernbestand der damaligen Erfahrungen gehört. Mit Blick auf das ereignisreiche Jahr 1968 hat Peter Sloterdijk vor einigen Jahren in etwas überspitzter Weise einer ähnlichen Sichtweise Ausdruck verliehen: „Vielleicht vom Jahr der Französischen Revolution abgesehen“ sei 1968 das „dichteste Jahr der Weltgeschichte“ gewesen. 1968 gilt Sloterdijk als das „Schlüsseljahr der neueren Zeit“, denn es habe die Zeitgenossen mit einem „Ernstfall der Globalisierung“ konfrontiert.²

Auch innerhalb der geschichtswissenschaftlichen Diskussion werden Stimmen laut, die eine Neubewertung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der 1960er Jahre im Lichte ihrer Globalität fordern. Dem Jahr 1968, das in Europa angesichts der Proteste im Westen und den durch den „Prager Frühling“ angestoßenen Ereignisse im Osten als ein Kulminationspunkt dieser Entwicklungen gelten kann, wird dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil. So kritisieren etwa Manfred Sapper und Volker Weichsel ein „halbiertes Bewusstsein“, dem sich die Ereignisse im Westen einerseits und im sozialistischen Block andererseits nur getrennt voneinander erschließen. Diese Schizophrenie der zeitgeschichtlichen Forschung sei einer Persistenz von Denkstrukturen aus dem „Kalten Krieg“ geschuldet. In der Sicht auf

¹ Pinc, Zdeněk: Der Weg dorthin und wieder zurück, oder: alles ist ganz anders. In: *Danyel, Jürgen/Schevardo, Jennifer/Krubi, Stephan* (Hgg.): *Misunderstanding 68/89. Fremde Zeitgenossen und umstrittene Deutungen/Cizí současníci a sporné výklady*. Berlin 2008, 210-219, hier 211.

² *Sievers, Rudolf* (Hg.): *1968. Eine Enzyklopädie*. Frankfurt/Main 2004, Klappentext.

das Jahr 1968 bestehe die Teilung der Welt aus den Zeiten des Ost-West-Konflikts in unseren Köpfen fort. Deshalb fordern sie eine „Einbeziehung des östlichen Europas in den europäischen Erinnerungshorizont“.³ Als sich 2008 die Ereignisse von 1968 zum vierzigsten Male jährten, wurde dies zum Anlass für den Versuch einer solchen historiografischen Horizonterweiterung. Es erschienen gleich mehrere Beiträge, die sich mit blockübergreifenden Aspekten von „1968“ beschäftigten.⁴ In diesem Literaturbericht werden diese Arbeiten kommentiert und Anregungen zu einer weiterführenden Beschäftigung gegeben.⁵

Die Forderung nach einer blockübergreifenden Perspektive auf das Jahr 1968 stellen sicherlich auch wissenschaftliche Reflexe auf politische Europa-Diskurse und insbesondere auf die EU-Osterweiterung dar. Daneben ist diese Neuorientierung der Forschung auch vor dem Hintergrund von jüngeren Entwicklungen in der geschichtswissenschaftlichen Methodendiskussion zu sehen. Die Konjunktur des beziehungs- und verflechtungsgeschichtlichen Paradigmas und des transfergeschichtlichen Ansatzes erfasst auch die Zeitgeschichte. Zunehmend findet dabei die Forderung nach einer Überwindung des Gegensatzes zwischen vergleichender und verflechtungsgeschichtlicher Historiografie Gehör. Hatten die Anhänger verflechtungsgeschichtlicher Ansätze den Vergleich zum Teil lange der methodischen Separation von in Wirklichkeit unauflöslich verknüpften Phänomenen verdächtigt, so wurde erkannt, dass „histoire croisée“ und die historische Komparatistik aufeinander angewiesen sind. In der Zusammenschau zweier Untersuchungsgegenstände treten nämlich oftmals Unterschiede und Gemeinsamkeiten sowie gegenseitige Beeinflussungen gleichermaßen in den Blick.⁶ Vergleichsobjekte zugleich auf ihre Verflechtung hin zu befragen, bedeutet mithin die Chance, ein „Denken in Strukturen“ durch ein „Denken in Strömen“ zu ergänzen.⁷

Eine blockübergreifende Perspektive auf das Jahr 1968 kann auf verschiedenen Analyseebenen erhellend sein. Die neuere Forschungsliteratur stellt vor allem drei Bereiche in den Vordergrund. Erstens werden die politischen Programme und

³ Sapper, Manfred/Weichsel, Volker: Das halbierte Bewusstsein. Editorial. In: Osteuropa 58 (2008) H. 7, 3.

⁴ Schon 1998 ist ein Sammelband erschienen, der die inter- und transnationale Dimension von „1968“ beleuchtet. Vgl. Fink, Carole/Gassert, Philipp/Junker, Detlef (Hgg.): 1968. The World Transformed. Cambridge, Washington/D.C. 1998. – Vgl. auch Rosenberg, Rainer/Münz-Koenen, Inge/Boden, Petra (Hgg.): Der Geist der Unruhe. 1968 im Vergleich. Wissenschaft – Literatur – Medien. Berlin 2000.

⁵ Nicht zugänglich war mir leider: Kastner, Jens/Mayer, David (Hgg.): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive. Wien 2008 (Globalgeschichte und Entwicklungspolitik 7).

⁶ Vgl. Kocka, Jürgen: Comparison and Beyond. In: History and Theory 42 (2003) H. 1, 39-44. – Middell, Matthias: Kulturtransfer und historische Komparatistik. Thesen zu ihrem Verhältnis. In: Comparativ 10 (2000) 7-41. – Neben anderen Autoren loten das Potenzial einer „histoire croisée“ aus: Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen. In: Geschichte und Gesellschaft (GG) 28 (2002) H. 4, 607-636.

⁷ Osterhammel, Jürgen: Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative? In: GG 27 (2001) H. 3, 464-479, hier 474.

Orientierungen der Akteure von 1968-West und 1968-Ost komparativ und verflechtungsgeschichtlich in den Blick genommen. Dabei wird zum Beispiel gefragt, wie nahe sich die neomarxistisch geprägte Position der Neuen Linken und das sozialistische Reformprogramm des „Prager Frühlings“ standen. Zweitens interessiert man sich für die wechselseitige Prägung von Lebensstilen und Mentalitäten diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs“, wobei die Annäherung jugendlicher (Sub-) Kulturen im Zentrum steht. Schließlich werden gegenseitige Wahrnehmungen und Begegnungen der Akteure in Ost und West zum Thema gemacht.⁸ Auf diese mitunter eng verflochtenen Aspekte soll im Folgenden kurz getrennt eingegangen werden. Die Zusammenschau der Forschungsergebnisse zeigt, dass sich die Entwicklungen in Ost und West in ihrer anti-obrigkeitlichen Dynamik ähnelten, wobei diese Ähnlichkeit auch gegenseitigen Wahrnehmungen und Einflüssen entsprang. Missverständnisse und Projektionen spielten in dieser Verflechtungsgeschichte jedoch eine fast ebenso wichtige Rolle wie die jeweils block- und kontextspezifische Aneignung von Kultur- und Ideenimporten.

Politische Orientierungen in Ost und West

Auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ formierte sich seit Mitte der 1950er Jahre in unterschiedlicher Weise politischer Protest, der auf die Überwindung autoritärer Strukturen zielte.⁹ Martin Klimke und Joachim Scharloth verorten das europäische Jahr 1968 in den „langen 1960er Jahren“, einem Zeitraum, der von Mitte der 1950er Jahre bis ungefähr 1977 reiche. Diese Periodisierung sei einer „history of European protest and activism“ angemessen, die die Aufstände der Entstalinisierungskrise im sozialistischen Block zwischen 1953 und 1956 ebenso umfasse, wie die Höhepunkte der politischen Gewalt und des Terrorismus in Deutschland und Italien Ende der 1970er Jahre.¹⁰ Im Westen entstand in den späten 1950er Jahren eine transatlantisch vernetzte „Neue Linke“, die auch von der internationalen Friedensbewegung beeinflusst war. Im sozialistischen Block kam es zu einer Reihe von Aufständen, die rückblickend betrachtet als Vorankündigung von 1968 erscheinen konnten, so etwa 1953 in der DDR und 1956 in Polen und Ungarn. Das Jahr 1968 stellte in beiden Blöcken einen kritischen Höhepunkt dieser Entwicklungen dar. In Westeuropa und den USA war es die linke Jugend, die gegen das „Establishment“ aufbegehrte, wobei sich die Proteste teilweise auf andere Gesellschaftsschichten ausweiteten.¹¹ Auch im östlichen Europa kam es zu studentischen Unruhen, etwa in Polen und Jugoslawien. In der ČSSR schließlich verband sich in jenem Jahr mit der

⁸ Eine vierte Dimension einer Wahrnehmungs- und Verflechtungsgeschichte von „1968“, die hier nicht behandelt werden soll, stellt die internationale Politik dar. Vgl. dazu die Beiträge im ersten Themenblock des Sammelbandes *Fink/Gassert/Junker: 1968* (vgl. Anm. 4).

⁹ Vgl. *Klimke, Martin/Scharloth, Joachim: 1968 in Europe: An Introduction*. In: *Dies. (Hgg.): 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–1977*. New York, London 2008, 1–9, hier 3.

¹⁰ *Ebenda*.

¹¹ Vgl. *Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München 2008 – *Kraushaar, Wolfgang: Achtundsechzig. Eine Bilanz*. Berlin 2008.

Liberalisierungspolitik einer reformorientierten Parteiführung ein Aufblühen der Zivilgesellschaft („Prager Frühling“).¹²

Aufschlussreich ist nun ein Vergleich der politischen Ideen und Profile der Bewegungen im westlichen und östlichen Europa, wie ihn etwa Christoph Kleßmann in seinem Versuch einer nüchternen Historisierung von „1968“ leistet.¹³ Dabei wird deutlich, dass neben gegenseitigen Bezügen und Annäherungen auch klare Abgrenzungen bestanden. Beiderseits des „Eisernen Vorhangs“ wurde in den 1960er Jahren über eine demokratische Ausgestaltung des Sozialismus und über „dritte Wege“ jenseits überkommener sozioökonomischer Gesellschaftsmodelle nachgedacht. „Dialog“ wurde zu einem Schlagwort des intellektuellen Diskurses in Ost und West, wobei die Verständigung zwischen Vertretern unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen ebenso gemeint sein konnte, wie das Einvernehmen zwischen Marxisten und Christen. Konvergenztheoretiker prognostizierten eine Annäherung der Systeme in Ost und West im Zuge fortschreitender Modernisierung. Auch auf der Ebene der internationalen Politik schien sich im Zeichen der Entspannungspolitik die Möglichkeit einer Überwindung von Systemgegensätzen abzuzeichnen.

In Osteuropa ging der reformkommunistische Impuls zum Teil „von oben“ aus und war mithin ein Produkt weltanschaulicher Differenzierungsprozesse im kommunistischen Lager, während das Thema im Westen linke Oppositionelle und Intellektuelle beschäftigte. Standen im östlichen Europa die Forderungen nach grundlegenden politischen Freiheiten und Rechten (Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, politischer Pluralismus) im Vordergrund, so waren diese Ziele im Westen seit langem verwirklicht. Teils misstraute man hier sogar den Institutionen der Demokratie, vermutete man doch in ihnen die formalen Säulen einer Herrschaft des „Establishments“. „Konsumgesellschaft“ und „Spätkapitalismus“ – zentrale Feindbilder der „Neuen Linken“ – konnten östlich des „Eisernen Vorhangs“ die Gemüter nicht erhitzen. Hier sehnte man sich ja gerade nach einer Ausweitung der Konsummöglichkeiten und dachte über die Aufnahme marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft nach.

Der Vergleich macht deutlich, dass es nicht zuletzt divergierende Freiheitsbegriffe waren, die die Bewegungen in Ost und West voneinander unterschieden. „Freiheit“ verband man im Osten oft mit den lebenspraktischen Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten, die sich im amerikanischen „Lifestyle“ zu eröffnen schienen. Die linke Jugend im Westen freilich wollte sich gerade von der Verbindlichkeit dieses „kapitalistischen“ Lebensentwurfes befreien. Hier sind also gegenläufige politische Orientierungen feststellbar. Einer Entfremdung vom sowjetischen Modell im Osten entsprach mitunter eine „institutionelle und ideologische Selbst-Sowjetisierung“ der westlichen Linken.¹⁴

¹² Zu den politikgeschichtlichen Aspekten des „Prager Frühlings“ liegt neuerdings ein umfassender Sammelband mit Quellenedition vor. Vgl. *Karner, Stefan/Tomilina, Natalja Georgievna/Tschubarjan, Alexander* u. a. (Hgg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*. 2 Bde. Köln, Weimar, Wien 2008.

¹³ Vgl. *Kleßmann, Christoph*: 1968 in Ost und West: Historisierung einer umstrittenen Zäsur. In: *Osteuropa* 58 (2008) H. 7, 17-30.

¹⁴ *Bohn, Thomas M.*: 1968 in Ost und West. Ein zeitgeschichtliches Panorama. Unveröffentlichtes Manuskript.

„Antiautoritär“ waren die Bewegungen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“, doch begehrte man gegen unterschiedliche Autoritäten auf. Der komparative und verflechtungsgeschichtliche Blick auf die politischen Haltungen der Akteure von „1968“ in Ost und West zeigt insgesamt, dass sich viele Ideen durchaus ähnelten und auch gegenseitige Einflüsse verrieten, dabei jedoch auf grundverschiedene politische Realitäten gemünzt waren. Insofern sollten Vergleiche nicht auf eine kontextualisierende Untersuchung historischer Semantik verzichten: Es genügt nicht, einfach festzustellen, dass Ost und West gemeinsam in einem Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung begriffen waren, denn diese Begriffe nahmen in den jeweiligen blockspezifischen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen an.

Mentalitäten und Lebensstile

Eine beziehungsgeschichtliche Perspektive sollte auch Transfers und Verflechtungen berücksichtigen, die über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgten und im Verlauf des Jahres 1968 weder begannen, noch zu ihrem Abschluss kamen. Gerade wenn es um ein Verständnis der Mentalitäten und Einstellungen geht, die das Aufbegehren von 1968 prägten, tut ein Ansatz Not, der mittel- und langfristige kulturelle Wandlungsprozesse mitberücksichtigt. Auch mit Blick auf die kulturgeschichtlichen Entwicklungen ist deshalb eine Ausweitung des Untersuchungszeitraums auf die „langen 1960er Jahre“ angezeigt. Der „amerikanisierende“ Einfluss der Popkultur und die Veränderung von Sexualitäts- und Moralvorstellungen waren Signa eines längeren kulturellen Transformationsprozesses, der sich auf beiden Seiten der Blockgrenzen beobachten lässt und durch wissenschaftliche Innovationen, wie die Verbreitung der Anti-Baby-Pille und neuartiger Medientechnologien mitbedingt wurde. Die blockübergreifende Angleichung von Konsumwünschen und kulturellen Orientierungen lässt sich als ein Zeichen fortschreitender Globalisierung interpretieren.¹⁵

Kathrin Fahlenbrach spricht von einem „massenmedial und popkulturell beeinflusste[n] Zeitgeist, der auch über die Mauern zwischen Ost und West hinweg wirksam“ war.¹⁶ Gerade im Bereich der jugendlichen (Sub-)Kultur scheint sich unter dem Einfluss einer Amerikanisierung der Lebensstile in Ost- und Westeuropa ein ähnlicher Habitus herausgebildet zu haben, waren doch auch im sozialistischen Lager Jeans und lange Haare äußerliche Ausdrucksformen juveniler Protesthaltungen.¹⁷

¹⁵ Osterhammel, Jürgen/Petersson, Niels P.: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen. 4. Aufl. München 2007, 102.

¹⁶ Fahlenbrach, Kathrin: Globale (Medien-)Revoluten. Die Rolle der Medien für die Proteste um 1968 in Ost und West. In: Danyel, Jürgen/Schevardo, Jennifer/Krubl, Stephan (Hgg.): Crossing 68/89. Grenzüberschreitungen und Schnittpunkte zwischen den Umbrüchen/Překračování hranic a průsečíky mezi přelomy. Berlin 2008, 120-136, hier 135.

¹⁷ Vgl. Bohn: 1968 in Ost und West (vgl. Anm. 14). – Klimó, Árpád von/Danyel, Jürgen (Hgg.): Pop in Ost und West. Populäre Kultur zwischen Ästhetik und Politik. Aufsätze und Materialien. In: <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Pop-Inhalt> (letzter Zugriff 01.09.2009). – Herrmann, Sebastian M./Kanzler, Katja/Koenen, Anne u. a. (Hgg.): Ambivalent Americanizations. Popular and Consumer Culture in Central and Eastern Europe. Heidelberg 2008 (American Studies 165).

Stärker als im Westen scheinen sie allerdings auf einzelne, relativ eng umrissene Milieus des jugendlichen Protestes beschränkt geblieben zu sein. Auch östlich des „Eisernen Vorhangs“ experimentierte man mit neuen Sexualitäts- und Partnerschaftsformen, wenn auch unter repressiveren Rahmenbedingungen und in deutlich bescheidenerem Umfang. Ute Kätzel nennt das Beispiel einer Ostberliner Lebens- und Wohngemeinschaft („Kommune 1-Ost“), deren Mitglieder in Anlehnung an Westberliner Vorbilder der Enge traditioneller Ehe- und Familienmodelle entkommen wollten.¹⁸

Uta G. Poiger zeigt in ihrer Arbeit über die Aneignung der Exportprodukte amerikanischer Populärkultur im geteilten Deutschland, wie Jazz, Boogie und Western die Jugend beiderseits der Berliner Mauer in ihren Bann ziehen konnten und in vergleichbarer Weise die Obrigkeiten und Erzieher in Sorge um Moral und Sittlichkeit versetzten. Führt man in Westeuropa diesen Wandel auf einen Import aus Übersee zurück, so denunzierten die Autoritäten im sozialistischen Block mitunter pauschal den „westlichen“ Einfluss. In einem im Parteikreis getätigten Ausspruch von Walter Ulbricht aus der Mitte der 1960er Jahre kommt diese Wahrnehmung anschaulich zum Ausdruck: „Ist es denn wirklich so, dass wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, kopieren müssen? Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Yeah, Yeah, Yeah und wie das alles heisst, ja, sollte man doch Schluss machen.“¹⁹

Poigers Buch macht auch deutlich, dass im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik die Zirkulation amerikanischer Kulturprodukte anderen Logiken folgte als unter den Bedingungen von Planwirtschaft und „fürsorglichem“ Paternalismus in der DDR. Der Vergleich bringt hier in anregender Weise grundverschiedene und dennoch kulturell verflochtene Konfigurationen von Lebensstil, Wirtschaftsform und politischem System in den Blick.²⁰ Ein solcher Ansatz kann deutlich machen, dass wo immer es zu kulturellen und politischen Verflechtungen zwischen Ost und West kam, die jeweiligen Vorbilder kaum unverändert übernommen werden konnten. Vielmehr mussten sie unter block- und länderspezifischen Bedingungen angeeignet werden, wodurch neue kulturelle Formen entstanden. Ein gutes Beispiel dafür gibt Árpád von Klimó in seinem Beitrag zur Rezeption der Beatmusik in Ungarn.²¹ Diese erfolgte in den 1960er Jahren recht zögerlich, so dass ungarische Beatmusiker, wollten sie den populären Geschmack bedienen und im Fernsehen auftreten, Schlager- und Jazzelemente in ihre Beatstücke einbauen mussten, wodurch ein hybrider Stil entstand.

Die Frage, in welchem Ausmaß sich in Ost und West die Lebenshaltungen in vergleichbarer Weise wandelten, wird die Forschung weiter beschäftigen. Nicht zuletzt könnte man sich in diesem Zusammenhang von neueren Ansätzen zur Erforschung

¹⁸ Vgl. Kätzel, Ute: Geschlechterrolle und das 1968er Aufbegehren in der DDR. In: *Ebbinghaus*, Angelika (Hg.): *Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr*. Hamburg 2008, 183-194, hier 187-190.

¹⁹ Zitiert nach: *Koenen, Gerd/Veiel, Andres*: 1968. *Bildspur eines Jahres*. Köln 2008, 46.

²⁰ Vgl. *Poiger, Uta G.*: *Jazz, Rock and Rebels. Cold war Politics and American Culture in a Divided Germany*. Berkeley, Los Angeles, London 2000.

²¹ Vgl. *Klimó, Árpád* von: Zwischen Beat und Kommunismus. Katholische Jugendgruppen in Ungarn 1968. In: *Ebbinghaus*: *Letzte Chance?* 108-120, hier 115 (vgl. Anm. 18).

multipler Modernen inspirieren lassen. Insbesondere für die Zwischenkriegszeit liegen bereits Arbeiten vor, in denen die sowjetische Geschichte als ein zwar spezifischer aber nicht singulärer Entwicklungspfad innerhalb einer tendenziell globalen Moderne beschrieben wird. Stephen Kotkin etwa hat gezeigt, wie die Sowjetunion, Japan und mehrere westliche Staaten in den 1920er und 1930er Jahren vergleichbare Entwicklungen durchliefen, weil sie in ähnlicher Weise auf moderne Herausforderungen reagierten. Neue Technologien, mobilisierte Massen und die Spannung zwischen imperialen und nationalen Logiken seien transnationale Signa dieser Zeit gewesen, die in verschiedenen Staaten in vielfältiger aber vergleichbarer Weise die Herausbildung einer Massenpolitik und -kultur heraufbeschworen. In dieser Sicht lässt sich von einer „shared history“ der Zwischenkriegszeit, an der neben westlichen Staaten und Japan auch die Sowjetunion teilhatte, sprechen.²² Gerade die hier vorgestellten Überlegungen zu einer blockübergreifenden Perspektive auf das Jahr 1968 könnten dazu Anlass geben, auch für die Zeit nach 1945 vermehrt und in systematischer Weise nach der Vergleichbarkeit moderner Konstellationen in Ost und West zu fragen. Mit Blick auf 1968 ließe sich etwa zeigen, wie zwar die Lebensbedingungen in modernen Industriegesellschaften die Haltungen und Forderungen der Protestierenden auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ prägten, dies jedoch auf sehr verschiedene Weise taten. Wurde das Lebensgefühl der industrialisierten Moderne im Westen zum Ausgangspunkt für eine postmaterialistische Kritik an der entwickelten Konsumgesellschaft, so verband man im sozialistischen Block die weiterhin mit repressiven Mitteln betriebene Industrialisierung mit Unrecht und Gewalt seitens des kommunistischen Regimes.²³

Wahrnehmungen und Begegnungen

In ihrem bereits angesprochenen Beitrag weist Kathrin Fahlenbrach auf die Rolle der internationalen Medien hin, welche zu einer grenzübergreifenden Wahrnehmung der Ereignisse von 1968 beitrugen.²⁴ Ein Bewusstsein globaler Zusammenhänge prägte die Formen und Inhalte der Proteste in Ost und West. So wurden etwa im Westen Solidaritätsbekundungen mit den Bewegungen in der „Dritten Welt“ und teilweise auch mit dem „Prager Frühling“ zu wichtigen Artikulationsformen des Protestes. Auch Appelle an die „Weltöffentlichkeit“ waren 1968 verbreitet, wie dies Aleksandr Daniel' für die entstehende Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion nachweist.²⁵ Es wird deutlich, dass sich im Laufe der 1960er Jahre politische Kommu-

²² Vgl. *Kotkin*, Stephen: *Modern Times: The Soviet Union and the Interwar Conjunction*. In: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 2 (2001) H. 1, 111-164. – David L. Hoffmann scheint ebenfalls eher die Zeit bis 1945 im Blick zu haben. Vgl. *Hoffmann*, David L.: *European Modernity and Soviet Socialism*. In: *Ders./Kotsonis, Yanni* (Hgg.): *Russian Modernity. Politics, Knowledge, Practices*. Basingstoke, New York 2000, 245-260. – Zum Begriff der multiplen Modernen vgl. *Eisenstadt*, Shmuel N. (Hg.): *Multiple Modernities*. New Brunswick/N.J. 2002.

²³ Vgl. *Osterhammel/Petersson*: *Geschichte der Globalisierung* 103 (vgl. Anm. 15).

²⁴ *Fahlenbrach*: (Medien-)Revoluten 135 (vgl. Anm. 16).

²⁵ *Daniel'*, Aleksandr: *Geburt der Menschenrechtsbewegung. Das Jahr 1968 in der UdSSR*. In: *Osteuropa* 58 (2008) H. 7, 47-56, hier 49 f.

nikations- und Wahrnehmungsräume internationalisierten und gerade auch über die Blockgrenzen hinweg reichten. Inwiefern es allerdings gerechtfertigt ist, wie Ute Kätzel von einer blockübergreifenden „internationalen Diskursgemeinschaft“ zu sprechen, muss meines Erachtens beim derzeitigen Forschungsstand offen bleiben.²⁶ Systematischere Untersuchungen müssen das Ausmaß gegenseitiger Wahrnehmung und Kommunikation näher bestimmen.

Gleichsam auf die Probe gestellt wurde das Konvergenzpotenzial von „1968-West“ und „1968-Ost“ in zahlreichen Begegnungen und Kooperationen zwischen Akteuren aus dem westlichen und dem östlichen Europa. Zwischen 1964 und 1974 fand auf der kroatischen Insel Korčula alljährlich eine Sommerschule statt, die zu einem wichtigen Forum für linke westeuropäische Intellektuelle und reformorientierte Denker aus dem sozialistischen Block wurde. Die frühen „humanistischen“ Schriften von Marx wurden hier zur Grundlage einer intellektuellen Begegnung, die Impulse für ein Nachdenken über einen demokratischen Sozialismus generierte. Aus diesem Umfeld entstand die jugoslawische Zeitschrift „Praxis“, in deren Redaktionsrat neben engagierten Intellektuellen aus dem sozialistischen Lager auch Vertreter eines Neomarxismus westeuropäischer Provenienz wie Herbert Marcuse, Jürgen Habermas und Ernst Bloch saßen.²⁷ Hier haben wir es also mit dem Beispiel eines tragfähigen blockübergreifenden Netzwerkes zu tun, wie es Jürgen Osterhammel programmatisch als Interessensschwerpunkt einer transnationalen Gesellschaftsgeschichte ausgemacht hat.²⁸

In anderen Fällen erwiesen sich die Begegnungen zwischen Ost und West als weniger fruchtbar, wobei die unterschiedlichen intellektuellen und lebensweltlichen Prägungen der Akteure deutlich wurden. Gerd Koenen schildert dies anschaulich in einer Erinnerung an eine Reise in die Slowakei im März 1968:

Ich [...] fuhr mit einer Delegation unseres linken Tübinger AStA im März 1968 zu einem Seminar nach Bratislava, wo es (wie wir verblüfft feststellten) einen aparten „slowakischen Frühling“ gab. Was war das denn für ein Quatsch?! Die Befremdung wuchs, als die Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes der Slowakei in ihren tristen Trevira-Anzügen von uns hauptsächlich etwas über sozialliberale oder sozialdemokratische Theoretiker wie Dahrendorf oder Habermas [...] hören wollten, mit denen wir doch gerade fertig waren; weshalb wir in unseren chic-radikalen Lederjacketten oder Parkas mit Mao- oder Che-Plaketten am Revers ihnen mit Marx und Marcuse einheizten – wie in einem Dialog von Taubstummten.²⁹

Ähnliche Beispiele von Erfahrungen gegenseitiger Fremdheit ließen sich noch viele anführen. Es scheint, dass die realen und virtuellen Kontakte zwischen Ost und West im Kontext von „1968“ ebenso sehr von Missverständnissen wie von gegensei-

²⁶ Kätzel: Geschlechterrolle 184f. (vgl. Anm. 18).

²⁷ Vgl. Kanzleiter, Boris: „Nieder mit der roten Bourgeoisie!“ Die Studentenproteste von 1968 in Jugoslawien. In: *Ebbinghaus: Letzte Chance?* 134-146, hier 141 f. (vgl. Anm. 18). – Stojaković, Krunoslav: Philosophie, Film, Theater, Literatur – der „kritische Intellektuelle“ in Jugoslawien und die Studentenbewegung 1968. In: *Ebbinghaus: Letzte Chance?* 149-162, hier 151-154 (vgl. Anm. 18). – Murašov, Jurij: Im Bann des sprachlichen Idioms. Praxisphilosophie und Medientheorie. In: *Osteuropa* 58 (2008) H. 7, 119-127.

²⁸ Vgl. Osterhammel: Transnationale Gesellschaftsgeschichte (vgl. Anm. 7).

²⁹ Koenen, Gerd: Von 1968 nach 1989 und zurück. Osteuropa und die westdeutsche Neue Linke. In: *Osteuropa* 58 (2008) H. 7, 5-16, hier 7 f.

tiger Verständigung geprägt waren. In beiden Lagern entstanden vielfältige Vorstellungen über „die auf der anderen Seite“, die mal enthusiastisch als Vorbilder und potenzielle Verbündete, mal mit wenig Verständnis als Irrrende und Irreführte imaginiert wurden. Dies waren Projektionen, die oft wenig mit der Wirklichkeit gemein hatten und bei realen Begegnungen zu Enttäuschungen führten. Als identitätsstiftende und wirkungsmächtige Vorstellungen vom „Anderen“ prägten sie gleichwohl das Gesicht von „1968“ in Ost und West.

Die hier vorgestellten Beiträge eröffnen ein interessantes Forschungsfeld und tragen zu einer Sichtweise auf die 1960er Jahre bei, die nicht in den dichotomen Denkschemen einer vom Kalten Krieg geprägten Geschichtsschreibung verharret. Den Blick einmal auf das Verbindende zwischen den konkurrierenden Blöcken zu werfen, kann dazu dienen, sich auch der offensichtlichen Unterschiede zwischen Ost und West neu zu versichern. Vergleiche schärfen unsere Wahrnehmung von Differenzen und Eigenarten, lassen uns aber auch die gegenseitige Bezogenheit der Entwicklungen genauer erkennen. Insofern bietet das Thema einen hervorragenden Anlass, komparative Historiografie und Verflechtungsgeschichte zu verbinden.

Abschließend ist festzustellen, dass sich die Ereignisse von 1968 im östlichen und im westlichen Europa kaum unter einem gemeinsamen Oberbegriff fassen lassen. Zu vielfältig und kontextspezifisch sind die Verhältnisse in beiden Blöcken, zu „eigen-sinnig“ die Aneignung und Interpretation der Einflüsse von „drüben“. Dies spricht allerdings keineswegs gegen das Projekt einer komparativen Beziehungsgeschichte. Eine solche kann auf Ähnlichkeiten der Entwicklung und auf gegenseitige Prägungen und Wahrnehmungen in zwei Kontexten hinweisen, die sich zwar auf keinen „gemeinsamen Nenner“ reduzieren lassen, jedoch ohne die Berücksichtigung der hier diskutierten Verflechtungen nicht befriedigend beschrieben wären.

MEDIEN ZWISCHEN FICTION-MAKING UND REALITÄTSANSPRUCH – KONSTRUKTIONEN HISTORISCHER ERINNERUNG

Dass historische Erinnerung der Vermittlung bedarf, dass diese Vermittlung geprägt wird durch die sie jeweils tragenden Medien und dass diese Relationen (vergangenheits-)politische Relevanz besitzen, war Ausgangspunkt der vom 3. bis zum 5. September 2009 im Historischen Kolleg in München abgehaltenen Konferenz mit dem Thema „Medien zwischen Fiction-Making und Realitätsanspruch – Konstruktion historischer Erinnerung“. Organisiert worden war die Tagung von dem am Collegium Carolinum angesiedelten und von der VolkswagenStiftung getragenen Forschungsprojekt „Musealisierung der Erinnerung. Zweiter Weltkrieg und nationalsozialistische Besetzung in Museen, Gedenkstätten und Denkmälern im östlichen Europa“.

Das von den Organisatoren Monika Flacke (Berlin), Peter Haslinger (Marburg/Gießen), Monika Heinemann (München), Hannah Maischein (München) und Martin Schulze Wessel (München) im Voraus formulierte Interesse zielte auf die Eigen- und Wirkungslogiken unterschiedlicher (massen)medialer Träger in der Repräsentation von historischer Erinnerung sowie auf deren Auswirkungen im andauernden Aktualisierungsprozess gesellschaftlicher Erinnerungsbestände. Eine ganze Reihe von Beiträgen stellte ein Medium in den Mittelpunkt der Ausführungen und versuchte, dessen Eigenheiten im Wechselspiel von Gestaltungsmöglichkeiten und -zwängen sowie die dabei entstehenden Wahrheitseffekte auszumessen. So wies Hannah Maischein (München) in ihrer Analyse der dokumentarischen Bildpraxis der Shoah auf ein für historische Fotografien noch immer geltendes Paradigma der „Indexikalität“ hin: Da Fotografien immer einen realen physischen Gegenstand abbilden, würden sie in der Regel als rein dokumentarische Repräsentation von Vergangenen wahrgenommen, ihre kulturelle Codierung und ihr diskursiver Charakter auch in der Geschichtswissenschaft viel zu oft ausgeblendet. Dabei seien die gestalterischen Variablen offensichtlich, sowohl durch die fotografischen Mittel bei der Produktion, als auch durch die nachträglichen Selektions- und Manipulationsmöglichkeiten bei der Reproduktion des Fotos. Auch sei es wohl angemessener, beim Anschauen eines Fotos von einem „Bildakt“ zu sprechen, da die Bedeutung nicht bereits in der reinen Materialität der Fotografie festgelegt sei, sondern vor dem Hintergrund des jeweiligen diskursiven Wissens durch den Betrachter erst hergestellt werden müsse. Florian Arndtz (Basel) knüpfte in seinem Vortrag über Farbigkeit in dokumentarischen und fiktionalen Bildern des Zweiten Weltkriegs an diese Überlegungen an. Die technisch bedingte Schwarzweiß- bzw. Sepiaästhetik von Originalaufnahmen des Zweiten Weltkriegs gelte den Betrachtern als besonders authentische, als „eigentliche“ Farbe des Krieges. Dies werde dadurch perpetuiert, dass sich gerade neuere Filmproduktionen eben dieser Ästhetik bedienen, um besondere Echtheit zu suggerieren. Problematisch sei, dass dadurch zugleich einer

Distanzierungshaltung des Betrachters gegenüber den dargestellten Ereignissen Vorschub geleistet werde.

Mit den Spezifika bildliterarischen Erzählens beschäftigte sich Kathrin Kollmeier (Potsdam) in ihrem Vergleich zweier Graphic Novels über die deutsche Besetzung Frankreichs. Als hybrides Medium zwischen Text und Bild kombiniere die Graphic Novel bzw. der Comic die Möglichkeiten sequenzieller Narrativität mit einer sinnlich-ästhetischen Wirkung. Kollmeier führte vor, wie sich synchron angelegte Text-Bild-Kompositionen einerseits zur ikonischen Verdichtung nutzen ließen, wie aber andererseits durch bewusst gesetzte Ambivalenzen auch dekonstruktive Spannung erzeugt und so eine „zusätzliche Lesespur“ in die Erzählung eingeführt werden könne.

Bernandette Fülcher (Basel) befasste sich mit dem anhaltenden Trend zur szenografischen Raumgestaltung in historischen Ausstellungen. In einem Vergleich zweier schweizerischer Ausstellungen wies sie auf die gesteigerte semantische Komplexität hin, welche die so hinzugefügte Bedeutungsebene erzeuge. Problematisch werde dies durch die Schwierigkeiten eindeutiger Zeichencodierung, so dass oftmals ein Misslingen im Zusammenspiel von Raumgestaltung und Exponaten festzustellen sei. Gefordert sei deshalb eine Intensivierung des Dialogs zwischen Historikern, Kuratoren und Ausstellungsgestaltern.

Möglichkeiten, Grenzen und Strategien der Geschichtsvermittlung in der museologischen Praxis wurden in einer Podiumsdiskussion mit Vertretern verschiedener Museen und Gedenkstätten debattiert. Monika Flacke (Berlin), Volkhard Knigge (Buchenwald und Mittelbau-Dora), Piotr Majewski (Danzig) und Jörg Morré (Berlin) thematisierten insbesondere geschichtspolitische Diskussionen und Konflikte, die historische Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten mit ihrer Arbeit anstoßen oder deren Existenz sie durch ihre Ausstellungstätigkeit offenlegen.

Thomas Weber (Berlin) fragte anhand eines Vergleichs von Internetseiten über das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück nach dem Charakter des World Wide Web als „Lieu de Mémoire“. Es lasse sich feststellen, dass sich das Internet als eigenständiges mediales Dispositiv mit eigenen Möglichkeiten und Maßstäben der Plausibilitätserzeugung herausbilde. Neben der Multimedialität der Technologie ergebe sich dies vor allem aus den Verweis- und Verlinkungsmöglichkeiten und der Herausforderung der Interaktivität. Als Spezifikum festgestellt werden könne die hohe technische und inhaltliche Aktualisierungsrate, so dass auch Angebote der historischen Vermittlungsarbeit permanent betreut und erneuert werden müssten.

Ebenfalls mit einem Phänomen neuester Medienentwicklung, dem des „User Generated Content“, beschäftigte sich schließlich Michael Eble (Bonn). Als Beispiele wählte Eble die Online-Enzyklopädie Wikipedia sowie verschiedene Portale, die es Nutzern ermöglichen, Zeitzeugenberichte über historische Themen nicht nur abzurufen, sondern auch selbst einzustellen. Ob diese „Demokratisierung der Inhalte“ aus grundsätzlichen politischen Erwägungen zu begrüßen sei, oder ob dies letztlich im Verlust akademischer Deutungshoheit einen eher negativen Effekt zeitigen werde, führte zu lebhaften Diskussionen. Positiv festzuhalten, so Eble, sei das Entstehen großer, automatisiert analysierbarer Korpora sowie die durch multiple Kontextverlinkungen verbesserte Erschließbarkeit der Inhalte.

Bewusst eingesetzte Strategien der Erzeugung bestimmter Effekte auf die Rezipienten sowie deren Wechselwirkung mit unterschiedlichen medialen Trägern waren ein weiteres wichtiges Thema vieler Beiträge. Suggestive Formen der Kommunikation und die Schaffung vorgeblicher Authentizität stellten sich dabei als zentrale Punkte heraus. So verwies Monika Heinemann (München) anhand eines Vergleichs zweier Warschauer Museen auf die Rolle von Emotionen in der Gestaltung historischer Ausstellungen. Neuere polnische Geschichtsausstellungen seien meist als sinnliche Erfahrungswelten angelegt, die auf ein emotionales Erleben von Geschichte abzielten. In der Analyse könnten diese nicht einfach als Text gelesen werden. Die suggestiven patriotischen und martyrologischen Sinnstiftungsnarrative der verglichenen Museen sowie deren sakrale Komponente als Gedenkorte würden erst deutlich, wenn man die gesamte Raumgestaltung einbeziehe und diese auf die beabsichtigte emotionale Wirkung hin befrage.

Andreas Schneider (Gießen) referierte über narrative Möglichkeiten der Suggestion von Authentizität am Beispielgenre der „emotionalen Archäologie“ im niederländischen Fernsehen der 1970er Jahre. Bereits sehr früh seien hier Darstellungsstrategien, wie etwa die inszenierte Spurensuche an einstigen Schauplätzen der NS-Massenmorde oder die bewusst subjektiv und emotional gestaltete Opfer- und Zeitzeugenbefragung entwickelt worden. In eine ähnliche Richtung ging der Beitrag von Michael Zok (Gießen), der sich mit der Rekonstruktion von Besatzungs- und Lagererfahrungen im polnischen Nachkriegsfilm beschäftigte. Neben der parabelhaften moralisierenden Erzählung sei auch hier das Paradigma möglichst getreuer Wirklichkeitswiedergabe zentral gewesen. Dazu habe man sich der Strategie bedient, biografisch betroffene Autoren und Schauspieler einzubeziehen und möglichst an Originalschauplätzen zu filmen. Weitere Möglichkeiten, den Anschein von Echtheit zu erwecken, zeigte Christian Hißnauer (Göttingen) in seinem Beitrag über die fernsehgeschichtliche Entwicklung des Doku-Dramas in der Bundesrepublik auf. Große Suggestivkraft sei etwa aus der Ineinandermontage von Zeitzeugenaussagen und nachgestellten Szenen geschöpft worden. Auch habe in einigen Beispielen die bewusste Thematisierung der Fiktionalität der Spielszenen den paradoxen Effekt hervorrufen können, den vermeintlich authentischen Charakter des Gezeigten noch zu steigern: Indem ein Sprecher den Aufbau der jeweiligen Szenen zunächst erklärte, seien diese dadurch mit einer Aura wissenschaftlich exakter Rekonstruktion versehen worden.

Frank Stern (Wien) zeigte in seinem öffentlichen Abendvortrag anhand von bundesdeutschen Spielfilmen der frühen Nachkriegszeit, dass die Thematisierung der Verfolgung von Juden im „Dritten Reich“ und des Holocaust im deutschen Film bereits kurz nach Kriegsende einsetzte. Damit widerlegte er die gängige Überzeugung, wonach die Darstellung des Massenmordes an den europäischen Juden in der Bundesrepublik erst mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ 1979 begonnen habe. Anhand jüngerer Beispiele deutscher Spielfilme und Fernsehserien wies er zudem auf die Persistenz von Vorurteilen gegenüber Juden und jüdischem Leben hin.

Im Bereich der Neuen Medien bewegte sich Steffen Bender (Tübingen), der eine Untersuchung zur Verarbeitung des Zweiten Weltkriegs als historisches Setting in

Computerspielen vorstellte. Als offensiv gesetzter Konsumanreiz werde dort ein Ideal der realitätsnahen Simulation historischer Kriegserfahrung postuliert. In der tatsächlichen Umsetzung zeige sich die Spielerfahrung dann jedoch meist eng an die etablierten Genrekonventionen gebunden und eher offen in der narrativen Gestaltung. Der historische Hintergrund diene letztlich als Kulissenreservoir, welches selektiv genutzt und den Konzeptionen und technischen Möglichkeiten der Spiele angepasst werde. Im Ergebnis entstehe so ein weitgehend entkontextualisiertes Bild des Zweiten Weltkriegs, das historisches Wissen weder als Bedingung des Spielerefolgs erforderlich mache noch dieses zu generieren vermöge.

Ein dritter wichtiger Aspekt, der in fast allen Beiträgen eine zumindest implizite Rolle spielte, war das Spannungsfeld von Medien und (Geschichts-)Politik. Einige Referenten rückten diesen Zusammenhang ins Zentrum ihres Interesses, so etwa Jürgen Kniep (Augsburg), der zur Produktion, Zensur und Rezeption von Kriegsfilmern in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre sprach. Da es ein öffentliches oder museales Gedenken in dieser Zeit kaum gegeben habe, sei dem Film große Bedeutung für die Erinnerungstiftung zugekommen. Die bundesdeutsche Politik habe mit Bedenken auf diese Sonderstellung des Mediums geblickt und bis etwa Mitte der 1960er Jahre ein Paradigma der „pädagogischen Bevormundung“ aufrechterhalten. Anhand von Schriftwechseln und Sitzungsprotokollen der „Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft“ (FSK) zeigte Kniep, wie dieses Gremium Bilder und Narrative der Kriegsfilme teils deutlich beeinflusst habe, etwa im Sinne einer Aufrechterhaltung des Mythos von der „sauberen Wehrmacht“. Sandra Starke (München) beschäftigte sich mit der Bildpolitik der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Mit Armeeeinheiten, die ausschließlich zur fotografischen Dokumentation der Kriegereignisse aufgestellt wurden, sei das Ziel verfolgt worden, die Weltöffentlichkeit über eine „Verlängerung des unmittelbaren Blicks“ in das Geschehen einzubeziehen. Zwar habe die Vorgabe gegolten, rein dokumentarische Bilder zu liefern, zugleich hätten diese jedoch auch möglichst spektakulär sein sollen, so dass in technischer und fotografischer Hinsicht zunehmend die kommerzielle Filmproduktion zum Vorbild geworden sei. Ein umfangreicher Zensur- und Bewertungsapparat habe dann die Veröffentlichung des Bildmaterials nach politischen Vorgaben gesteuert.

Auch in denjenigen Tagungsbeiträgen, die sich mit symbolischer Kommunikation im öffentlichen Raum beschäftigten, bildete die Verbindung zu vergangenheitspolitischen Diskursen einen wichtigen Fluchtpunkt. Grundsätzliche Überlegungen äußerte hier Stephan Scholz (Oldenburg), der die Geschichte der vergangenheits- und identitätspolitischen Konflikte um die bundesdeutschen Vertriebenen Denkmäler skizzierte. Denkmäler könnten verallgemeinernd als gesellschaftliche „Nobilitierungsgesten“ und „Zeichen der Wertbemessung und Hierarchisierung von Erinnerungen“ gedeutet werden. Innergesellschaftlich käme ihnen eine symbolisch selektierende und damit notwendigerweise normative Funktion zu. Empirischer Klärungsbedarf bestehe allerdings bei den konkreten Mechanismen der Denkmalsrezeption im öffentlichen Raum. Hier sei nach einiger Zeit oft ein geradezu gegenteiliger Effekt zu beobachten, dass nämlich viele Denkmäler den eingenommenen Raum der Alltagsnutzung entzögen und somit paradoxerweise auch dazu beitragen

könnten, von ihrem Gegenstand abzulenken. Godehard Janzing (Paris) verwies auf eine vielen geschichtsbezogenen Denkmälern eigene Tendenz zu plakativen, simplifizierenden Aussagen, die zumeist mehr verdecken als zeigen würden. Dies könne am Beispiel zahlreicher Mahnmale der deutschen Teilung in der Bundesrepublik oder anhand der aktuellen Diskussion um ein in Berlin zu errichtendes nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal nachvollzogen werden. Historischer Kontext werde dort mehrheitlich ausgeblendet, um eine geschichtsenteerte Sicht auf die vereinte Nation als unteilbares Ganzes festzuschreiben. Im Fall des geplanten Berliner Denkmals sei schon die Naivität gegenüber der Geschichte frappierend, die sich in den Wettbewerbsvorgaben ausdrücke.

Um die Beharrungskraft etablierter erinnerungskultureller Raumsemantiken ging es schließlich im Beitrag von Ekaterina Makhotina (München), die sich mit den Form- und Zeichentraditionen sowjetischer Kriegsdenkstätten auseinandersetzte. Seit den Liberalisierungen der 1980er Jahre habe in vielen Gedenkstätten eine semantische Pluralisierung stattgefunden, indem vor allem religiöse Symbole und Praktiken zurückgekehrt seien und sich in bemerkenswerter Nachbarschaft zur bestehenden sozialistischen Symbolik etabliert hätten. Ebenso seien viele Gedenkstätten um Zeichen ethnisch-nationaler und politischer Gruppen erweitert worden. Der überkommene, die zivilen Opfer marginalisierende Erinnerungsimperativ vom „Ruhm der Helden“ bleibe jedoch bestehen. Dies sei zum einen auf die andauernde Wirkmächtigkeit der in den monumentalen Gedenkstätten verarbeiteten Form- und Zeichentraditionen zurückzuführen, andererseits auf die diskursiv noch immer dominierenden Semantiken des sowjetischen Mythos vom „Großen Vaterländischen Krieg“.

Insgesamt gelang es der Tagung in anregender Weise, das Feld medialer Vergangenheitsrepräsentation zwischen technisch bedingten Eigenlogiken ihrer Produktion und Wirkung auf der einen und diskursiven bzw. politischen Einflüssen und Konflikten um ihre Rezeption auf der anderen Seite abzustecken. Es wurde eine Vielzahl von Möglichkeiten aufgezeigt, wie Medien als Träger historischer Erinnerung ihre jeweilige Spezifik entfalten, bestimmte Darstellungsstrategien ermöglichen und befördern und gleichzeitig je eigene Probleme und Verzerrungen in der Wiedergabe historischer „Realität“ erzeugen. Gleichmaßen wurde die Relevanz medialer Produktion für den vergangenheitspolitischen Diskurs und dessen andauernde Deutungskonflikte klar. Einen umfassenden Einblick in die diesem Prozess eigene Varianz gegeben zu haben, kann dabei als Verdienst der Tagung angesehen werden.

München

Felix Westrup

KOMMUNISTISCHE ELITEN IN DER
TSCHECHOSLOWAKEI 1945/48-1989

Am 15. September 2009 veranstaltete das Collegium Carolinum im Haus der Gewerkschaftsverbände (Dům odborových svazů) in Prag mit finanzieller Unterstützung des Herder-Forschungsrates eine eintägige Konferenz zum Stand der Forschungen über kommunistische Eliten in der Tschechoslowakei zwischen 1945 und 1989.

Christiane Brenner (Collegium Carolinum, München) eröffnete die Tagung mit einer Einführung in das Thema, in der sie über begriffliche, theoretische und methodische Zugänge sprach. Dabei ging sie einerseits auf das antielitäre Selbstverständnis und den Habitus der neuen sozialistischen Eliten ein, andererseits auf die spezifischen Probleme der Elitenrekrutierung und -konkurrenz, die sich in den sozialistischen Staaten nach 1945/48 bzw. nach der Etablierung einer ersten Generation von Führungskadern stellten.

Anschließend stellten Vítězslav Sommer und Lukáš Cvrček ihr Projekt eines biografischen Wörterbuchs führender KP(T)sch-Funktionäre vor, das sie am Prager Institut für das Studium totalitärer Regime (Ústav pro studium totalitních režimů) durchführen. Ihr Vorhaben stieß auf großes Interesse – über die Nützlichkeit eines solchen Nachschlagewerks herrschte unter den Anwesenden Einigkeit. Bezüglich der Durchführbarkeit einer so groß angelegten Unternehmung wurden in der Diskussion allerdings Vorbehalte formuliert. Auch das Material, das Sommer und Cvrček als hauptsächliche Quellenbasis für ihre Arbeit heranziehen wollen – offizielle Parteidokumente und Aussagen von Familienangehörigen der Funktionäre – wurde hinsichtlich seiner Aussagekraft und Verlässlichkeit kontrovers diskutiert, schließlich handle es sich, so Jaroslav Cuhra und Marie Černá vom Prager Institut für Zeitgeschichte (Ústav pro soudobé dějiny, ÚSD), hierbei um recht einseitige, parteiliche Dokumente, die zumindest einer intensiven Kritik unterzogen werden müssten. Die Vieldeutigkeit dieser Quellen und die Schwierigkeiten, die bereits mit der Verifizierung grundlegender Lebensdaten verbunden sind, illustrierte Pavlína Formánková (Prag) in ihrem Diskussionsbeitrag an Beispielen aus ihrer eigenen biografischen Forschung.

Petr Karlíček (Děčín) bot einen Blick aus der Perspektive der untersten Stufe des KP(T)sch-Apparats. Auf der Grundlage seiner profunden Kenntnis der Bestände des Staatlichen Bezirksarchivs (Státní okresní archiv) Děčín skizzierte er nicht allein die Struktur und Tätigkeit dieser „niedrigsten Ebene“ der regierenden Partei und ihrer Tätigkeit im „Kreis im Norden“, sondern konnte auch einige Beispiele für die mitunter geradezu absurden Situationen präsentieren, die sich im nördlichen Grenzland in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende ergaben – so hatte er z. B. einen KP(T)sch-Mitgliedsausweis aus dem Archiv mitgebracht, der aus einem Kopfbogen des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes hergestellt worden war. Dieser Blick „von unten“ auf das Funktionieren des Machtapparats war überaus interessant und bereichernd, zumal einige Beobachtungen Karlíček – z. B. über die spezifische Amtssprache der örtlichen Funktionäre – sich auch auf andere Machtebenen übertragen lassen.

Bohumil Jiroušek (České Budějovice) ging mit seinem Beitrag über Geschichtsschreibung und Geschichtsforschung zu der Frage nach der Deutungshoheit intellektueller Eliten über. Er betonte die Probleme und Grenzen historischen Forschens während der kommunistischen Zeit und machte insbesondere auf die problematische Rolle des führenden kommunistischen Historikers Václav Král aufmerksam, der im Dienste seiner politischen Überzeugung nicht einmal davor zurückgeschreckt sei, historische Dokumente zu manipulieren. In der folgenden Diskussion wurde unter anderem dafür plädiert, anstatt von einer normativen Vorstellung von Wissenschaft auszugehen, nach dem zeitgenössischen Wissenschaftsverständnis zu fragen, das – so Vítězslav Sommer – eindeutig aktionsorientiert gewesen sei.

Auf großes Interesse stieß der Beitrag von Jiří Pokorný, der als Leiter des Gewerkschaftsarchivs die gastgebende Institution repräsentierte. Pokorný widmete sich den Beziehungen zwischen der KPTsch und den Gewerkschaftsorganisationen und somit einem wichtigen Bereich der Interaktion zwischen Macht- und Funktionsebenen, der bisher kaum erforscht ist. Den unterschiedlichen gegenseitigen Erwartungshaltungen beider Partner und der Frage nach dem Grad, in dem sich gewerkschaftliche Arbeit im Dienste der Partei politisieren ließ, ging Pokorný am Beispiel der Kulturarbeit der Betriebsklubs nach. Auch an der Haltung der Gewerkschaften zu den Wirtschaftsreformen Ota Šiks aus dem Jahr 1968 konnte er zeigen, dass sich die Gewerkschaft keineswegs widerstandslos in die ihr zugeschriebene Rolle als „Transmissionsriemen“ fügte.

Michal Pullmann vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Prager Karlsuniversität (Ústav hospodářských a sociálních dějin FF UK) stellte die Ergebnisse seines Forschungsprojekts zum Selbstverständnis der tschechoslowakischen politischen und Wirtschaftseliten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre vor. Die Parteieliten während der so genannten Perestrojka-Jahre beschrieb er als stark verunsichert, was die Formulierung und Durchsetzung von Reformvorhaben anbelangte. Diese Unsicherheit habe sowohl den öffentlichen Diskurs und den Habitus führender Funktionäre und Ökonomen als auch letztlich das einst verbindliche politische Projekt, also den Sozialismus, betroffen. Der Abschied von der Utopie, der sich hier bereits vollzogen habe, sei dem vergleichsweise weichen Elitenwechsel nach 1989 zugute gekommen.

Jakub Rákosník (Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte) widmete sich den Kontinuitäten und Brüchen innerhalb der tschechoslowakischen Bürokratie von den 1930er Jahren bis 1948, wobei er sich auf das Sozialministerium konzentrierte. In der von Volker Zimmermann (Prag) moderierten Diskussion wurde unter anderem danach gefragt, wann und nach welcher Logik mit der bis dahin herrschenden Kontinuität Ende der 1940er Jahre gebrochen wurde. Anschließend stellte Rákosník ein von der staatlichen tschechischen Forschungsförderungsagentur Grantová agentura (GA) finanziertes Projekt zur Geschichte des Bolschewismus und der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei vor, das am ÚSD angesiedelt ist. Resultat dieses groß angelegten Vorhabens soll die bislang fehlende Synthese zur Geschichte der KPTsch sein. Zwar kann dieses Unternehmen auf einem Vorgängerprojekt aufbauen, doch steht es noch am Anfang, weshalb einige konzeptionelle Fragen noch offen sind.

Der „Führer zur Kulturgeschichte und zum Lebensstil in den böhmischen Ländern 1948-1967“ (Průvodce kulturním děním a životním stylem v českých zemích 1948-1967), den Jiří Knapík von der Schlesischen Universität Opava (Slezská univerzita v Opavě) und Martin Franc (Masarykův ústav AV ČR, Masaryk-Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik) konzipiert und mit einer Reihe von Autoren verfasst haben, ist schon im Druck. Knapík stellte dieses Werk, das mehrere tausend Stichwörter enthält, vor. Die sehr lebhaft debattierte Tagung profitierte ganz besonders von den methodischen, theoretischen – und von eigenen Erfahrungen gestützten – Fragen und Ergänzungen von Miloš Havelka (Prag).

Abschließend fasste Martin Schulze Wessel (Collegium Carolinum, München) die Diskussionen des Tages zusammen, wobei er unter anderem auf die Reproduktions-, Rekrutierungs- und Distinktionsmechanismen sozialistischer Eliten einging und danach fragte, inwiefern sich diese von denen adeliger oder bürgerlicher Eliten unterschieden. Gerade diese Zusammenfassung machte deutlich, welches Potenzial das Thema in sich birgt und wie groß die Forschungsdefizite nicht nur im engeren Bereich der Parteigeschichte sind. Daher steht zu hoffen, dass die Impulse dieser Tagung bei weiteren Veranstaltungen oder auch im Rahmen eines Forschungsprojektes weiterentwickelt werden.

Prag

Petr Koura

DER MAJESTÄTSBRIEF RUDOLFS II. VON 1609 – EIN MEILENSTEIN IN DER GESCHICHTE EUROPAS?

Zum 400. Jahrestag der Erlassung des Majestätsbriefs durch Rudolf II. fand vom 24. bis 26. September 2009 in Prag die Tagung „Der Majestätsbrief Rudolfs II. von 1609 – ein Meilenstein in der Geschichte Europas?“ statt. Die gemeinsam vom Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO) und dem Institut für Geschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften organisierte Tagung lieferte wichtige Anregungen für eine breitere Einordnung des Majestätsbriefs in den europäischen Zusammenhang entstehender konfessioneller Koexistenzlösungen.

Den Auftakt bildete ein Abendvortrag von Winfried Eberhard (Leipzig), der in seinem strukturgeschichtlichen Überblick den Majestätsbrief, der Böhmen die volle korporative und individuelle Religionsfreiheit brachte, in die langfristige Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Konfessionen in Böhmen einordnete. Eberhard stellte die polarisierenden Konfliktkonstellationen auf dem Weg zum Majestätsbrief und die Auseinandersetzung um konfessionelle Hegemonie als einen dynamischen Prozess dar, in dem Integration und Koexistenz im Rahmen der Ständeversammlung immer wieder neu ausgehandelt und gestaltet werden mussten. Aus dieser Entwicklung hätten sich Ideen und Modelle konfessioneller Koexistenzordnungen sowie eine überkonfessionelle pragmatische Toleranz gespeist. Diesen Mechanismus charakterisierte Eberhard im Anschluss an Robert Kalivoda als „konkrete Dialektik“. Der Majestätsbrief sei jedoch erzwungen worden und nicht Ergebnis des ständischen Konsenssystems gewesen. Dies war gelungen, weil Rudolf II. sich in

einer doppelten Frontstellung gegen seinen Bruder Matthias und die protestantischen Stände befunden habe. Eberhard deutete den Majestätsbrief daher als Ergebnis von Gewalt bzw. Gewaltandrohung und nicht als Resignation vor der Gewalt, wie sie noch 1435 und 1485 zu finden gewesen sei. Daher – so sein Ergebnis – sei diese Lösung auch nur für kurze Zeit tragfähig gewesen.

Die erste Sektion „Der Majestätsbrief in der Historiographie und Erinnerungskultur“ wurde von Jaroslav Pánek (Prag) mit einem Vortrag zu den historiografischen Konjunkturen des Majestätsbriefs eröffnet. Pánek betonte, dass sich an den aus dem 19. Jahrhundert stammenden drei großen Interpretationslinien – nationalistisch, liberal und konservativ – bis in die Nachkriegszeit wenig geändert habe. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hätte dann vor allem Kamil Krofta, komplementär zu Antonín Gindelys liberaler Interpretation, zu einer positiven Würdigung und Popularisierung in demokratischem Geist und Begriffsrahmen gefunden. Die marxistische Historiografie habe aufgrund ihrer divergierenden Erkenntnisinteressen vor allem den konfessionellen Faktor marginalisiert. Wichtige Impulse für die Sicht auf die Epoche vor der Schlacht am Weißen Berg seien in dieser Zeit und bis in die 1990er Jahre hinein von ausländischen Historikern gekommen (zum Beispiel Olivier Chaline, Winfried Eberhard, Joachim Bahlcke und Robert J. W. Evans). Neuerscheinungen zum 400-jährigen Jubiläum des Majestätsbriefs hätten der historiografischen Sicht auf den Gegenstand neue Impulse verliehen und ihn einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dazu hätten auch die Rezeption neuerer methodischer Zugänge sowie eine deutliche Entpolitisierung der Geschichtswissenschaft beigetragen.

Den zweiten Teil des Panels bestritt Martina Thomsen (Leipzig), die ausgehend von der Definition von Erinnerungsorten des französischen Historikers Pierre Nora den Gründen für die unterschiedliche Gewichtung des Augsburger Religionsfriedens und des Böhmisches Majestätsbriefs in der deutschen bzw. tschechischen Erinnerungskultur nachging. Als Gründe für seine Marginalisierung machte Thomsen geltend, dass es bereits 1485 in Kuttenberg (Kutná Hora) einen Religionsfrieden gegeben habe, der ein Meilenstein auf dem Weg zum Ausgleich gewesen sei. Der Majestätsbrief habe zwischen zwei wichtigen Erinnerungsorten der böhmischen Geschichte, dem Märtyrertod von Jan Hus 1415 und der Niederlage in der Schlacht am Weißen Berg 1620, wenig Raum gehabt. Ferner hätten die kurze Lebensdauer des Majestätsbriefs und eine aufgrund der massiven Rekatholisierung nach 1620 fehlende protestantische Traditionslinie in Böhmen zu der divergierenden Erinnerungskultur beigetragen. Dazu kam der Vorrang von dynastischen Feiern während der österreichischen Herrschaft und in Zusammenhang mit der Herausbildung einer bürgerlichen Festkultur im 19. Jahrhundert. Aufgehoben scheint der Erinnerungsort „Majestätsbrief“ zudem im Gesamtkomplex der Glorifizierung der kulturellen Blüte unter Rudolf II., dem „Goldenen Zeitalter“.

Tomáš Černušák (Brno) machte in seinem Vortrag zur päpstlichen Politik in Mitteleuropa deutlich, dass der Heilige Stuhl die politische Situation niemals nur im rein böhmischen Rahmen beurteilt, sondern vor allem die reichspolitische Dimension miteinbezogen habe. Er betonte, dass der Papst Rudolf II. aufgrund seines wenig entschlossenem Engagement für den Katholizismus kritisch gesehen habe.

Jaroslava Hausenblasová (Leipzig) beschäftigte sich mit der Rolle Sachsens und seiner Gesandten in Prag im Vorfeld der Aushandlung des Majestätsbriefs. Aufgrund des traditionellen reichspolitischen Patriotismus des lutherischen Sachsen, der schon die Augsburger Friedenslösung möglich gemacht hatte, habe die sächsische Diplomatie – in einer zwischen 1606 und 1609 auch reichspolitisch sehr angespannten Situation – zu vermitteln versucht, womit sie Rudolfs Schwäche zum Teil kompensieren konnte. Ein Hauptziel der sächsischen Politik sei es gewesen, den Einfluss katholischer Gruppen am Prager Hof zurückzudrängen und den Kaiser im Sinne der gemäßigten protestantischen Stände zu beeinflussen. Die Sektion wurde mit einem Beitrag von Ines Rößler (Leipzig) abgeschlossen, die der Frage nachging, ob und inwieweit der Majestätsbrief eine Fortführung bzw. Kodifizierung der Glaubensgrundsätze und Regelungen zur religiösen Praxis aus der *Confessio Bohemica* von 1574/75 gewesen sei. Dabei kam sie zu dem Ergebnis, dass in Böhmen bereits eine unumkehrbare Konsolidierung der reformierten Kirchenpraxis stattgefunden habe. Die an der Abfassung der *Confessio Bohemica* beteiligten protestantischen Stände hätten also keine Notwendigkeit mehr dazu gesehen, bereits ausgehandelte und praktizierte Glaubensgrundsätze ihrem Forderungskatalog anzugliedern.

Die Folgesektion „Der Majestätsbrief in der Ständepolitik“ wurde von Václav Bůžek (České Budějovice) eröffnet. Er verdeutlichte, wie Petr Vok von Rosenberg rhetorisch eine enge Verbindung zwischen freier Religionsausübung und Gemeinwohlvorstellungen hergestellt habe, wobei die Gemeinwohlträger durch König und Stände verkörpert worden seien. Seine Zielvorstellung sei eine allgemeine Religionsfreiheit gewesen, die sich nicht auf Lutheraner (wie im Augsburger Religionsfrieden) beschränken sollte. Bůžek charakterisierte Rosenbergs Einstellung als durchaus von überkonfessionellen und allgemein christlichen sowie patriotischen Motiven getragen, deren Ziel die Erhaltung von Frieden und Eintracht als frühneuzeitliche Grundwerte gewesen sei.

Tomáš Knoz (Brno) sprach über das mährische konfessionelle Koexistenzkonzept. Darin habe der Majestätsbrief keine Geltung gehabt, weil ein anderes Ausgleichsarrangement zwischen den Konfessionen gültig gewesen sei, das vor allem auf einer mündlichen Absprache mit Rudolfs Bruder Matthias beruht habe. Die mährischen Stände hätten die böhmischen Stände als unzuverlässig und häufig von Eigeninteresse geleitet betrachtet. Aufgrund des Verhältnisses zu Matthias und der abweichenden Rechtsstellung Mährens mit eigenem Landrecht, auf das sich die Stände immer wieder berufen hätten, sei der mährische Teil des Aufstandes nach der Niederschlagung der Ständeopposition 1620 anders beurteilt worden als der böhmische.

Zur Rezeption des Majestätsbriefs durch den böhmischen katholischen Adel referierte Pavel Marek (České Budějovice). Rudolf II. sei in der schwierigen Situation gewesen, dass ihm bei Zugeständnissen an die Stände eine Blamage in der katholischen Welt gedroht hätte; bei Verweigerung dieser Zugeständnisse hätte er jedoch mit einem Ständeaufstand rechnen müssen, der ihn aller Voraussicht nach den Thron gekostet hätte. Viele katholische Adelige, darunter einflussreiche wie Zdenko Adalbert Popel von Lobkowitz, wollten den Majestätsbrief nicht anerkennen, weil er – so ihre Interpretation – von den protestantischen Ständen erzwungen worden sei.

Darin seien sie von den katholischen Mächten Europas und der Prager Nuntiatur bestärkt worden.

Abgeschlossen wurde die Sektion von Petr Vorel (Pardubice), der in einem der interessantesten Referate der Tagung zeigte, wie Matthias versuchte, die Verschuldung über eine neue Steuerpolitik in den Griff zu bekommen. 1615 hätten die Stände Matthias das Steuererhebungsrecht für fünf Jahre gewährt. Unterziehe man diesen Beschluss jedoch einer genaueren Analyse, so zeige sich laut Vorel, dass damit de facto der Staatsbankrott erklärt worden und die Steuerverwaltung weitgehend in ständische Hand übergegangen sei. Im Zuge dessen sei es verboten worden, für eine Neuverschuldung mit dem Kammervermögen zu bürgen. Ebenso sei die Möglichkeit eingeschränkt worden, mit neu erhobenen Steuern in erster Linie Schulden in Böhmen und nicht im Ausland zu tilgen. Der Landtag habe zudem die Reihenfolge der zu bedienenden Gläubiger festgelegt, als Zielvorgabe sei die Schuldenfreiheit für das Jahr 1620 formuliert worden.

Das letzte Panel des Tages schließlich widmete sich dem Thema „Ideal, Norm und Realität: Der Majestätsbrief in der Alltagspraxis“. Hier machten Jiří Just (Prag) und Pavel Kůrka (Prag) mit Referaten zur Neuorganisation und Problemen der Kirchenverwaltung nach dem Majestätsbrief den Auftakt. Wulf Wäntig (Hamburg) ging der Frage nach, inwiefern der Majestätsbrief den Menschen an der Peripherie der böhmischen Länder und ihrer lokal geprägten Weltsicht eine von außen diktierte Komponente hinzugefügt habe. Wäntig kam zu dem Ergebnis, dass der Majestätsbrief seine Bedeutung vor Ort nicht aus seinem Charakter als juristische Konstruktion, sondern aus der spezifischen Aneignung durch die lokale Bevölkerung erhalten habe. Diese habe eine Welt hervorgebracht, in der der Begriff der Konfession weit weniger dominant und scharf umrissen war, als es die Vorstellung vom Konfessionellen Zeitalter nahe lege. Es gebe Brüche zwischen politischer Rhetorik, religiöser Praxis und konfessioneller Identität, ohne deren Verständnis die Vorstellung von der Bedeutung des Majestätsbriefs unzureichend bleiben müsse.

Den ersten Tag beschloss der Beitrag „Vergebliche Hoffnungen? Der Rudolfinische Majestätsbrief und das nichtkatholische höhere Schulwesen in Böhmen“ von Martin Holý (Prag). Nachdem der Majestätsbrief zunächst eine Reihe von Schulneugründungen nach sich gezogen habe, sei dieser Prozess im Laufe der Zeit erlahmt. Der Majestätsbrief habe es offenbar nicht vermocht, einen Rahmen für die langfristige Etablierung und qualitative Verbesserung des nichtkatholischen Schulwesens zu schaffen. Als limitierende Faktoren für die Entwicklung eines nichtkatholischen Schulwesens identifizierte Holý vor allem fehlende finanzielle Mittel, zu wenig qualifiziertes Personal, starke Abhängigkeit von den jeweiligen Trägern bzw. Mäzenen und schließlich die geringe grenzüberschreitende Anziehungskraft der Schulen.

Die Sektion „Auswirkungen des Majestätsbriefs auf Denkweisen und Propaganda“ wurde von Jana Hubková (Ústí nad Labem) mit ihrem Vortrag zur Flugschriftenpropaganda in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts eröffnet. Hubková unterschied zunächst drei Hauptphasen der Flugblattpublizistik, die den Majestätsbrief zum Gegenstand hatte: die Jahre 1609-1610, 1618-1621, auf die sich konzentrierte, und schließlich 1622-1632. Der Majestätsbrief sei darin zum Argument für

eine Ordnung gemacht worden, die den Bestand des Protestantismus sichern sollte. Die Jesuiten und Kardinal Melchior Khlesl seien als prominente Feindbilder aufgenommen worden. Insgesamt stellte Hubková eine große Kontinuität der Motive auf protestantischen Flugblättern fest, ältere Darstellungen seien fortgeführt und in den neuen Kontext eingepasst worden. Eine zentrale Rolle in der Flugblattpublizistik hätten Freiheitsargumente (Freiheit der Religion, freies *exertitium religionis*) gespielt.

Im Anschluss untersuchte Jiří Mikulec (Prag) barocke historische Schriften in ihrer Funktion als Propaganda. Barocke Historiografen hätten die Kontinuität des Katholizismus in Böhmen betont und versucht, durch Rekurs auf eine idealisierte Zeit unter den Přemysliden und Karl IV. eine Zeit der Eintracht zu beschwören, die für die Zukunft allein der Katholizismus garantieren könne. Auch hier habe das Motiv der Eintracht als frühneuzeitlicher Grundwert und politikleitendes Konzept eine wesentliche Rolle gespielt. Die katholische Barockhistoriografie habe den Majestätsbrief marginalisiert und negativ interpretiert, weil er als Niederlage des katholischen Einheitsdenkens gewertet worden sei.

Antonín Kostlán (Prag) traf zu Beginn seines Vortrags zum Calvinismus in Böhmen die Unterscheidung zwischen dem Calvinismus als politischer Ideologie und als religiöser und intellektueller Bewegung. Der böhmische Calvinismus sei maßgeblich von der pfälzischen Strömung und ihren Bildungseinrichtungen beeinflusst gewesen. Auch schon vor dem Ständeaufstand in Böhmen habe diese eine Rolle gespielt, aufgrund der forcierten Rekatholisierung nach der Niederlage am Weißen Berg aber zunehmend an Bedeutung verloren. Durch den calvinistischen Internationalismus inspiriert, hätten sich jedoch weitere Spielarten des böhmischen Protestantismus für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen protestantischen Strömungen geöffnet.

Petr Hlaváček (Prag) referierte über die Bedeutung des messianischen Denkens in Böhmen. Er beschrieb nationale Messianismen als Teil der europäischen Identität, insofern als diese dazu dienten, den eigenen Platz im Rahmen der europäischen Christenheit zu definieren. Ein wichtiger Referenzpunkt sei die Tatsache gewesen, dass die erste europäische Reformation in Böhmen stattgefunden habe, woraus ein gewisses Selbstbewusstsein und ein heilsgeschichtlicher Auftrag abgeleitet worden seien. Böhmen sei als Zentrum des europäischen Protestantismus und als aktiver Teil der Heilsgeschichte im Kampf gegen den Antichrist gesehen worden. Diese Sicht habe sich nach der Niederlage am Weißen Berg geändert: Seitdem sei diese Zeit als goldene Vergangenheit glorifiziert worden, die dem habsburgischen Absolutismus weichen musste.

Die Schlussbewertung des Majestätsbriefs im Rahmen der durch den Tagungstitel vorgegebenen Frage blieb ambivalent: Einerseits kann er als Meilenstein gesehen werden, wenn er auf sein Potenzial für die Regelung einer friedlichen Koexistenz zwischen den Konfessionen hin befragt wird. Andererseits ist dies aber skeptisch zu beurteilen, da er nur sehr kurze Zeit in Kraft war und deshalb nicht abzusehen ist, wie er sich bei weiteren Krisen und Angriffen bewährt hätte. Die Beiträge der Tagung sowie die Diskussionen verdeutlichten, dass vor allem eine Einordnung in die europäische Entwicklung von Religionsfriedens- bzw. Koexistenzlösungen neue,

erhellende Einsichten und Interpretationen liefern kann und dass auf diesem Feld noch große Lücken bestehen. Ferner sollte neben dem politischen Kontext auch der Aspekt der theologischen Ideengeschichte sowie seine Rückwirkung auf und Verzahnung mit politischen Programmen stärker berücksichtigt werden. Die Beiträge der Tagung werden in einem Sammelband erscheinen.

Oxford

Christian Preuß

INDIVIDUUM UND GEMEINDE. JUDEN IN BÖHMEN UND MÄHREN 1520 BIS 1848

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Projektes „Bohemia, Moravia et Silesia Judaica“ (BMSJ) fand in Trebitsch (Třebíč) vom 6. bis 8. Oktober 2009 eine internationale Konferenz zum Thema „Individuum und Gemeinde. Juden in Böhmen und Mähren 1520 bis 1848“ statt. Bereits die Wahl des Tagungsortes verdeutlichte das Anliegen der Veranstalter, der Společnost pro dějiny židů v České republice (Gesellschaft für die Geschichte der Juden in der Tschechischen Republik), des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs in St. Pölten und des Muzeum Vysočiny Třebíč, regionale jüdische Zentren der frühen Neuzeit unter kultur- und alltagsgeschichtlicher Perspektive in den Blick zu nehmen. Trebitsch, dessen jüdisches Viertel das einzig vollständig erhaltene Ghetto der Barockzeit darstellt, bot denn auch einen imposanten Rahmen für die Tagung und verwies zugleich auf die große Bedeutung Mährens für die jüdische Geschichte der böhmischen Länder, die lange Zeit, so der Vorsitzende der Společnost, Helmut Teufel (Brno), in seiner Begrüßung, zugunsten Böhmens und besonders Prags vernachlässigt worden sei.

Daher habe sich die Arbeit der BMSJ anfangs vor allem auf die mährischen Gemeinden konzentriert, wie Teufel in einem kurzen Überblick über die Geschichte des seit 2004 von der Společnost pro dějiny židů betreuten Projektes weiter erläuterte. Dieses ist Teil eines internationalen Forschungsverbundes, zu dem u. a. auch „Germania Judaica IV“ und „Austria Judaica“ zählen. Angestrebt wird eine vollständige Sammlung und Auswertung der Quellen zur Geschichte der Juden auf dem Gebiet des römisch-deutschen Reiches im Zeitraum 1520 bis 1650/70.

Weniger den schriftlichen, als vorrangig den architektonischen Zeugnissen jüdischen Lebens in den böhmischen Ländern widmete sich das erste Panel, das sich mit räumlichen Dimensionen religiöser Praxis beschäftigte. Lubor Herzán (Třebíč) schilderte die Schwierigkeiten bei der Sanierung des ehemaligen Trebitscher Ghettos, dessen geplanten Abriss im Jahre 1975 lediglich mangelnde finanzielle Mittel verhinderten. Zwei Ziele seien für die 1993 gegründete Stiftung zur Restaurierung des jüdischen Viertels daher von besonderer Bedeutung gewesen: zum einen die Erlangung einer gewissen Unabhängigkeit von lokalpolitischen Mehrheitsverhältnissen und zum anderen die Einbindung des bislang isolierten Ghettos in den städtischen Raum, um auf diese Weise die Geschichte der jüdischen Minderheit in die bisher von christlichen Narrativen geprägte Trebitscher Ortsgeschichte zu integrieren. Den Blick über Trebitsch hinaus lenkten Jaroslav Klenovský (Brno) und Blanka Roskošná (Praha), deren Referate synagogale Architektur vom 16. bis zum 19. Jahrhun-

dert in Mähren und Böhmen thematisierten. In beiden Landesteilen wurden nach 1989 zahlreiche, zwischenzeitlich verfallene oder zweckentfremdete Synagogen restauriert, deren Gestaltung einen wiederholten Austausch zwischen jüdischer und christlicher Formsprache belegt.

Repräsentierte die Synagoge gewissermaßen die Gemeinde als religiöses Kollektiv, so stellte das zweite Panel die Erfahrung des Individuums während des Dreißigjährigen Krieges in den Mittelpunkt. Martha Keil (St. Pölten) wies auf die Vielzahl jüdischer Selbstzeugnisse aus den Jahren 1618-1648 hin, die von der Forschung bislang kaum wahrgenommen worden seien. Am Beispiel der Chronik „Melkhama beShalom“ des Leib Jehuda aus Prag zeigte sie Interpretationsstrategien jüdischer Autoren angesichts der traumatisierenden Kriegserfahrung. Für Keil liegt die Bedeutung der Chronik Leib Jehudas vor allem in dem theologischen Ordnungskonzept, das der Verfasser, ähnlich christlichen Chronisten, wählt, indem er im Kriegsverlauf das Wirken Gottes als Reaktion auf die Sünden seiner Geschöpfe erblickt. Aus der Gleichsetzung von Prag mit Jerusalem bzw. der Kriegsgeschehnisse mit der Tempelzerstörung lasse sich auf eine Tragweite der Erschütterung durch den Dreißigjährigen Krieg schließen, die sogar diejenige der mittelalterlichen Pogrome überschritten habe müsse. Ebenfalls mit Egodokumenten beschäftigte sich Lisa-Maria Tillian (Wien), die einen bisher wenig beachteten Korpus von 52 Prager deutsch-jüdischen Privatbriefen aus dem Jahre 1619 unter alltagsgeschichtlicher Perspektive auswertete. Die Briefe, die ihre Adressaten in Wien nie erreichten, spiegeln, so Tillian, die Lebenswelten Prager Juden und Jüdinnen zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges wider, wobei sich fünf zentrale Aspekte ausmachen lassen: diverse, zum Teil kriegsbedingte Bezüge zur nichtjüdischen Umwelt, die stabilisierende Funktion der Religion, die Routine des Erwerbslebens, Alltag als privater Raum und die vielfältigen Verbindungen zwischen der Prager und der Wiener Gemeinde.

Das dritte Panel setzte die beiden Bezugsgrößen der Konferenz, das Individuum und die Gemeinde, in Opposition. Tamas Visi (Olomouc) sprach über eine noch nicht veröffentlichte Handschrift des aus Braunschweig stammenden Rabbiners Eliezer Eilburg, der in den 1560er Jahren an die drei mährischen Oberrabbiner zehn Fragen über die jüdische Religion gerichtet hatte. Visi ging zum einen auf die Problematik der Datierung des Textes und die nicht vollkommen zweifelsfrei zu klärende Identität der drei Oberrabbiner ein, von denen einer möglicherweise der Maharal war; zum anderen erläuterte er den spezifischen Charakter von Eilburgs Schreiben, dessen Besonderheit unter anderem darin liege, dass sich die Formulierung religiöser Zweifel nicht mehr auf Traditionen der mittelalterlichen Literatur stütze, sondern erstmals eine Beeinflussung durch den italienischen Humanismus verrate. Auch Pavel Kocman (Brno) bezog sich in seiner Untersuchung zu den vielfältigen Beziehungen zwischen Juden und ihrem nichtjüdischen Umfeld im 17. Jahrhundert auf Mähren. Dabei definierte er das Individuum im Spannungsfeld dreier Bezugspunkte, der Obrigkeit, der christlichen Umwelt und der jüdischen Gemeinde. Für ein weitgehend gutes Verhältnis zwischen ersterer und ihren jüdischen Untertanen fänden sich zahlreiche Belege, wohingegen der Alltag ein nicht geringes Konfliktpotenzial geboten habe, wozu unter anderem die starken beruflichen Einschränkungen für Juden beigetragen hätten, über die sich diese immer wieder hinwegsetzten. In Bezug

auf die jüdische Gemeinde zeigte Kocman, dass diese im Falle von Missliebigkeiten mit einzelnen Mitgliedern durchaus bereit war, ihre Beziehungen zur Obrigkeit zu instrumentalisieren. Möglichkeiten und Grenzen sozialer Kontakte zwischen Juden und Christen im Prag des späten 16. Jahrhunderts erörterte Hillel Kieval (St. Louis). Vier zentrale Ereignisse – der Besuch des Maharal bei Rudolf II., die Petition eines Prager Bürgers um Vertreibung der Juden im Jahre 1577, der Besuch David Gans' im Laboratorium Tycho Brahes und Johannes Keplers sowie der Tod Mordechai Meisls und die Einziehung seines Vermögens durch den Kaiser – dienten Kieval als Folie, anhand derer er das spezifische jüdisch-christliche Beziehungsgeflecht in der böhmischen Hauptstadt entwickelte. Anders als die übrigen Städte Böhmens habe Prag einen „privaten“ Charakter besessen, was eine direkte Einflussnahme des Bürgerturns auf die politische Stellung der Juden verhindert habe. Dennoch sei die vermeintliche Sicherheit des kaiserlichen Hofes eine trügerische geblieben.

Einem von der Forschung eher vernachlässigten Feld wandte sich Martin Štindl (Velké Meziříčí) zu, der das Verhältnis zwischen zum Christentum konvertierten Juden und ihren ehemaligen Gemeinden in Mähren im frühen 18. Jahrhundert beleuchtete. Obwohl die Taufe scheinbar einen Bruch des Konvertiten mit allen früheren sozialen Bindungen bedeutete, bestanden oftmals weiterhin Kontakte nicht nur zu Familienangehörigen, sondern auch zu Mitgliedern der jüdischen Gemeinde, die als „Denunzianten“ des vollzogenen Religionswechsels auftreten konnten, aber auch als „Werber“ um eine Rückkehr zum Judentum.

Im vierten Panel standen die jüdische Buchkultur und daran anknüpfend das unter dem Einfluss der jüdischen Aufklärung (Haskala) modernisierte Bildungswesen in den böhmischen Ländern auf dem Programm. Krzysztof Migoń (Wrocław) stellte das Wirken des Bibliografen und Buchdruckers Shabbtai Bass (1641-1718) vor, dessen 1689 in Dyhernfurth bei Breslau eröffnete Druckerei den Höhepunkt barocker jüdischer Buchkultur in Schlesien markiert. Im Verlaufe seines beinahe 150-jährigen Bestehens entwickelte sich das Unternehmen zu einem bedeutenden Katalysator des regionalen jüdischen Lebens. Zudem kann Bass' Zusammenarbeit mit christlichen Hebraisten als ein guter Beleg für eine Kooperation zwischen Juden und Christen gelten, die häufig enger war als gemeinhin angenommen. Einen kulturgeschichtlichen Ansatz verfolgte Falk Wiesemann (Düsseldorf) in seinem Referat zu jüdischer Kalligrafie und Buchmalerei im Mähren des 18. Jahrhunderts. Für die Gestaltung illustrierter hebräischer Prachthandschriften, wie sie dem ästhetischen Bedürfnis des sich in dieser Zeit etablierenden Wiener Hofjudentums entsprachen, entwickelte die so genannte Mährische Schule in Anlehnung an Amsterdamer Vorbilder eine ganz eigene künstlerische Sprache. Ihre Rolle sei dabei, wie Wiesemann betonte, keineswegs auf diejenige eines Kopisten beschränkt geblieben; vielmehr habe sie einen originären Beitrag zur aschkenasischen Kulturgeschichte geleistet, dessen Einfluss sich in der Folgezeit auf ganz Nordwesteuropa erstrecken sollte. Iveta Cermanová (Prag) stellte anhand der Person des langjährigen Zensors „in hebraicis“ für Böhmen, Karl Fischer (1757-1844), das böhmische Zensurwesen für hebräische, aramäische und jüdischdeutsche Publikationen vor, das seit den Josephinischen Reformen dem Kompetenzbereich der Kirche entzogen war. Dabei zeigte Cermanová, dass die Arbeit des Zensors keineswegs im „luftleeren Raum“ angesiedelt war, sondern Fi-

scher aufgrund seiner intensiven, freundschaftlichen Kontakte zu Prager jüdischen Gelehrten durchaus in innerjüdische Angelegenheiten involviert und in Konfliktsfällen bereit war, Partei zu ergreifen. Daran anschließend erörterte Louise Hecht (Olomouc) das jüdische Bildungssystem in Böhmen, das von den Bemühungen der jüdischen Aufklärer (Maskilim) geprägt war, die auf der Suche nach einer Neudefinition des Judentums gegen den Widerstand orthodoxer Kreise die klassische, auf Thora- und Talmudstudium beruhende jüdische Erziehung reformieren und um einen säkularen Wissenskanon erweitern wollten. Hecht zufolge kam der habsburgische Staat diesen Interessen aus gänzlich anderen, praktischen Erwägungen entgegen und errichtete infolge der Josephinischen Reformen ein nahezu flächendeckendes Netz jüdischer deutschsprachiger Schulen. Der Umstand, dass dort mit Rücksicht auf die Orthodoxie die religiöse Bildung ausgespart blieb, habe sich für sie selbst letztlich als „Pyrrhussieg“ erwiesen, da sich die Schulen bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein behaupteten und die von den Maskilim geforderte weltliche Bildung erfolgreich vermittelten.

Zur Revolution von 1848 sprach Wolfgang Gasser (Wien), der das Tagebuch des aus Polná stammenden jüdischen Hauslehrers und Journalisten Benjamin Kewall aus den Jahren 1848/49 vorstellte. Der deutschsprachige, mit hebräischen Lettern geschriebene Text, der Anfang 2010 in einer kritischen Edition erscheinen wird, liefert Einblicke in das Selbstverständnis des Autors als Anhänger der Haskala und in seine vielfältigen Kontakte zu Vertretern fast aller Bevölkerungsschichten.

Die Präsentation kaum erschlossener Quellen gehörte ebenso wie die Perspektive auf bislang von der Forschung allenfalls als randständig abgetane Themen zu den großen Stärken der Konferenz. Manchmal wäre freilich ein vertieftes Eingehen auf methodische Fragestellungen wünschenswert gewesen. Darüber hinaus hätte eine explizite Betitelung der einzelnen Panels durch die Veranstalter nicht nur den Überblick über das Programm erleichtert, sondern wäre zugleich zu einem möglicherweise anregenden Bezugspunkt für Diskussionen geworden.

München

Martina Niedhammer

„1989“ IM DEUTSCH-TSCHECHISCH-SLOWAKISCHEN KONTEXT

„Wende“, „Revolution“, „Umbruch“ oder „Implosion“ – dies sind nur die gebräuchlichsten Begriffe, mit denen die Ereignisse des Jahres 1989 bezeichnet werden. Der Sturz der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa ist bis heute ein Vorgang, der sich in seiner historischen Bedeutung einer eindeutigen Zuordnung entzieht. 20 Jahre danach wird auf vielfältige Weise an den Fall des „Eisernen Vorhangs“ erinnert, in Form von Festakten, Publikationen und Konferenzen. Für die Historiografie bietet der runde Jahrestag den Anlass, Bilanz zu ziehen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu präsentieren und die seither stattgefundenen Entwicklungen zu bewerten.

Diese Ziele hatte sich auch die diesjährige Tagung der Deutsch-Tschechischen und

Deutsch-Slowakischen Historikerkommission gesteckt, die vom 9. bis 11. Oktober 2009 in Bratislava stattfand. In ihrer Einführung skizzierten die Organisatoren Volker Zimmermann (Prag), Miloš Řezník (Chemnitz) und Edita Ivaničková (Bratislava) Problemfelder und Leitfragen, die auch in den folgenden Diskussionen zentralen Stellenwert einnehmen sollten: Die Betrachtung einer solch rezenten Zeitgeschichte mache den Zeitgenossen zum Zeitzeugen und den Historiker zum teilnehmenden Beobachter des sich herausbildenden Erinnerungsortes „1989“. Daraus erwachse die enge Verknüpfung von geschichtlicher Forschung und Erinnerungskultur, die aber auch in einem Spannungsfeld um Deutungshoheit stünden. Zentral für die historische Bewertung sei die Frage nach den Akteuren des Wandels sowie nach den Kontinuitäten über den Bruch von 1989 hinweg. Gerade der vergleichende Ansatz der Tagung könne hier dazu beitragen, nationale Deutungsschemata zu hinterfragen wie auch allgemeinere Zusammenhänge greifbar zu machen.

Diese größeren Zusammenhänge standen auch gleich im Mittelpunkt der ersten Sektion, deren zwei Beiträge eine konzeptionelle Annäherung an den Gegenstand der Tagung boten. Christoph Boyer (Salzburg) zeichnete den Weg hin zum Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime im Jahr 1989 nach und betonte dabei die inhärente Entwicklungslogik dieses Prozesses, die auf strukturelle Defizite der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zurückzuführen sei. Wie der Wandel vom spätstalinistischen zum „normalisierten“ Sozialismus am Beispiel der Tschechoslowakei und der DDR zeige, sei das System dazu fähig gewesen, sich innerhalb der vom umfassenden Führungsanspruch der Parteimacht vorgegebenen Grenzen zu verändern. Den weltweiten Wandlungsprozessen hin zu Individualismus und Dienstleistungsgesellschaft sei das sozialistische Modell dann nicht mehr gewachsen gewesen, so dass seine Dysfunktionalität in der Krisensituation Ende der 1980er Jahre nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Claudia Krafts (Erfurt) Beitrag setzte an dem historischen Zeitpunkt an, an dem Boyer geendet hatte, und bot einen konzisen Überblick über den Umgang mit Diktaturen in Ostmitteleuropa seit 1989, in dem sie die verschiedenen Formen von Erinnerung und Geschichtspolitik erläuterte. Dabei wies sie auf Spannungslinien, etwa zwischen historiografischer und juristischer Herangehensweise, hin und diskutierte die Frage nach dem Stellenwert der Historiker bei der Formung von gesellschaftlichem Geschichtsbewusstsein.

Während im ersten Panel eher die Entwicklungslinien in einer längeren Zeitspanne im Vordergrund standen, boten die folgenden Beiträge Fallstudien zu den Ereignissen der späten 1980er Jahre aus verschiedenen Blickwinkeln. Damit kamen auch die vielfältigen Kontingenzen in der konkreten historischen Situation zur Sprache. Beata Katrebová-Blehová (Wien) untersuchte die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, wobei sie die Unstimmigkeiten hervorhob, die Gorbacëvs Perestrojka in der KPTsch-Führung hervorrief. Als zentraler Streitpunkt habe sich die Neubewertung der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 entpuppt. Weg von der politischen Führungsebene hin zu den Erwartungen und Erfahrungen der tschechoslowakischen Bürger im Herbst 1989 führte der Beitrag von James Krapfl (Montreal), der wegen der Abwesenheit des Referenten von Miloš Řezník präsentiert wurde. In der Vielzahl von Ideen zur Änderung des bestehenden politischen Systems wurde deutlich, als wie offen die Zeitgenossen die

damalige Situation empfanden. Es kam zur Freisetzung einer Kreativität, die von der Neubewertung von Masaryk und Beneš über Schritte der Selbstorganisation bis zu Forderungen nach einem „lustigeren Sozialismus“ reichte.

Der Beginn des zweiten Konferenztags war den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen am Ende der 1980er Jahre gewidmet. Zunächst beschäftigte sich Miroslav Kunštát (Prag) mit dem Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik, danach sprach Tomáš Vilímek (Prag) über die Beziehungen zur DDR. Kunštát hob die erstaunlich guten Kontakte auf politischer und kultureller Ebene hervor, die sich bis zur höchsten Regierungsebene nachweisen ließen. Der Zäsurcharakter des Systemwechsels werde somit durch die Kontinuitäten in der Zusammenarbeit relativiert. Vilímek kontrastierte die engen Beziehungen von SED und KPTsch mit der wachsenden Zusammenarbeit der Oppositionellen in DDR und Tschechoslowakei. Während sich die Parteiführungen bis zuletzt in der Ablehnung einer Liberalisierung einig gewesen wären, habe der grenzüberschreitende Protest einen wichtigen Beitrag zum Sturz der Diktaturen geleistet. Neben der politischen Opposition sei hier auch die wichtige Rolle kirchlicher Initiativen zu berücksichtigen, wie in der Diskussion hervorgehoben wurde. Anschließend gab Ondrej Pöss (Bratislava) einen Einblick in die Stellung der deutschen Minderheit in der Slowakei bis 1989. Nachdem sie lange Zeit marginalisiert bzw. zwangsassimiliert worden sei, habe es auch in der Frage einer größeren kulturellen Eigenständigkeit in den 1980er Jahren Bewegung gegeben.

Im nächsten Panel wurden anhand verschiedener sozialer Gruppen in der DDR und der Tschechoslowakei Handlungsoptionen und Zukunftskonzepte in der Zeit wachsender politischer Freiräume diskutiert. Dieter Segert (Wien) trug das gemeinsam mit Vladimír Handl (Prag) erarbeitete Papier vor, das Reformströmungen innerhalb der kommunistischen Parteien zum Gegenstand hatte. In der Nomenklatura von SED wie KPTsch habe es Bestrebungen zur Erneuerung im Rahmen des bestehenden Systems gegeben. Der Glaube an die Reformierbarkeit des Sozialismus und die wachsende Selbstständigkeit der „intellektuellen Dienstklasse“ seien wichtige Bedingungen für den friedlichen Ablauf des Systemwechsels gewesen, in diesen Kreisen formulierte Ideen hätten Politik und Gesellschaft über 1989 hinaus beeinflusst. Susanne Brauch (Koblenz-Landau) verglich die Europa-Vorstellungen von Dissidenten und arbeitete dabei die Differenzen sowohl zwischen wie auch innerhalb der beiden Länder heraus, so etwa am Beispiel der tschechischen Mitteleuropadebatte und in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Neben der kommunistischen Partei und dem politischen Dissens wurde auch der Wissenschaft Aufmerksamkeit zuteil. Am Beispiel der Volkskunde zeigte Blanka Koffer (Berlin) unterschiedliche Strategien des Umgangs mit dem politischen Umbruch: Während die DDR-Wissenschaftler die Initiative ergriffen und materielle sowie politische Forderungen formulierten, wurde in der Tschechoslowakei auch die demokratische „Wende“ von oben verordnet.

Die zwei Nachmittagssektionen waren der Erinnerung an 1989 und die Ära des Staatssozialismus gewidmet, wobei sich die Betrachtung von der Geschichtswissenschaft über die Vermittlung in Schulbüchern bis hin zur Populärkultur erstreckte. Die Vorträge von Adam Hudek und Natalia Veselská (beide Bratislava) beschäftigten

ten sich mit dem Geschichtsbewusstsein seit 1989 und konstatierten dabei übereinstimmend eine Distanz zwischen der professionellen Historiografie einerseits und der öffentlichen Geschichtsbetrachtung andererseits, welche unter Berufung auf Zeitzeugen Authentizität für sich beanspruche. Diese beiden Gruppen befänden sich in einem Konkurrenzverhältnis um die Deutung der jüngsten Vergangenheit, wobei die Historiker in Deutschland mehr Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ausübten als in Tschechien und der Slowakei. In diesen beiden Ländern sei die Auseinandersetzung mit 1989 stark politisiert; gerade im slowakischen Fall sei ein stark affirmativer Blickwinkel im Sinne des „nation-building“ weit verbreitet. Die engagiert geführte Diskussion drehte sich dann auch besonders um das slowakische Ústav pamäti národa (Institut des nationalen Gedächtnisses) als Forschungseinrichtung und politisches Projekt.

Die Vermittlung historischen Wissens in Schulbüchern untersuchten Tomáš Nigrin und Zdeněk Beneš (beide Prag). Auffallend sei, dass der Systemwechsel als quasi unausweichlich dargestellt werde, während die Akteure uneindeutig blieben. Gerade in slowakischen Büchern erscheine er wiederum nur als Etappe auf dem Weg zur nationalen Unabhängigkeit. An diese Analyse konnten Nicole Horáková-Hirschler und Vladimír J. Horák (beide Ostrava) anknüpfen, die eine Erhebung unter Ostrauer Studierenden zum Wissen über die Zeit vor 1989 und damit das präsentierten, „was von den Schulbüchern in die Köpfe kommt“. Deutlich wurde in den Ergebnissen der Umfrage, dass die Schule tatsächlich eine wichtige Informationsquelle für historisches Wissen ist, die eigenen Kenntnisse aber meist als (zu) gering eingeschätzt werden. Martin Franc (Prag) schließlich lieferte eine vergnügliche Bestandsaufnahme der „Ostalgie“-Welle in Deutschland und Tschechien und bot damit ein Beispiel für eine Gedächtniskonjunktur dar, die losgelöst von historiografischem Expertentum eine massenmediale Form der Erinnerung an die Konsumkultur der sozialistischen Ära darstellt.

In seinem die Abschlussdiskussion einleitenden Kommentar ging Martin Schulze Wessel (München) nochmals auf die Frage der Terminologie ein und plädierte dafür, im Zusammenhang mit 1989 von einer Revolution zu sprechen. Bei diesem Begriff handele es sich um einen wissenschaftlichen Terminus, der dem Stellenwert der Umwälzung gerecht werde, den Blick aber auch auf die reichlich vorhandenen Kontinuitäten über die vermeintliche Zäsur hinaus lenke. Um diesen Vorschlag entspann sich eine angeregte Diskussion, in der insbesondere danach gefragt wurde, in welchen Bereichen es tatsächlich einen revolutionären Bruch gegeben habe und wo sich vielmehr ein evolutionärer Wandel abzeichnete. Auch die Frage, was von den Reformkonzepten der 1980er Jahre geblieben sei, gab Anlass zur Debatte. Welche Bezeichnung nun die richtige sei für die historischen Vorgänge des Jahres 1989, welches Verhältnis denn tatsächlich geherrscht habe zwischen der Unausweichlichkeit des Zusammenbruchs und den Akteuren, die das System zum Einsturz brachten, das stand auch am Ende der Konferenz nicht zweifelsfrei fest. Anstatt einfache Antworten zu produzieren, konnten jedoch einige Facetten des schillernden Jahres im deutsch-tschechisch-slowakischen Kontext gezeigt werden – der Bedarf an weiteren Forschungen ist jedenfalls ungebrochen.

München

Bianca Hoenig

GEGENGESCHICHTE. DISSIDENTE DISKURSE
 ÜBER ZWEITEN WELTKRIEG UND HOLOCAUST
 IM OSTMITTELEUROPA DER 1980ER JAHRE

Das Interesse an der Durchsetzung staatssozialistischer Meistererzählungen hält sich für den Zeitraum nach 1969 in Grenzen. Fragen nach dem Spannungsverhältnis von offizieller nationaler Geschichtsschreibung und der Rezeption durch die Öffentlichkeit sowie nach Versuchen der Dissidenz, eine alternative Historiografie zu etablieren, wurden bislang noch nicht gestellt. Erste Schritte unternahm nun ein Verbund von neun jungen Wissenschaftlern aus Polen, Tschechien, Deutschland und Österreich. Unter Leitung von Peter Hallama (Collegium Carolinum, München), Stephan Schach (Universität Leipzig) und Katarzyna Chimiak (Universität Warschau) untersuchten die Studenten und Doktoranden, wie sich Ereignisse der Zeitgeschichte der DDR, Polens und der Tschechoslowakei in oppositionellen Diskursen der 1970er und 1980er Jahre niederschlugen: namentlich der nichtkommunistische Widerstand gegen die NS-Diktatur (Christhardt Henschel, Joanna Urbanek), der Holocaust (Peter Hallama, Stephan Stach), das Massaker von Katyń (Piotr Ciszcecki), die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 (Markus Lammert), das Kriegsende (Katarzyna Chimiak, Adam Dobeš) sowie die Vertreibung der Deutschen nach 1945 (Bianca Hoenig). Die Auswahl gerade dieser Themen war ihrer herausragenden Bedeutung für die jeweilige nationale Erinnerungskultur geschuldet.

Gefördert von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ im Programm „Geschichtswerkstatt Europa“ und institutionell angesiedelt an der Leipziger Societas Jablonoviana und dem Historischen Institut der Universität Warschau umfasste das siebenmonatige Projekt „Gegengeschichte. Dissidente Diskurse über Zweiten Weltkrieg und Holocaust im Ostmitteleuropa der 1980er Jahre“ zusätzlich zur eigentlichen Forschungsarbeit auch zwei Workshops in Warschau und Leipzig sowie eine Zeitzeugenrunde mit Stephan Bickhardt („Radixblätter“), Andrzej Zieliński („Robotnik“, „Nowa“) und Bedřich Loewenstein am 10. September 2009 in Leipzig.

Die Abschlusspräsentation der Ergebnisse fand am 26. Oktober 2009 in den Räumen des Zentrums für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin statt. Nach kurzen einführenden Worten des Gastgebers Maciej Górny (Zentrum für Historische Forschung, Berlin) und Katarzyna Chimiak wurde die inhaltliche Diskussion eröffnet. In seinem Vortrag zu „Truth, Authenticity and History Wars: Physiognomy of Klio in Central European Dissidence 1968-1989“ skizzierte Michal Kopeček (Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, Prag) die Entwicklung der oppositionellen Geschichtsschreibung in den 1970er und 1980er Jahren sowie ihre Rolle in der Etablierung neuer nationaler Meistererzählungen nach 1989. Kopeček machte drei Funktionen dissidenter Historiografie aus: Gegendarstellung, Kommunikationsmedium, Experimentierfeld. Des Weiteren verwies er auf den engen Zusammenhang des dissidenten historischen Diskurses mit den besonders in den 1980er Jahren auf breiter Basis international geführten Debatten um die Universalität von Menschenrechten: Erst dieses Wechselspiel ermöglichte innerhalb der Dissidenz die Auseinandersetzung mit alternativen politischen Konzepten auf Grundlage der jeweiligen nationalen Geschichte. Der rasche Bedeutungsverlust der

dissidenten Konzepte im Systemwechsel nach 1989 sei schließlich auf deren fehlende Anpassung an die Bedürfnisse der postsozialistischen Öffentlichkeit zurückzuführen.

Stephan Stach und Peter Hallama stellten die zentralen Fragen und Antworten des Forschungsprojekts vor. Die theoretische Ausgangsbasis bildete das Konzept der „Gegengeschichte“ von Amos Funkenstein. Funkensteins Merkmale von „Gegengeschichte“, deren „polemische Funktion“ und Fokussierung auf die „bewährtesten Quellen des Gegners“, ließen sich deutlich im historischen Diskurs der Dissidenz ausmachen. Die unter dem Dach der Charta 77, der Solidarność und der evangelischen Kirchen der DDR organisierten Gedenkfeiern, Mahnwachen, Diskussionsrunden und Publikationen im Samizdat/Zweiten Umlauf zielten auf die Gründungsmythen des Staatssozialismus in Zentraleuropa: kommunistischer Antifaschismus, Befreiung durch die Rote Armee und die so genannte Waffenbrüderschaft. In der DDR rückte mit dem direkten Vorwurf an die Kriegsgeneration der Aspekt der Moralisierung stärker in den Vordergrund, analog zur offiziellen Darstellung. In Polen ließ sich eine unabhängige Geschichtsschreibung etablieren, die den Kampf gegen Fremdbesatzung betonte und davon ausgehend einen starken Patriotismus proklamierte. Die tschechischen und slowakischen Quellen belegen eine stärkere staatliche Reglementierung der geschichtspolitischen Aktivitäten. Gemeinsam war allen drei dissidenten Milieus, um in den nationalen Grenzen zu bleiben, die Herausarbeitung des Prinzips der Gewaltfreiheit. Im polnischen dissidenten Diskurs wurde es abgeleitet von der Geschichte des nationalen Widerstands, im deutschen Dissens war es Teil der Forderungen nach einem klaren Bruch mit der eigenen Geschichte und damit nach Widerstand gegen die Diktatur im eigenen Land. Das offizielle Geschichtsbild zu hinterfragen, könne laut Stach und Hallama als durchaus nützliche oppositionelle Strategie interpretiert werden, da auf diesem Feld die Widersprüchlichkeit von Anspruch und Wirklichkeit der kommunistischen Regime aufgezeigt werden konnte. Jedoch seien nicht alle Äußerungen, die unter den Begriff der dissidenten Geschichtsschreibung subsumiert werden können, per se als explizit politisch zu bewerten. Allerdings könne die Nutzung von dissidenten Medien durchaus als politische Handlung gedeutet werden.

Silke Satjukow (Friedrich-Schiller-Universität, Jena) hob in ihrem Kommentar auf eine nachhaltige Strategie der Herrschaftssicherung ab: die subkutane Schuldzuweisung an besiegte Deutsche und befreite Europäer durch die siegreiche sowjetische Macht. Entgegen der gängigen Lesart einer kollektiven Entlastung von der Verstrickung in die NS-Gewaltherrschaft Zentraleuropas sei von einer negativen Integration in die staatssozialistische Ökumene mittels einer mahnenden Erinnerungskultur auszugehen. Die der Dissidenz zuzurechnenden Historiografien seien als Reaktionen auf die staatliche Geschichtsschreibung mit einer Übernahme des gleichen Musters zu werten: als Legitimation der eigenen Position mit Hilfe geeigneter Narrative. So sei die Frage zu stellen, welche „weißen Flecken“ gefüllt wurden und welche gerade nicht. Zur Beantwortung sei die Herausarbeitung der konkreten Akteure, Medien und der diskursiven Bezüge unerlässlich.

Die anschließende offene Diskussion konzentrierte sich im Wesentlichen auf Satjukows These der unterschwellig aufrechterhaltenen Erbschuld, die Frage nach

den „weißen Flecken“ und den Sonderfall DDR sowohl im Hinblick auf die NS-Vergangenheit als auch auf die Akteure und Medien der dissidenten Geschichtsschreibung. Frank Hadler (GWZO Leipzig) gab darüber hinaus zu bedenken, dass „Gegengeschichte“ bzw. „Counter History“ immer von Partikularinteressen geleitete Umdeutung und Aneignung sei. Florian Peters (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) hinterfragte die Geschlossenheit des Begriffs: Es sei vielmehr von „Gegengeschichten“ auszugehen, wie die unterschiedlichen Aktivitäten und Auswirkungen auf lokaler und transnationaler Ebene zeigten.

Auf weitere Präsentationen und Publikationen aus diesem Forschungszusammenhang darf man gespannt sein.

Berlin

Blanka Koffer

SOZIALISTISCHE STAATLICHKEIT

Wenn man die Zeitung aufschlägt, liest man allseits Klagen und Beschwerden über den Staat: Er sei nicht gerecht genug in seiner Verteilung von Gütern, er sei gegenüber dem Einzelnen zu mächtig oder angesichts von gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen zu schwach, kontrolliere seine Bürger zu viel und könne trotzdem die Ordnung nicht angemessen durchsetzen. Die Präsenz des Staates war im Sozialismus zweifellos noch ausgeprägter. Dem Einzelnen begegnete er nicht nur in Form von Gesetzen, Vorschriften und Bürokratie, sondern forderte auch stets Engagement für seine Sache ein und „hörte“ möglicherweise „mit“. Insofern war er allgegenwärtig und zugleich unsichtbar, die zentrale Verteilungsinstanz, von deren Wohlwollen man abhing.

In dieser Hinsicht ähnelten die Zuschreibungen für den sozialistischen Staat verblüffend jenen für Gott, wie Martin Schulze Wessel (München) in seinem Schlusswort pointiert formulierte. Diese zugespitzte Bemerkung lenkt den Blick auf einige Problemfelder, die sich ergeben, wenn sozialistische Staatlichkeit charakterisiert werden soll, wie es sich die diesjährige Bad Wiesseer Jahrestagung des Collegium Carolinum (vom 5. bis 8. November 2009) zur Aufgabe gemacht hatte: Die Frage nach der Spezifik und den Merkmalen von Staatlichkeit im Sozialismus berührt nicht nur politikhistorische Bereiche, wie die Abgrenzung bzw. postulierte Kongruenz von Einheitspartei und Staat, oder ideengeschichtliche, wie das Selbstverständnis sozialistischer staatlicher Akteure. Der Staat war eben auch eine alltägliche und erfahrbare Instanz, die das Leben umfassend regulierte und der gegenüber Ansprüche geltend gemacht wurden. Diese höchst unterschiedlichen Möglichkeiten und Perspektiven, Staatlichkeit zu fassen, spiegelten sich auch in den thematisch breit gestreuten Beiträgen der von Joachim von Puttkamer (Jena) und Jana Osterkamp (München) konzipierten und organisierten Tagung wider. Mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Ostmitteleuropa sollte Staatlichkeit im Sozialismus anhand ihres theoretischen Selbstanspruchs, dessen praktischen Umsetzungsversuchen und schließlich des daraus resultierenden Spannungsverhältnisses zwischen Anspruch und Wirklichkeit untersucht werden.

Sowohl die allgemeine Einführung von Joachim von Puttkamer als auch der erste Beitrag von Jana Osterkamp machten am tschechoslowakischen und ostdeutschen

Beispiel deutlich, dass der Begriff „Staat“ in den Quellen, vor allem in den Verfassungen, nur eine marginale Rolle spielte. Das Spannungsverhältnis zwischen allgegenwärtiger Bürokratie sowie „totalem“ Regulierungsanspruch einerseits – der, so die These Osterkamps, auch an Staatlichkeitsauffassungen und -praktiken der autoritären Vorgängerregime anknüpfte – und den ideologischen Grundlagen (des proklamierten „Absterbens des Staates“ in den klassischen Texten von Marx) andererseits, machte einen direkten und positiven Bezug zum Staat schwierig. Statt von „Staat“ war vielmehr von „Republik“ und besonders von „Volksdemokratie“ die Rede. Diese Selbstbezeichnung sollte nicht nur den Unterschied zu den „bürgerlichen Demokratien“ markieren, sondern auch das Ineinandergreifen von Gesellschaft und Staat verdeutlichen. Die Denkfigur der Übernahme des Staates durch die „sozialrevolutionären Massen“ knüpfte dabei an ideologische Vorgaben der „Diktatur des Proletariats“ an, wurde jedoch auch national legitimiert und durch dementsprechende Darstellungen etwa des Hussitismus bzw. der Bauernkriege mythisch unterfüttert. Die „Volksbeteiligung“ und die in den Verfassungen sichtbaren direkten Bezüge zu basisdemokratischen Figuren standen wiederum in einem der sozialistischen Theorie immanenten Spannungsverhältnis zwischen Diktatur des Proletariats und Avantgarde-Funktion der Partei. Die Entwicklung der Verfassungen in der Tschechoslowakei zeige, so von Puttkamer, dass sich das Selbstbild der Partei als Erzieherin des Volkes zugunsten einer stärkeren Betonung der Volkssouveränität verändert habe. Insofern sei der Staat in der ersten tschechoslowakischen Verfassung noch als weitgehend übereinstimmend mit der Partei aufgefasst worden, während in der letzten die Verschmelzung von Staat und Gesellschaft betont wurde. Diese Vorstellung einer Verschmelzung sei ein Charakteristikum sozialistischer Staatlichkeit – eine These, die in der Diskussion nicht unwidersprochen blieb.

Dem Zusammenspiel von sozialistischer Staatlichkeit und Rechtspraxis widmeten sich die Beiträge von Natalia Veselská (Bratislava), Artilla Vincze (Brno) und Ulrich Huemer (Potsdam). Die Ausführungen von Veselská und Vincze beruhten mehr oder minder explizit auf dem Paradigma des Unrechtsstaates und charakterisierten sozialistische Staatlichkeit durch rechtliche Willkür und Unberechenbarkeit. Als ein Hauptmerkmal totalitärer Regime resultiere daraus, so Veselská, die sich durch alle Schichten und Ebenen ziehende und das gesamte Leben bestimmende Angst. Diese These illustrierte sie anhand des slowakischen Teils der Tschechoslowakei, wobei deutlich wurde, dass die Angst nicht nur die Bürger beherrschte, sondern auch die Parteimitglieder (Slánský-Prozess). Die Allgegenwart der Angst und Unsicherheit habe zudem sowohl systemstabilisierende als auch systemerodierende Effekte gehabt, da zum einen aus Angst offene Opposition meist vermieden worden sei, sie zum anderen die Legitimität der Regime untergraben habe.

Auch Vincze argumentierte anhand des Beispiels Ungarn in diese Richtung. Während er den ungarischen Sozialismus vor 1956 sehr cursorisch als totalitäre Willkürherrschaft umriss, charakterisierte er die „post-totale“ Ära nach 1956 vor allem durch die Atomisierung der Gesellschaft. Denn obwohl es zu einer Art Pakt zwischen Partei und Bevölkerung gekommen und eine Befriedung durch den „Konsumkommunismus“ ungarischer Prägung eingetreten sei, habe die fortbestehende rechtliche Willkür, besonders im Bereich der Eigentumsrechte, eben zur Atomisie-

rung der Gesellschaft beigetragen. In der Diskussion wurde jedoch kritisch zu Bedenken gegeben, dass eine Atomisierung im Arendt'schen Sinne nicht stattgefunden habe, sondern die offiziellen Verbindungen lediglich durch informelle Netzwerke neben und jenseits des staatlichen Zugriffs abgelöst worden seien.

Der Charakterisierung der sozialistischen Staatlichkeit als totalitär bzw. der Hervorhebung rechtlicher Willkür stellte Huemer mit seinem Beitrag eine gegenläufige Perspektive zur Seite. Er setzte sich mit der Frage auseinander, ob die DDR ein Doppelstaat im Fraenkel'schen Sinne gewesen sei, wobei diese Bezeichnung von Fraenkel für das nationalsozialistische Deutschland entworfen worden ist und daher aktuell als Ersatz für Totalitarismustheorien gebraucht werde. In Abgrenzung dazu unterstrich Huemer, dass in der DDR ein erheblich höheres Maß an Berechenbarkeit in juristischen Angelegenheiten geherrscht habe als in der NS-Zeit. Denn am Beispiel der DDR zeige sich, dass sich die Organe stets bemühten, formell den eigenen Gesetzen nachzukommen. Im Gegensatz zum NS-Staat und seiner von Fraenkel als „Maßnahmenstaat“ in permanentem Ausnahmezustand charakterisierten Rechtsumsetzung, waren die DDR-Organen bestrebt, die eigenen Rechtsbrüche zu verschleiern, da sie eine Normenkonformität zumindest nach außen bekunden wollten. In der hiernach eventuell als „Schein-Rechtsstaat“ zu beschreibenden DDR sei daher die Urteilsfindung in einem höherem Maße an formelle wie informelle Regeln gebunden gewesen. Für diejenigen, die diese Regeln kannten, war das Rechtssystem der DDR durchaus berechenbar und weitaus weniger willkürlich als jenes des „Dritten Reiches“.

Den Blick auf Besonderheiten der ostmitteleuropäischen Staaten bzw. auf das Zusammenspiel zwischen sozialistischer und Nationalstaatlichkeit lenkten die Beiträge von Jan C. Behrends (Berlin), Dennis Dierks (Mainz) und Rayk Einax (Jena). Behrends illustrierte seine These, dass die Selbstinszenierung des sozialistischen Staates auf völkischen bzw. nationalistischen Motiven beruht habe, anhand einer Serie von Bildern der jeweiligen Staatsspitzen der Sowjetunion, Polens, der DDR und der Tschechoslowakei. Nation und Staat seien unter die Figur des „Führers“ subsumiert und durch ihn personalisiert worden. Die jeweilige Ausgestaltung sollte sich vor allem von politischen Vorgängern oder Konkurrenten absetzen. Insbesondere die Repräsentativität der vorgestellten Bilder wurde in der anschließenden Diskussion zwar kontrovers diskutiert; die grundlegende Frage, ob die ostmitteleuropäischen Sozialismen ihre Besonderheit durch die Überlagerung mit Nationalismus bezogen, erhielt dadurch jedoch weitere Denkanstöße, die mit der Präsentation von Fallbeispielen konkurrierender sozialistischer Auffassungen oder Ausprägungen von Staatlichkeit weiter vertieft wurden.

So stellte Dierks das jugoslawische Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung vor, das nach dem Ausschluss Jugoslawiens 1948 aus der Kominform als sozialistisches Gegenmodell zum „demokratischen Zentralismus“ etabliert worden war. Auch wenn die Arbeiterselbstverwaltung in der Praxis durch zentralstaatlich beschlossene Rahmenpläne konterkariert und die Diskussionsforen der selbstverwalteten Arbeiter eher als Instrument zur Durchsetzung der Parteilinie gebraucht worden seien, sei damit ein Beispiel geschaffen worden. Diese Idee habe an die in allen Staatssozialismen vorhandenen Ideale der Volksbeteiligung appelliert, die Besei-

tigung der „Entfremdung von den Produktionsmitteln“ versprochen und räterepublikanische Ideale verkörpert. Wie in der Diskussion mehrfach betont wurde, hatte dieses Gegenmodell erhebliche Anziehungskraft nicht nur auf Oppositionelle in den ostmitteleuropäischen Staaten, als Möglichkeit, Freiräume im allumfassenden Staat durch eine tatsächliche und gezielte De-Etatisierung („Absterben des Staates“) zu schaffen, sondern auch im Westen bzw. den blockfreien Staaten. Auch der jugoslawische, von nationalen Kriterien bestimmte Föderalismus dürfte als Gegenbeispiel zur Sowjetunion und dem dort herrschenden ausschließlich formalen Föderalismus gedient haben.

Als ein vom ostmitteleuropäischen Muster deutlich abweichendes Beispiel stellte Einax den weißrussischen Fall dar. Erstmals zu Eigenstaatlichkeit unter sowjetischer Herrschaft gelangt (als formal eigenständige Republik der UdSSR), habe sich dieser Staat vor allem anhand des wirtschaftlichen Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg konsolidiert und legitimiert. Trotz der ethnischen Gemengelage und der Dominanz des russischen gegenüber dem weißrussischen Element habe die paradoxe Gleichzeitigkeit von Eigenstaatlichkeit und Aufgehen im großen Sowjetvolk – anders als etwa in der (West)Ukraine – keine ernsthafte Ablehnung der sowjetischen Staatlichkeit mit sich gebracht. Da das sowjetische Staatsmodell in Weißrussland größtenteils als Erfolg (v. a. aus wirtschaftlicher Perspektive und unter dem Eindruck der Modernisierung des Landes) erfahren worden sei und kaum eigene Traditionen der Nationalbewegungen existierten, sei es erst nach der Katastrophe von Tschernobyl und dem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems der UdSSR zu distanzierenden Positionen gekommen. Angesichts dieses als erfolgreich wahrgenommenen Beispiels sozialistischer Staatlichkeit, das sich eben durch ein weitgehendes Fehlen nationaler Aspirationen auszeichnete, ist zu fragen, ob die ostmitteleuropäischen Nationalismen eine besondere Herausforderung an die sozialistische Staatlichkeit stellten. Einen in diese Richtung führenden Vortrag hätte Dmitry Shlapentokh (South Bend) liefern können, wenn er über die bekannte Charakterisierung der Außenwahrnehmung sowjetischer Herrschaft als „asiatische Fremdherrschaft“ hinausgegangen wäre und sich auf das Tagungsthema bezogen hätte.

Auf das Themenfeld der wechselseitigen Wahrnehmung von Staat und Bürgern gingen die Beiträge von Tilmann Siebeneichner (Göttingen) und Natali Stegmann (Regensburg) ein. Anhand der Konzeption und der Praxis der nach dem 17. Juni 1953 in der DDR ins Leben gerufenen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ führte Siebeneichner aus, dass das Verständnis des als permanent im Ausnahmezustand befindlichen sozialistischen Staates auf eine generationenspezifische Erfahrungswelt zurückzuführen sei. Die wichtigsten Akteure der DDR, wie auch der Großteil der frühen Mitglieder der Kampfgruppen, seien von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen der Weimarer Republik und der Verfolgung während des Nationalsozialismus geprägt worden. Dieser spezifische Erfahrungshintergrund habe die Wahrnehmung der eigenen Bevölkerung sowie ausländischer Kräfte als potenzielle Feinde bestimmt. Die Schaffung einer solchen Konkurrenzorganisation zu den regulären Ordnungs- und Sicherheitskräften sei diesem generationellen Selbstverständnis als einer letzten Bastion ideologisch einwandfreier Schutz- bzw. Partisanentruppen entsprungen, auch wenn sich die Kampfgruppen in der Praxis als wenig durchschlag-

kräftig und kompetent erwiesen. Mit einem Generationenwechsel innerhalb der Kampfgruppen sei daher auch eine veränderte Sicht auf die Bevölkerung einhergegangen: Während die Beschreibung der Bevölkerung als potenzieller (Klassen)feind bei den Gründungsmitgliedern der Kampfgruppen noch anschlussfähig gewesen sei, hätten sich viele Angehörige der Kampfgruppen 1989 geweigert, gegen ihr „eigenes Volk“ vorzugehen.

Eine Anregung, das Verhältnis von sozialistischem Staat zu seinen Bürgern aus einer anderen Perspektive heraus zu untersuchen, lieferte der Vortrag von Natali Stegmann. Sie beleuchtete anhand des Beispiels *Solidarność* die Erwartungen, die die Mitglieder an den Staat stellten. Die bislang eher unbeachteten sozialpolitischen Forderungen der *Solidarność* machten zum einen deutlich, dass – anders als noch 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1970 wiederum in Polen – der Adressat dieser Forderungen der Staat und nicht mehr die Partei gewesen sei. Der Staat sei nun als solcher und in seiner sozialistischen Ausrichtung nicht länger abgelehnt worden. Man habe ihn daher nicht infrage gestellt, sondern ihn in die Pflicht genommen und seine eigenen propagierten Ideale an ihn zurückgewiesen. An diesen Punkten, „wo sich Staat und Bürger begegnen“, könne deutlich gemacht werden, dass der Staat zumindest in den 1980er Jahren als Fürsorgestaat wahrgenommen wurde. In der anschließenden Diskussion wurde die weiterführende Frage angeregt, ob diese kognitive Trennung von Staat und Partei eine Vorbedingung für den friedlichen Charakter der Systemumbrüche in Ostmitteleuropa gewesen sein könnte.

Die Beiträge von Denisa Nečasová (Brno) und Celia Donert (Florenz) untersuchten sozialistische Staatlichkeit aus geschlechtswissenschaftlicher Perspektive. Wie beide Referentinnen betonten, habe die Gleichberechtigung zu den offensiv vertretenen sozialpolitischen Zielen sozialistischer Herrschaft gehört und sei somit einer der Punkte gewesen, an denen sich der Erfolg sozialistischer Staatlichkeit messen lassen musste. Nečasová zeigte, dass trotz der gezielten Einsetzung von Frauen an die Spitze einiger dörflicher Volkskomitees in den frühen 1950er Jahren in der Tschechoslowakei althergebrachte Rollenmuster überdauerten. Hinter der agitatorisch vorgebrachten Forcierung weiblicher Führungskräfte hätten vielmehr pragmatische Überlegungen gestanden wie etwa die Beseitigung des akuten Personalmangels.

Donerts Beitrag lenkte den Blick auf die trans- und internationale Ebene der Geschlechterpolitik, indem sie die über ihre jeweiligen Landesgrenzen hinaus agierenden offiziellen Frauenbünde (etwa Demokratischer Frauenbund Deutschlands) thematisierte. Laut Donert sei es in den 1970er und 1980er Jahren schrittweise zur Aufgabe eines spezifisch sozialistischen Verständnisses von Frauenrechten gekommen, was in Verschränkung mit den allgemein neu an Bedeutung gewinnenden Menschenrechtsdebatten gestanden habe. Eine Analyse der Frauenbünde sowie der frauenrechtsspezifischen sozialpolitischen Forderungen und Diskussionen auf internationaler Ebene könne daher eine weitere Perspektive auf die Erosion sozialistischer Staatlichkeit eröffnen.

Zuletzt thematisierten Muriel Blaive und Thomas Lindenberger (Wien) einen klassischen Aspekt von Staatlichkeit: sein Territorium bzw. seine Grenzen. Das Grenzregime sei, so Lindenberger, charakteristisch für sozialistische Herrschaftsausübung. Sozialistische Grenzen – nicht nur jene zum Westen, sondern auch diejenigen zwi-

schen den sozialistischen Staaten – zeichneten sich durch folgende Merkmale aus: ihre beidseitige Undurchlässigkeit als Schutz gegen Infiltration und „Ansteckung“ von außen bzw. als Verhinderung der Abwanderung unsicherer Elemente von innen, durch ausgedehnte Sperrgebiete und die Umsiedlung der Grenzbevölkerung nach ideologisch-politischen Kriterien. Die Grenze als Paradigma sei durch die tatsächliche Staatsgrenze allerdings nur versinnbildlicht. Auch die Gesellschaft selbst sei durch Grenzen und Sperrgebiete gekennzeichnet gewesen, etwa durch die deutliche Regulierung von Verhalten und Äußerungen, das Unsagbare, durch Tabus oder die unantastbaren ideologischen Inhalte. Am Beispiel der tschechischen Grenzstadt České Velenice führte Blaive aus, dass die Grenzsituation spezifische Verhaltensmuster hervorgebracht habe: Ausgeprägtes Denunziantentum, gegenseitige Bespitzelung, Selbstzensur und -kontrolle. Sie ließ offen, ob dies die These der Diktatur der Grenze auch in dem Sinne stärken sollte, dass diese wohlbekanntes Verhaltensmuster nicht nur an der territorialen Grenze, sondern auch den inneren zu finden waren. Bemerkenswert war der vorgestellte Befund, dass die offizielle Wahrnehmung der Grenze offenbar von der lokalen Bevölkerung angenommen worden ist. So seien Flüchtlinge als „Kriminelle“ und die Grenze als Schutz vor Feinden betrachtet worden.

Die Jahrestagung des Collegium Carolinum hat deutlich gezeigt, wie vielfältig und schillernd, omnipräsent und zugleich „ungreifbar“ Staat und Staatlichkeit im Sozialismus waren. In der Abschlussdiskussion wurde daher dafür plädiert, das Thema auf vergleichende Perspektiven zu erweitern, um den sozialistischen Staat letztlich doch „greifbarer“ zu machen: Ob und inwieweit die ostmitteleuropäischen Varianten sozialistischer Staatlichkeit spezifisch sind, könnte durch die Einbeziehung des sowjetischen, aber auch des kubanischen, koreanischen oder chinesischen Modells deutlicher werden. Andererseits ist auch zu hinterfragen, ob eine „Exotisierung“ sozialistischer Staatlichkeit sinnvoll ist und ob der sozialistische Staat nicht als ausdifferenzierteste Ausprägung des „modernen Machtstaates“ begriffen werden könne. Ob und wie die Beschreibung als „totalitär“ – eine Frage, die in den Debatten immer wieder kontrovers diskutiert wurde – in dieser Hinsicht geeignet sein mag, muss hier offen bleiben.

München

Ulrike Lunow

AUGUST SAUER – EIN INTELLEKTUELLER IN PRAG IM SPANNUNGSFELD VON KULTUR- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK

Mit dem Namen August Sauer verbindet man sicherlich nicht nur im literaturwissenschaftlichen Kontext vor allem seine im Jahr 1907 an der Prager Karls-Universität gehaltene Rektoratsrede „Literaturgeschichte und Volkskunde“. Dass mit diesem bekanntesten und zugleich umstrittensten Vermächtnis die Bedeutung des 1855 in Wiener Neustadt geborenen und 1926 in Prag gestorbenen Germanisten und Kulturpolitikers nicht Genüge getan ist, mag eine kurze Aufzählung seiner Tätigkeiten und Funktionen deutlich machen: So war Sauer ein wichtiges Mitglied der 1891 gegrün-

deten „Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen“ (in der Forschung meist kurz „Förderungsgesellschaft“ genannt), in ihrem ab 1901 erscheinenden Publikationsorgan „Deutsche Arbeit“ ab dem fünften Jahrgang verantwortlicher Redakteur, im akademischen Jahr 1907/08 Rektor der deutschen Sektion der Prager Karl-Ferdinands-Universität, Begründer der „Zeitschrift für Literaturgeschichte Euphorion“ (1894) und der Reihe „Bibliothek deutscher Schriftsteller aus Böhmen“ (1899) sowie Leiter groß angelegter Editionsprojekte, wie der Historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke Franz Grillparzers (ab 1878) oder der kritischen Ausgabe der Sämtlichen Werke Adalbert Stifters (ab 1901).

Eine weitergehende Erforschung und Einordnung von Sauers Leben und Werk in den (literatur-)wissenschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Kontext seiner Zeit hat in den letzten Jahren begonnen: Nicht nur hat Wolfgang Adam 1994 in seiner Untersuchung zur 100-jährigen Geschichte des „Euphorion“ die Position der Zeitschrift und ihres Gründers Sauer innerhalb der zeitgenössischen literaturgeschichtlichen Theoriediskussionen analysiert, auch im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Fachgeschichte der Prager Germanistik wurde August Sauer thematisiert.¹

Vom 5. bis 7. November 2008 fand nun im Österreichischen Kulturforum Prag, veranstaltet vom Kulturforum, dem Herder-Forschungsrat Marburg, dem Institut für Germanische Studien der Karls-Universität und dem Studiengang Kulturwissenschaft der Hochschule für Musik Weimar-Jena, das Symposium „August Sauer – ein Intellektueller in Prag im Spannungsfeld von Kultur- und Wissenschaftspolitik“ statt. Dessen erklärtes Ziel war es, an die bislang erbrachten Ergebnisse in der Sauer-Forschung anzuknüpfen.

Einen einführenden Überblick in das historisch-gesellschaftliche Umfeld von August Sauers Wirken in Prag gab Steffen Höhne (Weimar). Als einer der Veranstalter der Tagung beleuchtete er das kulturpolitische Profil Sauers im Kontext ausgewählter Stationen der politischen und kulturellen deutsch-tschechischen Konflikte seit den 1880er Jahren. Unter anderem ausgehend von der von Ralf Dahrendorf vorgenommenen Definition eines „öffentlichen Intellektuellen“, als einer an den vorherrschenden Diskursen der Zeit teilnehmenden, ja deren Richtung prägenden und Thematik bestimmenden Person, verortete Höhne Sauers Engagement im Spannungsfeld von intellektueller Desintegration, dem ideellem Erbe Habsburgs und aktuellen ethnischen Konflikten. Das Verständnis von „Kulturpolitik“ ist in dieser Strategie weniger getragen von dem Streben nach radikaler Exklusion, als vielmehr von einem Bedürfnis nach Selbstprofilierung und Etablierung eines neuen, kulturell bestimmten nationalen Selbstbewusstseins. Höhne benannte zudem die ideologischen Verschiebungen, denen dieser Kulturbegriff ausgesetzt war: „Kulturpolitik“ wurde zunehmend nicht mehr als Strategie national-kultureller Selbstprofilierung präsentiert, sondern dezidiert in den Dienst „nationaler Schutzarbeit“ gestellt.

¹ Vgl. etwa die publizierten Ergebnisse des Forschungsprojekts zur Geschichte der Germanistik in den böhmischen Ländern: *Trvdík, Milan/Vodrážková-Pokorná, Lenka* (Hgg.): *Germanistik in den Böhmisches Ländern im Kontext der europäischen Wissenschaftsgeschichte (1800-1945)*. Wuppertal 2006.

In diesem Kontext stand auch der Beitrag von Justus Ulbricht (Weimar), der Sauers Einfluss auf die studentische Jugend nachging. Milan Tvrđík (Prag) untersuchte die Rolle, die Sauer innerhalb der germanistischen Lehre und Forschung der deutschen Sektion der Karl-Ferdinands-Universität spielte und ging auf dessen Verhältnis zu den tschechischen Fachkollegen ein. Dass die Universität nicht nur als Zentrum des wissenschaftlichen Lebens in Prag fungierte, sondern die Universitätsangehörigkeiten vielmehr in die kulturellen städtischen Strukturen eingebunden waren, wies Tvrđík beispielsweise anhand von Sauers vielfältigem Engagement in der „Förderungsgesellschaft“ nach. Als Zeitgenosse Sauers geriet vor allem der als Begründer der tschechischen Germanistik und durch sein Werk „Goethe a Čechy“ (Goethe und Böhmen, 1896) auch als Initiator einer tschechischen Goethe-Forschung geltende Germanist Arnošt Vilém Kraus in den Blickpunkt. Kraus, der ebenfalls bei Wilhelm Scherer in Berlin studiert hatte, beschäftigte sich mit den Einflüssen der deutschen auf die tschechische Kultur und veröffentlichte mehrere Beiträge in Sauers „Euphorion“.

Der zweite Tag des Symposiums war zunächst ebenfalls wissenschaftsgeschichtlichen Fragestellungen gewidmet. Mirko Nottscheid (Hamburg) wies auf eine bislang unerschlossene Quelle für Sauers wissenschaftliche Biografie hin: seinen in der Österreichischen Nationalbibliothek lagernden Briefwechsel mit Wilhelm Scherer, aus dem der bestimmende Einfluss Scherers auf Sauers Werdegang und seine literaturwissenschaftlichen Konzeptionen deutlich hervortrete. Seine erste Begegnung mit dem Berliner Ordinarius im Mai 1878 schildert Sauer als gleichsam mystisches Erweckungserlebnis. Auch an eine bislang vernachlässigte Station in seiner wissenschaftlichen Laufbahn wurde erinnert: seine Tätigkeit als Supplent und Direktor des Seminars für Deutsche Philologie an der Universität Lemberg (L'viv), eine Stelle, die Sauer kurz nach der in Wien erfolgten Habilitation im Jahr 1879 antrat. Anhand von Briefen, die Sauers gesellschaftliche und akademische Lebenssituation und seine Bemühungen um eine Wegberufung aus Lemberg dokumentierten, stellte Nottscheid die These auf, dass die weitgehende kulturelle Isolation in dieser Zeit Sauers spätere kulturpolitische Positionen entscheidend mitbestimmten.

Einen struktur- und ereignisgeschichtlichen Blick auf die Gründungsgeschichte von „Euphorion“ warfen Hans-Harald Müller und Myriam Richter (Hamburg) unter anderem auf der Grundlage des Briefwechsels zwischen Sauer und Bernhard Seuffert. Dabei offenbarte sich Sauers wissenschaftliches (Selbst-)Bild, das sich in seiner Betonung von Modernität und Urbanität von dem dominanten Bild des „stammheitlich“-regionalistischen Wissenschaftlers unterscheidet, das zumeist mit ihm verbunden wird. Die Anfangsjahre des „Euphorion“, der als Forum einer „neuen“ Generation von Wissenschaftlern, insbesondere Nicht-Ordinarien, ein Betätigungsfeld bot, waren geprägt von ökonomischen Problemen bei gleichzeitiger methodischer Konsolidierung. Darüber hinaus illustrierten Müller und Richter die Hintergründe der Übernahme der Zeitschrift in den Wiener Fromme Verlag und das damit verbundene Scheitern von Johann Willibald Nagls Plan, eine Zeitschrift für die Geschichte der deutschen Literatur in Österreich herauszugeben.

Der weitere Fachkontext wurde in den Beiträgen Václav Petrboks (Prag), der Sauers Einfluss auf die Bohemistik nachging, und Sigurd Paul Scheichls (Innsbruck)

Untersuchung der Editionstätigkeit Sauers angesprochen. Die Schiller-Rezeption Sauers im literaturhistorischen Kontext der zeitgenössischen Schiller-Forschung war das Thema von Alice Stašková (Berlin, Prag). Anhand etwa der Rede zur akademischen Schiller-Feier der Karls-Universität im Jahr 1905 entwarf sie ein eindrückliches Bild von Sauer zwischen literarhistorischer Argumentation und kulturpolitischer Propaganda oszillierender Rhetorik, die den Rezipienten überdies durch eingestreute „Ellipsen der Intimität“ (Norbert Oellers) zum eingeweihten Mitwisser machen sollte. Als mögliche Referenz für die beinahe ausufernd zu nennende Verwendung religiöser Metaphorik, die einer Apotheose der Dichterexistenz Vorschub leistete, nannte Stašková David Friedrich Strauss, der in seinem zuerst 1872 erschienenen und in den Folgejahren mehrfach neu aufgelegten Buch „Der alte und der neue Glaube“ die Lektüre der literarischen Klassiker als religiöse Erbauungshandlung und als Ergänzung bzw. Ersatz der hergebrachten christlich-biblichen Überlieferung propagiert hatte.

Karoline Rieger (Marburg) beschloss mit einem Vortrag über die Stifter-Rezeption August Sauer den zweiten Tag. Die diskursiven Strategien, die sie herausarbeitete, offenbarten sowohl das vielfältige Referenzsystem, dessen sich Sauer bediente, als auch die wissenschaftspolitischen Aktivitäten zur Konzentration literaturwissenschaftlicher Forschungsarbeit auf Prag und die Karlsuniversität.

Gertrude Cepl-Kaufmann (Düsseldorf) richtete einen kultursoziologischen Blick auf die gesellschaftliche Selbstpositionierung und die Fremdwahrnehmung in Sauer Tätigkeit während seiner letzten Lebensjahre. Unter Verwendung von Quellen aus dem im Archiv der Akademie der Wissenschaften (Archiv Akademie věd ČR) in Prag befindlichen Nachlass der „Förderungsgesellschaft“ untersuchte Cepl-Kaufmann das Totengedenken für Sauer und zeigte, dass sowohl in den Todesanzeigen, die in den Prager deutschsprachigen Tageszeitungen erschienen, als auch in den an die Gesellschaft gesendeten Kondolenzbriefen das Bild einer gesellschaftlich hoch stehenden Honoratiorenpersönlichkeit und eines städtischen Kulturförderers transportiert wurde, während die Würdigung von Sauer wissenschaftlichen Verdiensten in den Hintergrund geriet. Auch die Organisation und Durchführung der Totenfeier lag – ganz entgegen den akademischen Gepflogenheiten – in den Händen der „Förderungsgesellschaft“. Trotz der personellen Verflechtung mit letzterer repräsentierte die Gesellschaft ja vor allem die städtische Elite.

Ralf Klausnitzer (Berlin) untersuchte die Formen der Wissens- und Wertevermittlung in Sauer Umgang mit seinen Schülern und hob die Übernahme Schererischer Lehr- und Vermittlungsmethoden, wie beispielsweise die symmetrisch praktizierte Lehrer-Schüler-Kommunikation, hervor. Allerdings unterschied sich Sauer „philologisches Ethos“ dahingehend von dem seines akademischen Lehrers, als es ihm nicht immer gelang, Distanz zur Wissenschaft und zum Wissenschaftsbetrieb zu wahren, was ihn etwa im Fall des mährischen Germanisten Josef Körner zu fragwürdigen Maßnahmen greifen ließ, um dessen Habilitation zu verhindern.

Ein biografisches und wissenschaftliches Profil Josef Körners zeichnete im Anschluss Ingeborg Fiala-Fürst (Olomouc), während Kurt Krolop (Prag) der Beziehung August Sauer zu seinem Schüler Josef Nadler aus dem Blickwinkel der tschechischen Rezeption ihrer literarhistorischen Konzeption in der Zwischen-

kriegszeit nachging. In den Erinnerungen an August Sauer gelangte schließlich dessen Gattin Hedda in den Blick (Eva Vondalová, Prag). Dem Verhältnis Ludwig Geigers und August Sauer zu jüdischen Schriftstellerinnen wendete sich Ruth Whittle (Birmingham) zu.

Die beiden die Tagung beschließenden Vorträge widmeten sich dem volkskundlichen bzw. ethnologischen Kontext von Sauer's Werk. Karl Braun (Marburg) konstatierte, dass Sauer von Zeitgenossen als ein wesentlicher Förderer der wissenschaftlichen Volkskunde angesehen wurde. Anhand der Darlegung der Vorstellung von Volkskunde seit Wilhelm Heinrich Riehl – dem Sauer in der „Deutschen Arbeit“ eine Hommage widmete – definierte Braun Sauer's Begriff von „Heimat“ in der Doppelbedeutung von „Sprache als Heimat“ und dem „Ort als kleinräumige Heimat“ als zentralen Topos in Sauer's Gedankenkonstrukt.

Irmela Stock (Weimar) schließlich untersuchte die Genese der Volkskunde als Wissenschaftsfach in Böhmen am Beispiel des ersten Lehrstuhlinhabers für Volkskunde, dem Sauer-Schüler Adolf Hauffen (1863-1930), und machte somit ebenfalls auf ein Forschungsdesiderat aufmerksam. Hauffen, der 1894 Leiter der „Forschungsstelle für Volksüberlieferung“ geworden war und sich vor allem durch Mundart- und Sprachinselforschung etabliert hatte, kann als eine der Zentralfiguren einer „deutschböhmischen“ Volkskunde gelten.

Die auf dem Symposium gehaltenen Vorträge offenbarten insgesamt die interdisziplinäre Bandbreite der aktuellen Sauer-Forschung ebenso wie seinen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den wissenschaftlich-kulturellen Diskurs in Böhmen bzw. der Tschechoslowakischen Republik und im habsburgischen Österreich: So kamen neben seiner akademischen (Selbst-)Positionierung auch seine literaturwissenschaftlichen Theorien, seine kulturpolitischen Aktivitäten und seine Verbindung (oder Distanz) zur Volkskunde und zur Jugendbewegung zur Sprache. Dass dessen ungeachtet eine monografische Darstellung zu seinem Leben und Werk immer noch ein Desiderat darstellt und der in Wien (Wienbibliothek im Rathaus) lagernde – nur vorgeordnete – Nachlass sicherlich noch einige lohnenswerte Untersuchungsaspekte birgt, darauf sei zum Schluss verwiesen. Ein Tagungsband soll 2010 im Böhlau Verlag erscheinen.

Marburg

Karoline Riemer

DIE TSCHJECHISCH-BAYERISCHE GRENZE IM KALTEN KRIEG IN VERGLEICHENDER PERSPEKTIVE. POLITISCHE, ÖKONOMISCHE UND SOZIOKULTURELLE DIMENSIONEN

Vor 20 Jahren fiel der „Eiserne Vorhang“. Angesichts dieses Jubiläumsjahrs ist die Beschäftigung mit der historischen Entwicklung und den Folgen der quer durch Europa verlaufenden Blockgrenze von hoher Aktualität. Vor allem die deutsche Forschung widmet sich nun verstärkt dieser Thematik, wobei jedoch der Fokus in der Regel auf der einstigen innerdeutschen Grenze liegt. Die deutsch-tschechoslo-

wakische Grenze hingegen findet meist nur wenig Beachtung, obschon die politischen Wandlungsprozesse nach 1989 hier ebenfalls zu einschneidenden Veränderungen geführt haben. Auf dieses Defizit reagierte das internationale Symposium am 6. und 7. November 2009, das von den in Grenznähe gelegenen Universitäten Regensburg und Plzeň (Pilsen) im Rahmen eines gemeinsamen Projekts zur „Geschichte des bayerisch-tschechischen Grenzraums 1945–2008“ (Projektleiter: Jaroslav Dokoupil, Plzeň, und Ulf Brunnbauer, Regensburg) veranstaltet wurde. Insgesamt 18 Referenten aus Deutschland, Österreich und der Tschechischen Republik waren im Regensburger „Haus der Begegnung“ zusammengekommen, um Einblick in ihre aktuellen Forschungen zu gewähren und diese zur Diskussion zu stellen. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch Zuschüsse aus dem Programm der Ziel3-Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und der Tschechischen Republik sowie durch Mittel des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Die erste Sektion widmete sich den historischen Aspekten der Grenze als Trennlinie zwischen Ost und West und wurde von Tomáš Jílek (Plzeň) mit einem Beitrag über die Grenzsicherung der tschechisch-bayerischen Grenze zwischen 1945 und 1989 eingeleitet. Sein Referat stützte sich auf die detaillierte Kenntnis der organisatorischen und technischen Strukturen der Grenzsicherung, zugleich betonte er aber auch die Bedeutung von Interviews mit Zeitzeugen beiderseits der Grenze. Deren Erinnerungen und Erfahrungen seien nicht nur für die historische Forschung relevant, sondern auch für die Sicherung des „demokratischen Fortschritts“ im Grenzgebiet, das im 20. Jahrhundert nur allzu oft durch totalitäre Regime missbraucht worden sei.

Eugenie von Truetzschler (Ilmenau) legte in ihren Ausführungen die Bestrebungen des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes SNB dar, mit im Westen lebenden Emigranten aus der ČSSR Kontakt aufzunehmen. Durch Erpressung, aber auch mit Vergünstigungen sei versucht worden, ausgewählte Personen für Spionage- und Observationszwecke in der Bundesrepublik zu benutzen. Der Umfang dieser Aktivitäten und das diesbezügliche Zusammenwirken des SNB mit der Staatssicherheit der DDR führte im Anschluss zu einer angeregten Diskussion, in der eine tiefergehende Untersuchung und eine weitere Aufarbeitung der vorhandenen Archivbestände für dringend nötig befunden wurden.

Markus Alexander Meinke (Regensburg) verglich die Grenzregime von DDR und ČSSR. Eine Analyse des technischen Ausbaus, des alltäglichen Umgangs der Grenzorgane mit westdeutschen Behörden und der Fluchtzahlen nach Bayern erbrachte dabei, dass anders als an der innerdeutschen an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze seit 1965 scheinbar eine Liberalisierung eingetreten war, die aber nicht zu einem positiven Wandel des Grenzregimes selbst führte.

Roman Smolorz (Regensburg) kombinierte gleichsam die Themen der vorausgegangenen Beiträge, indem er die Zusammenarbeit der östlichen Staatssicherheitsdienste an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze beschrieb, die vor allem auf die Abwehr von Fluchtversuchen ausgerichtet gewesen sei. In der Wahrnehmung der Bevölkerung habe sich die Grenze widersprüchlich niedergeschlagen: Primär habe sie einen Ort des Leidens dargestellt, sei zugleich jedoch eine Stätte der Hoffnung für unzählige zur Flucht Entschlossene gewesen.

Die Grenze in ihrer Bedeutung als Gesellschafts- und Naturraum bildete den thematischen Schwerpunkt der zweiten Sektion. Zunächst referierte Katharina Eisch-Angus (Regensburg) zu ethnografischen Grenzbegehungen zwischen Bayern und Böhmen. Da sie schon unmittelbar vor dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ im Grenzgebiet Interviews durchgeführt hatte, konnte sie die Einstellungen der Bevölkerung über den Umbruch hinweg verfolgen. Vor 1989 war die Blockgrenze als Bedrohung einerseits, andererseits aber auch als Schutz vor dem Unbekannten empfunden worden. Ihre Öffnung sei von der Grenzbevölkerung zwar als positiv wahrgenommen worden, habe aber ebenso die Furcht vor dem Fremden verstärkt und für das Aufkeimen neuer Vorurteile gesorgt. Mit zentralen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur im beiderseitigen Grenzgebiet beschäftigte sich die Präsentation von Alena Matušková (Plzeň). Darin erläuterte sie die demografischen Trends seit der Jahrtausendwende und konstatierte für die bayerische wie auch für die tschechische Grenzregion einen Rückgang der Einwohnerzahlen, der sich voraussichtlich auch zukünftig fortsetzen werde.

Einen fundierten Einblick in die grenzüberschreitende wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit in Vergangenheit und Gegenwart gewährte Jan Kopp (Plzeň). Er zeigte Möglichkeiten zur Nutzbarmachung des vorhandenen Naturpotenzials im Grenzgebiet auf und beschrieb das Konzept des „European Green Belt“, eines Naturschutzstreifens entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“, in dem sich zu Zeiten der Teilung ungestört einzigartige Ökosysteme entwickeln konnten. Dem durch die Teilung entstandenen Biokorridor im Grenzgebiet galt auch das Interesse von Zdeňka Chocholoušková (Plzeň). Die Biologin referierte über die positiven Auswirkungen der völligen Absperrung des Grenzgebiets auf die Pflanzengemeinschaft, die sich noch heute in unberührten Ökosystemen beobachten ließen.

Die Situation an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze stellte Berthold Molden (Wien) im Rahmen seiner Betrachtungen über die Erinnerungskultur der Grenzstädte Gmünd und České Velenice dar. Seine durch Gespräche mit Zeitzeugen gewonnenen Erkenntnisse zu beiden Orten deckten sich dabei weitestgehend mit den Beobachtungen von Katharina Eisch-Angus. So spielte der Kalte Krieg offensichtlich auch an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze im Bewusstsein der Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle, während latente Vorurteile und Mutmaßungen das Denken über die jeweils andere Seite bestimmten. Die Wahrnehmung des „Anderen“ jenseits der Grenze sei also stark durch die nationalen Antagonismen des 19. Jahrhunderts geprägt.

Die vierte Sektion bezog sich auf die „sudetendeutsche Dimension der Grenze“ aus historischem und ethnografischem Blickwinkel. Miroslav Breitfelder (Plzeň) bot einen Überblick über die Entstehung des Sudetengaus in der Folge des „Münchener Abkommens“ 1938 und widmete sich dabei sowohl politischen wie wirtschaftlichen Strukturen dieses Gebiets als auch den Wechselbeziehungen zum „Altreich“.

Jana Nosková (Brno) Beitrag beschäftigte sich mit der Zeit nach 1945. Ihr Interesse galt dem Blick der tschechoslowakischen Volkskunde der 1950er Jahre auf die Neubesiedlung des Grenzgebiets nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Nosková verdeutlichte die einseitige Ausrichtung der Studien auf die „revolutionären Veränderungen der Kollektivierung“ und die daraus resultierende ideologische

Prägung der Forschungsergebnisse, in denen die tatsächlichen Lebensumstände der Neusiedler nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätten.

Dem Widerstand der Sozialdemokratie von 1933 bis 1938 an der bzw. über die tschechisch-bayerische Grenze hinweg war der Beitrag von Bastian Vergnon (Regensburg) gewidmet. Anhand der SOPADE (Exilorganisation der SPD in Prag) und der DSAP (Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei) wurden Formen und Organisationsstrukturen des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime im Prager Exil aufgezeigt. Nach dem Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich 1938 habe das Zentrum des Widerstands nach Paris verlagert werden müssen, die grenzüberschreitende sozialdemokratische Bereitschaft zum Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft habe jedoch weiterhin fortbestanden.

Die „Grenze als Kontaktraum“ stand im Mittelpunkt der fünften Sektion. Christoph Marx (Regensburg) behandelte Aspekte der Verständigung in grenzüberschreitend tätigen Organisationen. Seit 2007 habe die Grenze zwar ihren trennenden Charakter verloren, eine sprachliche Barriere bestehe aber weiterhin. In dieser Situation komme es zur Adaption an die Sprache des Interaktionspartners oder die Verwendung einer Zwischensprache wie dem immer häufiger gebrauchten Englischen. Grenzen, so Marx' Fazit, könnten also durch sprachliche Mittel zwar konstruiert, zugleich aber auch wieder überwunden werden.

Auf der Grundlage aktueller Befragungsergebnisse zeigte Jaroslav Dokoupil (Plzeň) Gründe für Fahrten ins jeweilige Nachbarland auf und belegte, dass der Einkaufstourismus vor allem für deutsche Besucher nach wie vor ein bestimmendes Element ist. Anhand dieser Analyse konnten einerseits Möglichkeiten für einen künftigen Ausbau von transregionalen Kooperationen, andererseits aber auch damit verbundene Probleme wie die Überalterung der tschechischen Grenzbevölkerung und die Bedeutung des Böhmerwalds als natürliches Hindernis verdeutlicht werden. Daran anschließend ging Jörg Maier (Kulmbach) auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen im tschechisch-bayerischen Kontext ein. Dabei wies er auf die bereits vor 1989 zahlreich bestehenden Wirtschaftskontakte hin, an die nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ angeknüpft werden konnte. Die hohe Bereitschaft deutscher und europäischer Unternehmen zu Investitionen in der Tschechischen Republik konstatierte auch Martin Jeřábek (Plzeň). Er diskutierte die Folgen der EU-Osterweiterung für die deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere die tschechisch-bayerische Grenzregion. Der Beitritt zum Schengener Abkommen habe zwar die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen nachhaltig gefördert, zugleich jedoch unter der Grenzbevölkerung die Furcht vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und einer übermäßigen Belastung der Verkehrswege erhöht.

Abseits aller wirtschaftlichen Betrachtungen präsentierte Miloslav Man (Passau) mit dem Gemeinschaftsprojekt der Universitäten Passau und České Budějovice (Budweis) „Region vermitteln über Grenzen“ ein Beispiel für eine funktionierende grenzüberschreitende Kooperation. Um eine nähere Beschäftigung mit der Geschichte des Grenzraums auch im schulischen Kontext anzuregen, stellen die Projektpartner seit 2006 auf einer zweisprachigen Homepage Lehrern und Schülern in

beiden Ländern didaktisch geeignete Bild- und Textmaterialien zur Verfügung und organisieren Fortbildungen und Seminare zum Thema. Das Ziel des Vorhabens bestehe darin, die tschechoslowakisch-bayerische Grenze stärker in den Unterricht grenznaher Schulen einzubeziehen und so einen Beitrag zum besseren Verständnis des „Eisernen Vorhangs“ zu leisten.

Mit einer Filmvorführung zur Geschichte der böhmisch-bayerischen Grenze endete eine zweitägige Veranstaltung, die sich vor allem durch Multiperspektivität und die interdisziplinäre Erforschung einer über 40 Jahre getrennten Region auszeichnete. Das breite Spektrum der Vorträge verdeutlichte, wie historische Vorgänge sich gerade im Grenzbereich auch auf die jeweiligen wirtschaftlichen, geografischen und biologischen Entwicklungen auswirken können. Darüber hinaus konnte die Vielfalt an grenzüberschreitenden Kooperationen seit 1989 aufgezeigt werden. Das Regensburger Symposium hat damit sicherlich eine Grundlage für die weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit der Thematik geschaffen. Eine Fortführung der Veranstaltung in der Tschechischen Republik und eine Veröffentlichung der Tagungsergebnisse in einem Sammelband sind bereits geplant.

Regensburg

Markus Alexander Meinke

MUSIK IM SPANNUNGSFELD NATIONALER BEWUSSTSEINSBILDUNG – PRAG IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS

Das Thema der Regensburger Tagung (18. November 2009), veranstaltet vom Sudetendeutschen Musikinstitut unter seinem Leiter Andreas Wehrmeyer und dem Institut für Musikwissenschaft der Universität Regensburg, waren die diffizilen deutsch-tschechischen Beziehungen auf dem Gebiet der Musik in einer Zeit, die von Prozessen nationaler Differenzierung und landespatriotisch-bohemistischen Einstellungen gleichermaßen beeinflusst waren. Die Tagung näherte sich einem weitgehend unerforschten Gebiet, denn anders als die Geschichts- und Literaturwissenschaft hat die Musikwissenschaft diesen Zeitraum bisher kaum betrachtet. Sowohl hinsichtlich seiner supranationalen Determinanten als auch im Hinblick auf die Verschiebungen und Durchdringungen unterschiedlicher kultureller Milieus bietet sich deshalb ein interessantes Forschungsfeld, zumal sich in der Zeit vor 1848 entscheidende nationale Differenzierungsprozesse in der Musikkultur abspielten. Dies betraf gleichermaßen Akteure, Werke und Institutionen und schlug sich in den kulturpolitischen und sozialhistorischen Rahmenbedingungen nieder.

Nach der Eröffnung durch Wolfgang Horn (Regensburg) mit Reflexionen zum Tagungsthema boten Steffen Höhne (Weimar) und Jiří Rak (Prag) zwei Überblicksdarstellungen zum böhmischen Kulturleben der Restauration sowie zum Bohemismus in Prag. Darin erläuterten sie die sozial-, sprach- und kulturhistorischen Voraussetzungen, die auch für das Feld des Musikalischen vor 1848 den Kontext bildeten.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts habe, so Marta Ottlová (Prag) in ihrem Beitrag zur Idee der tschechischen Nationalmusik, ein Emanzipationsprozess der tschechi-

schen von der deutschen Musik eingesetzt. Tschechische bzw. böhmische Künstler seien von Herders Volksgeisthypothese inspiriert worden, woraus sie das Konzept einer tschechischen Nationalmusik abgeleitet hätten. Bis 1848 habe allerdings der Mangel an Originalwerken und an Publikum ein gravierendes Entwicklungshemmnis dargestellt. Werke aus diesem Zeitraum seien heute eher für ethnologische denn für musikwissenschaftliche Forschungen von Wert. Mit Johann Ritterbergs Ausgabe der so genannten Kolowratschen Handschrift, den „České národní písně“ (Böhmische Volkslieder) von 1825 befassten sich Josef Šebesta und Jitka Bajgarová (beide Prag). Um diese Ausgabe habe sich eine Kontroverse zwischen einer Gruppe puristischer tschechischer Wiedererwecker (Hanka, Čelakovský, Kamarýt, Erben, Šafařík), auch wegen der Aufnahme deutscher Lieder, und einer Gruppe von Pragmatikern (Tyl, Tomášek, Palacký) entwickelt, die in der Sammlung einen notwendigen Materialfundus erkannten. Vlasta Reittererová (Prag) befasste sich mit der Wirkung von Handschriftenfunden und lieferte eine hervorragende Darstellung der aufgefundenen Quellen sowie ihrer künstlerischen und kulturellen Wirkungen, aber auch der politischen Kontroversen, die bis heute andauern. Letztlich hätten die Handschriftenfälschungen zentrale Bedeutung durch ihre Wirkung auf die Entwicklung einer modernen tschechischen Literatur und Musik erhalten.

Einen vergleichenden Blick auf die musikhistorischen und musikpolitischen Entwicklungen warfen Rüdiger Ritter (Berlin) für den polnisch-tschechischen Kontext und Klaus Harer (Potsdam), der die deutsche und russische Rezeption der tschechischen nationalen Wiedergeburt darstellte. Ausgehend von einem Verständnis von Nationalmusik, die aus einer bestimmten Idee entstehe, beleuchtete Ritter die polnische Diskussion über die Nationalkultur um 1795. Diese sei durch eine klare Staatsvorstellung gekennzeichnet gewesen und habe Kultur und Musik dem Primat des Politischen untergeordnet, so dass eine Durchdringung von Kunstmusik und Nationalidee erfolgte. Anders als in Böhmen war die Situation in Polen von der Dominanz des Adels und der Herausbildung eines Staatsmodells bei ethnischer Verengung auf das Polentum geprägt. Harer akzentuierte neben Gemeinsamkeiten zwischen der Entwicklung in Russland und Deutschland den für Böhmen signifikanten deutsch-slawischen Gegensatz. Positive Wahrnehmungen der tschechischen Wiedergeburtbewegung seien, so Harer, äußerst selektiv erfolgt.

Hieran knüpfte Hubert Reitterer (Wien) an, der sich in fundierter wie kritischer Weise mit dem Mythos von der Musikkultur Böhmens und hier insbesondere mit Prag als Musikstadt Mozarts auseinandersetzte. Ausdruck dieses Mythos ist u. a. die bis heute kolportierte These, das erste Mozart-Denkmal sei in Prag und nicht in Graz oder Weimar-Tieffurt errichtet worden. Eine Art Generalabrechnung mit dem Mythos der Musikstadt Prag hätte schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts Josef Adolf Hanslick, der Vater Eduard Hanslicks, mit dem ungedruckt gebliebenen Text „Trompeten und Pauken“ geliefert. Andererseits ging Reitterer auch auf die berufsorientierte Ausbildung des Prager Konservatoriums für das Renommee böhmischer Musiker ein. Böhmen habe schließlich, so Charles Burney 1772, als das „Musikkonservatorium Europas“ gegolten.

Eckhard Jürgens (Bonn) beleuchtete die ikonografische Verankerung „Prahas“ im Kontext der tschechischen Wiedergeburtbewegung von 1900 bis in die 1920er Jahre.

Klaus-Peter Koch (Bonn) wies in einem fakten gesättigten Beitrag die Zunahme ethnisch-tschechischer Kompositionen im Druckwesen ab den 1840 Jahren nach, was die zuvor bestehende utraquistische Tradition abgelöst habe. Zunehmend hätten sich die Musikverlage auf die tschechische Sprache konzentriert, womit sie einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des tschechischen nationalen Bewusstseins leisteten.

Die nächsten Beiträge widmeten sich einzelnen Repräsentanten der böhmischen Musikkultur. Daniela Philippi (Mainz) näherte sich František Škroup zunächst über eine Analyse der zeitgenössischen Oper, die sich in Böhmen von den in der italienischen Tradition stehenden Komponisten Josef Mysliveček und Leopold Koželuh Anfang des 19. Jahrhunderts zu einer wachsenden Mozart-Begeisterung entwickelt habe. Institutionell habe sie sich vom Kotzentheater zum Ständetheater verlagert, wo der Spielplan seit 1807 mit Aufführungen in verschiedenen Sprachen zunehmend international geprägt gewesen sei. Hier habe auch Škroup, von 1827 bis 1857 zunächst zweiter, dann erster Kapellmeister am Ständetheater, ein Betätigungsfeld gefunden und sei zum führenden tschechischen Opernkomponisten avanciert, wobei die Aufführungen mangels Publikums jedoch in der Regel in deutscher Bearbeitung erfolgt seien. Tschechische Aufführungen habe das Ständetheater nur an Sonntag-nachmittagen angeboten, wenn die tschechischen Bediensteten – als wichtige Zielgruppe – frei hatten. Die Oper sei, ebenso wie das Sprechtheater, dem Primat der Unterhaltung verpflichtet gewesen.

Alexander Pointner (München) setzte sich mit dem Kirchenkomponisten Robert Führer auseinander, an dessen Person die Tragik eines Künstlerlebens in Böhmen, Bayern und Österreich überzeugend dargestellt werden konnte. Biografisch betrachtet scheint Führer einem Text von E. T. A. Hoffmann entsprungen zu sein. Markéta Kabelková (Prag) beschäftigte sich mit ausgewählten Aspekten des Werks von Václav Jan Tomášek. Tomášek habe sich als Angehöriger der tschechischen Nationalität begriffen, später schrieb er dann auf Deutsch. Er hatte Kontakte zu den tschechischen Patrioten und dem bohemistischen Kreis um die Zeitschrift „Ost und West“. Karl Viktor Hansgirk und Rudolf Glaser waren seine Schwäger. In der auf Deutsch verfassten Autobiografie finde man Hinweise auf Probleme beim Spracherwerb. Eine lediglich vereinzelt Aussage über Nationalmusik enthalte ein Brief an Hanka, der in der „Libussa“ 1859 veröffentlicht wurde und in dem Tomášek Kritik an einem einseitigen, übertriebenen Patriotismus äußerte.

Undine Wager (Chemnitz) befasste sich anhand von Anton Müller, Nachfolger von Johann Heinrich Dambeck als Professor für Ästhetik an der Prager Universität, mit dem geistig-kulturellen Leben Prags in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Susanne Dammann (Hamburg) schließlich, die den eigentlichen Betrachtungszeitraum der Tagung überschritt, wandte sich J. B. Foersterns musikschriftstellerischer Arbeit zu. Darin habe er sich als Apologet der nationalen tschechischen Musikkultur offenbart, zugleich aber in Hamburg gemeinsam mit Gustav Mahler eine „böhmisch-österreichische Enklave“ gebildet.

Mit dieser Tagung scheint sich das Sudetendeutsche Musikinstitut von gewissen selbstauferlegten Beschränkungen vergangener Zeiten verabschieden und in wissenschaftlicher wie kulturpolitischer Hinsicht neue Wege beschreiten zu wollen. Schließlich haben sich die Rahmenbedingungen im deutsch-tschechischen Kontext seit 1989

entscheidend verändert, so dass auch eine Institution, die vorrangig der Traditionsbewahrung verpflichtet war, sich einer solchen Herausforderung stellen muss. Und dazu gehören, dies hat die Tagung eindrucksvoll unter Beweis gestellt, eben auch vergleichende musikwissenschaftliche Forschungen im Spannungsfeld nationaler Differenzierungsprozesse. Es bleibt zu hoffen, dass auch der mitunter falsche Assoziationen hervorrufende Name der Institution mittelfristig den neuen Begebenheiten Rechnung tragen wird. Ein Deutsch-Tschechisches Musikinstitut wäre allemal zeitgemäßer und könnte zu einer wichtigen Forschungseinrichtung für die musikhistorischen und -wissenschaftlichen Belange der böhmischen Länder avancieren.

Weimar

Steffen Höhne

KUNST UND DAS KOMMUNISTISCHE EUROPA

„Wer auch immer von ‚Freiheit‘ sprach, verstand darunter etwas anderes“ schreibt Hortensia Völckers im Vorwort der deutsch-tschechisch-slowakischen Veröffentlichung „Misunderstanding 68/89“ in Bezug auf die unterschiedlichen Abhängigkeiten vom jeweiligen System auf der einen oder der anderen Seite des „Eisernen Vorhangs“, gegen das die „Freiheit“ am Ende der 1960er Jahre in Europa und den USA durchgesetzt werden sollte.¹ Diese Erkenntnis lässt sich auch auf den künstlerischen Austausch innerhalb des „Ostblocks“ und zwischen „Ost“ und „West“ nach dem Zweiten Weltkrieg übertragen, der Gegenstand einer auf Initiative von Jérôme Bazin (Université de Picardie) in Zusammenarbeit des Centre Marc Bloch Berlin (CMB) mit der Universität Leipzig konzipierten Konferenz „Kunst und das Kommunistische Europa, 1945-1989. Zu einer transnationalen Geschichte“ war, die vom 19. bis 21. November 2009 am CMB und am Deutschen Historischen Museum in Berlin stattfand.

„Freiheit“ ist deswegen für das Thema ein wichtiges Stichwort, weil die aus ihm resultierenden Projektionen und Missverständnisse vor dem Hintergrund des Systemkonflikts oft genug Auslöser für transnationale Begegnungen über die Blockgrenze hinweg waren. Ein Beispiel bot einführend Martin Schieder (Leipzig) mit einer Ausstellung der Galerie René Block (1967/68), die dem im Nationalsozialismus zerstörten tschechischen Dorf Lidice gewidmet war. Hier beteiligten sich damals junge deutsche Künstler (u.a. Joseph Beuys, Sigmar Polke, Gerhard Richter, Wolf Vostell) an der Erinnerung an ein von Deutschen verübtes Verbrechen, um ihre Werke als „Hommage“ dem Ort des Geschehens, der dazu noch im kommunistischen Ausland lag, zu schenken. Diese Geste war im bundesrepublikanischen Kontext als Provokation gegen das westdeutsche Establishment und seine Vergangenheitsverdrängung gemeint. In der Tschechoslowakei hingegen löste die in

¹ Völckers, Hortensia: Vorwort. In: *Danyel, Jürgen/Schevardo, Jennifer/Krühl, Stephan* (Hgg.): *Misunderstanding 68/89. Fremde Zeitgenossen und umstrittene Deutungen. Cizi současníci a sporné výklady*. Berlin 2009, 162.

der westdeutschen Kunstszene jener Zeit übliche Klassenkampfrhetorik angesichts der Ziele des „Prager Frühlings“ jedoch Befremden aus. Schieder warnte davor, alte Missverständnisse zu tradieren, und plädierte mit seinem Co-Veranstalter Pascal Dubourg-Glatigny (Berlin) für eine komparative kulturell-geografische Untersuchung der Trajektorien des künstlerischen Austauschs zwischen „Ost“ und „West“, quer zu Ideologien und politischen, nationalen oder ethnischen Grenzen.

Programmatisch für dieses Anliegen war die Einladung an Piotr Piotrowski (Poznań/Warszawa), den öffentlichen Abendvortrag zu halten. Piotrowski gehört als einer der international bekanntesten Kunsthistoriker aus Mittel- und Osteuropa zu den wenigen „Insidern“ aus der Region (Katarzyna Murawska-Muthesius), die über ihre jeweiligen nationalen Kunsthistoriografien hinaus vergleichend arbeiten. In seinem Vortrag „International, transnational, kosmopolitisch: Kunst und Osteuropa nach 1945“ fasste er die Thesen aus seiner in diesem Jahr auf Englisch erschienenen Studie zur Kunst und Moderne in Osteuropa im Kalten Krieg² zusammen. Darin unterstrich er unter anderem, dass sich die Koordinaten für die Forschung geändert hätten: Statt von einem internationalen oder transnationalen Austausch auszugehen, verlange es die aktuelle künstlerische Praxis, von einer translokalen oder im ursprünglichen Wortsinn „kosmopolitischen“ Vernetzung zwischen den Metropolen zu sprechen.

In vier halbtägigen Sektionen – „Transnationale Begegnungen“, „Die Modernität des Anderen“, „Borderlines und Underground“ und „Der ‚Dritte Weg‘“ – wurde ein Panorama von kulturellen Verbindungen entworfen, das von Mexiko über Paris nach Moskau (Serge Fauchereau/Paris) und Westdeutschland, Polen und Ungarn reichte (Patrik Wąsiak/Warszawa) und das nicht nur das Repertoire der bildenden Kunst – von den Spielarten des Realismus bis zur Untergrund-Konzeptkunst – umfasste, sondern auch Brücken zu Fotografie, Architektur, Design und Theater schlug.

Die ob des umfangreichen Themas drohende Gefahr einer beliebig wirkenden Zusammenstellung der Vorträge umschiffte das ambitionierte Unternehmen erfolgreich. Gerade die weite Perspektive ermöglichte es, neben den innerhalb des „Ostblocks“ landesspezifisch unterschiedlichen künstlerischen Ausdrucksformen, ihrer jeweiligen diskursiven Einbettung und den Handlungsspielräumen der Beteiligten die zentrale Rolle einzelner Akteure und ihrer Netzwerke zu erkennen, die nicht nur in der Lage waren, Landesgrenzen zwischen „Ost“ und „West“ zu überschreiten, sondern auch mit den aktuellen Kunstdiskursen auf beiden Seiten der Systemgrenze vertraut waren und versuchten, diese mitzugestalten.

Der Künstler Gabriele Mucchi (1899-2002) gehörte als überzeugter Kommunist und Vertreter des italienischen Neorealismo zu ihnen (Fabio Guidali/Milano). Er war von Mailand aus in die DDR übergesiedelt und wurde zu einer festen Größe der Malerszene des Landes. Für Mucchi sollten Fragen der Form hinter den zu vermittelnden Inhalten zurückstehen, eine Position, die der DDR-Kulturpolitik entgegenstand. Da sich seine Kritik jedoch nach innen richtete und er, besonders im

² Piotrowski, Piotr: *In the Shadow of Yalta. Art and the Avant Garde in Eastern Europe 1945-1989*. London 2009.

Ausland, gegenüber der DDR stets loyal auftrat, besaß er für die Außenwirkung des Staates einen besonderen Wert, der die größeren Freiräume, über die der Künstler verfügte, erklären mag.

Am anderen Ende der Skala von Vermittlerpersönlichkeiten aus dem „Westen“ befand sich der Unternehmer und Sammler Peter Ludwig (1925-1996), dessen Engagement für die Völkerverständigung pragmatisch ausfiel. Er sammelte „DDR-Kunst“, die er im Westen Deutschlands zeigte, und brachte „West-Kunst“ in die DDR (Boris Pofalla/Berlin). Dabei war er darauf bedacht, in der Wahl der ausgestellten Werke – 1977 in der Berliner Nationalgalerie zum Beispiel solche Robert Rauschenbergs und Roy Lichtensteins – die DDR-Behörden nicht vor den Kopf zu stoßen.

Mehrere Beiträge unterstrichen die Bedeutung der Pop Art als realistische Ausdrucksform für die Kunst hinter dem „Eisernen Vorhang“: so für Willy Wolff (1905-1985) (Sigrid Hofer/Marburg), der sie in den 1950er Jahren auf Reisen nach England kennenlernte, oder auch in den 1970er Jahren für den estnischen „Union-Pop“ (Mari Laanemets/Tallinn). Dort wurde sie neben der russischen Avantgarde und dem Schaffen Victor Vasarelys zum Auslöser für eine neue Kunstpraxis an der Schnittstelle zwischen Kunst, Design und Architektur. Seine Protagonisten, allen voran Leonhard Lapin (* 1947), suchten dabei, sich von den formalen Dogmen des Sozialistischen Realismus zu befreien, nicht aber vom System an sich. Vielmehr wollten sie, im Rekurs auf den sowjetischen Konstruktivismus, kritisch-konstruktiv am Aufbau der Gesellschaft mitwirken.

Ein Beispiel dafür, dass sich nonkonforme Künstler im östlichen Europa mit dem Argwohn der staatlichen Stellen konfrontiert sahen, ungeachtet dessen, ob sie politische Absichten verfolgten oder nicht, bot die später im New Yorker Exil in den 1970er und 1980er Jahren als „Squat Theatre“ bekannte Truppe um Stephan Balint (1943-2007), die die ungarische Staatssicherheit in „erhöhte Alarmbereitschaft“ versetzte (Kata Krasznahorkai/Berlin). Die junge Gruppe, deren Aufführungen zwischen Performance, Happening und Living Theatre angesiedelt waren, wurde durch ein Mitglied unterwandert. Dem hoch gebildeten und mit der zeitgenössischen Kunstpraxis vertrauten Spitzel „verdankten“ die Künstler, dass man sie als regime-schädlich einstufte, sie in die Illegalität trieb und schließlich abschob. Die Ironie des Schicksals will es, dass gerade die minutiösen Berichte der Staatssicherheit heute für die Kunstgeschichte wertvolle, wenn auch kritisch zu betrachtende Quellen darstellen, die sonst kaum erhältliche Hinweise auf Aufführungspraxis, Beteiligte und Publikum geben.

Auch die realitätsfremde Hoffnung George Mačiūnas' (1931-1978), Fluxus als ideale Kunstform für das sowjetische System im sozialistischen Europa zu etablieren, wurde enttäuscht (Petra Stegmann/Potsdam, Leipzig); zum einen durch das Schweigen Nikita Chruschtschëvs, den er brieflich von seiner Idee zu überzeugen versucht hatte, und zum anderen durch die von Mačiūnas angeregten künstlerischen Aktionen in Vilnius, Prag (1966), Budapest (1969) und Poznań (1977), die das Missfallen der offiziellen Stellen erregten: Schienen die Fluxus-Konzerte doch aufgrund der provozierenden Banalität und scheinbaren Sinnlosigkeit ihrer Handlungen zu einer alternativen Wahrnehmung der Verhältnisse aufzurufen oder konnten gar als Parodie des

Lebens im „real existierenden Sozialismus“ interpretiert werden – eine Deutung, die mit Sicherheit nicht in Mačiūnas' Absicht lag.

Aufschlussreich war in diesem Zusammenhang ein Vergleich der Rezeption der Moskauer Untergrundkunstszene der 1960er und 1970er Jahre in der Kunstkritik von „Ost“ und „West“ (Lola Kantor-Kazovsky/Jerusalem). Während der Tscheche Jindřich Chalupecký (1910-1990) die russische Kunst vor allem unter philosophisch-ästhetischen Gesichtspunkten und damit in für die in der UdSSR üblichen kulturellen Codes verständlichen Kategorien betrachtete, stand bei dem Franzosen Michel Ragon (*1924) und dem Engländer John Berger (*1926), entsprechend ihrer marxistischen Überzeugung, der Aspekt des gesellschaftlichen Nutzens im Vordergrund. Andererseits versprach die Anerkennung im westlichen Ausland, die Position im eigenen Land zu stärken, weshalb der dissidentische Bildhauer Ernst Neizvestny John Berger bat, eine Biografie über ihn zu verfassen (Kai Artinger/Augsburg).

Eine wichtige Möglichkeit zum Austausch boten internationale Konferenzen und Ausstellungen, deren Ausrichtung jedoch gänzlich vom jeweiligen politischen Klima abhängig war. So nahmen Rumänien (Ionela-Magdalena Predescu/București) und die Tschechoslowakei (Veronica Wolf/Olomouc, London) in den 1960er Jahren, einer Zeit der Liberalisierung in beiden Ländern, an der Biennale di Venezia und anderen internationalen Veranstaltungen teil, die landeseigenen Modernen wurden revitalisiert, ausländische Kunstzeitschriften waren zugänglich, Exilkünstler und ausländische Kuratoren konnten sich engagieren. Kunstausstellungen im Ausland wurden vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs vor allem auch als Raum für die Repräsentation der ideologischen Position eines Landes genutzt, so etwa über die Auswahl der teilnehmenden Künstler und der im Katalog zugänglichen Interpretation ihrer Werke, wie der Vergleich von zwei 1981 nacheinander in Paris veranstalteten Ausstellungen von Kunst aus beiden deutschen Staaten zeigte (Mathilde Arnoux/Paris).

Über den Wirkungsradius von einzelnen Personen und Veranstaltungen im künstlerischen Austausch zwischen „Ost“ und „West“ hinaus wiesen zwei Beiträge, die den Bogen zur visuellen Kultur schlugen. Wie an den Berichten von Teilnehmern der Konferenzen des internationalen Architektenverbandes in den 1950er Jahren in London und Moskau herausgelesen werden kann, standen den unterschiedlichen offiziellen Darstellungen von Kunst und Kultur zu beiden Seiten der Systemgrenze jeweils verschieden geprägte Sehgewohnheiten gegenüber (Alexandra Köhring/Hamburg). Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die diskursprägende Rolle der Fotografien, die in der Bildpresse Verbreitung fanden.

Auch für die visuelle Inszenierung Jugoslawiens nach dem Bruch mit der Sowjetunion 1948 wurde die illustrierte Presse, wie das Hochglanzjournal „Jugoslawia“, zu einem zentralen Repräsentationsmedium. Sie verbreitete das neue staatliche Selbstbild einer Neo-Avantgarde beim Aufbau der marxistischen Gesellschaft als politische Idylle, die ihren Bürgern und zahlenden Gästen aus dem „Westen“ schöne Landschaften, pittoreske Volkskultur, wertvolles Kulturerbe und modernen Komfort bot (Tanja Zimmermann/Konstanz).

Die Ergebnisse der Tagung zusammenfassend erklärte Martin Schieder, die Beiträge mit ihren Schnittstellen zueinander – der Einfluss von Netzwerken, die Strate-

gien des künstlerischen Ausdrucks zwischen Anpassung und Abgrenzung, die Rolle von ideologischen Missverständnissen, die unterschiedlichen Handlungsspielräume und Bedeutungspotenziale der verschiedenen Medien und nicht zuletzt die Bedeutung des Realismus als künstlerischer *lingua franca* zwischen „Ost“ und „West“ – habe gezeigt, dass Grundlagenforschung notwendig ist und ein Forschungsfeld eröffnet.

Aufschlussreich war die noch zu seltene Zusammenführung von deutschen und französischen Perspektiven der kunsthistorischen Forschung zu Ost- und Mitteleuropa. Darüber hinaus trug zum Gelingen der Tagung wesentlich die offene Atmosphäre bei, in der die Teilnehmenden und das Publikum, die aus fast allen Regionen Europas kamen und unterschiedlichen Generationen angehörten, angeregt miteinander in drei Konferenzsprachen diskutierten, ohne den Umweg einer Übersetzung.

Hamburg

Eva Pluhařová-Grigienė

NEUE LITERATUR

Knoz, Tomáš: Karel starší ze Žerotína. Don Quijote v labyrintu světa [Karl der Ältere von Žerotín. Ein Don Quijote im Labyrinth der Welt].

Vyšehrad, Praha 2008, 365 S. (Velké postavy českých dějin 11).

Die Geschichte Mitteleuropas an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert ist überaus reich an außergewöhnlichen Persönlichkeiten. Doch ist es auffällig, dass kaum jemand so viel Aufmerksamkeit von Seiten der Historiker erfahren hat wie der mährische Adlige Karl der Ältere von Žerotín. Der Grund dafür ließe sich in den umfangreich vorhandenen Quellenmaterialien vermuten – so hat Žerotín eine bemerkenswert ausgedehnte Korrespondenz sowie eine ganze Reihe anderer Texte persönlicher wie fachlicher Natur hinterlassen. Vor allem dank Vincent Brandl, Peter von Chlumecký und František Dvorský sind manche dieser Schriften schon vor langer Zeit ediert worden.¹ Doch ein großer Teil des Nachlasses liegt nach wie vor als unedierte Originalhandschriften in der Zweigstelle des Schlesischen Landesarchivs in Olomouc (Olmütz), teilweise auch im Mährischen Archiv in Brno (Brünn). Zudem ist von dem Archiv der Familie und des gesamten Žerotínschen Geschlechts lediglich ein Torso erhalten geblieben. So lassen sich in den vorhandenen Quellen auf viele Fragen keine befriedigenden Antworten finden. Das alles erschwert den Zugang zu Žerotíns Persönlichkeit.

Was die Forschung indessen fasziniert, ist die tragische Geschichte eines Mannes, der eine Schlüsselgestalt der reformatorischen Brüderkirche in Mähren und ein unerschütterlicher Vertreter des ständischen politischen Systems war und dabei doch bewusst viel mehr zum Sieg des Katholizismus und des monarchischen Systems beigetragen hat, als viele der ergebenen katholischen Diener der habsburgischen Kaiser. In Žerotíns scheinbar paradoxem Schicksal spiegeln sich sämtliche Widersprüche und historischen Scheidewege seiner bewegten Zeit wider. Sein Leben zu erzählen, muss daher immer auch den Versuch beinhalten, die Ereignisse dieser Epoche zu interpretieren. Und umgekehrt kommt keine Darstellung der Geschichte der Habsburgermonarchie Ende des 16., Anfang des 17. Jahrhunderts an einer Auseinandersetzung mit Žerotíns Wirken vorbei.

¹ Hier vor allem *Brandl, Vincent* (Hg.): *Spisy Karla staršího z Žerotína. Oddělení druhé. Listové psaní jazykem českým* [Die Schriften Karels des Älteren von Žerotín. Zweite Abteilung. In tschechischer Sprache geschriebene Briefe]. Brno 1870-1872. – Weiter *Chlumecký, Peter von* (Hg.): *Carl von Zierotin und seine Zeit 1564-1636. Zweyter oder Beilagen-Band*. Brünn 1879. – *Dvorský, František* (Hg.): *Dopisy Karla st. z Žerotína 1591-1610* [Die Briefe Karls des Älteren von Žerotín 1591-1610]. In: *Archiv český* 27 (1904).

Aus diesem Grund steht jeder Versuch, Žerotíns Biografie zu schreiben, zugleich für den Blick der jeweiligen Generation auf die Geschichte und die historische Rolle des Individuums. Das galt bereits für die ersten Lebensbeschreibungen, die mährische Historiker im 19. Jahrhundert vorlegten, und es trifft auch auf alle späteren Autoren zu. Tomáš Knoz gehört zu der Generation tschechischer Historiker, die ihren Platz im wissenschaftlichen Leben bald nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ eingenommen und die Anregungen der westlichen historischen Forschung sehr schnell aufgenommen haben. Ihre eigene Lebenserfahrung sensibilisierte sie für historische Momente, in denen eine Massenbewegung grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erzwingt, ebenso wie für die Historizität von individuellen und kollektiven Mentalitäten und Gedankenwelten.

Knoz ist nicht der Einzige seiner Generation, der sich mit der Figur Žerotíns beschäftigt hat. Neben ihm ist besonders Radek Fukala zu erwähnen, dessen wichtige Aufsätze Knoz auch rezipiert.² Der wichtigste Einfluss für beide Forscher geht aber von dem Brüner Historiker Josef Válka aus. Nicht zufällig stellt Knoz' Buch eine Verbeugung vor diesem großen Lehrer dar. Knoz verleugnet auch den Einfluss weiterer Historiker nicht, vor allem den von Jiří Kroupa und Zdeněk Kudělka, die es ihm ermöglicht haben, sich seinem Thema auch mit den bislang vernachlässigten Methoden der Kunstgeschichte anzunähern. Überhaupt ist Knoz' Buch das Resultat langjähriger und vielseitiger Vorarbeiten. So ist diesem Werk eine umfangreiche und konzeptionell bemerkenswerte Habilitationsschrift über das Schicksal von Žerotíns Besitztümern nach der Schlacht am Weißen Berg von 1620³ sowie eine ganze Reihe kleinerer Beiträge vorangegangen, die sich mit anderen, bislang wenig erschlossenen Themenfeldern von Žerotíns Leben befassen.

Bereits die Gliederung der Arbeit gibt Aufschluss über Knoz' Herangehensweise an die Biografie seines Protagonisten: Die einzelnen Lebensabschnitte Žerotíns werden als Modellbeispiele präsentiert, an denen allgemeine Tendenzen etwa der adeligen Erziehung, des Gesundheitswesens, des Lebenszyklus' sowie der alltäglichen und materiellen Kultur auf der Basis des neuesten Forschungsstands behandelt werden. Die Darstellung der verschiedenen Lebensbereiche als Beispiele zeitgenössischer Lebenswelt setzt die Aufgabe bzw. Unterbrechung der chronologischen Erzählstruktur voraus. Dies führt zu einer flexibleren Dramaturgie, Perspektiven und Ansätze werden gewechselt. Žerotín scheint dadurch als lebendige Persönlichkeit aus den Quellen hervorzutreten, was dem Leser ein intensives Erleben der Zeit ermöglicht. Allerdings bringt diese Vorgehensweise an manchen Stellen Redundanzen hervor – etwa dort, wo es um den Aufbau und die Verlegung der Bibliothek geht. Die Vorzüge von Knoz' Herangehensweise überwiegen die Nachteile aber deutlich.

² Vgl. v. a. *Fukala*, Radek: *Portrét bratrského intelektuála (Zdroje Žerotínova myšlení)* [Porträt eines brüderlichen Intellektuellen (Quellen zu Žerotíns Denken)]. In: *Acta historica et museologica Universitatis silesianae opaviensis*, C 2 (1995) 105–109.

³ *Knoz*, Tomáš: *Državy Karla staršího ze Žerotína po Bílé hoře. Osoby, příběhy, struktury* [Die Besitzungen Karls des Älteren von Žerotín nach dem Weißen Berg. Persönlichkeiten, Geschehnisse, Strukturen]. Brno 2001.

Die chronologische Achse wird in der Darstellung jedoch nicht völlig aufgegeben. In einem Bogen, der von Kindheit und Jugend über die Kavaliertour und die Kriegserfahrung zum Eintritt in die Politik und den Ständeaufstand hin ins Exil und schließlich zum Lebensende führt, wird der Leser mit allen wesentlichen Ereignissen vertraut gemacht. Zwischen diesen „biografisch“ angelegten Kapiteln sind umfangreiche Erklärungen eingefügt, die Žerotíns Persönlichkeit und Denken erklären. Die geistige Welt, die hier eingefangen wird, zeigt sich als untrennbar mit der Mentalität der späten Renaissance und dem manieristischen „magischen Universum“ verbunden. Hier lässt sich deutlich der Einfluss der Arbeiten des britischen Historikers Robert J. W. Evans zu Rudolf II. und dessen Vorstellungs- und Lebenswelt erkennen.⁴ Die Verbindungen zwischen Žerotíns Bildung, seinen intellektuellen Interessen, seinem Charakter, seiner Lebenserfahrung und der gesamten kulturellen Atmosphäre sowie den Werten seiner Zeit drücken sich vor allem in der Architektur von Žerotíns Schloss und insbesondere im ikonografischen Programm der Ausstattung seiner Anwesen aus.

Der Versuch, die Schichten des Denkens eines Individuums anhand der materiellen Kultur seiner Wohnstätte zu erschließen, gehört zu den interessantesten methodischen Herangehensweisen der Arbeit. Es ist bewundernswert, wie viel Information Knoz aus der Auseinandersetzung mit der an Žerotíns Hof bestehenden Alltagswelt gewinnt, indem er untypische persönliche Quellen auswertet (z. B. S. 151-174). Dafür kann Knoz sich vor allem auf Žerotíns Korrespondenz stützen, während er an anderen Stellen insbesondere das Inventar, obrigkeitliche Instruktionen und Rechnungen als aussagekräftiges Material herangezogen hat. Auf ähnliche Weise fängt er die Verbindung der individuellen und der allgemeinen Kultur der Zeit ein, stellt Žerotíns bibliophile Aktivitäten, seine Lektüre und seinen Musikgeschmack sowie die Kulturgüter, die er konsumierte, in den Kontext der Zeit. Und er argumentiert überzeugend, dass Žerotíns Historismus ähnliche Grundlagen hatte. Die Pflege von Erinnerung bildete eine wichtige mentale und soziale Grundlage für den zeitgenössischen Adel: Die Adelsgeschlechter strichen die verdienstvollen Taten ihrer Vorfahren hervor und begründeten so den edlen Charakter des eigenen Geschlechts. Bei Žerotíns Interpretation der Familientradition handelte es sich selbstverständlich um eine Projektion eigener Vorstellungen in die Geschichte und somit um die Schaffung eines Mythos – wenn etwa behauptet wurde, die Familie habe ausschließlich nicht-katholische Vorfahren gehabt. Trotz ihrer hohen literarischen Qualität ging diese Apologie niemals über den Rahmen der Familiengeschichte hinaus und sollte nicht nur Žerotíns politische Philosophie verteidigen, sondern die gesamte ständische politische Kultur, so wie er als einer ihrer führenden Schöpfer diese verstand. Knoz' Verdienst ist es u. a., diese Apologie als spezifisches zeitgenössisches Genre zu bestimmen, das neben den Schöpfungen der „hohen“ Literatur, die von Cervantes und Comenius beeinflusst war, die Ironie und tragikomische Maske der damaligen Umbruchzeit ausdrückte.

⁴ Evans, Robert J. W.: *Rudolf II. and his World. A Study in Intellectual History 1576-1612.* Oxford 1984. – Die tschechische Übersetzung erschien 1997, keineswegs zufällig, mit einem Vorwort von Josef Válka.

Ein Kapitel für sich stellt in diesem Zusammenhang Žerotíns Beziehung zum Glauben dar. Das Denken des mährischen Adligen war nicht so stark religiös motiviert wie das seines Mitkämpfers Václav Budovec z Budova. Allerdings war ihm eine deutliche Sensibilität für konfessionelle Probleme zu Eigen, einschließlich einer gewissen Indifferenz gegenüber der Brüderlehre. Die Krise, die Žerotín um das Jahr 1600 herum durchlebte, spiegelte höchstwahrscheinlich die allgemeine Ernüchterung der damaligen europäischen christlichen Gesellschaft gegenüber den Idealen der Renaissance wider. Für Žerotín allerdings hatte sie einen existenziellen Charakter, und zwar bei Weitem nicht nur wegen der ihn quälenden Glaubensfragen, wie man aus Knoz' Ausführungen (vor allem auf S. 197) schließen könnte. Vielmehr starb in dieser Zeit seine Frau und kurz nach ihr auch der lang ersehnte Sohn. Und nicht zuletzt entschied sich in eben dieser Zeit der politische Prozess, in den Žerotín von seinen Feinden am kaiserlichen Hof hineingezogen worden war.

Bei allen Themen und in allen Kapiteln zu Žerotíns Leben stellt Knoz seine Kenntnis des aktuellen Forschungsstandes ebenso unter Beweis wie die Vertrautheit mit den Quellen sowie den möglichen Zugangsweisen zu diesen. Zweifel lassen sich an manchen Stellen lediglich am Umgang mit der Terminologie vorbringen, bei dem mitunter die Tendenz zu Modebegriffen Überhand nimmt. Im Tschechischen ist der Ausdruck „jemanden disziplinieren“ (S. 136) bislang noch nicht geläufig, und auch die Verwendung des Mythosbegriffs erschließt sich nicht in allen Zusammenhängen. Es gibt auch einige faktografische Ungenauigkeiten – nicht Fehler – und zudem könnten einige Interpretationen zum Polemisieren verleiten. Auf einen eigenen Standpunkt hat der Leser allerdings das gleiche Recht wie der Autor. Eine dieser Fragen ist die der Landesdefension, die Knoz zufolge nachgerade den Beweis für die mangelnde Flexibilität des ständischen Herrschaftsmodells liefert (S. 60). Auf diese Defension wurde allerdings nur selten zurückgegriffen und selbst die Stände waren sich der geringen Kampfkraft dieses Relikts der feudalen Militärflicht bewusst. Wie andere Quellen deutlich belegen, waren die Mährer durchaus in der Lage, eine effektive militärische Kraft zu bilden, vor allem wenn sich die Landesregierung in dieser Angelegenheit ausreichend engagierte.

Unklarheiten bleiben auch bei der Erklärung des Endes von Žerotíns Kriegskarriere auf den ungarischen Kampffeldern gegen die Türken (S. 68). In diesem Zusammenhang hätte seine Darstellung der blamablen Niederlage erwähnt werden sollen, die die christlichen Kräfte gerade im Jahr 1594 erlitten haben und die aus dem Brief an den Onkel Friedrich von Žerotín bekannt ist.⁵ Karl selbst war Augenzeuge des erfolglosen Zusammenstoßes mit den Türken, bei dem er um beträchtlichen Besitz gebracht wurde. Mit viel Glück konnte er wenigstens das nackte Leben retten. War nicht dieses traumatische Erlebnis in Ungarn eine der Wurzeln von Žerotíns späterem konsequenten Pazifismus?

Die Grundfrage ist indessen die nach dem Verständnis der Beziehung zwischen ständischer Politik und monarchischer Macht. Dabei geht es weniger um die Tatsache, dass sich die oligarchische Gestalt des mährischen Ständewesens bereits spä-

⁵ Vgl. z. B. die Edition von *Rejchertová, Noemi* (Hg.): *Karel starší ze Žerotína. Z korespondence* [Karl der Ältere von Žerotín. Aus der Korrespondenz]. Praha 1982, 74 f.

testens seit der Jagiellonenzeit, und damit lange vor Žerotíns Epoche, ausgebildet hatte. Vielmehr liegt die Schwierigkeit darin, den direkten Anteil des Herrschers – also Rudolfs II. – an der Machtausübung einzuschätzen. Es ist bekannt, dass Rudolf II. ein eher unsystematisches und zufälliges Interesse an den Regierungsgeschäften äußerte, was vor allem nach 1600 seinen Beratern, Günstlingen sowie verschiedenen Würdenträgern am Hof und im Land zunehmend Raum für eigene Aktivitäten gab. Zugleich muss man aber sehen, dass der Kaiser von einigen Regierungsprinzipien nur äußerst selten abwich. Zu diesen gehörte sein katholischer Glaube ebenso wie die Überzeugung von der Bedeutung der persönlichen Autorität des Herrschers. Auf ihre Infragestellung reagierte Rudolf II. außerordentlich empfindlich. Eben deswegen wurde Žerotín des *crimen laesae maiestatis* beschuldigt, was ein sehr schwerwiegender Vorwurf war. Allerdings zeigt der Vergleich verschiedener Prozesse, die während Rudolfs Regierungszeit wegen Majestätsbeleidigung geführt wurden, dass sich der Herrscher hier ganz unterschiedlich verhielt. Wir wissen nicht einmal genau, an welchen Gerichtsverhandlungen er persönlich teilnahm, über welche er sich berichten ließ und an welchen er überhaupt kein Interesse hatte. Inwiefern gaben die kaiserlichen Entscheidungen den tatsächlichen Willen Rudolfs II. wieder und wie stark ließen sie sich auf die Initiative der verantwortlichen Beamten zurückführen?

Das Buch von Tomas Knoz ruft weitere drängende Fragen hervor – vor allem nach den Ursachen für Žerotíns Scheitern. In gewisser Weise entsteht der Eindruck, dass dieser zum Opfer seiner Grundsätze wurde. Tatsächlich lag sein grundlegender Irrtum in der Überzeugung, dass die Religion in der Politik nichts zu suchen hätte. Doch richtete z. B. der Erzherzog und spätere Kaiser Ferdinand II. seine Politik nach nichts stärker aus als nach seiner religiösen Überzeugung! War es demnach nicht gerade Žerotín, der sich trotz der Vorwürfe der Zeitgenossen verraten fühlen konnte? Hatten die habsburgischen Kaiser nicht ihm und seinem Land religiöse Freiheit versprochen? Missbrauchte nicht vielleicht die Habsburgische Seite Žerotíns Grundsätze, um einen Sieg nicht allein in konfessioneller Hinsicht, sondern auch auf dem Feld des politischen Absolutismus zu erringen? (Die Stände der böhmischen Konföderation gewährten, wenn auch keine religiöse Toleranz, so doch zumindest das Prinzip der Machtteilung).

Im Licht seiner persönlichen politischen Misserfolge erscheint Žerotín wie eine Gestalt, die nicht in ihre Zeit passt. Der Vergleich mit Don Quijote ist somit völlig angebracht. Žerotín hatte noch eine traditionelle humanistische Erziehung erfahren, die auf die intellektuelle Lösung von Widersprüchen und auf ein Nebeneinander von religiöser und weltlicher Erkenntnis setzte. Der konfessionelle Radikalismus späterer Generationen stieß ihn ab. Mit festen moralischen Grundsätzen gewappnet, konnte Žerotín religiösem Eifer mit Nüchternheit begegnen. Die Art opportunistischen Pragmatismus, zu dem Heinrich IV. von Navarra und Žerotíns Gefährten Albrecht von Wallenstein und Karl von Liechtenstein gelangten, lag ihm indessen nicht. Dass gerade rücksichtslose Pragmatiker in der Realpolitik Erfolge über moralische Prinzipien feiern, ist die bitterste Lehre aus Žerotíns Leben.

Als tragisch erweist sich auch die Rolle, die Žerotín beim Ständeaufstand spielte. War er sich aller Folgen seines Handelns bewusst? Auf diese Frage wird sich wohl

niemals eine Antwort finden lassen. Doch verdient gerade sein Verhalten nach der Kapitulation nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Anerkennung. Unter überaus schwierigen Bedingungen erzielte er das Maximum für seine Kirche, für sich selbst, seine Familie sowie für den Erhalt des Geschlechts. Von einer Niederlage kann hier nicht die Rede sein. Im Grunde genommen ist diese Facette eine weitere Bestätigung von Knoz' Fazit wie auch der gezogenen Parallele zum „Ritter von der traurigen Gestalt“. Wie wir aus der „kniha Tovačovská“, der „Erinnerung an die Gebräuche des Markgraftums Mähren“, wissen, begann die Welt des ständischen Mähren bereits lange vor dem Jahr 1620 zu zerbrechen. Doch Žerotín half die erworbene Weisheit, diesen Prozess in Würde zu überstehen.

České Budějovice/Tábor

Zdeněk Vybíral

Nodl, Martin/Tinková, Daniela (Hgg.): Antropologické přístupy k historickém bádání [Anthropologisches Herangehen in der Geschichtsforschung].

Argo, Praha 2007, 268 S. (Edice Historické myšlení 38).

In der hochambitionierten Buchreihe des Argo-Verlags überwiegen bisher Übersetzungen – Norbert Elias, Marc Bloch, Jacques LeGoff – bereits erschienen oder in Vorbereitung sind Werke von Michail Bachtin, Richard van Dülmen, Alain Corbin und Peter Burke. Durch solche Impulse wurde in den letzten Jahren das Interesse jüngerer tschechischer Historiker an alltags- bzw. mikrohistorischen Methoden geweckt – wofür nicht zuletzt der zu besprechende Sammelband ein gutes Beispiel liefert. Der „anthropologische“ Titel ist dabei ein ziemlich unbestimmter und weiter. Das dürfte mit der Entstehung aus einem Kolloquium des Zentrums für Wissenschaftsgeschichte über Möglichkeiten und Grenzen anthropologisch-historischer Methoden und dem sich daraus ergebenden Probe- und Sondagecharakter der Beiträge zusammenhängen. In der Tat besteht der Eindruck einer Unverhältnismäßigkeit zwischen enormen methodologischem Aufwand (bzw. erstaunlich großer Rezeption – insbesondere französischer – Fachliteratur) und eher bescheidenen Forschungsergebnissen.

Der erste Teil bringt zunächst einen kenntnisreichen Überblick über die Forschungen zu frühneuzeitlicher Körperwahrnehmung im Umkreis der (nicht problematisierten) Foucaultschen Reglementationsthese, der Disziplinierung und Medikalisierung des menschlichen Körpers (Daniela Tinková). Das Thema wird ergänzt um eine empirische Studie über das Erleben der Geburt im Adelsmilieu des späten 18. Jahrhunderts (Tereza Diewoková). Wenig ergiebig sind die darauffolgenden religionsgeschichtlichen Aufsätze: Was das Thema hergeben könnte, hat gerade Benjamin Ziemanns Übersicht „Sozialgeschichte der Religion“ (Frankfurt/Main 2009) gezeigt. Studien über den Marienkult in Servitenklöstern von Veronika Čapská und frühneuzeitliches Frauenklosterwesen vor dem Hintergrund der Sozialdisziplinierung von Jan Zdychynec dokumentieren zwar überraschend große Belesenheit, bringen aber kaum Erkenntnisse, die über einen sehr engen Spezialistenkreis hinausgingen. Von größerem Interesse dürfte eine weitere Untersuchung über Missionierung und so genannte Revitalisierung sein: nativistische Kulte in der Neuen Welt

unter Zuhilfenahme von Elementen der importierten Religion und Kultur, etwa der Mission durch Mährische Brüder bei den Delaware in Ohio (Markéta Křížová).

Der dritte Teil, „Repräsentation und Eliten“, greift mit einem Aufsatz über das Ritual königlicher Hochzeiten aufs Mittelalter zurück und untersucht etwa die Speyerer Vermählung des 12-jährigen Johann von Luxemburg mit der 18-jährigen Přemyslidin Elisabeth oder die Kinderhochzeit von Wenzel I. und Judith, der Tochter Rudolfs von Habsburg (Martin Nodl). Eine weitere Studie befasst sich mit der rituellen Bedeutung von Trinksprüchen bei Festen als Formen der Kommunikation (Václav Bůžek). Auch die letzten drei Untersuchungen sind stärker empirisch und aufs frühneuzeitliche Böhmen bezogen: Josef Hrdlička legt methodologisch reflektierte Überlegungen zu formellen und informellen Beziehungen im Alltag südböhmischer Kleinstädte vor, Jaroslav Šotola eine Studie über das Verhalten ehemaliger böhmischer Jesuiten nach der Auflösung des Ordens 1773, schließlich folgt ein Aufsatz über die vielfältige Selbstinszenierung des Aufklärers Graf Franz von Hartig, ab 1794 Präsident der Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften, der sich 1797 von Barbara Krafft an der Brust einer fülligen Amme porträtieren ließ.

Die zehn heterogenen Beiträge zeichnet durchweg ein hohes Maß an methodologischer Reflexion, Problembewusstsein und Literaturkenntnis aus. Es bleibt zu hoffen, dass das gewonnene Instrumentarium in Zukunft nicht nur für Lücken und Korrekturen im Geschichtsbild, sondern auch für relevantere Themen genutzt wird.

Berlin

Bedřich Loewenstein

Ratajová, Jana/Storchová, Lucie (Hgg.): Nádoby mdlé, blavy nemající? Diskursy panenství a vdovství v české literatuře raného novověku [Kopfloze Gefäße? Diskurse über Jungfräulichkeit und Witwenschaft in der tschechischen Literatur der Frühen Neuzeit].

Scriptorium, Praha 2008, 592 S., 36 Abb. (Gender v českých preskriptivních diskurzech raného novověku 1).

Als erstes Buch einer auf vier Bände angelegten Reihe erschien im April 2008 eine Edition von tschechischen Schriften über Jungfräulichkeit und Witwenschaft im 16. und 17. Jahrhundert. Die folgenden Bände sollen Texte über die Ehe, Bearbeitungen der älteren Werke aus dem 18. Jahrhundert sowie medizinische Schriften über den weiblichen Körper umfassen.

Die Edition versammelt sechs Schriften vom Ende des 16. und Beginn des 17. Jahrhunderts, die die Themen Jungfräulichkeit bzw. Witwenschaft aus sittlich erzieherischer Intention heraus behandeln. Die Schriften – zumindest drei von ihnen¹ – entwerfen ein bestimmtes Bild der Jungfräulichkeit als Phase im Leben der jungen Mädchen bzw. Frauen vor dem Eintritt in die Ehe. Das Ziel der Texte ist also, die Jungfrau zu einem „tugendhaften“ Leben anzuhalten, bis das als Ziel dargestellte Ein-

¹ *Martinovský, Lukáš: Křesťanských pobožných panen věnček poctivosti [Der frommen christlichen Jungfrauen Kranz der Keuschheit] (1581). – Plzeňský, Adam Klemens: Rozkoš a zvule panenská [Die jungfräuliche Lust und Freiheit] (1613). – [Anonym]: Korunka aneb věnec panenský [Krone oder Kranz der Jungfräulichkeit] (o. J.).*

treten in den Ehestand erreicht ist. Diese Sicht ist als typisch protestantisch anzusehen im Vergleich zur dauernden, „asketischen“ Jungfräulichkeit, deren Idealisierung ein Charakteristikum katholischer Theologie war. Dieses Modell der asketischen Jungfernschaft wird im einzigen katholischen Werk der Edition behandelt (Daniel Hussonius Pacovský; *Zahrada panenská* [Der Jungfrauengarten] 1630). Dabei lassen sich diese zwei Modelle nicht komplett getrennt betrachten; auch in den Schriften der Edition durchdringen und verbinden sich diese Pole der Jungfräulichkeit. In den Diskursen wird also ebenso die tugendhafte Jungfrau wie auch die zukünftige Ehefrau (als vorbildliche Wirtschaftlerin) gezeigt und diesem erwünschten Typus das schlechte Beispiel der törichten, unverständigen Jungfrau gegenübergestellt. In diesem Sinne funktionieren die Texte als Tugendspiegel, gemäß welchem sich eine Frau in der Frühen Neuzeit zu verhalten habe.

Nur in einem Text der Edition wird auch die Witwenschaft behandelt (Hertvicius Pražský, Jan: *Vdovství křesťanské* [Christliche Witwenschaft] 1619). Offensichtlich ist dies das einzige Werk im tschechischen Milieu der frühen Neuzeit, das sich mit dieser Thematik befasst hat. Es steht in enger Verbindung zu religiösen Texten, die im Umkreis der großen Pest-Epidemien entstanden sind und den Überlebenden (darunter natürlich vielen Frauen, die zu Witwen geworden waren) Trost spenden sollten. Die Schrift von Hertvicius begreift die Witwe als bedrohtes Wesen: Ohne Ehemann sei sie im Alter von Armut und in der Jugend in ihrer Keuschheit bedroht. Die Witwe wird als unvollständiges Wesen gesehen, dem gewissermaßen der „Kopf“ fehlt – der (Ehe-)Mann. Hier wird der Bezug zum Titel der Edition besonders deutlich.

Der letzte Text schließlich, „*Ku poctivosti a k potěšení počestnému pohlaví ženskému*“ (Dem ehrbaren weiblichen Geschlecht zur Ehre und Freude) von Havel Žalanský Phaëton (1606), bildet einen Kontrast zu den anderen Werken der Edition – er ist der einzige, der die Frauen lobt. Der Autor geht dabei von der Tatsache aus, dass die Personen, denen Christus nach der Auferstehung als Erstes erschienen ist, Frauen gewesen seien. Für die damalige Zeit und im Vergleich mit den anderen Texten der Edition ist dieses Werk sicher außergewöhnlich.

Im Vorwort des Bandes geben die Herausgeberinnen als Ziel unter anderem an, neben den Fachleuten auch ein größeres nichtwissenschaftliches Publikum zu interessieren. Aufgrund der moralisch-didaktischen Thematik sowie dem geringen Bekanntheitsgrad der veröffentlichten Schriften mag das etwas hoch gegriffen sein. Der Wunsch hingegen, mit der Edition verschiedene Fachrichtungen neben der reinen Literaturwissenschaft (Geschichtswissenschaft, Komparatistik, Theologie etc.) zu erreichen, scheint realistischer, zumal es sich bei dem Band nicht um eine reine Edition handelt, sondern die Herausgeberinnen jeweils noch einen Aufsatz hinzugefügt haben. Das Besondere dabei ist die Vorgehensweise: Die Autorinnen analysieren die Texte mit Methoden der Genderforschung.

Obwohl international seit den 1980er Jahren ein anerkanntes und auch in der historischen Forschung akzeptiertes Forschungsgebiet, ist die Genderforschung in der tschechischen Wissenschaft noch relativ unbekannt, vor allem was die Anwendung auf ältere Schriften angeht. Lucie Storchová gibt in ihrer Studie zunächst einen Überblick über Hauptbegriffe und Vertreter der Genderforschung (Thomas Laqueur,

Heide Wunder u. a.). In den edierten Texten konstatiert Storchová mindestens acht grundlegende Gender-Modelle: zwei „maskuline“ (der gute und der schlechte Ehemann) sowie sechs „feminine“ (die gute und die schlechte Jungfrau, die gerechte und die tugendlose Witwe, die gute und die schlechte Hausfrau). Besonders in den protestantischen Texten wird die Ehe als von Gott eingerichtete und für den Christen verpflichtende Institution gesehen, die dazu diene, die Sexualität zu kanalisieren. Schließlich kommt die Autorin noch auf das „natürliche Geschlecht und die geistige Ehe in hagiografischen Schriften“ (S. 534) zu sprechen.

Der zweite Aufsatz von Jana Ratajová widmet sich der Darstellung der Jungfräulichkeit in der tschechischen Literatur der Frühen Neuzeit. Dabei geht sie nicht nur auf die Texte der vorliegenden Edition ein, sondern auch auf andere Werke, vor allem aus dem Früh- und Hochbarock (z. B. „Kupidova střela“ [Cupidos Geschütz] von Šimon Lomnický). Die jeweils besondere Perspektive auf die Jungfräulichkeit wird für die behandelten Texte einzeln analysiert.

Besonders an dem Text von Lucie Storchová kann man kritisieren, dass viele Fachausdrücke der Genderforschung ohne nähere Erklärung verwendet werden (z. B. der Derrida'sche „Phallogozentrismus“), die zumindest der größeren Öffentlichkeit, die die Autorinnen im Vorwort als Zielpublikum nennen, kein Begriff sein dürften. Andererseits ist das wohl auch der Tatsache geschuldet, dass der Gender-Ansatz in der tschechischen Literaturforschung noch weitgehend ein Novum darstellt. Insgesamt aber handelt es sich – zumal von formaler Seite – um eine muster-gültige Edition, die über eine ausführliche Kommentierung und ein Glossar zu den Autoren und Begriffen verfügt. Zusammen mit den drei noch folgenden Bänden wird die neue Editions-Reihe der Forschung reiches Material für interdisziplinäre Studien liefern. Der Gender-Ansatz schließlich bietet eine neue und anregende Sicht auf die tschechische Literatur der Frühen Neuzeit.

München

Benita Berning

Koldinská, Marie/Šedivý, Ivan: Válka a armáda v českých dějinách. Sociohistorické črty [Krieg und Armee in der tschechischen Geschichte. Soziohistorische Skizzen].

Lidové noviny, Praha 2008, 580 S. (Edice Česká historie 19).

Trotz der großen Zahl von Studien, die in den letzten Jahren zu militärhistorischen Fragen der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei erschienen sind, gibt es bisher nur wenige Publikationen, in denen eine grundlegende Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Krieg und Militär in der tschechischen Geschichte unternommen wird. Neben eine institutionalisierte Militärgeschichte, die sich mit einigen wenigen Ausnahmen vornehmlich „klassischen“ organisations-, technik- und operationshistorischen Themen zuwendet, ist in den letzten beiden Jahrzehnten eine ganze Reihe von Historikern getreten, die Studien zur Rolle des Militärs in der Gesellschaft, zu Krieg und Kriegsfolgen oder zur Form und Wirkung von Feindbildern veröffentlicht hat. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass es bereits in den 1960er Jahren sozialhistorische Ansätze, etwa bei der Erforschung des Ersten Weltkriegs, gegeben hatte, die zu einer phasenweisen Öffnung der Teildiszi-

plin beitragen. Die Ausdifferenzierung in einen traditionellen militärhistorischen Zugang und neue, aus der allgemeinen Geschichte kommende Ansätze ist im Vergleich mit der Entwicklung der Geschichtswissenschaften in anderen Ländern nicht untypisch. Auffallend ist allerdings die relativ starke Trennung zwischen beiden Lagern in der tschechischen Geschichtswissenschaft.

Der vorliegende Band von Marie Koldinská und Ivan Šedivý bietet keine umfassende Analyse der Geschichte von Krieg und Militär in den böhmischen Ländern bzw. Tschechien. Dafür werden dem Leser mehrere thematisch aufbereitete Ansätze vorgestellt, die Leistungen und Desiderata der neueren militärgeschichtlichen Forschung aufzeigen. Die beiden Autoren legen sich hierbei nicht auf eine militärgeschichtliche Forschungsrichtung fest, sondern haben eine komplementäre Betrachtungsweise zum Ziel. Bereits die Auswahl der insgesamt fünf Kapitel verdeutlicht allerdings den Ansatz von Koldinská und Šedivý, militärhistorische Fragen in Beziehung zu anderen Kontexten und wissenschaftlichen Zugängen zu stellen. Klassische militärhistorische Studien finden zwar Erwähnung, stehen aber nicht im Zentrum der Darstellung.

Das erste Kapitel über „Raum und Zeit“ bietet einen guten Einblick in die militärstrategische Entwicklung sowie in äußere beeinflussende Faktoren, ohne die weder Ursachen und Verlauf kriegerischer Konflikte noch Veränderungen militärischer Organisation und Planung in den böhmischen Ländern verständlich sind. Im zweiten Kapitel, das dem Thema „Ideen“ gewidmet ist, werden Vorstellungen von Krieg und Frieden vorgestellt und diskutiert. Die chronologisch gegliederte Darstellung von Friedenskonzepten wie auch die Präsentation von religiös, ideell, nationalpolitisch oder ideologisch motivierten Überlegungen über „gerechten“ und „ungerechten“ Krieg eröffnen vielfältige Einblicke in die geistesgeschichtliche Entwicklung der böhmischen Länder. Die Autoren erläutern hierbei, wie sehr Debatten über Krieg und Frieden noch im Mittelalter auf Impulse innerhalb der böhmischen Länder begrenzt blieben, während erst in der Frühen Neuzeit Gedanken aus anderen europäischen Regionen Eingang fanden – also in einer Phase, in der das Ringen um den rechten Glauben allmählich von staatlichen Souveränitätskonzepten abgelöst wurde.

Besonders erwähnenswert erscheint die Auseinandersetzung mit der Diskussion im tschechischen nationalen Milieu über Krieg und Kriegsgründe, die in die Darstellung von idealistischen Friedenskonzepten in der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik mündet. Vor 1914 fanden sich tschechische Intellektuelle wie František Xaver Šalda, die sich von einem Krieg Fortschritte für die tschechischen staatsrechtlichen Ambitionen erwarteten. Indessen erfuhr nach 1918, basierend auf der Erfahrung der Jahre 1914 bis 1918 und im Kontext von Debatten über Pazifismus und Antimilitarismus, Krieg als militärische Auseinandersetzung eine neue Bewertung. Während für Tomáš G. Masaryk jeder Krieg nach seinen „ethischen Motiven“ zu bewerten sei, argumentierte Edvard Beneš für eine Beurteilung von Kriegen aus der jeweiligen politischen Konstellation heraus. Er stand damit zugleich für eine Ablehnung sowohl pazifistischer als auch sozialdarwinistischer Überlegungen.

Das dritte Kapitel des Bandes beschäftigt sich mit „Armeen“ und ihrem Wandel. Darin, wie im Buch insgesamt, wird an ausgewählten Beispielen der Wandel militärischer Formationen deutlich, die eine Veränderung von sich professionalisierenden

Strukturen seit dem ausgehenden Mittelalter über Ideen der Volksbewaffnung und der Wehrpflichtigenarmeen bis hin zu kleineren professionellen Berufsarmeen in der jüngsten Vergangenheit erfuhren. Zwei Feststellungen der Autoren erscheinen besonders erwähnenswert: Die Zielsetzung, die tschechoslowakische Armee nach 1918 in Abgrenzung von den Streitkräften der Habsburgermonarchie zu einer „demokratischen Armee“ zu machen, erwies sich als paradoxes Vorhaben, worauf bereits zeitgenössische Beobachter u. a. mit Verweis auf militärische hierarchische Strukturen hinwiesen. Beachtenswert für militär- und nationalpolitische Debatten jener Jahre ist zudem, dass das tschechoslowakische Militärsystem nach 1918 schließlich sowohl quantitativ als auch bezogen auf die Intensität von militärischer Erfassung und Wehrdienst mehr Bürger betraf als vor 1914. Der Weg zur tschechischen Berufsarmee der Gegenwart erwies sich ebenfalls als paradoxe Entwicklung. Auf die sozialistische Ära mit ihren großen, hochgerüsteten Wehrpflichtigenarmeen folgte nach 1989 in der Tschechoslowakei bzw. Tschechien eine Phase, in der die Zahl der tatsächlich Einberufenen kontinuierlich sank, bis zum Jahr 2000 jedoch keine etablierte Partei offen für die Abschaffung der Wehrpflicht eintrat.

Das vierte Kapitel „Gesellschaft“ wendet sich der Rolle des Militärs in der Bevölkerung und in gesellschaftlichen Entwicklungen zu. Dass tschechische Soldaten über mehrere Jahrhunderte bis zum Ersten Weltkrieg nicht in eigenständigen Einheiten, sondern im Rahmen der habsburgischen Streitkräfte agierten, wurde im 19. Jahrhundert und in der Phase vor dem Ersten Weltkrieg zu einem intensiv diskutierten Thema. Koldinská und Šedivý verdeutlichen allerdings eindrucksvoll, dass der zunehmenden Ablehnung der Streitkräfte durch tschechische Milieus und den damit verbundenen Loyalitätsdebatten sowohl Überlegungen und Aktivitäten zur Stärkung der tschechischen Sprache im Militärsektor und der Popularisierung etwa durch Soldatenlieder als auch Leistungen tschechischer Soldaten in kriegerischen Auseinandersetzungen gegenüberstanden. Besonders wichtig ist zudem die Relativierung des „tschechischen Problems“ innerhalb der Habsburgermonarchie durch den Verweis auf den für die Streitkräfte insgesamt deutlich relevanteren österreichisch-ungarischen Kontext. Streitfragen zwischen „Wien“ und „Budapest“ beeinflussten den Aufbau und damit die Schlagkräftigkeit der Streitkräfte wesentlich stärker als das komplexe Verhältnis der tschechischen Gesellschaft zur Armee. Im vierten Kapitel findet sich schließlich auch eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des tschechischen Antimilitarismus. Auch hierbei wird ausgewogen argumentierend auf die zeitbedingten und situativ motivierten militärfeindlichen Haltungen und Handlungen seit der Jahrhundertwende eingegangen und damit das Bild eines strukturellen Antimilitarismus der tschechischen Nation relativiert. Allerdings wurde das Aufgreifen antimilitaristischer Schlagworte in der öffentlichen Debatte nach 1918, als es darum ging, eine nationalstaatlich begründete Verteidigungsinstitution zu schaffen, in der Tat zu einem Problem für die neue Armee.

Das letzte Kapitel zum Themenkomplex „Bilder und Worte“ beschäftigt sich für die Phase der Frühen Neuzeit mehrheitlich mit „Feindbildern“ und beschreibt die Auswirkungen der drohenden türkischen Expansion, die als imaginierte Gefahr Alteritätsvorstellungen „des Türken“ und „des Moslems“ beförderten. Neben der Beschreibung weiterer Freund- und Feindzuschreibungen in der Neuzeit werden in

diesem Kapitel die Entstehung und Variation tschechischer militärischer Traditionen sowie die Mythisierung militärischer Ereignisse im 20. Jahrhundert dargestellt.

Aus der Vielzahl der im Band insgesamt präsentierten Themenkomplexe können an dieser Stelle selbstverständlich nicht alle benannt und diskutiert werden. Insgesamt eignet sich die vorliegende Publikation weniger als handbuchartiger Einstieg in die Militärgeschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern und Tschechien, als er instruktive und inspirierende Einblicke in einzelne Themen verbunden mit einem guten Überblick über neuere Forschungen bietet. Viele Entwicklungen in den böhmischen Ländern stellen keine regionalen Besonderheiten der Militärgeschichte dar. Dafür werden sie von den beiden Autoren in gelungener Weise in breitere historische Kontexte der regionalen Entwicklung eingeordnet.

Zum Schluss bleibt lediglich eine kritische Anmerkung zu einem Band, den die beiden Autoren bewusst in Abgrenzung zum bei diesem Thema meist reflexartig zitierten Werk von Jaroslav Hašek über den wohl bekanntesten tschechischen Soldaten sehen. Wünschenswert wären noch ein paar Sätze über das aktuelle Verhältnis zwischen der institutionalisierten Militärgeschichte Tschechiens und den Vertretern alternativer Ansätze gewesen, die auch die Perspektiven zukünftiger Forschung aufzeigen.

München

Martin Zückert

Stegmann, Natali (Hg.): Die Weltkriege als historische Bezugspunkte: Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Masarykův ústav, Archiv AV ČR, Praha 2009, 295 S.

Die internationalen bewaffneten Konflikte des 20. Jahrhunderts „galten auf der symbolischen Ebene zugleich als Orte endgültiger Verluste wie des Neubeginns“ (S. 14), wie die Herausgeberin des vorliegenden Konferenzbandes in ihrer Einleitung darlegt. Als historische Bezugspunkte blieben sie in der Auseinandersetzung mit der Geschichte sowohl in der Erlebnisgeneration als auch in den nachfolgenden Generationen dauerhaft präsent. Wie sich die beiden großen Kriege des vergangenen Jahrhunderts in das Gedächtnis von Polen, Deutschen, Tschechen und Slowaken eingeschrieben haben, wird in dem vorgestellten Band aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht. Als Schwerpunkt lassen sich hierbei der Umgang mit den Kriegsveteranen bzw. militärischen Aspekten und Strategien der offiziellen Erinnerung bezeichnen.

Die drei Studien, die am Beginn des Buches stehen, bieten eine interessante Sicht auf den Stellenwert des Ersten Weltkriegs im „Gründungsmythos“ der polnischen und der tschechoslowakischen politischen Kultur. Während nach Ingo Loose der „große Krieg“ – trotz gewaltiger Verluste an Menschenleben und Material – eschatologische Bedeutung als letzte Etappe einer „self-fulfilling prophecy“ (S. 50) der Rzeczpospolita gewann, konstatiert Dušan Kováč, dass dieses Phänomen in der Slowakei „sehr wenig Resonanz fand“ (S. 61). Nur die radikale Peripherie der slowakischen Autonomisten störte das pazifistische Bild der Gesellschaft. Erst am Vorabend des Zweiten Weltkriegs änderte sich im Schatten des „Dritten Reiches“ die

Situation dramatisch. Natali Stegmann konzentriert sich im Kontext des „Gründungsmythos“ auf das Phänomen der tschechoslowakischen Legionäre. Sie macht darauf aufmerksam, dass „die Heroisierung der einstigen Deserteure auf Kosten der gewöhnlichen Wehrpflichtigen“ (S. 78) zu einer erheblichen Steigerung ihres Sozialprestiges führte. Auch der Zweite Weltkrieg, in dem die Wiederherstellung der Tschechoslowakei auf dem Programm stand, bewirkte keinen grundsätzlichen Wandel des „Legionärsparadigmas“. Dieser vollzog sich erst nach dem kommunistischen Umsturz im Februar 1948, als die ganze Bewegung innerhalb kurzer Zeit unterging. Ein wenig störend wirken an Stegmanns anregendem Text einige kleinere inhaltliche Irrtümer: In der Slowakei wurde die ČSR nicht in Bratislava (S. 75) ausgerufen, sondern in Martin. Nachgerade als Tippfehler erscheint der Ausdruck „Moskauer Exilregierung“ (S. 83). Fraglich ist auch, ob das Streben nach einer Annullierung des „Münchener Abkommens“ eine „Umdeutung“ (ebenda) dieses Rechtsaktes darstellte. Eine vergleichbare symbolische Dimension habe, so Malte Thießen, auch der Bombenkrieg, der mal als „Beweis der städtischen Erfolgsgeschichte“ (S. 97), mal als „pazifistische Parabel“ (S. 98) oder aber im Sinne eines „Versöhnungsgebots“ (S. 104) kontrovers diskutiert worden sei.

Die folgenden vier Studien konzentrieren sich auf die Problematik der Veteranen in der Zwischenkriegszeit. Am Beispiel der Wolhyniensechen vollzieht Vratislav Doubek den Statuswandel einer landsmannschaftlichen Gemeinde nach: Die Bedeutung dieser Volksgruppe habe ihren Höhepunkt während der Unterstützung der Bestrebungen des Exils zur Gründung eines Nationalstaats gefunden. Nachdem dieses Ziel erreicht war, habe sie merklich nachgelassen. Auch das sei ein Grund dafür gewesen, dass sich die Hoffnungen der Wolhyniensechen, im Rahmen der Bodenreform repatriiert zu werden, nicht erfüllten.

Verena Pawlowsky und Harald Wendelin analysieren in ihrem gemeinsamen Beitrag die Art und Weise, in der sich der im Aufbau befindliche Sozialstaat „Rumpfösterreich“ mit dem Komplex „Wehrpflicht – Fürsorgepflicht“ auseinandersetzte, den die politischen Kreise Wiens ohne Unterschied ihrer weltanschaulichen Orientierung als wichtigen Bestandteil der Beziehung zwischen Staat und Bürgern akzeptierten (S. 133). Der Beitrag behandelt ferner verschiedene Aspekte des Lebens der Kriegsbeschädigten und gelangt zu dem Schluss, dass dieser Personenkreis nicht durch eine gemeinsame Identität verbunden war. Das Dilemma der polnischen Veteranenbewegung führt Julia Eichenberg vor allem auf die Kriegsteilnahme auf beiden Seiten der Front zurück. Die politische Einigung der polnischen Gesellschaft unter Marschall Pilsudski habe die aus dieser divergierenden Erfahrung resultierenden Konflikte zwar später etwas abgemildert. Die Spaltung sei aber erhalten geblieben: Während der Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis kaum eine Rolle gespielt habe, hätten „die Veteranen ihre Kriegserfahrung als symbolisches Kapital“ eingesetzt, „um ihre materiellen Interessen durchzusetzen“ (S. 149). Eichenberg berücksichtigt auch die pazifistischen Tendenzen, die von der polnischen Veteranenbewegung auf internationaler Ebene vorgetragen wurden. Über ähnliche Erscheinungen im sozialdemokratisch orientierten Milieu Österreichs schreibt ausführlich Christian Weiß. Vor ein kompliziertes Generationenproblem stellte die Veteranen dort insbesondere die deutsche militaristische Propaganda. Als geeignete Form der

Erinnerung an den Krieg erwiesen sich die intensiven Kontakte zu Veteranen der einstmals feindlichen Armeen.

Weitere fünf Beiträge handeln von der Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg. In der Studie von Joanna Wawrzyniak stehen drei polnischen Mythen – der Sieg über den Faschismus, die Einheit des antifaschistischen Widerstandes und die Unschuld des eigenen Volkes – im Vordergrund, wobei der Fokus auf der Deutung liegt, die ihnen das kommunistische Regime mit Hilfe der Veteranenorganisation „Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“ (Związek Bojowników o Wolność i Demokrację, ZBoWiD) zusprach. Im besiegten Deutschland etablierten sich infolge der Teilung und des Kalten Krieges „zweierlei Kriegsenden“ – je eine Geschichtserzählung für den östlichen und den westlichen Teil des Landes. „Denn selten spielte die Geografie eine so bestimmende Rolle über das Leben und Erleben der Menschen wie am Kriegsende 1945“ (S. 213), wie Harald Schmid konstatiert. Während die DDR den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ feierte, benötigte die Bonner Republik einige Zeit, die von der Suche nach dem Bedeutungsgehalt jenes Tages für den demokratischen deutschen Staat erfüllt war, um sich von der „Kultur der Niederlage“ zu lösen. Der Beitrag von Bohumil Jiroušek macht den Leser mit dem Versuch bekannt, das „Protektorat Böhmen und Mähren“ durch ein historiografisches Werk – *Český mythus. Co nám hlaly dějiny* (Der tschechische Mythos. Was uns die Geschichte vorgelogen hat), Praha 1943, von Emanuel Vajtauer – zu legitimieren. Offen bleibt nach Jiroušek die Frage, ob diese Schrift aus fachlicher Sicht allein wegen der „Instrumentalisierung der tschechischen Geschichte“ zu verurteilen ist. Denn dem Phänomen einer politisch motivierten Geschichtsschreibung begegnen wir selbst bei František Palacký, dem Gründervater der tschechischen Geschichtsschreibung.

Zofia Wóycicka beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Gerichtsprozessen im Polen der ersten Nachkriegsjahre gegen die so genannten Funktionshäftlinge. Die Konfrontation mit den dunklen Seiten des Alltags in den Konzentrationslagern erschütterte die stereotypen Bilder vom nationalen Leiden und Heldentum erheblich. Eine Studie von Oliver von Wrochem über die Prozesse gegen Wehrmachtangehörige im Kontext des geteilten Deutschland beschließt den Band. In der Bundesrepublik gab es eine deutliche Tendenz, die Armee vom nationalsozialistischen Regime zu trennen, wodurch es möglich wurde, einen Teil der Offizierselite zu rehabilitieren. In der DDR war eine derartige Entwicklung ausgeschlossen, doch überrascht der schnelle Rückgang der Anzahl der Prozesse gegen NS-Täter. Die Staatssicherheit setzte bald ein anderes Repressionsmuster durch und nutzte die Vergangenheit, um die Täter von einst „unter Druck zu setzen und [...] als informelle Mitarbeiter zu gewinnen“ (S. 283). Außerdem setzte Ostberlin Ermittlungen der Justiz als Druckmittel gegen umstrittene Politiker der Bundesrepublik ein.

Der vorgestellte Sammelband präsentiert ein breites Spektrum an Themen, die auf den ersten Blick am Rande des historischen Diskurses über die großen Konflikte des 20. Jahrhunderts stehen. Die einzelnen Beiträge halten die Erfahrung von vier Ländern fest. Ein expliziter Vergleich unterbleibt, dennoch fügen sich die Ergebnisse der Einzelstudien bei der Lektüre zu einem großen Ganzen, lassen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Deutung der Vergangenheit in Mitteleuropa sichtbar werden.

Kohler, Gun-Britt/Grübel, Rainer/Hahn, Hans Henning (Hgg.): Habsburg und die Slavia.

Peter Lang, Frankfurt/Main 2008, 389 S., 12 Abb. (Mitteleuropa – Osteuropa. Oldenburger Beiträge zur Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas 10).

Der vorliegende Sammelband vereint ausgewählte Beiträge einer Vortragsreihe, die 2003 an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg im Rahmen des seit 1994 laufenden Projektes „Forum Mitteleuropa – Osteuropa“ stattfand. Das Thema „Habsburg und die Slavia“ wird interdisziplinär aus politisch-historischer, linguistischer und sprachpolitischer, literaturwissenschaftlicher sowie kunsthistorischer Sicht behandelt.

In der ersten der politisch-historischen Studien fragt Matthias Weber nach dem Gegensatz: „Deutsche Herrscherdynastie und slawische Untertanen? Die böhmischen Länder im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft“. Weber wendet sich gegen die traditionellen Auffassungen der slawischen wie der preußisch-deutschen Geschichtsschreibung, nach denen die „deutschen“ Habsburger die Slawen unterdrückt bzw. im Gegenteil das Deutschtum in den böhmischen Ländern zu wenig gefördert hätten. Er legt überzeugend dar, dass man für das 16. Jahrhundert „slawische Untertanen“ nicht „den Deutschen“ (ganz gleich ob Untertanen oder Herrschern) gegenüberstellen kann. Die kollektiven Identitäten der böhmischen, Lausitzer, mährischen und schlesischen Deutschen trennte vermutlich mehr voneinander als von ihren unmittelbaren nicht deutschsprachigen Nachbarn. Der Autor betont, dass die Stände der böhmischen Länder nicht als Ganzes direkt mit den Habsburgern kommunizieren konnten. Wahl und Wechsel des sprachlichen Codes hingen besonders in der Frühen Neuzeit eng mit der sozialen Stratifikation zusammen. Allerdings wird im mährischen Landtag kaum „mährisch“ gesprochen worden sein (S. 18). Weber hebt auch die Unterschiede zwischen den Konfessionen hervor und gelangt zu dem eindeutigen Schluss, dass man das Verhältnis zwischen dem Herrscher und den Ständen nicht als habsburgisch-slawischen Konflikt interpretieren kann.

Der Beitrag von Christian Hannick „Zum Prager Slawenkongress von 1848“ geht von den slawischen Reformbewegungen im Vormärz außer- und innerhalb Österreichs aus und weist auf die zum Teil auch konfessionell begründeten Differenzen zwischen ihnen hin. Aus diesen Unterschieden ergaben sich auch auf dem Kongress selbst widerstreitende Tendenzen, deren Protagonisten die auf Abgrenzung bedachten tschechischen Austroslawisten um František Palacký und die gesamtslawisch orientierten Polen waren, die dem Kongress eine europäische Perspektive gaben. Die sehr schön geschriebene, umfassende Studie verliert allerdings dadurch ein wenig an Glanz, dass überwiegend ältere Literatur zitiert wird und einige wichtige neuere Arbeiten nicht herangezogen wurden.

Ein ähnliches Thema hat Hans Henning Hahn mit dem Austroslawismus gewählt, dessen Entwicklung vom kulturellen identitätsstiftenden Diskurs zum politischen Konzept er nachvollzieht. Hahn wendet sich gegen die im deutschen historischen Bewusstsein weit verbreitete These, die Slawen seien am Zerfall Österreich-Ungarns schuld gewesen und hätten Mitteleuropa so dauerhaft um die Stabilität gebracht.

Hahn verfolgt die Entstehung und den Wandel der Begriffe Austroslawismus, Panslawismus, Illyrismus und Neoslawismus. Den Austroslawismus sieht er weniger als Bewegung oder politisches Programm denn als „slawischen identitätsstiftenden Diskurs in Österreich“ (S. 56) an. Ein interessanter Aspekt der kollektiven Identitätsfindung der „österreichischen“ Slawen ist die Tatsache, dass sie sich gleichermaßen mit Entwürfen kollektiver Identitäten auseinandersetzten, die innerhalb des Reiches dominierten (Deutsche und Ungarn), wie mit solchen, die von außerhalb kamen (Pangermanismus und Panslawismus). Der Austroslawismus, dessen Rolle 1848 in den böhmischen Ländern Hahn mit den Visionen von Adam Mickiewicz vergleicht, trug so auch zur Herausbildung einer österreichischen Identität bei.

Die folgende Studie von Klaus Bachmann über „Die außenpolitische Relevanz der panslawistischen Tendenzen in Polen und der Ukraine vor dem Ersten Weltkrieg“ ist einer der wenigen Beiträge, in denen ein eng begrenztes Thema auf der Grundlage von Archivquellen in ein neues Licht gerückt wird. Bachmann deckt die komplizierten Verhältnisse in Ostgalizien auf, wo nicht nur jede nationale Bewegung, sondern jede Generation, jede konfessionelle und jede soziale Gruppe eigene politische, kulturelle, sprachliche und religiöse Ziele verfolgte. Wie auch an anderen Stellen in dem Band hätte hier die Frage nach der Wahrnehmung der Habsburger eine tiefere methodologische Durchdringung (z. B. mit Hilfe der historischen Anthropologie) verdient gehabt. Zudem wäre es angebracht gewesen, deutlicher zwischen den territorialen Identitäten der verschiedenen sozialen Gruppen Ostgaliziens und der Welt der großen Politik und Diplomatie zu unterscheiden. Letztere hat von außen nicht unerheblich zur Durchsetzung nationaler Konzepte beigetragen, wie der Autor anhand der während des Weltkriegs inszenierten Hochverratsprozesse gegen orthodoxe Ruthenen überzeugend darlegt.

Karl Gutschmidt eröffnet mit „Sprachenkämpfe in der Donaumonarchie“ den soziolinguistischen Teil des Bandes. Er schildert die Sprachenpolitik und -kämpfe in verschiedenen Regionen Cis- wie Transleithaniens, wobei er sich vornehmlich auf slawistische Literatur älteren Datums stützt. Aus der Beschäftigung mit der Sprachenpolitik der Habsburgermonarchie, die sich als übernationaler Staat verstand, doch an nationalen Konflikten zerbrach, könnten sich unter Umständen sogar Anregungen für die Sprachenpolitik der Europäischen Union ableiten lassen.

Mit kulturellen und sozialen Aspekten der Entwicklung der tschechischen Sprache befasst sich Harald Bichlmeier in seinem Beitrag über die „Sprachensituation und Sprachenpolitik der Habsburgermonarchie in den Ländern der böhmischen Krone zwischen 1848 und 1914“. Er verweist darauf, dass das Tschechische der Barockzeit heute nicht mehr als eine im Verfall begriffene Sprache angesehen wird. Im Zuge der Industriellen Revolution und des starken Bevölkerungswachstums im 19. Jahrhundert wurde es vielmehr in vielen Städten zur dominierenden Sprache. Den Bedeutungswandel, der mit dem Gebrauch der deutschen und der tschechischen Sprache vom ausgehenden 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert verbunden war, und die Veränderung des sozialen Prestiges des Tschechischen kann Bichlmeier jedoch nicht erklären.

Herta Maurer-Lausegger befasst sich mit einem anderen Sprachenpaar: Sie untersucht „Das Slowenische und das Deutsche in Kärnten“ und geht dabei der sprach-

lich-kulturellen Koexistenz sowie dem Germanisierungsprozess von den Theresianischen Reformen bis zum Ende der Habsburgermonarchie nach. Als Soziolinguistin belegt sie das slowenische Streben nach eigener Identität mit konkreten Sprachbeispielen. Dagegen verweist Gerhard Gieseemann auf „Kulturhistorische Berührungspunkte zwischen Slowenen und Habsburgern“ und bietet unter anderem eine interessante Interpretation der christlichen Symbolik in der bildenden Kunst zur Zeit der Gegenreformation.

Der Beitrag von Gun-Britt Kohler, „Zur Wirkung der habsburgischen Zensur auf die Entwicklung der kroatischen Literatur im Kontext des Illyrismus“, bringt neue methodologische Impulse für die Auseinandersetzung mit dem Thema Zensur: Kohler verweist auf die soziale Konstruktion der Gefährlichkeit der Literatur von Armin Biermann und führt durch das literarische Feld von Pierre Bourdieu, auf dem es um einen bestimmten Kompromiss zwischen Interessenäußerung und Zensur geht. Die Metapher der einander nicht durchdringenden, aber wechselseitig beeinflussenden Felder korrespondiert gut mit den Machthierarchien in der Habsburgermonarchie. Die langfristige, dynamische und ungebundene Entwicklung einer Nationalliteratur kann mit Bourdieus Modell hingegen nicht erschlossen werden.

Auch Rainer Grübel widmet sich der kroatischen Literatur. Er verfolgt „Die Theatralität. Das Ende der Habsburger im dramatischen Zyklus ‚Glembajevi‘ von Miroslav Krleža“ aus dem Jahre 1973, mit dessen nostalgischem Blick er sich direkt dem Herrschergeschlecht zuwendet. Wolfgang Stephan Kissel untersucht in „Der Fall des Hauses Habsburg und die serbische Moderne. Zur Kritik der Mythen im Frühwerk von Miloš Crnjanski“ die Wahrnehmung des Ersten Weltkriegs und des Attentats von Sarajevo in der serbischen Kultur.

Dirk Uffelmans Beitrag: „In Erinnerungen verloren. Der galizische Mythos“, beruht auf der Analyse eines Romans von Andrzej Kuśniewicz im Kontext der Literatur der verlorenen polnischen Ostgebiete. Uffelmann betont, wie wichtig bei der Beschäftigung mit der Problematik des historischen Gedächtnisses die Distanz zu den traditionellen, emotional aufgeladenen Nationalhistoriografien ist und bezieht sich auf Roland Barthes Begriff des Mythos. Er spricht von der Mehrdeutigkeit des literarischen Textes und führt vor, wie es dem Schriftsteller gelingt, mit jener Mehrdeutigkeit ein neues Bild der Habsburgermonarchie und der Stimmungen jener Zeit zu konstruieren. So zeigt er „Geschichte als Produkt der Erinnerung und nicht mehr umgekehrt: Erinnerung als Spiegel einer vergangenen Wirklichkeit, Erinnerung schafft, konstruiert Geschichte“ (S. 286). Historische Prosa stellt immer einen Bezug zur Gegenwart her. Mit dem Problem der Konstruktion der Geschichte als Begebenheit streift Uffelmann nicht zuletzt den großen postmodernen Streit über den Charakter der geschichtlichen Wahrheit und bietet möglicherweise sogar einen Lösungsansatz an: Selbst in der literarischen Fiktion gilt die Wahrscheinlichkeit als ältestes Kriterium für die literarische Qualität eines Werks. Der Mythos muss daher als ein typischer konstruiert werden und die Möglichkeit zur Wiederbelebung in sich tragen (S. 293).

Galizien ist auch der Schauplatz des kunsthistorischen Beitrags von Beate Störtkuhl über die Entwicklung Krakaus zur Kulturhauptstadt des geteilten Polen in der späten Habsburgermonarchie. Die Autorin präsentiert Krakauer Beispiele für die

identitätsstiftenden Elemente in der polnischen Nationalkultur und weist auf die spezifische Rolle des polnischen Adels für die patriotischen Forderungen hin. Offen bleibt allerdings die Frage, was die polnische Nationalkultur und ihr Zentrum Krakau von den anderen slawischen Nationalkulturen und deren Zentren unterschied, schließlich sind Phänomene wie die Wiederherstellung von Architekturdenkmälern im historisierenden Stil oder die Historienmalerei allgemeine Phänomene des 19. Jahrhunderts. Das gilt auch für die vorgestellten Germanisierungsbestrebungen des österreichischen Staates, die man als Bemühen um Integration aller Teile des Reiches und Angleichung ihrer Entwicklungschancen interpretieren könnte. Die zitierte polnische Historiografie überwiegend älteren Datums sollte man mit einer gewissen Reserve aufnehmen, denn sie zeigt sich und die Habsburger in einem spezifischen Licht. Störtkuhl ist gut informiert über die künstlerische Tätigkeit von Matejko und weiteren polnischen Malern, sie bringt dem Leser die Schicksale der polnischen Kultur nahe. Eine eigene Interpretation des einen oder anderen Kunstwerks aus der Bildbeilage unternimmt sie allerdings nicht, weshalb diese rein illustrativen Charakter hat. Auch das Paradoxon zwischen polnischer Befreiungssehnsucht auf der einen und Kaisertreue auf der anderen Seite bleibt unerwähnt.

Alle Beiträge des Bandes sind inhaltlich gut miteinander verbunden, Wiederholungen werden vermieden. Doch fehlt eine klare Bestimmung des Begriffs „Habsburg“. Einige Male wird er zur Kennzeichnung der Vertreter der cisleithanischen Regierungsmacht verwendet, was in jener Zeit eher dem ungarischen Verständnis der Monarchie entspräche. Doch sind auch andere Sichtweisen möglich: So könnte das Verhältnis zwischen Habsburgern und Slawen auch anhand der Einstellungen der Mitglieder des Herrscherhauses zu den nichtdeutschen und nichtungarischen Völkern des Reiches behandelt werden. Unter Franz Josef I. wurden slawische Intellektuelle und Wissenschaftler durchaus geschätzt, während die großdeutsche Bewegung als Gefahr für den Bestand des Reiches wahrgenommen wurde. Zudem können wir annehmen, dass Adlige, Priester, Bürger, Bauern, Slawisten ein und desselben slawischen Volkes den Herrscher durchaus mit unterschiedlichen Augen sahen. Mit Hilfe der historischen Anthropologie würden wir wohl feststellen, dass sich die Bilder, Informationen und Vorstellungen über den habsburgischen Herrscher in den vielen unterschiedlichen Lebenswelten des einen Reiches zum Teil erheblich voneinander unterschieden.

München/Prag

Tomáš W. Pavlíček

Soupis vedut vzniklých do roku 1850 [Inventar der bis 1850 entstandenen Veduten]. Bd. II/4. Státní oblastní a státní okresní archivy [Staatliche Gebiets- und Bezirksarchive]. Bearbeitet von Michal Wanner in Zusammenarbeit mit Josef Hora und mit den Archivaren der diesbezüglichen Archive.

Odbor archivní správy a spisové služby MV, Praha 2008, 670 S., zahlr. Abb.

Die tschechische Archivverwaltung, die das staatliche Archivwesen des Landes organisiert, behütet, inspiriert und – im positiven Wortsinn – überwacht, tut sich darüber hinaus mit der Edition von besonders bedeutenden Beständen hervor, die sie

zum Teil unterstützt, zum Teil selbst initiiert. Für die älteren Bestände ist hier die mehrere Tausend zum Teil unbekannte Dokumente umfassende Edition der erhaltenen tschechischsprachigen Urkunden und Geschäftsbriefe des Mittelalters bis 1526, in Form von Kurzregesten oder mehrbändiger Evidenz der urbarialen Überlieferung zu nennen.

Das hier anzuzeigende Werk lässt sich nun als wirklich einmaliges Unternehmen bezeichnen, das inhaltlich in verschiedener Hinsicht an die berühmte Edition von Klaus Stopp anknüpft,¹ jedoch einerseits das Bearbeitungsfeld ausdehnt, andererseits aber institutionell beschränkt. Wie schon aus dem Titel deutlich wird, ist der vorliegende Band zwar „nur“ Bestandteil einer bedeutend größeren Unternehmung, hat aber trotzdem eine eigene Besprechung verdient, da er einen bedeutenden Beitrag zur Forschung darstellt. Ordnungshalber sollen die vorhergehenden Bände wenigstens erwähnt sein, um eine Vorstellung vom Umfang der Arbeit sowie den Umfängen des zugänglich gemachten Materials zu vermitteln.²

Bei den entsprechenden Beständen handelt es sich zum größeren Teil nicht um Archivalien im engen Sinne, sondern in erster Linie um künstlich angelegte Sammlungen, die auf verschiedene Weise in die Archive gekommen sind und deshalb nicht zum Stammmaterial gehören, sondern eigentlich einen Fremdkörper darstellen. Jedoch sind sie aus kulturhistorischer Sicht im weitesten Sinne mitunter von eminenter Bedeutung. Damit erklärt sich auch die materielle Unausgewogenheit in der Präsentation dieser Archive: Es geht hier nicht um eine Proportionalität zwischen den Herkunftsarchiven, sondern um eine möglichst umfangreiche Sammlung und darum, diese zugänglich zu machen. Und da es sich vornehmlich um teilweise systematisch geführte Sammlungen handelt, ist auch die Streuung der Motive sehr groß. Der Schwerpunkt liegt auf Europa, wobei Mitteleuropa und hier wiederum die böhmischen Länder überwiegen. Jedoch sind auch andere Kontinente, vor allem Asien, nicht selten vertreten. Obwohl das Jahr 1850 den terminus ante quem darstellt, wurde die Zäsur nicht immer strikt eingehalten, da manche Bilder nicht eindeutig datiert werden können. Darüber hinaus wird in einigen Fällen wohl richtig davon ausgegangen, dass Abbildungen aus der Zeit kurz nach 1850 den damaligen Zustand wiedergeben. Es ließe sich also sagen: Je mehr, desto besser. Meist handelt es sich um verschiedene Grafiken (es überwiegen Lithografien und Kupferstiche), öfter auch Veduten aus dem Büchergut, während das handschriftliche Material in der Minder-

¹ Stopp, Klaus: Die Handwerkskundschaften mit Ortsansichten. Beschreibender Katalog der Arbeitsattestate wandernder Handwerksgelesen. 17 Bände. Stuttgart 1982-1992. Die dem Territorium der Tschechischen Republik gewidmeten Bände entstanden mit Hilfe der diesbezüglichen Archivare, die auch bei dem „Soupis vedut“ eine unersetzliche Rolle gespielt haben.

² Soupis vedut vzniklých do roku 1850 Bd. I/1 – Národní archiv. Bearbeitet von Michal Wanner in Zusammenarbeit mit Josef Hora und mit den Archivaren der diesbezüglichen Archive, Praha 2006, 717 S., 178 Abb.; Soupis vedut vzniklých do roku 1850 Bd. II/1 – Státní oblastní archiv. Bearbeitet von Michal Wanner in Zusammenarbeit mit Josef Hora und mit den Archivaren der diesbezüglichen Archive, Praha 1999, 519 S., 107 Abb.; Bd. II/2 – Státní oblastní archiv. Bearbeitet von Michal Wanner in Zusammenarbeit mit Josef Hora und mit den Archivaren der diesbezüglichen Archive, Praha 2001, 573 S., 150 Abb.; II/3 – Státní okresní archiv. Bearbeitet von Michal Wanner in Zusammenarbeit mit Josef Hora und mit den Archivaren der diesbezüglichen Archive, Praha 2003, 490 S., 116 Abb.

zahl ist. Leider wird letzteres nicht im Register aufgeführt, obwohl gerade daraus neue Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Da auch bei dem gedruckten Material wenige Dubletten weitgehend vorkommen, kann die Forschung aber auch davon profitieren.

Bei der Betrachtung des vorliegenden Bandes fällt zunächst auf, dass unter den acht beteiligten Archiven das Regionale Staatsarchiv in Pilsen (*Státní oblastní archiv v Plzni*) bei weitem am umfassendsten repräsentiert ist. Während andere Institutionen nur mit wenigen Dutzend Dokumenten vertreten sind, stellt dieses nämlich mit genau 1250 Stück den Grundstock des Bandes dar. Dabei spielt die Nostitz-Rhienecksche Sammlung, die auf komplizierten Wegen ins Archiv kam, die entscheidende Rolle, aus der schon im Band II/1 über 600 Einheiten beschrieben wurden! Da dieses Geschlecht sein Familienarchiv in Pilsen hat, wäre eine Information über den Aufbau der Sammlung, deren dornigen Weg als geschlossenes Ganzes man verfolgt, wünschenswert gewesen.

Es ist im Rahmen einer Rezension nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen. Doch beim Umfang des Materials und dank dem bei den Beständen einzelner Archive sehr guten Forschungsstand wäre eine ausführlichere Kommentierung zu erwarten gewesen. Mit anderen Worten spielen eben in diesem Fall die Querverweise und Register eine äußerst wichtige Rolle. Und da treffen wir auf eine empfindliche Schwäche des Unternehmens, die bereits bei älteren Bänden kritisiert worden war. Bei der Bearbeitung der folgenden Bände fanden diese Anmerkungen jedoch keine Berücksichtigung. Deshalb sollen die wichtigsten Hinweise im Folgenden nochmals zusammengefasst werden:

Zwischen den Beschreibungen und der Bebilderung existiert nur eine einseitige Kohärenz. Dies bedeutet, dass zwar bei den Abbildungen, die grundlos nie bei den entsprechenden Beschreibungen zu finden sind, sondern ganz zufällig im Text verstreut erscheinen, auf die zugehörigen Kommentare verwiesen wird; umgekehrt ist dies jedoch nicht der Fall, so dass man bei der Lektüre des Textes nicht erfährt, ob der Band auch die entsprechende Abbildung enthält oder nicht. Um dies in Kenntnis zu bringen, ist der Leser auf das Abbildungsverzeichnis angewiesen, doch da lediglich 8 Prozent des Gesamtmaterials abgebildet sind, was bei der Fülle begreiflich ist, wird er meist nicht fündig. Durch die Angabe von Titel und Katalognummer wäre dem Suchenden mit nur geringem Aufwand sehr geholfen.

Die Register können nicht anders als bizarr genannt werden. Das erste bringt ein Länderverzeichnis, wobei nur Nummern ohne konkrete Spezifikation angeführt werden, so dass es eigentlich nutzlos ist. Das folgende Register der konkreten Lokalitäten führt die einzelnen Objekte an, jedoch wiederum ohne jedweden Hinweis auf das entsprechende Land. Bei den bekannten Lokalitäten ist das zwar nicht nötig, bei der Mehrzahl der Ortschaften findet sich jedoch nur im Text eine geografische Information, die sich wiederum nur auf das Land bezieht, was nicht als ausreichend bezeichnet werden kann. Eine weitere regionale Spezifizierung – wie das Bundesland in Deutschland bzw. die historische Landschaft in Frankreich o.ä. – wäre notwendig gewesen. Praktisch und übersichtlich ist dagegen das Register der Autoren der Veduten, ebenso wie das der technischen Bearbeiter bzw. der Verleger. Das Register der Autoren der Beschreibungen führt insgesamt acht Namen. Der Hauptteil der Kom-

mentierungen, nämlich für die Nostitz'sche Sammlung, wurde von L. Novotná erarbeitet.

Diese kritischen Bemerkungen sollten nicht umsonst gemacht werden. Im folgenden, schon angekündigten Band ließen sich nicht alle Schwächen, aber zumindest die größten Mängel, durch ein Gesamtregister ausbügeln. So hätte der Leser ein angemessenes Hilfsmittel zur Hand. Denn das umfangreiche und wertvolle Material – es handelt sich um mehr als 8000 Einheiten! – verdient diesen Aufwand. Wenn – bildlich gesagt – A bis Y gesagt wurde, sollte man auch Z sagen. Das ist leicht einzufordern, aber in diesem Fall auch nicht allzu schwer zu verwirklichen.

Prag

Ivan Hlaváček

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867. Abt. IV: Das Ministerium Rechberg. Band 3: 21. Oktober 1860 bis 2. Februar 1861. Bearbeitet und eingeleitet von Stefan Malfer.

Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2009, LXXXII + 366 S.

Nur zwei Jahre nach dem zweiten Band der Vierten Abteilung der Protokolle des österreichischen Ministerrates (vgl. *Bohemia* 49 [2009] H. 1, S. 228-230) ist der sie abschließende Band 3 erschienen. Mit ihm wird eine der letzten Lücken dieser großen Edition geschlossen, die jetzt für die Jahre 1848 bis 1850, 1852 bis 1857 und 1859 bis 1866/67 vollständig ist. Da inzwischen die österreichische Akademie der Wissenschaften die Herausgeberschaft dieses und der noch folgenden Bände übernommen hat und sie verlegt, ist mit Sicherheit zu hoffen, „daß die Edition zu einem guten Ende gebracht werden wird“ (S. VIII).

Stefan Malfer, einer der besten Kenner dieser Periode der österreichischen Geschichte, ist auch diesmal der Bearbeiter des Bandes. Seine fast sechzigseitige Einleitung führt souverän in die edierten Protokolle ein. Wie bisher werden sie durch einen gründlichen Apparat und ein detailliertes Register erschlossen. In den dreieinhalb Monaten von Ende Oktober 1860 bis Anfang Februar 1861 wurde den Teilnehmern an den Sitzungen des Ministerrates nach und nach deutlich, dass das Oktoberdiplom von 1860 die Probleme des Kaiserstaates nicht lösen konnte. Damit war aus dem Dilemma nach dem verlorenen Krieg von 1859 nicht herauszukommen. Wenn Österreich auch nach dem Verlust der Lombardei auf der politischen Bühne weiterhin die Rolle einer Großmacht spielen wollte, musste es das reiche Venedig mit allen Kräften verteidigen. Aber die dazu nötigen militärischen Rüstungen verursachten immer trostlosere finanzielle und politische Nöte. Denn „die Geldwelt des In- und Auslandes“ war, wie der Finanzminister warnte, nicht mehr bereit, der absolutistischen kaiserlichen Regierung neue Kredite zu annehmbaren Bedingungen zu gewähren. Auf der anderen Seite aktualisierte der mit dem Oktoberdiplom eingeleitete Versuch, die Magyaren in Ungarn zu gewinnen, in den andern Ländern der östlichen und der westlichen Reichshälfte die konstitutionellen Bestrebungen. Die Ablösung des konservativen Staatsministers Agenor von Goluchowski (d. Ä.) durch den liberalen Politiker von 1848 und ehemaligen Ministerpräsidenten des „Deutschen Reichs“ der Frankfurter Paulskirche, Anton von Schmerling, am 13. Dezember 1860 schien ein Ausweg aus der schweren Krise. Zum Ziel führte auch er nicht.

Vier Wochen vor diesem Wechsel befasste sich der Ministerrat in vier Sitzungen mit einer neuen „Landesordnung“ für Böhmen, eine Woche später dann mit der Frage einer Krönung Franz Josephs zum König von Böhmen. Die Protokolle dieser Sitzungen lassen nicht erkennen, wie groß die einmal beiläufig geäußerte Befürchtung, es könne zur „Gründung eines großen tschechischen Reiches“ kommen (S. 119), wirklich war. Gewiss aber waren die nationalen Bestrebungen der nicht-deutschen und nichtmagyarischen Völker der Monarchie seit 1848 vielleicht noch zu unterdrücken, aber keineswegs mehr zu übersehen.

Tübingen

Bernhard Mann

Wingfield, Nancy M.: Flag Wars & Stone Saints. How the Bohemian Lands Became Czech.

Harvard University Press, Cambridge/Mass., London 2007, 353 S.

In diesem Buch geht Nancy Wingfield der visuellen und akustischen Inbesitznahme des öffentlichen Raumes durch die nationalen Kommunitäten der Deutschen und Tschechen in den böhmischen Ländern nach. Neben Denkmälern spielen Volkstage und *tábory*, das Singen von Liedern, der frühe Tonfilm, aber auch das Tragen deutscher Tracht eine wichtige Rolle. Dies wird etwa bei der Betrachtung der Erinnerung an Joseph II. (Kap. 1) deutlich. Stellten ihn frühe Repräsentationen noch als Volkskaiser dar, so bedeutete das Gedenken an ihn seit den 1880er Jahren eine Herausforderung für die dynastische Erinnerungspolitik des Herrscherhauses, das hier seine Deutungshoheit gefährdet sehen musste, wurden doch die Josephs-Statuen zunehmend in die Rituale des deutschen Nationalismus eingebunden. So dienten sie gleichermaßen als Ausgangspunkte für Straßenschlachten mit tschechischen Nationalisten wie auch als Orte, an denen man nach der Badeni-Krise (Kap. 2) den Sturz der Regierung feierte.

Einer anderen Form der Medialisierung geht die Verfasserin in ihren Ausführungen zu den auch gewalttätig ausgetragenen Auseinandersetzungen um die Einrichtung einer tschechischsprachigen Universität in Brünn (Brno) 1905 nach (Kap. 3): Auf Volkstagen stilisierte das deutsche Bürgertum der Stadt die Verhinderung dieser Bildungseinrichtung zur Frage der Wahrung des deutschen „Besitzstandes“ und zur „Überlebensfrage“ des Deutschtums in Österreich. Auch das kaiserliche Thronjubiläum 1908 wurde von gewalttätigen Ausschreitungen überschattet (Kap. 4), so dass das Standrecht zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung verhängt wurde. Darin macht Nancy Wingfield eine Schwäche der imperialen Mitte des Reiches aus, der es nicht gelungen sei, die Kraft gewinnenden Nationalkulturen einzudämmen, wodurch die Kluft zwischen der Politik der Straße und jener der Reichsregierung unübersehbar geworden sei.

Die vier folgenden Kapitel zur Tschechoslowakei zeigen vor allem, wie an die Stelle des habsburgischen Staates, der sich zumindest darum bemühte, die Konflikte zu moderieren, die junge Republik trat. Diese wirkte aktiv an der Tschechisierung des öffentlichen Raumes mit, etwa durch die Gestaltung der neuen Staatsfeiertage (Kap. 6), und billigte die symbolische Inbesitznahme der böhmischen Länder durch

die tschechische Bevölkerung wenigstens, oft unterstützte sie diese auch direkt. Für die frühen Jahre nach dem Ersten Weltkrieg schildert Wingfield die Entfernung habsburgischer wie religiöser Denkmäler und Statuen, was jedoch um den Preis fortgesetzter tschechisch-deutscher Spannungen erkaufte wurde und im Hinblick auf die Demontage von Heiligenfiguren auch die katholische Bevölkerung – Deutsche, Tschechen und Slowaken – aufbrachte (Kap. 5). In gleich zweifacher Hinsicht schwächten diese hier angelegten Strukturen die Tschechoslowakei: Zum einen waren es diese Erfahrungen, die in späteren Jahren dafür sorgten, dass die aktivistische Politik deutscher Parteien häufig nur bedingt Zustimmung an der Basis fand. Zum anderen ging diese tschechische Fixierung auf den deutschen „Anderen“ in den böhmischen Ländern auf Kosten der Gestaltung des Zusammenlebens mit der zweiten staatstragenden Nation, den Slowaken, was den Zusammenhalt des Staates ebenfalls schwächte.

Wie absurd diese Fixierung andererseits ausfallen konnte, belegen die gewalttätigen Auseinandersetzungen um deutsche Tonfilme 1930 (Kap. 7). Hier zeigt sich, wie tradiertes nationalistisches Gedankengut auf ein neues Medium wie den Tonfilm übertragen wurde, und dies, obwohl die betreffenden Filme, zumeist Operetten, weder die tschechische Bevölkerung noch die Tschechoslowakei herabsetzten und durchaus auch ein tschechisches Publikum fanden. Je länger sich aber die Tschechoslowakei gegenüber ihren deutschen Bürgern als tschechischer Nationalstaat ausgab, umso stärker orientierten sich diese in ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen an ihrer eigenen Kommunität (Kap. 8), was sich im Tragen der deutschen Tracht bzw. weißer Kniestrümpfe ebenso zeigte wie im Begehen eigener Feiertage und besonders im Zulauf zur Sudetendeutschen Heimatfront bzw. zur Sudetendeutschen Partei. Das Deutsche Reich, auf das sich die Hoffnungen der Deutschen in der Tschechoslowakei zunehmend konzentrierten, verlangte von ihnen jedoch eine nachdrücklichere Anpassung, als sie die Tschechoslowakei je gefordert hatte.

In einem abschließenden neunten Kapitel zeigt die Autorin dann, dass das Ausmaß, in dem etwa die deutschen Inschriften nach 1945 getilgt wurden, einer *damnatio memoriae* gleichkam und die kommunistische Inbesitznahme des öffentlichen Raumes davon profitierte, dass massive Auswechslungsaktionen auch schon nach 1918 und nach 1938/39 stattgefunden hatten. Nach einer solcherart vielfach sehr kleinteiligen Beschreibung als Grundlage ihrer Analyse kommt Nancy Wingfield zu einer auffällig eindeutigen Schlusseinschätzung. Während sie das Verhalten vieler Deutscher „disloyal, not to say fifth-columnist“ (S. 294) nennt und als Voraussetzung für die Vertreibungen anführt, konstatiert sie mit Blick auf die tschechische Gesellschaft, dass der „odsun“ das beendet habe, was in den letzten Jahren der Monarchie auf sprachlicher Ebene begonnen hatte, den Ausschluss der deutschen Bevölkerung: „The Bohemian Lands did become Czech. Soon afterward, they became Communist“ (S. 295).

Bilanzierend kann man zur Untersuchung von Nancy Wingfield festhalten, dass sie einmal mehr die Verflochtenheit der tschechischen und deutschen Nationsbildungsprozesse aufzeigt. Da die Entwicklung nationaler Gemeinschaften zeitgleich mit der Ausdehnung des öffentlichen Raumes stattfand, führte dies fast zwangsläufig

zu dessen Nationalisierung. Besonders deutlich tritt in diesem Zusammenhang der Zäsurencharakter der 1880er Jahre hervor. Hier wurde eine nationalistische Phrasologie entwickelt, die über die markanten Daten des 20. Jahrhunderts hinweg beibehalten wurde, bis sie in die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und ein organisiertes Verdrängen mündete. Eine Einschränkung ist im Hinblick auf den Zäsurencharakter der 1880er Jahre gleichwohl vorzunehmen: Die Beispiele, welche die Verfasserin anführt, sind städtischer Natur. Nur bei den Josephs-Statuen verweist sie darauf, dass diese auch in ländlichen Regionen aufgestellt wurden, doch sind die Fußnotenbelege hier außerordentlich dünn; auch nennt sie keine Orte. Das Vordringen von Nationalisierungsprozessen unter der vielfach zweisprachigen ländlichen Bevölkerung bedarf jedenfalls weiterer Forschung, denn dass hier die vermeintliche „nationale Unentschlossenheit“ häufig den Verdruss nationalistischer Agitatoren hervorrief, wissen wir nicht zuletzt aus der jüngsten Arbeit von Pieter Judson.

Anzumerken sind abschließend noch zwei weitere Punkte: Die Langzeitperspektive, die Wingfield wählt, macht es unumgänglich, dass sie sich auch mit der Situation der mehrheitlich deutsch besiedelten Grenzgebiete der Tschechoslowakei in den späten 1930er Jahren und im Protektorat befasst. Hier bleiben ihre Ausführungen skizzenhaft. In Teilen kann das methodisch ganz anders konzipierte Buch von Detlef Brandes zum Krisenjahr 1938 vorhandene Lücken schließen (dessen Nichtberücksichtigung Wingfield aber nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, da ihre Studie früher erschienen ist). Schließlich: Je genauer wir die verflochtenen Nationsbildungsprozesse der Deutschen und Tschechen in den böhmischen Ländern verstehen und je deutlicher zu Tage tritt, dass sich die Tschechoslowakei gegenüber der deutschen Bevölkerung als tschechischer Nationalstaat gerierte, umso mehr ist die Zeit gekommen, die Realität des Staates und seiner Gesellschaft oder auch Gesellschaften in ihren slowakisch-tschechisch-deutschen Bezügen in den Blick zu nehmen. Einzelne Ansatzpunkte hierzu finden sich bei Nancy Wingfield jedenfalls.

Berlin

Tatjana Tönsmeier

Janatková, Alena: Modernisierung und Metropole. Architektur und Repräsentation auf den Landesausstellungen in Prag 1891 und Brünn 1928.

Franz Steiner, Stuttgart 2008, 106 S., 75 Abb.

Prominente Beispiele wie der Crystal Palace auf der Weltausstellung in London 1851 oder der Eiffelturm in Paris 1889 zeigen, dass die Architektur auf den Ausstellungen im 19. und 20. Jahrhundert immer auch Vorstellungen von Gesellschaft und Staat transportierte.¹ Universeller Fortschritt gepaart mit spezifischen, traditionsorientierten Interpretationen des Nationalen wurden in diesen Projekten sichtbar. Aber nicht

¹ Vgl. Kohle, Hubertus: Der Eiffelturm als Revolutionsdenkmal. In: *Ders./Gersmann, Gudrun* (Hgg.): *Frankreich 1871-1914. Die Dritte Republik und die Französische Revolution*. Stuttgart 2002, 119-132.

nur Weltausstellungen sind konzentrierte Repräsentationsereignisse. Als Vermittler von Deutungsangeboten und als „Erfahrungsorte“ (Großbölting) sind mittlerweile auch die verschiedenen nationalen, regionalen und lokalen Ausstellungen in den Fokus kulturgeschichtlich inspirierter Arbeiten gelangt.² Vielversprechend erscheint darum der Ansatz Alena Janatková, die Architektur auf zwei böhmischen bzw. tschechoslowakischen Landesausstellungen zu vergleichen, die unter zwei sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen stattfanden: Während die Landesjubiläumsausstellung in Prag 1891 zur Projektionsfläche der tschechischen Nationalbewegung innerhalb der Habsburgermonarchie wurde, kann die Ausstellung der zeitgenössischen Kultur 1928 in Brünn (Brno) als Jubiläumsfeier der neugegründeten tschechoslowakischen Republik verstanden werden.

Auf der Basis von Ausstellungskatalogen sowie Beiträgen in zeitgenössischen Architekturfachzeitschriften will die Autorin ein sehr breites Spektrum von Problemfeldern darlegen. Sowohl der tschechische und der deutsche Nationalismus, die Spannung zwischen Tradition und Moderne als auch die Geschichte ostmitteleuropäischer Metropolen generell sollen anhand architektonischer Repräsentationsstrategien beleuchtet werden. Teilweise etwas unvermittelt bewegt sich Alena Janatková dabei zwischen den Ebenen der kunstgeschichtlichen Einordnung und ikonografischen Interpretation der Ausstellungsinhalte auf der einen Seite sowie der Darstellung von zeitnahen Architekturdebatten auf der anderen Seite. Sehr ansehnlich ist das illustrierende Fotomaterial, welches ein Gefühl für die Gegensätzlichkeit der zwei architekturvisionären Welten vermittelt.

Bevor sich Janatková den Ausstellungen selbst zuwendet, skizziert sie zunächst einige architekturtheoretische Prämissen und Modernevorstellungen, die allerdings sehr allgemein gehalten sind und sich zudem primär auf die tschechoslowakische Zwischenkriegszeit beziehen. Die zentralen Prinzipien waren demnach das funktionalistische Konzept des Konstruktivismus und das Leitmotiv des „Standards“, welches von der zeitgenössischen Architekturtheorie und im Einklang mit den Grundprinzipien der jungen Republik mit den Wertvorstellungen von Demokratie und sozialer Gleichheit „überfrachtet“ wurde. Wichtig ist der Hinweis auf das spannungsreiche, scheinbar paradoxe Verhältnis von Moderne und Tradition im Falle von „jungen/neuen Völkern“. Es galt die Ebenbürtigkeit der eigenen Nation durch den internationalen „Standard“ zu belegen und zugleich die nationale Identität durch den Rückgriff auf lokale Bezüge, Künstler und Materialien zu wahren.

Im Hauptteil behandelt Janatková die beiden Ausstellungen und deren Kontexte in zwei separaten Kapiteln. Großes Gewicht legt die Autorin auf die jeweiligen Vorbilder und internationalen Einflüsse der Ausstellungsgestaltung. Im Falle der Jubiläumsausstellung in Prag ist die Orientierung an der Weltausstellung in Paris 1889, unter anderem in Gestalt einer verkleinerten Replik des Eiffelturms, offensichtlich. Dieses Aufgreifen des französischen Stils als Inbegriff der Moderne kann laut Janatková auch als architektonische Distinktion zum österreichischen bzw.

² Vgl. z. B. *Großbölting*, Thomas: „Im Reich der Arbeit“. Die Repräsentation gesellschaftlicher Ordnung in den deutschen Industrie- und Gewerbeausstellungen 1790-1914. München 2008 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 21).

deutschwienerischen Historismus verstanden werden. Für die Ausstellung von 1928 standen wiederum die Internationale Kunstgewerbeausstellung in Paris von 1925 und damit die moderne Vision urbanen Wohnens Le Corbusiers aber auch die Ausstellung des Deutschen Werkbundes von 1927 in Stuttgart Pate.

Im Folgenden werden jeweils verschiedene thematische Abteilungen der Ausstellungen wie etwa der Staat, die Stadt, das städtische Wohnen und der ländliche Raum vorgestellt, was zugleich Rückschlüsse auf die Gesamtkomposition ermöglicht. Die Repräsentation des Staates bildet jeweils den Ausgangspunkt – in Prag in Gestalt der allgegenwärtigen Symbolik der böhmischen Wenzelskrone und des mit seiner Hochaltararchitektur auf den staatsnahen Katholizismus verweisenden Kaiserpavillons; in Brünn versinnbildlicht durch das Stahlbetonskelett einer Rotunde als Teil des Industriepalastes. Letzteres Baelement wird von Janatková mit dem Grundgedanken des neuen tschechoslowakischen Staates als Laboratorium und „Werkstatt der Menschlichkeit“ in Verbindung gebracht. Während für die Ausstellung von 1891 die Darstellung der ländlichen Kultur zentral war, stand 1928 die zweckmäßig standardisierte Wohnkultur als Experimentierfeld der neuen Tschechoslowakei im Mittelpunkt. Die beiden Ausstellungskapitel schließen jeweils mit Interpretationen der zeitgenössischen Fachwelt, worin beispielsweise auf die Nationalisierungsbestrebungen durch die Entwicklung einer eigenständigen tschechischen Architektur-Fachterminologie 1891 hingewiesen wird.

Janatková gelingt es, ihr zentrales Anliegen zu demonstrieren: In der Gesamtkomposition, teilweise auch an einzelnen baulichen Objekten, lässt sich weniger eine Opposition von Moderne und Tradition, sondern eine Verbindung von fortschrittlichen internationalen Entwicklungen und lokal-regionalen Elementen erkennen. Wichtig ist die Frage, inwieweit sich nationale Legitimationsmuster wandeln können. Dem starken Rückgriff auf traditionale Elemente in der Habsburgerzeit steht vordergründig die Fixierung auf einen neugegründeten, geradezu geschichtslos in die Zukunft gerichteten demokratischen Staat in der Zwischenkriegszeit gegenüber. Janatková erkennt allerdings auch hier eine kulturelle Kontinuität: Das Ideal der einfachen böhmisch-bäuerlichen Hütte erscheint nun als genügsame typisierte Wohneinheit.

Über die Wahrnehmung der Ausstellungen, über die Frage der Repräsentationen als umkämpfte Vorstellungen von der Welt oder als Herrschaftsstrategien erfährt man jedoch wenig. Nicht nur die Akteurs- und Entscheidungsebene bleibt weitgehend im Dunkeln. Insgesamt sind Deutungsfragen und -kontroversen unterbelichtet. Dass dies auch mit der auf die Fachpublikationen beschränkten Auswahl des Quellenmaterials zusammenhängt, ist der Autorin bewusst. Angesichts der Tatsache, dass die Ausstellung von 1891 eigentlich landesspezifisch böhmisch definiert war, weist Janatková selbst darauf hin, dass deren tschechische Nationalisierung erst in der Öffentlichkeit bzw. in der Presse erfolgte. Die Analyse bleibt damit weitgehend auf die Postulate der Architekten und Architekturkritiker begrenzt. Der Versuch, die tatsächliche Vermittlung, Wirkung und Rezeption der architektonischen Projekte – etwa in der Tagespresse – zumindest annäherungsweise zu bestimmen, wird nicht unternommen. Gerade für die Frage nationaler Vereinnahmung wäre auch die Berücksichtigung der deutschsprachigen Seite aufschlussreich gewesen. Somit er-

scheint auch so manche weiterführende Interpretation – ob es sich dabei um das Ideal der Einfachheit als Konstante der tschechischen Kultur oder die Entstehung einer ausdifferenzierten Architekturfachöffentlichkeit handelt – nicht ausreichend unterfüttert oder kann nur als Andeutung verstanden werden.

Trotz der Kürze der Studie eröffnet Janatková jedoch viele Felder, die als Anregungen fruchtbar sind, dabei aber noch einer stärkeren Kontextualisierung und eingehenderen Untersuchung auf einer diversifizierteren Quellenbasis bedürfen. Erst dadurch lässt sich der Schritt von der architekturtheoretischen Interpretation zu einer allgemeineren Nationalismus- und Repräsentationsgeschichte vollziehen.

Freiburg

Jos Stübner

Lönnecker, Harald: „... freiwillig nimmer von hier zu weichen ...“ Die Prager deutsche Studentenschaft 1867-1945. Bd. 1: Verbindungen und Vereine des deutschnationalen Spektrums.

SH-Verlag, Köln 2008, 344 S., 93 schwarzweiß Abb. u. 32 Farbbabb. (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 16).

Harald Lönnecker, einer der besten Kenner der Geschichte von Burschenschaften und Studenten, hat den ersten Teil einer materialreichen Monografie über die Geschichte der deutschen Studenten an der Prager Universität zwischen 1867 und 1945 vorgelegt. Der Schwerpunkt liegt dabei auch mangels Quellen zu denjenigen Studenten, die keiner Korporation angehörten, auf den Universitätssängerschaften (Barden) und den Burschenschaften, die, das wird zu Recht betont, für die politische Kultur der bürgerlichen Schichten eine Leitfunktion ausübten. Dabei ist auch in diesem Fall die Quellenlage schwierig, wie Lönnecker vermerkt. Ein großer Teil der Unterlagen wurde während der Krawalle des Jahres 1920 vernichtet, als etliche Prager Verbindungs- und Vereinshäuser von tschechischen Nationalisten verwüstet wurden. Die danach angelegten Archive gingen 1939 verloren, als der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStb) die Korporationsräume besetzte und die Korporationen aufgelöst wurden. Umso erstaunlicher ist es, was Harald Lönnecker aus den Nachlässen von Privatpersonen sowie aus Publikationen zusammentragen konnte.

Lönnecker verfolgt dabei im ersten Teil, der in einer gekürzten Version bereits im „Sudetendeutschen Archiv“ abgedruckt wurde, die Prozesse der politischen Mobilisierung, Nationalisierung und Radikalisierung der Prager Studenten zwischen 1867 und 1918, eine Entwicklung, die den generellen Desintegrationsprozess in den böhmischen Ländern auf symptomatische Weise nicht nur widerspiegelte, sondern gewissermaßen forcierte. Es waren gerade die akademischen Schichten auf beiden Seiten, die sich der nationalen Polarisierung verschrieben. Als Gründe für die Akzeptanz alldeutscher Gedanken unter den Prager Studenten nennt Lönnecker die Vorbildrolle des neu entstandenen Deutschen Reiches, die Lösung der Bindungen zwischen österreichischem Liberalismus und deutschem Nationalismus sowie ein Perzeptionsmuster, das von einer einseitigen Bevorzugung der slawischen Bevölkerung durch die Habsburgischen Regierungen ausging. Offen bleibt dabei allerdings,

inwieweit diese Radikalisierung auch eine Reaktion auf Erfolge der tschechischen Emanzipationsbewegung darstellte, in deren Folge gerade in Prag der deutsche Bevölkerungsanteil zunehmend marginalisiert wurde und seine kulturelle und wissenschaftliche Hegemonie einbüßte.

Neben den Ereignissen auf der politischen Ebene – zu nennen wären vor allem die Konflikte im Vorfeld der Universitätsteilung, die Auseinandersetzungen um die Punktationen und die Badeni-Unruhen – bietet Lönneckers Studie eine Vielzahl an Beispielen auf lebensweltlicher Ebene. Denkmalerrichtungen und Jahrestage waren allemal für Krawalle gut, in deren Zentrum immer auch die Korporationen standen. Wechselseitige Boykotte waren an der Tagesordnung, die Burschenschaften verlangten von ihren Mitgliedern schließlich gar den Boykott von tschechischem Bier! Aufgrund der unmittelbaren Kontaktsituationen in Prag und der damit verbundenen Wahrnehmung, eine bedrohte Minderheit zu sein, kam es in der Semantik politischer Begriffe zu Verschiebungen bzw. spezifischen Ausprägungen, was aus reichsdeutscher Perspektive leicht zu Missverständnissen führen konnte: „Konservativ“ umfasste im Prager deutschen Duktus z. B. auch die Konnotationen „feudal“, „klerikal“, „ultramontan“, „staatstragend“, „föderalistisch“, „slawisch“ und „rechts“, während „deutschnational“ bzw. „-freiheitlich“ mit „liberal“, „fortschrittlich“, „parlamentarisch“, „zentralistisch“, „antiklerikal“, „antisemitisch“ sowie „links“ verknüpft sein konnte. Selbstverständlich bleibt auch der Antisemitismus nicht ausgeblendet, dem Lönnecker vor allem anhand der „Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag“ und der Abspaltung der „Germania“ nachgeht.

1918 verweigerte sich auch die Studentenschaft dem neuen Staat und sah sich zunehmender Repression in Folge tschechischer Radikalisierung ausgesetzt, die allerdings an einigen Stellen recht euphemistisch dargestellt wird, so wenn von einer „Umwidmung des deutschen Böhmisches Ständetheaters in ein tschechisches“ gesprochen wird – als ob es sich dabei um einen bloßen Verwaltungsakt gehandelt hätte.

Berücksichtigt man die Krawalle tschechischer Radikaler in den Anfangsjahren der Republik, die auch eine antisemitische Dimension besaßen, dann verwundert das in der deutschen Studentenschaft vorherrschende Gefühl, in Prag wie auf einer Insel zu leben, nicht weiter. Eindrücke der Benachteiligung der deutschen und einer offenen Bevorzugung der tschechischen Hochschüler schienen in Ansätzen durchaus von Seiten der tschechischen Hochschulpolitik intendiert zu sein. Bei den Krawallen im Herbst 1920 verhielt sich nicht nur die Polizei passiv, sondern dem „Pöbel in Lackschuhen“ (F. C. Weiskopf) wurde – und darauf wäre eben auch hinzuweisen – von politischer Seite sekundiert. Der Prager Primator (Oberbürgermeister) Karel Baxa, der schon im Hilsner-Prozess eine unrühmliche Rolle gespielt hatte, rechtfertigte die Ausschreitungen als legitime nationale Manifestation.

Neben der Aufrechterhaltung der korporativen Strukturen gewann die Grenzlandarbeit an Bedeutung, die zur Wahrung kultureller Hegemonien beitragen sollte. Hinzu kamen Grenzlandfahrten reichsdeutscher Verbindungen sowie „Ostsemester“ aus patriotischer Pflicht – also ein Gastsemester in Danzig oder Prag. Die Konfliktsituation in Prag rief eine besondere Politisierung hervor, durch die sich die Prager Studenten von denjenigen an reichsdeutschen und österreichischen Hochschulen offenbar unterschieden, wobei sich gerade unter den akademischen Schich-

ten eine spezifische Flucht in den politischen Determinismus abzeichnete: Bei sozialer und politischer Deklassierung avancierten sie zu den radikalsten und kompromisslosesten Gegnern des tschechoslowakischen Staates und richteten ihre mythisch-mystischen Heilserwartungen an das neue Reich, von dem sie sich Erlösung versprachen.

Insofern erscheint die weitere Radikalisierung nach 1933 nicht erstaunlich. Die Faszination des neuen Gemeinschaftsdenkens, die eine sakralisierte Volksgemeinschaft als Zukunftsentwurf präsentierte, erfasste auch die Mehrheit der Studenten, die mit Peter Donnhäuser auch gleich einen Märtyrer erhielt. Der äußere Druck, verstärkt durch die Wirtschaftskrise und die Erfahrung alltäglicher Benachteiligung, führte zur Integration nach innen. Eine Art von Wagenburgmentalität breitete sich aus, in der der Nationalsozialismus wirkungsvolle Werbeeffekte erzielen konnte. Mit dem Anschluss an das „Dritte Reich“ kam es dann aber zur Gleichschaltung der Korporationen, die in nationalsozialistischen Organisationen wie dem NSDStb aufgingen.

Einen Blick wirft Lönnecker auch auf das Ende der Deutschen Universität in Prag, die „als eine dem tschechischen Volk feindliche Anstalt“ per Dekret von Beneš im Oktober 1945 aufgelöst wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren die Mitglieder dieser Institution, sofern sie die Phase der „wildem Vertreibung“ überlebt hatten, vielfach außer Landes. Ein Nachhall der akademischen Prager deutschen Traditionen zeigt sich in Neugründungen von Korporationen, aber auch im Collegium Carolinum.

Lönnecker hat eine sehr verdienstvolle Studie vorgelegt, die auf einer Vielzahl von Quellen aufbaut. Was ein wenig in den Hintergrund tritt, ist die tschechische Perspektive, die eher indirekt in die Untersuchung einfließt. Da aus den Quellen, Briefen, Erinnerungen, Presse- und Verbandsartikeln vor allem die Einstellungen und Perzeptionsmuster der Prager deutschen Studenten hervorgehen, würde die jeweils andere Sicht selbstverständlich eine wichtige Ergänzung darstellen. Insgesamt bleibt die Frage offen, inwieweit von Seiten der Studenten auf reale Benachteiligungen oder Repressionen reagiert wurde oder inwieweit sich eine Art Tunnelblick festgesetzt hatte, der den nationalen Gegner nur mehr in Form stereotyper Einstellungen und Erwartungen wahrnehmen konnte. Dessen ungeachtet darf man sich auf den angekündigten zweiten Band zur Prager deutschen Studentenschaft freuen.

Weimar

Steffen Höhne

Drašarová, Eva/Horký, Roman/Šouša, Jiří/Velek, Luboš (Hgg.): Promarněná šance. Edice dokumentů k Česko-německému vyrovnání před první světovou válkou. Korespondence a protokoly 1911-1912. [Vertane Chance. Edition von Dokumenten zu den tschechisch-deutschen Verhandlungen vor dem Ersten Weltkrieg. Korrespondenz und Protokolle 1911-1912]. 2 Bde.

Národní archiv, Praha 2008, 1729 S.

Das vorliegende Mammutwerk ist Teil einer umfangreichen Dokumentation der Ausgleichsverhandlungen zwischen den politischen Repräsentanten des tschechischen und des deutschsprachigen Bevölkerungsteils der böhmischen Länder im

Zeitraum von 1895 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, die von der Projektförderungsagentur der Tschechischen Republik (Grantová agentura České Republiky) unterstützt wurde und von der ein Teil bereits publiziert wurde (Band 3 soll demnächst erscheinen und den Zeitraum bis zum Ende des Weltkrieges umfassen).

Das Unternehmen segelt unter falscher Flagge, denn der Leser wird unter diesem Titel eine tschechischsprachige Dokumentation über die österreichische Zeit erwarten. Tatsächlich ist die Einleitung in Tschechisch verfasst, ebenso wie die Kopfregesten der einzelnen Dokumente; diese Teile sind aber auch ins Deutsche übersetzt und die Regesten im Anhang aufgeführt. Die dann folgenden Dokumente sind praktisch alle im damaligen österreichischen Kanzleideutsch geschrieben, das aus heutiger Sicht zahlreichen Merkwürdigkeiten aufweist. Nur tschechisch (und nicht übersetzt) sind einige Briefe und die Anmerkungen zu den einzelnen Dokumenten wiedergegeben, in denen kaum deutsche, aber alle lateinischen Begriffe der Dokumente erläutert sind. Die zahlreichen Bearbeiter haben in vielen Archiven (auf Deutsch S. 78-90) offizielle und private Dokumente ermittelt, die sich auf diese Ausgleichsverhandlungen beziehen, wobei nur ein Teil dieses Materials auch abgedruckt wurde. Die Editionsriterien entsprechen dem wissenschaftlichen Standard, indem Auslassungen und Unklarheiten bezeichnet werden, die Textwiedergabe den geltenden Regeln folgt. Allerdings sind hierbei Ausnahmen zu verzeichnen, denn im Text wird manchmal die Originalschreibweise („giebt“ statt „gibt“) verwendet und sogar durch ein Ausrufezeichen bekräftigt, wo es sich entweder um zeitbedingte Schreibweisen oder offensichtliche Schreibfehler handelt. Lesefehler sind nur zu vermuten, etwa wenn „Kampfluft“ steht, wo im Original ein „gotisches spitzes s“ zu vermuten ist (S. 231), oder „säen“ statt „sehen“ zu lesen wäre (S. 1031). Die durchgehend paginierte Ausgabe ist aus technischen Gründen in zwei Bänden gedruckt worden, so dass alle Register im „zweiten“ Band vorliegen.

Inhaltlich dokumentiert die Edition die Bemühungen des Statthalters Franz Anton Graf (ab 1911 Fürst) Thun-Hohenstein, im vorliegenden Zeitraum eine Reform der böhmischen Landesverfassung zu erreichen, um die unselige Blockade des böhmischen Landtags durch die deutschböhmischen Abgeordneten zu beenden („Obstruktionsterrorismus“, S. 56) und die publizistischen Streitereien der tschechischen und deutschböhmischen Öffentlichkeit zu beenden. Gegenstand dieser Konflikte war hauptsächlich die „Sprachenfrage“, weil die tschechische Seite für das gesamte Königreich Böhmen die Zweisprachigkeit in dem Ämtern forderte, die es ermöglicht hätte, im ganzen Land Eingaben in tschechischer Sprache zu machen, die deutschböhmische Seite dagegen eine Teilung des Landes in einen deutschsprachigen und einen „gemischten“ Teil erzwingen wollte, um den tatsächlich bestehenden Zustand („nationale Besitzstandswahrung“) auch rechtlich festzuschreiben. Diese Frage berührte auch die Vertretung der Bevölkerung im Landtag, in dem noch die ständischen Vorrechte galten, die durch das allgemeine Wahlrecht bedroht waren. Eine Rolle spielte nicht zuletzt die Würdigung der Eigenständigkeit des Königreiches Böhmen innerhalb der Habsburgermonarchie, da Kaiser Franz Joseph seine Krönung zum König von Böhmen stets verweigert hat. Zwar wurden die eigentlichen Verhandlungen nur von wenigen Personen geführt, aber hinter ihnen standen größere Gruppen und tiefgehende Gegensätze: Der Wiener Hof (vom Kaiser und

Thronfolger, über den Ministerpräsidenten bis zu den Bürokraten) vertrat die gesamtstaatlichen Interessen; die Verhandlungsführer der deutschböhmischen und der tschechischen Seite waren meist Abgeordnete im Reichsrat oder Landtag oder anerkannte Vertreter ihrer Bevölkerungsgruppe. Sie standen jedoch in Verbindung mit militanten nationalen Gruppen (etwa dem „Deutsche Volksrat“ in Reichenberg unter Wenzel Titta oder Vertretern der Jungtschechen), die über die Presse Druck ausübten und das Verhandlungsklima belasteten.

Unter der umsichtigen Leitung des Statthalters, dessen Geduld und Vermittlungsgabe Bewunderung abnötigen, fanden im Betrachtungszeitraum zahlreiche offizielle und auch private Treffen statt, in denen teils auf Grundsatzpositionen beharrt, teils in kleinschrittigen Vorschlägen eine Annäherung der Standpunkte gesucht wurde. Zum Sachstand der Gespräche sei auf die Dokumente 200 und 226 verwiesen. Die Einzelheiten der Gespräche, die minutiös protokolliert worden sind, wirken ermüdend; wäre nicht ausdrücklich die Vollständigkeit der Dokumentation angestrebt worden, so hätte eine Straffung und Zusammenfassung der Zwischenschritte der besseren Lesbarkeit gedient. Die mühsamen Erörterungen verdienen weniger Erwähnung als die Gesamtsituation der beiden Bevölkerungsgruppen, die den Hintergrund für diese Gespräche bildete: Sie waren von grundsätzlichem Misstrauen und der Angst bestimmt, von der jeweils anderen Seite übervorteilt zu werden; dazu kam die Furcht vor den eigenen radikalen „Konnationalen“, die jedes Nachgeben im Detail als „Verrat der nationalen Interessen“ in der Öffentlichkeit geißelten. Die Angst vor Veränderungen durchzieht alle Äußerungen der deutschböhmischen Seite und obgleich einzelne Gesprächspartner privat durchaus Verständnis für die tschechischen Forderungen zeigten (S. 1439), gaben sie sich in den offiziellen Treffen meist unnachgiebig. Eindringlicher kann die Gesamtsituation eines „failing state“ kaum belegt werden. Erhellend wirken dann die manchmal bissigen Bemerkungen des Statthalters über seine Gesprächspartner, denen er (in einem Brief an seinen Bruder) Falschheit, Heuchelei, Unzuverlässigkeit und Feigheit vorwarf und beklagte, dass sie sich den „Hetzern“ im eigenen Lager unterworfen hätten (S. 1477). Die manchmal geäußerte Vorstellung, man sei einer Einigung um Haaresbreite nahe gewesen, entbehrt vor diesem Hintergrund jeder Berechtigung.

Mitunter schimmert aber auch die Einsicht durch, aus ökonomischen Gründen zu einer Einigung kommen zu müssen: Die Frage der Lehrergehälter spielt dabei eine Rolle, denn deren Erhöhung musste im Landtag beschlossen werden, der aber wegen der deutschböhmischen Obstruktion handlungsunfähig war; die Verquickung von sozialen Fragen mit der alles durchdringenden Sprachenfrage ist hier offensichtlich. Der Leser gewinnt den Eindruck, dass das Erlernen der tschechischen Sprache durch die führenden Vertreter der Deutschböhmen einen weitaus geringeren Aufwand bedeutet hätte, als alle ihre Winkelzüge gegen diese verhasste Sprache ihrer Nachbarn im Lande. In seinem Vorwort verweist Luboš Velek mit Recht darauf, dass diese Gesamtsituation ein großes „Frustrationspotential“ (S. 57) beinhaltet habe, das sich später in der Gesetzgebung der Tschechoslowakischen Republik gegen die Deutschböhmen/Sudetendeutschen entladen sollte.

Insgesamt liegt mit der Dokumentation eine respektable Leistung der tschechischen Kollegen vor, die einen tiefen Einblick in den verfahrenen Zustand der Habs-

burgermonarchie vor dem Ersten Weltkrieg erlaubt; den Beteiligten war zumeist klar, dass der Staat am Abgrund stand, aber diese Erkenntnis wurde nicht in eine praktikable Politik umgesetzt, sondern verdrängt und mit heuchlerischen Beschlüssen überdeckt: Der tatsächliche Abbruch der Gespräch wurde dann auch als „Ver-tagung“ ausgegeben (S. 1408).

Köln

Manfred Alexander

Wörster, Peter (Hg., unter Mitarb. von D. M. Goeze): Universitäten im östlichen Mitteleuropa. Zwischen Kirche, Staat und Nation – sozialgeschichtliche und politische Entwicklungen.

Oldenbourg, München 2008, 309 S. (Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa 3).

Bereits der Titel des Tagungsbandes deutet dessen extensive thematische Breite und den gewaltigen zeitlichen Rahmen an, den dieser in den Blick nimmt: Er reicht vom späten Mittelalter bis in unsere Gegenwart. Zwischen dem Jahr 1999, in dem die Konferenz stattfand, zu der die Idee noch von Ferdinand Seibt ausgegangen war, und der Herausgabe des dazugehörigen Bandes sind ganze 10 Jahre vergangen; ein Jahrzehnt, das gerade im Bereich der Forschungen zur Universitätsgeschichte zu den produktivsten gehörte, und zwar auch in dem hier untersuchten Teil Europas. Das machte selbstverständlich eine thematische Ergänzung und – auch wenn keineswegs der Anspruch erhoben wurde, auf die gesamte neu erschienene Literatur zu reagieren – die Hinzunahme einiger Aspekte notwendig. Darüber hinaus musste der Kreis der Autoren erweitert und modifiziert werden, zumal einige der ursprünglich an dem Projekt Beteiligten bereits nicht mehr unter uns sind, wie der genannte Ferdinand Seibt, Helmut Slapnicka und Emanuel Turczynski.

In seiner Einführung (S. 11-18) geht es Peter Wörster weniger um eine Zusammenfassung des Forschungsstandes als darum, die Problemfelder zu umreißen, die im Band angesprochen werden. Dazu gehören die Typologie der „Gründungswellen“ von Universitäten, die Entstehung und die Koexistenz alter und neuer Universitätstypen, die Beobachtung einzelner Universitäten über einen langen Zeitraum mit dem Akzent auf den Entwicklungstrends und auf deren Vergleich. Weitere Themen sind Universitäten als „universitates“, die Landes- und Staatsgrenzen, nationale und sprachliche Grenzen überschreiten und als Träger und Beförderer des kulturellen Austausches sowie als vermittelnde Institutionen für Ideen und wissenschaftliche Erkenntnisse fungieren. Nicht zuletzt wird die Problematik der Exiluniversitäten angesprochen, die für Prag insbesondere während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Bedeutung hatten.

In dem folgenden Text von Ferdinand Seibt (S. 19-35) wird eine ganz anders strukturierte Palette von Fragen und Problemen entwickelt. Seibt weist zunächst auf die chronische Absenz großer europäischer Synthesen zur Universitätsgeschichte hin und erinnert an die Unvollkommenheit, ja das geradezu „Mosaikhafte“ der sich seinerzeit in Entstehung befindlichen Überblickswerke. Für Ost- und Ostmitteleuropa sei dieses Fehlen noch viel offensichtlicher. Die allgemein vertretene These vom Transfer des Universitätsmodells von West nach Ost – bei der der Prager Gründung

von 1348 eine Schlüsselrolle zugesprochen wird – relativiert und hinterfragt Seibt dann mit einer Reihe von Hinweisen und Argumenten. So verschiebt er zum Beispiel die „Grenze des Westens“, die traditionell am Rhein verortet wird, für das 14. Jahrhundert mit Blick auf die Landkarte zeitgenössischer Universitätsgründungen um 200 Kilometer weiter nach Westen. In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass die Synergieeffekte zwischen der Verbreitung von Universitäten und Bettelorden noch nicht ausreichend erforscht sind, und verweist damit auf die Unhaltbarkeit des traditionellen Verständnisses von Universitätsgeschichte. Im Sinne früherer Forschungen von Peter Moraw betont Seibt ferner die Einzigartigkeit des „Prager Typs“, in dem die so genannte Magisteruniversität nach Pariser Modell und die Studentenuniversität nach dem Vorbild von Bologna miteinander verbunden wurden. Als Forschungsdesiderat bezeichnet Seibt unter anderem einen detaillierten Vergleich der Institution der Universitätsnationen und die Frage, nach welcher Logik diese bei der Pfründenverteilung berücksichtigt wurden, im weitesten Sinne aber eine genaue Bezeichnung dessen, was im Allgemeinen unter dem Begriff der „europäischen Universität“ verstanden wird.

Der Band ist in einem gedachten Bogen aufgebaut, der allerdings gegenläufig zur historischen Entwicklung angeordnet ist: Er beginnt in Russland und gelangt über Polen und Preußen nach Österreich bzw. Österreich-Ungarn. So befasst sich die erste Einzelstudie des Bandes aus der Feder von Klaus Meyer (S. 36-47) mit der Gründerzeit der russischen Universitäten während der Reformepoche unter Zar Alexander I., als in rascher Folge die Universitäten in Dorpat/Tartu (1802), Wilna/Vilnius (1803), Kazan' (1804) und Charkov (1805) entstanden oder erneuert wurden – nur die Moskauer Universität existierte schon früher. Diese Universitäten bildeten dann gewissermaßen einen „Ring“ mit Moskau in der Mitte, symbolisch ausschließlich im europäischen Teil Russlands situiert; die erste Universität in Sibirien wurde erst 1888 in Tomsk eingerichtet. Im Falle von Dorpat lässt sich allerdings eine Kontinuität zu der vorangegangenen 1632 von den Schweden gegründeten „Academia Gustaviana“ nachweisen – mit den ununterbrochenen Bemühungen der baltischen Aristokratie, in dieser Region eine ständische Universität zu erhalten bzw. zu erneuern, für deren Erfolg es in der Zeit Katharinas II. und gegen Ende der Regierung Pauls I. viel versprechende Anzeichen gab. Unter den russischen Hochschulen stellte die Universität mit deutscher Unterrichtssprache, die im Jahr 1802 erneuert wurde, eine Ausnahme dar. Anfänglich fand sie zwar unter den heimischen Eliten keine vollständige Akzeptanz, doch schließlich wurde sie zum Sonderfall auf Dauer, wo selbst die sonst verbotenen Burschenschaften zugelassen waren.

Sirje Tamul knüpft mit ihrer Studie zu den Studienstiftungen an der Universität Dorpat direkt an Mayers Beitrag an, zeitlich geht sie bis ins Jahr 1918 (S. 49-73). Es handelt sich hier zwar um eine überwiegend beschreibende Mikrostudie, allerdings liefert diese mit exakten Daten aus Archivquellen wertvolles Material für weitere vergleichende Untersuchungen. In Dorpat bleibt auch der folgende Beitrag von Csaba János Kenéz (S. 75-83), der auf der Zeitachse wieder ein Stück nach vorne wandert und dem Leser vor Augen führt, welche Bedeutung die Transformation der dortigen Universität für den neuen estnischen Nationalstaat hatte, ganz ähnlich wie es im Falle der Rigaer und der Universität Kaunas für Lettland bzw. Litauen war

(hier spricht der Autor irrtümlich von Vilnius/Wilna, wo in der Zwischenkriegszeit allerdings die bereits von Stefan Batory gegründete polnischsprachige Universität bestand, S. 75). Noch 1920 wurden hier 53 Prozent der Lehre in deutscher und russischer Sprache abgehalten, 1930 betrug der Anteil dieser beiden Sprachen bereits nur noch 10 Prozent und Ende der 1930er Jahre stellten Esten dann ganze 83 Prozent des Lehrkörpers. Erst in dieser Zeit allerdings bildete sich eine estnische wissenschaftliche Terminologie heraus. Ein Zeichen der dynamischen, hinsichtlich ihrer Qualität indessen uneindeutigen Entwicklung der estnischen „nationalen Wissenschaft“ war auch die Gründung einer eigenständigen technischen Hochschule in Reval/Tallinn im Jahr 1936. In dieser Zeit entstanden – ähnlich wie bei den anderen baltischen Nationen – die grundlegenden Kompendien zur estnischen Geschichte und Literatur, die, oft als wertvolle, versteckte Raritäten, auch in der sowjetischen Zeit ihre Bedeutung bewahrten. Es ist bezeichnend, dass noch vor 1945 etwa 50 Prozent der dortigen Professoren in den Westen emigrierten; für die junge, neu entstandene estnische Wissenschaft stellte das gleich in ihren Anfängen einen gewaltigen Aderlass dar, der sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs fortsetzte.

Der folgende Beitrag bringt ein Porträt der pommerschen Universität Greifswald in den Jahren 1630-1720, d.h. größtenteils zur Zeit der schwedischen Herrschaft (S. 85-103). Herbert Langer ordnet hier die Greifswalder Universitätsgeschichte in den breiteren Kontext der schwedischen Bildungspolitik ein, zu deren Zielen – im Unterschied zu Dorpat – keine „Suedisierung“ gehörte. Auch wenn diese Universität im 17. Jahrhundert den größten Anteil schwedischer und finnischer Studenten verzeichnete, die an deutschen Hochschulen studierten (insgesamt 20 Prozent), blieben die Deutschen im Professorenkollegium doch stets in der Mehrheit. Allerdings führte die unzureichende finanzielle Ausstattung zu einem schwankenden Niveau von Forschung und Lehre, ja zu Unterdurchschnittlichkeit, die begleitet war vom rigiden Festhalten an der *Confessio Augustana*, die den offiziellen Geist der schwedischen Kirchenpolitik bestimmte und keinerlei theologische Abweichung zuließ.

Die nächste Station auf dem gedachten thematischen Bogen bildet Iselin Gundermanns Studie zu den brandenburgisch-preußischen Universitätsgründungen (S. 105-126) von der Gründung der Viadrina in Frankfurt/Oder 1506 bis zur Neugründung der Bonner Universität 1818, die die geschlossene Duisburger Hochschule ersetzte. Der kurze Überblick, der von illustrierenden Details durchzogen ist, ist von dem Bemühen gekennzeichnet, die verschiedenen wissenschaftlichen Traditionen zu identifizieren, bzw. Neuerungen und Durchbrüche festzuhalten (so wurde Dorothea Erxleben 1754 an der Universität Halle als erste Frau im Fach Medizin promoviert) sowie Reformunternehmen zu verfolgen. Hier knüpft die Fallstudie von Helmut Neubach über die Königliche Akademie zu Posen/Poznań (1903-1918) an, in der er den vergeblichen Versuchen nachgeht, in Posen eine vollwertige Universität zu gründen, in dieser Zeit bereits mit deutlicher antipolnischer Ausrichtung – gewissermaßen als östlicher Antipode zur Straßburger Universität. Worauf der Autor nicht mehr eingeht, ist die Tatsache, dass gerade diese Zielsetzung die entscheidende Rolle bei der Konstruktion der historischen Traditionen der „Reichsuniversität“ in Posen spielte, die im Jahr 1941 gegründet wurde. Strittig ist allerdings, ob die dem

Posener Scheitern nachfolgenden Gründungen der Technischen Hochschulen in Danzig/Gdańsk (1904) und Breslau/Wrocław (1910) bzw. auch die Transformation der Königlichen Akademie im ermländischen Braunsberg/Braniewo (1912) als gewissermaßen direkte bzw. kollaterale Effekte der Posener Unternehmung zu bezeichnen sind, wie es der Autor tut (S. 144), oder ob es sich dabei eher um einen Ausdruck der erstarkenden Politik der „Hebung des Deutschtums“ im Osten Deutschlands handelte. Leider kann der Aufsatz aus der Feder des Lubliner Historikers Henryk Gmiterek (S. 145-164) über die für die polnische Universitätsgeschichte so wichtige Gründung der „Academia Zamojska“ in Zamość (1594-1784) das Fehlen eines komparativen Beitrags zu den polnischen Universitäten nicht ausgleichen. Zudem vermisst man hier einen Anmerkungsapparat, und das obwohl die Studie ganz offensichtlich auf der Grundlage eines repräsentativen Korpus von Handschriften und gestützt von Sekundärliteratur entstanden ist. Das ist umso bedauerlicher, als es sich bei diesem Text um die bisher einzige Arbeit zu diesem Thema handelt, die in deutscher Sprache vorliegt!

Erst im zweiten Teil des Bandes – und somit in chronologischer Hinsicht nicht ganz organisch – folgt die komparativ angelegte Studie von Franz Machilek (S. 165-193), in der dieser die Rolle der Kirche bei den Universitätsgründungen in Prag (1348) und Erfurt (1379 bzw. 1392) vergleicht. Die übereinstimmenden Motive bei ihrer Gründung stehen begrifflicherweise im Kontrast zu der weiteren Entwicklung: Während die zurückgestutzte und allmählich degradierte Prager Universität ohne Zweifel zur „ersten Akademie der Reformationszeit“ avancierte (František Šmahel), wurde ihre Erfurter „Tochter“ (die später ein sehr breites Spektrum katholischer Traditionen und eine milde Kritik an den Verhältnissen in der Kirche sowie einen entschiedenen Konziliarismus repräsentierte) mehr als hundert Jahre danach zur ersten deutschen Universität, an der beide Konfessionen vertreten waren.

Die Reihe der den österreichischen Universitäten gewidmeten Beiträge wird von einer Studie zur rechtlichen Stellung der Universitäten im alten Österreich (von den Thunschen Reformen bis zum Jahr 1918) eröffnet, die Helmut Slapnicka mit der ihm eigenen Sorgfalt verfasst hat (S. 195-207). Allerdings wird die konkrete Implementation der einzelnen Reformen, abgesehen von den rechtswissenschaftlichen und den theologischen Fakultäten, in dem synoptischen Überblick ausgeblendet. Störend sind hier einige chronologische Irrtümer, z.B. im Zusammenhang mit der Überführung der Pester Universität aus dem Geltungsbereich der österreichischen Universitätsgesetze (S. 205).

Den Beitrag über die Stellung und Bedeutung der Czernowitzer Franz-Josephs-Universität im Rahmen der cisleithanischen Universitätslandschaft hat – in Fortführung seiner vorangegangenen Arbeiten und in Anknüpfung an die Literatur, die zum 120-jährigen Gründungsjubiläum dieser Universität (1998) erschienen ist –, der mittlerweile verstorbene Emanuel Turczynski verfasst (S. 209-225). Auch in diesem Beitrag klingen sentimentale Töne über die verschwundene Welt an, die nie zurückkehren wird, und es werden die Momente betont, die diese östlichste „k. k. akademische Strafkolonie“ ohne Zweifel auszeichneten. Sie habe zu jenen „komplexen adaptiven Systemen“ (S. 225) gehört, die einen wichtigen Beitrag zur Hebung des Bildungsniveaus der orthodoxen Geistlichkeit, zur höheren Bildung der Ostjuden,

der ukrainischen (ruthenischen) und rumänischen Eliten und zur Pflege der Wissenschaft in deren Sprachen leisteten. Weniger stark werden andere positive Auswirkungen dieser außergewöhnlich integrativen Universität akzentuiert: etwa der einfachere Weg zur Habilitation und Professur, den der „Umweg über Czernowitz“ bot und den aus pragmatischen Gründen nicht nur deutsche Österreicher, sondern auch einige Tschechen vor allem in den Jahren 1875-1882 wählten, als in Prag noch keine eigenständige tschechische Universität existierte.

Die Bedeutung der Universitäten für den Prozess der Emanzipation der Juden und deren Stellung an den Hochschulen ist das Thema des Beitrags von Rudolf Wlaschek (S. 227-233), dem er am Beispiel Prags im 19. und 20. Jahrhundert nachgeht. Allerdings werden hier lediglich bekannte Fakten zusammengefasst, neuere Arbeiten, die zu diesem Thema in den letzten Jahren erschienen sind (u. a. von Jiří Pešek, Alena Míšková und Ota Konrád) haben nur ausnahmsweise Aufnahme in die Darstellung gefunden.

Einen Platz für sich nehmen in dem Sammelband die Beiträge zur Geschichte der ungarischen Universitäten ein, die ganz unterschiedlich angelegt sind. Zunächst skizziert der langjährige Archivar der Budapester Loránd-Eötvös-Universität, László Szögi, der ein ausgewiesener Kenner dieses Themenfelds ist, den Ablauf der wichtigsten Gründungswellen der ungarischen Universitäten vom späten Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert (S. 235-267), d. h. von der Universitätsgründung des Hauses Anjou in Pécs/Fünfkirchen im Jahr 1367 über den ersten Anlauf, eine Universität in Buda zu schaffen, und die bedeutende Episode der Academia Istropolitana in Bratislava/Poszony/Pressburg bis hin zu den konfessionell motivierten Universitätsgründungsversuchen in der Folge von Reformation und Gegenreformation. Besonderer Stellenwert kommt hier der jesuitischen Universität von Trnava/Nagyszombat/Tyrnau zu, die im Jahr 1635 eröffnet und nach ihrer Säkularisierung 1777 nach Buda verlagert wurde und die älteste, kontinuierlich existierende Universität im ungarischen bzw. magyarischen Kontext war. Máté Tamáska indessen legt eine methodologisch innovative und inspirierende Mikrostudie über die Migration ungarischer Studenten an die Universität Wittenberg im Verlauf des 16. Jahrhunderts und deren Folgen für die Durchsetzung reformatorischen Ideenguts vor (S. 269-293), die allerdings im einführenden Teil von bekannten Fakten, ja Banalitäten überfrachtet ist. Seine Anwendung des allgemeinen Modells der Entstehung und des Ertrags neuer wissenschaftlicher Strömungen und Theorien, das von dem amerikanischen Soziologen N. C. Mullins formuliert wurde, auf die Aufnahme der Ideen der Reformation in Ungarn, die sich über die ungarische Gemeinde in Wittenberg vollzog, erscheint zwar einigermaßen überzeugend, muss aber keineswegs mit anderen Fällen von Ideentransfer korrespondieren – vor allem nicht, sofern mehrere Entstehungsorte für die reformatorischen Traditionen und ihren Transfer vom Zentrum an die Peripherie bestanden, wie es etwa bei den konkurrierenden Strömungen der Reformation in den böhmischen Ländern der Fall war.

Man kann den Sammelband sicher aus vielen Gründen kritisch beurteilen: Er ist sowohl thematisch als auch, was die Qualität der einzelnen Beiträge betrifft, durchaus heterogen, die geografische Auswahl ist selektiv und zudem asymmetrisch. Doch liefert eine Reihe der hier veröffentlichten Studien wichtiges Material für den Ver-

gleich in einem bislang vernachlässigten Referenzrahmen und kennzeichnet dabei „weiße Flecken“, die einer Bearbeitung harren. In manchen Themenbereichen geschieht das bereits in ungezählten Detailstudien – z. B. zur Rolle und Bedeutung der Juden an den Universitäten Ost- und Ostmitteleuropas oder zur Nationalitätenfrage an den Hochschulen. Der Ruf nach einer Synthese indessen bleibt nach wie vor ungehört.

Prag

Miroslav Kunštát

Kolář, Pavel: Geschichtswissenschaft in Zentraleuropa. Die Universitäten Prag, Wien und Berlin um 1900.

Akademische Verlagsanstalt, Berlin 2008, 2 Bde., 580 S. (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert 9).

Grundlage des Buches ist eine überarbeitete Prager Dissertation von 2002/3. Dass seitdem erschienene Literatur nicht mehr in größerem Ausmaß aufgenommen werden konnte, ist durchaus bedauerlich, sind doch zwischenzeitlich einige wesentliche Arbeiten zum Thema veröffentlicht worden, deren Rezeption durch Kolář sicher lesenswert gewesen wäre.¹ Das unnötigerweise in zwei Halbbände unterteilte Buch besteht aus einer Einleitung, drei großen Kapiteln, einer Zusammenfassung und dem Anhang mit Register. Jedes der großen Kapitel ist einer der untersuchten Universitäten in Prag, Wien und Berlin gewidmet und folgt demselben Aufbau: An eine Darstellung des „disziplinären Feldes“ (Bourdieu) der Geschichtswissenschaft schließt sich die Analyse der einzelnen historischen Fächer an. Die Behandlung der drei Universitäten entspricht nicht streng proportional deren Größe, vielmehr steht die kleine Deutsche Universität in Prag eindeutig im Vordergrund und nimmt im ersten Halbband über 220 Seiten ein, während die Abschnitte zu den großen Universitäten Wien und Berlin im zweiten Halbband nur jeweils etwa 120 Seiten Umfang aufweisen. Das könnte – der Leser erfährt es leider nicht – auf eine Vorliebe des Autors oder die Quellen- und Literaturlage zurückzuführen sein. So wird beispielsweise der Briefwechsel der Ordinarien zwischen Wien und Berlin nicht so ausgiebig referiert wie zwischen Wien und Prag, vermutlich weil sich die Beziehungen zwischen den letzteren zwei Universitäten aus historisch verständlichen Gründen intensiv gestalteten und das entstandene „Historikernetzwerk“ (S. 33) dementsprechend mehr Quellen hinterließ. Auch darf bemerkt werden, dass die zeitliche Eingrenzung „um 1900“ im Buchtitel zu eng gefasst ist, denn es wird die Zeitspanne von circa 1880/90 bis 1938 behandelt.

Kolářs Ziel ist es,

[...] am Beispiel von drei deutschsprachigen Universitäten Zentraleuropas [...] die institutionellen und intellektuellen Wandlungen der Disziplin während der „zweiten Phase“ der

¹ So: Stoy, Manfred: Das Österreichische Institut für Geschichtsforschung 1929-1945. Wien, München 2007 (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Erg.-Bd. 50).

Institutionalisierung und Verwissenschaftlichung [...] längsschnittartig zu beschreiben und dabei eine Interpretationsperspektive anzubieten, in deren Mittelpunkt institutionelles Handeln und fachliches Selbstverständnis individueller Historiker stehen. (S. 14)

Dabei geht er von der Annahme aus, dass die

[...] Transformation der Geschichtswissenschaft um 1900 [...] weder Folge mächtiger äußerer Strukturen noch Ergebnis rein ideeller Bewegungen der Wissenschaft [war], sondern [...] aus dem praktischen Handeln individueller Wissenschaftler

resultierte (ebenda). Dementsprechend interessiert sich Kolář für die „individuellen Akteure und ihr alltägliches Handeln“ (S. 16), für deren „Idealentwürfe“ und „Strategien [...], die sich auf die Konstruktion der Selbstverständlichkeit und Dauerhaftigkeit neuer Institutionen, Forschungsgebiete, Konzepte oder Methoden beziehen“ (S. 17). Die „normative Praxis des Definierens [...], die die Grundlagen wie auch die Grenzen der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit, des Forschens, Schreibens und Lehrens“ schaffte, steht im Vordergrund.

Dem Autor gelingt mit seinem handlungsorientierten Untersuchungsansatz, einer überzeugenden Kombination aus Institutionengeschichte, problemorientierter Lehrfach- bzw. Disziplinengeschichte und auch Mentalitätsgeschichte, die zudem von biografiegeschichtlichen Aspekten durchsetzt ist, eine spannende Analyse der damaligen Handlungsvielfalt sowie der teilweise heftig umkämpften „Spezialisierung“ und ihrer Institutionalisierung innerhalb der Geschichtswissenschaft. Dieses Zusammenführen – zumal bei einem sich auf drei Staaten erstreckenden „internationalen“ Thema, das drei unterschiedliche universitäre Historikermilieus umfasst, die jedoch mit „analogen Problemen“ (S. 511) zu kämpfen gehabt hätten –, hebt das Buch deutlich unter bisherigen Universitäts-, Disziplin- oder Institutionsgeschichten hervor. Es wird vor allem keine von einem Institutsmitglied erstellte „harmonisierende Innensicht“ eines Instituts geboten, und so sind etwa die Ausführungen zum Wiener „Österreichischen Institut für Geschichtsforschung“ weitaus interessanter zu lesen als das zuletzt von Manfred Stoy gebotene, von Apologien durchsetzte Bild. Und obwohl Kolář bei einigen der Fächer kein „Insider“ ist, hat er sich in die Materie bemerkenswert gut eingearbeitet. Das gilt beispielsweise für die Kapitel zum Wandel der Lehrfächer an der Universität Wien und an der Deutschen Universität in Prag, wo etwa die Ausführungen zur Österreichischen oder Tschechoslowakischen Geschichte, zu den Historischen Hilfswissenschaften, zur Wirtschafts- und Siedlungsgeschichte oder zur Osteuropäischen Geschichte zu nennen wären. Bei letzteren zwei Fächern wird zum Beispiel das Bild von Josef Pfitzner, der einen schnellen Aufstieg erlebte und mit seiner „Strategie der Vielseitigkeit“ (S. 522) (als Historiker) letztlich scheiterte, wesentlich bereichert, denn es bewegt sich abseits der oft vorherrschenden Extreme von Verurteilung oder Apologie. Kolářs Ausführungen zeigen allerdings auch, dass eine eingehende und umfassende Untersuchung der Arbeiten Pfitzners noch aussteht. Für den Fall der Universität Wien zeigt Kolář, warum es (bis heute) keinen eigenständigen Schwerpunkt auf der Geschichte Böhmens gibt: Diese ist bei der Fachausdifferenzierung zwischen Südosteuropäischer (Balkan), osteuropäischer (Russland) und „Österreichischer Reichsgeschichte“ gewissermaßen verloren gegangen. Wie Kolář insgesamt die Wege der fachlichen „Spezialisierung“ analysiert, erscheint überzeugend und ist trotz des trockenen Themas spannend zu

lesen. Bemerkenswert ist seine Feststellung, dass die „meisten methodologischen Neuerungsversuche im Bereich der Geschichte des Mittelalters statt[-fanden], die somit ihre ‚Avantgarde-Rolle‘ als Innovationsreservoir auch in die Zwischenkriegszeit hinein behielt“ (S. 513). Ebenfalls diskussionswürdig ist das von Kolář mehrfach erwähnte Eindringen der „Volksgeschichte“ in die historischen Fächer, das trotz einiger vorhandener Untersuchungen sicher noch genauerer Klärung bedarf, ebenso wie etwa die Feststellung, Otto Brunner sei ein „aktiver Verfechter“ der „Volksgeschichte“ gewesen (S. 531). Zu diesem Problembereich sei noch bemerkt, dass Kolář frei von einem Gestus der Entlarvung oder Aufdeckung arbeitet, aber die wesentlichen politischen Determinanten nicht außer Acht lässt.

Beeindruckend ist Kolářs Darstellung der oftmals kontroversen Berufungs- und Habilitationsverfahren und der Wirksamkeit der personellen Netzwerke, wobei die verschiedenen fachlichen Positionen der einzelnen Fachvertreter insgesamt wieder gut herausgearbeitet werden. Manche Einschätzung mag im Detail nicht zutreffen, so zeigen die Berufungsverhandlungen 1929 in Wien, dass Harold Steinacker eben nicht mehr als „starker, etablierter Diplomatiker“ (wie S. 283 postuliert) galt, und dementsprechend nicht durchgesetzt werden konnte. Schade ist, dass S. 69-75 die gescheiterten Habilitationsversuche der deutschjüdischen Historikerin Käthe Spiegel 1931 und 1936 in Prag nicht erwähnt werden (siehe *Bohemia* 48 [2008] H. 1, 301-303). Von großem Interesse wäre in diesem Zusammenhang die Frage nach der Genese der entsprechenden Kommissionen, die Kolář offen lässt.

Die Problematik der Netzwerke führt zu einem Hauptanliegen des Buches, nämlich das von verschiedenen fachlichen, institutionellen und auch persönlichen Motiven gespeiste „praktische Handeln individueller Wissenschaftler“, meistens Ordinarien, zu erkennen und es als eine Haupttriebfeder bei der „Transformation der Geschichtswissenschaft“ sichtbar zu machen. Diese personengeschichtliche Komponente der Handlungsstrategien in den Rahmen einer Disziplin- und Institutionengeschichte zu stellen und fruchtbar zu machen, ist dem Autor bestens gelungen. Hierzu hat er gewinnbringend die Nachlässe der damaligen Akteure durchgesehen und so auch viele Aussagen aus privaten Briefen gewonnen. Den Akteuren ordnet Kolář ein „wissenschaftliches Prestige“ aus institutionellem und symbolischem Machtkapital zu, das sie durch ihre Arbeiten und berufliche Stellung akkumuliert hätten und im „disziplinären Feld“ einsetzen konnten. Es gelingt dem Autor insgesamt gut, sich dem „Habitus“ damaliger Ordinarien anzunähern – auch wenn der „IfÖG-Habitus“ (S. 529; IfÖG, Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Wien) etwas schwammig bleibt – und ihre Wege der Konsensfindung und Konfliktbewältigung aufzuzeigen. Bei den Handlungen der Ordinarien unterscheidet Kolář drei „Grundtypen von Durchsetzungsstrategien“ (S. 518): Erstens einen „radikale[n] Bruch mit der herrschenden Tradition, eine offene ‚Häresie‘, die oft mit einer bisher ungewöhnlich scharfen Kampfsprache verbunden war“. Dieser Typus des „arrivierten Häretikers“ (Bourdieu) war Kolář zufolge in Prag nicht anzutreffen. Zweitens eine „gemilderte Kritik an der Fachtradition“ und eine „Suche nach neuen Themen und Methoden, die nicht in einen fundamentalen Gegensatz zur Fachtradition gerieten“. In Prag sind etwa Emil Werunsky, teilweise Theodor Mayer oder Josef Pfitzner zu nennen. Und schließlich drittens eine „Durchsetzung neuer For-

schungsideen bei einer stark gemäßigten bzw. partiellen Traditionskritik und gleichzeitiger Bewahrung der Zugehörigkeit zur vorherrschenden Fachrichtung“, die in Prag etwa von Harold Steinacker, Hans Hirsch, Heinz Zatschek, Victor Ehrenberg und Heinrich Swoboda verkörpert wurde.

Kolářs Ergebnisse führen zu der Frage, wie fachlich „innovativ“ die damaligen „Neuerer“ tatsächlich gewesen sind. Sicher ist, dass Innovationsschübe in den Geisteswissenschaften schwer messbar sind und der Typus des „arrivierten Häretikers“ im Habitus auch sehr konservativ sein konnte. Von größerem Gewicht scheint mir aber der Zweifel, ob die von Kolář postulierte „fundamentale [!] Umgestaltung der Disziplin“ in der Geschichtswissenschaft um 1900 an den Universitäten überhaupt stattgefunden hat (S. 511). Das mag sicherlich von der Interpretation des Betrachters abhängen, aber die Frage ist zulässig, ob die nicht sehr zahlreichen „arrivierten Häretiker“ nicht weniger die Fundamente (!), also die Methoden der Geschichtswissenschaft, als vielmehr deren Forschungsthemen „umgestaltet“ haben.

Kleine Mängel des Buches sind bei einer Neuauflage leicht zu beseitigen, etwa das Wort „Aufoktroyierung“ (S. 301, 317 usw.) oder der Name „Josef Loserth“ (siehe Register), der Johann hieß.

Insgesamt legt Kolář eine hervorragende Analyse der Genese der Geschichtswissenschaft in Prag, Wien und Berlin und einen fundierten Beitrag zur Kollektivbiografie der dortigen Ordinarien vor. Er korrigiert die „Vorstellung des weitgehend konservativen Charakters der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft um 1900“ (S. 528), die ihm nämlich als ein „nicht grundsätzlich konservatives Gefüge, sondern als eine dynamische intellektuell-institutionelle Umwelt“ erscheint, in der „Neuerungen“ jedoch einen „fundamentalen Kompromisscharakter“ (ebenda) besessen hätten und vor allem als „behutsame Innovation“ zu bewerten seien. Kolářs Buch besitzt Vorbildcharakter und sollte eine breite Rezeption erfahren!

Wien

Karel Hruza

Mířková, Alena: Die Deutsche (Karls-) Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums.

Karolinum, Praha 2007, 346 S.

Das vorliegende Buch, auf der Habilitationsschrift der Autorin basierend, erschien 2002 in Tschechien¹ und wurde für die deutsche Ausgabe von der Autorin stellenweise überarbeitet und ergänzt. Sehr gute Arbeit hat Stefan Lehr sowohl mit der Übersetzung als auch durch die Ergänzung der Anmerkungen geleistet. Der Ver-

¹ *Mířková, Alena: Německá (Karlova) univerzita od Mnichova k 9. květnu 1945 (Vedení univerzity a obměna profesorského sboru) [Die deutsche (Karls-) Universität von München bis zum 9. Mai 1945 (Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums)].* Praha 2002.

gleich mit der Erstausgabe zeigt, dass die neue Fassung von etlichen Unzulänglichkeiten bereinigt wurde und daher künftig zu verwenden sein wird.

Die Ergebnisse ihrer langjährigen Beschäftigung mit der Geschichte der Prager Universitäten, die Míšková auf eine Anregung Hans Lembergs zurückführt, wurden bereits im Rahmen der großen, aus Anlass des 650. Gründungsjubiläums der Karlsuniversität publizierten Universitätsgeschichte und andernorts präsentiert.² Die Autorin entwickelt das „Anliegen ihrer Arbeit“ anhand einer 1989 getätigten Beobachtung Klaus Schwabes zu deutschen Hochschullehrern 1936–1940, die am Beginn ihres Buches zitiert wird:

Die Mehrheit der Professoren paßte sich [nach 1933] mehr oder weniger an und blieb im Amte. Überzeugte Nationalsozialisten blieben auch danach in der Minderheit. Die Mehrheit war gleichgeschaltet, aber nicht umerzogen, staatsloyal, aber nicht gewonnen, fachlich, aber nicht politisch engagiert. (S. 9) Inwieweit diese Schlussfolgerung auch auf die Deutsche Universität (DU) in Prag [...] zutrifft, ist die Hauptfrage, auf die in der vorliegenden Studie eine Antwort gefunden werden soll. In diesem Zusammenhang ergibt sich eine ganze Reihe von weiteren Fragen: Wie veränderte sich das Professorenkollegium während der sechs Kriegsjahre? Finden wir in ihm Aktivisten oder Opponenten des Naziregimes oder vielleicht nur Gelehrte, die passiv zuschauten, wie fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten wurden? Und schließlich die Frage, wo die Grenze ist, bei der die Resistenz anfangen müsste – oder wenigstens sollte. (ebd.)

Schließlich wirft die Autorin noch die Frage auf, ob die DU „im Verhältnis zu den anderen deutschen Universitäten wirklich außergewöhnlich“ war (ebd.).

Bei ihrem Versuch, Antworten zu finden, gilt das

[...] Hauptinteresse [...] der Universitätsleitung, besonders den Rektoren, und ihrem Verhältnis zu den Verwaltungsstrukturen, dem Professorenkollegium und unterschiedlichen Interessengruppen, die sich in ihrem Rahmen gebildet hatten. Gezeigt werden sollen auch die Verbindungen zu anderen wissenschaftlichen Institutionen, besonders zur Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik (ab 1941 Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag), zur Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg und zur Reinhard-Heydrich-Stiftung für wissenschaftliche Forschung (ebd.).

Zuletzt wird die Präzisierung getroffen:

In erster Linie sind aber der Wandel der Universität hinsichtlich der Lehrenden, der tiefe Eingriff durch die „Arisierung“ und die politischen „Säuberungen“, die Berufungspolitik sowie die Rolle festzuhalten, die die [...] NSDAP [...], der Sicherheitsdienst (SD) und die [...] SA [...] und SS [...] dabei spielten. (Ebd.)

In ihrem Vorwort und einem kurzen Abschnitt „Einige Worte zur Geschichte der Prager Universitätsgeschichtsschreibung“ (S. 9–23) skizziert die Autorin knapp den Forschungsstand. Die Skizze ist insgesamt nicht sehr konzentriert gearbeitet und keineswegs auf dem aktuellen Stand, was etwa nicht mehr zutreffende Postulate

² Dies.: Německá univerzita za 2. světové války [Die Deutsche Universität während des Zweiten Weltkrieges]. In: *Havránek, Jan/Pousta, Zdeněk* (Hgg.): *Dějiny univerzity Karlovy 4: 1918–1990* [Geschichte der Karlsuniversität 4: 1918–1990]. Praha 1998, 213–231. – Dies.: Die Deutsche Universität im Zweiten Weltkrieg. In: *Lemberg, Hans* (Hg.): *Universitäten in nationaler Konkurrenz. Zur Geschichte der Prager Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert*. München 2003, 177–193 (VCC 86).

zeigen, dass die Geschichte der DU und „der deutschen wissenschaftlichen Institutionen in Böhmen im zwanzigsten Jahrhundert und besonders während des Zweiten Weltkrieges nahezu unbearbeitet ist“ (S. 15, 18).

In der „Einleitung“ (S. 24-45) behandelt Mišková kurz Aspekte der Geschichte der DU von 1882/1918 bis in den Herbst 1938 und problematisiert das politische Engagement deutscher Wissenschaftler, nationalistisch determinierte Konflikte, antisemitische Aktionen der Lehrenden und Studenten und kurz die Situation im Sommer 1938. In den folgenden fünf Kapiteln, die den Kern des Buches bilden, werden die Amtszeiten der Rektoren Ernst Otto (September 1939 bis Dezember 1939, S. 46-95), Wilhelm Saure (Januar 1940 bis März 1942, S. 96-149), kommissarisch eingesetzt: Alfred Buntru (April 1942 bis Oktober 1943, S. 150-182), Friedrich Klausning (November 1943 bis August 1944, S. 183-215) und Kurt Albrecht (November 1944 bis Mai 1945, S. 216-237) untersucht. Dabei werden zuerst jeweils die Mitglieder der Universitätsleitung aufgelistet und anschließend verschiedene, für die Geschichte der jeweiligen Rektoratszeit bedeutende Themen behandelt, womit diese Kapitel nicht nach einem strengen Schema gegliedert sind und auch ineinandergreifen. Thematisiert werden „Arisierung“ und politische Säuberungen, welche den Lehrkörper je nach Fakultät in verschiedenem, zum Teil erheblichem Grad veränderten, Verwaltungsstrukturen, Personalpolitik, Eingriffe des Reichsministeriums für Wissenschaft (Berlin), Kurator der deutschen Hochschulen in Prag, NS-Dozentenbund, Bibliotheken, Universitätsbund, Studentenschaft, Gastprofessoren, Porträts einzelner Rektoren und Professoren, Verhältnis „Reichsdeutsche“ – Sudetendeutsche – Tschechen, Forschungsthemen, Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag, Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Volksforschung, Reinhard-Heydrich-Stiftung, Kontakte zur Wehrmacht, Kontakte zum SD und Denunziationen sowie zahlreiche, die Universität tangierende Planungen. Ein besonderes Augenmerk gilt den vielfältigen Konflikten, die an und um die Universität ausgetragen wurden, und deren politischen bzw. ideologischen Motivationen. Insgesamt gelingt Mišková an vielen Stellen eine auf der Durchsicht unzählbarer Quellen beruhende stringente und spannende Darstellung damaliger Zustände. Den Abschluss der Untersuchung bilden wenig systematische und an Sekundärliteratur orientierte Ausführungen zu „Flucht und Vertreibung“ der Prager Lehrenden und ein Ausblick auf ihr Wirken in Deutschland und Österreich während der Nachkriegszeit und den zugehörigen Institutionen, so auch dem Collegium Carolinum (S. 238-246).

In ihrer „Zusammenfassung“ (S. 247-252) skizziert Mišková nochmals das Vordringen nationalsozialistischen Gedankengutes an der DU, die Anpassung der Lehrenden an die seit 1939 herrschenden neuen Verhältnisse nach der „Gleichschaltung“ der DU, die Passivität gegenüber Repressionsmaßnahmen gegen jüdische und später gegen tschechische Wissenschaftler und Studenten sowie den Rückgang sudetendeutscher Amtsinhaber seit dem Rektorat Wilhelm Saures. Sie konstatiert, dass „während des Krieges [...] die Verbundenheit mit dem Prager Milieu oder dem sudetendeutschen Element [sic] unter den Lehrenden eindeutig in den Hintergrund gedrängt“ wurde (S. 249). „Von dem ursprünglichen Lehrerkollegium aus der Vorkriegszeit blieb bis zum Ende des Krieges nicht einmal die Hälfte übrig.“ (Ebd.) Dahinter könnten freilich strukturelle Faktoren stehen, wurde die DU doch plötz-

lich in den ausgedehnten Raum des „Großdeutschen Reiches“ gestellt und hatte bestimmte neue Lehrfächer zu übernehmen. Saure wollte die DU „zu einem wissenschaftlichen Zentrum für Süd- und Osteuropa [...] machen“ (S. 250), u. a. auch im Zuge dessen kam es „zur enormen Ausweitung [sic] der universitären Rassenstudien“ (ebd.), wofür Mišková hauptsächlich das Amt des Reichsprotectors verantwortlich macht. Saures Bemühungen mündeten schließlich unter anderen Vorzeichen und Akteuren in den Aufbau der „Reinhard-Heydrich-Stiftung“, als deren Gründer Hans Joachim Beyer nicht bezeichnet werden kann (wie S. 251 geschehen), ebenso wie die Wendung „abwegige Ausrichtung“ (ebd.) kaum hilft, die (wissenschaftlichen?) Ziele der Stiftung sinnvoll zu bewerten. Auch die von Mišková präsentierten Machenschaften Beyers und seine SD-Mitarbeit bedürfen ebenso wie die SD-Berichte, welche die DU betreffen, einer weiteren kritischen Betrachtung. Um die Stiftung

[...] konzentrierte sich ein Kreis von überzeugten Nationalsozialisten aus dem Universitätsmilieu. Dies waren vor allem Wilhelm Weizsäcker, Heinz Zatschek, Anton Ernstberger, Karl Valentin Müller, Rudolf Hippus und Eduard Winter“ (ebd.), während die „Mehrheit der Wissenschaftler [...] versuchte[,] sich faktisch von deren [Stiftung] Aktivität zu distanzieren (ebd.).

Die Frage, warum „sich aber anerkannte Wissenschaftler von Rang eines Wilhelm Weizsäcker [...] der Stiftung anschlossen, bleibt offen“ (ebd.). Hierzu bleibt anzumerken, dass die Forschung einer Antwort doch zumindest etwas näher gekommen ist. Auch Miškovás Bewertung Eduard Winters, der „von Anfang an [1938] überzeugter Nationalsozialist“ (S. 248 f.) gewesen sein soll und einen „Extremfall“ (S. 251) dargestellt habe, „dessen Charakter [...] offensichtlich Risse aufwies“ und der „Schwindel erregend schnelle Kehrtwendungen“ vollzog (ebd.), erscheint mir doch etwas zu oberflächlich und ignoriert zudem neue Forschungsergebnisse.³ Dass der Historiker Heinz Zatschek „schon vor dem Krieg ein Antisemit“ war (ebd. und ähnlich S. 69), trifft zwar (höchstwahrscheinlich) zu, sollte aber dennoch mit einem Quellenverweis belegt werden.⁴

Am Schluss konstatiert die Autorin, dass sich „im Grunde genommen [...] die Entwicklung der Deutschen Universität in Prag während des Krieges von den Universitäten des Reiches in den Hauptzügen nur minimal“ unterschied.

Nur die Lage der Universität im tschechischen Umfeld und die Umstände, unter denen es zur „Gleichschaltung“ gekommen war, waren anders geartet. Ohne die Aktivitäten der Ost- und Rassenforschung wäre sie eine uninteressante Institution provinziellen Charakters geworden, an die man aus dem Reich eher zur Strafe [sic] berufen worden wäre. (S. 252)

Dem müssen freilich weitere Beobachtungen hinzugefügt werden: Deutlich wird in Miškovás Buch, wie die DU freiwillig und unfreiwillig zu einem Spielball der NS-Politik im Protektorat Böhmen und Mähren wurde und – was besonders auffällt – direkten Eingriffen von SS-Funktionären ausgesetzt war. Dieser Zugriff der SS auf

³ So fehlt etwa in der Rezeption wie im Literaturverzeichnis das Buch: Soukup, Pavel/Šmabel, František (Hgg.): *Německá medievistika v českých zemích do roku 1945* [Deutsche Mediävistik in Böhmen und in der Tschechoslowakei bis 1945]. Praha 1994 (*Práce z dějin vědy* 18), das einschlägige Beiträge und Literaturverweise enthält (etwa S. 365).

⁴ Die zugehörige Quelle wurde publiziert in: *Bohemia* 49 (2009) H. 1, 96-163.

die Universität und die Konstituierung der Reinhard-Heydrich-Stiftung fügen sich bestens ein in das von der Forschung erarbeitete Bild, dass die SS ihre Herrschaft im Protektorat zielstrebig ausgebaut und dort im Vergleich zu anderen deutschen und besetzten Ländern über verhältnismäßig viel politischen und ökonomischen Einfluss verfügt hat. Diese Faktoren sind es jedoch, welche die „Ostforschung“ und die biologischen „Rassenforschungen“ in Prag vermutlich erheblich determiniert haben; dass die DU aber ohne diese zu einer Art Strafversetzungsanstalt mutiert wäre, dürfte wegen der auch während der Zeit des Protektorats betonten historischen Tradition und dem Ansehen der DU wohl nicht zutreffen. Das alles hebt die DU deutlich von den „gewöhnlichen“ Universitäten vor allem des „Altreiches“ ab. Auch die Bruchstelle von 1938/39 an der DU, die von Mísková mit erheblichem Erkenntnisgewinn sehr faktenreich und spannend dargestellt wird, war in Prag offenbar tiefergreifender als an vielen dieser Universitäten nach 1933, und hier wäre wenigstens ein kurzer Vergleich mit der nur wenige Monate vor der DU „gleichgeschalteten“ Universität Wien aufschlussreich gewesen. Fast nicht thematisiert wird von Mísková die (nicht unbedeutende) Funktion der DU als „Reichsuniversität“, auch hier wäre zumindest ein Verweis auf die „Reichsuniversitäten“ Posen und Straßburg hilfreich.

Von großem Wert sind die im umfangreichen Anhang (S. 253-326) präsentierten Ausführungen und Listen zur Universitätsstruktur und zum Lehrkörper, die Mískovás Werk Handbuchcharakter verleihen und es zu einem unverzichtbaren Hilfsmittel für die Beschäftigung mit der Prager Universitätsgeschichte machen. Das Literaturverzeichnis ist verhältnismäßig kurz, nicht frei von Fehlern und lässt einige neue relevante Titel vermissen.

Mískovás Buch, zweifelsohne eine auf breiter Quellenbasis stehende Pionierleistung, bereichert insgesamt unser Wissen um die letzten 7 Jahre der Existenz der DU in Prag wesentlich und stellt viel grundlegendes Material zur Verfügung. So werden viele Ausführungen Mískovás der künftigen Forschung als fruchtbare Diskussionsgrundlage dienen.

Wien

Karel Hruza

Kasper, Tomáš: Výchova či politika? Úskalí německého reformně pedagogického hnutí v Československu v letech 1918-1933 [Erziehung oder Politik? Die Klippen der deutschen reformpädagogischen Bewegung in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918-1933].

Karolinum, Praha 2007, 272 S.

In den vergangenen zwanzig Jahren sind etliche wissenschaftliche Arbeiten entstanden, die wertvolle Ergebnisse zu politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten der Zwischenkriegszeit in den böhmischen Ländern hervorbrachten. Der überwiegende Teil dieser Arbeiten konzentriert sich darauf, die Probleme und Chancen der tschechisch-deutschen Beziehungsgeschichte auszuloten bzw. die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung in der Republik anhand neu erschlossener Archivalien zu untersuchen. Die Tatsache, dass sich der bohemistisch orientierte wissenschaftliche Fokus gegenwärtig auf andere Zeitepochen verschiebt,

mag zu dem Trugschluss führen, dass die wissenschaftliche Produktion zur Ersten Republik nach Jahren des regen Interesses erschöpft sei. Doch es verbleiben weiterhin bedeutende, von der Forschung kaum berührte Bereiche. Es überrascht vielleicht, dass Fragen der Sozialisierung, Erziehung und Bildung zu diesen weitgehend unbearbeiteten Gebieten gehören. Dementsprechend ist es nur zu begrüßen, dass sich ein tschechischer Pädagoge dieses vielschichtigen Themas angenommen hat.

Tomáš Kasper fokussiert in seiner 2007 mit Mitteln der Josef Hlávka Stiftung (Nadání Josefa Hlávky) publizierte Prager Dissertation „Erziehung oder Politik?“ seine Forschung auf die „Klippen der deutschen reformpädagogischen Bewegung in der Tschechoslowakei zwischen den Jahren 1918-1933“. Der Wert seiner Arbeit wird besonders dann ersichtlich, wenn man bedenkt, dass die Funktionäre der Sudetendeutschen Heimatfront und der späteren Sudetendeutschen Partei eben in solchen Organisationen sozialisiert worden waren und sich ihrer als Politiker bedient hatten. Die Arbeit liefert somit wichtige Hinweise auf die Ausformung der Mentalität der in den 1930er Jahren politisch aktiven Generation der Sudetendeutschen und trägt dazu bei, die Umstände der Zerschlagung der Republik zu beleuchten.

Im Mittelpunkt der in zwei Teile gegliederten Studie steht die Affinität zwischen den reformpädagogischen und den politischen Diskursen innerhalb der sudetendeutschen Jugendbewegung. Im ersten Teil seiner Studie (S. 19-125) untersucht Kasper das Vereinswesen der bürgerlich-konservativen deutschen Jugendbewegung in Böhmen und die dort erfolgte volkspolitische Erziehung. Im zweiten Teil (S. 129-250) setzt er sich mit den Versuchen auseinander, das deutsche Schulleben in der Tschechoslowakei zu reformieren; damit berührt er die Kontakte zwischen den tschechoslowakischen Behörden, vor allem dem Schulministerium, und engagierten deutschen Pädagogen. Diesen Teil beendet er mit einer ausführlichen, anhand von archivalischen Quellen ausgearbeiteten Fallstudie zu der Jugendsiedlung und Freien Schulgemeinschaft, die aus der Initiative des äußerst aktiven Pädagogen Karl Metzner im nordböhmischen Leitmeritz (Litoměřice) entstanden ist (S. 209-225).

In enger Anlehnung an die deutschsprachige Forschung zur Jugendbewegung verfolgt Kasper anhand des seit 1913 erschienenen jugendbündischen Periodikums „Burschen heraus“ und anderer Schriften die Entstehung und die Dynamik der Veränderung des Deutschen Wandervogels in Böhmen hin zur sudetendeutschen Jugendbewegung. Kasper beschäftigt sich mit den gedanklichen und ideologischen Verbindungen und Differenzen zum reichsdeutschen Vorbild und hebt vor allem die Tatsache hervor, dass die Jugendbewegung in Österreich und besonders in Böhmen stark vom allgegenwärtigen und zersetzenden nationalen Kampf beeinflusst wurde. Doch ähnlich wie im Deutschen Reich existierten auch innerhalb der Bewegung Deutscher Wandervogel in Böhmen Streitigkeiten und dadurch bedingte Diskrepanzen, die auf geografischen Unterschieden und mehr noch auf ideologischen Kontroversen beruhten. Kasper widmet sich den letztgenannten eingehend und zeigt, wie sich der Kampf zwischen zwei Flügeln, die man unter die Chiffren „alte“ und „junge“ Generation gruppieren kann, nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall der Monarchie begründete. Das Konfliktpotenzial bestand vor allem darin, dass sich die „junge“ Generation von der Staatslehre des in Wien tätigen Otmar Spann inspirieren ließ. Die „alte“ dagegen charakterisierte ein Beharren auf den eigenen „sude-

tendeutschen“ Traditionen (S. 106). Einleuchtend verweist Kasper aber darauf, dass diese Unterschiede keineswegs unüberbrückbar gewesen wären: Ähnlichkeiten und Parallelen hätten eindeutig überwogen. Kasper zufolge hießen beide Flügel chauvinistisches bis rassistisches Gedankengut gut, beide entwickelten antiliberalen, antidemokratischen und antiparlamentarischen Konzepte und wurden nach dem Führerprinzip und dem Grundsatz „Jugend führt Jugend“ aufgebaut. Im deutsch-tschechischen Volkstumskampf vertraten die Mitglieder der bündischen Jugend der „alten“ wie auch der „jungen“ Generation völkische Erziehungsideale – und daher dezidiert antitschechische Positionen. In Anlehnung an die Theorien über Staat und Nation des originellen tschechischen Denkers der Zwischenkriegszeit, Emanuel Rádl, beurteilt Kasper die Rolle der bürgerlich-konservativen Jugendbewegung äußerst kritisch: Demnach hätten die Jugendbünde der Sudetendeutschen ein organisches Verständnis von Staat und Nation und nicht die westlichen Werte einer politischen Nation befürwortet (S. 101, 104). Trotz der zahlreichen weltanschaulichen Übereinstimmungen zwischen beiden Generationen innerhalb der Jugendbewegung eskalierten die Konflikte nach 1933, wohl auch aus persönlichen Gründen, und führten dazu, dass sich die radikalen „Jungen“ mit Hilfe des Deutschen Turnvereins politisch durchsetzten. Kaspers Urteil, die deutsche Jugend in Böhmen sei, wie auch jene im Reich (hier beruft sich Kasper auf Jürgen Reulecke), mit Hilfe der Jugendbewegung instrumentalisiert worden, um bestimmte politische Ziele zu erreichen, ist daher überzeugend (S. 35 f.). Diese Indienstnahme hätte dazu geführt, so Kasper weiter, dass die deutsche Jugend keineswegs gerüstet gewesen sei, das damit einhergehende nationalsozialistische Gedankengut kritisch zu reflektieren und abzulehnen (S. 38).

Der zweite Teil der Studie von Tomáš Kasper (S. 129-233) beschäftigt sich mit den Versuchen, die Reformpädagogik in den deutschen Schulen in der Tschechoslowakei zu etablieren. Zunächst stellt der Autor die verschiedenen Konzeptionen der Reformpädagogik vor, wobei er seine Ausführungen vor allem auf das Deutsche Reich konzentriert (auch der im damals reichsdeutschen Breslau – seit 1945 polnisch Wrocław – tätige Rudolf Lehmann gehört dazu! S. 136). Obwohl die Reformpädagogik ein globales, nationale wie auch politische Grenzen sprengendes, kulturelles Phänomen war, wäre es doch wünschenswert gewesen, hier ausführlicher auf die Situation in Österreich bzw. den böhmischen Ländern einzugehen.

Der globale Aspekt der Reformpädagogik hätte bestimmt das Potenzial gehabt, die in den böhmischen Ländern lebenden Deutschen und Tschechen im Bereich des Schulwesens zusammenzuführen. Dies sei allerdings, so Kasper, aus zwei Gründen nicht ganz gelungen (S. 144): Zum einen hätten die deutschen Pädagogen in ihren Konzeptionen der Heimatbildung zum reichsdeutschen Vorbild tendiert, während sich die tschechischen eher von der „progressive education“ oder „éducation nouvelle“ hätten inspirieren lassen. Noch bedeutender sei der permanente nationale Schulkampf gewesen, der die Fachkollegen verschiedener Sprachen an einem Zusammenwirken hinderte. Kasper schlussfolgert, dass die Unversöhnlichkeit und der Drang, sich zu verteidigen nach 1918 nicht nur im Vokabular der sudetendeutschen Lehrer, sondern vor allem in ihren Denkbildern so fest verwurzelt gewesen seien, dass sie diese bei den Diskussionen über die Schulreform im ganzen untersuchten Zeitraum nicht aufgegeben hätten (S. 149 f.). Doch weist er mit Recht darauf hin, dass

auch die deutschen reformpädagogischen Versuche in der Tschechoslowakei immens zersplittert, ohne ein tonangebendes Zentrum, praktisch stets ein isoliertes Werk einzelner engagierter Pädagogen gewesen seien. Deshalb setzten sich auf diesem Gebiet nicht ausschließlich rechtsorientierte deutsche Nationalisten oder gar Sympathisanten des Nationalsozialismus durch. Der bedeutende Pädagoge und Lehrer manch anderer Reformpädagogen in Böhmen, Otto Willmann, etwa war katholisch geprägt, so dass seinen Schülern und jungen Kollegen von nationalistischen Pädagogen ein Mangel an nationalem Denken vorgeworfen wurde. Der im Zusammenhang der reformpädagogischen „Pestalozzi Gesellschaft“ genannte Franz Spina war als Mitglied der aktivistischen Partei „Bund der Landwirte“ sogar Minister in den tschechoslowakischen Regierungen, und der von Kasper mehrfach erwähnte, in Trautenu (Trutnov) tätige Reformpädagoge Alois Mühlberger, der Bruder des Schriftstellers Josef Mühlberger, war ein überzeugter Sozialdemokrat. Wie positionierten sich diese und andere Reformpädagogen innerhalb der weltanschaulich uneinheitlichen Bewegung? Wie kooperierten die verschiedenen politischen Gruppen, wie etwa Sozialdemokraten, Katholiken, Nationalisten oder gar Nationalsozialisten? Wie gestalteten sich die Kontakte zwischen den sozial ungleichen Kategorien der praktisch orientierten Volks- oder Bürgerschullehrer, den Gymnasialprofessoren und den in den Theorien bewanderten Universitätsdozenten? Gab es Verbindungen zu Kollegen aus dem Ausland? Etwaige Kontakte Mühlbergers zur „roten“ Reformpädagogik des in Wien tätigen Otto Glöckel hätten vielleicht der sudetendeutschen Reformpädagogik eine andere Dimension verliehen, als es die starke Orientierung auf nationale Belange tat. Der Autor selbst zeigt am Beispiel von Karl Metzner, dass das gemeinsame Interesse an neuen Erziehungskonzepten nicht nur einmal half, die Kluft zwischen Deutschen und Tschechen zu überbrücken und zu einer über das Fachliche hinausgehenden Kollegialität führte. Es scheint sogar so gewesen zu sein, dass Metzners Projekte trotz nationalistischer Rhetorik mehr Resonanz bei den tschechoslowakischen staatlichen Behörden fanden als unter den deutschen mit dem Nationalsozialismus oder mit der Lehre Spanns sympathisierenden Pädagogen. Immerhin wurden sie auch mit staatlichen Mitteln unterstützt und von den Nationalsozialisten nach der Besetzung der Grenzgebiete im Jahre 1939 zerstört. Die Trennlinie zum Nationalsozialismus wird dadurch markiert, obwohl Kasper nachweist, dass Metzner durchaus Versuche unternahm, sein Lebenswerk dadurch zu retten, dass er sich in den Dienst des Volkstumskampfes stellte. Somit untermauert das abschließende Kapitel in Form einer konkreten Fallstudie das Ergebnis des ersten Teiles.

Trotz der hier festgestellten Geschlossenheit ist es schade, dass der Autor auf eine abschließende Gegenüberstellung beider Teile der Studie verzichtet hat. In manchen Punkten stehen die Ergebnisse im Gegensatz zueinander, und eine Rückschau hätte durchaus Anlass zu weiterer Differenzierung der Problematik geboten. Kritisch zu sehen ist auch Kaspers Entscheidung, die Zeit nach 1933 nicht zu berücksichtigen. Denn zum einen waren wohl gerade diese Jahre für die sudetendeutsche Einigung und die Verankerung der nationalsozialistischen Ideologie unter den Sudetendeutschen entscheidend. Bis zum Münchner Abkommen war der innere Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der beiden Flügel der Jugendbewegung am heftigsten,

was beweist, dass die Durchsetzung des Nationalsozialismus kein geradliniger Prozess war. Zum anderen traten schon bald nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland und besonders nach dem Verbot der Bünde 1936 und der erzwungenen Gleichschaltung durch die Zusammenführung in der Hitlerjugend deutlich jene Ideale ans Licht, die manche Mitglieder der Jugendbewegung in die Opposition oder gar den Widerstand gegen den Nationalsozialismus führten,¹ auch wenn sich die nationalsozialistische Jugendpolitik etliche Prinzipien und Ideen der Jugendbewegung zu Eigen machte. Interessant wäre gewesen, den Gedankentransfer zwischen den in der Illegalität tätigen Bänden in Deutschland und den in der noch demokratischen Tschechoslowakei nach 1933 zu analysieren. Wie beeinflussten die veränderten Bedingungen den Austausch von Ideen?

Es ist gut, dass die durchweg souverän geschriebene Studie zu weiteren Fragen und Forschungen anregt. So bleibt festzuhalten, dass die Arbeit einen ersten und daher sehr wichtigen Schritt auf Neuland darstellt und somit sicher zu weiterführenden Forschungen zu diesem komplexen Thema herausfordert.

Ústí nad Labem

Mirek Němec

Galmiche, Xavier: Vladimír Holan. Le Bibliothécaire de Dieu. Prague 1905-1980.

Institut d'Études Slaves, Paris 2009, 244 S., 17 Abb.

„Was für ein Dichter war Vladimír Holan?“ – Die Frage, der Xavier Galmiche in seiner Monografie zu dem tschechischen Lyriker nachgeht, ist so schlicht wie ambitiös. Und die Antwort darauf fällt ebenso facettenreich aus wie die lyrische Lebensreise des Dichters, die das Buch bilanziert: Wenn Galmiche in seinem Schlusskapitel die nunmehr sortierten Karten offenlegt, ziehen an uns Holan, der Dandy, der Postromantiker, der engagierte Regimefeind, der große Lyriker und der weltfremde Einsiedler vorbei.

Diese Heterogenität, die sich im Werk des Dichters widerspiegelt, fasst der wichtige Titel des Buches zusammen, den Galmiche von Holan selbst borgt. Natürlich verrät die Bezeichnung des Dichters als „Bibliothekar Gottes“ zuallererst das Ausmaß der Bewunderung, die der Interpret seinem Autor entgegenbringt und die auf jeder Seite des Buches durch profunde Kennerschaft und Liebe zum Detail dokumentiert wird. Hier von einer „bardolatry“ zu sprechen, wie sie etwa Harold Bloom gegenüber Shakespeare im englischsprachigen Raum pflegt und von der Holans eigene Verehrung des elisabethanischen Bardens nicht weit entfernt war, wäre jedoch übereilt. Denn das Zitat stammt von Holans Hamlet, der Shakespeare als einen Bibliothekar Gottes lobt, im nächsten Vers die Aufrichtigkeit dieser Preisung allerdings selbst in Frage stellt: „doch nie erfuhr er, was wir sagten, als wir aus der casa del poeta tragico auf die straße traten“. Mit dem Austausch der Akteure versetzt

¹ Hier denke ich vor allem an die Widerstandsaktionen der Edelweißpiraten. Vgl.: *Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform. Essen 2002.* – *Koch, Gertrud: Edelweiß. Meine Jugend als Widerstandskämpferin. Reinbek 2006.* – Zu nennen wären auch die „Swingjugend“ oder die konfessionellen Jugendbünde.

Galmiche seine Beziehung zu Vladimír Holan in eine Spannung, die ganz im Sinne des Dichters selbst steht: seines steten Bewusstseins der alltäglichen Tragik des eigenen Lebens und seiner Neigung zur Selbstironie.

Die unvermeidliche Assoziation dieses Titels mit dem Universum der Borges'schen Bibliothek (Galmiche lässt sie natürlich nicht unkommentiert) verleiht Holans Werk eine Dimension der labyrinthartigen Postmodernität, und eben diese nimmt das Buch in Augenschein. Die gewählte Methode wird diesem Unterfangen zweifelsohne gerecht: Im Gegensatz zu Jiří Opelík, der bislang die einzige umfassende Monografie zum Werk des tschechischen Dichters vorgelegt hat, behandelt Galmiche Holans Schaffen nicht chronologisch, sondern löst es in Gattungen auf, geleitet weniger von Prinzipien der Form als vielmehr von philosophisch-ästhetischen Tendenzen des Inhalts. Auf diese Weise extrahiert Galmiche aus dem Irrgarten der Holanschen Poesie fünf Genres, die er im ersten Teil seines Buches vorstellt und analysiert, um sie in der zweiten Hälfte mit exemplarischen Texten zu illustrieren. Alle Gedichte werden im tschechischen Original und in französischer Übersetzung geliefert und sind zum Teil ausführlich kommentiert.

So beginnt Galmiche mit der Gattung der regelmäßigen Poesie, einer Art „rilkeschem Postsymbolismus“ und „erstem Orphismus“, mit dem Holan in den 1930er Jahren in Erscheinung trat. Dem lässt er die Tagebuchlyrik folgen, Holans Poesie der zurückgezogenen Reflexion, seine „lyrische Arbeit, die an der sich in der Beobachtung offenbarenden Realität verrichtet wird“ und die eine Konstante im Werk des Dichters seit dem Ende der 1930er Jahre bis an sein Lebensende bildete. Als ein weiteres stabiles Genre in Holans Gesamtwerk schlägt Galmiche die Poesie der Zeugenschaft vor. Es sei eine Lyrik, die aus der Geschichte hervorgehe, diese dokumentiere und sich mit Fragen der Zeitgenossenschaft auseinandersetze, wie sie dem Leser bereits in Holans früher Sammlung „Stein, kommst du ...“ begegne. Als eine etwa dreißigjährige Phase im Schaffen des Dichters behandelt der Autor die epische Lyrik Holans. Die Vorliebe dieses Genres bei der Generation der avantgardistischen Dichter Anfang des 20. Jahrhunderts führt Galmiche auf den Rückgriff auf die romantische Tradition und auf den Einfluss der russischen und deutschen Literatur zurück. Abgesetzt von der epischen Gattung, gleichsam als Krönung dieses dichterischen Œuvres, wird schließlich das Genre des Großformats eingeführt, als dessen Prototyp bei Holan „Nacht mit Hamlet“ dient. Als Großformat sowohl im wörtlichen als auch im generischen und konzeptuellen Sinne vereine das Poem Elemente aller Entwicklungsstufen Holans und sei zugleich ein Zeugnis einer exzeptionellen dichterischen Reife, der Gipfel der „Poesie der Scheinhandlungen“, die sich auf verschiedenen ontologischen Ebenen erahnen ließen und die der Leser „begreift, ohne zu verstehen“.

Die Holan-Forschung hat bislang kaum eine Monografie hervorgebracht, und das Zögern der Literaturwissenschaftler, sich an einer umfassenden Interpretation dieses Dichters zu versuchen, wird allgemein auf die Unzugänglichkeit seiner hermetischen Lyrik zurückgeführt. Xavier Galmiche erhebt in seinem Buch nicht den Anspruch einer absoluten Durchleuchtung, vielmehr den einer Annäherung, die ihm vor allem durch die unermüdliche Kontextualisierung von Werk und Dichter gelingt. Ohne die Mikroebene der Holanschen Verse zu vernachlässigen – es lassen sich hier Ana-

lysen einzelner Gedichte bis ins metrische und reimtechnische Detail finden –, widmet Galmiche sich auf der Makroebene seiner Interpretation mit großer Hingabe der Einbettung dieser Poesie in den Gesamtkontext ihrer Zeit- und Kulturgeschichte, zeichnet Parallelen zum Schaffen anderer Künstler, skizziert persönliche Umstände des Dichters. So ist dieses bemerkenswerte, mit ausführlichem Namens- und Sachregister und sorgfältig gewählten Abbildungen ausgestattete Buch nicht nur eine umfassende Einleitung, sondern auch ein detailliertes Referenzwerk zum Dichter Vladimír Holan, dessen künstlerische Exzentrik hier schlüssig als ein Produkt seiner persönlichen Entwicklung und seiner Epoche nachvollzogen wird.

Boston

Viktoria Funk-Nešić

Fontaine, Susanne/Mablert, Ulrich/Schenk, Dietmar/Weber-Lucks, Theda (Hgg.): Leo Kestenberg. Musikpädagoge und Musikpolitiker in Berlin, Prag und Tel Aviv. Rombach, Freiburg 2008, 348 S., Abb. (Litterae band 144).

Leo Kestenberg (1882-1962) zählt zweifelsfrei zu den prägenden Gestalten auf dem Gebiet der Musikpädagogik und Musikpolitik des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa, aber auch in seiner späteren Wirkungsstätte Israel. Der Einfluss der wesentlich später nach ihm benannten Reform aus den 1920er Jahren ist bis zum heutigen Tag nicht nur im Bereich der Musikerziehung und Musikpflege spürbar, sondern beschäftigt nach wie vor in der wissenschaftlichen und praktischen Auseinandersetzung Schulmusiker und Instrumentalpädagogen gleichermaßen, aber auch Kulturpolitiker und Musikwissenschaftler. Dass sich insbesondere Letztere, gemeinsam mit zahlreichen Musikpädagogen und ergänzt durch kurze Beiträge aus der Kunst- und Geschichtswissenschaft, nun in Form eines Sammelbandes widmen, dessen Titel bereits die Stationen seiner inhaltlichen Struktur beschreibt, verwundert daher wenig.

Der Sammelband geht auf ein gemeinsames Projekt von Vertretern der Leo-Kestenberg Musikschule des Bezirks Berlin Tempelhof-Schöneberg sowie der Universität der Künste Berlin zurück und vereint Beiträge eines 2005 im Rahmen des Projektes abgehaltenen Symposiums, mit gleichem Titel wie der Sammelband. Die Herausgeber weisen im Vorwort darauf hin, dass die verschiedenen Wirkungsbereiche Kestenbergs bislang zumeist getrennt voneinander betrachtet und bewertet wurden. Ein möglichst viele Facetten umfassendes und auf unterschiedliche Sichtweisen der Interpretation eingehendes Gesamtbild von Kestenberg und der Wirkung seiner Bestrebungen zu entwerfen, ist daher das Anliegen, das der Sammelband für sich beansprucht. Wie bei vielen ehrgeizigen Projekten dieser Art geht damit jedoch auch immer die Gefahr einer gewissen Beliebigkeit einher. So muss sich auch dieses Buch den Vorwurf gefallen lassen, alles andere zu sein als eine systematische Gesamtschau von Kestenbergs Gesamtwerk in den drei großen Wirkungsstätten seines Lebens. Dafür bietet es schlaglichtartig in Aufsätzen sehr unterschiedlicher Länge und Qualität einen Einblick in das Leben eines Universalbegabten, der – seiner Zeit womöglich immer einen Schritt voraus – stetig auch gegen die Widrigkeiten der Alltagswelt, gegen politische Widerstände und spätestens ab 1933 gegen die ihn einholenden politischen Ereignisse in Deutschland anzukämpfen hatte. Während er

viele Probleme durch Überzeugungskraft und Geschick zu meistern verstand und sogar so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Hindemith, Schönberg und Busoni, aber auch Pfitzner und Klemperer zur Zusammenarbeit veranlassen konnte, blieb das politische Umfeld in einer für ihn als Juden immer komplizierter werdenden Zeit letztlich der Faktor, der sein Leben mehrmals nachhaltig prägen sollte.

Die sieben Aufsätze, die sich der Berliner Zeit Kestenbergs (bis 1933) widmen, dienen vor diesem Hintergrund gleichsam als Wegweiser zu Kestenbergs Grundüberzeugungen und Grundkonzeptionen einer zu erneuernden Musikpädagogik und eines neu zu hinterfragenden Musikverständnisses. Einführend stellt der erhellende Aufsatz von Albrecht Dümling Kestenberg als Konzertveranstalter an der Freien Volksbühne und seine Bemühungen um die erziehende Funktion von Konzerten dar, die sich u. a. in dem Versuch niederschlugen, den Terminus des „Kunstgenusses“ durch den des „Kunsterlebnisses“ zu ersetzen, also vom passiven Erleben zum aktiven Erfahren und Erkennen zu gelangen.

Im Anschluss daran stellt sich jedoch die Frage, warum bei den folgenden Beiträgen nicht weiter systematisiert und auch die in dieser Zeit entstandenen musikpädagogischen Grundkonzeptionen ausführlich besprochen wurden. Zwar sind die interessanten Briefquellen, die beispielsweise Dietmar Schenk in seinem Aufsatz zu Kestenbergs Korrespondenz mit Georg Schünemann auswertet, oder der Exkurs von Anna-Christine Rhode Jüchtern zu den „Kestenbergianerinnen“, einer Gruppe Berliner Musikpädagoginnen, gewiss interessante Aspekte, jedoch entfernt sich die eine oder andere Darstellung doch recht weit vom eigentlichen Gegenstandsfeld. Hinzu kommt, dass die unterschiedlichen Zugangsweisen zum Thema bei den einzelnen Autoren auch zu großen Unterschieden in der schriftlichen Darstellung geführt haben – ein Manko, das von den Herausgebern bei der Textbearbeitung entweder bewusst so belassen oder aber schlicht nicht als wesentlich betrachtet wurde.

Nachdem Kestenberg bereits im Dezember 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war (S. 187), verließ er Deutschland 1933 in Richtung Prag, in der Annahme, hier nun einen sicheren Aufenthaltsort für sich finden zu können. Doch als Flüchtling jüdischer Herkunft und sozialdemokratischer Prägung wurde er dort, obwohl aus Böhmen stammend, in erster Linie als deutscher Emigrant empfangen und musste seinen Platz im Prag der Zwischenkriegszeit zunächst finden. Der Länge seines Wirkens in Prag entsprechend, widmen sich nur drei Aufsätze der Prager Exilzeit Kestenbergs (1933-1938). Wolfgang Dömlings Text „Zur kulturellen Situation in der Tschechoslowakei 1918-1938“ hat eher den Charakter einer allgemeinen Einführung und formuliert kulturgeschichtliche Allgemeinplätze. Dem schließt sich der Beitrag von Susanne Fontaine zum Prager Freundeskreis Kestenbergs an, der sich überwiegend an Kestenbergs ausführlicher autobiografischer Darstellung „Bewegte Zeiten“ (1960/61) orientiert, in der die Prager Exilzeit nur auf knappen 15 Seiten vorkommt. Fontaine skizziert in aller Kürze Kestenbergs Fähigkeit, in kürzester Zeit mit den einflussreichsten Persönlichkeiten des Prager Kulturlebens nicht nur in Kontakt, sondern auch in regen Austausch zu treten. Darunter befanden sich Persönlichkeiten wie Alois Hába, Paul Eger und Max Brod, überwiegend Mitglieder des deutschsprachigen Prags, mit der Ausnahme von Přemysl Pitter, mit dem Kestenberg ebenfalls verkehrte (S. 191).

Neben seiner offiziellen Tätigkeit bei der Gesellschaft für Musikerziehung veranstaltete Kestenbergs – trotz seiner ablehnenden Haltung dem Zionismus gegenüber – auch „Vortragsabende mit pianistischen Demonstrationen“ für die zionistische Jugendorganisation Blau-Weiß. Einzig Lenka Reinerová wird hier mit ihrem Bericht über die Veranstaltungen, die im Bert-Brecht-Club stattfanden, zitiert. Mag man die fehlerhafte Angabe des Buchtitels (S. 194, Anm. 29), aus dem die wiedergegebenen Zeilen stammen, noch verzeihen, so wird es indes das Geheimnis von Susanne Fontaine bleiben, wie sie auf die Idee kommt, dass Lenka Reinerová „zeitweise Ehefrau des Komponisten Karel Reiner“ (S. 193) gewesen sei.

Zu den privaten Kontakten, die Kestenbergs in Prag pflegte, zählten viele Bekannte aus der Berliner Zeit, die ihm ins Prager Exil gefolgt oder vorangegangen waren, darunter auch Oskar Kokoschka, dessen Kestenbergs-Portrait aus dem Jahre 1927 in der späteren Wohnung des Portraitierten in Palästina einen zentralen Platz einnehmen sollte. Viele namhafte Persönlichkeiten aus dem Kreis um Kestenbergs sollten sich nur wenige Jahre später im Ghetto Theresienstadt wiederfinden, darunter der Psychologe und Philosoph Emil Utitz – eine Tatsache, die nur sehr oberflächlich abgehandelt wird.

Eine in jeder Hinsicht herausragende Stellung unter den Aufsätzen des Sammelbandes nimmt der Beitrag von Hana Vlhová-Wörner und Felix Wörner über „Leo Kestenbergs und die Prager Gesellschaft für Musikerziehung ein“, deren aktives Wirken nahezu deckungsgleich mit der Anwesenheit Kestenbergs in Prag ist und ohne dessen aufopfernden Einsatz sie wohl auch nicht hätte gegründet werden können. Die beiden Autoren zeichnen ein sehr differenziertes Bild von Kestenbergs Tätigkeiten, aber auch von den zahlreichen Konfliktfeldern in Bezug auf sich ständig wandelnde Interessenlagen unterschiedlichster kulturpolitischer Lager, zwischen denen der auf Ausgleich bedachte Kestenbergs zu vermitteln suchte. Die sehr breite Quellenbasis bis dahin unerschlossenen Archivmaterials, auf die sich der Beitrag beruft, bietet zahlreiche neue Erkenntnisse der Kestenbergsforschung und auch interessante und erstaunlich differenzierte Einblicke in die kulturpolitischen Ziele und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Ersten Republik kurz vor ihrem Ende und in das immer komplizierter werdende Spannungsfeld zwischen Deutschen und Tschechen, in das auch Kestenbergs zunehmend geriet.

Viel dramatischer jedoch waren die weltpolitischen Ereignisse, die nach dem Münchner Abkommen über die Tschechoslowakei hereinbrachen und auch Kestenbergs visionären Planungen mit der Gesellschaft für Musikerziehung ein abruptes Ende bescherten. Sein Versuch, den Sitz der Gesellschaft ins Ausland zu verlagern, scheiterte ebenso wie zahlreiche Bemühungen, im Ausland eine neue Tätigkeit zu finden und in einen sicheren Staat in Europa oder in die USA emigrieren zu können.

Dem letzten Exilland Kestenbergs, Israel bzw. Palästina, ist der abschließende Abschnitt des Sammelbandes gewidmet, der ebenfalls unterschiedlichste Bereiche von Kestenbergs Wirken beleuchtet und mit der Arbeit von Ann-Kathrin Seidel auch einen Überblick über den im „Archive of Israeli Music“ vorhandenen Kestenbergs-Nachlass liefert. Zudem bietet Theda Weber-Luks einen interessanten Einblick in die Beurteilung Kestenbergs als Lehrer und Menschen durch dessen Schüler. Auch an seiner letzten Wirkungsstätte war das Engagement Kestenbergs vielseitig und

vorausschauend. Seinen Schülern eröffnete er neue Welten, entwickelte weitsichtige Konzepte in Musikpädagogik, Musikvermittlung sowie Musikpflege und war zeit- lebens ein aktiver Gestalter der Kulturpolitik seiner jeweiligen Umgebung.

Der Sammelband kann hiervon selbstverständlich nur in Ansätzen einen Eindruck vermitteln, bietet aber teilweise neue Informationen zu bislang kaum erschlossenen Quellen, wobei leider nicht alle zitierten Materialien auch in einem nutzbaren Quellenverzeichnis aufgeführt sind. Dennoch wird der am Thema interessierte Leser zahlreiche Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit der faszinierenden Persönlichkeit und den Ideen Kestenbergs finden. Die Chance, hier wegweisend zu wirken und dem im Vorwort formulierten Anspruch gerecht zu werden, konnten die Herausgeber leider nicht in Gänze nutzen. So wäre eine Überarbeitung und Erweiterung des Sammelbandes sehr wünschenswert. Vielleicht ist er aber auch absichtlich so platziert, dass er der geplanten Gesamtausgabe der Kestenberg-Schriften, deren erster Band bereits erschienen und deren Fertigstellung für 2012 geplant ist, nichts vorwegnimmt und letzter Anstoß für die im Juni 2009 vollzogene Gründung der Leo-Kestenberg-Gesellschaft war.

Rostock/Prag

Anke Zimmermann

Roschlau, Johannes (Hg.): Zwischen Barrandov und Babelsberg. Deutsch-tschechische Filmbeziehungen im 20. Jahrhundert.

Edition Text + Kritik, München 2008, 208 S., zahlr. Abb.

Der vorliegende Sammelband geht auf den 20. Internationalen Filmhistorischen Kongress zurück, den das Hamburger Centrum für Filmforschung „CineGraph“ gemeinsam mit deutschen und tschechischen Partnern im Rahmen des Filmfestivals „cinefest“ im November 2007 organisierte.¹ Im Zentrum des Kongresses standen die vielfältigen kulturpolitischen, wirtschaftlichen, künstlerischen und rezeptions- geschichtlichen Verflechtungen der tschechischen respektive tschechoslowakischen, österreichischen und deutschen Kinematografien im 20. Jahrhundert. Der Konzeption des „cinefest“ folgend, versammelt der Kongressband sowohl Beiträge von Akademikern unterschiedlicher Disziplinen als auch von „Praktikern“, die sich auf Grund ihrer beruflichen Erfahrungen und Erinnerungen – sei es als Filmemacher, sei es als Organisatoren von Filmfestivals – ihrem jeweiligen Thema widmen.

Im einleitenden Beitrag bietet der Münchner Historiker Peter Becher einen knappen Abriss der tschechisch-deutschen Kulturkontakte im 20. Jahrhundert, der sich an ein über die Fachöffentlichkeit hinausgehendes Publikum wendet. Die nachfolgenden sechzehn Einzelstudien und -essays, die chronologisch angeordnet sind, greifen verschiedene Aspekte der Filmbeziehungen in der Zwischenkriegszeit, im „Protektorat Böhmen und Mähren“ und in der Ära des Kalten Krieges auf. Die transnationalen Beziehungen in der Stummfilmzeit vor 1918 sowie in den Kino-

¹ Aus Anlass des Filmfestivals „cinefest“ erschien auch ein Katalog mit DVD. Bock, Hans Michael/Griep, Karl (Hgg.): Film im Herzen Europas. Deutsch-Tschechische Filmbeziehungen im 20. Jahrhundert. Hamburg 2007.

branchen nach 1989 finden hingegen im Sammelband keine Berücksichtigung oder werden nur am Rande thematisiert.

Die Aufsätze zur Zwischenkriegszeit beschäftigen sich mit Ausnahme des Aufsatzes des amerikanischen Filmwissenschaftlers Kevin B. Johnson, der nationale Identitätsentwürfe in deutsch-tschechischen Mehrsprachversionen der 1930er Jahre analysiert, überwiegend mit der wirtschaftshistorischen Dimension der Filmbeziehungen. Hierbei arbeiten insbesondere der Wiener Filmhistoriker Gernot Heiss und der Brünner Medienwissenschaftler Petr Szczepanik in ihren Studien über die österreichisch-tschechoslowakischen Filmwirtschaftsbeziehungen und über die Patentrechtspolitik deutscher Elektrokonzerne auf dem tschechoslowakischen Filmmarkt der frühen Tonfilmära die transnationalen Verflechtungen der „national“ organisierten tschechoslowakischen Filmindustrie heraus. Heiss betont, dass die filmwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Prag und Wien nach der Auflösung der Habsburgermonarchie sehr eng blieben und weniger problematisch waren als in anderen Bereichen der Wirtschaft (S. 40 f.). Der amerikanische Filmhistoriker Jan-Christopher Horak fordert hingegen in seinem Beitrag über den Prager Stummfilm der 1920er Jahre, der einen „neuen filmhistorischen Ansatz zum tschechischen Film“ verspricht, ein stärkeres „Augenmerk auf das Nationale statt das Internationale“ (S. 28 f.). Dies begründet er mit der Konzentration der tschechoslowakischen Filmindustrie auf den Binnenmarkt und die dementsprechende Dominanz nationaler beziehungsweise volkstümlicher Sujets und des Genre-Films. Wenngleich Horaks Anliegen, den oft von der tschechischen Filmpublizistik und -wissenschaft verschmähten Stummfilm in der ČSR zu „rehabilitieren“, sehr ehrenwert ist, leuchtet seine Forderung nach einer nationalen Perspektive nicht ein. Vielmehr scheint eine transnational vergleichende Filmgeschichte, die sich nicht nur den künstlerischen Höchstleistungen widmet, Gewinn bringender zu sein, denn die wirtschaftlichen Strategien und ästhetischen Muster „nationaler“ Filmstoffe waren nicht nur für die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit typisch.

Die tschechische Filmgeschichtsschreibung setzt sich in den letzten Jahren intensiv mit der Kinematografie im „Protektorat Böhmen und Mähren“ auseinander und schenkt vor allem der Filmpolitik, ihren Organisationsstrukturen und einzelnen Funktionären eine erhöhte Aufmerksamkeit. Tereza Dvořáková und Petr Bednařík, die diese Forschungen in den letzten Jahren vorangetrieben haben, behandeln in ihren Aufsätzen die Spannungen und Reibungsflächen zwischen den tschechischen Protektoratsbehörden und den nationalsozialistischen Filmfunktionären. Letztere drangen auf die rasche „Arisierung“ und Eroberung des tschechischen Filmmarktes durch deutsche Unternehmen. Dvořáková zeigt, dass die tschechischen Protektoratsbehörden im Bereich der Kultur- und Filmpolitik bis zum Kriegsende trotz eines allmählichen Machtverlustes einen gewissen Handlungsspielraum behielten (S. 89). Am Beispiel des „Okkupationsgewinners“ Karl Schulz, der 1940 zum Direktor der A-B Filmgesellschaft ernannt, auf Grund interner Machtkämpfe jedoch 1942 von seiner Funktion wieder entbunden wurde, spricht Bednařík hier zudem die Konkurrenz zwischen den nationalsozialistischen Filmfunktionären an, für die die Übernahme respektive Liquidierung tschechischer Filmunternehmen ein lukratives Geschäft darstellte.

Die filmische Auseinandersetzung mit dem Protektoratsregime steht im Mittelpunkt der Beiträge des Sprachwissenschaftlers Petr Mareš und des Zeithistorikers Petr Koura. Während Mareš die sprachliche Gestaltung der tschechischen und deutschen Filmfiguren sowie die Aufschriften in dem für ein amerikanisches Publikum produzierten Streifen „Hangmen Also Die!“ (Regie: Fritz Lang, 1942) untersucht, gibt Petr Koura einen kursorischen Überblick über das Bild der Deutschen im tschechoslowakischen respektive tschechischen „Okkupationsfilm“ nach 1945. Koura stellt fest, dass die in der Nachkriegszeit entstandenen, schematischen Darstellungsmuster der Deutschen als „sadistische Gestapomänner oder SS-Leute“ bis heute im tschechischen „Okkupationsfilm“ überwiegen (S. 136).

Der Historiker Stefan Zwicker und die Dramaturgin Elke Schieber beschäftigen sich in ihren Beiträgen mit der filmischen Annäherung an das Thema der Vertreibung in der BRD und der DDR. Zwicker analysiert die 1955 entstandene Tragikomödie „Mamitschka“ von Rolf Thiele, die die Fremdheitserfahrungen einer deutschböhmisches Familie in ihrer neuen, westdeutschen Heimat thematisiert. Wenngleich der Film von der zeitgenössischen Kritik wegen seines Verzichts auf nationalistische Untertöne gelobt wurde, spielte er, so Zwicker, mit Klischees und Vorurteilen, die die Vertriebenen als „Zigeuner“ beziehungsweise als nicht „richtige Deutsche“ erscheinen ließen (S. 144.). Schieber zeigt anhand der Entstehungsgeschichte des DEFA-Films „Hilde, das Dienstmädchen“ von Günther Rucker, der 1986 seine Premiere feierte, die Schwierigkeiten im Umgang mit dem in der DDR weitgehend tabuisierten Thema. Dass der Film nicht zum „Wegbereiter für eine längst fällige Diskussion“ in der DDR geworden ist, lag Schieber zufolge zum einen daran, dass er der Tradition „antifaschistischer“ Filme folgte, zum anderen aber auch an den mangelnden Geschichtskennntnissen des überwiegend jungen Kinopublikums, das mit dem Sujet nichts anfangen konnte (S. 154 f.).

Die Aufsätze des Kulturwissenschaftlers Thomas Ballhausen über Jan Švankmajers in Österreich produzierte Puppenanimationsfilme, der Animationsfilmspezialisten Ralf Forster und Volker Petzold über die tschechisch-deutsche Serie Krakonoš/Rübezahl und der Kultursoziologin Helena Srubar über die deutsch-tschechischen Co-Produktionen im westdeutschen Kinderfernsehen, die den Sammelband abschließen, belegen eindrucksvoll, dass trotz des Kalten Krieges und der kulturpolitischen Spannungen zwischen den sozialistischen „Bruderländern“ zahlreiche Beziehungen zwischen den Kinematografien der Tschechoslowakei, Österreichs, der BRD und DDR entstanden. Insbesondere Srubar gelingt es, am Beispiel der fantastischen Kinderserien „Pan Tau & Co.“, „Arabella“ (Die Märchenbraut) und „Lucie, postrach ulice“ (Luzie, der Schrecken der Straße), die an eine bereits bestehende tschechische Kinderfilmtradition anknüpfen konnten, erfolgreiche Transfers von Ost nach West und West nach Ost aufzuzeigen. Die Co-Produktionen stellten Srubar zufolge sowohl im Hinblick auf die Produktion als auch Rezeption eine „gelungene kulturelle Überwindung politischer und nationaler Gegensätze“ dar und schufen eine bis heute bestehende „gemeinsame tschechisch-deutsche Mythen- und Märchenwelt“ (S. 195).

Insgesamt bietet der Kongressband ein interessantes Kaleidoskop aktueller Forschungen über die Geschichte der tschechisch-deutschen Filmbeziehungen. Er wirbt

nicht zuletzt für eine Reihe von bereits publizierten oder demnächst zu erwartenden Qualifikationsarbeiten einer jüngeren Generation von Medien- und Filmwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die die nationalen Perspektiven der „traditionellen“ Filmgeschichtsschreibung aufbrechen.²

Berlin

Ines Koeltzsch

Šimůnek, Michal/Schulze, Dietmar (Hgg.): Die nationalsozialistische „Euthanasie“ im Reichsgau Sudetenland und Protektorat Böhmen und Mähren 1939-1945/ Nacistická „eutanázie“ v říšské župě Sudety a protektorátu Čechy a Morava 1939-1945/Nazi „Euthanasia“ in the Reich District of Sudetenland and Protectorate of Bohemia and Moravia.

Pavel Mervart, Praha 2008, 295 S., 76 Abb. (Práce z dějin vědy 22).

Mit dem Themenkreis „Euthanasie“ und Tötung von geistig behinderten Menschen widmet sich die Wissenschaft nach Forschungen zu Shoah und „Arisierung“ inzwischen auch für den Bereich der böhmischen Länder intensiver weiteren Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus. Der informative Band mit sechs Beiträgen ging aus einer gemeinsamen deutsch-tschechischen Konferenz zur nationalsozialistischen „Rassen- und Erbgesundheitspolitik“ und zu den Euthanasie-Programmen hervor, die im Mai 2005 in Prag stattgefunden hat. Dargestellt werden das Netzwerk aus psychiatrischen Anstalten, Heimen und Krankenhäusern, die in das Programm der Rassenhygiene und Tötung von psychisch Kranken einbezogen waren, die Transporte zwischen den Anstalten, Verwaltung und „Technik“ der Ermordung, Täterbiogramme und Opferzahlen. Im Mittelpunkt steht die geheim gehaltene „Aktion T4“, die, von der „Kanzlei des Führers“ in Berlin zentral geleitet, von Anfang 1940 bis August 1941 Heimbewohner erfasste, ihren Lebenswert anhand der Arbeitsfähigkeit bestimmte und in der fabrikmäßig organisierten Tötung von mehr als 70 000 Kranken mündete. Für die böhmischen Länder klaffen bis heute große Forschungsdefizite und Quellenlücken, so dass genauere Opferzahlen und die Namen vieler Betroffener nicht bekannt sind. Eines der Hauptprobleme der Forschung besteht dabei darin, dass in den Akten der einzelnen Heil- und Pflegeeinrichtungen meist nur „verlegt in eine andere Anstalt“ bzw. Akte „geführt und geschlossen“ vermerkt ist und die Verlegung von Kranken in die Vernichtungsanstalten über Zwischenstationen erfolgte. Zudem begannen die Euthanasie-Anstalten 1944 mit der Vernichtung ihrer Akten, und von den zentralen Erhebungsbögen der Aktion T4 ist der größere Teil verschollen. Die namentliche Identifikation der Opfer und eine

² Siehe v. a.: *Dvořáková, Tereza/Klimeš, Ivan: Prag-Film AG 1941-1945. Im Spannungsfeld zwischen Protektorats- und Reichs-Kinematografie.* München 2008. – *Srubar, Helena: Ambivalenzen des Populären. Pan Tau und Co. zwischen Ost und West.* Konstanz 2008. – *Szczepaniak, Petr: Konzervy se slovy. Počátky zvukového filmu a česká mediální kultura 30. let [Wörter in Konserven. Die Anfänge des Tonfilms und die tschechische mediale Kultur der 30er Jahre].* Brno 2009. – Außerdem steht Kevin B. Johnsons Dissertation „Bohemian Visions: The Czech Territories and its People in German Cinema 1930-1945“ kurz vor dem Abschluss.

Zusammenführung der verbliebenen Akten sind das Ziel einiger Forschungsvorhaben, darunter des DFG-Forschungsprojekts zur Auswertung des Krankenaktenbestands des Euthanasie-Programms.

Die beiden wichtigsten Vernichtungsanstalten für Patienten des Reichsgaus Sudetenland und des Protektorats Böhmen und Mähren lagen außerhalb dieses Gebiets: im sächsischen Pirna-Sonnenstein (dazu der Beitrag von Boris Böhm, S. 31-55) und im oberösterreichischen Hartheim bei Linz (dazu der Beitrag von Brigitte Keplinger, S. 57-77). Vorgestellt werden die Geschichte dieser traditionsreichen Anstalten, ihre Umwidmung in Tötungsorte, ihre Struktur, das Personal (Ärzte, Pfleger, Verwaltung, Fahrer, Krematoriumsmitarbeiter), die Opferzahlen, der detaillierte Ablauf der Krankenmorde und schließlich die Zerstreuung der Asche der Opfer sowie die bürokratische Abwicklung und Verschleierung des Geschehenen gegenüber Angehörigen. Die Euthanasie-Anstalten entwickelten eigene rationalisierte „Tötungsstrecken“, die vom Entkleiden der Opfer bis zu ihrer Ermordung durch Kohlenmonoxid in speziellen Gaskammern und zum Verbrennen der Leichen reichten und zum Vorbild der Vernichtungslager des Holocaust wurden, wobei sich auch personelle Kontinuitäten nachweisen lassen. Von Widerständen gegen das Programm wird nur in einem Fall berichtet: Karl Girschek, der Direktor der Troppauer Heil- und Pflege-Anstalt lehnte, wie in offiziellen Korrespondenzen vermerkt, das Tötungsprogramm ab, verhinderte es für seinen Zuständigkeitsbereich aber auch nicht (S. 90 f.).

Im Reichsgau Sudetenland befanden sich mehr als 50 Einrichtungen zur Betreuung psychisch Kranker und geistig Behinderter sowie alter und pflegebedürftiger Menschen, die in die „Aktion T4“ einbezogen waren. Die größten Heil- und Pflege-Anstalten befanden sich in Wiesengrund (Dobřany) bei Mies (Stříbro), in Sternberg (Mährisch-Sternberg, Šternberk) und in Troppau (Opava). Von den etwa 5 000 erfassten Heimbewohnern wurden 237 allein im Sommer 1941 in Pirna-Sonnenstein ermordet. Unter den Opfern befanden sich, entgegen der offiziellen Vorgaben, auch Tschechen. Das Forschungsteam zur „Aktion T4“ (Stephanie Schmitt, Petra Fuchs, Gerrit Hohendorf, Maike Rotzoll, Annette Hinz-Wessels und Paul Richter, S. 79-116) untersuchte 300 Opferakten aus den böhmischen Ländern. Daraus ergibt sich, dass hauptsächlich männliche Patienten mit der Diagnose Schwachsinn, deren Arbeitsleistung von den Ärzten negativ beurteilt wurde, für eine Tötung vorgesehen waren. Unter den Opfern befanden sich aber nicht nur – wie geplant – Langzeitpatienten, sondern auch nur wenige Wochen zuvor eingewiesene Patienten.

Michal Šimůnek, der sich 2004 mit seiner Studie über „die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939-1945“ hervorgetan hat,¹ bettet die Euthanasie-Aktionen für den Sudetengau und das Protektorat in den breiteren Kontext der nationalsozialistischen Rassen- und Volkstumspolitik, wissenschaftlicher Erbgesundheitskonzepte und anderer Maßnahmen

¹ Šimůnek, Michal: Ein neues Fach: die Erb- und Rassenhygiene an der Medizinischen Fakultät der Deutschen Karls-Universität Prag 1939-1945. In: *Kostlán*, Antonín (Hg.): Wissenschaft in den böhmischen Ländern 1939-1945. Praha 2004, 190-316 (Práce z dějin vědy 9).

zur „Ertüchtigung“ des „deutschen Volkskörpers“ ein (S. 117-198). So unterstanden dem „Gauamt für Volksgesundheit“ in Reichenberg seit 1940 im Sudetengau 16 Erbgesundheitsgerichte und ein Obergericht, die parallel zur Euthanasie Sterilisationsprogramme entwickelten. Šimůnek betont, dass im Protektorat die Volks- und Rassezugehörigkeit allen anderen Kriterien übergeordnet worden sei, was auch für das Euthanasie-Programm galt. Seit 1940 wurden die Patienten streng nach Nationalität getrennt in verschiedenen Krankenanstalten untergebracht, wobei alle Deutschen aus dem Protektorat und dem Nordteil des Sudetengaus in die Pflegeanstalt Kosmanos (Kosmonosy) bei Jung-Bunzlau (Mladá Boleslav) verlegt werden sollten. Im Rahmen der Volkstumspolitik sollten Tschechen nicht in das Euthanasie-Programm einbezogen werden. Ungeachtet dessen wurden auch im Protektorat einzelne tschechische Kranke von der Vernichtungsmaschinerie erfasst. Auch in die seit 1942 geplante Tötung von Kindern und Jugendlichen sollten Tschechen eingeschlossen werden, wie die Projektbeteiligten in einer eigenen Studie herausarbeiteten.² Die rassenpolitische Abgrenzung betraf zudem jüdische Patienten, die seit 1940 in den Anstalten von Deutschen und Tschechen separiert und seit 1942 nach Theresienstadt deportiert wurden. Von dort wurden zwei Drittel zu Vernichtungsstätten in Weißrussland und nach Auschwitz – zum Teil verschleiert als Verlegung in die Krankenanstalt Cholm (Chełm) – transportiert, ein Drittel verstarb in Theresienstadt (dazu der Beitrag von Tomáš Fedorovič, S. 199-236).

Nach 1941 setzte sich die gezielte Tötung psychisch Kranker im Rahmen der so genannten „dezentralen Euthanasie“ und anderen Aktionen fort, wobei neben medizinischen Versuchen viele Patienten durch unbehandelte Erkrankungen, Nahrungsentzug oder unterlassene Medikamentengabe starben. Zum Ansteigen der Todesraten und der dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Anstalten der böhmischen Länder führte dann die Verlegung von Kranken aus von Bombardierungen betroffenen Gebieten Deutschlands (dazu der Beitrag von Dietmar Schulze, S. 237-251).

In den Beiträgen des Bandes werden mehrere offene Forschungsfelder benannt, so z. B. fehlende Studien über lokale bzw. „dezentrale Euthanasie“ in den Heimen und Pflegeanstalten der böhmischen Länder (vor allem seit 1942), über den Bereich der Zwangssterilisationen und medizinische Versuche. Der Tagungsband, eingeleitet von Paul Weindling (Oxford), enthält neben Registern eine ausführliche Literaturliste (S. 253-284), 76 Abbildungen sowie zu allen Beiträgen Zusammenfassungen in tschechischer und englischer Sprache. In der sorgfältig lektorierten Publikation irritieren nur einzelne Wendungen wie nationalsozialistische „Kader“, wenn Kranke einer Anstalt „zugeführt“ werden oder, dass die Anstalt Kosmanos fälschlich dem Sudetengau unterstellt wird (S.195). Wertvoll sind auch die zum Teil in seitenlangen Anmerkungen versteckten Biografien der beteiligten Mediziner, Behördenleiter und Verwaltungskräfte. Insgesamt stellt diese zum Thema Euthanasie in den böhmischen

² Benzenböfer, Udo/Oelschläger, Thomas/Schulze, Dietmar/Šimůnek, Michal (Hgg): „Kinder- und Jugendlicheneuthanasie“ im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren. Wetzlar 2006 (Studien zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus 5).

Ländern grundlegende Veröffentlichung einen Markstein auf dem Weg der Erforschung von Planung und Durchführung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ sowie zur Opferidentifikation in den von Deutschland besetzten Ländern Mittel- und Osteuropas dar.

München

Robert Luft

Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit. Herausgegeben im Auftrag des Fritz Bauer Instituts von Katharina Stengel und Werner Konitzer.

Campus, Frankfurt/Main, New York 2008, 307 S. (Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2008).

„Opfer als Akteure“ – kürzer und treffender könnte man einen aktuellen Trend in den historischen Wissenschaften wohl kaum formulieren. Der zeitlichen Verlagerung von der Kriegs- auf die Nachkriegszeit, das heißt dem Paradigmenwechsel von der Geschichte des Zweiten Weltkriegs zur Geschichte seiner Erinnerung, folgt die Akzentverschiebung von den klassischen Akteuren (Parteien, Staaten, überstaatlichen Organisationen) auf einzelne Opfer und Opfergruppen, Verfolgtenverbände, Lagerkomitees und historische Kommissionen von Überlebenden in ihrer Funktion als Vorkämpfer und Wegbereiter einer juristischen, politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Nicht zuletzt wegen seines zitierfreundlichen Titels und der offensichtlich vorhandenen Nachfrage nach einer grundlegenden Studie auf diesem Gebiet (das man mit diesem Buch als jenes der „Opfer-als-Akteure-Forschung“ bezeichnen könnte) dürfte der Sammelband Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die Herausgeberin Katharina Stengel stellt in der Einleitung völlig richtig fest, dass die Opfer des Nationalsozialismus „als politische Akteure der erinnerungs- oder vergangenheitspolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit, als Personen, die aus ihren Verfolgungserfahrungen eigenständige Schlüsse gezogen und eigene Interessen formuliert haben“, bisher kaum beachtet worden seien (S. 11 f.). Der Sammelband versucht daher, „die verstreuten Forschungsansätze zum Thema zusammenzufassen“, und möchte die zahlreichen Organisationen der NS-Opfer, ihre Aktionsfelder und Motive, Kontexte und Wirkungen, ihre Konkurrenzen und unterschiedlichen Konfrontationen „beispielhaft und in Ausschnitten“ darstellen (S. 14).

Die Beiträge der 13 Autoren, zumeist Historiker und Politikwissenschaftler, sind in drei etwas willkürlich strukturierte Abschnitte gegliedert: Zunächst geht es um Opferverbände oder Einzelpersonen als „politische Akteure der Nachkriegszeit“ in Deutschland und Österreich. Der zweite Teil ist den KZ-Überlebenden in der Rolle als Historiker der Konzentrationslager gewidmet, der dritte schließlich Juden und jüdischen Organisationen in West- und Osteuropa.

Die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Opferverbände und deren Positionierung in der nationalen und internationalen politischen Landschaft vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Kalten Krieges stehen anfangs im Zentrum der Aufmerksamkeit. Brigitte Bailer-Galanda, die merklich auf ältere eigene Forschungen zum Thema zurückgreifen kann, gibt einen Überblick über die früh par-

teipolitisch aufgespaltenen NS-Opferverbände in Österreich und macht deutlich, dass der oft beschworene „Geist der Lagerstraße“ allzu schnell hinter die politischen Konfrontationen der Nachkriegszeit zurücktrat. Anschaulich illustriert sie die drei wesentlichen Konfliktlinien: zwischen den politischen Verfolgtenorganisationen, zwischen jüdischen und politischen Opfern sowie zwischen in Österreich lebenden Opfern und aus dem Exil nicht zurückgekehrten ehemaligen Österreichern.

Während Kristina Meyer mit der „Arbeitsgemeinschaft ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten“ den Fokus ebenso auf eine parteipolitische Verfolgtenorganisation legt, beschreibt Harald Schmid eine Organisation mit „fast unpolitisch anmutende[m] Selbstverständnis“ (S. 47): Detailliert zeichnet er den Weg der Hamburger „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“ von einer „temporären Fürsorgevereinigung“ zu einem „etablierte[n] Verfolgtenverband“ nach (ebd.). Der löbliche Versuch, analytische Kategorisierungen und Begrifflichkeiten zu etablieren, enttäuscht jedoch. Die Unterscheidung der Aktivitäten der Verfolgtenorganisationen in drei Felder, namentlich die soziale Betreuung, den politischen Lobbyismus und erinnerungskulturelle Aktivitäten (S. 28 f.), ist unscharf und wird im Beitrag nicht konsequent angewandt. So beschreibt Schmid unter den „Handlungsfeldern politische Kultur und Erinnerungskultur“ (S. 41) den Kampf gegen den Antisemitismus, den er außerdem unbegründet in die Nähe einer solidarischen Haltung mit Israel rückt (S. 45).

Wie sehr die von Schmid unterschiedenen Tätigkeitsbereiche zusammenfallen und sich überschneiden, wird in den Beiträgen von Thomas Irmer und Anne Klein deutlich, die sich mit dem Engagement von Einzelpersonen auseinandersetzen. Irmer verdeutlicht an drei Personen die Schwierigkeiten, aber auch Möglichkeiten individueller Interventionen zugunsten der Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Während es dabei zunächst um zwei Gerichtsverfahren aus den 1950er und 1960er Jahren geht, agiert Irmers (etwas überraschend gewählter) dritter Protagonist Hermann Langbein in erster Linie außerhalb der Gerichtssäle und könnte sich durchaus auch unter der Bezeichnung „Militant de la Mémoire“ finden, wie Anne Klein das Ehepaar Beate und Serge Klarsfeld charakterisiert. Klein gelingt es nicht nur, das Leben und Schaffen dieser beiden spannenden Persönlichkeiten nachzuzeichnen, sondern auch ein Kapitel gemeinsamer französisch-deutscher Geschichte zu schreiben.

Hermann Langbein – in seiner Funktion als Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees – ist auch die zentrale Figur in Katharina Stengels Beitrag über die Entstehungsgeschichte des Sammelbandes „Auschwitz. Zeugnisse und Berichte“ (1962). Wesentlich klarer und mit einem weiteren Blickfeld als Philipp Neumann in dem ähnlich angelegten Beitrag über die Buchenwald-Dokumentation „Mahnung und Verpflichtung“ (1960) verfolgt Stengel das persönliche Engagement einzelner Überlebender, die Konflikte innerhalb des Internationalen Auschwitz-Komitees und den komplizierten Weg zur Herausgabe des „Auschwitz-Buches“. Erhellend ist dabei nicht nur die Ost-West-übergreifende Perspektive, sondern auch die Einbettung in die frühe „Auschwitz-Literatur“ und die Berücksichtigung der (anfänglich schleppenden) Rezeption des retrospektiv betrachteten richtungweisenden Buches.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit sind drei Beiträge über Interventionen jüdischer Überlebender angesiedelt. Während Franziska Bruder in einem allgemein ge-

haltenen Aufsatz die „Handlungsstrategien jüdischer Überlebender in Polen“ nach dem Zweiten Weltkrieg skizziert, geht Stephan Stach in seinem aufschlussreichen und auf umfangreichen Archivquellen basierenden Beitrag auf die jüdischen Organisationen als Protagonisten in der aktiven Verfolgung von NS-Verbrechern ein. Obwohl der Schwerpunkt seines Interesses sichtlich auf Polen liegt, sind die grenzüberschreitenden Betrachtungen der jüdischen Initiativen in Polen und Österreich sehr lesenswert. Der „westliche Gegenspieler“ des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau und zugleich „ein diasporisches Gegengewicht“ zu Yad Vashem in Israel (S. 282), nämlich das Pariser Centre de Documentation Juive Contemporaine, liegt dem Beitrag von Laura Jockusch zugrunde. Bei den – zeitweise fast vergessenen – jüdischen Holocaustdokumentationen mit ihren umfangreichen Aktivitäten und Publikationen, hier am Beispiel Frankreichs dargestellt, handelt es sich um einen wichtigen und spannenden Aspekt der Entwicklung der europäischen Erinnerungskultur.

Auch der letzte Beitrag des Sammelbands, der sich mit künstlerischen Antworten von jüdischen Überlebenden auf die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzt, bietet anregende Einblicke. Im Mittelpunkt von Anke Zimmermanns Überlegungen stehen die Lebenswege der Malerin Helga Hošková-Weissová und des Komponisten Karel Reiner. Kunst wird hier in erster Linie unter dem Aspekt der „memorierende[n] oder rekonkretisierende[n] Leistung des Werkes“ (S. 296) als historische Quelle und als eine Artikulationsform innerhalb des jüdischen Opferdiskurses betrachtet.

Während derartige Ansätze und Überlegungen auch über das Einzelbeispiel hinaus instruktiv sein können, verweisen andere Stellen des vorliegenden Buches (vor allem die unterschiedliche bzw. nicht geklärte Verwendung diverser Konzepte und Begrifflichkeiten) auf die Notwendigkeit weiterer methodischer Reflexionen über Erinnerungskultur und Opferforschung – und zugleich auf die Grenzen eines klassischen Sammelbandes. Wird auf die Definition von „Minderheit“ (S. 130), „Bricha“ (S. 232 und 244) oder „jüdische Künstler“ (S. 284) eingegangen, so finden gleichzeitig Begriffe wie „Erinnerungskultur“ oder das für diese Periode zumindest in Frage zu stellende Konzept des „kulturellen Gedächtnisses“ oft unreflektiert Verwendung oder werden so stark strapaziert, dass sie Gefahr laufen, ihre analytische Schärfe einzubüßen (z. B. „Vergangenheitspolitik“, S. 49). Zudem wirken redundante Aussagen wie jene von der „bereits“ unmittelbar nach 1945 existierenden Opferkonkurrenz (z. B. S. 75 und 261) oder die obsoletere Erkenntnis von den „zahlreiche[n] Verbindungen und Überschneidungen“ zwischen „historischer Forschung“ und „erinnerungskulturellen Bearbeitungen“ (S. 20) in diesem Rahmen irritierend.

Verdienstvoll wäre es gewesen, die einzelnen Beiträge stärker zu einem Forschungsansatz zusammenzufassen, diesen Ansatz durch die Thematisierung und konsequente Verwendung von Konzepten und Begriffen analytisch zu schärfen und damit Grundlagen vorzulegen, die über die hier behandelten Beispiele hinaus nutzbar gemacht werden könnten. Dazu hätte wohl auch die historiografiegeschichtliche Verortung stärker akzentuiert werden müssen (siehe den schmalen Literaturüberblick, S. 11-13), die – wie auch die generelle Konzeption des Bandes – eine starke Konzentration auf die deutschsprachige Forschungslandschaft aufweist.

Dies ist im Rahmen eines Sammelbandes sicherlich nur schwer zu leisten. Gelingen ist dem Buch zweifellos, mit über weite Strecken gut lesbaren, informativen und abwechslungsreichen Einzelstudien aufzuzeigen, dass „der Begriff der Verdrängung zu unscharf ist“ (S. 104) und dass – abseits der Wahrnehmung durch eine breite Öffentlichkeit – eine intensive und facettenreiche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stattfand. Lobenswert sind der dem Sammelband zugrunde liegende Blick „von unten“, die Konzentration auf die diversen ungleichen „Erinnerungsgemeinschaften“ (Peter Burke) und die Berücksichtigung ihres Beitrags zu einer (inter-)nationalen Erinnerungskultur. Damit wird nicht zuletzt auf eine der oft vernachlässigten Wurzeln der „memory studies“ verwiesen, nämlich auf das Interesse an den vergessenen, anonymen und an den Rand gedrängten Geschichten von Individuen, sozialen Gruppen und Minderheiten.

München

Peter Hallama

Kokoška, Stanislav: Prag im Mai 1945. Die Geschichte eines Aufstandes.

V & R unipress, Göttingen 2009, 316 S. (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 55).

Stanislav Kokoška hat ein wichtiges Buch geschrieben und es ist begrüßenswert, dass es jetzt auch in deutscher Sprache vorliegt.¹ Ganze 60 Jahre hatte die Fachwelt auf eine quellenbasierte Gesamtdarstellung des Prager Aufstandes warten müssen: Die Synthese von Karel Bartošek aus dem Jahr 1960 war eher die Erzählung eines wohl informierten Zeitzeugen, wenngleich dies die Bedeutung dieser lange Zeit einzigen Überblicksdarstellung der Prager Ereignisse vom Mai 1945 nicht schmälern soll.² Der Prager Aufstand war der letzte dieser Art in Europa und ist ein Musterbeispiel für die politische Instrumentalisierung solcher nicht zuletzt auch sehr symbolischen Ereignisse. Im Prager Fall etwa dienten weniger die tatsächlichen Umstände des Aufstandes, als vielmehr seine nachträgliche Interpretation durch die politischen Gewinner der Durchsetzung und Festigung der kommunistischen Herrschaft in der Nachkriegs-Tschechoslowakei. So markierte der Einzug der Roten Armee in Prag am 9. Mai, als alles eigentlich schon gelaufen war, denn auch bis zur politischen Wende von 1989 das Ende des Zweiten Weltkriegs in Böhmen. Dies hätte jedoch durchaus auch ganz anders kommen können, wie Kokoška eindrucksvoll darlegt.

Der Autor, ein ausgewiesener Kenner der vor allem militärgeschichtlichen Aspekte der deutschen Besatzungsherrschaft in Böhmen und Mähren, hat für seine Studie einen klassischen ereignisgeschichtlichen Zugang gewählt, der sich weitgehend auf politische und militärische Gesichtspunkte beschränkt. Neuere Ansätze der Militärgeschichte mit sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtlichem Methodenarsenal, wie sie beispielhaft etwa in den beiden Bänden des Militärgeschichtlichen Forschungsamts zur „deutschen Kriegsgesellschaft“ umgesetzt wurden, kommen

¹ Das Original erschien 2005 unter dem Titel „Praha v květnu 1945. Historie jednoho povstání“ beim Verlag Lidové Noviny in Prag.

² Bartošek, Karel: Pražské povstání 1945, Praha 1960; auf Deutsch erschienen unter dem Titel „Der Prager Aufstand 1945“. Berlin (Ost) 1965.

somit nicht zu Tragen.³ Weitgehend chronologisch und akteurszentriert zeichnet Kokoška die Überlegungen, Aktionen und Strategien der beteiligten Parteien in den letzten Kriegswochen nach, die schließlich im Prager Aufstand, der dann doch eher plötzlich ausbrach, ihren etwas chaotischen Kulminationspunkt fanden.

Im ersten Teil des Buches schildert der Autor zunächst ausführlich sowohl die Umstände des tschechischen zivilen wie militärischen Widerstandes als auch die diplomatischen Bemühungen der tschechoslowakischen Exilregierung in den Wochen vor Beginn des Aufstandes. Er zeichnet ein detailliertes Bild der verschiedenen, teilweise miteinander konkurrierenden Gruppen und ihrer konzeptionell-strategischen Überlegungen hinsichtlich eines möglichen Aufstandes sowie der Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten. Das größte strukturelle Problem war die Zersplitterung des Widerstandes aufgrund der erfolgreichen Tätigkeit der Gestapo und die organisatorische wie kommunikative Trennung zwischen den zivilen und militärischen Untergrundorganisationen.

Die wichtigsten zivilen Gruppierungen schlossen sich im Februar 1945 im Tschechischen Nationalrat zusammen, der sich als „Repräsentant aller revolutionären Organisationen“ (S. 62) verstand und als politische Interessenvertretung für die Nachkriegszeit fungieren sollte. Kokoška schildert, wie die Kommunisten zielstrebig ihre Position in diesem politisch links stehenden Organ ausbauten, was nicht zuletzt zu Differenzen zwischen Exil und Heimatfront führte. Auch wird deutlich, wie wenig die politischen Gruppierungen – insbesondere die Kommunisten – im Grunde mit einem Aufstand rechneten bzw. wie sehr sie eine militärische Lösung zu umgehen hofften: „Obwohl die Kriegsfrenten immer näher rückten, wurde über einen bewaffneten Aufstand noch immer nur theoretisiert wie über eine entfernte Perspektive.“ (S. 29) Im Vordergrund standen vielmehr die Positions- und Verteilungskämpfe in Hinblick auf die unmittelbare Nachkriegszeit.

Auch auf Seiten des mit der politischen Führung nicht verbundenen militärischen Widerstandes waren die Überlegungen hinsichtlich eines bewaffneten Aufstandes eher zurückhaltend. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass ein solcher – bis zum Schluss – abhängig vom Wohlwollen bzw. den Interessen der Alliierten war. Gerade diesen internationalen Kontext des Aufstandes detailliert zu beschreiben, ist vielleicht das größte Verdienst des Autors. Zwar enthält sich Kokoška fast jeglicher Interpretation; aber schon allein aus den ausführlichen Schilderungen wird deutlich, welche die Hauptprobleme des tschechischen Widerstandes waren (neben der Gestapo): die Verschiebung der alliierten Prioritäten und Strategien in Abhängigkeit von der militärischen Lage; persönliche Rivalitäten auf tschechischer wie auf alliierter Seite; spätestens seit der Ernennung Harold Perkins zum Leiter der mitteleuropäischen Abteilung der britischen Special Operation Executive (SOE) die fast aussichtslose „Konkurrenz“ zur polnischen Widerstandsbewegung; unterschiedliche politische Interessen der Alliierten und die Behauptung von Einflussphären; und

³ *Echternkamp*, Jörg (Hg.): Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Erster Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben. München 2004; 2. Halbband: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, München 2005 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 9/1 u. 9/2).

nicht zuletzt der dramatische Mangel an Waffen und Ausrüstung, dem trotz eindringlicher Bitten und wiederholter Initiativen der tschechoslowakischen Exilregierung bei den Alliierten keine Abhilfe geschaffen wurde.

Das Problem bestand darin, dass selbst auf britischer Seite lediglich die Bereitschaft bestand, Sabotageakte zu unterstützen, und man der Meinung war, „jegliche Operationen großen Ausmaßes [müssten jedoch] von den Russen koordiniert und unterstützt werden“ (S. 43). Diese waren zwar daran interessiert, die „östliche Orientierung der Tschechoslowakei“ zu stärken, die Bemühungen zur Unterstützung des Widerstandes waren aber größtenteils rhetorischer Natur. Vielmehr verfolgten Stalin und sein Stab wie schon im Falle Warschaws eine harte realpolitische Linie: „Dieser Krieg unterscheidet sich von allen vorhergehenden: Wer das Gebiet besetzt, der errichtet seine eigene Gesellschaftsordnung. Jeder führt sein System dort ein, wo seine Armee einzieht.“ (S. 77 f.)

Mahnende Stimmen, wie etwa die des britischen Botschafters bei der tschechoslowakischen Exilregierung Philip Nichols, die zu bedenken gaben, dass es weder im britischen noch im Interesse der Tschechoslowakei liege, diese der sowjetischen Einflussphäre zuzuschlagen, verhallten weitgehend ungehört. Auch Churchill, dem die politische Bedeutung einer Befreiung Prags durch die alliierten Truppen durchaus bewusst war, konnte sich nicht durchsetzen und seine fast bis zum letzten Tag wiederholten diplomatischen Vorstöße bei Eisenhower und Truman blieben erfolglos (S. 89, 262). Schon am 24. April erfuhr er von Eisenhower persönlich, dass dieser die „Tschechoslowakei nie als ein Ziel des alliierten Feldzuges betrachtet habe, da er meinte, das Land liege in der sowjetischen Operationszone und die Befreiung sei deshalb die Aufgabe der Roten Armee“. (S. 85 f.)

Dieses Moment zieht sich auch durch die zweite Hälfte des Buches, in der die Geschehnisse rund um den Aufstand ausführlich geschildert werden. Hier ist es schade, dass Kokoška weitgehend auf der Ebene der politischen und militärischen Strategien verharret und den Reaktionen der deutschen wie tschechischen Zivilbevölkerung nur wenig Raum widmet. Vielmehr versucht er, die Rahmenbedingungen des Aufstandes, also die zum Teil absurden Vorstellungen der noch bis zum Schluss konkurrierenden deutschen Instanzen über mögliche Bedingungen für einen Waffenstillstand, die Koordinationsschwierigkeiten des heimischen Widerstandes sowie das Taktieren der Alliierten und der Sowjets zu entschlüsseln. Dies gelingt ihm vorzüglich, wird doch deutlich, wie hier von allen Seiten und im Grunde genommen sehenden Auges die Bausteine für die kommunistische Machtübernahme von 1948 zusammengetragen wurden.

Der Aufstand selbst kam für alle Beteiligten letztlich unerwartet früh. Während die Panzer der Roten Armee, die zuvor Berlin erobert hatten, nun überstürzt nach Prag eilten, nahmen die Amerikaner bereits am Morgen des 6. Mai Plzeň (Pilsen) ein. Dies führte verständlicherweise zu einer gewissen Erwartungshaltung in der Prager Bevölkerung und den Widerstandsgruppen. Kokoška beschreibt in diesem Zusammenhang den Stimmungswandel in der Stadt, in der bereits Ende April angesichts der Flüchtlingsströme und der rapiden Auflösung jeglicher Ordnung eingesetzt hatte. Diese aufgeladene und erwartungsvolle Atmosphäre gipfelte schließlich in verschiedenen Massenmanifestationen tschechoslowakischer Souveränität.

Was nun folgte, kann nur als allgemeines Chaos bezeichnet werden: Sowohl die deutsche Seite als auch die heimische Widerstandsbewegung und die verbündeten Streitkräfte wurden von der rasanten Entwicklung überrollt. Das weitere Vorgehen der Alliierten war abhängig von der Vereinbarung, die Eisenhower mit dem sowjetischen Generalstab getroffen hatte, nämlich die vereinbarte Linie Karlovy Vary-Plzeň-České Budějovice (Karlsbad-Pilsen-Budweis) nicht zu überschreiten. Auf die Ankündigung Eisenhowers vom 4. Mai, den Angriff wenn nötig, weiter bis zum Westufer von Elbe und Moldau zu führen, verfiel der sowjetische Generalstab in betriebsame Hektik, denn: „Es herrschte kein Zweifel, dass, falls Pattons 3. Armee tatsächlich nach Prag aufbräche, sie Prag viel früher befreien würde, als sich die Sowjeteinheiten überhaupt ins böhmische Becken hätten durchkämpfen können.“ Insofern erging die eindeutige sowjetische Aufforderung, in keinem Fall die ursprüngliche Abmachung zu brechen (S. 91 f.). Anders als Patton war Eisenhower entschlossen, Wort zu halten; die verzweifelten Hilferufe aus Prag blieben folglich ungehört.

Während die Exilregierung unter Beneš die Nachricht vom Aufstand freudig begrüßte und alles unternahm, um doch noch militärische Hilfe von Seiten der amerikanischen 3. Armee zu erhalten, fühlten sich die tschechoslowakischen Kommunisten überrumpelt (S. 256 f.). Da auch ihnen die Symbolwirkung einer Befreiung Prags bewusst war, suchten sie die vorzeitige Befreiung Prags durch alliierte Truppen zu verhindern und setzten auf die Rote Armee. Die einzigen, die auf Seiten der Aufständischen aktiv in das Geschehen eingriffen, waren somit die Truppen der Vlassov-Armee.

Die Kämpfe wurden trotz der zwischenzeitlichen Kapitulation des Deutschen Reiches auf beiden Seiten heftig fortgeführt (insbesondere die äußerst brutal vorgehende Waffen-SS war nicht zur Aufgabe bereit), bis die deutschen Einheiten am 8. Mai (!) schließlich in einen Waffenstillstand einwilligten und mit dem Abzug begannen. Glücklicherweise hatte sich der Oberbefehlshaber der Waffen-SS Pückler mit seiner Forderung eines Flächenbombardements nicht durchsetzen können (S. 208); schon die reale Möglichkeit eines solchen Vorgehens führt jedoch vor Augen, dass die Kämpfe auch ganz anders hätten ausgehen können. So bleibt das Fazit, dass der Vorwurf des wiederholten Verrates nach 1938 durchaus berechtigt erscheint – auch damals hatten auf Seiten der Westmächte ähnliche Überlegungen im Vordergrund gestanden wie 1945, waren politische Prinzipien militärischen Überlegungen geopfert worden. Die Soldaten der Roten Armee konnten daher bei ihrem Einzug in Prag am 9. Mai konkurrenzlos als die wahren Friedensbringer auftreten.

Kokoška basiert seine Darstellung hauptsächlich auf zum Teil erstmals ausgewertetem Material aus tschechischen, deutschen, britischen und amerikanischen Archiven und umfangreicher älterer Literatur. Eine kritische Auseinandersetzung mit beidem bleibt jedoch weitgehend aus, auch werden kaum Interpretationen geliefert, ja nicht einmal ein Fazit. Der Autor konzentriert sich vielmehr auf eine möglichst genaue Schilderung der Ereignisse. Diese ist zwar eine große Leistung, es ist jedoch bedauerlich, dass versäumt wurde, die vielfältigen interpretatorischen Möglichkeiten des Themas zu nutzen.

Auch überrascht etwas, dass Kokoška, ein ausgebildeter Archivar, mit den Quellen relativ unkritisch umgeht und nur vereinzelt Fragen stellt. Dabei liefert er selbst oft wertvolle Hinweise. So etwa wenn er feststellt, dass im Protokoll der Regierung in Košice (Kaschau) vom 5. Mai der Prager Aufstand „mit keiner Silbe“ erwähnt werde und die Regierung noch am nächsten (ebenso wie am übernächsten) Tag „in einer unverständlichen Passivität“ verharre habe, im unmittelbar darauf folgenden Absatz jedoch die zur gleichen Zeit ausgegebene Anweisung des Verteidigungsministers Svoboda an den Chef der tschechoslowakischen Militärmission in Moskau zitiert, von der sowjetischen Seite 34 Transportflugzeuge vom Typ Douglas zu fordern, die insgesamt 600 Personen, darunter mehrere Minister und eine militärische Sondereinheit, nach Prag bringen sollten: „Die Lage in Prag erfordert den Transport dieser Personen so bald wie möglich.“ (S. 258) Hier sollte doch zumindest kritisch gefragt werden, warum der Prager Aufstand nicht in dem (im Übrigen im Bestand des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei befindlichen) überlieferten Protokoll der Regierung auftaucht, wenn doch offensichtlich alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um den Aufständischen beizustehen ...

Zum Schluss soll noch auf ein anderes Ärgernis hingewiesen werden: die deutsche Bearbeitung des Buches. Nicht nur lehnt sich die deutsche Übersetzung in Satzbau und Wortwahl allzu eng an das tschechische Original an, so dass der Text stilistisch nur schwer zu verdauen, stellenweise gar missverständlich ist; auch die redaktionelle Bearbeitung des Bandes wurde erstaunlich nachlässig durchgeführt. So ist etwa – anders als im tschechischen Original – das Literaturverzeichnis unvollständig und chaotisch, von Übersetzungen tschechischer und russischer Titel wurde leider ganz abgesehen. Auch ist vollkommen unverständlich, warum für die deutsche Ausgabe Quellen- und Literaturverzeichnis zusammengelegt wurden und im Verzeichnis der Archivbestände nur mehr die einzelnen Archive ohne Bestandsangabe genannt werden. Noch schwerer fällt aber ins Gewicht, gerade angesichts der Detailfülle dieses Buches, dass das (wiederum unvollständige und chaotische) Personenregister nicht nur nicht um weitere Angaben und ein Sachregister ergänzt, sondern gar nur auf Namen reduziert wurde!

Trotz dieser Kritikpunkte bleibt festzuhalten, dass es sich bei Kokoškas Darstellung des Prager Aufstandes um einen großen Wurf handelt. Dieses Ereignis in seiner alltagsgeschichtlichen Dimension, in seiner Wirkungsgeschichte bzw. politischen Instrumentalisierung oder in vergleichender Perspektive zu untersuchen, bleibt zwar der weiteren Forschung vorbehalten; diese kann sich nun aber immerhin auf ein solides Standardwerk stützen.

Prag

Nina Lohmann

Bendel, Rainer (Hg.): Vertriebene finden Heimat in der Kirche. Integrationsprozesse im geteilten Deutschland nach 1945.

Böhlau, Köln u. a. 2008, 669 S. (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 38).

Für die Erforschung des Beitrags, den die katholische Kirche nach 1945 bei der Integration der Vertriebenen geleistet hat, spielt das Institut für ostdeutsche Kirchen-

und Kulturgeschichte seit einigen Jahren eine Schlüsselrolle. Die seit nunmehr gut 50 Jahren bestehende und seit mehr als einem Vierteljahrhundert in Regensburg ansässige Einrichtung hat nicht nur einer inzwischen erklecklichen Anzahl wissenschaftlicher Qualifikationsarbeiten in ihren beiden Institutsreihen „Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands“ bzw. „Arbeiten zur schlesischen Kirchengeschichte“ zur Publikation verholfen. Sie hat zugleich mehrere ihrer jährlichen Arbeitstagungen dieser Thematik gewidmet, wobei der vorliegende Sammelband die Beiträge der 2006 in Würzburg abgehaltenen Konferenz zugänglich macht. Anders als in dem vom Institut herausgegebenen Jahrbuch „Archiv für schlesische Kirchengeschichte“ ist die Perspektive hier nicht regional begrenzt. Vielmehr wird eine alle Vertreibungs- und Aufnahmegebiete einschließende Perspektive eingenommen, die selbst – wenngleich nur in einem Aufsatz von Christian-Erdmann Schott – die Stellung der evangelischen Kirchen zu den Vertriebenen einbezieht.

Welchen Stellenwert die hier aufgegriffene Thematik für die deutsche zeitgeschichtliche Katholizismusforschung besitzt, macht der Verweis im Vorwort deutlich, dass beinahe 25 Prozent der Katholiken im Nachkriegsdeutschland aus den Ostgebieten stammten (S. IX). Dabei gilt der Blick nicht den „Vertriebenen vor der Vertreibung“ (Walter Ziegler), sondern der „Vielfalt von Wechselwirkungen zwischen den Praktiken, Mentalitäten, Erfahrungsräumen der Vertriebenen und der Einheimischen“ (S. 3), wie der Herausgeber Rainer Bendel in seiner Einführung schreibt. Dem Tübinger Theologen, der als Experte für die kirchlichen Integrationsprozesse der Vertriebenen bestens ausgewiesen ist, gelingt es im Großen und Ganzen – dies sei schon hier vorweggenommen –, verschiedene und zugleich vielfältige Facetten des kirchlichen Erbes der Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland fassbar zu machen, obgleich er selbst außer der Einführung keinen eigenen Beitrag zu dem umfangreichen Band beisteuert. Um gleichsam Schneisen in dieses vielfältige Arbeitsfeld zu schlagen, wurden regionale bzw. lokale wie personale Zugänge ebenso gewählt wie erfahrungsgeschichtliche Sichtweisen, ein Rückblick auf den Erfahrungshintergrund sowie ein Ausblick auf die Quellensicherung in Archiven. Die 18 Beiträge erscheinen dabei als Spiegelbild der aktuellen Forschungssituation zur kirchlichen Vertriebenenengliederung, von der allerdings wohl nicht zu Unrecht behauptet werden kann, dass sie in vielen Bereichen noch in den Kinderschuhen steckt.

So handelt es sich bei den methodisch innovativen Ausführungen von Josef Pilvousek und Elisabeth Preuß über die katholischen Vertriebenen in der DDR um eine Projektskizze. Der Aufsatz von Ulrike Winterstein über den Vertriebenenklerus in der SBZ/DDR als Kollektivbiografie wird in der Überschrift sogar als „Projektbeschreibung“ (S. 131) deklariert. Dass solche Werkstattberichte zwar die großen Linien aufzeigen, jedoch meist keine hinreichenden Ergebnisse präsentieren, liegt auf der Hand. Bedauerlich erscheint nur, dass dort, wo etwa genau diese Kärnerarbeit bereits geleistet wurde, die Analyse mehrfach bei der Aneinanderreihung von Fakten stehen bleibt: so etwa in den detailreichen Aufsätzen von Daniel Lorek über die katholischen Ausbildungsstätten im Kommissariat Magdeburg und von Beate Cwiertnia über die Katechetenausbildung in der DDR. Dass diese theologische Weiterqualifizierung katholischer Laien ihre Wurzeln im Breslau der Vorkriegszeit hatte, muss sich der Leser selbst erschließen. Anschaulich zeigt dagegen das von

Martin Zückert vorgestellte Forschungsprojekt des Collegium Carolinum über die Religions- und Kirchengeschichte der böhmischen Länder im 20. Jahrhundert diese großen Beziehungslinien auf, ohne die eine Geschichte der kirchlichen Vertriebenenarbeit nach 1945 nicht zu verstehen ist. Die Tatsache, dass hier wie auch in dem Beitrag von Hans-Jürgen Karp über den ersten Vertriebenenbischof Maximilian Kaller der derzeitige und keineswegs abgeschlossene Forschungsstand widergespiegelt und damit also lediglich ein Zwischenbericht gegeben wird, ist für den Sammelband Programm und insofern als Aufforderung an die künftige Forschung positiv zu bewerten.

In diese Intention lassen sich auch die anschließenden Schlaglichter auf die Archivsituation der Vertriebenen einordnen, unter denen ein knapper „Arbeitsbericht“ von Benita Berning über die Archivalien der Münchner Ackermann-Gemeinde, vor allem aber der erhellende Überblick von Otfrid Pustejovsky über Hinweise auf die Vertreibungsthematik in tschechischen Archiven für die böhmische Regionalforschung von Interesse sein dürfte. So interessant in dieser Rubrik der Aufsatz von Maria Dębowska über Quellen zu den polnischen Vertriebenen aus dem früheren Ostpolen erscheint, bleibt doch unklar, was dieser über „Integrationsprozesse im geteilten Deutschland“ aussagen kann, geht es doch eindeutig um das Gebiet der vier alliierten Besatzungszonen Deutschlands westlich von Oder und Neiße. Dieser Beitrag ist nur ein Beispiel dafür, wie wenig die einzelnen, für sich betrachtet durchaus zielführenden Beiträge dieses Buches den größeren Gesamtkontext Kirche und Vertriebenenintegration in Deutschland zur Kenntnis genommen haben. Fehlt an dieser Stelle der unmittelbare geografische Bezug, so fragt man sich erst recht, wo in den ersten Ergebnissen eines psychotherapeutisch bzw. psychosomatisch akzentuierten Münchner Forschungsprojekts über Kriegskindheiten der konkrete Bezug zum Gesamtthema Kirche und Vertriebene liegt. Gleiches gilt für Otfrid Pustejovskys inhaltlich sicherlich zu den stärksten Beiträgen des Bandes gehörende Positionsbestimmung der Problembereiche Individuelles Erinnern und Kollektives Gedächtnis, bei der man sich ergänzend jenes Eingehen auf die kirchliche Beheimatung gewünscht hätte.

Direkt kann sich der Leser des Sammelbandes der Beheimatungsfrage dann schließlich im Dokumentationsteil annähern, der am Beispiel eines immensen Quellenkorpus aus dem Bistumsarchiv Görlitz tiefe Einblicke in die pastorale Situation im Restteil des Erzbistums Breslau westlich der Oder und Neiße zwischen 1945 und 1950 ermöglicht. Die Dokumente sind von Winfried Töpler akribisch zusammengetragen und ediert worden. Vor allem aber erschließen sie sich durch ein hilfreiches biografisches Register. Sie sind nicht nur spannend zu lesen, sondern bieten zugleich auch eine wahre Fundgrube für Historiker und Theologen, die sich näher mit der Thematik beschäftigen wollen. Ein wenig schade erscheint einerseits, dass die mit 360 Druckseiten mehr als die Hälfte des Sammelbandes ausmachende Edition nicht separat publiziert wurde, was ihr mit Sicherheit mehr Beachtung eingebracht hätte. Andererseits trägt der Quellenteil nicht unerheblich dazu bei, aus dem Band einen wirklichen Steinbruch zum Thema katholische Kirche und Vertriebene zu machen, an dem die künftige Forschung nicht vorbeikommen wird.

Anděl, Michal/Brandes, Detlef/Pešek, Jiří (Hgg.): Hoffnung in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in Tschechien und Deutschland.

Klartext, Essen 2009, 215 S. (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 32).

Hoffnungen resultieren wahrscheinlich immer aus der Unzufriedenheit mit der Gegenwart, auf deren Basis ein Modell für eine bessere Zukunft entworfen wird, die dann als Traum (oder gar Illusion) oder Antizipation konkretes soziales Handeln zur Realisierung aktivieren kann. Andererseits kann Hoffnung auch mit utopischem Denken verbunden werden, wobei vor dem Optimismus der Aufklärer zu warnen wäre, die wie z. B. Lamartine in der Utopie verfrühte Wahrheiten erkannten. In jedem Fall bildet das Prinzip Hoffnung eine höchst ambivalente Kategorie. Hoffnung, so der Philosoph Dieter Birnbacher (Hoffnung – eine philosophische Annäherung, S. 17-32), erfordert entsprechend eine komplexe Vergegenwärtigung auf unterschiedlichen Ebenen. Notwendig erscheint eine semantische Analyse, hinzu kommt die Betrachtung der normativen Kategorien, die Hoffnung determinieren, wobei Hoffnung neben einer subjektiven und objektiven Seite immer auch eine intersubjektive umfasst.

Nicht alles, was subjektiv geglaubt und erhofft wird, ist objektiv wahr. Aber auch dann, wenn sich für das subjektiv sicher Geglaubte und Erhoffte später zeigt, das es objektiv wahr ist, ist offen, ob der Glaube daran oder die Hoffnung darauf nach intersubjektiven Kriterien berechtigt oder unberechtigt, vernünftig oder unvernünftig war. (S. 17)

Hoffnung erscheint als eine Disposition, die u. a. durch bestimmte kognitive Bedingungen begrenzt wird: Das Erhoffte darf nicht sicher, nicht unmöglich und nicht gänzlich unwahrscheinlich sein (S. 21). Hoffnung rekurriert allerdings auch auf ethische Aspekte, denkt man z. B. an Zukunftsversprechungen in medizinischen Kontexten (Arzt-Patienten-Gespräche).

Die Kategorie Hoffnung spielt in wissenschaftlichen wie alltagspraktischen, in philosophischen und gesellschaftlichen Kontexten unzweifelhaft eine wichtige Rolle. Es ist somit ein löbliches Unterfangen, sich mit dem Prinzip Hoffnung interdisziplinär an Beispielen aus Tschechien und Deutschland auseinanderzusetzen und – wie Jiří Pešek einleitend betont – Hoffnungen und Hoffnungsdesaster wie 1938 (Münchener Abkommen) oder 1968 (Prager Frühling) mit all den Folgen sozialen Handelns aus einer historischen Perspektive zu analysieren. Gerade die fatal verlaufenden Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen im 20. Jahrhundert rekurrieren auch auf die Kategorie Hoffnung respektive deren Enttäuschung, wie Detlef Brandes am Beispiel der enthusiastischen Erwartungen der Sudetendeutschen in den Jahren 1937-1939 ebenso beeindruckend zu skizzieren vermag („Lieber Hitler mach uns frei von der Tschechoslowakei“. Hoffnung, Terror und Widerstand in den Sudetengebieten 1937-1938, S. 33-44) wie Volker Zimmermann. Dieser wendet sich den enttäuschten Hoffnungen der neuen Volksgenossen im Saarland nach 1935, in Österreich nach dem Anschluss im Frühjahr 1938 und im Sudetenland im Herbst 1938 zu, welche offenbar nach einem vergleichbaren Muster aus überzogenen Versprechungen und unrealistischen Erwartungshaltungen abliefen, unterstützt von einer euphorisch aufgeladenen Verflechtung von nationalen und sozialen Hoffnungen, die auf eine spezifische machtpolitische Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten

verweisen (Die neuen „Volksgenossen“. Erfüllte und enttäuschte Hoffnungen von Saarländern, Österreichern und Sudetendeutschen nach dem Anschluss an das Deutsche Reich, S. 45-66). Hoffnungen spielen auch nach 1945 in der Tschechoslowakei eine wichtige Rolle, wie Andreas Wiedemann nachweist, der sich mit den Hoffnungen der Neusiedler in den ehemaligen sudetendeutschen Grenzgebieten zwischen 1945 und 1950 auseinandersetzt. Geprägt war die Situation in den Grenzgebieten gleichermaßen von individuellen Motiven und Hoffnungen (sozioökonomische Aufstiegsmöglichkeiten) und nationalen, sollte doch das ganze Land national homogenisiert, die Kerngebiete mit den Grenzgebieten eng verbunden werden.

Beispiele aus Deutschland werden in den Beiträgen von Karl-Heinz Reuband, der sich den Hoffnungen nach 1989 zuwendet, und von Susanne Hilger behandelt, die die mit dem Marshallplan verbundenen Hoffnungen und deren psychologische Wirkungen analysiert. Leider fehlen weitere Beiträge zum Komplex Hoffnung an entsprechenden Bruchpunkten der deutschen und tschechischen Geschichte. So wäre es sicher lohnend, sich mit den 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR erwachten Hoffnungen zu befassen bzw. mit jenen nach 1989 in der Tschechoslowakei und nach 1992 in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. Ferner wäre an die EU- und NATO-Beitritte Deutschlands und der Tschechischen Republik zu denken oder an Hoffnungen, die mit dem „siegreichen Februar“ in der Tschechoslowakei verbunden waren oder die innerhalb der Charta 77 eine Rolle spielten.

Statt dessen findet man weitere Beiträge zum Komplex Hoffnung aus den Bereichen Medizin, Wirtschaftswissenschaften, der Literaturwissenschaft und der Philosophie, die zwar für sich genommen das Thema Hoffnung in der Regel fundiert behandeln, durch die der Band insgesamt aber ein wenig auseinanderfällt. So vermisst man leicht eine strukturierende Linie, die die unterschiedlichen Konzepte von Hoffnung, wie sie in den einzelnen Fachdisziplinen verankert sind, gerade aus einer kontrastiven Perspektive in Deutschland und Tschechien zusammenführen müsste.

Weimar

Steffen Höhne

Tůma, Oldřich/Vilímek Tomáš (Hgg.): Pět studií k dějinám české společnosti po roce 1945 [Fünf Studien zur tschechischen Gesellschaftsgeschichte nach 1945].

Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, Praha 2008, 263 S.

Die fünf materialreichen Arbeiten sind Bestandteil eines größeren Projekts des Prager Instituts für Zeitgeschichte zur Erforschung der tschechischen Gesellschaft zwischen 1945 und 1989. Sie beschränken sich nicht auf die Jahrzehnte der Restalinisierung und des Zerfalls sowie auf Sozialgeschichte im engeren Sinn. So verfolgt etwa Milan Otáhal's Beitrag über die Anfänge der Normalisierung (Husáks Machtübernahme und die folgenden Repressionen) vor allem die politische Dimension, setzt damit aber den Rahmen für das Verständnis der folgenden Alltagsthemen. Otáhal, dessen 80. Geburtstag (*9.6.1928) der Sammelband stillschweigend ehrt, betont u. a. den Unterschied zwischen der nur scheinbar analogen Politik Husáks und Kádárs, die Resignation der Reformkommunisten und die schnelle Entpolitisie-

rung der Gesellschaft. Klar wird zudem, warum Moskau die Ultralinke in der KPTsch, die eine radikalere Revanche für 1968 forderte, zurückpfiff.

Den Kern des Bandes bilden zwei besonders gründliche Studien: die Wege der Frauenemanzipation im tschechoslowakischen Sozialismus von Květa Jechová sowie Tomáš Vilímeks Untersuchung des parallelen Machtzerfalls in der ČSSR und der DDR in den späten 1980er Jahren. Jechová's Arbeit (S. 69-126), sozialhistorisch beschlagen, beruht auf einer beeindruckenden Literaturlage und ist auch soziologisch und statistisch gut abgesichert. Ausgehend von den feministischen Anliegen vor dem Krieg und der Gleichschaltung des Frauenverbands nach 1948 (Hinrichtung der Vorsitzenden Milada Horáková, in fataler Analogie zur Hinrichtung der Präsidentin des Vorkriegsverbands Františka Plamínková 1942), widerlegt die Verfasserin überzeugend die Illusion, der zufolge die Frauenfrage als durch den Sozialismus gelöst galt: Bezeichnend ist, dass der Verband Václav Kopecký's Informationsministerium unterstellt wurde und eine Neugründung mit individueller Mitgliedschaft erst 1968 erfolgte. In einem zweiten Anlauf untersucht Jechová die Berufstätigkeit von Frauen: Diese hatte sich bereits 1930 auf 30,3 Prozent belaufen, in den 1950er Jahren lag sie bei über 46 Prozent der Beschäftigten; 1970 gab es nur mehr 15 Prozent „Hausfrauen“. Parallel stieg die weibliche Bildung auf bis nahezu 30 Prozent Abiturientinnen eines Jahrgangs. Gut beschrieben sind die damit verbundenen Probleme (nicht nur fehlende Kindergärten und -krippen sowie Dienstleistungen) und die auf die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (1957) folgenden sinkenden Geburtenraten; die sozialistische Art der Emanzipation durch Berufstätigkeit wurde im Übrigen schon in den 1960er Jahren als durchaus ambivalent empfunden.

Von erheblichem Interesse ist auch die komparatistische Studie Vilímeks über die Ursachen des Niedergangs des Kommunismus in der ČSSR und der DDR (S. 130-204, über 300 Literaturhinweise!). Vilímek stellt zunächst die katastrophalen Umweltbelastungen und die relativ gut belegten Protestaktionen dar, die in der DDR besonders stark waren; der Zusammenhang mit den technologischen und wirtschaftlichen Zwängen wird ebenso kenntnisreich rekonstruiert. Natürlich war die nie behobene Mangelwirtschaft auch kontraproduktiv gegenüber der erzwungenen politischen Lethargie und „Dauerschizophrenie“ (Martin Sabrow) der Bevölkerung. Entscheidende Bedeutung misst der Verfasser aber erst der destabilisierenden Perestrojka-Politik bei (der „Gorbatschow-Erosion“, nach Hartmut Zwahr), die das Ostberliner und Prager Regime verunsicherte und verärgerte und schließlich als Auslöser für die angestaute Frustration fungierte: Der parallele moralische und soziale Zerfall, die massenhafte Aufkündigung der bedingten Loyalität, die überzeugend und auf breiter Basis belegt wird, war eben kein selbstständiger Faktor. Dabei hat sich die komparatistische Methode, die Vilímek erfolgreich handhabt, auch in seinem Fall als besonders produktiv erwiesen. Es geht nicht nur um parallele Probleme, sondern auch um grenzüberschreitende Impulse und nicht zuletzt um Anstöße für die Geschichtsschreibung.

Ein anschauliches Beispiel der zynischen Normalisierungspolitik bietet das Thema des so genannten Schwarzbuchs des Prager Historischen Instituts von 1968, „Sieben Prager Tage“, das von David Weber wiederaufgenommen wird. Das Ge-

schehen ist seinerzeit von Vilém Prečan eingehend dokumentiert worden,¹ aber der Verfasser versucht eine neue Schilderung der bewegten Institutsatmosphäre, der Umstände der Publikation (2910 Exemplare), des sowjetischen Drucks auf die ČSSR, der Rückzugsgefechte innerhalb der Akademie sowie der in der zweiten Hälfte von 1969 einsetzenden Kriminalisierung der Dokumentation, die schließlich mit der Auflösung des Instituts endete. Der Generalstaatsanwalt ging so weit, das Vergehen der beiden Herausgeber Otáhal und Prečan noch 1973 von „Verunglimpfung eines Staates des sozialistischen Weltsystems“ (mit der Höchststrafe von 2 Jahren) nachträglich in „Aufwiegelung“ (Höchststrafe 3 Jahre) umzuqualifizieren.

Den Band beschließt eine quasi folkloristische Rekonstruktion der Art und Umstände, unter denen in den 1950er und 1960er Jahren in der Tschechoslowakei das Weihnachtsfest begangen wurde aus der Feder von Martin Franc. Als wesentliches Ergebnis kann das Scheitern der anfänglichen Bemühungen gelten, das Christkind durch Väterchen Frost zu ersetzen, sowie die erheblichen Anstrengungen von Partei und Regierung, die angestrebte Umwidmung von Weihnachten zum Konsumfest auch materiell zu sichern. Insgesamt ein erfreuliches Ergebnis gewandelter Erkenntnisinteressen.

Berlin

Bedřich Loewenstein

Pávová, Jana: Demagog ve službách strany. Portrét komunistického politika a ideologa Václava Kopeckého [Demagoge im Dienst der Partei. Ein Porträt des kommunistischen Politikers und Ideologen Václav Kopecký].

Ústav pro studium totalitních režimů, Praha 2008, 191 S., zahlr. Abb. (Tváře moci).

Václav Kopecký hat in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) eine echte Ausnahmekarriere durchlaufen: Ohne nennenswerte Brüche führte ihn sein Weg aus der Gründergeneration der KPTsch über das Parlament der Ersten Republik und den engeren Kreis des tschechoslowakischen Exils in der Sowjetunion nach dem Krieg in höchste Staatsämter. Er war mehrfach Minister – zunächst für Information und Volksaufklärung, später Kultusminister – und ab 1954 stellvertretender Regierungsvorsitzender. Erst 1956, in der Folge des XX. Parteitags der KPdSU, musste Kopecký Selbstkritik üben. Fallen gelassen hat ihn die Partei, die zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs bereit war, sich vollständig vom Stalinismus loszusagen, auch dann nicht. Bis wenige Tage vor seinem Tod im Jahr 1961 war er in Amt und Würden und unermüdlich im Dienst seiner Partei tätig.

Das erklärte Ziel der als Diplomarbeit am Institut für Tschechische Geschichte der Prager Karlsuniversität entstandenen Studie von Jana Pávová ist es, diese bemerkenswerte Laufbahn unter Einbeziehung von Kopeckýs Persönlichkeit zu analysieren. Um es gleich vorwegzunehmen: Dieses ehrgeizige Projekt ist trotz Auswertung diverser Archivmaterialien nicht wirklich gelungen. Am Schluss hat man über Ko-

¹ *Prečan, Vilém: V kradeném čase. Výběr ze studií, článků a úvah z let 1973-1993 [In der gestohlenen Zeit. Eine Auswahl von Studien, Artikeln und Betrachtungen aus den Jahren 1973-1993].* Brno 1994, 247-271.

pecký nicht viel erfahren, was man nicht schon bei Karel Kaplan, Jiří Knapík oder Jacques Rupnik bzw. in verschiedenen Memoiren lesen konnte.

Das Problem steckt bereits im Ansatz der Arbeit. Vermutlich hat die Tatsache, dass Kopeckýs politische Entwicklung so eng mit den ersten vier Jahrzehnten der Geschichte der KPTsch verbunden ist, die Autorin dazu verleitet, diese ausführlich zu rekapitulieren. Kopecký war schließlich stets dabei und von Anfang an auch auf der „richtigen Seite“, also der der „Karlínští kluci“, der jungen Radikalen um Klement Gottwald, die in der Partei den stalinistischen Kurs durchsetzten. So werden über lange Seiten Kampagnen gegen „Abweichler“, Angriffe auf die demokratische Republik sowie Loyalitätsadressen der KPTsch an die UdSSR nachvollzogen. Kopecký kann sich dabei nicht so recht zur Hauptfigur entwickeln, vor allem aber stellt die Autorin keine Fragen an ihren Protagonisten.

In seiner extremen Anpassungsfähigkeit an die schwankende Parteilinie und der Bereitschaft, politische Freundschaften ebenso rasch aufzukündigen wie Dogmen von gestern, erscheint Kopecký als durchweg unsympathisch. Seine Neigung zu vulgären Äußerungen und dazu, sich dem „einfachen Volk“ plump anzubiedern, die enorme Aggressivität im Umgang mit politischen Gegnern und wiederholte antisemitische Ausfälle hatten zur Folge, dass er auch in der Partei gefürchtet war und an der Basis auf Ablehnung stieß. Während man so einen Eindruck davon bekommt, wie Kopecký nach außen wirkte, bleibt sein Denken dem Leser weitgehend verschlossen. Wie er zur Politik und zu den Kommunisten fand, wie sich sein Weltbild und seine kommunistische Überzeugung entwickelten, lässt sich höchstens erahnen. Seine Argumentationsweisen und sein Schreibstil werden keiner eingehenden Analyse unterzogen. Und auch wenn seine Äußerungen selbst den Zeitgenossen mitunter so überzogen erscheinen mochten, dass sie ihn nicht ernst nehmen konnten, hätte man im „Porträt eines Ideologen“ doch herausarbeiten müssen, wie er in zahlreichen Artikeln und bei ungezählten Auftritten kommunistische Glaubensgrundsätze und politische Ziele begründete, vermittelte und inszenierte.

Dass es sich gelohnt hätte, statt eines weitgehend chronologischen Vorgehens einzelne Politikfelder in den Blick zu nehmen und nachzuzeichnen, wie sich die KPTsch und Kopecký in vier Jahrzehnten zu ihnen verhielten, zeigt sich an den eingestreuten Exkursen zu Themen wie der katholischen Kirche oder der „slowakischen Frage“. Hier hätte sich die Chance geboten, die latente Hauptthese des Buches von dem primär instrumentellen Charakter aller politischen Inhalte, die Kopecký auf die ihm eigene kämpferisch-diffamierende Art vertrat, an den Quellen zu exemplifizieren und in der Langzeitperspektive zu begründen. Statt dessen wiederholen sich Ausführungen über den Hass der Kommunisten gegen die Kirche, ohne dass die ideologische Fundierung, die Entwicklung und die Funktion kommunistischer Kirchenpolitik ernsthaft thematisiert würden. Ähnlich verhält es sich mit dem Abschnitt über die Domestizierung der Slowakei nach 1945, der auf den Aspekt des Machtkampfes vor dem Februar 1948 beschränkt bleibt.

Ein Erzählstrang, der sich durch das ganze Buch zieht, sind die persönlichen Beziehungen innerhalb der KPTsch und insbesondere ihrer Führungsspitze. Die bedingungslose Unterordnung unter die Partei einerseits, andererseits pathologische Verhaltensmuster, wie sie in der spezifischen Situation von sozialer Nähe, Neid und

Angst vor allem während des Exils in der Sowjetunion gefördert worden seien, werden als Nährboden für die Prinzipienlosigkeit und Kälte geschildert, die die Schauprozesse der 1950er Jahre erst möglich machten. Auch Kopecký spielte eine aktive Rolle in diesen Prozessen und profitierte bei seinem weiteren Aufstieg vom Fall langjähriger Weggenossen. Umso erschütterter war er, als 1956 von ihm gefordert wurde, sich kritisch über den eigenen Beitrag zum „Personenkult“ zu äußern. Zum ersten Mal gelang ihm die Umstellung auf den in Moskau vorgegebenen Kurs nicht mühelos – auch in dieser halbherzigen Abwendung vom Stalinismus war er aber ganz auf KPdTsch-Linie.

Jana Páková erzählt in ihrer Kopecký-Biografie zu viel und zu wenig zugleich. In dem Bemühen, die Geschichte der KPdTsch bis 1961 möglichst umfassend darzustellen, bewegt sie sich weitgehend an der Oberfläche und rekapituliert Bekanntes. So kann kein differenziertes Bild der KPdTsch entstehen, die weitgehend als von außen gesteuerter Monolith erscheint, vor allem aber kommt der „negative Held“ über weite Strecken zur kurz. Allein in dem Teil, in dem sie Kopecký als Kulturpolitiker nach 1948 porträtiert, der seine Macht geschickt und zielstrebig ausbaut, gelingt es der Autorin, den Fokus konzentriert auf ihn zu richten. Als politisch denkender und handelnder Mensch wird er dennoch nicht richtig lebendig. Möglicherweise gibt es keine Ego-Dokumente, die es erlauben würden, Kopecký in seinem Verhältnis zur Welt und zur Partei differenzierter zu erschließen – aber auch das müsste gesagt werden.

Als Kommentar zu einer Diplomarbeit gingen all diese Einwände sicher viel zu weit. Doch eine wissenschaftliche Publikation muss sich fragen lassen, welche neuen Einsichten sie bringt. Abschließend sei jedoch noch die außerordentlich schöne Gestaltung des Buches erwähnt. Die Hardcover-Publikation ist mit zahlreichen Fotografien bebildert und enthält einen Anhang mit Faksimile-Abbildungen von Briefen und Protokollen, einer Wandzeitung zu Kopeckýs 50. Geburtstag sowie einigen persönlichen Dokumenten. Besonders eindrucksvoll ist hier ein Schreiben Kopeckýs an Gottwald aus der Zeit des Exils in der UdSSR, das die große – und wohl nicht immer selbst gewählte – Nähe dieser beiden Männer wiedergibt.

München

Christiane Brenner

Leoncini, Francesco (Hg.): Alexander Dubček e Jan Palach. Protagonisti della storia europea [Alexander Dubček und Jan Palach. Hauptpersonen der europäischen Geschichte].

Rubbettino, Soveria Mannelli/Catanzaro 2009, 410 S.

Der Sammelband fasst unter den Namen Dubček und Palach eine Reihe von Aufsätzen zusammen, die diese beiden historischen Persönlichkeiten über ihre Bedeutung für die Tschechoslowakei hinaus in einen europäischen Kontext zu stellen suchen. Der Herausgeber Francesco Leoncini, Historiker an der Universität Venedig, hat die Anregungen von zwei Universitätsseminaren des Jahres 2002 aufgegriffen und Texte zusammengestellt, die zum Teil für diesen Zweck geschrieben wurden, zum Teil als zeitgenössische Beiträge verschollen oder nur schwer greifbar

waren. Daraus ist ein Werk entstanden, das zum einen den Anspruch erhebt, den Beitrag der Tschechen zu einer gesellschaftlichen Entwicklung zwischen schrankenlosem Liberalismus und bürokratischem Sozialismus zu würdigen, zum anderen intime Einblicke in die Wahrnehmung der Ereignisse des „Prager Frühlings“ und seines Endes in der intellektuellen Öffentlichkeit Italiens bietet.

Der Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, hatte in der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) und bei den oft linksstehenden italienischen Intellektuellen große Beachtung gefunden. Die Information über den bevorstehenden Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes, mit der das reformkommunistische Experiment beendet werden sollte, war der Parteizentrale vom sowjetischen Botschafter in Italien noch vor dem Ereignis selbst mitgeteilt worden (S. 237 f.). Die Sympathien der italienischen Genossen für Dubček und seinen Weg werden in mehreren Beiträgen behandelt, ebenso die schwierigen Versuche, nach der Verurteilung des Einmarsches die Beziehungen zur KPdSU wieder einigermaßen zu kitten. Dies bezieht auch die zum Symbol stilisierte Person Dubček mit ein: Er wurde gleichermaßen zum Helden eines kleinen Volkes, der seinen Idealen treu geblieben war, wie zum Antihelden, der sich von einem hölzernen Bürokraten der kommunistischen Partei zu einem „Menschen“ entwickelt hatte, wie dies Giuliana Limiti am Beispiel des „Pinocchio“ in ihrem Beitrag über die Übersetzungen des Buches von Carlo Collodi ins Tschechische darstellt (S. 392). Es sei auch daran erinnert, dass Dubček seine erste Auslandsreise nach seinem Rückzug aus der Öffentlichkeit nach Italien unternehmen durfte, wo er am 13. November 1988 die Ehrendoktorwürde der Universität Bologna in Empfang nahm. Den Hintergründen dieser Reise und den Diskussionen über seine Bewertung aus heutiger Sicht sind mehrere Beiträge gewidmet.

Ein weiterer Themenbereich des Bandes ist die studentische Bewegung in Prag vor und nach dem „Frühling“ (Milan Otáhal). Aus dieser Betrachtung erwächst die Behandlung der zweiten Symbolfigur des hier vorgestellten Bandes, Jan Palach, der mit seiner öffentlichen Selbsterverbrennung am 16. Januar 1969 ein Zeichen gegen die zunehmende Resignation in der Bevölkerung setzte und die Politiker seines Landes dazu auffordern wollte, den Idealen des Jahres 1968 treu zu bleiben. Die Reaktion der Bevölkerung, die an seiner Beisetzung auf dem Prager Friedhof Olšany am 25. Januar großen Anteil nahm, und die gewundenen Erklärungen der Politiker werden ausführlich dargestellt. Dass die Polizei den Leichnam 1973 exhumierte, einäschern ließ und an den Geburtsort überstellte (S. 367), zeugt davon, in welchem Ausmaß die politische Führung die Erinnerung an Palach und dessen Tat als bedrohlich erlebte. Nach der „Samtenen Revolution“ wurde die Urne erneut in Prag beigesetzt. Die folgenden Beiträge über das Leben und die Ziele von Jan Palach grenzen dann aber an eine Sakralisierung.

Der Beitrag von Giuseppe Dierna widmet sich einem Symbol besonderer Art, dem kolossalem Stalindenkmäl in Prag, dessen künstlerischer Urheber Otakar Švec vor dessen Einweihung im Mai 1955 Selbstmord begangen hatte (S. 315) und das dann ab August 1962 mit großem Aufwand wieder demontiert wurde. Zur Erläuterung dieser „Peinlichkeit“ werden Stellungnahmen tschechischer Intellektueller zitiert und durch verschiedene Karikaturen ergänzt. Drei weitere Beiträge befassen

sich mit der Außenwirkung der Prager Ereignisse von 1968, darunter auch der Aufsatz von Davide Zaffi über die wenig bekannte rumänische Reaktion auf den Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen, an dem Rumänien bekanntlich nicht beteiligt war.

Den hohen Anspruch des Titels dieses originellen Sammelbandes rechtfertigt der Herausgeber damit, dass er die Ereignisse in den Kontext der tschechischen Geschichtsauffassung und damit in einen Deutungszusammenhang einbettet, den er unter das Stichwort „Wahrheit“ stellt, das ein Leitmotiv der tschechischen Geschichte von Jan Hus über Tomáš G. Masaryk bis hin zu Václav Havel bilde.

Köln

Manfred Alexander

Pithart, Petr: Devětaosmdesátý. Vzpomínky a myšlenky. Krédo [Neunundachtzig. Erinnerungen und Gedanken. Ein Credo].

Academia, Praha 2009, 284 S.

1991 schrieb Ralf Dahrendorf, dass Revolutionen keine guten Voraussetzungen für eine freiheitliche Verfassung seien: Sie weckten unerfüllbare Hoffnungen und brachten das soziale Gefüge durcheinander. Damit schien er die nachrevolutionäre „blöde Stimmung“ (Havel) zu treffen, die sich in den frühen 1990er Jahren in allen Ländern des zerbrochenen Ostblocks verbreitete. Die Diagnose des anglophilen Pithart deckt sich weitgehend mit jener Dahrendorfs.

Der Jurist und Politologe (* 1941) aus kommunistischem Hause, der die Jahre der Husákschen „Normalisierung“ größtenteils als Parkgärtner und Herausgeber zahlreicher Samisdat-Texte verbracht hatte, verharmlost sich selbst als Repräsentant des „Reflexionsdissens“, der aber nicht unbedingt weniger riskierte als der „Protestdissens“ – schon wegen der illegalen Verbindungen zur politischen Emigration. Gedanklich hatte er sich früh vom Reformkommunismus seiner jungen Jahre getrennt, den er vor allem wegen des unwürdigen Abgangs der einstigen Hoffnungsträger von 1968 sehr kühl abgefertigt hatte („Achtundsechzig“, geschrieben 1977 und veröffentlicht in Köln unter dem Pseudonym „J. Sládeček“, eine Anspielung auf Václav Havels Brauereimeister). Ein weiteres Ergebnis von Pitharts erzwungener Untätigkeit war eine noch weiter ausholende Selbstkritik der modernen tschechischen Intelligenz („Podiven“, deutsch „Wo ist meine Heimat?“, München 2003), die zusammen mit dem Historiker Otáhal und dem Psychoanalytiker Přihoda in den 1980er Jahren verfasst, erst 1990 veröffentlicht werden konnte. Die ziemlich allgemeine Ablehnung der „Nestbeschmutzung“ war übrigens der Beweis dafür, dass die Diskurse der Dissidenten von der übrigen Bevölkerung, die Intelligenz eingeschlossen, keineswegs rezipiert wurden.

In seinen Bismarcksch anmutenden „Erinnerungen und Gedanken“ zu Neunundachtzig geraten die Jahre der so genannten Normalisierung folgerichtig besonders negativ: als moralische Kapitulation und Anpassung, Zeit eines allgemeinen Nihilismus, die mit ihrer de-facto-Privatisierung den Charakter der Transformation, der Selbstbereicherung und kartellistischen Durchdringung von Wirtschaft und Politik vorwegnahm bzw. einübte. Nach Pithart hat man den Kapitalismus in der „schlimmstdenkbaren Schule des Realsozialismus“ kennengelernt (S. 61).

Der eigentliche Verlauf des Umsturzes ist vor einigen Jahren von Jiří Suk (*Labyrinthem revoluce [Durch das Labyrinth der Revolution]* Prag 2003) dokumentiert worden, übrigens im Auftrag des damaligen Senatspräsidenten Pithart. In dessen jetzigem Rechenschaftsbericht wird den Ereignissen der Charakter einer Revolution konsequent abgesprochen, was aus dem Mund des führenden Repräsentanten des Bürgerforums (nach Havels Weggang) nicht allein als subjektive Ablehnung jakobinischer Gewalt zu verstehen ist und auch nicht nur als mangelnder Machtwille des Bürgerforums. Der Kommunismus war nicht in Konfrontation besiegt worden, sondern war implodiert, sodass man nur über die Art seines Abgangs von der Bühne verhandeln musste. Dazu bringt Pithart eine Reihe köstlicher Details wie etwa, dass der immer noch gefürchtete kommunistische Verhandlungsführer Václav Havel um die Signierung seines Buchs bat.

Interessant sind Pitharts Vorbehalte gegenüber Havel, seiner „unpolitischen“ Politikauffassung, aber auch autoritären Alleingängen. Seine übrige Kritik gilt nicht so sehr dem neoliberalen Dogmatiker Václav Klaus, der für den unregelmäßigen Übergang verantwortlich war, und auch nicht dem slowakischen Demagogen Vladimír Mečiar, mit dem Pithart als tschechischer Premier von 1990/92 zu tun hatte, sondern tschechischem mangelndem Einfühlungsvermögen gegenüber slowakischer Empfindlichkeit (S.243f.). Pitharts äußerst lesenswerten, nachdenklichen Betrachtungen über einen Umsturz, der keine Revolution sein sollte, fehlt allenfalls der fundierte Blick auf die parallelen Ereignisse in den Nachbarländern; seine Analyse wäre möglicherweise weniger pessimistisch ausgefallen.

Berlin

Bedřich Loewenstein

Karásek, Svatopluk: Verlacht diese Hoffnungslosigkeit! 22 Predigten des Pfarrers, Politikers und Protestsängers aus Prag. Aus dem Tschechischen von Rudolf Bohren.

Theologischer Verlag Zürich, Zürich 2007, 190 S.

Bereits der Untertitel dieses Bändchens, „22 Predigten des Pfarrers, Politikers und Protestsängers aus Prag“, weist auf eine ungewöhnliche Lektüre hin. Der 1942 geborene Svatopluk Karásek hatte 1971 in der Tschechoslowakei seine staatliche Genehmigung verloren, als Pfarrer zu arbeiten. Schon damals war er als eigensinniger und eigenständig denkender Prediger wie auch als Musiker aufgefallen.

In seiner ihm eigenen lebhaften Weise streute er auch in seine Predigten seine frühe Aversion gegen den „Bolschewismus“ und die ersten Begegnungen mit dem Rock'n Roll ein. Dies ergab eine sehr spezielle Mischung, die sich in ähnlicher Form bei einem damaligen Mitschüler findet, der in Karáseks Lebensweg bis zum heutigen Tag eine Rolle spielt: Vratislav Brabenec, der spätere Saxophonist der legendären Underground-Band „The Plastic People of the Universe“. Die Freundschaft mit Václav Havel, dem späteren Präsidenten der nachkommunistischen Tschechoslowakei, rührt aus diesen Zeiten der obrigkeitlichen Bedrängnis, aber auch des solidarischen Zusammenhalts im dissidentischen Milieu.

Die „Charta 77“ war ins Leben gerufen worden, nachdem der tschechoslowakische Staat zu einer geradezu hysterischen Jagd auf die eher unpolitische Szene lang-

haariger Rockmusiker geblasen hatte. Der Prozess gegen die Musiker der „Plastic People“ brachte in den Augen oppositioneller Kräfte das Fass zum Überlaufen. Schriftsteller wie Václav Havel, Philosophen wie Jan Patočka, aber auch in Ungnade gefallene Reformkommunisten wie Zdeněk Mlynář verbündeten sich. Die politischen Prozesse, denen sich die Verhafteten ausgesetzt sahen, veranlassten politisch wie weltanschaulich unterschiedlich orientierte Persönlichkeiten, sich zur „Charta 77“ zusammenzuschließen. Das Regime verhängte Haftstrafen und auch Svatopluk Karásek musste für acht Monate hinter Gitter. 1980 kapitulierte er schließlich vor dem politischen Druck und emigrierte mit seiner Familie in die Schweiz, wo er 17 Jahre lang wieder als Gemeindepfarrer arbeitete. Als er dort ankam, waren seine Schweizer Gemeindeglieder überrascht, dass „plötzlich ein Pfarrer mit langen Haaren, ohne Zähne, der nicht Deutsch kann“, in ihr wohl organisiertes Leben einbrach.

Am 1. Januar 1990 wurde Svatopluk Karásek von seinem alten Freund aus der Untergrund-Rock-Szene Ivan Jirouš, genannt „Magor“, in Prag als „Heimkehrer“ begrüßt. Lehr- wie Wanderjahre hatte er hinter sich gebracht. Seit 1997 leitet Karásek nun die größte evangelische Gemeinde in Prag, die Salvátor-Gemeinde, mischt sich aber auch politisch in das Geschehen seines Landes ein. So wurde er 2002 in die Abgeordnetenversammlung des Tschechischen Parlaments gewählt, seit 2004 ist er Menschenrechtsbeauftragter der Tschechischen Regierung.

In den vorliegenden 22 Predigten, die von Bibelversen des Alten Testaments, aber auch allen vier Evangelisten inspiriert sind, erweist sich Karásek ein weiteres Mal als ernsthafter Interpret der Heiligen Schrift ohne Anbiederung an einen oberflächlichen Zeitgeist der Gegenwart. Die menschlichen Schwächen seiner Zuhörer kennt er von sich selbst, daher sein Augenzwinkern im dargebotenen Wort. In schneidender Schärfe vermag er soziale, aber auch ureigene persönliche Probleme auf den Punkt zu bringen, ohne dabei seinen leisen Humor zu verlieren. Unermüdlich pocht er auf die Verantwortung des Einzelnen, in dessen Handeln die Hoffnungslosigkeit widerlegt werde. Zugleich warnt er vor messianischer Überheblichkeit, denn der Mensch „hat kein Recht, Jüngstes Gericht zu spielen!“

Es ist oft verblüffend, mit welcher Klarheit Karásek aus biblischen Versen und Zitaten Zustände und Einschätzungen von unerwarteter Aktualität herausfiltert. Dabei tritt er nicht mit erhobenem Zeigefinger auf, sondern versucht, seine Dankbarkeit für biblische Weisheiten weiterzugeben. Er ist ein Gotteskämpfer von der sanften Art, dem bewusst ist, dass eine Welt voller Konflikte klare Stellungnahmen braucht. Man kann Václav Havel nur zustimmen, der sein Vorwort zu dieser Ausgabe mit einem Seufzer beschließt: „Gäbe es doch mehr solche Prediger!“

Der deutschen Ausgabe dieser lesenswerten Predigtensammlung kommt zugute, dass mit Rudolf Bohren ein ausgezeichnete Übersetzer und Kenner von Karáseks Œuvre am Werk war, der auch bereits die Erinnerungen Svatopluk Karáseks „Ein durchnässter Pfarrer“ aus dem Tschechischen übertragen hat.

Encyklopedie českých dějin. Osobnosti, fakta a události, které utvářely naši historii [Enzyklopädie der tschechischen Geschichte. Persönlichkeiten, Fakten und Ereignisse, die unsere Geschichte geformt haben].

Reader's Digest Výběr, Praha 2008, 520 S., zahlr. Abb. u. Karten.

Hinter dem nüchternen Titel „Enzyklopädie der tschechischen Geschichte“ steht das ambitionierte Projekt, einem breiteren Publikum historisches Grundwissen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung zu stellen. Dies umfasst wichtige Ereignisse von den Anfängen der tschechischen Geschichte bis in die Gegenwart, Persönlichkeiten, die das historische Geschehen maßgeblich geprägt, sowie grundlegende politische, kulturelle und geistige Strömungen, die die verschiedenen historischen Epochen gekennzeichnet haben. Dies ist ohne Zweifel ein nützliches und verdienstvolles Unterfangen, das aber auch einige Probleme und Hindernisse in sich birgt. Versuche, die tschechische Geschichte in ihrer Gesamtheit darzustellen, liegen bereits in verschiedenster Form vor – Lehrbücher, populäre Überblicksdarstellungen oder Nachschlagewerke zu verschiedenen Themenbereichen –, eine historische Enzyklopädie wird der tschechischen Öffentlichkeit nun aber zum ersten Mal vorgestellt.

Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt zunächst einmal eine traditionelle chronologische Gliederung, die jedoch durch thematische Beiträge zu einzelnen wichtigen Ereignissen, Epochen, kulturellen oder gesellschaftlichen Phänomenen aufgelockert und überaus bereichert wird. Ziel dieser kleinen Aufsätze ist es, das gegebene Thema in gedrängter Form, aber zugleich auch im seinem zeitgenössischen Kontext zu vermitteln, so dass die großen Zusammenhänge sichtbar werden, die in den normalen Stichwörtern nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Der Leser gewinnt so Einblicke in eine ganze Reihe historischer Probleme (z. B. die Husitenbewegung, „nationale Wiedergeburt“, Entstehung der Tschechoslowakischen Republik, das „Münchner Abkommen“ von 1938, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der CSR oder etwa die Ära der so genannten Normalisierung), aber er findet auch zusammenfassende Abhandlungen über Phänomene wie das Parteienwesen oder die Kultur des Barock. Bedauerlich ist, dass die Autoren dieser Texte anonym bleiben; man hätte sie zumindest mit einem im Anhang aufzulösenden Kürzel kenntlich machen können. Positiv hervorzuheben sind indessen die geschickt ausgewählten Illustrationen, darunter auch zahlreiche Karten, die die klassisch verfassten Kurzeinträge begleiten und anschaulicher machen.

Trotz ihres beträchtlichen Umfangs von 520 Seiten muss sich die „Enzyklopädie der tschechischen Geschichte“ auf eine Auswahl von Ereignissen und Phänomenen beschränken. Wichtiger als Vollständigkeit, welche wohl kaum jemals zu erreichen sein wird, ist jedoch die Ausgewogenheit in der Berücksichtigung der verschiedenen Epochen der tschechischen Geschichte sowie die Seriosität der gebotenen Informationen. Beide Kriterien erfüllt das Werk.

Einige Defizite gilt es aber dennoch zu benennen: Es wäre z. B. wünschenswert gewesen, separate Stichworte etwa für die Vereinten Nationen oder das Prager Czernin-Palais aufzunehmen, auch wenn diese in den erwähnten längeren Artikeln vorkommen – immerhin symbolisieren sie die tschechoslowakische bzw. tschechi-

sche Außenpolitik. Zu Recht könnte der Leser auch das Fehlen eines Eintrags zum Parlament der Tschechischen Republik beklagen. Nützlich wäre zudem ein Verzeichnis der böhmischen Königsstädte gewesen, das auch der Themenbeitrag zur Entwicklung des Städtewesens in den böhmischen Ländern nicht bietet. Indessen finden sich eine Menge Überblicksbeiträge zu recht spezifischen Themenfeldern wie etwa dem Münzwesen oder eine Tabelle mit altböhmischen Maß- und Gewichtseinheiten. Zudem enthält die Enzyklopädie ein Namensverzeichnis aller bedeutenden böhmischen Adelsfamilien und Mönchsorden, die in den böhmischen Ländern wirkten – was den Gebrauchswert dieses Nachschlagewerkes zweifelsohne deutlich steigert.

Als eigenständige Stichwörter fungieren die „Erste Republik“ und die „Zweite Republik“, während der Terminus „Dritte Republik“ nicht erläutert wird. Auch wird dem so genannten dritten Widerstand – also dem Widerstand gegen das kommunistische Regime – deutlich weniger Platz eingeräumt als der ersten und zweiten Widerstandsbewegung, die jeweils mit einem separaten, ausführlichem Eintrag vertreten sind. So könnte man fortfahren und sicher noch die eine oder andere Schwäche oder Unausgewogenheit bei der Auswahl der Themen feststellen. Doch sind diese Einwände in Anbetracht der Nützlichkeit dieses großen Unternehmens Marginalien, die seine Qualität nicht ernsthaft beeinträchtigen.

Die Enzyklopädie ist technisch und grafisch auf der Höhe der Zeit und zudem übersichtlich und leserfreundlich gestaltet. Nicht zuletzt muss auch die redaktionelle Arbeit des Autorenteam gewürdigt werden, an dem renommierte Historiker und bekannte Fachleute aus anderen Disziplinen beteiligt waren. Auch das hat sicher dazu beigetragen, dass das Werk seinem Titel auf hohem Niveau gerecht wird.

Auch wenn das Buch für tschechische Verhältnisse relativ teuer ist (es kostet um die 1300 Kronen), steht nicht zu bezweifeln, dass es ein großer Erfolg ist und sich dauerhaft etablieren wird – dies zeigt sich schon daran, dass die Erstauflage rasch vergriffen war und derzeit eine zweite in Vorbereitung ist. Vielleicht kann dies dazu genutzt werden, einige Stichwörter zu aktualisieren bzw. zu ergänzen, um damit eine sehr nützliche und gelungene Publikation zu verbessern.

Prag

Richard Vašek, Michal Pehr

Acta Historica Universitatis Silesianae Opaviensis 2 (2009). Ideje, iluze a realita v dějinách [Ideen, Illusionen und Realität in der Geschichte].

Slezská universita v Opavě, Filosoficko-přirodovědecká fakulta, Ústav historických věd, Opava 2009, 319 S., zahlr. Abb.

In den letzten Jahren hat Opava (Troppau) als Universitäts- und Wissenschaftsstandort eine dynamische Entwicklung durchlaufen. Das dokumentiert auch das Erscheinen einer neuen Zeitschrift, der „Acta Historica Universitatis Silesianae Opaviensis“ (AHO), die seit 2008 mit einem umfangreichen Band jährlich vorgelegt wird. Zwar stellt sich die AHO in die Tradition der 1994 begründeten „Acta historica et museologica Universitatis Silesianae Opaviensis“, doch geht das Konzept des Herausgeberkreises um Jiří Knapík deutlich über das einer regionalhistorischen

Zeitschrift hinaus: Schlesien hat weiterhin einen festen Platz in der AHO, was sich bereits daraus ergibt, dass diese Raum für die Veröffentlichung der Ergebnisse des großen, von der Tschechischen Wissenschaftsförderagentur Grantová agentura (GA) finanzierten Projekts zur Geschichte Schlesiens bietet, an dem auch mehrere außer-universitäre Forschungseinrichtungen in Opava mitwirken. Zudem soll die Zeitschrift der wachsenden Zahl der Doktoranden und Habilitanden des Historischen Instituts der Universität Opava als wissenschaftliche Plattform dienen. Der jeweilige Themenschwerpunkt eines Jahrgangs ist indessen überregional und epochenübergreifend angelegt und wird interdisziplinär bearbeitet, was auch eine Erweiterung der Autorenbasis bedeutet.

Der erste Band der AHO war dem Troppauer Historiker und Rektor der Schlesischen Universität Rudolf Žáček zum 60. Geburtstag gewidmet und brachte, Žáčeks Forschungsinteressen entsprechend, vor allem Beiträge zur schlesischen sowie zur tschechisch-polnischen Beziehungsgeschichte vom Mittelalter bis unmittelbar an die Gegenwart. Der zweite Jahrgang ist mit dem Titel „Ideen, Illusionen und Realität in der Geschichte“ überschrieben, der in elf Aufsätzen aus unterschiedlichen Perspektiven umgesetzt wird, wobei der zeitliche Horizont auch hier wieder von der hochmittelalterlichen bis hin zur jüngsten Geschichte reicht. Ideen und ihre Konfrontation mit der Wirklichkeit werden dabei zunächst vor allem auf der Ebene von Repräsentationen analysiert. So wirbt Josef Šrámek in seinem Aufsatz über klösterliche Dokumentenfälschungen aus dem 13. Jahrhundert dafür, diese als wertvolle Quellen für die Untersuchung von Identitäts- und Realitätskonstruktionen heranzuziehen und als solche ernst zu nehmen. Robert Antonín und Tomáš Borovský beschreiben den Einzug mittelalterlicher Herrscher in Städte als Inszenierungen, in denen Illusionen eine zentrale Rolle spielten – denn nicht immer genügten die Bedingungen vor Ort den Anforderungen, um das bedeutungsgeladene Ritual des Einzugs in idealer Weise umzusetzen. Auch Dušan Uhlíř befasst sich mit den Reisen von Herrschern – und zwar am Beispiel des Durchzugs polnischer Könige durch Mähren. Aus dem Kontext konkurrierender Nationsentwürfe seit dem 19. Jahrhundert erzählt Antonín Šimčík die Gründungsgeschichte des Schlesischen Museums in Těšín/Cieszyn/Teschen. Der folgende Aufsatz befasst sich mit den Plänen, die der Architekt Oldřich Liska ein gutes Jahrhundert später für den Wiederaufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Stadtzentrums von Opava als einer hochmodernen Metropole entwickelte, deren Architektur von einem (tschechisch-)nationalen und zugleich fortschrittlichen Geist bestimmt sein sollte. Die meisten der von ihm entworfenen Gebäude, die in Pavel Šopas Beitrag als Skizzen oder Modelle abgebildet sind, wurden allerdings nicht realisiert.

Zwei Beiträge zum 20. Jahrhundert, in denen es um den Erosionsprozess der kommunistischen Utopie geht, schließen den Aufsatzteil ab: Als gescheitert im Kontakt mit der Wirklichkeit ließen sich die hochfliegenden Pläne der kommunistischen Kulturpolitiker nach dem Februar 1948 bezeichnen, die, wie Knapík beschreibt, binnen eines halben Jahres „eine völlig andere Literatur“ schaffen wollten. Den sehr langsamen Abschied vom Glauben an die Sowjetunion und die Überlegenheit der sowjetischen Forschung zeichnet Martin Franc anhand der Korrespondenz zweier Wissenschaftler aus der Tschechoslowakei von den frühen 1950er Jahren bis

in die Zeit nach dem „Prager Frühling“ nach und zeigt, dass die Bindung an eine Ideologie weitaus stärker sein kann als fachliche Zweifel und persönliches Erleben.

Auf die Aufsätze zum Schwerpunktthema im Aufsatzteil der Zeitschrift folgen „Materialien und Dokumente“, ein Rezensionsteil sowie eine „Chronik“, in der vor allem (aber nicht nur) über wissenschaftliche Veranstaltungen und Projekte in Opava berichtet wird. Ferner gibt es eine Rubrik „Erinnerungen“, in der im besprochenen Heft ein kurzer Text des Dichters und Journalisten Jan Štern über seine Begegnungen mit František Halas abgedruckt ist. Štern, der den Dichter in den ersten Jahren nach dem Krieg drei Mal traf, beschreibt diesen sehr lebendig als kritisch, ja respektlos. Halas habe den damals jungen begeisterten Autor der „Tvorba“ gemahnt, nicht „Dzerzinski“ zu spielen, also keine Säuberungen im Kulturleben zu entfachen oder zuzulassen – vergebens, wie sich Štern aus großer zeitlicher Distanz erinnert. Schließlich wurde Anfang der 1950er Jahre selbst der zwischenzeitlich verstorbene Halas verdammt und aus dem offiziellen Literaturkanon ausgeschlossen.

Die AHO zeigt sich mit ihren ersten beiden Bänden als gut konzipiertes und ansprechend gestaltetes Unternehmen, bei dem sich die selbst gestellte Aufgabe, die historische Forschung aus und über Schlesien zu bündeln, bestens mit übergeordneten Perspektiven verbindet. Heft 2010 wird dem Thema „Reisen und Rückkehr“ gelten – man darf gespannt sein.

München

Christiane Brenner

Germanoslavica. Zeitschrift für germano-slawische Studien. Schlesien als Schnittpunkt verschiedener Kulturen. Jahrgang 18, Nr. 1-2.

Slovanský ústav AV ČR, Praha 2007, 187 S.

Der bereits 18. Jahrgang der Zeitschrift „Germanoslavica“ ist ganz und gar Schlesien gewidmet. Als eine der klassischen Kontaktzonen verschiedener Kulturen und eines der in nationaler Hinsicht buntesten Gebiete Europas eignet sich Schlesien, das man aus mehreren Perspektiven als Grenzgebiet bezeichnen könnte, geradezu optimal für die Erforschung bi- und multilateraler Themen. Die schlesische Doppelnummer ist, wie bei der „Germanoslavica“ schon Tradition, interdisziplinär konzipiert. Während sich der erste Teil der Geschichte und Kulturgeschichte widmet, ist der zweite linguistisch und literaturhistorisch ausgerichtet.

In der einführenden Studie denkt Joachim Bahleke über die Beziehungen zwischen Böhmen und Schlesien nach, welches seiner Sicht zufolge den Osten des frühneuzeitlichen ständischen Europa bildete. Joachim Köhler und Rainer Bendel bieten einen zusammenfassenden Überblick über die bisherige Forschung zum Christentum in Schlesien, wobei sie die Defizite und nach wie vor bestehenden Forschungsdesiderate auf diesem Themenfeld benennen, das sie in chronologischer Ordnung vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert abschreiten.

Während der Beitrag von Köhler und Bendel kulturgeschichtliche Fragen am Rande abhandelt, ist der Text des Herausgebers Siegfried Ulbrecht rein kulturhistorisch angelegt. Hier geht es um Schloss Johannesberg (Jánský Vrch) bei Jauernig (Javorník) im nördöstlichsten Ausläufer des heutigen tschechischen Schlesien, das

Ulbrecht nicht allein als bedeutendes kulturelles Zentrum beschreibt, das sich – gewissermaßen als Nebenprodukt der Schlesischen Kriege – gegen Mitte des 18. Jahrhunderts um die Residenz des Breslauer Bischofs Philipp II. Gotthard Schaffgotsch entwickelte, sondern auch als einen Ort, aus dem durch die ganze Geschichte hindurch viele bedeutende Persönlichkeiten des kulturellen und öffentlichen Lebens hervorgingen oder an dem sie einige Zeit ihres Lebens verbrachten.

Der Untertitel des vorhergehenden Beitrages, der von der Begegnung von Menschen und Kulturen spricht, trifft mutatis mutandis auch auf den folgenden Aufsatz von Iveta Rucková zu, der eine Synthese zwischen Kulturgeschichte und Literaturwissenschaft bildet. Rucková befasst sich mit der Bedeutung des Geschlechtes Lichnowsky für die mitteleuropäische Kultur und bleibt damit auch geografisch in der Nähe zu Ulbrechts Aufsatz. Das Wirken der Lichnowsky und ihre Kontakte zu europäischen (vor allem deutschen) kulturellen Größen reichten weit über das Gebiet ihrer drei Familiensitze – Grätz (Hradec nad Moravicí), Kuchelna (Chuchelná) und Krzyzanowitz (Krzyzanowice) – hinaus und spielten sich eher in europäischen Großstädten wie Paris, London, Berlin, Prag oder Wien ab.

Libuše Spáčilová legt mit ihrem Beitrag „Die Olmützer Gerichtsordnung von Heinrich Polan aus dem Jahre 1550 als Textsorte. Ein Beitrag zur Untersuchung frühneuhochdeutscher Rechtstexte“ eine Textanalyse vor, die sowohl aus rechtshistorischer als auch aus historisch-linguistischer Sicht hochinteressant ist. Die literaturwissenschaftliche Studie von Ivan Stupek thematisiert mit Texten von Autoren aus Nordmähren einen Blick, der sich von außen auf Schlesien richtet. In der folgenden sprachwissenschaftlichen Untersuchung von Daniela Pelka „Methode und Ergebnisse einer kontaktlinguistischen Untersuchung in Oberschlesien“ wird die wechselseitige Durchdringung und Beeinflussung verschiedener Sprachen – hier der polnischen und der deutschen – in Oberschlesien analysiert. Abschließend bietet Felicja Księżyk der Fachöffentlichkeit grundlegende Informationen zu der deutschen Sprachinsel Kostenthal (Gościęcín), die zwischen Oberglogau (Horní Hlohov/Głogówek) und Kandrzin-Cosel (Kędzierzyn-Koźle) in Oberschlesien lag und die im Vergleich zu den sie umgebenden Gemeinden einige bemerkenswerte sprachliche Besonderheiten aufwies.

Im „schlesischen Geist“ sind schließlich auch der Rezensionsteil der Doppelseite und die Nachrichten aus der Wissenschaft gehalten. Das Niveau der Beiträge in diesem Heft führt deutlich vor Augen, dass die Forschung zu Schlesien als einem „Nebenland“ der Länder der böhmischen Krone seit der Umbruchzeit Ende der 1980er Jahre, als auch Bewegung in die Regionalgeschichte kam, deutlich aufgeholt hat.

SUMMARIES

COMPARING THE INCOMPARABLE OR: WAS THERE A TOTALITARIAN EPOCH IN CONTEMPORARY CZECH HISTORY?

Miloš Havelka

This study aims at illustrating some specific problems arising whenever the concept of totalitarianism is applied to the Czech case. The main focus is on broadening the scope by adding sociological and demographic aspects to a perspective more commonly limited to strictly political factors.

Taking issue with the common application of the term “totalitarian” to the entire period from 1938 to 1989, the author emphasizes the scope of change that Czech society experienced up to 1956, and looks for an internal commonality extending over the whole period. He argues that the number of changes altering the ethnic, demographic, social, and political stratification of Czech society between 1938 and 1956, in contrast to what is implied by the “democratic tradition” so frequently being claimed for the First Republic, brought about a “totalitarian mindset” which worked in favour of the dictatorships of the time. An exploitation of mass dynamics (as described by Hannah Arendt) by those in power consciously manipulating social structures in the period 1938 to 1956 is identified as the principal prerequisite.

ABOUT ADVANTAGES AND DISADVANTAGES OF THE CONCEPT OF TOTALITARIANISM, WITH EARLIER APPROACHES TAKEN INTO ACCOUNT

Bedřich Loewenstein

This study assesses Miloš Havelka’s hypothesis of a totalitarian epoch in Czech history from four different points of view. First to be examined is the usage of the term “totalitarianism” in postwar Czech political discourse. Among other things, the author draws attention to the fact that this term was used only for rhetorical, polemical applications of a short-term nature, particularly when somebody or something was termed “fascist.” The second point concerns the contemporary conviction of a totalitarian continuity in Czech society after “Munich.” In this context, the author points out that émigré literature, when emotional strength is complemented by a degree of self-criticism, offers some insights worth considering. Part three examines to what degree the concept of totalitarianism which came to be accepted from the 1950s onwards is applicable to Czech society. As far as the 1950s are concerned,

and with the concept of a “political religion” taken into account, the answer is “yes.” The fourth and final part takes a critical look at the attempts at de-totalizing (de-Stalinizing) society in the 1960s. In a digression, the efforts at research into fascism of the period examined are interpreted as a proof of an irrational animosity against civilisation common to both totalitarian systems.

UNEXPECTED PARRALLELS – OR CURRENTS HIDDEN BELOW THE SURFACE

Jan Dobeš

This contribution deals with the tendencies that evolved in Czech society during the mid-1930s and exerted a hidden influence in the years that followed. The principal pillars on which modern Czech society had rested since its formation in the 19th century were unsettled even before World War II began. Previously unknown features began to evolve in the political system, the economic order, the social relations, the way the public looked upon cultural developments, and societal atmosphere in general. The dramatic course of events that was framed by “Munich,” the Second Republic, the emergence of the protectorate, occupation, liberation, and finally the events of February 1948, accelerated this development.

The aim of the author is to demonstrate that beneath the surface of all these separate political developments a continual process of change was at work. Even though the various regimes of this period showed considerable differences in their external appearance, they offered surprising similarities internally. In spite of these new qualities it does not seem appropriate to call this period totalitarian according to the criteria of the classical theory of totalitarianism.

THE FORGOTTEN CONTINUITIES OF THE PARAGON OF DEMOCRACY

Marína Zavacká

In her brief commentary to Miloš Havelka’s study, Zavacká makes the point that a discussion of the crisis of Czech democracy since the 1930s ought to take into account long-term continuities to a greater degree than has so far been the case. Although xenophobic and anti-pluralist tendencies were marginalized in the First Republic with the *raison d’état* being the main consideration for this course of action, they did exist in the range of political thought and were connected with political ambitions of their own. That Czech society after 1945 was susceptible to nationalist politics exploiting social demagoguery was thus not an abrupt breach of tradition, but rather a return to another, parallel line of tradition. Moreover, the radicalism of postwar Czech society was not altogether out of step with the contemporary European mainstream.

TOTALITARIAN TRADITIONS IN CZECH POLITICS

Jan Holzer

Prompted by Havelka's raising the question of a totalitarian epoch in the Bohemian lands after 1939, the author of the present contribution asks why communist rule was so easily established in Czechoslovakia. That this system was indeed totalitarian he does not question. The fact that Czech society did not offer much of a resistance against communism and that its retrospective view of the communist era is not altogether negative is, according to Holzer, accounted for by a specifically Czech, traditional concept of politics. Holzer identifies a tendency (having emerged in the 19th century) to conceive politics as the realization of certain moral and national imperatives and to reject an openly negotiated compromise between conflicting social interests, favouring national unity instead. Moreover, Czech society twice – after 1918 and after 1945/48 – radically altered its system of values and perceptions. The author suggests a scientific, interdisciplinarian evaluation of Czech political tradition, arguing that there is no alternative way to prevent a return of totalitarian rule.

TOTALITARIANISM AND POST-TOTALITARIANISM
IN THE CZECH REPUBLIC*Milan Znoj/Jiří Koubek*

This contribution traces the changing interpretations to which the concept of totalitarianism was subject in their respective ideological contexts since its emergence in the 1920s. The authors make the point that if one discounts claims of a purely ideological nature, only two periods in 20th-century Czech history were truly totalitarian: the "protectorate" (1939-1945) and the first years of communist rule from 1948 to 1953. As regards the post-Stalinist communist period, they suggest that the concept of post-totalitarianism proposed by Juan Linz be applied. This would make it possible, on one hand, to distinguish between the goals the system claimed to be putting into practice, and societal reality and thus to describe, for instance, the changing importance of ideology and mass mobilization. On the other hand, this model offers a differentiated terminology for the early, mature, and ultimately the "frozen" stages of post-totalitarianism during the period of "normalization."

THE CONCEPT OF TOTALITARIANISM AND
ITS CHANGES IN THE COURSE OF THE 20TH CENTURY*Clemens Vollnhals*

The term "totalitarianism" was coined in Italy by the opposition against Mussolini's fascist dictatorship and used as a catchword in order to point out its novel nature. A second line of tradition aiming at conceptualizing the term was a consequence

of German social democratic forces taking issue with Lenin's bolshevist kind of dictatorship. From the mid-1930s onwards, the term came to be used in comparative analyses of fascism, national socialism, and communism. The classical definition of the concept of totalitarianism was then proposed by Carl J. Friedrich, who devised a paradigmatic list of criteria in 1953, whereas Hannah Arendt offered a rather historical-philosophical approach. Both explanations have in common that they assess mass terror as a central factor, which means that, strictly speaking, developments in the Soviet Union after Stalin's death are not covered. More recent definitions emphasize, however, the absolute preeminence of politics and total control as principal features of totalitarian rule. This makes it possible to distinguish between modern dictatorships based on ideology and authoritarian dictatorships.

1969-1989: DO WE LACK A CONCEPT,
OR RATHER THE WILL TO UNDERSTAND?

Petr Pithart

The author is convinced that neither the term "totalitarian" nor the adjective "authoritarian" sufficiently describe Czechoslovakia after 1969. That Czech society did not know for certain how to classify the regime of "normalization" is interpreted not only as constituting a problem for the culture of recollection, but also as the cause for many wrong decisions having been made concerning the future orientation of the transformation policy in the 1990s, with exponents of the thesis of a totalitarian regime supposing that the socialist state had been excessively strong, and demanding that the scope of governmental action be considerably restricted, and with representatives of the concept that following the "Prague Spring" there had been a rather authoritarian regime in Czechoslovakia underestimating, on the other hand, the degree to which societal structures had been destroyed. Both sides advocated economic transformation to be carried out as quickly as possible, with considerations of properly establishing the rule of law being neglected. That the rule of law was not put into practice made it possible for actors of the "gray" and black markets to maintain control of their capital into the post-turnover time. They were even able to juridically safeguard their money, often even to augment it, which resulted in the trust of society in the new democracy being considerably damaged.

STATE SOCIALISM WAS MORE THAN A POLITICAL
RELATIONSHIP OF RULERS AND SUBJECTS

Some remarks on a theoretical deficiency of the concept of totalitarianism

Dieter Segert

The author advocates that social and political history join forces in attempting to undertake research into state socialist systems. His central point is that focusing solely on the relationship between rulers and subjects, as has been typical for the

classical concept of totalitarianism, hides reasons for both stability and change in state socialist systems. In order to understand these phenomena, one has to comprehend which societal groups viewed their interests as protected by the socialist order. The fact that socialist systems could not exist without being considered legitimate by relevant parts of society is proven, among other things, by attempts at reform that were inspired both "from above" and by parts of the critical, but loyal intelligentsia. Last but not least, the continuity of élites after 1989 demonstrates the importance of taking into account a societal reality which might very well deviate from the relationships of power being proclaimed: In the late period of state socialism, informal relationships of power and property had long since been established, which could easily be transposed into the period following the turnover.

TOTALITARIANISM AS THEORY AND AS CZECH "TOTÁČ"

Jan Pauer

Miloš Havelka's attempt at characterizing the years 1939 to 1956 as a "totalitarian period" in Czech history raises a number of questions. Both the varying approaches at conceptualizing totalitarianism and the large number of historical phenomena make it doubtful that it is justified to claim an "internal commonality" for the period under scrutiny. Rather than in the definition of historical periods, theories of totalitarianism have their application for comparisons of dictatorial regimes. In the context of the Czech discourse about totalitarianism, which largely restrains itself to the communist kind of dictatorship, Havelka delivers, by taking into account national socialist rule as well, an important impulse which might result in some light being shed on the connections between both dictatorships. Petr Pithart's claim about the consequences for the transformation after 1989 of a misinterpretation of totalitarian dictatorship is relevant not so much for the economic transformation, but rather for widespread societal pathologies which were a central pillar of dictatorial rule.

ADVANTAGES AND LIMITS OF A PARADIGM THE THEORY OF TOTALITARIANISM APPLIED TO EAST CENTRAL EUROPEAN STATE SOCIALISM

Bianca Hoenig

The theory of totalitarianism experienced a kind of boom after the collapse of the "Iron Curtain," predominantly in the nations belonging to the former Eastern bloc and in connection with attempts in these nations at coming to terms with their socialist past. Whereas particularly in the West this concept is frequently criticized, throughout Eastern Europe it has met with broad acceptance to this very day. Examining research efforts devoted to Poland, Czechoslovakia, and the GDR, the

author analyzes in this contribution how the theory of totalitarianism is being applied and what results this produces. The literature examined is divided into studies devoted to the claims used to justify totalitarian rule and those devoted to totalitarian rule in reality, with the focus being on questions pertaining to the normative force of science, the possibilities of explaining dynamics of governmental power, and to people involved in the changes observed. All these factors demonstrate that the theory of totalitarianism is of limited value for the historiographic evaluation of state socialism in East Central Europe, albeit as a phenomenon of contemporary history it does merit attention.

AGAINST A "BISECTED CONSCIOUSNESS"?
RECENT CONTRIBUTIONS TOWARDS A PERSPECTIVE
ON THE EVENTS OF 1968 TRANSCENDING
IDEOLOGICAL BLOCS

Jan Arend

Taking into account aspects of the 1968 events in Eastern and Western Europe common to both political blocs might open up an interesting field of research if comparative aspects and those pertaining to a historiography of inter-bloc interdependencies are successfully combined. Recent scholarly publications suggest three areas to which this might be applied: political programs and orientations of the acting people, the extent to which lifestyles and mentalities on both sides of the Iron Curtain mutually influenced each other, and meetings between actors from East and West and the results for their perception of each other. A synopsis of the conclusions proposed demonstrates that developments in Eastern and Western Europe were similar in their anti-governmental thrust. Sometimes, this similarity was due to true mutual perceptions and real influences. Misunderstandings and projections, however, were of similar importance for this history of interdependence as was the adoption of cultural and ideological imports specific to the respective bloc and context.

RÉSUMÉS

COMPARAISON DE L'INCOMPARABLE. OU: Y AVAIT-T-IL UNE ÉPOQUE DE TOTALITARISME DANS L'HISTOIRE TCHÈQUE RÉCENTE?

Miloš Havelka

Le but du texte est d'expliciter quelques problèmes spécifiques qui surgissent lors de l'application du concept de totalitarisme au cas tchèque. Il s'agit surtout d'enrichir la perspective de ce concept d'aspects sociologiques et démographiques, la perspective ayant été ciblée pour la plupart du temps surtout sur des facteurs politiques.

En se démarquant vis-à-vis de l'utilisation de la notion de „totalitaire“ pour toute la période entre 1939 et 1989, dominante en Tchéquie, l'auteur s'interroge à partir des processus de transformation subies par la société tchèque entre 1938 et 1956 sur une unité intérieure de cette période. Il argumente que les restructurations ethniques, démographiques, sociales et politiques de cette époque ont favorisé la naissance d'une „mentalité totalitaire“ dans la société tchèque. Cette mentalité a soutenu les dictatures de cette époque – contrairement à ce que l'implique la tradition démocratique de la Première République couramment évoquée. La „massification“ – dans le sens de Hannah Arendt – au travers de manipulations politiques de la structure sociale pendant les années 1938-1956 est comprise comme condition décisive pour la spécificité de la forme d'organisation totalitaire de la société tchèque.

DE L'UTILITÉ ET DES INCONVÉNIENTS DE LA NOTION DE TOTALITARISME EN RÉTROSPECTIVE SUR DES APPROCHES PLUS ANCIENNES

Bedřich Loewenstein

A partir de quatre perspectives, la contribution se penche sur la thèse de Miloš Havelka de l'époque totalitaire dans l'histoire tchèque. La première perspective passe en revue l'utilisation du terme „totalitarisme“; à ce propos, il est indiqué que ce terme employé dans le discours politique tchèque de l'après-guerre ne fut utilisé que dans la polémique quotidienne rhétorique, à savoir en tant que reproche de fascisme. La deuxième perspective traite de la conscience contemporaine d'une continuité totalitaire de la société tchèque après „Munich“; l'auteur attire l'attention sur les publications de l'émigration, dans lesquelles l'auto-critique s'étendit au-delà de la force émotionnelle à quelques valeurs dignes d'intérêt. Dans la troisième partie, l'au-

teur vérifie dans quelle mesure la notion de totalitarisme utilisée depuis les années 1950 est applicable à la société tchécoslovaque et il confirme son emploi pour les années 1950 – en y intégrant des éléments du concept de „religion politique“. Un quatrième sous-chapitre s’occupe de la „dé-totalitarisation“ (déstalinisation) critique dans les années 1960. Dans une digression, l’auteur thématise les recherches contemporaines du fascisme en tant que contribution à la compréhension de l’inimitié irrationnelle vis-à-vis de la civilisation – inimitié partagée par les deux systèmes totalitaires.

DES PARALLÈLES INATTENDUS – OU: DES COURANTS CACHÉS SOUS LA SURFACE DE TRANSFORMATIONS DE LA POLITIQUE DU POUVOIR

Jan Dobeš

La contribution traite des tendances qui se manifestaient dans la société tchèque depuis le milieu des années 1930 et qui continuaient à agir de manière cachée dans les années suivantes. Les clés de voûte, sur lesquelles la société tchèque moderne s’était appuyée depuis sa fondation au XIX^{ème} siècle, avaient déjà été ébranlées avant la Seconde Guerre mondiale. De nouveaux traits commencèrent à se former dans le système politique, l’ordre économique, les conditions sociales, la compréhension de la culture ainsi que dans toute l’atmosphère sociale. Le développement dramatique qui fut marqué par Munich, la „Deuxième République“, la fondation du Protectorat, l’occupation, la libération et finalement par le février 1948, accéléra ces transformations. Le but de la contribution est de montrer que des processus de transformations politiques continuèrent à agir sous la surface de ces bouleversements politiques. Même si les divers régimes de cette époque se présentaient de manière très différente, ils présentaient cependant de grandes ressemblances internes très surprenantes. Malgré la qualité de ces nouveaux traits, il ne semble cependant pas convenable de parler d’une époque totalitaire dans le sens de la théorie classique du totalitarisme.

LES CONTINUITÉS OUBLIÉES DE LA DÉMOCRATIE MODÈLE

Marína Zavačková

Dans son bref commentaire sur la contribution de Miloš Havelka, l’auteure plaide de prendre beaucoup plus en compte les continuités à long terme pour la discussion sur la crise de la démocratie tchèque depuis les années 1930. Même si les courants xénophobes et ennemis du pluralisme furent marginalisés pendant la Première République sous le motif de la raison d’état, ils existaient toutefois dans le spectre d’opinions et furent accompagnés d’ambitions politiques. Le fait que la société tchèque après 1945 était réceptive à une politique nationaliste et social-démagogique, ne signifiait pourtant pas une interruption abrupte avec la tradition mais un retour à une autre tradition parallèle. De plus, le radicalisme de la société tchèque d’après-guerre correspondait à la tendance générale en Europe.

LES TRADITIONS TOTALITAIRES DANS LA POLITIQUE TCHÈQUE

Jan Holzer

La question de Havelka de savoir s'il y avait une époque totalitaire dans les pays tchèques, voire en Tchécoslovaquie après 1939 donne l'occasion à l'auteur de se demander pourquoi la domination communiste fut si facile à installer en Tchécoslovaquie. Il n'y a pas de doute pour lui quant au caractère totalitaire de ce système. Holzer fait remonter le fait que la société tchèque opposa peu de résistance au communisme et qu'elle n'a conservé aucun souvenir négatif de l'ère communiste à des traditions spécifiques de la manière tchèque d'appréhender la politique. Il décrit celles-ci comme une tendance, née au XIX^{ème} siècle, qui voit la politique en tant que réalisation de certains impératifs moraux et nationaux et qui rejette la négociation ouverte d'intérêts opposés en faveur de l'unité nationale. De plus, la société tchèque a radicalement changé deux fois – après 1918 et après 1945/48 – son système de valeurs et de perceptions. L'auteur appelle à une discussion scientifique interdisciplinaire sur les traditions de la politique tchèque avec entre autres l'argument que c'est seulement ainsi que le danger d'un retour du totalitarisme pourra être banni.

TOTALITARISME ET POST-TOTALITARISME EN TCHÉQUIE

Milan Znoj / Jiří Kouček

Dans cette contribution, les auteurs s'intéressent aux différents changements d'interprétation de la notion de totalitarisme dans leurs contextes idéologiques depuis sa naissance dans les années 1920. Ils prennent pour arguments que – abstraction faite de l'idéologie – dans l'histoire tchèque du XX^{ème} siècle, il n'y avait que deux périodes effectivement totalitaires: le „protectorat“ (1939-1945) et les premières années de la domination communiste entre 1948 et 1953. Pour l'époque communiste post-staliniste, les auteurs proposent l'utilisation du concept de „post-totalitarisme“ de Juan Linz. Cette utilisation permet d'une part d'effectuer une différence entre les buts visés par le système et la réalité sociale. Cela permet ainsi de décrire par exemple l'évolution de la signification de l'idéologie et de la mobilisation des masses. D'autre part, ce modèle offre une compréhension différenciée pour les différentes phases de développement, à savoir du post-totalitarisme du début (*early*), au post-totalitarisme mûr (*mature*) jusqu'au post-totalitarisme gelé (*frozen*) de la „normalisation“.

LA NOTION DE TOTALITARISME DANS L'ÉVOLUTION DU XX^{ème} SIÈCLE

Clemens Vollnhals

La notion de „totalitarisme“ a vu le jour en tant que terme de lutte de l'opposition italienne contre la dictature fasciste de Mussolini pour désigner le caractère historiquement nouveau de cette dernière. Une autre source qui a donné naissance à la notion de totalitarisme provenait du débat opposant la social-démocratie allemande à la dictature bolchévique de Lénine. A partir du milieu des années 1930, cette notion a fait son entrée dans l'analyse comparative du fascisme, du national-socialisme et du communisme dans les sciences politiques. On doit la définition classique du concept de totalitarisme à Carl J. Friedrich, qui en établit un catalogue de critères idéal-typique. De son côté, Hannah Arendt en proposait dans son œuvre une interprétation plus historico-philosophique. Les deux approches attribuent de concert un rôle central à la terreur de masse et, en ce sens, toutes les deux ne peuvent plus rendre compte du développement en Union soviétique après la mort de Staline. Des concepts plus récents ont par contre souligné la primauté absolue de la politique et du contrôle total en tant qu'indication de la domination totalitaire pour pouvoir faire une différence typologique entre les dictatures idéologiques modernes et les dictatures autoritaires.

1969-1989: MANQUE-T-IL UNE NOTION OU PLUTÔT LA VOLONTÉ DE COMPRENDRE?

Petr Pithart

Pour l'auteur, il va de soi que ni l'appellation de „totalitaire“ ni l'adjectif „autoritaire“ ne caractérisent de manière juste la Tchécoslovaquie après 1969. Il voit l'insécurité qui régnait en Tchéquie – tel faut-il classer le régime de normalisation – non seulement comme un problème de la culture de mémoire, mais aussi comme la cause de nombreux faux aiguillages de la politique de transformation dans les années 1990: les représentants de la thèse du totalitarisme sont partis du fait que l'Etat socialiste était très fort et, que pour cette raison, ils réclamèrent que l'on réduisit fortement les compétences de l'Etat. Les partisans de l'idée que c'est plutôt un régime autoritaire qui aurait dominé en Tchécoslovaquie après le „Printemps de Prague“, sous-estimaient dans quelle mesure les structures sociales avaient été détruites. Les deux courants firent pression pour des transformations économiques les plus rapides possibles et négligèrent la reconstruction de l'Etat de droit. Le manque de souveraineté de droit permit à des acteurs du marché „gris“ et „noir“ de sauver leur capital après la chute du rideau de fer et même de le décupler dans de nombreux cas, ce qui entraîna une grande perte de confiance de la société dans la nouvelle démocratie.

LE SOCIALISME D'ÉTAT ÉTAIT PLUS QU'UN RAPPORT DE DOMINATION POLITIQUE

Remarques sur un déficit théorique du concept de totalitarisme

Dieter Segert

La contribution plaide en faveur d'une liaison interdisciplinaire entre l'histoire politique et sociale auprès de la recherche des systèmes socialistes d'Etat. L'argument central est que le fait de se concentrer uniquement sur les rapports de domination – ce qui est caractéristique pour le concept classique de totalitarisme – fait perdre de vue les raisons de la stabilité et des transformations dans les systèmes socialistes d'Etat. Pour comprendre ces phénomènes, il faut analyser quels groupes sociaux voyaient leurs intérêts représentés dans l'ordre socialiste. Que les systèmes de domination socialiste ne pouvaient exister sans être considérés comme légitimes par une bonne partie de la société, est prouvé également par les tentatives de réforme, pour lesquelles les impulsions provenaient autant „d'en haut“ que de certaines parties de l'intelligence critique mais soutenant l'Etat. D'autant plus que la continuité des élites après 1989 montre l'importance du regard sur la réalité sociale au-delà des conditions de domination proclamées: sous le socialisme d'Etat de la fin de l'ère socialiste, il existait depuis longtemps des conditions informelles de puissance et de possession qui purent être transférées sans problèmes dans la période qui suivit les bouleversements politiques.

LE TOTALITARISME COMME THÉORIE ET EN TANT QUE „TOTÁČ“ TCHÈQUE

Jan Pauer

La tentative de Miloš Havelka d'interpréter les années 1939-1956 comme une période totalitaire de l'histoire tchèque, soulève surtout des questions. Autant les différentes approches des théories du totalitarisme que le nombre de phénomènes historiques jettent le doute de savoir si on peut parler d'une „unité intérieure“ pour cette période. Les théories du totalitarisme sont plus appropriées pour comparer les dictatures que d'établir une périodisation historique. Dans le contexte des discours tchèques sur le totalitarisme, qui se limitent pour la plupart à la dictature communiste, Havelka – en intégrant la domination national-socialiste – livre d'importantes incitations à réfléchir, qui peuvent éclairer les liens entre les deux dictatures. La thèse de Petr Pithart sur les suites d'un faux aperçu sur la dictature totalitaire pour la transformation après 1989 est moins appropriée pour la transformation économique que pour les pathologies sociales de la vie quotidienne, qui étaient un appui central de la dictature.

CHANCES ET LIMITES D'UN PARADIGME.
 LA THÉORIE DU TOTALITARISME APPLIQUÉE AU
 SOCIALISME D'ÉTAT DE L'EUROPE CENTRALE DE L'EST

Bianca Hoenig

Après la chute du „rideau de fer“, on a pu enregistrer une nouvelle conjoncture de la théorie du totalitarisme, qui provenait de manière déterminante des États de l'ancien bloc de l'Est et leurs recherches sur le passé socialiste. Si notamment dans l'Ouest on critique souvent ce concept, il est par contre jusqu'à nos jours largement accepté en Europe de l'Est. A l'exemple des recherches sur la Pologne, la Tchécoslovaquie et la RDA, l'auteure pose la question de savoir comment la théorie du totalitarisme est utilisée et quels résultats on peut obtenir ainsi; la littérature prise en considération dans les études est divisée en revendication de domination et en réalité de domination. Au centre se pose la question de la normativité de la science, des possibilités d'explications des dynamiques de domination ainsi que des acteurs de cette transformation. A l'aide des ces explications, il apparaît clairement que la théorie du totalitarisme apporte seulement un résultat limité à la recherche historique du socialisme de l'Europe centrale de l'Est, mais qu'elle mérite cependant une certaine attention en tant que phénomène historique.

CONTRE LA „CONSCIENCE PARTAGÉE EN DEUX“ ?
 DES CONTRIBUTIONS RÉCENTES POUR UNE
 PERSPECTIVE SUR L'ANNÉE 1968 COUVRANT
 LES DEUX BLOCS

Jan Arend

Un regard sur des aspects de l'année 1968 en Europe de l'Est et de l'Ouest et sur leurs imbrications mutuelles peut ouvrir un champ de recherches intéressant si l'on arrive à lier des approches comparatives et des approches historiques d'interdépendance. La littérature de recherche récente favorise pour cela trois domaines: les programmes et les orientations politiques des acteurs, l'empreinte réciproque des styles de vie et des mentalités des deux côtés du rideau de fer ainsi que les perceptions et les rencontres des acteurs de l'Est et de l'Ouest. Un synopsis des résultats de recherches montre à ce propos que les développements en Europe de l'Est et de l'Ouest se ressemblaient dans leur dynamique contre l'autorité, mais que cette ressemblance provenait entre autres de perceptions et d'influences réciproques. Des malentendus et des projections jouèrent cependant un rôle important dans cette histoire d'imbrications tout comme l'appropriation des importations d'idées et de culture, spécifique à chaque bloc et du contexte.

RESUMÉ

SROVNÁNÍ NESROVNATELNÉHO ANEB EXISTOVALA V NEJNOVĚJŠÍCH ČESKÝCH DĚJINÁCH EPOCHA TOTALITARISMU?

Miloš Havelka

Cílem textu je poukázat na některé specifické problémy vznikající při aplikaci konceptu totalitarismu na český případ. Především jde o rozšíření jeho hlediska zaměřeného primárně na politické faktory o sociologické a demografické aspekty.

Oproti v Česku převládajícímu používání pojmu „totalitní“ pro celé období mezi lety 1939 a 1989 se autor zabývá otázkou vnitřní jednoty této periody. Východím momentem se mu přitom stávají proměnné procesy, kterými česká společnost prošla mezi lety 1938 a 1956. Dokládá, že etnické, demografické, sociální a politické restrukturalizace této doby napomohly vytvoření „totalitární mentality“ v české společnosti. O tuto mentalitu se opíraly diktatury oné epochy – v protikladu k často vzývané „demokratické tradici první republiky“. Za rozhodující předpoklad pro vznik specifické totalitní formy organizace české společnosti je označeno „zmasovění“ ve smyslu Hannah Arendtové prostřednictvím mocenskopolitických manipulací sociálních struktur během let 1938–1956.

O UŽITKU A NEVÝHODÁCH POJMU TOTALITARISMUS V RETROSPEKTIVĚ STARŠÍCH MYŠLENKOVÝCH PŘÍSTUPŮ

Bedřich Loewenstein

Příspěvek se ze čtyř různých perspektiv zabývá tezí Miloše Havelky o totalitní epoše českých dějin. V první fázi autor sleduje užívání termínu „totalitarismus“. Přitom mimo jiné poukazuje na fakt, že tento pojem byl v českém politickém diskurzu poválečných let využit pouze v podobě každodenních rétorických polemik, a totiž jako nařčení z fašizmu. Druhý bod se týká dobového povědomí o totalitní kontinuitě české společnosti po „Mnichově“. Zde je poukázáno na emigrační publicistiku, ve které dochází sebekritika kromě emocionální síly i některých pozoruhodných náhledů. Do jaké míry je od padesátých let platný pojem totalitarismu aplikovatelný na československou společnost, zkoumá autor ve třetí části. Pro období padesátých let (při zohlednění elementů konceptu „politického náboženství“) přitom tuto otázku zodpovídá kladně. Čtvrtá podkapitola se zaměřuje na kritickou de-totalizaci (de-stalinizaci) šedesátých let. Tématem následného exkurzu jsou pak výzkumy fašizmu této doby jako příspěvek k pochopení – oběma totalitním systémům vlastní – iracionální civilizační nenávisti.

NEČEKANÉ PARALELY ANEB PROUDY SKRYTÉ POD POVRCHEM MOCENSKÝCH ZMĚN

Jan Dobeš

Příspěvek se zabývá tendencemi, které se v české společnosti objevovaly od poloviny třicátých let minulého století a potom skrytě působily v následujících letech. Základní pilíře, o které se moderní česká společnost od svého vzniku v 19. století opírala, byly otřeseny již před druhou světovou válkou. Začínaly se formovat nové rysy politického systému, hospodářského uspořádání, sociálních poměrů, pojetí kultury i celkové společenské atmosféry. Dramatický vývoj rámovaný Mnichovem, druhou republikou, vznikem protektorátu, okupací, osvobozením a posléze únorem 1948 tyto změny urychlil. Záměrem příspěvku je ukázat, že pod povrchem těchto politických převratů působily kontinuální transformační procesy. I když se rozdílné režimy této doby prezentovaly velmi odlišně, vykazovaly překvapivě vnitřní podobnosti. Navzdory těmto kvalitativně novým rysům se ovšem nezdá být vhodné mluvit o totalitní epoše ve smyslu klasické teorie totalitarismu.

ZAPOMENUTÉ KONTINUITY VZOROVÉ DEMOKRACIE

Marína Zavačková

Ve svém krátkém komentáři ke článku Miloše Havelky se autorka přimlouvá za to, aby byl při diskusi o krizi české demokracie datující se od třicátých let minulého století brán větší zřetel na dlouhodobé kontinuity. Xenofobní a antipluralisticky zaměřené proudy byly sice za první republiky v společenském životě marginalizovány, avšak zůstaly trvalou součástí názorového spektra, s vlastními politickými ambicemi. Skutečnost, že mohla českou společnost po roce 1945 oslovit nacionalistická, sociálně-demagogická politika, tak nepředstavovala náhlý zlom, ale návrat k jiné, paralelní tradici. Radikalismus české poválečné společnosti navíc zcela odpovídal evropskému mainstreamu.

TOTALITNÍ TRADICE V ČESKÉ POLITICE

Jan Holzer

Havelkova otázka, zda v českých zemích, resp. v Československu existovala po roce 1939 totalitní éra, inspirovala autora k úvahám o tom, jak se komunistická moc mohla v Československu tak lehce prosadit. Totalitní charakter tohoto systému je pro něj přitom mimo diskusi. Skutečnost, že česká společnost kladla vůči komunismu tak malý odpor a nemá žádné plošné negativní vzpomínky na komunistické období, odvozuje Holzer od specifických tradic českého chápání politiky. To popisuje jako v 19. století vzniklý sklon vnímat politiku jako realizaci určitých morálních a národních imperativů a odmítat otevřené vyjednávání o protikladných společen-

ských zájmech na úkor národní jednoty. Česká společnost navíc dvakrát (po roce 1918 a po 1945/48) radikálně změnila svůj hodnotový a výkladový systém. Autor proto vyzývá k interdisciplinárnímu vědeckému rozboru tradic české politiky – mimo jiné na základě argumentu, že jen tak je možné zažehnat nebezpečí návratu totalitarismu.

TOTALITARISMUS A POSTTOTALITARISMUS V ČESKU

Milan Znoj/Jiří Koubeček

V příspěvku jsou ve svých ideologických kontextech sledovány různé interpretační proměny pojmu totalitarismus od doby jeho vzniku ve dvacátých letech minulého století. Autoři přitom dokládají, že v českých dějinách dvacátého století – při abstrahování od ideologie – byly jen dva časové úseky skutečně totalitní: protektorát (1939-1945) a první léta komunistické vlády mezi 1948 a 1953. Pro postalinské komunistické období navrhuje autoři použití konceptu posttotalitarismu od Juana Linze. Ten na jedné straně dovoluje rozlišovat mezi postulovanými cíli systému a společenskou realitou. Díky tomu je například možné popsat měnící se význam ideologie a mobilizace mas. Na druhé straně pak tento model nabízí diferencovanou terminologii pro různé vývojové fáze od raného (early) přes zralý (mature) až po zamrzlý (frozen) posttotalitarismus „normalizační doby“.

POJEM TOTALITARISMUS V PROMĚNÁCH 20. STOLETÍ

Clemens Vollnhals

Pojem „totalitarismus“ vznikl jako bojový termín italské opozice vůči Mussoliniho fašistické diktatuře s cílem postihnout její historicky nový charakter. Další tradiční cesta ke koncepcionalizaci pojmu totalitarismus vycházela ze střetu německé sociální demokracie s Leninovou bolševickou diktaturou. Od poloviny třicátých let si pak tento pojem našel cestu do srovnávací politologické analýzy fašizmu, nacismu a komunismu. Klasická formulace konceptu totalitarismu pochází od Carla J. Friedricha, který roku 1953 vytvořil katalog ideálně-typických kritérií, zatímco Hannah Arendtová ve svém díle předložila spíše historicko-filozofický výklad. Oba přístupy mají společné, že připisují centrální roli masovému teroru a díky tomu už nemohou pojmově uchopit vývoj v Sovětském svazu po Stalinově smrti. Novější koncepty naproti tomu zdůrazňují jako znaky totalitní vlády absolutní primát politiky a totální kontroly, aby mohly typologicky odlišit moderní světonázorové diktatury od autoritářských diktatur.

1969-1989: CHYBÍ POJEM NEBO SPÍŠ VŮLE K POCHOPENÍ?

Petr Pithart

Pro autora stojí mimo pochybnost, že ani označení „totalitní“ ani adjektiv „autoritářský“ nevystihují Československo po roce 1969 přesně. V Česku vládoucí nejistota, jak by se normalizační režim měl klasifikovat, vnímá nejen jako problém kultury vzpomínání, ale také jako příčinu mnoha špatných rozhodnutí transformační politiky devadesátých let. Zastánci teze totalitarismu vycházeli z toho, že socialistický stát byl příliš silný a požadovali proto výrazné omezení kompetencí státu. Příznivci představy, že v Československu vládl po „Pražském jaru“ spíše autoritářský režim, podceňovali naproti tomu rozsah, v jakém byly společenské struktury narušeny. Oba směry usilovaly o co možná nejrychlejší hospodářskou transformaci a zanedbaly výstavbu právního státu. Chybějící právní státnost dovolila aktérům „šedého“ a černého trhu převést svůj kapitál do popřevratové doby, právně ho pojistit a v mnoha případech i rozmnožit, což zasadilo velkou ránu důvěře veřejnosti v novou demokracii.

STÁTNÍ SOCIALISMUS BYL VÍC NEŽ JEN POLITICKÝM VLÁDNÍM STAVEM

Poznámky k jednomu teoretickému deficitu konceptu totalitarismu

Dieter Segert

Autor se přimlouvá za spojení politických a sociálních dějin při výzkumu státně-socialistických systémů. Argumentuje přitom především faktem, že koncentrace výhradně na mocenské vztahy charakteristická pro klasický koncept totalitarismu posouvá pohled na důvody stability a na změny ve státně-socialistických systémech. Aby bylo možné tyto fenomény pochopit, je třeba analyzovat, které společenské skupiny byly přesvědčeny, že socialistický pořádek reprezentuje jejich zájmy. Socialistické vládní systémy by nemohly existovat bez toho, že je relevantní část společnosti pokládala za legitimní. To dokládají i reformní pokusy, ke kterým přicházely impulzy „shora“ stejně jako od části kritické, přitom ale státonosné inteligence. Jak důležitý je pohled na socialistickou realitu proklamovaných mocenských vztahů, ukazuje v neposlední řadě kontinuita elit po roce 1989. V pozdním státním socialismu existovaly už dlouho neformální mocenské a majetkové vztahy, které bylo možné snadno převést do doby po převratu.

TOTALITARISMUS JAKO TEORIE A JAKO ČESKÝ „TOTÁČ“

Jan Pauer

Pokus Miloše Havelky interpretovat léta 1939-1956 jako totalitní období českých dějin vyvolává především otázky. Různé přístupy teorií totalitarismu stejně jako množství historických fenoménů dávají vyvstat pochybnostem, zda je možné mluvit o „vnitřní jednotě“ této doby. Spíše než pro historickou periodizaci se teorie totalitarismu hodí pro srovnávání diktatur. V kontextu českých diskurzů totalitarismu omezujících se většinou na komunistickou diktaturu, poskytuje Havelka zahrnutím nacistické vlády významné podněty k zamyšlení, které mohou objasnit souvislosti mezi oběma diktaturami. Teze Petra Pitharta o dopadech špatné retrospektivy totalitní diktatury na transformaci po roce 1989 je méně relevantní pro transformaci ekonomickou než pro sociální patologie každodennosti, které představovaly centrální pilíře diktatury.

ŠANCE A HRANICE JEDNOHO PARADIGMATU TEORIE TOTALITARISMU V APLIKACI NA VÝCHODO- EVROPSKÝ STÁTNÍ SOCIALISMUS

Bianca Hoenig

Po pádu „železné opony“ bylo možné zaznamenat obnovenou konjunkturu teorie totalitarismu vycházející do značné míry od států bývalého východního bloku a tamního studia socialistické minulosti. Zatímco na Západě se tento koncept často stává předmětem kritiky, ve východní Evropě je dodnes akceptován. Na příkladu výzkumů k Polsku, Československu a NDR se autorka článku zabývá otázkou, jak se teorie totalitarismu používá a jakých výsledků je s ní dosahováno. Sledovanou literaturu přitom dělí na studie o mocenském nároku a o mocenské realitě. V centru zájmu stojí otázka normativnosti vědy, stejně jako možnosti výkladu mocenské dynamiky a aktéři této změny. Provedený výzkum ukazuje, že teorie totalitarismu znamená pro historický výzkum východoevropského státního socialismu jen omezený přínos. Jako fenomén soudobých dějin si ovšem zaslouží pozornost.

PROTI „ROZPŮLENÉMU VĚDOMÍ“ ?
NOVĚJŠÍ PŘÍSPĚVKY K ŽELEZNOU OPONU
PŘESAHUJÍCÍMU POHLEDU NA ROK 1968

Jan Arend

Pokud se podaří spojit komparativní přístup s metodami dějin vzájemného propojení (*Verflechtungsgeschichte*), může pohled na železnou oponu přesahující aspekty roku 1968 ve východní a západní Evropě otevřít zajímavé pole výzkumu. Novější odborná literatura přitom staví do popředí tři oblasti: politické programy a orientaci aktérů, ovlivňování životního stylu a mentality na jedné i druhé straně železné opony stejně jako vzájemné vnímání a setkávání aktérů z Východu a Západu. Shrnutí výsledků výzkumu přitom ukazuje, že vývoj ve východní i západní Evropě byl ve své protivrchnostensky zaměřené dynamice podobný. Tato podobnost přitom občas pramenila z vzájemného vnímání a ovlivňování. Nepochopení a projekce ovšem hrály v těchto dějinách vzájemného propojení obdobně významnou roli jako přejímání kulturních a ideových importů specifických pro jednotlivé bloky a kontexty.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DES HEFTES

- Prof. Dr. Manfred *Alexander*, Leipziger Ring 11a, 50374 Erfstadt
Jan *Arend*, M. A., Richard-Wagner-Str. 16, 80333 München
Dr. Benita *Berning*, Erzbischöfliches Ordinariat München, Projektbüro „EOM 2010“, Pacelli-
str. 8/II, 80333 München
Dr. Christiane *Brenner*, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München
Nicole *Cuzacq*, Hackerberg 4, 82152 Krailling
PhDr. Jan *Dobeš*, Katedra pomocných věd historických a archivního studia FF UK, Náměstí
J. Palacha 2, CZ-116 38 Praha 1
Viktoria *Funk-Nešić*, 135 Freeman St. 2, USA - Brookline, MA 02446
Peter *Hallama*, M. A., 36-38, rue du Vieux Marché aux Vins, F-67000 Strasbourg
Prof. PhDr. Miloš, CSc. *Havelka*, FHS UK, U Kříže 8, CZ-15000 Praha 5
Dr. Michael *Hirschfeld*, Institut für Geistes- und Kulturwissenschaften, Abt. Kulturgeschichte
und vergleichende Landesforschung, Universität Vechta, Driverstr. 22, 49377 Vechta
Prof. PhDr. Ivan *Hlaváček*, Katedra pomocných věd historických a archivního studia FF UK,
U Mrazovky 16, CZ-15000 Praha 5
Bianca *Hoenig*, M. A., Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München
Prof. Dr. Steffen *Höhne*, Hochschule für Musik, Studiengang Kulturmanagement, Postfach
2552, 99406 Weimar
Doc. PhDr. Jan *Holzer*, Ph.D., Katedra politologie MU, Fakulta sociálních studií, Joštova 10,
CZ- Brno 602 01
Dr. Karel *Hruza*, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Mittelalter-
forschung - Regesta Imperii, Wohllebengasse 12-14/4, A-1040 Wien
Pavol *Jakubec*, Trenčínská 2626/16, CZ-14100 Praha 41
Blanka *Koffer*, M. A., Herrfurthstr. 30, 12049 Berlin
Ines *Koletzsch*, M. A., Prenzlauer Allee 175 A, 10409 Berlin
Mgr. Jiří *Koubek*, Ústav politologie FF UK, U Kříže 8, CZ-15800 Praha 5
PhDr. Petr *Koura*, Jugoslávských partyzánů 20, CZ-16000 Praha 6
PhDr. Miroslav *Kunštát*, Milady Horákové 90/848, CZ-17000 Praha 7
Prof. Dr. Bedřich *Loewenstein*, An den Hubertshäusern 6b, 14129 Berlin
Nina *Lohmann*, M. A., Jihovýchodní VI/7, CZ-14100 Praha
Dr. Robert *Luft*, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München
Ulrike *Lunow*, M. A., Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München
Dr. Bernhard *Mann*, Im Pfarrgarten 21, 72116 Mössingen
Markus Alexander *Meinke*, M. A., Lehrstuhl für Südost- und Osteuropäische Geschichte,
Universität Regensburg, Universitätsstr. 31, 93053 Regensburg
Mgr. Miroslav *Němec*, SNP 39, CZ-40011 Ústí nad Labem
Martina A. *Niedhammer*, M. A., Hohenzollernstr. 99, 80796 München
Dr. Jan *Pauer*, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Klagenfurter Str. 3,
28359 Bremen

- Mgr. Tomáš W. *Paolíček*, Haidhauserstr. 1, 81675 München
PhDr. Michal *Pehr*, Masarykův ústav AV ČR, Na Florenci 3, CZ-11000 Praha 1
Mgr. Martin *Pelc*, 2. května 502, CZ-74213 Studénka
Petr *Pitbart*, Senát Parlamentu ČR, Valdštejnské nám. 4, CZ-11800 Praha 1
Eva *Pluhařová-Grigienė*, M. A., Käthnerort 29, 22083 Hamburg
Christian *Preufse*, M. A., Oriol College, Oxford, UK - OX1 4EW
Dr. des. Karoline *Riener*, Archivschule Marburg, Bismarckstraße 32, 35037 Marburg
Univ. Prof. Dr. Dieter *Segert*, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 7, A-1010 Wien
Volker *Strebel*, M. A., Rolf-Pinegger-Str. 8, 80689 München
Jos *Stübner*, M. A., Bachstraße 8, 71063 Sindelfingen
Dr. Tatjana *Tönsmeyer*, Sieglindestr. 6, 12159 Berlin
Mgr. Richard *Vašek*, Masarykův ústav AV ČR, Na Florenci 3, CZ-11000 Praha 1
Norbert *Vierbücher*, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München
Dr. Clemens *Vollnhals*, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden
PhDr. Zdeněk *Vybíral*, Ph.D., Historický ústav Filozofické fakulty JU ČB, Branišovská 31a, CZ-37005 České Budějovice
Felix *Westrup*, M. A., Wagnerstr. 1, 80802 München
Marína *Zavacká*, PhD., Historický ústav, Slovenská akadémia vied, Klemensova 19, SK-81364 Bratislava
Anke *Zimmermann*, M. A., Grubenstr. 13b, 18055 Rostock
PhDr. Helena *Zimmermann*, Dreimühlenstr. 9, 80469 München
Doc. Milan *Znoj*, Csc., Ústav politologie FF UK, U Křížce 8, CZ-15800 Praha 5
Dr. Martin *Zückert*, Collegium Carolinum, Hochstr. 8, 81669 München

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AHO	Acta Historica Universitatis Silesianae Opaviensis
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AV ČR	Akademie věd České republiky
BMSJ	Bohemia, Moravia et Silesia Judaica
BWT	Bad Wiesseer Tagung des Collegium Carolinum
CMB	Centre Marc Bloch Berlin
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei
DU	Deutsche Universität, Prag
FF UK	Filozofická fakulta Univerzity Karlovy
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
GA	Grantová Agentura
GG	Geschichte und Gesellschaft
GPU	Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie
GWZO	Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
HAIT	Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden
IfÖG	Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Wien
JZD	Jednoté zemědělské družstvo
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSČ	Komunistická strana Československa
NA	Národní archiv
NSDStb	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
PPI	Partito Popolare Italiano
PRL	Polska Rzeczpospolita Ludowa
Sb.	Sbírka zákonů
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SNB	Sbor národní bezpečnosti
SOE	Special Operation Executive
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
ÚSD	Ústav pro soudobé dějiny, Praha
ÚSTR	Ústav pro studium totalitních režimů, Praha
VCC	Veröffentlichungen des Collegium Carolinum
ZBoWiD	Związek Bojowników o Wolność i Demokrację
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft